

The SPD logo consists of a red square with the letters "SPD" in white, bold, sans-serif font centered within it.

SPD

Protokoll
*DES ORDENTLICHEN
BUNDESPARTEITAGS
DER SPD*

**VOM 7. BIS 9. DEZEMBER 2017
IN BERLIN**

INHALTSVERZEICHNIS

Tagesordnung	6
Geschäftsordnung	9
 PROTOKOLL 7.12.2017	
Eröffnung und Begrüßung der Gäste	11
Totengedenken	16
Konstituierung	
Grußwort Michael Müller, regierender Bürgermeister und Landesvorsitzender Berlin	18
Rede des Parteivorsitzenden Martin Schulz	21
Aussprache	39
Grußwort Reiner Hoffmann, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes	78
Fortsetzung Aussprache	82
Antragsberatung von Initiativanträgen und Anträge B 1 bis B 12 und Organisationsanträge 46, 51 und 54 bis 56	117
Bericht des Vorsitzenden der Antragskommission	118
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission	130
Bericht der Kontrollkommission und Entlastung des Parteivorstandes	130
Antragsberatung satzungsändernde Anträge	133
Wahl des Parteivorsitzenden	135
Ergebnis Wahl des Parteivorsitzenden	136

Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden	137
Wahlgang stellvertretende Parteivorsitzende	145
Antragsberatung Initiativantrag IA 16	145
Ergebnis der Wahl für die stellvertretenden Parteivorsitzenden	151

PROTOKOLL 8.12.2017

Begrüßung	154
Bericht der Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion	154
Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission	159
Wahl des Generalsekretärs/ der Generalsekretärin	160
Antragsberatung Initiativantrag IA 1	166
Ergebnis der Wahl zum Generalsekretär	173
Wahl des Schatzmeisters/ der Schatzmeisterin	173
Fortsetzung Antragsberatung IA 1, Kapitel Europa	177
Ergebnis Wahl des Schatzmeisters	186
Wahl des Verantwortlichen beim Parteivorstand für die Europäische Union	187
Fortsetzung Antragsberatung IA 1, Kapitel Europa und Anträge zur Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik	190
Wahlergebnis des Verantwortlichen beim Parteivorstand für die Europäische Union	205
Wahl der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand	205
Fortsetzung Antragsberatung IA 1, Kapitel „Technologischer Wandel und sozialer Fortschritt“ und Anträge der Bereiche Arbeit, Medien- und Kulturpolitik, Digitalpolitik, Sozialpolitik, Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, Umwelt-, Energie- und Verbraucherpolitik, Verkehrspolitik	207
Ergebnis erster Wahlgang weitere Mitglieder des Parteivorstandes	232
Vorbereitung zweiter Wahlgang der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand	235
Fortsetzung Antragsberatung	237

Zweiter Wahlgang der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes	249
Fortsetzung Antragsberatung IA 1, Kapitel III.2 und Anträge der Bereiche Familie, Frauen und Gleichstellungspolitik, Generations- und Seniorenpolitik	250
Fortsetzung Antragsberatung IA 1, Kapitel III.2 e und Anträge der Bereiche Bildung, Wirtschaft, Jugendpolitik, Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen, Gesundheitspolitik, die Anträge I 1 bis 39 des Sachbereichs Innen- und Rechtspolitik und themenübergreifenden Anträge	252
Ergebnis des zweiten Wahlgangs der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes	264
Verabschiedung der aus dem Parteivorstand ausscheidenden Mitglieder	265
Wahl der Vorsitzenden der Bundesschiedskommission	267
Antragsberatung IA 1, Kapitel III.2 d und weiterer Anträge zum Bereich Flucht und Migration	268
Grußwort Markus Beeko, Generalsekretär von Amnesty International	269
Ergebnis der Wahl zur Vorsitzenden der Bundesschiedskommission	277
Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission	277
Fortsetzung Antragsberatung	278
Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission	291
Wahl weiterer Mitglieder der Bundesschiedskommission	291
Fortsetzung Antragsberatung IA 1, Kapitel III.4 Arbeitsformate und weiterer Initiativ- und Änderungsanträge	291
Ergebnis der Wahl weiterer Mitglieder der Bundesschiedskommission	297
Wahl der Kontrollkommission	298
PROTOKOLL 9.12.2017	
Begrüßung	300
Spendenaufruf für den Marie-Schlei-Verein	301
Resolution „Solidarität mit den GE-Beschäftigten“	302

Einführung in die organisationspolitische Debatte	304
Antragsberatung IA 1 Kapitel IV und weiterer organisationspolitischer Anträge	307
Wahl der SPE-Delegierten	309
Fortsetzung Antragsberatung und Abstimmung IA 1 Kapitel IV und weiterer organisationspolitischer Anträge	311
Ergebnis Wahl der SPE-Delegierten	354
Fortsetzung Abstimmung IA 1 Kapitel IV und weiterer organisationspolitischer Anträge	356
Verleihung Wilhelm-Dröscher-Preis	359
Schlusswort Parteivorsitzender	365
 ANHANG:	
Finanzbericht	369
Bericht Generalsekretärin/Generalsekretär	393
Bericht über den Stand der Betriebsorganisation + Umfrage	409
Gleichstellungsbericht	411
Fortschrittsbericht interkulturelle Öffnung	448
Bericht des Kommunalbeirates	453
Delegierte	455
Delegierte mit beratender Stimme	462
Internationale Gäste	463
Rednerinnen und Redner	466

Tagesordnung

Donnerstag, 7. Dezember

11.00 Uhr	Begrüßung
	Konstituierung und Eröffnung
	Wahl des Präsidiums
	Beschluss über die Tagesordnung
	Beschluss über die Geschäftsordnung
	Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
	Grußworte
	Rede des Parteivorsitzenden Martin Schulz
	Aussprache
	Bericht des Vorsitzenden der Antragskommission
	Antragsberatung
	„Unser Weg. Für ein modernes und gerechtes Deutschland“
	Rechenschaftsberichte
	Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission
	Beratung satzungsändernde Anträge
	Wahl des/der SPD Parteivorsitzenden
	Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
	Antragsberatung „#SPD erneuern: Unser Weg nach vorn“
	Unterbrechung des Parteitages
	Parteiabend

Tagesordnung

Freitag, 8. Dezember

9.00 Uhr

Beginn
Grußworte

Wahl Generalsekretär/in
Wahl Schatzmeister/in
Wahl des/der Verantwortlichen
des Parteivorstandes für die Europäische Union

Weiterführung Antragsberatung

Wahlen der weiteren Mitglieder zum Parteivorstand
Wahl der Bundesschiedskommission
Wahl der Kontrollkommission

Wahl der Delegierten zum Kongress der SPE

Unterbrechung des Parteitages

Tagesordnung

Samstag, 9. Dezember

9.00 Uhr	Beginn Grußworte
	Weiterführung Antragsberatung einschließlich satzungsändernder Anträge
	Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises
14.00 Uhr	Schlusswort Parteivorsitzende/r

GESCHÄFTSORDNUNG

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind laut § 15 Organisationsstatut die von den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Parteivorstandes. Die Mitglieder des Gewerkschaftsrates haben auf dem Parteitag Rederecht. Die Vorsitzenden bzw. benannten Vertreter/Vertreterinnen der nahe stehenden Organisationen haben auf dem Parteitag Rederecht zu ihren Anträgen nach § 18 Abs. 3 Organisationsstatut.
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Delegierten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt. Solange die Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist, gilt der Parteitag als beschlussfähig.
3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit das Statut der Partei nichts anderes vorschreibt.
4. Die Redezeit für Diskussionsbeiträge beträgt fünf Minuten.
5. Die Diskussionsredner/Diskussionsrednerinnen erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen, unter Beachtung der Geschlechterquote, das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen und werden in eine Redner/innenliste eingetragen, die vom Plenum aus gesehen werden kann.
6. Berichterstatter/Berichterstatterinnen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
7. Die Berichterstatter/Berichterstatterinnen der Antragskommission haben die Stellungnahme der Antragskommission zu begründen. Erhält der Sprecher/die Sprecherin der Antragskommission nach Schluss der Debatte nochmals das Wort, und äußert er/sie sich zur Sache, ist damit die Debatte erneut eröffnet.
8. Anträge aus der Mitte des Parteitages (Initiativanträge) werden behandelt, soweit der Parteitag dem zustimmt. Die Anträge müssen von 50 Stimmberechtigten aus fünf Bezirken unterstützt werden. Der Parteivorstand hat ein eigenes Initiativrecht.
9. Änderungsanträge, die nach Ablauf der Antragsfrist des § 18 Abs. 2 Organisationsstatut eingegangen sind, sind nur zulässig, wenn sie von stimmberechtigten Parteitagsdelegierten mündlich begründet werden und sich auf den Text behandelte Anträge beziehen. Wesentliche und umfangreiche Änderungen vorliegender Anträge müssen schriftlich rechtzeitig vor der Abstimmung eingebracht werden. Die Entscheidung darüber, welcher Änderungsantrag als wesentlich und umfangreich zu qualifizieren ist, trifft das Parteitagspräsidium.
10. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/ Diskussionsrednerinnen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt drei Minuten.
11. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner/eine Rednerin für und gegen den Antrag gesprochen hat.

12. Persönliche Anmerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
13. Zwischenfragen und Zwischenbemerkungen während einer Rede oder eines Debattenbeitrags sollen kurz und präzise sein und von einem Saalmikrofon gestellt werden, wenn der Redner/die Rednerin dies zugelassen hat. Die amtierende Tagungsleitung kann im Anschluss an einen Debattenbeitrag eine Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten zulassen, auf die der Redner/die Rednerin kurz antworten darf.
14. Die Schatzmeisterei erstellt einen Vorschlag zur Zusammensetzung der Mandatsprüfungs- und Zählkommission (MPZK), welcher durch den Parteitag beschlossen wird.

DONNERSTAG, 7. DEZEMBER 2017
BEGINN: 11:07 UHR
TAGUNGSORT: CITYCUBE, MESSE BERLIN

MOTTO: #SPDERNEUERN
DAS IST UNSER WEG: MODERN UND GERECHT.

ERÖFFNUNG UND BEGRÜßUNG DER GÄSTE

AYDAN ÖZOĞUZ, STELLVERTRETENDE PARTEIVORSITZENDE:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste und alle, die sich schon hingesetzt haben, ich begrüße euch ganz herzlich zum Parteitag 2017. Seid uns alle herzlich willkommen im City Cube in unserer schönen Hauptstadt Berlin.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste, um es gleich auf den Punkt zu bringen: Deutschland ist in einer schwierigen Lage. Und uns stehen drei Tage wichtiger Entscheidungen bevor. Auf uns, auf die deutsche Sozialdemokratie, auf unsere Entscheidungen kommt es in diesen Tagen an. Nicht nur Deutschland, sondern auch unsere europäischen Nachbarn schauen auf uns.

Welchen Dienst können Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diesem Land und seinen Menschen in diesen politisch schwierigen Tagen erweisen? Welche Richtung können wir unserem Land geben? Darüber werden wir leidenschaftlich und kontrovers debattieren. Es gibt unterschiedliche Wege, und es gibt verschiedene Meinungen. Und, ja, wir werden uns für diese Debatte viel Zeit nehmen. Und auch für jeden denkbar möglichen weiteren Prozess. Unsere Mitglieder sind Herz und Seele der Partei, und unsere Mitglieder müssen in die Entscheidungen einbezogen werden. Gute Entscheidungen können nur auf guter Vertrauensbasis getroffen werden.

(Beifall)

Eines ist jedenfalls klar, und das möchte ich in unser aller Namen an den Beginn dieses Parteitages stellen: An die viel zitierte staatspolitische Verantwortung muss nun wirklich niemand die Partei von Friedrich Ebert, Otto Wels, Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder erinnern!

(Beifall)

Willy Brandt sagte einmal: „Man kann nie so kompliziert denken, wie es plötzlich kommt.“ Und klar ist: Noch vor wenigen Wochen haben auch viele von uns gedacht, dass die nächste Regierung in Deutschland schon feststünde. Das blamable und trostlose Ergebnis der Jamaika-Sondierungen belegt dagegen diesen klugen Satz unseres Altkanzlers. Die FDP und Herr Lindner haben sich am Ende lieber in die Büsche geschlagen, als die von ihnen selbst doch angeblich so gewollte Herausforderung einer Regierung anzunehmen.

(Beifall)

Aber es ist nicht nur die FDP, die aktuell ein trauriges Bild abgibt. Die CSU ist seit Jahren im Dauerstreit nicht nur mit sich selbst, sondern auch mit der sogenannten Schwesterpartei CDU. Horst

Seehofer versucht, seinen Rückzug auf Raten zu verwalten, und ein Bundesminister seiner Partei pfeift auf die Geschäftsordnung der Bundesregierung, um für sich ganz persönlich zu punkten. Wer führt diese Unionsleute eigentlich noch? Die Frage ist doch: Sind die eigentlich verhandlungsfähig in diesen Zeiten?

(Beifall)

Viele von uns wissen und haben es auch immer wieder erfahren und erlebt, dass die CSU schon gern mit Ablenkungsmanövern ihre Probleme überbrückt, am häufigsten mit emotionalen Themen über Einwanderung und über Schutzsuchende. Horst Seehofer, die CSU, wird akzeptieren müssen, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht bereit sind, das Leid und Schicksal von Schutzsuchenden für Überlebensstrategien der CSU zu opfern.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, und dann gibt es noch eine Partei, die uns alle besorgt und sehr nachdenklich macht: Im Bundestag ist jetzt eine Partei vertreten, in der Kandidaten damit punkten, dass sie rechtsnationales Gedankengut wieder salonfähig machen und rechtsextreme Standpunkte wie jene der Identitären Bewegung verharmlosen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir dürfen niemals nachlassen, gegen all die Lügen, gegen all die Verleumdungen, gegen die Verhetzungen, die sie auch gegen viele von uns richten, zu kämpfen. Kein Bürgermeister, kein Landrat, kein Ehrenamtlicher darf sich in diesem Land allein und verlassen fühlen gegen Angriffe, die sehr wohl ihre Ursache in verbaler Brandstiftung haben.

(Beifall)

Ja, die Menschen in diesem Land müssen sich darauf verlassen können, dass die Sozialdemokratie, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer gegen faschistisches, menschenfeindliches Gedankengut kämpfen wird.

Erlaubt mir an dieser Stelle eine persönliche Anmerkung, vielleicht besonders an die Thüringer gerichtet: Das Eichsfeld ist wunderschön. Ich habe dort sehr nette Menschen kennengelernt, und - das sage ich jetzt bewusst - ich wurde eingeladen, unbedingt auch mal wiederzukommen. Mein großer Dank geht an alle Genossinnen und Genossen, die wie in Thüringen, von NPD und AfD umgeben, die Fahne der Menschlichkeit, die Fahne der Fairness, die Fahne der Solidarität immer hochhalten. Dank an euch, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es war am Wahlabend richtig, den Gang in die Opposition anzukündigen in Erwartung einer Regierungsbildung. Über die neue Situation, in der sich unser Land derzeit befindet, sollten wir gründlich, offen, ehrlich und gleichberechtigt beraten, was denn nun das Beste für unser Land und natürlich auch für unsere Partei ist. Lasst uns das in den nächsten Tagen gemeinsam mit heißem Herzen, aber kühlem Kopf tun.

Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen, dass ihr alle hier erschienen seid. Ich begrüße euch noch einmal zu unserem Parteitag!

(Beifall)

Wir stehen in unserer langen Geschichte für Geradlinigkeit und Verlässlichkeit. Unser Land braucht eine starke Sozialdemokratie, und eine starke Sozialdemokratie braucht natürlich auch verlässliche Verbündete. Daher freue ich mich, dass wir auch bei diesem Parteitag so viele Mit-

streiterinnen und Mitstreiter, Unterstützerinnen und Unterstützer und Gäste an unserer Seite haben.

Ich begrüße herzlich Vertreterinnen und Vertreter von Gewerkschaften und Betriebsräten, darunter den ver.di-Vorsitzenden Frank Bsirske,

(Beifall)

die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Marlies Tepe,

(Beifall)

Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie,

(Beifall)

den Vorsitzenden von Beamtenbund und Tarifunion, Ulrich Silberbach,

(Beifall)

Alexander Kirchner für die Eisenbahner

(Beifall)

und Sebastian Fiedler vom Bund Deutscher Kriminalbeamter.

(Beifall)

Reiner Hoffmann wird heute Nachmittag noch erwartet.

Liebe Genossinnen und Genossen, noch einmal einen herzlichen Applaus an unsere Gewerkschaften; denn nur mit ihnen gemeinsamen werden wir die Herausforderungen - auch der Digitalisierung - in der Zukunft meistern können.

(Beifall)

Um diesem Wandel auch gerecht und sozial gestalten zu können, brauchen wir natürlich auch Verbündete in der Wirtschaft. Wir freuen uns daher, zahlreiche Vertreter der deutschen Wirtschaft auf unserem Parteitag begrüßen zu können. Stellvertretend heiße ich herzlich willkommen: Holger Schwannecke, Martin Wansleben, Stefan Genth, Zentralverband des Deutschen Handwerks, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelskammertags und Hauptgeschäftsführer des Handelsverbandes Deutschland. Herzlich willkommen auch an die Wirtschaft!

(Beifall)

Gerade in den letzten zwei Jahren, liebe Genossinnen und Genossen, hat sich gezeigt, welcher unermesslich großen und unverzichtbaren Beitrag die Ehrenamtlichen, die zivilgesellschaftlichen Vereine und natürlich auch die sozialen Wohlfahrtsverbände in unserem Land leisten. Ihnen allen gilt selbstverständlich unser Respekt und großer Dank; denn ihr wisst auch: Wir mussten erstmalig im Deutschen Bundestag ein Gesetz verabschieden, was unter Strafe stellt, dass Ehrenamtliche angegriffen werden. Dass so etwas einmal nötig sein würde, haben wir, glaube ich, alle nicht für möglich gehalten. Deswegen begrüßt bitte stellvertretend für viele andere mit mir: von der Arbeiterwohlfahrt, unserer AWO, Wilhelm Schmidt,

(Beifall)

die Präsidentin des Sozialverbandes VdK, Ulrike Mascher,

(Beifall)

Roland Schäfer, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes,

(Beifall)

den BDA-Hauptgeschäftsführer Steffen Kampeter

(Beifall)

und natürlich alle Vertreterinnen und Vertreter der Umwelt- und Naturschutzverbände

Auch ihnen allen: Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich begrüße ganz besonders herzlich auch die Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen und Religionsgemeinschaften auf unserem Parteitag: stellvertretend für die evangelische Kirche Oberkirchenrat Joachim Ochel und Prälat Karl Jüsten für die Katholische Kirche. Und ebenso ein herzliches Willkommen den Vertreterinnen und Vertretern der jüdischen und muslimischen Gemeinschaften! Aiman Mazyek sitzt auch genau daneben. Ich freue mich, dass Sie auch wieder alle dabei sind. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Und natürlich begrüßen wir auch ganz herzlich die weit über hundert internationalen Gäste aus aller Welt, die gestern an der internationalen Konferenz der SPD und der Sozialdemokratischen Partei Europas teilgenommen haben und in den kommenden Tagen ebenfalls unsere Gäste sein werden. Herzlich willkommen allen Vertretern unserer europäischen Schwesterparteien und den Repräsentanten unserer Schwesterparteien aus der Progressive Alliance! Eure Anwesenheit ist der SPD als Partei, die die europäische Idee und den Internationalismus in ihrer politischen DNA hat, eine riesengroße Ehre. Schön, dass wir hier heute alle zusammen sein können.

(Beifall)

Besonders hervorheben möchte ich stellvertretend für alle Vertreter unserer europäischen Schwesterparteien einen, den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Europas und ehemaligen Ministerpräsidenten Bulgariens Sergei Stanishev. Sergei, du bist ein langjähriger Freund der SPD. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Und ich begrüße auch alle Vertreter des diplomatischen Corps. Das gehört natürlich zum Internationalismus dazu.

Gleichzeitig muss ich sagen: Offenbar hat heute niemand Geburtstag. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so.

(Zurufe)

- Doch Widerspruch? Okay, das holen wir dann nach.

Aber wir wollen, wie immer, die jüngsten bzw. die ältesten Delegierten ehren. Der jüngste Delegierte - jetzt weiß ich leider nicht, wo er sitzt - ist Jakob Blankenburg.

(Beifall)

Ah, steh mal auf. - 1997 geboren, 20 Jahre alt stehst du, lieber Jakob, für die Zukunft unserer Partei und unseres Landes. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die älteste Delegierte unter uns ist mit 75 Jahren unsere ehemalige stellvertretende Vorsitzende Heidemarie Wieczorek-Zeul.

(Beifall)

Liebe Heidi - es ist mir jetzt schon noch wichtig, es anzumerken; ich glaube, das weiß gar nicht jeder -, du bist die erste Juso-Bundesvorsitzende, also die erste Frau in dieser Position, gewesen. Du hast die Partei entscheidend geprägt, und du warst für viele eine echte Herausforderung. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Und dann möchte ich noch zwei weitere Delegierte besonders hervorheben, die die Generationenvielfalt in unserer Partei abbilden: Axel Schäfer, unser dienstältester anwesender Delegierte, ist seit genau 40 Jahren Parteitagsdelegierter. Das muss man erst mal schaffen. Lieber Axel, herzlichen Glückwunsch. „Auf die nächsten 40“, möchte man fast sagen. - Da ist er.

(Beifall)

Auf der anderen Seite ganz neu dabei sind Anja Kramer und Eva Maresa Emons. Ihr seid nicht nur das erste Mal als Delegierte dabei, sondern seid gleichzeitig auch Neumitglieder unserer Partei. Das nenne ich mal schnelles, beherztes Engagement und Entschlossenheit, und davon können wir noch viel mehr gebrauchen. Ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Dann könnte ich jetzt den restlichen Tag damit verbringen alle Namen zu erwähnen, die sich überhaupt hier vor mir zeigen. Das werde ich nicht schaffen. Ich darf vielleicht einige noch mal im Besonderen nennen - sie stehen stellvertretend wirklich für alle, auf die wir unglaublich stolz sind -: Franz Müntefering, Kurt Beck, Gesine Schwan, Wolfgang Thierse, Hans-Peter Bartels, Klaus Wedemeier, Monika Wulf-Mathies und Thomas Krüger. Seid stellvertretend für alle ganz, ganz herzlich willkommen. Ich freue mich, dass ihr dabei seid.

(Beifall)

Und Hans Eichel ist auch da; ich habe ihn jetzt gerade vor mir gesehen. Ehre, wem Ehre gebührt! Stellvertretend für alle Gäste aus Sport, Kunst und Kultur möchte ich last but not least Klaus Staack und Renan Demirkan begrüßen. Sie werden heute noch dazukommen. Schön, dass wir wirklich so breit aufgestellt sind und hier gemeinsam diesen Parteitag beginnen können.

(Beifall)

TOTENGEDENKEN

Liebe Genossinnen und Genossen, wie so häufig liegen ja Freude und Trauer im Leben nah beieinander. Wir haben in den letzten Monaten nicht nur so unglaublich viele Neueintritte gehabt - weit mehr als ungefähr 30.000 Neueintritte allein in diesem Jahr -, sondern wir haben auch viele Menschen verloren, die uns und die Partei begleitet und geprägt haben - einige von ihnen gerade erst vor wenigen Tagen. Sie waren uns wichtige Ratgeberinnen und Ratgeber, Freundinnen und Freunde, und wir sollten gemeinsam dafür sorgen, dass ihr Andenken unvergessen bleibt. Ich darf euch jetzt deshalb bitten, euch von euren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen)

Stellvertretend für alle, um die wir trauern, nenne ich:

Max Amling, Hans-Joachim Barow, Lothar Biener, Gerd Bollmann, Anni Brandt-Elsweier, Anita Breithaupt, Oswald Brinkmann, Heinz Bühringer, Peter Conradi, Peter Corterier, Marliese Dobberthien, Hans-Jürgen Döring, Franz-Josef Drabig, Thomas Dieterich, Horst Ehmke, Christoph Ehrenberg, Elfriede Eilers, Alfred Emmerlich, Helmut Esters, Peter Faulstich, Gisela Fechner, Nils Ferberg, Katharina Focke, Fritz Gautier, Manfred Geßner, Sanda Grätz, Helga Grebing, Klaus Harpprecht, Alfred Hartenbach, Gerhard Heimann, Roland Henz, Ralph Herberholz, Rüdiger Hitzgrath, Magdalena Hoff, Eberhard Jäckel, Karl-Heinz Janzen, Anton Maria Keim, Markus Kennerknecht, Helmut Kern, Wolfgang Klatt, Bernd Klose, Hans Koschnick, Lotti Krabbenhöft, Margot Kreher, Hans Krollmann, Georg Kronawitter, Hermann Kulle, Hannelore Kunze, Hinrich Lehmann-Grube, Willy Leonhardt, Jutta Limbach, Rolf Linkohr, Alexander Longolius, Peter Lösche, Gert Lütgert, Max Mannheimer, Regine Marquardt, Anke Martiny, Franz-Josef Mertens, Joachim Mertes, Klaus Ness, Ernst Ollech, Karl Ravens, Theo Rasehorn, Rüdiger Reitz, Helmut Rohde, Nikolaus Roth, Manfred Schmidt, Karl Schnabel, Peter Schönlein, Hermann Schueler, Ewald Schurer, Carl-Christoph Schweitzer, Walther Stütze, Hans-Günther Toetmeyer, Thomas Völsch, Henning Voscherau, Hubert Weber und Doris Wienecke. Ihr habt euch zu Ehren der Verstorbenen erhoben - ich danke euch!

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir nun an die Arbeit gehen, möchte ich auch noch denen danken, die bereits im Vorfeld das Zustandekommen dieses Parteitags überhaupt erst ermöglicht haben, die richtig hart gearbeitet haben. Das ist zum einen das Team der Messe Berlin unter der Geschäftsleitung von Dr. Christian Göke. Herzlichen Dank, dass wir hier wieder zu Gast sein dürfen!

(Beifall)

Zum anderen möchte ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses und allen unseren dienstleistenden Unternehmen einen ganz herzlichen Dank für die großartige Arbeit aussprechen. Liebe Genossinnen und Genossen, ihr kennt dieses dahingesagte Sprichwort: Manche reißen sich die Beine aus! - Eine unserer wichtigsten Kräfte, unsere Justitiarin, hat sich bei der Vorbereitung das Bein gebrochen und ist trotzdem da. Sie ist die Seele des Willy-Brandt-Hauses. So, wie dort gearbeitet wird, einen ganz herzlichen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

(Beifall)

KONSTITUIERUNG

So, jetzt dürft ihr aktiv werden und langsam wieder die Finger wärmen. Denn für das Tagungspräsidium schlägt der Parteivorstand folgende Personen vor: Doris Ahnen, Niels Annen, Gabriele Lösekrug-Möller, Heiko Maas, Anke Rehlinger und Manuela Schwesig. Hierzu liegt euch die Tischvorlage 1 aus. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Vorschlag. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Ich übergebe jetzt das Wort an das Tagungspräsidium, an Manuela Schwesig. - Vielen Dank.

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, liebe Aydan, für die herzliche Begrüßung. - Liebe Genossinnen und Genossen! Wir danken euch für euer Vertrauen und begrüßen euch und alle Gäste ganz herzlich hier zum Bundesparteitag. Wir im Tagungspräsidium freuen uns darauf, mit den Genossinnen und Genossen hier auf dem Bundesparteitag gemeinsam gut durch die drei Tage zu kommen. Wir haben ein knackiges Programm. Deswegen schlagen wir vor, dass wir gleich loslegen.

Zur Konstituierung des Parteitags brauchen wir eine Beschlussfassung über die Tagesordnung. Die Tagesordnung liegt euch als Tischvorlage vor.

Wir haben heute vor allem vier wichtige Aufgaben: Wir nehmen uns nach der Rede des Parteivorsitzenden Zeit für die Aussprache über das, was ist, was war und vor allem das, was kommen soll. Wir wollen dann gemeinsam entscheiden, wie die nächsten Schritte sind, wie es in unserem Land weitergeht. Drittens wollen wir dann die Wahl des Parteivorsitzenden und viertens auch noch die Wahl der Stellvertreterinnen und Stellvertreter durchziehen.

Morgen wird es vor allem wesentlich um die Herausforderungen gehen, wie wir uns programmatisch weiterentwickeln. Wir werden auch weitere wichtige Wahlen haben: die Wahlen des Generalsekretärs, des Schatzmeisters, des EU-Beauftragten und der Beisitzerinnen und Beisitzer des Parteivorstands ebenso wie die Wahlen zur Schieds- und Kontrollkommission und die Wahl der SPE-Delegierten. Wir wollen versuchen, morgen die Wahlgänge komplett abzuschließen. Denn am dritten Tag, am Samstag, wollen wir uns komplett mit der Frage befassen, wie politische Willensbildung im 21. Jahrhundert gestaltet werden kann und welche organisationspolitischen Herausforderungen für uns bestehen. Wir hoffen, dass wir nach drei intensiven Tagen guter, respektvoller Diskussionen euch alle in ein gutes zweites Adventswochenende verabschieden können. Dazu braucht es konzentrierte Beratungen und auch ein paar Verfahrensfragen. Deshalb wollen wir euch über drei Antragsfristen informieren, die es gibt: Erstens. Es gibt die Antragsfrist für initiative Wahlvorschläge für die Parteiführung, die heute um 12.30 Uhr endet. Das betrifft die engere Parteiführung, den Parteivorsitz und die Stellvertreter. Also: 12.30 Uhr.

Zweitens gibt es die Antragsfrist für Initiativanträge, die inhaltlicher Art sind. Wir schlagen euch als Antragsfrist heute 18.00 Uhr vor.

Drittens. Es gibt außerdem noch eine Antragsfrist für initiative Wahlvorschläge, die wir auf 20.00 Uhr legen. Worum geht es dabei? - Ihr wisst, dass es heute einen satzungsändernden Antrag gibt, der vorsieht, dass der Parteivorstand vergrößert wird.

Wenn der beschlossen ist, gibt es die Möglichkeit, noch einmal initiative Wahlvorschläge abzugeben: heute 20 Uhr.

Also: drei verschiedene Antragsfristen. Ich hoffe, dass ich das jetzt gut für euch vorgestellt habe. Ich bitte euch um Zustimmung zur Tagesordnung. Wer stimmt zu? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist das so beschlossen.

Zweitens kommen wir zur Beschlussfassung zur Geschäftsordnung. Auch die Geschäftsordnung liegt euch als Tischvorlage vor. Wir wollen uns Zeit nehmen, intensiv zu beraten. Deshalb werden wir darauf achten müssen, dass sich alle an die Redezeit von fünf Minuten halten, damit so viele wie möglich zu Wort kommen.

Ich bitte euch um Zustimmung zur Geschäftsordnung. Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann ist das so mehrheitlich beschlossen.

Jetzt kommen wir zur Wahl der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Der Vorschlag für die Besetzung der Kommission liegt auch auf euren Plätzen. Wenn keine Einwände gegen den Vorschlag bestehen, bitte ich euch um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich?-Dann ist das so beschlossen. Wir danken allen Genossinnen und Genossen, die sich bereit erklärt haben, gerade bei solch einem Wahlmarathon, der vor uns liegt, in der Mandatsprüfungs- und Zählkommission zu sein. Ihr trefft euch bitte jetzt sofort. Der Treffpunkt von euch aus gesehen links neben der Bühne am Wortmeldetisch. Dort werdet ihr von unserer Genossin Annette Tönsmann in Empfang genommen und in den Raum der MPZK geführt. Noch einmal: bitte Treff jetzt, links neben der Bühne am Wortmeldetisch. Vielen Dank für euren Einsatz.

Wenn ihr, liebe Genossinnen und Genossen, vom Parteitag twittern wollt, gerne auch die Gäste, dann nutzt unseren Hashtag spdbpt17. Viel Spaß und Erfolg dabei!

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank, dass wir diese Verfahrenssachen jetzt hier gemeinsam beschlossen haben. Jetzt kommen wir zur ersten Rede. Wir freuen uns, dass wir begrüßt werden vom Landesvorsitzenden und Regierenden Bürgermeister unserer Bundeshauptstadt Berlin. Lieber Michael, du hast das Wort.

(Beifall)

GRÜßWORT MICHAEL MÜLLER, REGIERENDER BÜRGERMEISTER UND LANDESVORSITZENDER BERLIN

MICHAEL MÜLLER, REGIERENDER BÜRGERMEISTER BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich, dass ich euch wieder in Berlin begrüßen kann. Herzlich willkommen hier in unserer Stadt. Herzlich willkommen in Berlin!

Liebe Genossinnen und Genossen, als wir uns das letzte Mal in Berlin getroffen haben vor einem Dreivierteljahr, das war im ganzen Saal eine riesige Aufbruchstimmung zu spüren. Wir wollten gemeinsam wirklich mit großen Schritten vorankommen. Ich sage einmal: Hinterher wissen natürlich immer alle alles besser. Aber ich finde, wir haben in den letzten Monaten auch sehr viel richtig gemacht.

Wir hatten ein sozialdemokratisches Programm, ein Regierungs-, ein Wahlprogramm, das unsere Schwerpunkte, unsere uns wichtigen Inhalte eindeutig wiedergegeben hat. Wir haben gemeinsam und sehr geschlossen gekämpft, wie schon seit Jahrzehnten nicht mehr. Partei und Kandidat waren eins in diesem Wahlkampf. Und wir konnten gemeinsam Zigtausende Menschen von unserem Programm und unserer Politik und unserem Kandidaten begeistern, die in unsere Partei gekommen sind, um dauerhaft mit uns zu streiten. Ich finde, das ist ein großer Erfolg, auf dem man aufbauen kann, Liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber wir wissen auch, dass es in den letzten Monaten nicht so gelaufen ist, wie wir es erhofft haben. Ja, es gab bittere Ergebnisse bei den Landtagswahlen und - auch da gibt es nichts darum herumzureden, ein Bundestagswahlergebnis, das Mist ist. Insofern war das, was Martin am Wahlabend gesagt hat, auch das, was wir alle miteinander gespürt haben, was uns alle bewegt hat. So kann es nicht weitergehen. Wir haben tatsächlich nun, nach diesem Bundestagswahlergebnis auch eine neue Aufgabe, eine neue Rolle in der Opposition.

Liebe Genossinnen und Genossen, dass wir heute hier zusammenkommen, um darüber zu reden, wie wir nun einen Weg gehen, welchen Weg wir gehen, welche Gespräche wir zu führen haben, dass wir Gespräche führen, finde ich, ist eine Selbstverständlichkeit. Aber mit welcher Zielrichtung und wie wir uns entscheiden werden - dass wir in dieser Situation sind, liegt nicht an der Sozialdemokratie

und daran, dass wir nicht eindeutig waren. Vielmehr liegt es an der organisierten Verantwortungslosigkeit der anderen, die über Wochen und Monate diskutiert haben, ohne Verantwortung wirklich anzunehmen. Und Frau Merkel hat es wieder nicht hinbekommen, ihr Wunschkoalition zu konstruieren.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist heute kein einfacher, das ist ein harter Parteitag, der heute, morgen und übermorgen vor uns liegt und auch in den Landesverbänden, in den unterschiedlichsten Gremien hatten und werden wir mit Sicherheit auch in Zukunft noch harte Diskussionen vor uns haben, eben über den Weg der nächsten Monate oder Jahre, über die Inhalte, für die wir stehen wollen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage aber auch: Wenn einige da um die Ecke kommen und sagen, jetzt muss alles neu verabredet werden in der SPD, wofür steht eine SPD oder die Sozialdemokratie überhaupt, dann muss ich zugeben, dass ich mitunter nicht so richtig weiß, was die meinen. Denn unsere Grundwerte, das, wofür wir seit 150 Jahren stehen, ist nichts Verstaubtes und Altmodisches. Frieden und Freiheit, Gleichberechtigung und Gleichheit, das Kämpfen für soziale Gerechtigkeit sind hoch modern und aktuell, und dafür standen wir und dafür stehen wir auch in Zukunft, liebe Genossinnen und Genossen,

(Beifall)

Ich sage aber auch, dass ich hoffe, dass wir - ich wünsche mir das - in Zukunft eindeutiger in unserem Auftreten, in unseren verabredeten Positionen sind. Ich hoffe, dass diese vier Jahre, die vor uns liegen, egal in welche Rolle wir sie politisch begleiten werden, dass wir diese vier Jahre endlich auch ernsthaft nutzen für Gespräche, um auszuloten, ob es nicht Machtoptionen jenseits der CDU gibt.

(Beifall)

Ich glaube, dass es an der Zeit ist, diese Gespräche ernsthaft zu führen. Ich wünsche mir, dass wir unverwechselbar und klar in unseren Positionen sind. Dafür gibt es Beispiele, wo wir eigentlich das Richtige verabredet haben, und das sollten wir auch klar miteinander vertreten. Ich glaube, es muss aufhören eine Herumeierei um das Thema Vermögensteuer. Wir brauchen die klare Aussage, dass wir für eine Vermögensteuer stehen, weil Vermögende die Aufgabe haben, mehr beizutragen zur Finanzierung unseres Sozialsystems als andere.

(Beifall)

Wir sollten eindeutig stehen für ein anderes Bildungsangebot, für flächendeckende Ganztagschulen in unserem Land und für gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Bürgerversicherung ist eine zwingende Voraussetzung für ernsthafte Gespräche mit uns. Die Bürgerversicherung steht für eine bezahlbare und gute Gesundheitspolitik für jeden Menschen in unserem Land, egal in welcher Lebenssituation er sich befindet. Das ist zwingende Voraussetzung für Gespräche mit uns.

(Beifall)

Genauso wie wir dringend mehr bezahlbaren Wohnraum in unserem Land brauchen. Es ist nicht irgendein Wohlfühlthema, es geht um Daseinsvorsorge. Die Menschen haben ein Recht auf angemessenen, guten und bezahlbaren Wohnraum. Deshalb muss die SPD für soziale Wohnungsbauprogramme in unserem ganzen Land stehen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe einen Vorschlag gemacht für ein solidarisches Grundeinkommen, über das wir vielleicht nicht heute, aber spätestens morgen miteinander diskutieren müssen. Ich möchte auch dazu einen Satz sagen, weil es mir dabei nicht um den Begriff geht. Aber ich glaube, wir müssen uns an dieser Stelle auch ehrlich machen. Wann, wenn nicht jetzt wollen wir uns ehrlich eingestehen, dass die Agendapolitik in einer Zeit durchaus auch richtig und wichtig war und uns in vielen Bereichen auch vorangebracht hat. Aber sie hat eben auch zu sozialen Verwerfungen geführt und zu einem großen Vertrauensverlust der Menschen in die Sozialdemokratie.

(Beifall)

Deshalb muss es aufhören, dass wir immer daran herumdoktern, eine Reform zur Reform zur Reform machen. Vielmehr geht es mir darum, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten diese sich veränderten Arbeitswelt, diese digitalisierte Arbeitswelt, wo sich viel in den nächsten Jahren verändern wird, dass wir sie nutzen für eine Neuverabredung unseres Sozialstaatssystems, das wir den Menschen zusichern, dass sie in einer Notlage auf unsere Solidarität hoffen können, dass sie ein Einkommen haben, das sich am Mindestlohn orientiert und mit dem sie etwas tun können für ihre eigene Altersversorgung. Darum geht es mir in dem Vorschlag, Genossinnen und Genossen. Ich hoffe sehr, dass wir diese Debatte offen und ehrlich miteinander führen können.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, zwei Dinge zum Abschluss. Da möchte ich einmal auch direkt Martin ansprechen. Das ist das Thema Europa. Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen als SPD - ganz besonders mit Martin an der Spitze, der nicht irgendein Europapolitiker ist, sondern der Europapolitiker - gemeinsam und geschlossen und mit Martin an der Spitze noch viel offensiver die Europapartei sein.

(Beifall)

Europa ist nicht mehr wie in den letzten Jahren - wir haben das alles in politischen Diskussionen erlebt - ein Thema ganz weit weg, das verbunden wird mit einem EU-Parlament, das voller Bürokratie steckt und Dinge beschließt, die niemand braucht. Die Diskussion gab es Ich glaube, da hat sich etwas dramatisch verändert. Die Menschen spüren, dass sich international etwas verändert, dass das, was für uns so selbstverständlich ist, 70 Jahre in Frieden und Freiheit in diesem Europa der offenen Grenzen zu leben, eben nicht so selbstverständlich ist, und dass dieses Europa angegriffen wird von Rechtspopulisten, von vielen anderen Regierungschefs aus der ganzen Welt. Deswegen, Genossinnen und Genossen, muss das deutlich werden. Ja, die SPD kämpft dafür, dass es weiterhin dieses Europa der offenen Grenzen und des Friedens und der Freiheit gibt und dass sich das in unserem Land auch widerspiegelt: Toleranz, Offenheit und Internationalität, dafür steht die SPD - in unserem Land, in Europa und weltweit.

(Beifall)

Um solche Dinge zu erreichen, wie ich sie eben für mich formuliert habe, Genossinnen und Genossen, müssen wir uns sicherlich auch verändern. Wir müssen über unsere Strukturen, über unsere Arbeitsweisen reden. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, das ist dann auch viel Handwerk; das muss man machen. Entscheidend ist vielleicht noch etwas anderes für unseren Weg in eine gute Zukunft, für unser Land und auch für unsere Partei. Ich glaube, entscheidend ist, dass wir uns und dass wir unsere Mitglieder, dass wir die Aktiven in unserer Partei sehr ernst nehmen und dass wir sie in die Entscheidungen für die nächsten Jahre an den entscheidenden Stellen auch wirklich einbeziehen. Liebe Genossinnen und Genossen, die 500.000 Mitglieder unserer Partei sind nicht nur dafür da, um Zeitungen zu verteilen, die Infostände zu machen oder Plakate aufzuhängen, sondern sie sind Botschafterinnen und Botschafter unserer Politik, und deswegen müssen wir sie ernsthaft in unsere Entscheidungsfindung einbeziehen.

(Beifall)

Ich glaube, wenn wir einen solchen Weg gehen, klar und eindeutig in unseren Positionen sind, wenn wir transparent darstellen können, wie wir die Debatte führen und wie wir zu diesen Positionen kommen, wenn wir eindeutig für eine soziale und gerechte Politik in unserem Land stehen, liebe Genossinnen und Genossen, dann werden wir auch wieder erfolgreich sein.

In diesem Sinne wünsche ich uns ernsthafte, gute und konstruktive Debatten. Ich wünsche uns, dass auch wir in dieser schwierigen Situation gut miteinander umgehen. In diesem Sinne: Alles Gute, liebe Genossinnen und Genossen! Viel Erfolg bei diesem Parteitag, und genießt auch ein bisschen Berlin. Alles Gute!

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Michael, für deine klaren Worte und auch für deine Impulse. Das, was an Chancen und Herausforderungen in unserem Land da ist, das findet sich mitten in deiner Stadt. Wir sind stolz darauf, dass ein Sozialdemokrat an der Regierungsspitze dieser Stadt ist. Dir weiterhin dafür viel Erfolg, lieber Michael.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir alle blicken auf ein sehr bewegendes Jahr zurück, ein Jahr voller widersprüchlicher Gefühle, von Hoffnung, Euphorie bis hin zu bitteren Enttäuschungen, wenn wir an unsere Wahlergebnisse bei Landtagswahlen, aber auch bei der Bundestagswahl denken. Deshalb war es gut und richtig, dass wir nach der Bundestagswahl in acht Regionalkonferenzen mit unseren Mitgliedern, dass vor allem Martin dort mit den Mitgliedern darüber diskutiert hat, wie es weitergeht. Wir danken allen, die bei diesem Prozess dabei waren. Gelegentlich hat man die eine oder andere Stimme gehört, die gesagt hat: „Mann, und jetzt in dieser schwierigen Zeit kommt auch noch der Parteitag. Es ist gut, dass in dieser Zeit der Parteitag kommt, dass er jetzt da ist, dass wir die Möglichkeit haben, in diesen drei Tagen intensiv darüber zu diskutieren, wie es weitergeht. Diese Diskussion wollen wir jetzt eröffnen. Wir freuen uns darauf, dass unser Parteivorsitzender Martin Schulz den ersten Aufschlag hat. Lieber Martin, du hast das Wort.

(Beifall)

REDE DES PARTEIVORSITZENDEN

MARTIN SCHULZ, PARTEIVORSITZENDER:

Vielen Dank und guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Gäste! Ein herzliches Willkommen auch von mir auf diesem Parteitag, auf dem wir es uns zum Ziel gesetzt haben, unseren Weg nach vorne zu beschreiben. Wir haben viel vor in diesen drei Tagen. Aber lasst mich bitte beginnen mit einem großen Dankeschön.

Ich - und ich denke, wir alle - haben zwei Menschen zu danken, die sich in den letzten Monaten und Jahren besonders für unsere Partei engagiert haben.

Liebe Katarina, als ich ins Willy-Brandt-Haus gekommen bin, hast du mich ohne zu zögern mit offenen Armen empfangen. Du warst mit deinem unerschütterlichen Optimismus von Tag 1 an eine wunderbare und hoch engagierte Generalsekretärin. Ich habe schnell spüren können, dass du eine neue Kultur der Offenheit in unsere Parteizentrale gebracht hast. Du hast aus unserem, manchmal ein bisschen rauen, Laden etwas gemacht, wovon wir mehr gebrauchen können: Einen Ort, der Freundlichkeit, der Menschlichkeit und der Zuversicht. Und du hast, liebe Katarina, auf Bundesebene wichtige Akzente jetzt auch für unsere Partei gesetzt. Als unser Freund Erwin Sellering, den ich von hier aus grüßen will und dem ich weiterhin gute Genesung wünschen möchte,

(Beifall)

von seinem Amt zurücktreten musste, wurdest du Familienministerin in der Nachfolge von Manuela Schwesig und hast ab dem ersten Tag dieses Amt hervorragend ausgeübt. Jetzt bist du zusätzlich auch noch Arbeits- und Sozialministerin, verwaltest zwei Ministerien, und was die Öffentlichkeit irgendwann auch mal erfahren muss: Du bist die mit weitem Abstand sympathischste und liebenswerteste Anhängerin des 1. FC Köln.

Liebe Katarina, ich möchte dir ganz persönlich von ganzem Herzen und im Namen aller Kolleginnen und Kollegen für deine großartige Arbeit als Generalsekretärin der SPD danken.

(Anhaltender Beifall - Katarina Barley wird ein Blumenstrauß überreicht)

Lasst mich mich an Hubertus Heil wenden. Lieber Hubi, als ich dich gebeten habe, Generalsekretär zu werden, hast du in einer äußerst heiklen Phase alles stehen und liegen lassen und bist mir zur Seite gesprungen. Das sagt viel über dich aus, viel über deinen großen Mut, über dein grenzenloses Engagement für unsere Partei. Du hast ein großartiges Team mit ins Willy-Brandt-Haus und in den Wahlkampf gebracht. Ich muss das hier bekennen: Ohne dich und dein Team hätten wir vieles gar nicht schaffen können.

Lieber Hubertus, wir beide kennen uns schon lange. Wir haben auch viele emotionale Momente in den letzten Monaten geteilt. Du warst mein Generalsekretär. Du bist mein Freund. Ich danke dir für deinen unermüdlichen Einsatz. Ich danke dir für dein feines Gespür. Und ich danke dir übrigens auch für deinen unerschütterlichen Humor in allen Lebenslagen.

Lasst mich noch einen Satz an euch beide richten: Ihr seid wichtige Persönlichkeiten in unserer Partei. Ich gratuliere zu deiner Wiederwahl als stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Liebe Katarina, lieber Hubertus, die SPD braucht euch. Danke für eure Arbeit!

(Anhaltender Beifall - Hubertus Heil wird ein Blumenstrauß überreicht)

Liebe Gäste, liebe Genossinnen und Genossen, es ist nicht leicht, hier zu stehen nach so einem Jahr. So ein Jahr habe ich noch nicht erlebt in meiner politischen Karriere.

Zum Jahreswechsel sind wir bei 20 Prozent in den Umfragen gestartet. Dann kam das, was im Land der „Schulz-Hype“ genannt wurde. Dann haben wir drei Landtagswahlen verloren und schließlich im September das schlechteste Ergebnis bei einer Bundestagswahl eingefahren. Wir sind wieder da gelandet, wo wir am Jahresanfang gestartet sind: 20,5 Prozent. Das ist hart; das ist bitter.

Ich habe schon manches Auf und Ab in meinem Leben hinter mir - privat und politisch. Aber so ein Jahr kann man nicht einfach abschütteln. So ein Jahr steckt einem in den Knochen. Es steckt mir auch in den Knochen, weil ich weiß, wie enttäuscht, ja wie wütend viele Menschen waren und sind, die innerhalb und außerhalb unserer Partei so viele Hoffnungen in mich, so viele Hoffnungen in die SPD gesetzt hatten: Menschen, die sich viele Stunden engagiert haben, sei es am Infotisch, bei Hausbesuchen, im Netz oder am Arbeitsplatz und im Freundeskreis.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich trage als Kanzlerkandidat die Verantwortung für dieses Wahlergebnis. Am Ende hat es nicht gereicht, und wir sind hinter dem zurückgeblieben, was möglich gewesen wäre.

Und weil ich all das weiß, bitte ich für diese bittere Niederlage bei allen, die uns ihr Vertrauen geschenkt und dafür gekämpft haben, dass endlich wieder ein Sozialdemokrat Bundeskanzler wird, die an uns geglaubt, mit uns gehofft haben, dass wir aus dem Kanzleramt heraus für ein gerechteres

Deutschland und für ein besseres Europa sorgen würden - bei all diesen Menschen bitte ich für meinen Anteil an dieser bitteren Niederlage um Entschuldigung.

Ich kann die Uhr nicht zurückdrehen, Genossinnen und Genossen, aber ich möchte als Parteivorsitzender meinen Beitrag dazu leisten, dass wir es besser machen. Dafür werbe ich heute um euer Vertrauen.

(Beifall)

Wir haben nicht nur diese Bundestagswahl verloren, sondern wir haben die letzten vier Bundestagswahlen verloren. Wir haben nicht nur dieses Mal 1,7 Millionen Stimmen verloren, sondern 10 Millionen seit 1998 - fast die Hälfte unserer Wählerschaft.

Deshalb wird es nicht genügen, nur auf das Jahr 2017 zu schauen. Wir müssen schonungslos die letzten 20 Jahre aufarbeiten - nicht, liebe Genossinnen und Genossen, um uns in rückwärtsgewandten Debatten zu verlieren, sondern um aus den Fehlern zu lernen

(Beifall)

und eine Vision von der Zukunft zu entwickeln, die wieder begeistert und die Menschen wieder von uns überzeugt.

Wir haben es nicht geschafft, einen Gesamtentwurf für die Zukunft unseres Landes zu entwickeln. Nein, wir haben es nicht geschafft, die Frage ausreichend zu beantworten: Wofür steht die Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert?

Unser größtes Problem, liebe Genossinnen und Genossen, ist, dass wir unser klares Profil verloren haben. Zwischen den großen Linien in den Sonntagsreden und dem Klein-Klein in der alltäglichen Politik ist es uns in den letzten Jahren nicht gelungen, eine Politik anzubieten, die einerseits über den Tellerrand hinausschaut, die andererseits aber konkret umsetzbar ist.

Und deshalb: Unsere Glaubwürdigkeit holen wir uns zurück, indem wir konkrete Lösungen anbieten, die aber nicht für sich alleine stehen dürfen, sondern Teil einer sozialdemokratischen Gesamtstrategie sein müssen. Das ist die Aufgabe der Erneuerung der Partei, und die beginnt mit diesem Parteitag. Die ist nicht etwa, weil wir jetzt in der aktuellen Debattenlage sind, aufgehoben. Sie ist vielleicht ein bisschen verzögert. Aber diese Erneuerung der SPD ist der zentrale Auftrag für den nächsten Parteivorstand und auch für den nächsten Parteivorsitzenden.

(Beifall)

Die Sozialdemokratie wurde gegründet als ein Zusammenschluss von Arbeitern, die als Einzelne gegenüber dem übermächtig werdenden Kapital machtlos waren. Sie waren ohne Rechte, schutzlos ausgeliefert der Willkür einer sich immer mehr bereichernden Oberschicht und einem technischen Fortschritt, der sie zu ersetzen drohte.

Diese Leute teilten gemeinsame Werte. Sie schlossen sich zusammen, um als Einheit stark zu sein, um füreinander einzustehen und sich ihre Rechte zu erstreiten. Die frühe Arbeiterbewegung war eine Bildungsbewegung, und sie hatte schon sehr früh erkannt, dass sie sich international organisieren musste.

Das Ergebnis kennt Ihr alle: Das sind so große Dinge wie der Acht-Stunden-Tag, das Streikrecht, das Frauenwahlrecht, der Sozialstaat - die ganze Liste der Errungenschaften, die wir erstritten haben. Das ist die Gründungsgeschichte der Sozialdemokratie. Das ist das Bild, das die Menschen über

Jahrzehnte von uns hatten und zu Recht mit uns verbunden haben - die Geschichte dieser Erfolge. Und unsere Partei ist immer mit der Zeit gegangen; wir haben uns verändert und modernisiert. Aber immer war der Gedanke, dass sich Menschen zusammenschließen, um durch Solidarität eine starke Gemeinschaft zu bilden und mehr individuelle Freiheit und Gerechtigkeit herzustellen, weil sie die gleichen Prinzipien und Werte teilen und weil sie diese Prinzipien und Werte in der Gesellschaft durchsetzen wollen. Immer war dieser Gedanke die Seele und das Herz unserer Bewegung. Das war der demokratische Sozialismus. Das ist die Leitidee der sozialdemokratischen Bewegung.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen,
das ist der Weg, den wir hinter uns haben. Das war der demokratische Sozialismus - die Leitidee der Sozialdemokratie: Respekt, Toleranz, durch Gemeinschaft den Einzelnen zu stärken und seine Rechte zu sichern - Einigkeit macht stark. Und heute geht es darum, diese Prinzipien, diese Werte unter veränderten Rahmenbedingungen zur Geltung zu bringen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser Problem ist, dass viele Menschen das bei uns nicht mehr erkennen. Sie erkennen nicht mehr, dass wir eine Bewegung sind. Ich habe, genau wie Ihr, häufig im Wahlkampf erlebt, dass die Menschen uns nicht mehr als einen Teil von ihnen, nicht mehr als Vertreter ihrer Anliegen wahrnehmen, sondern als einen Teil des „Establishments“. Wie oft habe ich gehört: „Ihr da in Brüssel.“ „Ihr da in Berlin“. „Ihr da in der Landeshauptstadt.“ „Ihr da oben, Ihr interessiert euch doch gar nicht für mich.“ Dieser Vertrauensverlust in Politik ist sicher ein generelles Phänomen. Aber er trifft uns Sozialdemokraten besonders. Er trifft uns deshalb besonders, weil wir anders sind, weil wir offen sind für die Zivilgesellschaft, weil wir eben nicht Elite oder die abgehobene Oberschicht sind, nein, wir sind die sozialdemokratische Bewegung, die für die Menschen, die uns brauchen, da sein muss, international, national und lokal. Dahin müssen wir wieder zurück!

(Beifall)

Das, Genossinnen und Genossen, müssen wir wieder deutlich machen. Die SPD muss die Partei sein, die sich kümmert, vor Ort präsent, ansprechbar und offen ist, und die dann Lösungen anbietet, die das Leben der Menschen besser machen.

Viele von euch waren bei den acht Dialogveranstaltungen dabei, die wir durchgeführt haben. Bei diesen Veranstaltungen habe ich gespürt, wie lebendig unsere Partei ist und wie viel Lust da ist, sich zu engagieren und mitzumachen.

Deshalb hier an dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle, die dabei waren. Das waren wunderbare Begegnungen. Und deshalb mein Versprechen an euch, an diejenigen, die dabei waren und das organisiert haben:

Solche Veranstaltungen machen wir ab jetzt regelmäßiger. Basis und Parteispitze müssen wieder viel näher zusammenrücken, als es bisher der Fall war.

(Beifall)

Ich will, dass wir nahbarer werden. Deshalb ist der Erneuerungsprozess, den wir schon direkt nach der Wahl eingeleitet haben und der hoffentlich ab morgen von Lars Klingbeil federführend in die Hand genommen wird, so wichtig.

Entscheidend ist dabei: Wir müssen die Distanz zwischen oben und unten überbrücken. In der Gesellschaft und in der Partei. Ich will, dass wir verzahnt sind, besser vernetzt in unserer Partei, aber auch

besser vernetzt mit der Gesellschaft. Dass jeder das Gefühl hat: Bei der SPD kann ich mitmachen! Da kann ich was bewegen!

Und deshalb finde ich es gut, dass wir unsere Partei vor Ort wieder stark oder noch stärker machen. Die Ortsvereine sind und bleiben das Herz unserer Partei. Dieses Herz muss schlagen, für uns, aber vor allem für die Menschen im Land.

Deshalb finde ich den Vorschlag gut, dass wir Mitglieder nicht nur bei Sach-, sondern auch bei Personalentscheidungen beteiligen. Dafür müssen wir als Partei ein Angebot formulieren, in unserem Organisationsstatut und, wenn nötig, auch durch die Änderung des Parteienrechts.

Deshalb finde ich es gut, dass Lars besonders die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten verbessern will, die es leichter machen, trotz Familie und Beruf und zeit- und ortsungebunden ein bisschen Zeit in die Parteiarbeit zu stecken.

Ich bin mir sicher, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn wir all das umsetzen, was Ihr ja auch in dem Leitantrag beschrieben findet, dann, ja, Genossinnen und Genossen, werden wir moderner und attraktiver. Ja, dann werden wir auch jünger, weiblicher und vielfältiger. Die Erneuerung unserer Partei muss das Kernanliegen der nächsten Jahre sein!

(Beifall)

Aber, Genossinnen und Genossen, Teil unserer Erneuerung, lasst mich das hier so offen sagen, muss auch ein Kulturwandel sein. In den Wochen nach der Wahl haben wir ein denkbar schlechtes Beispiel, ein denkbar schlechtes Bild abgegeben. Öffentlich wurde bei uns mehr über Personalfragen als über Inhalte gestritten. Das darf uns so nie wieder passieren. Die inhaltliche Auseinandersetzung muss im Vordergrund stehen. Sie muss sichtbar werden!

(Beifall)

Denn wenn der Eindruck entsteht, das Wesen von Politik sei, sich einen Vorteil zu verschaffen, den anderen auszutricksen und seine eigene Macht auszubauen, dann ist das gefährlich. Ihr kennt alle die Fernsehserie „House of Cards“, in der Politik genau so dargestellt wird. Das mag als Entertainment ganz amüsant sein, aber Fiktion sollte Fiktion bleiben und nicht die Blaupause der Realität werden. Dieses Politikverständnis passt nicht zu uns. Wer seit über 150 Jahren für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eintritt, wer die Demokratie in ihren schwersten Stunden verteidigt hat, wer Arbeitnehmer- und Frauenrechte erstritten und Minderheiten geschützt hat, wer all das getan hat, der darf Politik nicht als einen reinen Machtkampf betrachten. Das zerstört das Politische, Genossinnen und Genossen. Es zerstört auch die Sozialdemokratie!

(Beifall)

Politik ist kein Machtspielchen. Politik ist nicht Kampagne. Politik ist auch kein Kapitel aus einem Public-Relations-Buch. Politik darf nie nur Kampf sein. Vor allen Dingen darf Politik nicht Intrige sein. Politik ist dafür da, ein gutes und friedliches Zusammenleben zu organisieren, Orientierung zu geben und dafür zu sorgen, dass Menschen ihr Leben selbst in die Hand nehmen und gestalten können. Der Wesenskern von Politik - und damit auch von politischen Parteien - muss die Suche nach den besten Lösungen sein. Das Streben nach einer besseren und solidarischeren Welt. Das Organisieren des Miteinanders und des Gemeinwohls. Das und nichts anderes muss eine sozialdemokratische Partei machen, jede Woche, jeden einzelnen Tag und jeder Einzelne und jede Einzelne von uns gemeinsam!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir müssen auch wieder das respektvolle Streiten lernen! Streiten der Sache wegen, um die besten Lösungen zu finden und ohne dass es dabei um Sieg oder Niederlage von Personen geht. Denn es ist Unfug, es stimmt nicht, es ist Blödsinn, dass Sachfragen immer auch Machtfragen sind. Von wem lassen wir uns einen solchen Unsinn eigentlich einreden?

Erinnert euch doch mal: In unseren besten Zeiten haben wir die großen Debatten für unsere Gesellschaft ausgetragen:

Als wir um die Entspannungspolitik gerungen haben, und wir dafür von den Konservativen als Vaterlandsverräter beschimpft wurden.

Als wir kluge Positionen zur Kernenergie und zum Umweltschutz suchten, während uns andere Parteien deswegen nur milde belächelt haben.

Ja, auch als wir darüber debattierten und uns entgegen der öffentlichen Meinung gegen den Irak-Krieg gestemmt haben. Das waren doch Sternstunden unserer Partei, in großer Kontroverse ausgetragen, aber stellvertretend für die gesamte Gesellschaft.

Das Entscheidende ist: Lasst uns leidenschaftlich debattieren und auch streiten und uns nicht einreden lassen, dass diese oder jene Position nur vorgetragen würde aus einem taktischen Motiv heraus. Viel zu oft waren wir zu mutlos, Entscheidungen in die eine oder in die andere Richtung zu treffen und haben uns dann auf Formelkompromisse geeinigt, um des lieben Friedens willen, die uns politisch aber nicht mehr erkennbar machen.

Ich will, dass es in der SPD wieder lebendige Debatten gibt, an deren Ende dann ein konkreter Vorschlag steht,

(Beifall)

der durch die kontroverse Auseinandersetzung besser geworden ist. Debatten, die zum Mitmachen anregen, die junge Leute begeistern, zur SPD zu kommen, sich zu engagieren!

Liebe Genossinnen und Genossen, der Ort dieser Debatte muss die SPD sein! Lasst uns zurückkehren zu einer alten Tugend: Jede Meinung, jede Position innerhalb unserer Partei hat ihren Platz, muss ausgedrückt werden können, muss respektiert werden können, ohne dass dahinter irgendetwas unterstellt wird.

(Beifall)

Lasst uns kontrovers diskutieren und anschließend vereint nach außen unsere Position tragen. Das ist eine alte Tugend. Diese Kraft müssen wir wieder entwickeln.

(Beifall)

Die SPD muss wieder die Partei des Mutes werden. Lasst uns aufhören, auf Umfragen zu starren oder auf den Zeitgeist. Für den Zustand der SPD, das müssen wir uns selbst sagen, für unseren Zustand ist nicht Frau Angela Merkel zuständig, auch nicht die Große Koalition oder der Neoliberalismus und auch nicht die Medien. Für den Zustand unserer Partei sind wir selbst zuständig. Und wenn wir zu uns selbst zurückkehren, dann werden wir auch wieder stark.

(Lebhafter Beifall)

Aber, Genossinnen und Genossen, dazu gehört auch, dass wir gestalten wollen. Wir müssen wieder gestalten wollen.

Lasst mich mal etwas aus dem Godesberger Programm von 1959 zitieren. Es heißt dort:
„Im demokratischen Staat muss sich jede Macht öffentlicher Kontrolle fügen. Das Interesse der Gesamtheit muss über dem Einzelinteresse stehen. In der vom Gewinn- und Machtstreben bestimmten Wirtschaft und Gesellschaft sind Demokratie, soziale Sicherheit und freie Persönlichkeit gefährdet.“
Soweit das Godesberger Programm.

(Beifall)

Was aber ist heute Realität? Global operierende Konzerne wie Apple hinterziehen Milliarden an Steuern, und der irische Staat macht sich zum Komplizen.

Manche Banken handeln in einer unsagbar verantwortungslosen Weise mit den Hypotheken von zehntausenden Menschen, ruinieren sie und bringen ganze Volkswirtschaften ins Wanken.

An den Börsen, Genossinnen und Genossen, wird auf die Verknappung von Nahrungsmitteln spekuliert, während weltweit Menschen Hunger leiden. Großkonzerne verkaufen Wasser als Luxusgut, während fast 850 Millionen Menschen weltweit keinen Zugang zu sauberem Wasser haben und darüber krank werden.

Solche Auswüchse lassen Menschen den Glauben an die Steuerungskraft von Politik verlieren. Ein System, das solche Auswüchse zulässt, muss verändert werden. Das ist die Aufgabe von sozialdemokratischer Politik.

(Beifall)

Wenn wir aber der Meinung sind, dass die Wirtschaft für den Menschen da ist und nicht umgekehrt, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass dieser Grundsatz - und ich erinnere an das Godesberger Programm - durch den Primat der Politik auch durchgesetzt wird. Wenn die Freiheit des Marktes Wohlstand und Fortschritt nur für wenige bedeutet, dann ist das gar keine Freiheit.

(Beifall)

Deshalb muss die SPD beantworten, wie unter den Bedingungen der Globalisierung dem demokratischen Willen auf nationaler, auf europäischer und internationaler Ebene Geltung verschafft werden kann. Wir müssen uns als die politische Kraft erweisen, die fähig ist, das Leben der Menschen zum Besseren zu verändern - selbstbestimmt, sicher und frei. Nur so gewinnen wir Vertrauen zurück. Aber, Genossinnen und Genossen, es reicht eben nicht mehr aus, das nur national zu tun. Der Nationalstaat hat in der globalisierten Welt viel Gestaltungsmacht verloren. Seien wir so ehrlich, und sagen wir das den Wählerinnen und Wählern.

Vieles, was wir tun müssen, um ihr Leben besser zu machen, können wir gar nicht mehr im Deutschen Bundestag - auch nicht mehr im Bundeskanzleramt - machen. Globale Regeln müssen global durchgesetzt werden, und hierfür brauchen wir Europa. Deshalb müssen wir Europa stärken. Deshalb sind wir die Europapartei. Und nur Europa kann in dieser Globalisierung die Regeln durchzusetzen, die ihre Auswüchse, die ich beschrieben habe, unter Kontrolle bringen. Deshalb müssen wir Europa stärken.

(Beifall)

Nur ein entschlossenes Europa kann dem Klimawandel effektiv entgegenzutreten. Nur ein starkes Europa kann die Plattformgiganten, wie Facebook oder Google dazu zwingen, unsere Regeln und Grundrechtstandards zu akzeptieren. Nur ein offenes Europa kann es jungen Menschen ermöglichen, sich in mehreren Sprachen und Ländern zuhause zu fühlen. Nur ein solidarisches Europa kann der asozi-

alen Steuerflucht effektiv Grenzen aufzeigen. Nur ein entschiedenes Europa kann den internationalen Terrorismus bekämpfen, und nur ein einiges Europa, kann die Herausforderungen der Migration solidarisch bewältigen.

(Beifall)

Das alles, Genossinnen und Genossen, schaffen wir nicht mehr national. Die traurige Wahrheit ist aber auch: Europa ist heute in vielen Fragen handlungsunfähig. Und schlimmer noch: Auch Europa funktioniert eben nicht immer nur für die Menschen, sondern leider allzu oft eben für die Großkonzerne.

Wenn Unternehmen, die übrigens häufig mit europäischen Geldern subventioniert worden sind, Standorte nach Osteuropa verlagern, dann ist das Lohndumping auf Kosten der Belegschaften. Das ist nicht mein Europa.

(Beifall)

Wenn bei den Brexit-Verhandlungen ernsthaft gefordert wird, dass Freizügigkeit für Kapital, Waren und Dienstleistungen gelten soll, nicht aber für Menschen, dann ist das nicht mein Europa.

(Beifall)

Wenn Staaten ihre Haushalte nicht ausgleichen können, müssen sie mit drakonischen Strafen aus Brüssel rechnen. Setzen sie aber die Gewaltenteilung außer Kraft, dann ist die Kommission machtlos. Das, Genossinnen und Genossen, ist ganz sicher nicht mein Europa.

(Beifall)

Wenn wir Milliarden für Bankenrettungen mobilisieren können, aber für Jobs für junge Leute nur Kleckerbeträge zur Verfügung stehen, dann ist das sicher nicht mein Europa.

(Beifall)

Ich habe, Genossinnen und Genossen, immer für Europa gekämpft - das wisst ihr -, aber ich habe für das solidarische Europa gekämpft, ein Europa, das für die Menschen da ist. Die europäischen Völker haben sich zusammengeschlossen, weil sie erkannt haben, dass sie alleine gegenüber bestimmten Entwicklungen machtlos sind. Ja, sie haben sich auch zusammengeschlossen, weil sie nur durch gelebte Solidarität gemeinsam stark sind. Das ist das Europa, von dem wir mehr brauchen. Nicht das Europa der Banken und der multinationalen Konzerne, nicht das Europa der teilweise absurden Regulierungen! Das brauchen wir auf keinen Fall. Nein, wir brauchen das Europa der Bürger. Wir brauchen das Europa, das sich zusammenschließt, weil es durch den Zusammenschluss seine Menschen schützt. Wir brauchen das Europa, das schützt, das soziale Europa, das demokratische Europa. Wir brauchen das sozialdemokratische Europa, und genau dafür treten wir ein.

(Beifall)

Nur, Genossinnen und Genossen, dieses Europa gibt es aktuell halt nicht, und wir müssen es schaffen. Wenn wir wollen, dass Europa auch dauerhaft stark bleibt, dann müssen wir dafür sorgen, dass es handlungsfähig ist und dass es einen spürbaren Unterschied macht im Leben der Menschen. Wir brauchen kein europäisches Spardiktat, aber wir brauchen endlich Investitionen in ein Eurozonenbudget, um Wachstum in der Eurozone zu generieren.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen einen europäischen Finanzminister, der diesen Unterbietungswettbewerb beim Steu-
erdumping eindämmt und der endlich der unsäglichen Steuerflucht ein Ende setzt in Europa.

(Beifall)

Wir brauchen einen europäischen Rahmen für Mindestlöhne, damit dieses Lohndumping - ich sprach
davon - beendet wird.

Europa ist unsere Lebensversicherung. Es ist die einzige Chance, wie wir im Wettbewerb mit anderen
großen Regionen dieser Erde mithalten können.

Und macht euch doch keine Illusionen: In anderen Regionen dieser Erde wird anders gedacht als bei
uns, und da wird übrigens auch anders produziert als bei uns. Die haben keine Menschenrechte, die
haben kein Streikrecht, da gibt es nicht die Gewerkschaften, die auf gleicher Augenhöhe mit dem
Kapital agieren könnten. Da gibt es die Kinderarbeit, da gibt es die hemmungslose Ausbeutung der
Ressourcen und der Menschen. Ja, klar produzieren die billiger als wir. Ja, das ist wohl so.

Und da gibt es die klugen Köpfe, die uns sagen: Ihr müsst so werden, wie die sind. Nein, da bin ich anderer
Meinung. Wer auf unseren Markt in Europa will, den reichsten Markt der Welt, der muss dann auch unse-
re Standards akzeptieren. So machen wir Europa zum Schutz für die Menschen auf diesem Kontinent.

(Beifall)

Seit 1925 - mit dem Heidelberger Programm - fordert die SPD die Vereinigten Staaten von Europa.
Das bedeutet konkret, dass wir Europa mindestens in den Bereichen Innere und Äußere Sicherheit,
beim Klimaschutz, bei der Steuer- und Geldpolitik, beim Kampf gegen Steueroasen, bei der Flücht-
lingspolitik und bei der Entwicklungszusammenarbeit die Instrumente geben müssen, die Europa
braucht, um handlungsfähig zu sein.

Und deshalb frage ich euch: Warum nehmen wir uns eigentlich jetzt nicht vor - hundert Jahre nach
unserem Heidelberger Beschluss; hundert Jahre später -, spätestens im Jahre 2025 diese Vereinigten
Staaten von Europa verwirklicht zu haben?

Ich will, dass es einen europäischen Verfassungsvertrag gibt, der ein föderales Europa schafft, das
keine Bedrohung für seine Mitgliedsstaaten ist, sondern ihre sinnvolle Ergänzung. Ein solcher Verfas-
sungsvertrag muss von einem Konvent geschrieben werden, der die Zivilgesellschaft und die Völker
Europas mit einbezieht.

Ich will euch eines sagen: Wenn wir mit den Menschen diskutieren, dann können wir sie auch über-
zeugen, dann können wir sie für diese großartige Idee gewinnen. Ich habe oft weniger Angst vor den
Menschen als vor mancher taktisch handelnden Regierungszentrale.

(Beifall)

Dieser Verfassungsvertrag muss deshalb mit den Menschen erarbeitet werden. Wenn wir ihn haben,
dann muss er in den Mitgliedsstaaten vorgelegt werden. Wer dann dagegen ist, der geht dann eben
aus der Europäischen Union heraus. Lasst uns endlich den Mut aufbringen, Europa beherzt voranzu-
bringen! Nicht dieses Drehen an Stellschräubchen! Lasst uns Mut haben!

(Beifall)

Europa zu stärken heißt nicht nur, Gestaltungsmacht zurückzugewinnen. Es heißt auch, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Es geht in den nächsten Jahren – ich muss das leider hier in dieser Dramatik sagen – um die Zukunft der europäischen Einigung. Denn obwohl wir gerade in unserem Land sehen, dass die Pro-Europäer wieder Zuspruch gewinnen, dass Pulse of Europe sich mit Leidenschaft für die Europäische Union einsetzt, erleben wir auch das Erstarken der Kräfte, die Europa am liebsten zerschlagen würden.

Guckt euch an, was in Polen passiert, wo unsere gemeinsamen Grundwerte systematisch untergraben werden und die EU handlungsunfähig ist, etwas dagegen zu tun!

Schaut nach Ungarn! Dieses Land hat uns nicht nur in der Flüchtlingskrise die Solidarität verweigert. Es schließt jetzt auch große Deals mit China ab und entfernt sich immer weiter von der Europäischen Gemeinschaft.

Schaut auf die Wahlergebnisse in den Niederlanden, in Frankreich, in Finnland, in Dänemark, in Österreich und auch bei uns in Deutschland! Überall erstarken die Rechten und Ultranationalisten, die mit unserer Vorstellung von freier und offener Gesellschaft nichts am Hut haben, die ihre Länder am liebsten abschotten wollen und für ein Weltbild stehen, das von gestern ist.

Deshalb sage ich euch: Wenn wir nicht umsteuern, wenn wir Europa nicht ganz praktisch und ganz konkret stärken, dann werden diese Kräfte gewinnen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wer das ignoriert nach Nachrichten, die wir alle nicht für möglich hielten – beim Brexit oder bei der Wahl von Trump – der verspielt nachlässig die Zukunft unseres ganzen Kontinents.

Deshalb müssen wir ausloten, wie wir zur besten Lösung für ein anderes, ein besseres Europa kommen.

Ich füge hinzu: Auch wir als SPD haben eine besondere Verantwortung dafür. Denn weitere vier Jahre deutsche Europapolitik à la Wolfgang Schäuble kann sich die Europäische Union weiß Gott nicht leisten!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir legen euch heute einen Leitantrag vor, den das Präsidium und der Parteivorstand einstimmig verabschiedet haben, der genau dieser Logik folgt und eine Kehrtwende in der Europapolitik einleiten will. Gerade in der Europapolitik darf es kein „Weiter so!“ mehr geben.

Es geht in unserem Leitantrag um die großen Fragen. Neben Europa ist es vor allem, wie wir als Partei der Arbeit unserem Anspruch gerecht werden und dafür sorgen, dass im Zeitalter der Digitalisierung zentrale Errungenschaften erhalten bleiben, dass Arbeit auch weiterhin Selbsterfüllung, Würde und Zusammenhalt bedeutet. Denn die Herausforderungen sind da, und die Menschen erwarten zu Recht, dass wir uns ihrer annehmen.

Genossinnen und Genossen, Leiharbeit in Deutschland ist auf einem Höchststand. Fast eine Million Leiharbeiter gab es 2016 in Deutschland. Der Anteil der befristeten Stellen ist gestiegen. Fast die Hälfte der neu eingestellten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat 2016 nur eine befristete Stelle erhalten. Die soziale Mitte gerät seit Jahren mehr und mehr unter Druck. Unsichere und schlecht bezahlte Tätigkeiten haben zugenommen.

Die Zeitungen sind jeden Tag voll von Prognosen, wie viele Millionen Arbeitsplätze in den nächsten Jahren aufgrund von Automatisierung, Algorithmen und Robotik wegfallen.

Ich bin sehr dankbar, dass Ihr, die Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, hier seid. Denn das sind die Aufgaben, die wir gemeinsam – Sozialdemokratie und Gewerkschaften „Seit‘ an Seit“ anpacken müssen, um die wir uns gemeinsam kümmern müssen. Gemeinsam müssen wir uns darum kümmern, dass die Digitalisierung nicht dazu führt, dass Arbeitnehmerrechte infrage gestellt werden. Deshalb brauchen wir auch im digitalen Zeitalter mehr – und nicht weniger – betriebliche Mitbestimmung.

(Beifall)

Gemeinsam müssen wir uns darum kümmern, dass endlich wieder mehr Menschen nach Tarif bezahlt werden und verhindern, dass mehr Unternehmen aus den Tarifverträgen flüchten. Das muss man ganz präzise sagen, liebe Genossinnen und Genossen: Da, wo keine Tarifverträge mehr gelten, herrschen schlechtere Bedingungen in Bezug auf die Höhe der Löhne, auf die gerechte Verteilung der Einkommen, die Arbeitsbedingungen oder die Qualifizierung und Ausbildung. Die soziale Spaltung unserer Gesellschaft beginnt da, wo die Tarifbindung endet.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, gemeinsam müssen wir uns darum kümmern, dass die sogenannte Digitaldividende der Unternehmen auch bei den Menschen ankommt. Denn wo immer mehr Arbeit automatisiert wird, dies aber zu Beschäftigungsverlust und wachsendem Druck auf die sozialen Sicherungssysteme führt, brauchen wir Antworten. Deswegen sage ich hier ganz klar: Ja, es wird in Zukunft auch wieder um Verteilungsgerechtigkeit gehen!

(Beifall)

Wenn die Effizienzgewinne der einen die Lasten der anderen werden, dann muss es dafür einen Ausgleich geben. Darauf wird die Sozialdemokratie eine Antwort geben müssen.

(Beifall)

Und gemeinsam müssen wir uns darum kümmern, dass der Trend zur Soloselbstständigkeit nicht zu einer weiteren Prekarisierung der Arbeit führt. Mehr als eine Million Menschen sind heute in Deutschland selbstständig, Tendenz steigend. Selbstständig zu sein heißt heute aber nicht mehr, nur Ärztin, Installateur oder Buchhändler zu sein. Nein, das heißt heute immer häufiger auch Paketbote, Programmierer oder FahrerIn bei Uber zu sein. Das sind Menschen, Genossinnen und Genossen, die sich nicht aus der Portokasse selbst absichern können. Wir müssen uns darum kümmern, dass diese Form der Selbstständigkeit nicht zu einer systematisierten Selbstaussbeutung wird! Wir wollen keine App-gesteuerte Dienstbotengesellschaft, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir wollen, dass die Digitalisierung zu mehr individueller Freiheit, zu mehr Chancen

(Beifall)

und zu mehr selbstbestimmter Lebensgestaltung führt!

Unsere Aufgabe ist es, den Menschen die Sicherheit zu geben, dass es auch morgen für sie noch eine gute Perspektive gibt.

Klar, garantieren, dass manche Tätigkeiten in der Wirtschaft 4.0 noch immer existieren werden, können wir nicht. So ehrlich müssen wir schon sein. Worum wir uns aber kümmern können, ist, dass neue Jobs mit Wachstumskapital für Start-ups entstehen mit Unterstützung gerade für die kleinen

und mittleren Unternehmen, dass Qualifizierungsangebote vorhanden sind mit dem Ausbau der Bundesagentur für Arbeit zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung, mit einem Chancenkonto, das eine autonome Lebensgestaltung unterstützt.

Wir müssen uns darum kümmern, dass Arbeitnehmerrechte gewahrt bleiben. Deshalb wiederhole ich das, auch wenn manche, die hier sind, vielleicht gar nicht mehr gerne hören, was ich im Wahlkampf gesagt habe: Wir brauchen eine Abschaffung der sachgrundlosen Befristung und eine Eindämmung der prekären Beschäftigung.

(Beifall)

Wir müssen uns darum kümmern, dass die unsägliche Ungleichheit zwischen Frauen und Männern am Arbeitsmarkt endlich beendet wird. Dazu gehört, dass das Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit endlich umgesetzt wird.

(Beifall)

Wir müssen uns darum kümmern, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein Wunschtraum bleibt, sondern Normalität wird.

Wir müssen uns darum kümmern, dass moderne Regelungen zur Datensouveränität die Würde des Menschen auch im digitalen Zeitalter bewahren und dass unsere sozialen Sicherungssysteme Bestand haben. Ich sage das einmal ganz frei von der Leber: Wir bekommen ja immer um die Ohren gehauen, unsere Debatte um die sozialen Sicherungssysteme sei ein bisschen antiquiert. Und diese „Sozialstaatsromantik“, wie man es liest, wenn wir über Rentenversicherung reden, wenn wir über Krankenversicherung reden. Der Kampf gegen Altersarmut oder für eine sichere Rente, das ist auch im digitalen Zeitalter eine hoch moderne Angelegenheit. Das ist nämlich immer erforderlich, um die Gesellschaft zusammenzuhalten.

(Lebhafter Beifall)

Und wir müssen dafür sorgen, dass wir es endlich schaffen, in der Bildung auf der Höhe der Zeit zu sein.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein Land mit Milliardenüberschüssen muss in der Lage sein, die Löcher im Schuldach zu reparieren und dafür zu sorgen, dass die Toilette funktioniert, dass unsere Kinder mit den modernsten Mitteln lernen können. Unser Bildungssystem in Deutschland ist nicht modern, und das muss sich ändern!

Wir sind die Partei, die sich darum kümmern muss, dass jeder und jede mitkommt. Und ja, dazu gehören eben mehr Lehrerinnen und Lehrer, dazu gehören auch mehr Schulsozialarbeiter, vor allem in einer Gesellschaft, die immer mehr Integrationsleistungen an die Schulen delegiert. Deshalb brauchen wir dringend die nationale Bildungsallianz, die wir im Wahlkampf vorgeschlagen haben.

Wir brauchen ein Ende des Kooperationsverbotes. Wir brauchen die kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Universität. Und wir brauchen - ich wiederhole das - einen Berufsschulpakt. Ich wiederhole es, weil ich es im Wahlkampf hundertmal gesagt habe, weil es meine tiefe Überzeugung ist. Wir brauchen deshalb einen Berufsschulpakt, weil wir, die Sozis, endlich zeigen müssen, dass uns berufliche Bildung genauso viel wert ist wie die akademische Qualifikation!

(Beifall)

Wir waren immer die Partei der Bildungsreform. Im Zeitalter des Wissens, in dem wir leben, müssen wir die Partei der Bildungsrevolution werden! Das alles beschreibt unser Leitantrag. Dafür wird die SPD gebraucht!

Liebe Genossinnen und Genossen,
nach der Erneuerung Europas und der Zukunft der Arbeit ist mir eine dritte Frage besonders wichtig.
Was ist unsere Haltung zum Umweltschutz? Diese Frage stellt sich auch für die SPD immer dringender.

Ich möchte euch ein Erlebnis aus dem Wahlkampf vortragen, das mich tief aufgewühlt hat. Ich habe mit Manuela Schwesig gemeinsam das Ozeaneum in Stralsund besucht. Das ist ein wunderbares Projekt, wo die Artenvielfalt unserer Ozeane und unserer Meere interaktiv dargestellt wird. Manuela hatte mich eingeladen, dieses fantastische Projekt zu besuchen.
Der Direktor des Ozeaneums hat mich herumgeführt und zu einer alten Schildkröte geführt, ein majestätisches Wesen, das mich in seiner Ruhe und in seiner Kraft tief beeindruckte.

Und dann hat mir der Direktor des Museums erzählt, dass diese Tiere in den Weltmeeren Plastik essen. Aber sie können Plastik in ihren Mägen nicht abbauen. Das Ergebnis ist: Diese Tiere haben immer das Gefühl, satt zu sein. Und weil sie das Gefühl haben, satt zu sein, essen sie nicht mehr und verhungern elendig.

Eine alte Spezies, die älter wird als jeder Mensch, die Epochen überdauert; diese Spezies geht elendig zugrunde, weil wir Plastik produzieren und damit die Weltmeere belasten.

Nein, Genossinnen und Genossen, wir haben eine Verantwortung in dieser Welt und ich möchte, dass wir diese ernst nehmen. Die Natur ist uns eben nicht untertan und wir sind nicht ihre Herrscher. Gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen begreifen, dass wenn wir sie weiter zerstören, dann zerstören wir unsere eigenen Lebensgrundlagen. Das, was wir uns besonders vor Augen halten müssen, gerade meine Generation, die Generation, die jetzt Verantwortung trägt: Wenn wir das nicht korrigieren, dann leiden nicht wir darunter, sondern unsere Kinder und Enkelkinder. Deshalb muss das Umsteuern in der Umweltpolitik dazu führen, dass ökologische Grundrechte den gleichen Stellenwert bekommen wie soziale und individuelle Grundrechte.

(Beifall)

Die Erfüllung des Versprechens, dass wir der nächsten Generation eine intakte Welt hinterlassen, das ist der Prüfstein für unsere politische Existenzberechtigung.

(Lebhafter Beifall)

Der Klimawandel ist die große Herausforderung unseres Zeitalters. Ich selbst komme aus einer Kohleregion. Ich habe miterlebt, wie die Steinkohlebergwerke geschlossen wurden und tausende Kumpel ihre Arbeit verloren. Das sind bittere Momente.

Ich habe in meiner Zeit als Bürgermeister auch erlebt, wie wir es geschafft haben, dass niemand arbeitslos blieb, weil wir vorausgeplant hatten, weil wir Angebote für die Beschäftigten und die Regionen machen konnten.

Und jetzt stehen wir vor einer ähnlichen Situation bei der Braunkohle. Die Wahrheit ist doch: Wir wollen die Klimaziele erreichen. Die Wahrheit ist auch: Das geht einher mit einem Ende der Kohleverstromung.

(Beifall)

Das wissen die Menschen in der Lausitz. Die Menschen im mitteldeutschen und meine Nachbarn im rheinischen Revier wissen das. Diesen Menschen hilft keine Realitätsverweigerung. Ihnen hilft nur ein Zukunftskonzept.

Aufgabe der Sozialdemokratie ist es nicht, Strukturen der Vergangenheit zu konservieren. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, eine Perspektive für die Zukunft zu geben!

(Anhaltender Beifall)

Deshalb werden wir uns um diese Perspektiven kümmern! Wir werden uns darum kümmern, dass der Umbau gelingt. Aber das will ich euch sagen: nicht auf Kosten der Versorgungssicherheit. Auch nicht auf Kosten der Beschäftigten. Ja, dafür brauchen wir Milliardeninvestitionen in die Netze und Angebote für die Regionen.

Wir Sozialdemokraten können Strukturwandel. Ich kenne das. Ich bin in einem Strukturwandel geboren. Der Strukturwandel ist auf längere Frist angelegt. Aber, Genossinnen und Genossen, wir wissen, dass so etwas nicht von heute auf morgen geht.

Deshalb möchte ich an euch appellieren als sozialdemokratische Partei, an alle Beteiligten: Wir müssen aufhören Umweltschutz gegen Industriepolitik auszuspielen. Beides muss parallel und zusammen gehen.

(Beifall)

Wir müssen den Klimawandel bewältigen und moderne Industrie schaffen. Das können nur wir, das kann nur die SPD.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, der Mensch steht bei uns im Mittelpunkt. Wir stehen für ein tolerantes, ein vielfältiges und respektvolles Miteinander. Das ist auch unser Antrieb bei der Beantwortung der Frage, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen.

Wir haben in diesem Jahr die Ehe für alle durchgesetzt.

(Beifall)

Lasst mich eines sagen: Bei allen Misserfolgen dieses Jahres hat es sich alleine dafür gelohnt, Politik zu machen. Denn wir haben vielen Menschen einen ganz persönlichen Traum ermöglicht, nämlich den Traum, ihren Partner zu ehelichen.

Ich habe an diesen Tagen erlebt, was das für viele auch meiner engeren und engsten Freunde bedeutet hat: Endlich ein Ende mit dieser unsäglichen Diskriminierung in unserem Land. Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, darauf können wir stolz sein.

(Beifall)

Das ist nicht selbstverständlich. In vielen Gesellschaften weltweit findet heute ein Kulturkampf statt, und am schlimmsten - das bedrückt uns, glaube ich, alle gemeinsam - in dem Land, das lange Zeit als das Vorbild für eine freie Gesellschaft galt, in den Vereinigten Staaten.

Weltweit werden Minderheiten verunglimpft, Frauen in furchtbarer Weise unterdrückt und belästigt. Es wird offen gegen bestimmte Ethnien und Religionen Stimmung gemacht. Eine solche Gesellschaft ist nicht unsere Gesellschaft!

Aus aktuellem Anlass möchte ich etwas zur Sexismus-Debatte der letzten Wochen sagen. Der so wichtige Online-Aufschrei #metoo hat nur die abscheuliche Spitze eines Eisberges zum Vorschein ge-

bracht. Ich finde es unerträglich, täglich zu lesen und zu hören, wie viele Frauen von Sexismus betroffen sind und Opfer von Belästigung und Gewalt geworden sind.

(Beifall)

Ich finde es auch unerträglich, dass viele Männer leise davonkommen und möglicherweise einfach weitermachen.

Was mich wirklich wütend macht ist, dass viele in der Debatte nicht kapieren, dass das keine strafrechtliche Debatte ist, sondern dass es ein gesamtgesellschaftliches Fass, offensichtlich ohne Boden, ist. Die letzten Wochen sollten uns endgültig vor Augen geführt haben: Sexismus darf in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Das müssen wir gemeinsam aufarbeiten. Wir müssen zu einem respektvollen Umgang zwischen Frauen und Männern kommen. Ich will, dass die SPD dazu beiträgt, dass es diese Debatte eines Tages nicht mehr geben wird, Genossinnen und Genossen. Das muss unser Ziel sein.

(Lebhafter Beifall)

Bei uns muss jede und jeder frei und sicher leben können, egal welchen Geschlechts, egal welcher Hautfarbe, egal mit welchem Familiennamen, welcher Herkunft oder Religion. Unser Grundgesetz bietet hierfür eine wunderbare Basis.

Unsere Kultur ist seit Jahrhunderten von Vielfalt geprägt. Das kann man heute auch leicht erkennen, wenn man nur genau hinguckt. Mit Navid Kermani hat ein in Siegen geborener Sohn iranischer Eltern vor zwei Jahren den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten. Wir sehen uns mit Freude die Filme des Hamburger Regisseurs Fatih Akin an und freuen uns für ihn, aber auch für unser Land, wenn er bei den Filmfestspielen in Cannes für seine Arbeit ausgezeichnet wird. Wir haben kluge und engagierte Journalistinnen: Pinar Atalay, Linda Zervakis und Dunja Hayali.

Ja, Kultur lebt von der Vielfalt, und eine Leitkulturdebatte, wie sie manche bei uns fordern, ist nicht zeitgemäß - sie ist historischer Unsinn.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, eine vielfältige, eine plurale, gleichberechtigte Gesellschaft ist stärker, weil sie kreativer ist. Sie wird zum Erfolgsmodell, wenn ein Staat sie selbstbewusst gestaltet und sich darum kümmert, dass Einigkeit in Vielfalt entsteht.

Es ist unsere Aufgabe, das in die Hand zu nehmen. Das ist unsere Antwort an die Hetzer von rechts, die jetzt auch im Deutschen Bundestag sitzen. Ihr Parteitag am letzten Wochenende hat gezeigt, was sie wirklich sind: Sie sind Rechtsradikale und sie sind bejammernswerte Deutschnationaler mit ihrer völkischen Rhetorik. Und wenn es ein Bollwerk gegen diese Leute gibt, wenn es ein Bollwerk zur Verteidigung der Demokratie gegen die Hetzer von rechts, gegen die Antisemiten, gegen diese Leute, die die Zusammenhaltsphilosophie in unserer Gesellschaft ins Gegenteil umkehren wollen und die Gesellschaft spalten wollen, wenn es ein Modell gibt, wie man die Demokratie gegen diese Typen schützt, dann kann ich euch sagen, wie das Modell heißt: Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

(Beifall)

Wir sind deren Gegner.

(Lebhafter Beifall)

Wir kümmern uns darum, dass Menschen in unserem Lande gut zusammenleben. Dazu brauchen wir natürlich ein Einwanderungsgesetz, damit Menschen geregelt zu uns kommen können.

Dazu brauchen wir Angebote für Sprachkurse. Wir brauchen Arbeitsangebote, und vor allen Dingen brauchen wir effizientere Verfahren. Für eine gute Integration sind drei Dinge elementar, Genossinnen und Genossen: Sprache, Arbeit und Freunde. Und ich möchte aufgrund der aktuellen Debatte noch hinzufügen: Familie! Die ist für die Integration auch wichtig.

(Beifall)

Was wir nicht gebrauchen können sind Debatten, die Menschen mit Migrationshintergrund stigmatisieren, sie ausgrenzen oder als Sicherheitsrisiko betrachten. Deutschland ist ein Einwanderungsland, und es wird Zeit, dass wir der Verantwortung, die damit einhergeht, gerecht werden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für ein realistisches, aber immer offenes und tolerantes Weltbild. Unsere eigene Geschichte, ist doch geprägt von Krieg, Leid, Flucht und Verfolgung. Deshalb ist eines klar: Das Recht auf Schutz vor Krieg und Verfolgung, liebe Genossinnen und Genossen, kennt keine Obergrenze! Das ist garantiert - in unserer Verfassung, in den internationalen Verträgen.

(Beifall)

Aber um all diese Aufgaben zu erledigen und anzupacken, brauchen wir den starken Staat, besonders in Bezug auf die wichtigen Zukunftsfragen, um darauf zu reagieren, dass sich zentrale Bereiche unserer Gesellschaft nicht in die richtige Richtung entwickelt haben, weil sie dem Markt alleine unterworfen wurden. Das sehen wir doch in den Großstädten, in denen es viel zu wenig bezahlbaren Wohnraum gibt. Es ist übrigens eine Katastrophe, dass in den Ballungszentren auch wirklich gut situierte Menschen mit zwei Einkommen zwischenzeitlich ihre Miete nicht mehr bezahlen können. Das geht nicht! Das liegt aber auch daran, dass sich der Staat teilweise aus dem geförderten Wohnungsbau zurückgezogen hat.

(Beifall)

Wir sehen es übrigens auch bei den Effizienzsteigerungen in Krankenhäusern oder Pflegeeinrichtungen, wo das Personal bis zur totalen Überlastung derjenigen, die da arbeiteten und arbeiten, reduziert wurde. Ich erinnere euch an den Pfleger, den ich in Moers am Niederrhein getroffen habe. Ich habe ihn oft während des Wahlkampfes zitiert. Er hat mir gesagt: „Herr Schulz, mein Job ist etwas für Melancholiker. Wenn ich abends nach Hause gehe, dann weiß ich, dass ich das, was ich hätte tun müssen, nicht habe tun können, weil mir das Personal und die Ausstattung dafür fehlen, und dass die Menschen, die hier sind, die nicht nur ihr Alter, sondern auch ihr Vermögen hierherbringen, nicht das bekommen haben, was ihnen zusteht.“ Für den und für die, die er pflegt, hat sich übrigens seit dem Tag und auch seit der Bundestagswahl nichts verbessert.

Wir sehen das bei der Daseinsvorsorge mit Wasser, mit Strom oder beim Nahverkehr, die nicht privat organisiert sein sollten, sondern als öffentliche Dienstleistungen.

(Beifall)

Der Sozialstaat, Genossinnen und Genossen, muss seiner Rolle als Sicherheitsnetz für ein selbstbestimmtes Leben im 21. Jahrhundert nachkommen können, und es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass der Staat das auch kann.

Denn die Realität ist heute oft eine ganz andere: Unser Staat ist häufig unterfinanziert. Und, Genossinnen und Genossen, das ist nicht gottgegeben, das ist die Folge von politischen Entscheidungen, und das ist auch die Folge einer neoliberalen Ideologie.

(Beifall)

Ich meine damit nicht nur offensichtliches Staatsversagen. Ich meine nicht nur Klassenzimmer, in die es reinregnet. Ich meine nicht nur Einwohnermeldeämter – die gibt es immer noch – in denen Bürger nicht wie Kunden, sondern wie Untertanen behandelt werden.

Ich meine auch völlig überlastete Gerichte oder Polizeiwachen, die seit 30 Jahren nicht mehr renoviert wurden. Deshalb sind wir auch für eine Kehrtwende, für mehr und besser bezahlte Polizeikräfte und für eine besser ausgestattete Justiz.

(Beifall)

Die Modernisierung unseres Gemeinwesens ist eine extrem wichtige Sache, die wir anpacken müssen. Der Staat muss seiner Schutzfunktion nachkommen können! Das dürfen wir nicht den Staatsverächtern, diesen Privat-statt-Staat-Fetischisten à la Christian Lindner überlassen! Unser Staat muss handlungsfähiger werden, er muss besser werden! Dafür braucht es die SPD!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, nachdem die Jamaika-Verhandlungen in verantwortungsloser Weise und unter Missachtung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes an die Wand gefahren worden sind, sind wir nun gefordert.

Und dabei geht es nicht um die Frage GroKo oder nicht GroKo, Minderheitsregierung oder nicht Minderheitsregierung, Kenia oder Neuwahlen. Nein, es geht um die Frage: Wie werden wir unserer Verantwortung, jetzt und auch der nächsten Generation gegenüber, gerecht?

Ja, wir müssen Europa stärken.

Ja, wir müssen uns um die Zukunft der Arbeit im digitalen Zeitalter kümmern.

Ja, wir brauchen eine Bildungsrevolution; denn Bildung und Qualifizierung sind die Rohstoffe für die Zukunft.

Ja, wir müssen die Umwelt schützen und den Klimawandel begrenzen.

Ja, wir müssen den Staat stärken, damit er unsere sozialen Netze aufrechterhält und die Würde im Alter garantiert.

All das brauchen wir; all das braucht das Land.

Und wir müssen uns nun die Frage stellen: Wie setzen wir das durch? In welcher Form, das muss ausgelotet werden. Dafür wollen wir ergebnisoffen reden und schauen, zu welchen inhaltlichen Lösungen wir kommen können. Genossinnen und Genossen, auf den Inhalt kommt es an, nicht auf die Form.

Wir müssen nicht um jeden Preis regieren.

(Beifall)

Aber wir dürfen auch nicht um jeden Preis nicht regieren wollen! Entscheidend ist, was wir durchsetzen können!

(Lebhafter Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wie ist eigentlich die Lage, wenn wir sagen: „Wir gehen in keine GroKo“, die Grünen sagen: „Wir wollen kein Kenia“, die CDU sagt: „Wir machen keine Minderheitsregierung“ und der Bundespräsident sagt: „Ich will keine Neuwahlen“?

Dann, aber nur dann, stünde unser Land vor einer echten Krise. Vor dieser Situation stehen wir aber nicht. Denn es gibt verschiedene, gleichwertige Wege, wie man zur Regierungsbildung in diesem Lande beitragen kann.

Unser Leitantrag ist eine Beschreibung der unterschiedlichen Optionen, über die wir reden müssen. Lasst uns zuerst sehen, welche Inhalte wir durchsetzen können, und lasst uns dann entscheiden, in

welcher Form wir dies tun. Dieser Leitantrag kombiniert beides: unsere politischen Inhalte zuerst und keinen Automatismus in irgendeine Richtung.

Ich wiederhole das, Genossinnen und Genossen, weil ich die Debatte kenne: unsere politischen Inhalte zuerst und keinen Automatismus in irgendeine Richtung!
Für dieses Vorgehen gebe ich euch meine Garantie.

(Beifall)

Und deshalb bitte ich euch um Zustimmung zu diesem Leitantrag, der keine Option vom Tisch nimmt, der uns alle Wege offenhält, um ein Maximum an sozialdemokratischer Politik durchzusetzen. Liebe Genossinnen und Genossen, wer in den letzten Tagen und Wochen die Zeitungen gelesen hat, der konnte den Eindruck gewinnen, der Satz „erst das Land, dann die Partei“ gilt nur für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Richtig ist aber doch vielmehr: Wenn die soziale Demokratie in diesem Land und unsere Partei es nicht schaffen, stark zu sein, wenn die Idee der Solidarität, der Gleichberechtigung, der Toleranz, des demokratischen Respekts vor dem Individuum untergeht oder immer weiter geschwächt wird, dann geht es auch dem Land schlecht.

(Beifall)

Die Erneuerung der SPD dient dem Land. Und die Erneuerung der SPD kann nicht gegen die Interessen des Landes ausgespielt werden - so wenig, wie die Interessen des Landes und die staatspolitische Verantwortung gegen die Interessen der Partei ausgespielt werden können. Der Erneuerungsprozess der SPD, organisatorisch und politisch, wird weitergehen, und er muss weitergehen. Denn wir haben eine Führungsverantwortung als Sozialdemokraten in Deutschland und in Europa und in unserer sozialdemokratischen Parteienfamilie. Nein, wir dürfen uns das nicht einreden. Nicht erst das Land, dann die Partei. Auch nicht umgekehrt, wie bei Herrn Lindner: Erst die Partei, und das Land ist uns egal. Nein, eine starke Partei, eine starke SPD ist notwendig, um Deutschland stark zu machen, und ein starkes Deutschland ist notwendig, um Europa stark zu machen!

(Beifall)

Dafür, Genossinnen und Genossen, will ich Politik machen: für eine starke SPD und für ein starkes Land! Dafür bewerbe ich mich erneut um den Vorsitz unserer Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein Parteivorsitzender der SPD darf nie gewählt werden, nur weil es keine Alternativen zu geben scheint. Ein Parteivorsitzender der SPD darf auch nie gewählt werden, weil er erst vor ein paar Monaten mit 100 Prozent gewählt worden ist. Ein Parteivorsitzender der SPD darf auch nie gewählt werden als Ergebnis irgendeines Deals, nach dem Motto zwei links, zwei rechts, und einen fallen lassen.

Wir sind die SPD, eine stolze Partei, und das aus gutem Grund. Wir sind es unserem Selbstverständnis, unserem Land und unserer Geschichte schuldig, dass wir mit offenem Visier, mit klarem Blick, mit kühlem Verstand, mit Herz und Leidenschaft unser Land und die Erneuerung unserer Partei voranbringen.

Und genau deshalb bewerbe ich mich um das Amt des Parteivorsitzenden: Weil ich weiß, warum die SPD gerade in diesen Zeiten gebraucht wird. Weil ich spüre, für wen die SPD eintreten muss, und weil ich auf diese Menschen zugehen will und es auch kann. Ja, ich sage das: Auch weil es in mir brennt und ich mehr Menschen überzeugen möchte, bei uns mitzumachen und bei diesem Neuaufbau anzupacken.

Darum möchte ich mich als Parteivorsitzender kümmern.

Deshalb liebe Genossinnen und Genossen: Ich werbe um euer Vertrauen. Dabei geht es um sehr, sehr viel. Das hier ist nicht irgendein Parteitag. Wir alle tragen große Verantwortung. Ich bin mir dieser Verantwortung bewusst. Ich weiß: Ihr seid euch dieser Verantwortung ebenso bewusst. Ich bin nicht verzagt vor der großen Aufgabe, die wir zu bewältigen haben.

Wir haben in diesem Jahr 30.000 neue Mitglieder aufgenommen, und wir haben Hunderttausende erfahrene Genossinnen und Genossen in unseren Reihen. Es gibt eine Re-Politisierung in unserer Gesellschaft mit großartigen Menschen, die sich engagieren.

Es gibt ein Bedürfnis nach glaubwürdiger und guter Politik, nach solider Arbeit und authentischem Auftreten, so wie Stephan Weil und die niedersächsische SPD es gezeigt haben. So kann man Wahlen gewinnen!

(Beifall)

Sicher ist, Genossinnen und Genossen, nicht ich oder Andrea Nahles oder wir alle hier oben auf der Vorstandstribüne, nicht wir alleine werden diese Aufgabe bewältigen. Aber wir zusammen, die Parteiführung Seit´ an Seit´ mit allen Mitgliedern und mit ausgestreckter Hand zu allen, die mit uns für Respekt, Würde und Solidarität in der Gesellschaft kämpfen wollen, mit denen zusammen können wir das hinbekommen. Nein, ich bin mir sicher: Wir werden es hinbekommen. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns zusammen aufbrechen. Einigkeit macht stark. Für Deutschland, für Europa und für eine bessere Welt. Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall - Die Genossinnen und Genossen erheben sich von den Plätzen)

Vielen Dank, Genossinnen und Genossen. Wir brauchen Debattenzeit, aber danke für den Beifall. Vielen Dank.

(Beifall)

AUSSPRACHE

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Martin, für deine kluge und starke Rede. Vor allem vielen Dank für deinen Einsatz in den letzten Monaten. Du hast es selber beschrieben, wie dieses bewegte Jahr dir in den Knochen steckt. Ich glaube, niemand von uns weiß es wirklich, wie es ist. Aber wir können es erahnen. Du hast unseren ganz großen Respekt. Vielen Dank für deine Rede zum Auftakt unserer gemeinsamen Aussprache.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Martin hat in seiner Rede deutlich gemacht, dass wir in den kommenden drei Tagen wichtige Entscheidungen zu treffen haben. Und er hat deutlich gemacht, dass diese Entscheidungen in den beiden Anträgen, Initiativantrag 1 und Initiativantrag 3, ihre Zuspitzung finden. Der Initiativantrag 1 ist der Antrag „Die #SPDerneuern“, und der Initiativantrag 3 „Unser Weg“#, der die Leitlinien für das weitere Vorgehen beschreibt. Deshalb verbinden wir die Generalaussprache zu Martin auch mit der Diskussion zu diesen beiden bedeutenden Anträgen. Natürlich rufen wir später beide Anträge noch einmal zur Beratung auf.

Vielen Dank an alle, die sich bereits zu Wort gemeldet haben. Uns liegen über 80 Wortmeldungen vor. Deshalb darf ich noch einmal an alle appellieren, sich wirklich an die Redezeit von fünf Minuten zu halten, damit alle auch wirklich zu Wort kommen können.

Den Auftakt macht Armin Alizadeh. Bereit hält sich Stefanie Krammer aus Bayern. Lieber Armin, du hast das Wort.

ARMIN ALIZADEH, JUSO-HOCHSCHULGRUPPEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin noch etwas aus der Puste, weil ich eben vom „#NoGroKo“-Stand hier rüber gerannt bin, um den ersten Redebeitrag zu halten.

(Beifall)

Ich stehe hier für die Juso-Hochschulgruppen, die in den Wochen und Monaten vor dem 24. September Tag und Nacht in fast allen großen Städten der Bundesrepublik für die SPD unterwegs waren. Ich kann euch selbstbewusst sagen: Wir haben das mit aller Kraft und allem Engagement gemacht, weil wir überzeugt sind von den Ideen, die die SPD für die Zukunft dieses Landes und für unsere Zukunft in das Wahlprogramm geschrieben hat, und weil wir als junge Generation vier weitere Jahre mit einer einschläfernden und verwaltenden Politik der Bundeskanzlerin nicht mehr ertragen wollten und, liebe Genossinnen und Genossen, ich sage euch auch aus dem Herzen heraus: bald nicht mehr ertragen können.

(Beifall)

Jetzt ist das Wahlergebnis, wie es ist. Die Linien der beiden großen Parteien waren nicht mehr klar erkennbar. Es fehlte an Glaubwürdigkeit. Gerade deshalb war die Entscheidung, nicht mit einer Großen Koalition weiterzumachen, auch die richtige.

(Beifall)

Wir müssen wieder klarer miteinander werden, wo wir eigentlich hinwollen mit dieser Partei. An dieser Analyse hat sich seit dem 24. September für uns Juso-Hochschulgruppen auch nichts geändert. Deshalb haben wir uns der „#NoGroKo“-Kampagne der Jusos angeschlossen. Und das nicht nur, weil wir glauben, dass ein „Weiter so!“ schädlich ist für unsere Demokratie, sondern weil wir uns im Wahlkampf hingestellt haben und versprochen haben, dass es mit uns auch eine andere Bildungspolitik geben wird. Weil wir versprochen haben, mit der SPD gibt es gute Arbeitsbedingungen an unseren Schulen und Hochschulen statt immer mehr befristete Verträge und prekäre Beschäftigung. Weil wir versprochen haben, wir wollen Milliarden in Bildung investieren und das nicht, um irgendwelche Glaspaläste zu bauen, sondern um das Dach zu flicken und damit man endlich wieder auf Toilette gehen kann in den Hochschulen und Schulen. Weil wir versprochen haben, mit uns, der Partei, die das BAföG erfunden hat, brauchst du dir am Ende des Monats keine Gedanken mehr machen, wie du die Miete bezahlst. Wir wollen, dass das BAföG zum Leben reicht, und wir wollen, dass du dir Gedanken um die Zukunft deines Lebens und die Zukunft dieser Gesellschaft machst. Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage, wie es ist: Das alles ist mit der Union nicht machbar. Die Unionsparteien wollen keine Bildungspolitik, die Chancengerechtigkeit herstellt, die den Menschen, egal, mit welchem Hintergrund, in den Mittelpunkt stellt. Die wollen ein Bildungssystem, das Menschen möglichst effizient und billig ausbildet, ein Bildungssystem, in dem der Geldbeutel der Eltern darüber entscheidet, welche Zukunft das Kind haben wird.

Das ist der Unterschied zwischen unserem Bildungsideal und dem der Unionsparteien. Deshalb wird es mit der Union keine sozialdemokratische Bildungspolitik geben. Wir sind überzeugt, die Große Ko-

alition wird nicht in der Lage sein, die großen Fragen unserer Zeit zu lösen. Dazu gehört auch Bildung. Deshalb darf es keine Neuaufgabe der Großen Koalition geben.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Armin. Du warst mit 3 Minuten 20 sehr vorbildlich. Wir rufen Stefanie Krammer auf, und es hält sich bereit Ulf Daude von der Arbeitsgemeinschaft für Bildung.

STEFANIE KRAMMER, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir stehen vor großen Herausforderungen. Martin hat es gerade schon aufgeworfen: Eine der größten Herausforderungen findet sich im Wandel der Arbeitswelt. Die fortschreitende Digitalisierung verunsichert Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Insbesondere junge Menschen sind stark verunsichert und auch materiell eingeschränkt. Gerade in einer Phase des Lebens, in der die Lebens- und Familienplanung ansteht, müssen wir uns fragen: Wird das, was ich in meiner Ausbildung heute lerne, in drei Jahren überhaupt noch gebraucht? Kann ich den Wandel mitmachen, oder bleibe ich da irgendwann auf der Strecke? Werde ich jemals überhaupt einen unbefristeten Arbeitsvertrag bekommen? Und: Wie kann ich in einer entgrenzten Arbeitswelt, in der ich ständig erreichbar sein muss, einer Familie überhaupt gerecht werden?

Auf diese und viele andere Fragen erwarten die Menschen Antworten von uns, von der Sozialdemokratie. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die junge Generation optimistischer in die Zukunft blicken kann. Es ist an uns, glaubhaft zu vermitteln, dass die Digitalisierung kein Horrorszenario sein muss, sondern dass sie auch Chancen bietet, aber nur dann, wenn wir sie gemeinsam gestalten.

(Beifall)

Doch wie schaffen wir das? Wir haben mit einer Politik, die sich viel zu lange am neoliberalen Zeitgeist orientiert hat, unsere Glaubwürdigkeit verloren.

(Vereinzelt Beifall)

In den letzten vier Jahren haben wir hart daran gearbeitet, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Aber egal, wie sehr wir uns bemüht haben: Es hat nicht geklappt. Warum nicht? Warum haben die Einführung des Mindestlohns und die Begrenzung von Leiharbeit und Werkverträgen die arbeitenden Menschen nicht davon überzeugt, dass wir wieder an ihrer Seite stehen? Weil diese Gesetze in einer Großen Koalition weichgewaschen und abgeschwächt worden sind,

(Vereinzelt Beifall)

weil die Unionsparteien verhindert haben, dass sie zu den ganz großen Würfeln wurden,

(Vereinzelt Beifall)

oder weil sie sie ganz verhindert haben, obwohl sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben waren, wie zum Beispiel beim Rückkehrrecht von Teilzeit auf Vollzeit!

(Vereinzelt Beifall)

Das alles hat uns doch gezeigt: Eine echte, fortschrittliche, progressive Politik, die unsere Arbeitswelt gerechter macht, ist mit den Unionsparteien nicht möglich, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Und daran hat sich doch seit dem Scheitern von Jamaika nichts geändert. Wie wollen wir in einer Großen Koalition die Antworten geben, die heute so bitter nötig sind, gerade vor dem Hintergrund der Digitalisierung? Mit der Union werden wir diese Antworten nicht entwickeln, geschweige denn durchsetzen. Und deswegen lasst uns dabei bleiben: No GroKo!

(Vereinzelt Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, liebe Stefanie. – Ich rufe auf: Ulf Daude. Es hält sich bereit: Gesine Schwan.

ULF DAUDE, SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Martin! Als Arbeitsgemeinschaft für Bildung freuen wir uns sehr, dass gute Bildung für alle Menschen in der SPD endlich den Stellenwert erreicht hat, der ihr zusteht - und das nicht nur in den Sonntagsreden, sondern ganz oben in unserem Programm und in Wahlkämpfen. Auch wenn gute und gerechte Bildung für alle Menschen die DNA der SPD ist, war das nicht immer so sichtbar. Und daher noch einmal unseren besonderen Dank an Martin Schulz, der im Wahlkampf und in schwierigen Zeiten Bildung als eines der drei zentralen Themen der SPD eine große Bedeutung verliehen hat, gar eine Besinnungsrevolution gefordert hat. Das ist gut so; denn damit zeigen wir als SPD ganz klar, dass wir die Partei der Zukunft sind, dass wir gestalten wollen, dass wir Bildung besser und gerechter machen wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Wichtig ist aber auch, dass wir gerade in schwierigen Zeiten einen klaren und kühlen Kopf bewahren. Unsere Werte sind nach wie vor richtig und wichtig. Unsere Zielvorstellungen und Konzepte sind von den Mitgliedern, von den Arbeitsgemeinschaften, von den Gremien erarbeitet und von Parteitag beschlossen werden. Nun dürfen wir nicht einfach alles über Bord werfen oder wild am Ruder drehen, weil wir in einen Sturm gekommen sind. Vielmehr müssen wir gerade jetzt zeigen, dass die SPD die Partei der Zukunft ist, die gerade im Sturm die richtigen Entscheidungen trifft, Karte und Kompass hat, den besten Kurs findet und am Ende auch das Boot in den sicheren Hafen führt.

Ja, ein guter Kurs muss manchmal angepasst werden, und manchmal führt auch ein Umweg zum eigentlichen Ziel. Aber das ist kein Grund für radikale Hundertachtzig-Grad-Wenden oder gar ein Grund, jetzt den Hafen gar nicht erst zu verlassen. Bildung ist unsere zentrale Zukunftsaufgabe, und mit Bildung müssen wir die Menschen ansprechen und mitnehmen. Die Menschen müssen aber selbst erfahren - ganz für sich persönlich -, wie gute Bildungspolitik gemacht wird. Sie müssen für sich und ihre Kinder erkennen, dass diese Politik für sie ganz persönlich besser ist. Darauf müssen wir klare Antworten und Ansagen finden.

Der zentrale Unterschied zu anderen Parteien ist, dass die SPD den Menschen in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt, und das gilt gerade und besonders für die Bildungspolitik. Wir bauen Hürden ab, nicht Qualität. Wir eröffnen Wege und Möglichkeiten und Chancen, und das ist keine Verweigerung von Leistung oder Absenkung von Anforderungen, wie uns gerne unterstellt wird.

Ganz wichtig ist mir: Die Geschichte der Sozialdemokratie ist aufs Engste mit dem Grundsatz „Aufstieg durch Bildung“ verbunden. Das ist heute noch genauso richtig wie vor hundertfünfzig Jahren. Lasst uns das heute auch deutlich wieder bewusst machen! Das hat auch nichts mit einem sogenannten Akademisierungswahn zu tun, von dem wir immer wieder hören. Weiterentwicklung durch Kita, Schule, Ausbildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen findet auf allen Ebenen statt.

Unsere Gesellschaft und die Arbeitswelt entwickeln sich stetig weiter. Der individuelle Bildungserfolg hängt aber nach wie vor ganz stark von der sozialen Herkunft ab. Dem müssen wir weiter engagiert entgegenwirken, und wir dürfen uns das nicht ausreden lassen.

Wegen der aktuellen Entwicklung am Arbeitsmarkt einfach mal die Schülerströme umsteuern zu wollen: Das ist einfach Wahnsinn. Das hatten wir in den 90er-Jahren schon einmal andersherum, und auch das war nicht erfolgreich.

Ein Abitur führt heutzutage nicht mehr automatisch nur ins Studium, und eine Berufsausbildung nicht automatisch an die Werkbank. Diese Einbahnstraßen gibt es nicht mehr und darf es nicht mehr geben. Vielmehr müssen berufliche Bildung und akademische Bildung auf Augenhöhe gebracht werden. Wege müssen sich kreuzen und miteinander verknüpft werden. Die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit beider Systeme muss gesteigert werden. - Und nicht vergessen: Gerade an den beruflichen Schulen findet heute schon und fanden auch in den letzten Jahrzehnten die meisten Aufstiege durch Bildung statt. Warum sollte man dieses also aufgeben?

Unsere Arbeitsgemeinschaft für Bildung hat hier einen Schwerpunkt gesetzt, und wir müssen gemeinsam eine moderne Übersetzung unseres Grundsatzes „Aufstieg durch Bildung“ überlegen – eine neue Erzählung und eine neue Erzählung der Sozialdemokratie.

Gute Bildung, wie wir sie uns vorstellen, schafft Wahlfreiheit und Selbstbestimmung und damit erfolgreiche Bildungsbiografien, und gute Bildung findet möglichst lange gemeinsam statt.

Zum Schluss möchte ich noch einmal unsere zentralen Forderungen für mehr Chancengleichheit in der Bildung und, sagen wir mal, Weiterentwicklung durch Bildung unterstreichen: Wir müssen das Kooperationsverbot abschaffen, Ganztagschulen flächendeckend ausbauen, einen Rechtsanspruch einführen, die berufliche Bildung stärken und wertschätzen und die Durchlässigkeit und Anschlussfähigkeit ausbauen. Wir müssen das längere gemeinsame Lernen weiterhin fördern und uns dafür einsetzen, dass sich Kitas, Schulen und das Bildungssystem konsequent weiterentwickeln. Die Kinderbetreuung wollen und müssen wir kostenfrei stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Digitalisierung in der Bildung müssen wir sozialdemokratisch und vor allem chancengleich für alle gestalten.

Dafür lasst uns gemeinsam weiterhin mutig kämpfen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Ulf. - Das Wort hat Gesine Schwan, und es hält sich bereit: Kevin Kühnert.

GESINE SCHWAN, VORSITZENDE DER GRUNDWERTEKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Martin! Ich möchte dir herzlich für deine Rede danken. Ich glaube, du hast den allermeisten von uns nicht nur aus dem Herzen, sondern auch aus dem Verstand gesprochen, und das finde ich mindestens so wichtig. Also: Herzlichen Dank!

(Beifall)

Ich danke, dass ich hier als Vorsitzende der Grundwertekommission sprechen darf. „Links und frei“ hat Willy Brandt damals seine frühe Autobiographie genannt, und links und frei und zuverlässig muss die SPD sein, wenn sie ihre Wähler wiedergewinnen und weiter behalten will. Hier ist jetzt auch die Frage, wie wir in Zukunft verfahren.

Die Argumente, die damals dafür gesprochen haben, in die Opposition zu gehen, sind und bleiben richtig. Sie behalten ihre Gültigkeit. Wir sind aber in einer neuen Situation, und jetzt ist die Frage: Wie definieren wir jetzt Zuverlässigkeit unter diesen neuen Bedingungen?

Eine Möglichkeit, die diskutiert wird, wäre die Duldung einer Minderheitsregierung. Ich möchte davor warnen, weil das nur ein scheinbares Sich-Heraushalten ist.

(Vereinzelt Beifall)

In Wirklichkeit sind wir involviert, ohne gestalten zu können. Man wird uns die Misserfolge anhängen, und die Erfolge bleiben bei der Regierung. Ich glaube nicht, dass das eine Lösung ist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sehe schon, wie die Union geschickt irgendwelche Eingaben und Vorlagen macht, bei denen sich Teile der Sozialdemokratie dann verantwortlich fühlen, dafür zu stimmen, damit es nicht einfach über die Alternative für Deutschland bestätigt wird. Ich warne also vor dieser Duldung. Das ist eine Illusion; das ist kein Sich-Heraushalten.

Wenn wir in eine Regierung gehen, dann müssen wir das in Verlässlichkeit gegenüber unseren Grundwerten tun, und da geht es darum, dass wir nicht nur den Erneuerungsprozess fortsetzen. Dabei geht es mir vor allen Dingen auch darum, dass wir eine ganze Reihe von inhaltlichen Unklarheiten unserer Politik klären. Nur dann können wir weiterkommen. Sie betreffen unsere Wirtschaftspolitik, unsere Migrationspolitik und auch eine gerechte Klimapolitik. Denn machen wir uns nichts vor: Unsere Ziele sind alle prima, aber die Schritte dahin und die Bündnispartner, mit denen wir dahinkommen wollen, sind nicht so klar. Das ist einer der Gründe, warum man uns nicht so viel zutraut.

Ich möchte das vor allen Dingen an der Wirtschaftspolitik deutlich machen. Da sagen die einen: Macron ist ganz furchtbar, weil er die Deregulierung des Arbeitsmarktes voranbringt. Die anderen bei uns - auch Sozialdemokraten - sagen öffentlich: Endlich bricht er die Verkrustungen des Arbeitsmarktes auf.

Das sind die Widersprüche, die die Menschen merken. Deswegen glauben sie uns das nicht. Wir müssen also gerade in der Wirtschaftspolitik Klarheit schaffen und nicht nur theoretisch gegen den Neoliberalismus sein, sondern auch klar inhaltlich dagegen sein.

(Beifall)

Eine Erneuerung darf nicht nur Selbstbeschäftigung sein. Wir müssen nach außen gehen. Ich möchte auf die internationale Dimension unserer Entscheidung hinweisen. Sie hat wirklich nicht nur eine innenpolitische Dimension. Die internationale ist wichtig. Die europäische ist zentral. Ich danke Martin Schulz dafür, dass er darauf hingewiesen hat, dass wir ohne eine Europapolitik gar nicht auch die innenpolitischen Dinge verwirklichen können. Deswegen müssen wir das immer im Blick behalten.

Wenn wir jetzt in eine neue Große Koalition gingen, dann müssen wir wissen: Die Union hat keine Ideen. Sie hat verloren. Wir haben auch verloren, aber wir haben Ideen. Das ist der Unterschied. Damit können wir weiterkommen. Genau das hat Willy Brandt bei der damaligen Großen Koalition geschafft. Damals hatte die Union auch keine Ideen mehr. Er hat praktisch übernommen. Wir müssen und wir können das tun. Wir können genau in diesem Sinne von Willy Brandt auf die große Tradition zurückgreifen, die er damals mit dem Brandt-Report, mit dem Nord-Süd-Bericht gemacht hat, aus dem die Nachhaltigkeitsziele hervorgegangen sind, die jetzt die ganze Welt beschäftigen. Das ist sozialdemokratische Tradition! Aus der müssen wir handeln. Wir müssen dann auch handeln.

Nehmen wir zum Beispiel das kleine Portugal! Dieses Portugal hat Wolfgang Schäuble getrotzt und hat eine Regierung gemacht, die Wolfgang Schäuble nicht wollte, hat eine Wirtschaftspolitik gemacht, die er nicht wollte, und hat großen Erfolg gehabt. Das ist eine wirkliche Freude. Das konnte man neulich in Lissabon bemerken.

Machen wir eine solche kluge Politik! Lassen wir uns nicht wieder von der Union die Erzählung aufdrücken: Die sind so gut, weil sie gespart haben! - Nein, sie haben zwar auch gespart, aber sie haben investiert und einen neuen Aufschwung gemacht! Das hat das gebracht, was sozialdemokratische Politik will.

Ich plädiere also für die Aufnahme von Gesprächen, gegen die Duldung einer Minderheitsregierung und für die Übernahme von Regierungsverantwortung - aber mit den Grünen! Denn nur mit ihnen zusammen können wir einen wirklichen neuen Aufschwung machen. Mit ihnen zusammen können wir Europapolitik machen. Mit ihnen können wir Gerechtigkeit und Klima in einem solchen Schub zusammenbringen, dass wir eine ökosoziale Transformation schaffen. Eine neue Europapolitik mit ihnen, durchgesetzt mit einem Aufschwung, ist also die Bedingung, dass wir in eine solche Koalition eintreten. Nicht einfach so und nur unter der Bedingung eines neuen Aufschwungs sollten wir das tun. Dann sollten wir das auch tun.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, liebe Gesine. - Das Wort hat Kevin Kühnert. Bereit hält sich Svenja Schulze.

(Beifall)

Lieber Kevin, bevor du beginnst, möchten wir die Gelegenheit nutzen, dir als Bundesparteitag noch einmal ganz herzlich zu deiner Wahl als neuer Juso-Vorsitzender zu gratulieren. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

KEVIN KÜHNERT, BUNDESVORSITZENDER DER JUSOS:

Liebe Genossinnen und Genossen! Vielen herzlichen Dank für die Glückwünsche. Ich möchte mich an dieser Stelle auch ausdrücklich beim Präsidium vorne bedanken. Das ist einer der wenigen Parteitage, bei dem ich erlebe, dass in einer solchen Debatte die Reihen dort vorne besser besetzt sind als hier unten in den Delegiertenreihen. Das lässt hoffen, dass es mit dem Erneuerungsprozess sehr ernst gemeint ist und auch ankommt. Das freut mich.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben heute und in den letzten Tagen viel über das Thema Verantwortung und den Begriff „Verantwortung“ gehört. Ich möchte meiner Rede eine Bemerkung zu diesem Begriff voranstellen.

Ich bin fest davon überzeugt und möchte darum werben, dass es die Prämisse für unsere weitere Debatte ist, dass diese Partei – hier ist das ganze Pathos unserer Geschichte ausnahmsweise wirklich einmal angebracht – keine, aber wirklich überhaupt keine Belehrungen zu der Frage braucht, was die Übernahme von politischer Verantwortung bedeutet. Diese Debatte lassen wir uns nicht von außen aufzwingen -

(Beifall)

nicht von der politischen Konkurrenz, die nachweislich nicht in der Lage war, die eigene gewünschte Regierung zu bilden, und nicht vom politischen Feuilleton, das uns alles Mögliche wünscht, aber mit Sicherheit nichts Gutes. Um es klar dazu zu sagen: Das lassen wir uns auch nicht von Meinungen aus anderen Parteien in Europa aufzwingen, die zum Teil ihre Wahlerfolge auf Kosten der dortigen Sozialdemokratie errungen haben. Von denen lassen wir uns nicht sagen, wie wir unseren Weg zu beschreiten haben!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir streiten heute nicht über das Ob von Verantwortung miteinander. Wir streiten über das Wie. Wir tun das hart in der Sache, weil die Lage exorbitant schwierig ist. Wir tun das ernsthaft und tun das solidarisch. Deshalb stehe ich hier, um den Standpunkt der Jusos unmissverständlich, aber konstruktiv vorzubringen, so wie ich es auch in den letzten zwei Wochen versucht habe zu tun. Ich möchte versuchen, euch darzustellen, warum wir von der Situation nicht überzeugt sind, in die sich unsere Partei befördert hat.

Ich bin - um das vorweg zu sagen - ganz fest davon überzeugt, dass die Debatte über die Große Koalition, auch wenn sie gerade alles dominiert, ein Stellvertreterkonflikt ist und dass es eigentlich um etwas anderes geht. Darauf möchte ich gleich noch kommen. Es lohnt sich aber, einmal zurückzuschauen.

Ihr wisst, wir haben uns am Abend des 24. September klar positioniert: keine erneute Große Koalition. Wir haben diese Position vor weniger als drei Wochen im Parteivorstand einstimmig bestätigt: Keine Große Koalition! - Martin, du hast vorhin gesagt: Lasst uns vereint nach außen unsere Position tragen! - Ja, ich hätte mir gewünscht, ihr hättet das im Vorstand in den vergangenen drei Wochen auch getan. Das hätte uns viele Debatten erspart.

(Beifall)

Ich sehe die veränderte Situation nicht. Ihr habt den Beschluss im Vorstand im Wissen um die geplatzen Jamaika-Gespräche getroffen. An den Fakten hat sich nichts geändert. Die Große Koalition ist abgewählt: minus 14 Prozentpunkte. Die Zukunftsfragen hat diese Große Koalition nicht entschieden, insbesondere die nicht, die für meine bzw. unsere Generation wichtig sind. Die Fragen der Rente und der Zukunftsinvestitionen in Europa sind ausgesessen worden und würden auch weiter ausgesessen werden.

Die Vertragsuntreue der Union – die Beispiele sind hinlänglich bekannt – hat sich nicht geändert. Auch an der Tatsache, dass es die AfD als stärkste Oppositionspartei zu verhindern gilt, hat sich nichts geändert.

(Beifall)

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, fordern wir heute von euch keinen revolutionären Akt ein. Wir fordern die Einhaltung eines politischen Beschlusses, für den es gute Gründe gab und dessen sachliche Grundlage unvermindert bestehen geblieben ist. Davon bin ich fest überzeugt. Aber ich glaube, heute geht es eigentlich um etwas anderes. Ich glaube, es geht auch in diesem Erneuerungsprozess unserer Partei um eine tiefe Vertrauenskrise, der wir ausgesetzt sind. Das, was wir nachher noch zu diesem Antrag diskutieren, die Frage, ob Zwischenschritte auf einem Konvent, einem Parteitag oder bei einem Mitgliedervotum entschieden werden, sind Diskussionen, die eine Partei führt, die kein Vertrauen darin hat, dass Entscheidungen an der Spitze in ihrem Sinne getroffen werden.

(Beifall)

Eine Partei, die darüber diskutiert, ob das Wort „essentiell“ in einem Antrag steht oder dort nicht eher von roten Linien die Rede sein müsste, ist in einer Vertrauenskrise, weil sie kein Vertrauen darin hat, dass die bloße Benennung als „essentiell“ ausreicht, um Punkte wirklich verhandlungssicher zu machen. Ich möchte für diesen Zustand niemandem die Schuld zuschieben, sondern einfach nur feststellen, dass das die Situation ist, mit der wir uns zu befassen haben, und dass das die Diskussion ist, die wir miteinander führen müssen.

Diese Vertrauensdiskussion hat sich in den letzten Wochen Bahn gebrochen. Zurückgekommen sind darauf Worte, wie sie gestern in Papieren zu lesen waren, es gebe hier eine Art Oppositionsromantik. - Ich glaube, das ist am Thema vorbei. Leute, die so etwas sagen, haben nichts verstanden.

(Beifall)

Nichts an Opposition ist romantisch. Ich bin nicht in diese Partei eingetreten, um mit ihr Opposition zu machen. Aber ich bin auch nicht in sie eingetreten, um sie immer wieder gegen die gleiche Wand rennen zu sehen. Das sage ich auch als Vertreter dieser Jugendorganisation. Wir, die wir hier in 5, 10, 20 Jahren Verantwortung übernehmen sollen, wollen und auch müssen, haben ein Interesse daran, dass von diesem Laden hier auch noch etwas übrigbleibt, verdammt noch einmal!

(Beifall)

Ich sehe im Moment nicht, dass wir Strategien fahren, bei denen noch etwas übrigbleibt.

(Beifall)

Ich höre auch andere Äußerungen von Sigmar gestern: Die Frage der Koalition ist für unsere Wahlergebnisse und Wahlniederlagen nicht entscheidend! - Ja, man kann eine Serie von Niederlagen zu einem historischen Zufall degradieren. Das kann man tun. Aber alle Fakten sprechen dagegen: Aus 16 Großen Koalitionen in der Geschichte der Bundesrepublik, in denen die SPD der kleinere Partner war, sind wir nur in vier als stärkere Partei hervorgegangen. Wir befinden uns hier in einem Mechanismus. Vielleicht – ganz vielleicht – müssen wir uns für einen Augenblick aus unserer Wahrnehmung zurücknehmen und akzeptieren, dass die Wählerinnen und Wähler am 24. September ein anderes Urteil gefällt haben, als wir es über unsere Regierungszeit tun. Vielleicht war das doch nicht der beste Wahlkampf aller Zeiten, und vielleicht war es ausnahmsweise einmal nicht das beste Wahlprogramm seit Willy Brandt, wie wir es immer behaupten.

(Beifall)

Vielleicht sollte es Anlass sein, darüber nachzudenken, ob es jetzt einfach so weitergeht oder nicht. Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme zum Schluss. Eine Maxime, die lautet, regieren mit uns ist immer besser als regieren ohne uns, die verzweigt die SPD und reduziert unseren politischen Gestaltungsanspruch auf einen bloßen Korrekturbetrieb.

Ich, wir Jusos, wir bitten euch heute nicht um Mut; denn darum geht es nicht. Wir bitten euch, den Ruf nach einer Verantwortung zu widerstehen, die keine politische Verantwortung ist, sondern nur die Denkfaulheit der anderen zu kaschieren versucht.

(Beifall)

Die Zukunft unserer Partei in den Blick zu nehmen und dringend überfällige Debatten zu führen ist keine Nabelschau, die wir miteinander führen. Es ist die Voraussetzung, um auch künftig Politik für unsere Ideen und die vielen zu machen, die Hoffnungen in uns setzen, um auch künftig Politik für die vielen zu machen, die Hoffnung in uns setzen. Ihnen ist geholfen, wenn es uns miteinander zerreißt.

Ihnen ist geholfen, wenn unsere Erneuerung grundlegend, selbstkritisch und schonungslos ausfällt, wenn wir unsere Schlüsse daraus ziehen.

Ich bitte euch, liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns die Zeit für diesen Erneuerungsprozess nehmen, die wir brauchen. Die Erneuerung der SPD wird außerhalb einer großen Koalition sein oder sie wird nicht sein. Davon bin ich überzeugt.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Kevin. Das Wort hat Svenja Schulze. Es hält sich bereit Oliver Ruß aus NRW:

SVENJA SCHULZE, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt im Moment in der SPD sehr viele Diskussionen. Das finde ich erst einmal gut. Denn wir müssen eine lebendige, eine diskussionsfreudige Partei sein. Ich erlebe es jedenfalls so, dass das im Moment der Fall ist. Ich finde es auch gut, dass wir darüber diskutieren, wie wir hier auf der Bundesebene weiter machen wollen. Auch für mich ist es kein Ziel, in eine große Koalition zu gehen.

Aber, Genossinnen und Genossen, ich will auch, dass die SPD stärker in die nächste Wahl geht, egal wann diese Wahl ist. Dafür müssen wir etwas tun. Ich bin fest davon überzeugt, wir brauchen jetzt diese Parteireform. Lasst uns ehrlich darüber diskutieren. Wir haben doch die Wahlen nicht verloren, weil der Wahlkampf schlecht war. Sondern wir verlieren Wahlen über die letzten Jahrzehnte. Wir verlieren immer mehr an Zustimmung. Deswegen müssen wir uns grundlegender verändern. Wir müssen uns aber auch trauen, jetzt in Gespräche zu gehen. Ich habe keine Angst davor, mit CDU/CSU und den anderen zu reden. Ich habe auch keine Angst davor, über mehr zu reden als nur die Frage Neuwahlen oder große Koalition. Ich glaube, dass es noch dritte Wege gibt, dass es eine Menge Optionen dazwischen gibt, die wir gleichwertig diskutieren müssen.

Dazu haben wir aus Nordrhein-Westfalen einen Änderungsantrag vorgelegt, der an euch verteilt worden ist. Ich finde es wichtig, dass wir uns mehr Optionen aufrechterhalten.

Warum ist das wichtig? Ich glaube, dass wir Gespräche nutzen müssen, um unsere Inhalte nach vorne zu bringen. Denn die Bundesrepublik braucht die Sozialdemokratie. Wir werden gebraucht mit dem, was wir nach vorne bringen.

Wir müssen uns im digitalen Wandel jetzt dafür einsetzen, dass es noch Tarifverträge, Tarifbindung, dass es mehr Mitbestimmung gibt. Wir müssen uns für Gleichberechtigung einsetzen. Wer soll das denn tun, wenn nicht die SPD. Man sieht doch, dass das von uns abhängt und dass das wichtig ist. Wir brauchen ein gerechteres Bildungssystem. Wir brauchen gebührenfreie Bildung. Es gibt schon wieder die ersten, die Studiengebühren einführen wollen. Wir müssen deutlich machen, dass wir die Partei sind, die für soziale Gerechtigkeit steht. Wir müssen diejenigen sein, die für sozialen Wohnungsbau stehen, die ein klares Profil in diese Richtung haben. Deswegen - lasst uns diese Inhalte nach vorne bringen, Genossinnen und Genossen. Lasst uns in Gespräche gehen und nicht jetzt schon alles ausschließen. Ergebnisoffen in Gespräche gehen, aber nicht ziellos. Ergebnisoffen, aber nicht ziellos! Klares Ziel, uns wieder zu profilieren - das muss das Ziel der SPD sein. Dafür bitte ich um eure Zustimmung.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, liebe Svenja. - Oliver hat das Wort, und es hält sich bereit Malu Dreyer.

OLIVER RUß, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin Oliver Ruß, Betriebsrat eines kommunalen Entsorgungunternehmens, seit 20 Jahren bei ver.di und Mitglied im Rat der Stadt Leverkusen. Ich darf euch erst einmal die herzlichsten Grüße unseres SPD-Unterbezirks überbringen. Allerdings ist mir mit den Grüßen auch aufgetragen worden, euch mitzuteilen, dass der SPD-Unterbezirksparteitag am Samstag, 25. November 2017, einstimmig beschlossen hat, dass eine Koalition mit der Union bzw. die Fortführung der großen Koalition von uns abgelehnt wird.

(Beifall)

Wie das im Einzelnen von den Delegierten begründet bzw. in ihren Reden dargelegt wurde, möchte ich euch wie folgt wiedergeben. Seit der Wahl von Gerhard Schröder zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland 1998 mit einem Ergebnis von knapp 41 Prozent sind nun 19 Jahre vergangen. In diesen 19 Jahren waren wir, die SPD, 15 Jahre in der Bundesregierung, an einflussreichen und obersten Stellen und haben für diese Zeit die Politik für Deutschland mitgestaltet und zu verantworten. Heute, nach der Bundestagswahl vom 24. September 2017, haben wir es mit dieser Politik auf einen Stimmenanteil von 20,5 Prozent gebracht. Wir liegen somit deutlich näher der zu überspringenden Fünfprozenthürde als an dem Wahlergebnis von 1998.

Wie, was oder wer hat uns eigentlich in diese Lage gebracht? Waren es die falschen Spitzenkandidaten? War es Frank-Walter Steinmeier, Peer Steinbrück oder zuletzt Martin Schulz? Waren es die falschen Wahlprogramme? Oder war es immer die amtierende Bundeskanzlerin?

Diese Frage, liebe Genossinnen und Genossen, müssen beantwortet werden, wenn man etwas Besseres für die Zukunft erreichen will. Klärt unsere Partei diese Fragen nicht und beschließt, egal von welcher Parteiebene aus, ein Weiter-so, passiert Folgendes: Mathematisch gesehen, liebe Genossinnen und Genossen, erreichen wir das Ausscheiden der SPD aus dem Deutschen Bundestag schon bei der Bundestagswahl 2029. Als gleichstarker Koalitionspartner neben der FDP und den Bündnisgrünen erreichen wir deren Stärke schon bei der nächsten, aber spätestens bei der übernächsten Bundestagswahl 2025.

Ich gehe einmal davon aus, dass wir alle gemeinsam diesen Alptraum nicht erleben wollen. Also muss sich irgendetwas ändern. Wir haben den Bundestagswahlkampf 2017 unter der großen Überschrift Gerechtigkeit geführt. Ich fand diesen Slogan vollkommen in Ordnung. Fragen sollten wir uns aber: Haben uns die Frage der Gerechtigkeit Wählerinnen und Wähler nach unserer langjährigen Mitverantwortung in der Bundesregierung noch abgenommen? Und wo war unserer Gerechtigkeit? Hierzu ein paar Beispiele.

25 000 Arbeitnehmer, überwiegend Frauen, hat die Familie Schlecker in die Arbeitslosigkeit getrieben. Der Chef dieses ehemaligen Unternehmens sitzt aber nach wie vor in seiner Villa. Da fragen sich die 25 000 doch: Ist das gerecht? Wer hilft eigentlich diesen Arbeitnehmern?

Wie die von Schlecker sind es nun Tausende von Air Berlin. Und es sind nicht die Spitzenverdiener, sondern zumeist das Flugbegleitpersonal und damit überwiegend wieder die Frauen, die auf der Strecke bleiben. Die fragen sich auch: Ist das gerecht?

Oder die Beschäftigten von Thyssen-Stahl, die fusioniert werden sollen mit Tata und deshalb viele von ihnen von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Auch die fragen sich: Ist das gerecht?

Oder die Kolleginnen und Kollegen aus den Siemens-Werken, die trotz voller Auftragsbücher in einem Unternehmen mit exorbitanten Gewinnen arbeiten. Ist das gerecht?
Früher war es die SPD, die half. Sind wir es heute auch noch?

(Beifall)

1,078 Millionen Euro bekam Frau von Kladden als Dividende aus ihren Automobilaktien im ersten Halbjahr 2017 ausgezahlt, ohne dass auch nur eine sichtbare Arbeitsleistung hinter diesen Zahlungen stand.

Ich will diese Irrsinnssumme einmal verständlich darstellen. Wären die sechs Richtigen beim Lottogewinn noch mit 500 000 Euro wie früher einmal gedeckelt, würden diese 1.078 Millionen Euro bedeuten, Frau von Kladden bekäme, ab heute gerechnet, jede Woche bis Mai 2056 diese 500 000 Euro. Wer weiß, wie viele von uns dieses Datum noch erleben. Und das, liebe Genossinnen und Genossen, wäre nur die Summe der Einkünfte aus ihren Automobilaktien aus 2015.

Auf diese Einkünfte zahlt diese Dame 25 Prozent Steuern. Mein Kollege Schichtführer aus dem Müllheizkraftwerk in Leverkusen bekommt im Dezember 2017 aus seinem Tarifvertrag ca. 1.200 Euro Leistungsentsgelt zusätzlich zu seinem Lohn. Dieses Leistungsentsgelt für das Jahr 2017 behält er für das Arbeitsjahr 2017, wenn er in Wechselschicht an rund 260 Tagen rund um die Uhr für den Monat September 2017 Gehaltsansprüche erworben hat und er am 1. Dezember 2017 dieses Jahres noch beschäftigt war. Für diese 1.200 Euro zahlt mein Kollege Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Pflegeversicherung. Zusätzlich bezahlt er - wie Frau von Kladden - Einkommensteuer. Aber keine 25 Prozent wie Frau von Kladden, sondern 37 Prozent. Glaubt ihr, liebe Genossinnen und Genossen, das findet der Kollege gerecht? 25 Prozent Steuern - ist das gerecht?

Die Paradise-Papers-Nutzer - auch viele Deutsche unter ihnen - schleusen jährlich 60 Milliarden Euro - wahrscheinlich völlig legal - am Finanzamt vorbei in ihre Taschen. In der gleichen Woche, wo das bekannt wurde, bekamen die Hundebesitzer einer nordrhein-westfälischen Großstadt einen neuen Steuerbescheid, in dem ihnen eine Erhöhung der Steuern für ihre Tiere angekündigt wurde. Meint ihr, liebe Genossinnen und Genossen, nach den Informationen dieser Woche finden die Hundebesitzer das gerecht?

Aber dann haben wir es der Bundeskanzlerin, liebe Genossinnen und Genossen, einmal gezeigt. Mit den Stimmen von den Linken und von Bündnis 90/Die Grünen nutzten wir erst- und letztmalig die Politik gegen die Bundeskanzlerin und gegen die Union. Stichwort hier: Ehe für alle. Ja, es gab immerhin ca. 100.000 Betroffene, und es war auch richtig, dass das so entschieden wurde.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Oliver, würdest du zum Schluss kommen? Du redest schon 2 Minuten länger, als die Redezeit beträgt.

OLIVER RUß, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Gut, ich beeile mich. - Aber, liebe Genossinnen und Genossen - -

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Nein, ich würde schon sagen, du solltest zum Schluss kommen, denn es gibt noch 80 andere, die auch noch drankommen wollen.

OLIVER RUß, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Gut, dann will ich die anderen 80 nicht warten lassen, liebe Genossinnen und Genossen, und bedanke mich für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Oliver. - Das Wort hat Malu Dreyer. Es hält sich Christian Haß aus Berlin bereit.

MALU DREYER, STELLVERTRETENDE PARTEIVORSITZENDE:

Genossinnen und Genossen! Drei Signale wünsche ich mir von diesem Bundesparteitag. Das erste Signal ist, dass wir in einer schwierigen Situation der SPD solidarisch und offen miteinander diskutieren. Liebe Genossinnen und Genossen, mir gefällt das, wie wir hier diskutieren. Ich glaube, es ist eine unserer großen, großen Stärken. Kevin hat doch total recht, wenn er sagt, wir sollten uns jetzt nicht oktroyieren lassen, dass wir einfach von heute auf morgen irgendeine Position wechseln und nicht diskutieren über die Lage der SPD und darüber, was für uns der richtige Weg ist.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Lasst uns das heute solidarisch und gemeinsam tun und am Ende dieses Parteitages zu einer gemeinsamen, guten Lösung kommen. Das wünsche ich mir als Allererstes als wichtiges Ziel.

Genossinnen und Genossen, das Zweite, was ich wichtig finde, ist, dass wir konsequent und besonnen den richtigen Weg ausloten und aus meiner Sicht auch nicht ausschließen. Natürlich stimmt es: Wir können, wir dürfen nicht ignorieren, dass wir 20,5 Prozent bei den Wahlen geholt haben. Das ist ein dramatisches Ergebnis. Es ist dramatisch für die SPD, in einem solchen Zustand zu sein. deshalb ist es natürlich richtig, was Kevin noch mal betont hat: Was waren unsere Gründe, warum wir uns überlegt haben, nicht in die große Koalition zu gehen, sondern in die Opposition? Es war zum einen der Grund, dass wir gesagt haben: Nein, wir brauchen zwei starke Volksparteien in Deutschland. Die SPD muss wieder zur starken linken Volkspartei werden, und das kann sie besser in der Opposition als in der Regierung.

(Beifall)

Der zweite Punkt war, dass wir gesagt haben, die AfD ist im Bundestag, und wir können uns nicht gut vorstellen, dass sie als stärkste Oppositionspartei im Bundestag das Sagen hat.

Und natürlich, Genossinnen und Genossen, war es am Ende der großen Koalition auch so, dass wir nicht mehr sehr viele Gemeinsamkeiten hatten.

All das stimmt, und all das stimmt auch jetzt noch. Und trotzdem sage ich, liebe Genossen und Genossinnen: Die Lage hat sich nun mal verändert. Das ist auch der Unterschied, Kevin: Dass wir das nicht ignorieren können. Natürlich ist es nicht unser Verschulden, dass Angela Merkel nicht in der Lage war, dieses Dreierbündnis zu schmieden. Das wollen wir uns nicht anziehen, und das werden wir auch nicht. Und natürlich ist es nicht unser Versagen, dass die drei Parteien nicht zu einer Koalition zueinandergelassen haben. Dennoch ist die Situation im Moment so, dass es in Deutschland keine Möglichkeit gibt, eine Regierung zu bilden, es sei denn, wir erklären uns bereit, in Gespräche zu gehen.

Genossinnen und Genossen, ich habe von Anfang an keinen Hehl daraus gemacht, dass es für mich zwischen Neuwahlen und zwischen der Opposition oder der GroKo nicht auch noch andere Wege gibt. Deshalb bin ich froh darüber, dass der Beschlussvorschlag jetzt so lautet, dass wir offen in die Gespräche gehen - auch über die Wege, wie wir zu diskutieren haben.

Ich bin nicht deiner Meinung, liebe Gesine, dass zum Beispiel eine Tolerierung nicht ein guter Weg sein könnte; denn natürlich kann die Bundesregierung auch stabil gestaltet werden, wenn man eine Tolerierung miteinander ausverhandelt, beispielsweise in der Europapolitik, beispielsweise in der Auswärtigen Politik. Aber du hast in einem Punkt recht: Wir entscheiden uns dann nicht für das Gestalten im großen Stil, sondern wir begrenzen das Gestalten auf die Punkte, wo wir miteinander Verabredungen treffen.

Genossinnen und Genossen, wo kommen wir im Moment her? Wir kommen daher, dass wir sagen, eigentlich machen wir Opposition. Und deshalb ist schon die Frage: Was ist für die SPD und nicht nur für unser Land die beste Variante, um möglichst viele Inhalte von uns auch umsetzen zu können. Das kann natürlich aus meiner Sicht auch eine Tolerierung sein, und ich bin der Auffassung, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir in Ruhe die Gespräche aufnehmen, dass wir ausloten, was an Inhalten geht und was nicht, und dann darüber entscheiden: Was ist der beste Weg? Ist es eine Tolerierung, ist es eine große Koalition, oder ist es ein Njet? Ich sage sehr, sehr klar, auch in Richtung Jusos: Ich schätze, dass ihr hier so auftrittet. Der Auftritt von Kevin war wirklich ein toller Auftritt. Großes Kompliment! Aber ich halte die Entscheidung, jetzt Nein zu sagen, ohne dass man in ein Gespräch miteinander geht, wirklich für falsch. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine sozialdemokratische Partei entscheidet „Nein“, bevor man überhaupt miteinander gesprochen hat, bevor man überhaupt überlegt: Was geht eigentlich zusammen? Was geht nicht? Welcher Weg ist am Ende wirklich der richtige Weg?

Deshalb appelliere ich an euch oder werbe für den Antrag, der jetzt vom Parteivorstand eingebracht worden ist, dass wir offen in Gespräche gehen. Ich werbe bei euch um Vertrauen. Das Wort „Vertrauen“ ist mir überall begegnet, in vielen, vielen Gesprächen. Ihr wählt heute die Spitze dieser Partei, und ich sage euch auch sehr deutlich: Jeder, der sich zur Wahl stellt, wirbt auch um euer Vertrauen. Ich kann euch sagen, dass wir es ernst nehmen mit dem, was in diesem Beschluss steht. Wenn ihr zustimmt, werden wir das Schritt für Schritt so miteinander besprechen, und ihr könnt darauf vertrauen, dass wir niemanden über den Tisch ziehen, sondern dass wir offen und ehrlich mit euch umgehen und die Fragen, die sich aus den Gesprächen dann entwickeln, mit euch gemeinsam diskutieren werden. Ich glaube, das wäre der richtige Weg, der der Sozialdemokratie auch anstehen würde. - Vielen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, liebe Malu. - Das Wort hat Christian, und es hält sich Johanna Uekermann bereit. - Das Wort hat Christian Haß. Ich hatte ihm vorhin schon signalisiert, dass er dran ist. Ist er auf dem Weg? Dann bitte ich mal um ein für mich sichtbares Handzeichen. Ich kann ihn nicht sehen. Dann würde ich darum bitten, dass Johanna das Wort ergreift. Es hält sich Olaf Scholz bereit.

JOHANNA UEKERMANN, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich erinnere mich sehr gut daran, wie wir im Juni zusammengekommen sind. Wir waren auf dem Parteitag in Dortmund und haben uns wahrscheinlich auch alle dort gesehen.

Im Juni habe ich euch zugerufen, dass ich – und mit mir eine ganze Generation – keinen Bock mehr auf Angela Merkel habe und dass es genug ist mit ihr und ihrem Politikstil und dem Verschlafen unserer Zukunft.

(Beifall)

Ich sage euch, liebe Genossinnen und Genossen: Daran hat sich nichts geändert. Ihr kennt also meine Haltung, meine Einstellung zur Großen Koalition. Und deshalb habe ich es sehr begrüßt, dass Malu gerade hier hochgegangen ist und deutlich gemacht hat, dass es etwas zwischen Neuwahl und Großer Koalition gibt. Ich wünsche mir, dass wir in die anstehenden Gespräche gehen und genau diese neuen Wege ausloten: die Tolerierung einer Minderheitsregierung oder auch andere Formen der Kooperation.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir an der Stelle auch mutig und kreativ sind, die ausgetretenen Pfade verlassen und neue Dinge ausprobieren. Das wünsche ich mir.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich sage euch aber auch, wen ich für verantwortlich halte, so eine Regierungsbildung hinzukriegen: Das ist nämlich die Union, das ist Angela Merkel. Wir als SPD brauchen uns nicht drängen zu lassen, und wir brauchen uns vor allem auch nicht einreden zu lassen, wir seien in der Verantwortung, Angela Merkel aus dieser, ja, „Scheiß-Situation“, in die sie sich reinmanövriert hat, wieder rauszuholen. Das ist nicht unsere Verantwortung. Das ist verdammt noch mal ihre Verantwortung!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, dass die Große Koalition und das, was jetzt passiert – Stichwort „Regierungsbeteiligung Ja oder Nein“ –, gerade das Thema ist, was uns alle total umtreibt – mich ja auch. Aber ich glaube auch, dass wir einen Fehler nicht machen dürfen, und deshalb bin ich Martin sehr dankbar, dass er das in seiner Rede sehr deutlich gemacht hat: Wir dürfen die Erneuerung der SPD auf gar keinen Fall wieder hinten runterfallen lassen. Ich glaube, über dieses einschneidende Wahlergebnis, das wir eingefahren haben, kann man nicht hinweggehen. Und wenn dieses Wahlergebnis eins zeigt, dann, dass es kein „Weiter so!“ geben darf.

Deshalb werbe ich auch dafür, dass wir nicht nur mutig sind, was neue Formen der Regierungsbeteiligung angeht, sondern auch, was unseren Erneuerungsprozess angeht, dass wir uns programmatisch weiterentwickeln, dass wir die Fehler der Vergangenheit korrigieren und dass wir vor allem auch darüber diskutieren, wie wir zum Beispiel in Zeiten der Digitalisierung weiterhin für gute Arbeit eintreten können.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns gemeinsam um die richtigen Positionen an diesem Parteitag ringen, lasst uns gemeinsam an der Erneuerung arbeiten! Lasst uns vor allem eines sein: Lasst uns mutig sein bei der Diskussion, lasst uns mutig sein bei der Erneuerung! Ich glaube, so müssen wir auch nach außen gehen: nicht verzagt, nicht hasenfüßig. Wir können selbstbewusst nach vorne schauen. Und genau das sollten wir tun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Johanna. - Das Wort hat Olaf, und es hält sich bereit: Amina Yousaf vom Verband Niedersachsen.

OLAF SCHOLZ, STELLVERTRETENDER PARTEIVORSITZENDER:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich zunächst für die Diskussion bedanken, die wir bisher geführt haben, und auch für viele Diskussionen, die wir in den letzten Tagen und Wochen geführt haben. Die SPD ist in einer sehr, sehr schwierigen Situation, und viele haben schon beschrieben, warum das so ist: vier Wahlniederlagen nacheinander, das schlechteste Wahlergebnis in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland und – ich glaube, das gehört dazu – eine ähnliche Situation in vielen anderen europäischen Ländern. Das kann man nur ernsthaft miteinander diskutieren. Da gibt es keinen Platz für schnelle Antworten und leichte Lösungen. Und ich bin sehr dankbar, dass diese Debatte von diesem Ernst getragen ist. Das gilt auch für das, was wir bisher in unserer Aussprache gehört haben.

Ich glaube, dass es deshalb, bevor wir das eine Thema diskutieren, zu dem ich auch etwas sagen will, nämlich, wie wir jetzt in dieser Lage in den nächsten Tagen und Wochen weiter vorgehen wollen, trotzdem auch notwendig ist, sich einmal zu fragen: Wie kommt es eigentlich dazu?

Und neben all den Dingen, die man taktisch und praktisch besprechen kann, gibt es eine große strukturelle Krise, die sich vor allem in den entwickelten Ländern, in den wirtschaftlich erfolgreichen Ländern des Westens, in den Industriestaaten abzeichnet. Überall haben viele Sorgen um ihre Zukunft. Es geht ihnen oft sogar gut. Deutschland hat den höchsten Beschäftigungsstand seit vielen, vielen Jahrzehnten, und trotzdem machen sich viele Sorgen um Ihrgleichen, um ihre Kinder und Enkel, und sie sind sich auch nicht sicher, ob das bei ihnen selbst noch lange so sein wird.

Und sie haben recht damit. Denn Globalisierung und Digitalisierung, Schlagworte, die fast jeder Politiker jetzt mit sich führt, sind ja reale Ereignisse, die dazu führen, dass sich die Volkswirte darüber wundern, warum es passieren kann, dass gleichzeitig gewissermaßen Fachkräftemangel herrscht und die Löhne nicht steigen, sondern stagnieren, warum in den letzten 20, 30 Jahren in all unseren Ländern die Mittelschichten stagnierende Einkommen haben und die unteren Einkommen sinken. Ich glaube, das müssen wir diskutieren. Deshalb bin ich fest davon überzeugt, dass wir Vorschläge mit Lösungen für diese Situation brauchen.

Das hat etwas mit Bildung zu tun und mit Krippen und Kitas; das hat etwas damit zu tun, sehr sorgfältig darüber nachzudenken, wie man eigentlich als 40- oder 45-Jähriger noch mal einen Neuanfang wagen kann, obwohl man schon einen Wohnwagen hat und eine Familie und sein Leben nicht wie ein 17-Jähriger neu für sich organisieren kann. Wir brauchen Gedanken über solche Fragen, als Rechtsansprüche, als klare Sache, auf die man sich verlassen kann.

(Beifall)

Wir müssen darüber nachdenken, was es heißt, wenn wir in jeder Untersuchung hören, dass die Zahl derjenigen, die am unteren Einkommensrand beschäftigt sind, zunimmt, dass die Digitalisierung dazu führt, dass routinierbare Tätigkeiten schlechter bezahlt werden, in den Buchhaltungen, überall in den Verwaltungen. Dann brauchen wir auch eine neue Debatte über den Mindestlohn. Das ist jedenfalls meine feste Überzeugung.

(Beifall)

Er muss dazu reichen, sein Leben bestreiten zu können und im Alter nicht auf öffentliche Hilfe angewiesen sein zu müssen.

Das sind die strukturellen Debatten, die wir brauchen. Und obwohl wir uns jetzt Zeit dafür nehmen, müssen wir auch diskutieren, was wir nach diesem Wahlergebnis machen und was unsere Vorschläge sind.

Ich will an dieser Stelle noch mal sagen: Es war richtig, dass wir unmittelbar am Wahltag gesagt haben: Wir stehen jetzt für eine weitere Regierungsbeteiligung nicht zur Verfügung. Diese Wahl war eine Abwahl der Großen Koalition. Sie hat übrigens auch die Kanzlerin mit einem ordentlichen Wahlschaden versehen. Sie hat nämlich nicht gewonnen, sondern die Wählerinnen und Wähler haben ihr gesagt: So soll das nicht weitergehen. - SPD, CDU und CSU haben erhebliche Stimmen verloren. Dann war es richtig, zu sagen, dass das jetzt anders versucht werden soll, in dem sogenannten Jamaika-Bündnis. Es war richtig, zu sagen, dass wir wollen, dass die Opposition nicht von der AfD angeführt wird und dass der politische Wettbewerb um die Führung in Deutschland zwischen der SPD und den Unionsparteien stattfindet und nicht mit irgendwelchen populistischen Alternativen.

(Beifall)

Aber wenn das so ist und die das nicht hinkriegen, dann können wir uns aus der Geschichte, in der wir uns jetzt befinden, nicht einfach davonstehlen. Das ist die Lage, in der wir jetzt sind. Und sie ist wirklich kompliziert. Denn ein Satz muss laut gesagt werden: Jamaika ist nicht an der FDP geschei-

tert, sondern daran, dass die Kanzlerin es nicht hingekriegt hat, einen Kompromiss zwischen diesen Parteien zustande zu bringen.

(Beifall)

Unsere Aufgabe muss es jetzt also sein, die Lage zu bewerten und alle Alternativen sorgfältig auszuloten. Das ist der Antrag des Vorstandes, für den ich bin und für den ich werbe - alle Alternativen! Und wir sollten uns eines ganz, ganz klar machen: Die Frage, was nachher rauskommt, haben wir nicht alleine in der Hand. Dazu gehören noch ganz andere: eine Mehrheit im Deutschen Bundestag, die Bundeskanzlerin, der Bundespräsident, die CDU, die CSU und viele andere Parteien. Wir haben es gar nicht alleine in der Hand. Deshalb schlage ich auch vor, keinen Beschluss zu fassen, der lautet: Es gibt nur eine Alternative bzw. eine Alternative soll es nicht geben. Wir sollten die verschiedenen Varianten sehr sorgfältig prüfen und dann das Richtige machen für unsere Partei, aber auch für Deutschland, für das wir Verantwortung haben.

Ich glaube, das ist eine Haltung, die zur Tradition und zur Zukunftsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei passt.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Olaf. - Das Wort hat Amina, und danach kommt Christian Haß.

AMINA YOUSAF, HANNOVER:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mit einem Zitat beginnen:

„Programmpartei: In diesem Begriff bündelt sich der besondere politische Anspruch der SPD. Die Sozialdemokratie wollte in ihrer langen Geschichte stets mehr sein als ein Kanzlerwahlverein.“

So steht es jedenfalls auf unserer Homepage, und das ist auch einer der Gründe, weshalb ich in dieser Partei bin.

(Beifall)

Vieles was richtig ist, wurde heute schon gesagt. Dennoch möchte ich insbesondere auf zwei Punkte eingehen.

Wenn in unserem eigenen Antrag in Zeile 34 schon steht, dass Ziele, die ausdrücklich im letzten Koalitionsvertrag vereinbart waren, nicht eingefordert worden sind oder von der CDU/CSU verhindert worden sind, wenn wir zuletzt mit der Entscheidung zu Glyphosat sehen können, dass die CDU/CSU macht, was sie will, dann ist das Vertrauensverhältnis doch gar nicht vorhanden, um eine gemeinsame Koalition für die nächsten vier Jahre und für Deutschland zu bilden.

(Beifall)

Unsere Demokratie befindet sich aktuell in einer Vertrauenskrise. Die traditionellen Parteienbindungen haben abgenommen. Wir haben Nationalisten, Rassisten, Sexisten, Militaristen, in der AfD zusammengefunden, im Bundestag sitzen. Auch deshalb leitet sich aus meiner Perspektive eine sozialdemokratische Pflicht ab. Es ist aus meiner Sicht unsere Pflicht, als Sozialdemokratie zu sagen: Wir möchten nicht, dass eine AfD die Oppositionsführung im Bundestag übernimmt. Es ist unsere Pflicht zu handeln. Es ist unsere Pflicht, als Sozialdemokratie, den Faschismus zu bekämpfen - auf der Straße, in den Parlamenten und in den Köpfen.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Amina. - Das Wort hat Christian, und es hält sich bereit Axel Schäfer aus NRW.

CHRISTIAN HAß, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen, Christian Haß, Landesverband Berlin, dort der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben klare Beschlüsse als Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Wir wollen keine Große Koalition in diesem Land.

(Beifall)

Ich sage auch noch einmal, auch in Richtung Andrea als neu gewählte Fraktionsvorsitzende: Es sollte vielleicht die Bundestagsfraktion erst einmal die noch offenen Punkte der Großen Koalition der vergangenen Legislaturperiode abarbeiten, bevor wir in eine neue gehen. Ich nenne nur das Thema: Frauen von Teilzeit in Vollzeit. Die Union hat das abgelehnt. Wir waren stillschweigend. Wir haben es irgendwo akzeptiert. Nein, da muss man zu Frau Merkel gehen und sagen: Dann setzt erst mal die Punkte noch durch, die in der GroKo jetzt noch offen sind, und dann möglicherweise Gespräche. Aber, Genossinnen und Genossen, wir sind hier nicht der Bettvorleger der Frau Merkel. Wir haben bei jeder Wahl prozentual verloren, und wir werden auch diesmal, und wenn wir die besten Programme durchziehen, wieder verlieren.

Martin hat heute darauf hingewiesen. Europa. Wir haben eine ganze Reihe von Schwesterparteien hier. Na, wie sieht es denn aus mit den Schwesterparteien? Ungarn - nicht mehr vorhanden. Polen - nicht mehr vorhanden. In der Pariser Nationalversammlung 45 Abgeordnete. Wollen wir als sozialdemokratische Partei auch so enden? Nein, das wollen wir nicht, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich möchte auch nicht - das sage ich deutlich -, dass nach einer Frau Merkel ein Faschist namens Gauland das Wort ergreift, um dann für die Opposition die Themen zu behandeln. Das können wir uns doch nicht leisten, Genossinnen und Genossen. Da muss doch auch mal ein Ruck durch diese Partei gehen.

(Beifall)

Deswegen sage ich auch, kompromissmäßig: Wir sollten, wenn wir Sondierungsgespräche aufnehmen, alle 500.000 Mitglieder befragen, neutral: Seid ihr für die Sondierung, oder seid ihr es nicht? Denn wir hatten 2013 die Situation, das war ein fertiger Koalitionsvertrag von Sigmar vorgelegt. Der vorwärts hat das groß und breit verschickt. Da hatten natürlich viele Mitglieder gar nicht mehr die Wahl nach dem Motto: Wir können ja den Sigmar nicht beschädigen. Also, stimmen wir diesem Koalitionsvertrag zu. - Und das, Genossinnen und Genossen, möchte ich nicht, und das wollen viele Genossinnen und Genossen nicht. Die schmeißen hier die Parteibücher hin. Ich habe letztens fünf Parteibücher wieder verschickt, weil sie eingetreten sind. Die schmeißen die wieder hin, wenn wir nicht die Große Koalition verhindern.

In diesem Sinne bitte ich euch, auch den Initiativantrag des Landesverbandes Berlin, „Sondierungen, ja oder nein?“ entsprechend zuzustimmen.

Schönen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Christian. Das Wort hat Axel, und es hält sich bereit Annika Klose aus Berlin.

AXEL SCHÄFER, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, Martin Schulz hat gesagt, ja, er übernimmt die Verantwortung für die Wahlniederlage unserer Partei. Das ist richtig und auch ehrenwert. Aber es ist nur die halbe Wahrheit. Die ganze Wahrheit ist: Wir alle als Aktive, als Funktionäre, als Abgeordnete haben Verantwortung für diese Wahlniederlage. Deshalb müssen wir jetzt auch gemeinsam die Konsequenz daraus ziehen.

(Beifall)

Die erste Konsequenz besteht darin, dass wir manchmal auch schweren Herzens uns zu eigenen Fehlern bekennen. Ich glaube, die SPD hat in den letzten zehn Jahren zwei fundamentale Fehler gemacht. Ich habe die mitgemacht als Delegierter und auch als Bundestagesabgeordneter. Der erste Fehler war: Wir hätten bei der Hartz-Gesetzgebung niemals zustimmen dürfen, dass Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe auf dem gleichen Niveau landen.

(Beifall)

Wir hätten es wegen Wert und Würde der Arbeit nicht tun dürfen. Nach vier verlorenen Wahlen muss man das, wenn man das selbst mit beschlossen hat, auch mal sagen.

(Beifall)

Der zweite Punkt: Wir hätten 2013 nicht einfach sagen dürfen, nur weil es zu viel Verrückte bei der Linkspartei gibt, Rot-Rot-Grün kommt überhaupt nicht infrage, obwohl wir ja einen öffnenden Parteitagsbeschluss hatten. Die rot-rot-grüne Perspektive haben wir auch Anfang dieses Jahres mit vergeigt, weil wir aus taktischen Gründen, Landtagswahl, überhaupt nicht mehr darüber diskutiert haben und damit ein Stückchen in eine Alternativlosigkeit hineingekommen sind, was die Machtperspektive anbelangt.

(Beifall)

Aber, Genossinnen und Genossen, wir sind jetzt auch in einer Lage, wo darüber entschieden werden muss. Mein Unterbezirk ist sehr kritisch, was die Große Koalition anbelangt. Ich gebe zu, ich wüsste heute auch nicht, wie ich einfach Ja oder Nein entscheiden sollte. Aber eines weiß ich: Der Weg ist immer auch das Ziel. Es wird darauf ankommen, wie wir diesen Weg gehen. Und dieser Weg hat etwas mit Vertrauen zu tun. Wir sind hier als Delegierte, weil uns 400.000 Mitglieder vertraut haben. Der Vorstand wird gewählt, weil er unser Vertrauen bekommen hat. Deshalb lasst uns mit einer Misstrauenskultur in der SPD aufräumen.

Ihr habt ja vorhin gehört, ich bin jetzt seit 40 Jahren hier Delegierter. Ich habe noch erlebt, wie auch mit Willy Brandt und mit Kurt Beck in besonderer Weise von Vorstandsmitgliedern und von anderen umgegangen worden ist. Lasst uns nie wieder mit einem Parteivorsitzenden, lasst uns nie wieder untereinander so unsolidarisch umgehen, weil wir dann keine Chance haben, gemeinsam etwas zu bewegen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, eins ist auch klar: Wir sind die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Über unsere Tradition wurde gesprochen. Wir brauchen uns von niemandem belehren zu lassen, was staatspolitisch Verantwortung - das Wort gibt es nur im Deutschen - ist. Wir haben für dieses Gemeinwesen schon in der Opposition zum Kaiserreich im Ersten Weltkrieg gestanden.

Parteien, deren Vorgänger aus dem konservativen, christlichen und liberalen Lager Adolf Hitler an die Macht gebracht haben, während unsere Vorgängerinnen und Vorgänger dagegen gestanden, teilweise mit ihrem Leben bezahlt haben, von denen lassen wir uns nicht sagen, was Verantwortung ist. Das ist unsere eigene Entscheidung, und das ist unser Stolz, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Axel. Das Wort hat jetzt Annika Klose. Ihr folgt Knut Lambertin.

ANNIKA KLOSE, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde es großartig, dass wir heute so diskutieren; denn es ist ein sehr wichtiges Thema. Die Sozialdemokratie, ja, wir stehen an einem Scheideweg. Wir stellen fest - da möchte ich Kevin zitieren -: Wir sind in den letzten drei Wahlen eigentlich gegen drei Mauern gerannt. Wir haben richtig eins auf die Klappe bekommen, und zwar dreimal. Jetzt haben wir die Chance, aufzustehen und nicht wieder gegen genau dieselbe Mauer zu rennen, sondern aufzustehen und zu versuchen, diese Mauer Stein für Stein einzureißen.

Was ist die Mauer in der Metapher? Die Mauer, sie ist der Vertrauensverlust in die Sozialdemokratie. Und dieser Vertrauensverlust, er geht tief. Er ist nicht zu erklären mit irgendeiner schlechten Wahlkampagne oder was auch immer man sich aus dem Hut zaubern möchte, was da die kurzfristigen Antworten sein können.

Nein, wenn wir uns Europa angucken, müssen wir feststellen: Der Sozialdemokratie geht es insgesamt ziemlich schlecht. 5,7 Prozent kriegt die Parti Socialiste in Frankreich, 6 Komma irgendwas Prozent die PASOK in Griechenland. Es gibt noch x weitere Beispiele, die wir uns anschauen können, um festzustellen:

Offensichtlich hat die Sozialdemokratie gerade massive Probleme, die Antworten auf die Fragen unserer Zeit zu finden, und offensichtlich hat die Sozialdemokratie in Europa ein Vertrauensproblem. Ich glaube, dieses Vertrauensproblem rührt tiefer als die letzten vier, fünf Jahre. Ich glaube, dass wir uns, wenn wir uns damit beschäftigen wollen, wie wir dieses Vertrauen wieder zurückgewinnen wollen - das ist unsere maßgebliche Aufgabe -, mal die neoliberalen Kahlschlagreformen der 2000er-Jahre anschauen und vorknüpfen müssen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, wenn wir als SPD eine Zukunft als eine starke Partei haben wollen, dann müssen wir es schaffen, auch endlich mal zum einen ein paar Fehler anzuerkennen und mal zu sagen, was wir eigentlich unter sozialer Gerechtigkeit verstehen. Ich glaube, dass uns kein Zacken aus der Krone bricht, wenn wir mal sagen, dass die die Tatsache, dass 600.000 Kinder in Deutschland noch an der absoluten Armutsgrenze leben - die meisten davon in Hartz-IV-Familien -, keine soziale Gerechtigkeit ist, dass es keine soziale Gerechtigkeit ist, Menschen mit Sanktionen in einen Niedriglohnsektor zu treiben, und dass es auch keine soziale Gerechtigkeit ist, mit einer Autoritätspolitik zum einen andere Staaten wie Griechenland kaputt zu sparen, zum anderen aber auch in Deutschland die Infrastruktur zu privatisieren und eben die Stellen zusammenzukürzen.

(Vereinzelt Beifall)

Ja, das ist passiert, das ist passiert mit den Stimmen der SPD, und, wie gesagt, es fällt uns kein Zacken aus der Krone, mal zu sagen: Das war falsch. Es war falsch, und davon müssen wir wegkommen. Wir müssen einen Zukunftsdialog darüber führen, wie wir davon wegkommen können.

Ich habe ein paar Ideen. Wie wäre es mit einer Arbeitsversicherung statt der Arbeitslosenversicherung? Wie wäre es beispielsweise mit der Aufhebung der Hartz-IV-Sanktionen, hin zu einer solidarischen Grundsicherung?

(Vereinzelt Beifall)

Wie wäre es mit Investitionen in den starken Staat statt der schwarzen Null? Wie wäre es beispielsweise mit einer wirklich solidarischen Europapolitik, bei der die Integration vor allem dem Markt und dem Militär bzw. der militärischen Kooperation nutzt, aber wenig den Sozialrechten der Menschen und dem Schutz von Arbeit?

(Vereinzelt Beifall)

An diesen Punkten müssen wir ansetzen. Aber leider, liebe Genossinnen und Genossen, sehe ich davon relativ wenig.

Ich sehe das auch in dem Wahlprogramm von diesem Sommer nicht. Ja, es war ein gutes Wahlprogramm. Es waren viele nette Punkte drin, die ich so unterschreiben würde, wie sie sind. Aber was diesem Wahlprogramm gefehlt hat, war doch die Rote Linie. Es fehlte doch die gesellschaftliche Vision, wo wir hinwollen.

Martin hat vorhin gesagt, der demokratische Sozialismus ist das Ziel der Sozialdemokratie. Das steht noch immer in unserem Grundsatzprogramm. Mit Leben gefüllt ist es aber nicht. 80 Prozent der Bevölkerung sagen, sie wissen nicht, was die SPD überhaupt unter „sozialer Gerechtigkeit“ versteht, nachdem wir einen Wahlkampf für soziale Gerechtigkeit geführt haben. Uns ist der Kompass abhandengekommen. Wir müssen ausdefinieren, wie wir uns die Gesellschaft in zehn oder zwanzig Jahren vorstellen und was es für uns heißt, dass das Ziel der demokratische Sozialismus ist. Liebe Genossinnen und Genossen, diese Debatte haben wir sehr lange nicht geführt, und für mich ist es nicht in Ordnung, diese Partei in eine Koalition zu schicken, ohne diesen Kompass wieder reaktiviert zu haben. Wir haben diesen Kompass gerade nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Die SPD jetzt, in dieser Verfassung, in eine Große Koalition zu schicken: Ich glaube, das ist politischer Selbstmord. Und ich bin nicht dazu bereit, diese Partei jetzt schon aufzugeben. Ich glaube, wir werden dringend, dringend gebraucht.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen: Bitte stimmt dem Änderungsantrag der Jusos zu. Gespräche muss man führen, aber eine Große Koalition wollen wir auf gar keinen Fall. Ich glaube, wir brauchen eine glaubwürdige Neuaufstellung, und wir brauchen vor allem wieder Vertrauen. Darum möchte ich werben. - Vielen Dank.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Annika. - Jetzt hat das Wort: Knut Lambertin. Ihm folgt Katarina Barley.

KNUT LAMBERTIN, BERLIN:

Genossinnen und Genossen! Ich will nicht den nächsten Monolog hier abspulen. Wir wollen ja auch ein bisschen miteinander diskutieren und nicht nur aneinander vorbei. Deswegen, liebe Svenja, liebe Genossin Schulze, will ich mal kurz zu dem was sagen, was du hier vorgetragen hast.

Ich bin nicht der Meinung, dass wir uns verändern müssen, dass wir das in der Vergangenheit zu wenig getan haben und dass das zu den Wahlergebnissen geführt hätte. Ich meine, es ist umgekehrt.

Wir haben uns so sehr verändert, dass wir so heruntergerockt sind, wie wir heute heruntergerockt sind, auf knapp über 20 Prozent.

Martin, vielen Dank, dass du dafür die Verantwortung übernommen hast und dass du dich auch für das erbärmliche Bild entschuldigst, das unsere Partei nach dieser Wahl geboten hat. Das hast du gemacht - du alleine. Es gibt aber so etwas wie eine kollektive Führung in dieser SPD.

Martin, jeder und jede hat meiner Meinung nach eine weitere Chance verdient. Meine Stimme als Parteivorsitzender wirst du bekommen, weil du diese Chance verdient hast. Aber was ist mit dem Rest unserer Führung, liebe Genossinnen und Genossen?

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin auch der Meinung, dass die SPD noch gebraucht wird. Sie wird von den Menschen gebraucht, die stundenlang in engen Bahnen und Bussen oder ständig im Stau auf dem Weg zur Arbeit sind und schon entnervt auf der Arbeit ankommen – und noch entnervter von der Arbeit - bei dem gleichen Weg - wieder zurückkommen.

Die SPD wird gebraucht von den Menschen, die einen Betriebsrat gründen wollen. Entweder werden sie rausgekauft, bedroht oder direkt entlassen, Genossinnen und Genossen.

Wir werden als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten von den Kindern gebraucht, denen entnervte Erwachsene ständig vormachen, wie man, was man besser nicht machen sollte, bei Rot über die Straße geht, weil nur noch Hetze in diesem Land ist.

Ich bin sicher, die SPD wird gebraucht von den Nicht-Mächtigen, von den Nicht-Privilegierten und von den Nicht-Menschenverachtenden.

Die SPD ist nach diesem Wahlergebnis aber am Scheideweg, und ich fordere euch auf, liebe Genossinnen und Genossen, die außer Martin für die Parteiführung kandidieren, zu sagen: Wie sieht denn eure Strategie für die Partei und für die Parteiorganisation aus?

Alle reden, als ginge es jetzt um die Regierung. Es geht auf diesem Parteitag generell darum, dass wir eine Führung für diese Partei wählen. Und deswegen müsst ihr klarmachen, warum wir euch vertrauen sollen und was eure Strategie für die Partei ist, Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Denn die meisten, die hier sitzen, sind für eine Glaubwürdigkeit eingetreten, die die SPD 140 Jahre lang hatte, und nicht für die, die sie in den vergangenen 14 Jahren verloren hat, Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bitte euch, das zu berücksichtigen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt hat Katarina das Wort. - Ihr folgt Ludwig Stiegler.

KATARINA BARLEY, RHEINLAND-PFALZ:

Liebe Genossinnen und Genossen! Erst einmal vielen Dank, Martin - und auch euch für die freundliche Wertschätzung. Es haben schon viele gesagt: Wir sind im Moment wirklich an einem sehr schwierigen Punkt: diese 20,5 Prozent. Und wir alle fragen uns: Wie sind wir dahin gekommen?

Ich möchte vielleicht einen Mosaikstein zu den möglichen Erklärungen hinzufügen, den ich noch nicht gehört habe und der aus meiner eigenen Erfahrung herrührt.

Ich habe in den knapp zwei Jahren als Generalsekretärin gefühlt tausende Interviews geführt, und meine Wahrnehmung war immer dieselbe: Es ging dabei um Köpfe, um Umfrageergebnisse, um Koalitionsoptionen. Worum es sehr, sehr selten ging, waren politische Inhalte.

Wenn wir jetzt den Leuten sagen: „Mensch, wir haben die letzten vier Jahre eigentlich eine super Politik gemacht“, dann hieß es immer: Ja, das habt ihr aber auch nicht herübergebracht.

Es gab - auch das vergessen wir manchmal - zwischendrin mal eine Phase, da war das anders. Das waren auch mehrere Monate. Da herrschte eine Aufbruchstimmung hier in der Partei. Da waren wir über 30 Prozent, und da fanden wir, glaube ich, alle unsere Partei auch ziemlich toll. Ich finde, das sollte man bei der ganzen Selbstkritik, die wir hier zurecht anbringen, auch immer noch mal ein bisschen im Hinterkopf haben. Das waren nicht zwei Wochen, wie es manche jetzt darstellen wollen, das waren mehrere Monate.

Und was war da anders? Da war viel Aufbruch, und da ging es wieder um Inhalte. Da ging es wieder darum, wie wir eigentlich Gerechtigkeit ausfüllen wollen - das ganze Thema. Ist da jetzt Europa wieder das Thema, was im Vordergrund steht?

Ehrlich gesagt: Ich habe ein bisschen die Befürchtung, dass wir im Moment wieder an so einem Punkt sind, weil es mir im Moment wieder zu wenig um die Inhalte geht. Warum, verdammt noch mal, reden wir eigentlich nicht auch einmal darüber, was in diesem Sondierungspapier der sogenannten Jamaika-Parteien steht? Das ist eine Schande, was darinsteht. Wenn diese Parteien die Regierung übernommen hätten: Das wäre ein Drama gewesen.

(Beifall)

Und jeder Arbeitnehmer, jede Arbeitnehmerin, jeder, der in der Gewerkschaft aktiv ist, jede Frau müsste dankbar und heilfroh sein, dass diese Sondierungsverhandlungen geplatzt sind - und sie sind es hoffentlich auch. Aber das müssen wir vielleicht auch einmal sagen. Wenn wir das sagen müssen, dann komme ich zum Nächsten, nämlich dazu, weshalb es auch uns jetzt um Inhalte gehen sollte.

Das wird euch jetzt als Konsequenz dann auch nicht verwundern: Wir sollten an Inhalten auch festmachen, warum wir die Entscheidung fällen, die wir am Ende fällen - was auch immer das sein mag. Ob wir in die Opposition gehen, ob wir in eine Koalition gehen, ob wir eine Minderheitsregierung tolerieren, ob wir Neuwahlen anstreben, das müssen wir an Inhalten festmachen.

Ich sage euch das jetzt noch einmal ganz deutlich, um es ganz klar zu machen, weil ich das immer wieder ein bisschen unterschwellig höre: Ja, ich bin jetzt seit ein paar Monaten Regierungsmitglied. Ich mache das für mein Leben gerne. Familienministerin zu sein, ist eine wahnsinnig tolle Aufgabe. Man kann unheimlich viel bewegen. Aber ich habe am 24. September aus vollem Herzen gesagt: Es ist richtig, in dieser Situation die Reißleine zu ziehen und zu sagen: Wir gehen in die Opposition! - Das hat mir keinen Moment leidgetan. Ich finde, der Respekt in der Diskussion erfordert es auch, dass wir es einander zugestehen, dass auch Regierungsmitglieder das Wohl der Partei an die erste Stelle stellen. Alle, die mich kennen, wissen, dass das bei mir auf jeden Fall der Fall ist. Aber ich will das durchaus noch einmal auch für die anderen sagen.

Natürlich hat sich etwas geändert. Malu hat das schon gesagt. Wir nehmen das doch alle wahr. Die ganze öffentliche Debattenlage hat sich geändert. Dass Menschen, die nicht in unserer politischen Welt aktiv sind, auf uns schauen, hat sich natürlich geändert. Das, was wir daraus machen, weiß ich jetzt noch nicht. Aber davon, dass unsere Antworten, die die Menschen von uns verlangen, auf die Fragen, die sie uns jetzt stellen, an Inhalten orientiert sein müssen, bin ich ganz fest überzeugt. Denn die Politik ist kein Rechenexempel. Mir fehlt noch etwas, nämlich das Selbstbewusstsein unserer Partei. Es ist doch nicht so, dass man sagen könnte „Wir treffen die Entscheidungen“ und daraus dann automatisch folgt, dass die SPD tot ist. Das ist mir viel zu wenig selbstbewusst. Das ist mir viel zu wenig Stolz, verdammt noch einmal!

(Beifall)

Wer hätte denn vor vier Jahren gedacht, dass der Deutsche Bundestag so aussieht, wie er jetzt aussieht: mit sieben Parteien, mit einer Union von 30 Prozent? Das hätte doch niemand vorhergesehen! Noch etwas zu diesem Automatismus. Wir hatten zwischendurch eine grottenschlechte schwarz-gelbe Bundesregierung. Danach haben wir es auch nicht auf 35 Prozent geschafft. Zu sagen „Schuld ist allein diese Große Koalition“, greift entschieden zu kurz.

Deswegen bitte ich euch um eines: Lasst uns sehr, sehr selbstbewusst unsere sozialdemokratischen Inhalte formulieren, schon allein um diesem unsäglichen Schwampelpapier etwas entgegenzusetzen, und sagen, wie wir es machen würden, wenn wir mehr als 20,5 Prozent bekommen hätten, was wir verdient hätten, und wie dann diese Republik aussehen würde. Ob wir dann sagen „Das, was wir von der anderen Seite dafür bekommen, reicht uns nicht“ oder ob wir sagen „Das ist es uns wert, dafür gehen wir dieses Risiko ein“, müssen wir aus meiner Sicht am Ende dieses Prozesses entscheiden und bei dieser Entscheidung auch die Bevölkerung mitnehmen.

Während wir das tun und auch in den nächsten Jahren müssen wir natürlich diese Partei modernisieren. Wir müssen jünger, digitaler und natürlich – das ist mein besonderes Anliegen – weiblicher werden. Wir haben so viele großartige Frauen in dieser Partei -

(Beifall)

in jedem Alter, in allen Berufen, in allen Regionen! Die müssen wir sichtbarer machen. Wir müssen ihre Anliegen stärker gewichten. Auch da bitte ich um Selbstbewusstsein. Wenn sich in diesem Land irgendetwas zugunsten der Frauen geändert hat, dann war es die SPD, die das erreicht hat.

(Beifall)

Wir sind da schon sehr viel weiter als ganz viele andere Parteien. Aber wir müssen noch viel besser werden, vor allen Dingen innerparteilich. Ich freue mich auf die Diskussion darüber.

Ich möchte der ASF ganz herzlich danken, die diesen Prozess unheimlich stark nach vorne getrieben habe. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen – auch wenn ich nicht weiß, ob sie überhaupt da ist –, um Elke Ferner, unserer wortgewaltigen, kämpferischen Vorstreiterin, zu danken,

(Beifall)

die zum letzten Mal die ASF in diesen Parteitag führt. Wir sind ihr zu riesigem Dank verpflichtet. Wir werden dich in dieser Funktion vermissen.

Vielen lieben Dank euch allen und Glück auf!

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Katarina. - Das Wort hat Ludwig Stiegler. Ihm folgt Sylvia Kunze.

LUDWIG STIEGLER, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe 1964 meinen ersten SPD-Ortsverein im bayerischen Wald gegründet, in den ich auch eingetreten bin, und habe als Erstes den Streit über die Große Koalition 1966 erlebt. Damals hat die Parteiführung entschieden, nach der langen frustrierenden Nachkriegszeit die Regierungsfähigkeit der SPD zu beweisen. Am Ende dieser Großen Koalition hingen damals noch die wunderbaren Plakate: „Wir haben die besseren Männer!“ - Da war nur eine Frau im Kabinett. - Jedenfalls hat die SPD zu ihren Leistungen in der ersten Großen Koalition gestanden und die Wahl 1969 gewonnen. Das heißt, eine Große Koalition ist nicht von vornherein das Urteil für den Niedergang.

Ich bin der Katarina dankbar, dass sie eben noch einmal deutlich gemacht hat, welche Erfolge die SPD erzielt hat. Ich frage mich bis heute, weshalb Katarina oder Andrea nicht auf den Wahlplakaten waren

(Beifall)

und warum wir bei dieser Wahl nicht bundesweit diese breite Kompetenz der Partei vorgestellt haben.

(Beifall)

Stattdessen haben wir einen der Grundfehler gemacht, den Sozialdemokraten häufiger machen. Ich kenne das aus langer Mitgliedschaft und Erfahrung: Wir sehen immer nur das halb leere Glas und verschmähen das halb volle Glas.

(Beifall)

Wenn man immer durch die Landschaft rudert und sagt „O wei, o wei, o mei, o mei, das haben wir nicht erreicht, und das haben wir noch nicht erreicht“, dann hebt keiner den Hintern, um zu sagen: Das ist mein Vorkämpfer!

(Beifall)

Deshalb wäre es unglaublich wichtig. Das ist in diesem Wahlkampf nicht geschehen. Ich habe wütende Briefe geschrieben und gesagt: Dann schreibt doch: „Das wollten wir! Das hat die CDU zugestanden! Das machen wir, wenn Martin Bundeskanzler wird!“, also mehrfache Schritte, damit die Leute sehen: Nicht nur mehr Gerechtigkeit „Tauet, Himmel, den Gerechten“, wie die Adventslieder und das 2000 Jahre alte „Orate“, sondern deutlich machen, was wir anders machen würden! Das hätte in diese Auseinandersetzung eingebracht werden sollen.

(Beifall)

Das müssen wir in Zukunft sehr deutlich lernen, mit wem auch immer wir etwas machen, zu sagen, was unsere Position ist, wo wir uns vertragen haben und was wir machen, wenn wir die Mehrheit und mehr als diese 20,5 Prozent bekommen. Das ist ganz entscheidend.

Ihr habt den Martin und die anderen gehört. Wir haben eine Liste von Anliegen und Wünschen. Wenn wir nur 50 Prozent davon erfüllen können, dann haben wir Grund zu einem großen Fest. Habt ihr mitbekommen, was auf europäischer bis auf nationaler Ebene notwendig ist? - Katarina hat eben deutlich gesagt: Habt ihr euch das Jamaika-Programm angeschaut? - Ich habe mich manchmal an den Kopf gegriffen und gesagt: Wir gehen an den Straßenrand und schmeißen Steine auf die Karawane, wenn sie diesen schlechten Weg geht! - Wir hätten den Mist nicht aufgehoben, den sie gemacht hätte, aber wir wollen eine bessere Entscheidung haben als die anderen! Darum lasst uns kämpfen, dass wir anständige Veränderungen hinkriegen, zu denen wir auch stehen können!

Ich habe noch einen anderen Punkt. Ich habe den Eindruck, dass wir in der Gewissenerforschung an der verkehrten Stelle suchen. Die SPD hat nicht mehr in dem Umfang Beziehungen zur arbeitenden Bevölkerung, in dem wir sie schon hatten.

(Beifall)

Als ich ab 1967 Büchsenspanner bei meinem Vorgänger im Bundestag war, war die Hälfte der Fraktion Betriebsräte bzw. Betriebsratsvorsitzende. Da war die Arbeitswelt ständig da. Heute ist die Arbeitswelt weit draußen.

Und ich sage euch, wenn wir es nicht verstehen, dass wir jede Woche wieder mit den Betriebsräten, Personalräten, gewerkschaftlichen Vertrauensleuten und den entsprechenden Organisationen reden, dann können wir Papiere schreiben, bis das Papier ausgeht, wir werden kein Vertrauen gewinnen.

(Beifall)

Wir müssen zurück zu den Menschen in die Betriebe, in die Verwaltungen, in den Pflegeheimen. Das ist die Erneuerung, also keine Papiererneuerung der SPD, sondern die SPD als Teil der Arbeiterbewegung, die wieder da ist, wo es stinkt und zischt und wo es die Probleme gibt. Dann kommen wir wieder auf die Beine. - Vielen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Ludwig. - Das Wort hat jetzt Sylvia Kunze. Ihr folgt Mike Groschek.

SYLVIA KUNZE, HESSEN-SÜD:

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich am 24.09. gefragt, wie kann es sein, dass wir handwerklich ordentlich, inhaltlich gut ausdiskutiert, mit einem Mitgliedervotum bestätigt, in die große Koalition gegangen sind, für unser Gefühl dort ordentlich gearbeitet haben und trotzdem am 24.09 das schlechteste Wahlergebnis eingefahren haben, das wir jemals hatten.

Ich habe ja zum Glück ein bisschen mehr Zeit als der Parteivorsitzende, der jeden Tag zu den Entwicklungen Stellung nehmen muss, um über so etwas nachzudenken. Mein Ergebnis ist: Wir schaffen es nicht, die realen Probleme der Leute in diesem Land zu lösen. Mit „Wir“ meine ich alle Parteien, nicht nur die SPD.

Was ist denn mit den Zuständen in der Pflege? Ist das gelöst? Was ist denn mit einem legalen Weg für Zuwanderung nach Deutschland außerhalb des Asylrechts? Ist das gelöst? - Nein, ist es nicht. Und ich glaube, dass uns die Leute nicht an unserem Wahlprogramm messen, auch wenn wir uns selber daran messen, sondern an dem, was wir real durchsetzen.

Ich glaube, dass wir mit der Union in den letzten vier Jahren gemacht haben, was mit der Union zu machen war. Dann kommt der Politikstil von Merkel: am besten nirgendwo anecken, am besten die Schwierigkeiten aussitzen und am besten die Dinge, die konfliktär sind, gar nicht erst angehen.

Ich will deswegen nicht, dass wir diese große Koalition fortsetzen, weil ich, ehrlich gesagt, nicht weiß, was wir in den nächsten vier Jahren gemeinsam Vernünftiges für die Menschen machen sollen.

(Beifall)

Es ist unsere Aufgabe als SPD, für unsere Positionen zu kämpfen, insbesondere im sozialen Bereich. Wir werden es nicht schaffen, wenn wir wieder den Weg in eine große Koalition gehen.

Deswegen kann ich euren Weg, den Ihr skizziert hat, wir gehen ergebnisoffen in die Verhandlungen, nicht mitgehen und dem Antrag nicht zustimmen. Denn ich bin nicht ergebnisoffen in dieser Frage.

Ich finde, wenn es einen SPD-Bundesparteitag in so einer Situation gibt, dann muss es hier auch ausdiskutiert werden.

Ich glaube, die große Koalition ist nicht nur nicht gut für die SPD, sie ist auch nicht gut für dieses Land. Lasst uns nach Alternativen suchen!

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Mike Groschek. Ihm folgt Andrea Nahles.

MIKE GROSCHEK, PARTEIVORSTAND:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir sind jetzt an einem Punkt in der Diskussion, wo deutlich wird, dass SPD erneuern anfangen muss mit der Erneuerung von Vertrauen und Glaubwürdigkeit in der Partei, dass wir damit beginnen müssen, eine Struktur in dieser Diskussion aufzubauen, die deutlich macht, die Parteiführung muss vertrauensbildende Maßnahmen bauen, damit dieser Parteitag nicht zum Misstrauensvotum wird.

Kevin, finde ich, hat einen wunden Punkt angesprochen, als er sagte, die große Koalition ist im Grunde nur Stellvertreterthema für Diskussionen, die wir nicht oder unzureichend geführt haben. Wir sollten es auf den Punkt bringen: Die eigentliche große Koalition, über die wir diskutieren, ist eine Groko mitten unter uns. Das, Genossinnen und Genossen, ist unser Problem, dass wir seit 2003 keine Auseinandersetzung im Grundsätzlichen mehr geführt haben, sondern Formelkompromisse gewählt haben und die Kontroverse gescheut haben. Das bringt uns jetzt in dieses Dilemma, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb muss die inhaltliche Erneuerung der SPD, die Erneuerung der Partei, auch als Pflicht begriffen werden, nicht nur uns zu dienen, sondern diesem Land. Denn eine 20-Prozent-Partei ist nicht Kanzlerinnen- oder Kanzlerpartei. Das müssen wir aber so schnell wie möglich wieder werden, weil Deutschland eine Alternative braucht, eine politische, liebe Genossinnen und Genossen.

Jetzt ist die Frage, was macht welche Koalition mit diesem Erneuerungsprozess. Ich will dafür werben, dass wir uns darauf verständigen, uns ein Stück weit stärker zu vertrauen als zu Beginn der Diskussion. Wir wollen aus Nordrhein-Westfalen ein Paket schnüren, wo wir hoffen, dass möglichst viele mitgehen können.

Ergebnisoffenheit eines Prozesses, der vor uns liegt, kann doch nicht im Ernst damit gestartet werden, dass wir sagen, ganz offen sind wir nicht, wir tun nur so, als ob. So tun als ob ist immer der falsche Weg, Genossinnen und Genossen. Deshalb lasst uns überlegen, ob wir nicht mit zwei Maßnahmen ein gemeinsames Paket schnüren können, jenseits eines Misstrauensvotums auf diesem Parteitag.

Der erste Aspekt ist der, der als Initiativantrag eingebracht wurde. Lasst uns die dritte Variante, den sogenannten Dritten Weg, stark machen und verhindern, dass zu viele das Gefühl haben, er ist zur Floskel verkommen und ist nur noch eine Brücke für die Beschlussfassung. Nein, er muss ernsthaft in Sondierungen erwogen werden.

Und weil diese Ernsthaftigkeit von vielen in der Partei bezweifelt wird, muss dann anschließend kein Konvent, der einen ganz bestimmten Beigeschmack hat, sondern ein Parteitag darüber befinden, ob wir aus der Sondierung eine Verhandlung machen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, wenn wir diese beiden Brücken jetzt bauen, dann muss es möglich sein, dass diese vertrauensbildenden Maßnahmen einen Vertrauenszuwachs hervorrufen und dass wir uns darauf verständigen können: Ja, mit diesen Ergänzungen lässt sich ein Paket schnüren, wo der Leitantrag der An-

tragskommission, ergänzt um die Initiativanträge, die ich gerade genannt habe, auf eine breite Mehrheit stößt. Denn SPD stark machen heißt auch, von diesem Parteitag ein starkes Signal ausgehen zu lassen für Gespräche und mögliche Sondierungen. Eine zerstrittene, nicht geschlossene SPD ist jedenfalls ein Verhandlungspartner, den man sich als Gegner nur wünschen könnte, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist ein Weg, den wir mit euch beschreiten wollen. Ich würde mich sehr freuen, liebe Genossinnen und Genossen, wenn Jungsozialisten und andere Skeptiker einer Ergebnisoffenheit auf uns zukommen könnten und wir gemeinsam sagen könnten, wir schaffen das, dieser Parteitag ist der Start zu einem neu wachsenden Vertrauen. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Mike. - Das Wort hat Andrea. Ihr folgt Munib Agha.

ANDREA NAHLES, FRAKTIONS-VORSITZENDE:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind kalt erwischt worden von dem Scheitern der Jamaika-Sondierungen. Nicht nur wir, sondern, ich würde sagen, die gesamte Öffentlichkeit in Deutschland, im Ausland, von allen Parteien außer der FDP. Das möchte ich an der Stelle doch schon einmal sagen.

Wir haben in den letzten Monaten viel gehört von der neuen FDP. Ich kann nur sagen, seit Wochen während der Sondierungen haben die schon nur noch parteitaktisch die Verhandlungen geführt. Ich will an dieser Stelle sagen, nach wenigen Wochen ist die angeblich neue FDP wieder dieselbe alte parteitaktische Klientelpartei, die sie schon 2013 war und zu Recht aus dem Deutschen Bundestag gejagt worden ist.

(Beifall)

Deswegen lege ich Wert darauf, dass unsere Entscheidung am 24.09, die wir gemeinsam und mit Breite getragen haben, in die Opposition zu gehen, nicht eine parteitaktische Motivation hatte, sondern getroffen wurde, weil wir der festen Überzeugung waren, dass die Wähler uns etwas ins Stammbuch geschrieben hatten, dass sie nämlich nicht der Meinung waren, dass wir es ausreichend klar im Profil hatten, was die SPD an Beitrag in den letzten Jahren wirklich geleistet hat.

Es war ein eindeutiges Signal, und deswegen haben wir gesagt, wir wollen im Deutschen Bundestag wieder eine demokratische Alternative mit aller Kraft, mit aller Überzeugung repräsentieren, und das war auch die richtige Entscheidung zu diesem Zeitpunkt.

Ich bin der Meinung, dass das auch umgesetzt werden muss. Die Bundestagsfraktion, lieber Kevin, ist nicht der Meinung, dass die Erneuerung daran hängt, für welche der verschiedenen Varianten wir uns hier entscheiden. Du hast eben sehr pathetisch gesagt, die Erneuerung ist nur außerhalb der GroKo oder sie ist nicht. Nein, ich verspreche - und wir haben es bereits umgesetzt -, dass wir zu einem Element des Endes des Merkelantismus, des Windschattenpolitizierens von Merkel, der Hinterzimmerpolitik das Parlament machen werden. Das muss für uns auch eine Bedingung in den nächsten Tagen und Wochen sein. Wenn wir mit denen ins Gespräch kommen, muss es doch auch darum gehen, dass das Parlament wieder der Austragungsort des Streits wird und nicht die Hinterzimmer im Kanzleramt und nicht das ganze Gekungel, das Merkel doch so stark gemacht hat in den letzten Jahren.

(Beifall)

Das können wir umsetzen. Das ist doch völlig unabhängig von der Frage. Wir haben zum Beispiel ins Parlament eingebracht, zu sagen: Befragung des Kanzlers/der Kanzlerin. Wir haben eingefordert, die Initiativrechte und die Kontrollrechte des Parlaments zu verstärken. Das müssen wir auch umsetzen.

Eines ist für mich klar: Wir haben zu wenig Auseinandersetzung gehabt. Ich selber habe auch gedacht, dass es das Wichtigste ist, wieder Glaubwürdigkeit zu kriegen. Deswegen haben wir gesagt: „Versprochen - gehalten!“. Das war 2013 unsere gemeinsame Überzeugung: Wenn wir möglichst viel von dem halten, was wir versprochen haben, dann werden es die Wählerinnen und Wähler auch belohnen. Danach habe ich 39 Gesetze wirklich abgearbeitet. Was dabei aber passiert ist: Wir haben keine Bindung hergestellt, und Bindung entsteht auch durch Reibung und Auseinandersetzung und Ernstnehmen. Das können wir, und das ist völlig unabhängig davon, ob wir in der Opposition oder in der Regierung oder in der Minderheitsregierung - oder was auch immer - sind.

Liebe Leute! Wenn ich einigen hier zuhören - auch Christian Haß -, dann springt mich hier Angst an, Angst vor dem Regieren. Und ich sage euch: Angst davor, dass die SPD sich auf dem Altar des Regierens opfert. Das ist das, was hier ganz viele mehr oder weniger ausdrücken. Ich glaube, dass Angst erst mal überhaupt kein Maßstab sein kann, um diese Entscheidung, die wir heute treffen müssen, zu treffen, liebe Genossinnen und Genossen, sondern unser Maßstab kann nur sein: Inhaltliche Überzeugung und Selbstbewusstsein; denn das ist das, was am Ende des Tages entscheidet.

Und wenn ich dann höre, Opposition sei ehrlicher - das haben die Jusos gesagt -, dann frage ich euch: Aha, Regieren ist also unehrlicher? Das Umsetzen unseres Wahlprogramms in Realpolitik für die Menschen in diesem Land ist doch nicht unehrlicher als Opposition. Das kann es doch nicht ernsthaft sein, dass wir das hier zum Maßstab machen.

Ich glaube, an dieser Stelle muss doch klar sein: Es gibt kein Naturgesetz, das sagt, Opposition gleich starke SPD. Regierungsbeteiligung - in welcher Form auch immer - gleich schwache SPD. Das ist doch keine Formel, auf die wir uns ernsthaft kaprizieren können.

Deswegen sage ich an dieser Stelle, es muss ganz klar sein: Wir brauchen hier auch eine Haltung, die sagt, dass wir das, was wir an inhaltlichen Überzeugungen haben, auch mit Leidenschaft für die Menschen in unserem Land umsetzen wollen. Deswegen will ich an dieser Stelle ganz eindeutig etwas sagen, was hier doch in Wahrheit ständig angesprochen wird. Mike hat es jetzt auch offen gemacht. Mir haben es auch Delegierte offen ins Gesicht gesagt: „Wir glauben euch einfach nicht, dass das alles noch ergebnisoffen ist.“ Ich meine mich da persönlich.

(Beifall)

Danke, dass ihr das ehrlich so sagt. Deswegen will ich darauf auch eingehen, denn es sind Martin und ich, wenn wir heute diesen Leitantrag beschließen, die schon bald in die Gespräche gehen. Ich persönlich kann für mich wirklich sagen, dass ich da ergebnisoffen reingehen. Und weißt du, warum? Es ist ein Gebot ganz banaler Vernunft und Klugheit. Denn ich will einmal daran erinnern, dass Frau Merkel Anfang Oktober auf dem Deutschlandtag der Jungen Union gesagt hat, die SPD sei auf absehbare Zeit nicht regierungsfähig. Liebe Frau Merkel, ich stelle Ihnen heute folgende Frage: Sind Sie eigentlich auf absehbare Zeit verhandlungsfähig?

(Beifall)

Sie haben eine CSU. Ja, da ist eine CSU. Da sitzt uns Herr Seehofer gegenüber, der verspricht uns irgendwas. Ja, was hat der denn noch zu sagen, fragt man sich dann. Und Frau Merkel, die wie bis vor Kurzem noch wie ein monolithischer Block wirkte mit ihrem Kanzleramt und die alles so smooth verwaltet hat - das ist doch mittlerweile flüssig geworden.

Ich sage euch an dieser Stelle: Ich weiß überhaupt nicht, ob wir mit denen in irgendeine tragfähige Vertrauenssituation oder in ein belastbares Verhandlungsverhältnis reinfinden können. Deswegen spreche ich hier die Wahrheit, wenn ich sage, ich gehe da ergebnisoffen rein. Das müsst ihr entweder jetzt glauben oder nicht. Das ist auch eine Frage des Vertrauens. Ja oder nein? Das könnt ihr entscheiden, so oder so. Aber lasst es uns hier offen aussprechen; denn nichts anderes hinter diesen ganzen Kaskaden ist es: Dass wir hier vorne entweder Vertrauen haben oder nicht.

Ich sage euch eines zu: Wir verschenken nichts. Wir haben alle Punkte aus guten Gründen in unserem Wahlprogramm, und wir müssen mit denen hart reden, denn die haben in der letzten Kurve schon nach Jamaika geblinzelt und Teilzeit/Vollzeit nicht mehr gemacht und die Solidarrente einen unschönen Tod sterben lassen. Ja, weil sie nämlich gedacht haben, sie brauchen uns nicht mehr. Aber die SPD wird gebraucht. „Bätschi!“ sage ich dazu nur. Und das wird ganz schön teuer. „Bätschi!“ sage ich dazu nur. Und das ist gut für Deutschland, sage ich dazu nur. Darum muss es gehen. Keine Angst, sondern Selbstbewusstsein und ergebnisoffen. Dafür stehe, das verspreche ich. Dafür werde ich mich in den nächsten Wochen einsetzen und bitte um euer Vertrauen.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Andrea. - Jetzt hat Munib Agha das Wort. Danach spricht Jessica Rosenthal.

MUNIB AGHA, BAYERN:

Liebe Andrea, ich habe keine Angst. Ich bin vor allem skeptisch. Ich würde das gerne in meinem Redebeitrag etwas ausführen.

Wir haben am 24. September ein katastrophales und ein sehr frustrierendes Ergebnis eingefahren, frustrierend vor allem, weil ich denke, dass wir einen sehr engagierten Wahlkampf geführt haben. Wir haben in Erlangen zusätzlich zu den klassischen Aktionen auch sehr viele Nachtfeststände und Kneipentouren gemacht und haben mit sehr vielen jungen Menschen gesprochen. Ich denke, wir alle hier haben mit unseren Freundinnen und Freunden, mit unseren Bekannten, mit unseren Arbeitskolleginnen und -kollegen gesprochen, also mit sehr vielen Menschen. Auch wir als Stadtratsfraktion haben immer betont - nicht nur in den Wochen vor der Bundestagswahl, sondern auch davor -, wie wir als SPD die Kommunen entlastet haben und den Kita-Ausbau vorangebracht haben.

Nichtsdestotrotz sind mir bei diesen vielen Gesprächen zwei Sachen immer stark aufgefallen. Zum einen haben viele gesagt: „Liebe SPD, da ist die Luft raus. Geht mal in die Opposition und erneuert euch.“

Ein anderer Punkt, den ich viel schockierender fand, war die Desorientiertheit im linkliberalen Lager. Viele weltoffene Menschen, die für linke Politik steht, haben zu uns gesagt: „Ich habe keine Ahnung, was ich wählen soll. Das ist diesmal so schwer.“ Wir haben es nicht geschafft, ihnen diese Orientierung zu geben. Ich denke, dass das jetzt nicht Hauptgrund ist, weshalb wir verloren haben, aber einer. Mindestens genauso wichtig ist es, denke ich, dass wir uns stärker mit der Arbeiterklasse beschäftigen, die jetzt übrigens weiblicher und migrantischer ist, vor allem wenn man auf DHL, Amazon usw. schaut.

Ich habe jetzt nicht ewig Zeit zu sprechen und möchte mich ein bisschen auf das linksliberale Lager beschränken, im Speziellen auf die Bürgerrechte.

Lieber Heiko, ich fand es anfangs eigentlich sehr gut, dass du vehement gegen die Vorratsdatenspeicherung warst. Ich fand es sehr schade, dass du da quasi von anderen gesagt bekommen hast - - oder du musstest dann eben deine Meinung wechseln. Ich hätte mir gewünscht, dass wir da - so, wie die CSU und die CDU in der Regierung waren - ein bisschen arschiger sind, endlich mal konsequent sind und sagen: „Nein, mit uns geht es nicht, und wir spielen das.“

Ähnliches auch:

Und: Barbara Hendricks hat einen super Klimaplan vorgelegt. Er wurde zuerst von der Union zerrupft, und dann kam noch das Wirtschaftsministerium. Ich frage mich: Hätte das sein müssen? Ich frage mich auch: Wenn wir jetzt wieder vier Jahre Große Koalition machen, wie wollen wir in der Lage sein, das kritisch zu diskutieren?

Ich möchte vor allem noch auf zwei Punkte eingehen - ich halte mich kurz. Ich habe 2013 gegen die Große Koalition gestimmt. Ich möchte mir nicht anmaßen, zu bewerten, ob das richtig oder falsch war; denn das wäre Hätte-Hätte-Fahrradkette, weil die Mehrheit anders gestimmt hat. Ich habe mit vielen sehr konstruktive Gespräche deswegen geführt. Aber viele sind auch sehr persönlich und beleidigend geworden, weil ich eine andere Position eingenommen habe. Ich hoffe, dass sich das dieses Mal nicht wiederholt. Ich bin da leider noch ein bisschen skeptisch, aber mal schauen.

Ein anderer Punkt ist: Mir ist schon klar, dass wir in einer Großen Koalition auch Kompromisse eingehen müssen. Ich bin aber der Meinung, dass die SPD als Partei nicht immer zu 1000 Prozent das tragen muss, was die Fraktion macht. Und mich hat es geärgert, dass ich das Gefühl hatte – nicht bei allen Abgeordneten, aber bei vielen –, dass Abgeordnete es als „Majestätsbeleidigung“ angesehen haben, wenn man eine andere Meinung vertreten und das kritisiert hat. Dann hieß es: Ihr macht alles schlecht, was wir machen, und seht gar nicht die positiven Punkte. - Ich frage mich: Wie soll das in den nächsten vier Jahren anders funktionieren? Da bin ich sehr skeptisch.

Deswegen werde ich dem Änderungsantrag der Jusos gegen die Große Koalition zustimmen. Ihr müsst nicht meiner Meinung sein, aber bitte nehmt euch wenigstens zu Herzen, dass die Fraktion akzeptieren sollte, dass die SPD auch mal eine andere Meinung haben kann. Es ist klar, dass man Kompromisse schließen muss, aber die SPD muss die meines Erachtens nicht immer mittragen. Danke.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Jessica Rosenthal. Ihr folgt Stephan Weil.

JESSICA ROSENTHAL, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte vorweg auf ein, zwei Dinge eingehen, die gerade gesagt worden sind.

Liebe Andrea, du bist darauf eingegangen, ob es ehrlicher ist, in die Regierung zu gehen, oder ehrlicher, in die Opposition zu gehen. Es gibt nicht den Fall, in dem das so oder so ist, aber es gibt diesen konkreten Fall, und ja, da ist es ehrlicher, in die Opposition zu gehen. Wir haben insgesamt 14 Prozent verloren.

(Beifall)

Das kann man doch nicht einfach wegdiskutieren!

Es wurde auch davon gesprochen, dass das jetzt ein Misstrauensvotum wäre und wir geschlossen sein müssten. - Ich bin vielleicht noch nicht ewig in dieser Partei, aber wenn ich diese Appelle an die Geschlossenheit höre, muss ich sagen: Leute, natürlich sind wir geschlossen! Aber wir dürfen hier doch debattieren und unterschiedliche Meinungen haben. Das müssen Medien aushalten, das können wir sehr gut aushalten, und das heißt nicht, dass wir dann nicht geschlossen sind. Ich kann es wirklich nicht mehr hören.

(Beifall)

Und der letzte Punkt, auf den ich eingehen möchte, der auch von dir, Katharina, angesprochen worden ist, ist, dass die Inhalte im Vordergrund stehen müssen.

Ja, die Inhalte müssen im Vordergrund stehen, und das tun sie auch, auch für uns Jusos, die wir die Große Koalition ablehnen. Wir tun das aus inhaltlichen und politischen Gründen. Und ich möchte, dass ihr das endlich mal akzeptiert. Es ist nicht so, dass wir das einfach nur behaupten und eine Verweigerungshaltung ausspielen.

(Beifall)

Wir sehen das in der Analyse – und ihr habt das ja übrigens auch so analysiert – immer noch so.

(Beifall)

Jetzt komme ich zu dem, was ich eigentlich sagen wollte, und zwar wollte ich euch fragen, was eigentlich die Währung ist, in der Politik gemessen wird. Ich glaube, das haben wir schon sehr oft gehört. Natürlich ist es vor allem eins: die Glaubwürdigkeit. Aber was haben wir nach dem einstimmigen Parteitagsbeschluss erlebt? Völlig fassungslos mussten wir beobachten, wie dieser einstimmige Beschluss von Genossen aus dem gleichen Parteivorstand zum Wanken gebracht worden ist. Ich will ganz klar sagen: Das war peinlich.

(Beifall)

Für mich ist der Eindruck entstanden, als wäre es für einige so: Erst ich und dann die Partei. - Und das geht einfach nicht. Denn nur die Geschlossenheit – und hier kommt sie wirklich zum Tragen – macht uns stark. Und ich appelliere an alle, das zu unterlassen, endlich die Partei an die erste Stelle zu stellen und nicht plötzlich wie ein vielstimmiger Chor, der nicht mehr singen kann, in der Presselandschaft zu stehen. Das ist uns gegenüber unfair, und das ist allen gegenüber unfair. Also achtet da bitte ein bisschen drauf!

(Beifall)

Die Währung, in der Politik gemessen wird, ist Glaubwürdigkeit, und die müssen wir zurückgewinnen; auch das haben wir oft gehört. Nur dann können wir auch wieder Wahlerfolge erringen. Wir haben hier oft gehört, dass die Partei eine stolze Partei ist - 150 Jahre alt. Und weil wir diese stolze Partei sind, darf uns nicht Angst umtreiben. Und von dieser Angst habe ich im Ortsverein und in anderen Strukturen so viel gehört. Lasst uns aufhören, uns von Angst regieren zu lassen! Wir haben eine politische Analyse vorgenommen. Diese politische Analyse war richtig, und zu dieser politischen Analyse müssen wir weiterhin stehen. Wir dürfen keine Angst haben. Lasst uns aufhören, Angst zu haben! Wir treffen hier selbstbewusst einen Beschluss, den wir schon mehrfach bestätigt haben und den wir jetzt wieder bestätigen sollten, nämlich weiter gegen eine Große Koalition zu sein. Es kann nicht heißen: Sturmerprobt seit 1863, und dann Fähnchen im Wind seit 2017. Lasst uns das nicht Wahrheit werden lassen!

(Beifall)

Bitte stimmt dem Juso-Antrag zu! Danke schön.

(Lebhafter Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Das Wort hat jetzt Stephan Weil. Ihm folgt Delara Burkhardt.

STEPHAN WEIL, NIEDERSACHSEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, um mal mit etwas rundherum Positivem anzufangen: Ich finde, auf die Diskussion, die wir hier führen, kann die SPD richtig stolz sein.

(Beifall)

Wenn wir uns mal anschauen, wie unsere versammelte Konkurrenz mit dem Dilemma umgeht, im dem wir alle stecken, dann können wir feststellen, dass wir diejenige Partei sind, die mit Abstand am demokratischsten, am glaubwürdigsten, am transparentesten damit umgeht. Das ist wirklich etwas, worauf wir miteinander stolz sein können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und weil es ja nicht einfach ist, weil wir wissen, wie wir am 24. September abgeschnitten haben, aber auch, weil wir sehen, ohne die SPD – in welcher Weise auch immer – wird es keine neue Bundesregierung geben, ist es auch völlig normal, dass wir unterschiedlicher Auffassung sind. Ich finde, das ist gar nicht das Problem. Ich bin beispielsweise nicht der Auffassung meiner Vorrednerin; das wird euch nicht ernsthaft überraschen. Aber ich kann doch verstehen, wie sie dazu kommt.

Interessant ist etwas anderes: Auf welcher Grundlage, nach welchem Maßstab lösen wir denn eine solche Meinungsverschiedenheit irgendwann mal auf? Und was kann es denn anderes geben als unsere eigenen Vorstellungen, als unsere eigenen Programme, aber auch das, was unsere Wählerinnen und Wähler von uns erwartet haben, liebe Genossinnen und Genossen, als sie uns bei den Bundestagswahlen ihre Stimmen gegeben haben?

Für mich ist meine Partei, zu der ich wirklich stehe und an der ich hänge, kein Selbstzweck. Die SPD ist unverändert Gegenstand der Hoffnung von Millionen von Menschen in diesem Land. Etwa 10 Millionen Leute haben uns gewählt bei den Bundestagswahlen, und deren Lage zu verbessern, das ist, finde ich, die eigentliche Aufgabe der SPD. Und davor darf man nicht kneifen, liebe Freundinnen, liebe Freunde.

(Beifall)

Eine Partei ist kein Selbstzweck. Und wenn es gelingen würde, beispielsweise die unübersehbaren Notstände in unserem Gesundheitswesen und unserem Pflegewesen wirklich zu verbessern, wenn es gelingen würde, Millionen von Menschen, die mit sachgrundlosen Befristungen in ihren Arbeitsverträgen leben, in eine sichere Situation zu kriegen, wenn es vor allem gelänge, Europa zu stabilisieren, dann können wir doch nicht einfach sagen: Nee, das machen wir nicht. - Nein, dann würden wir es uns tatsächlich zu einfach machen.

Und es kommt noch etwas anderes hinzu: Ich habe gesagt, eine Partei ist kein Selbstzweck. Und der SPD kann es nicht egal sein, ob und wie und wann und mit wem eine Regierung einmal zustande kommen wird, liebe Freundinnen und Freunde. Der Satz, den Martin Schulz zitiert hat, „Erst das Land und dann die Partei“, der stammt nicht von Christian Lindner - weiß Gott nicht. Dieser Satz stammt von Willy Brandt, 1992 in einem seiner letzten Interviews gesprochen. Und dahintersteht, wie ich finde, ein Grundverständnis der deutschen Sozialdemokratie: Wir gehören zu den tragenden Säulen dieser politischen Ordnung, und es ist auch unsere Mitverantwortung, dass unsere Verfassungsorgane handlungsfähig sind und das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürgern haben können. Es kann uns nicht egal sein, was jetzt geschehen wird, liebe Freundinnen und Freunde. Dafür möchte ich wirklich eindringlich werben.

(Beifall)

Um rauszukriegen, was geht und was nicht, kann man nur reden. Einen anderen Weg gibt es nicht. Ich beglückwünsche all diejenigen, die hier so sicher sind. Ich bin es nicht. Ich weiß nicht, was rauskommen kann. Aber ich weiß, dass wir einen Fehler machen, wenn wir uns darauf nicht einlassen.

Lasst mich eine letzte Bemerkung machen. Hier haben manche sehr skeptische Aussichten für die SPD in den nächsten Jahren oder sogar Generationen geäußert. Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme aus einem Land, da haben wir in diesem Jahr wirklich unterschiedliche Erfahrungen gemacht.

Ich sage euch, eine Partei, die geschlossen und entschlossen ist, die um Verantwortung kämpft, aber auch bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, die mutig und zuversichtlich ist, eine solche SPD muss sich vor nichts und niemandem fürchten in diesem Land. Liebe Genossinnen und Genossen, schlagt die Trommel und fürchtet euch nicht. Das ist meine Bitte an diesen Parteitag.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Stephan. Das Wort hat jetzt Delara Burkhardt. Ihr folgt Norbert Römer.

DELARA BURKHARDT, SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Liebe Genossinnen und Genossen, als ich gestern von der Arbeit losgefahren bin, um hier nach Berlin zum Bundesparteitag zu kommen, hat meine Kollegin mir zugerufen: Viel Spaß und sorg mal dafür, dass es euch nächste Woche noch gibt.

(Beifall)

Ich gebe zu, das ist ein bisschen dramatisch. Aber es hat auch einen wahren Kern. Es eignet sich so oder so als Eisbrecher dafür, was die Jusos jetzt schon öfter hier als Anliegen an diesen Parteitag formuliert haben.

Auch diese Liste haben wir oft gehört. Die SPÖ in Österreich, die PvdA in den Niederlanden, die PS in Frankreich, PASOK in Griechenland, die Liste von sozialdemokratischen Parteien, die an Zustimmung verloren haben, wird immer länger. Die PASOK - ich weiß nicht, ob ihr es wisst - hat sogar einen eigenen Begriff dafür bekommen: Die Pasokifizierung, was meint, dass eine Partei komplett aus der politischen Landschaft verschwindet.

Liebe Genossinnen und Genossen, in meinem jungen sozialdemokratischen Leben, was ich bisher hatte, will ich nicht noch mehr sozialdemokratische Parteien in Europa sterben sehen.

(Beifall)

Vor allen Dingen, wenn ich mir angucke, was da in Europa noch so passiert. Die Schwäche der Sozialdemokratie geht Hand in Hand mit einem Rechtsruck in ganz Europa. Rechtspopulistinnen und -populisten gewinnen an Stärke und beziehen dabei auch aus unserer Klientel. Man kann sich dann ärgern und sagen, wie schlimm das ist. Man kann dann auch sagen, wir müssen ergebnisoffen sprechen. Aber das beinhaltet ein „Weiter so!“, und das können wir in dieser Situation nicht haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die europäische Sozialdemokratie ist nämlich schon ein bisschen länger gefesselt von Großen Koalitionen, von staatspolitischer Verantwortung. Sie hat auf Krisen nur reagiert und es verpasst, eine politische Alternative zu entwickeln, auch geblendet von dem eigenen letzten gemeinsamen Projekt der europäischen Sozialdemokratie, dem dritten Weg. Eine sozialdemokratische Kapitulation vor dem Neoliberalismus. Prekarisierung von Arbeitswelten, Austeritätspolitik, mal hier und da ein bisschen in seinen Auswirkungen für die Konservativen hübsch verpackt, aber all das mit Stimmen der Sozialdemokratie in Europa.

Da werden auch heute Konservative wie Macron von den Sozis gefeiert, weil die sagen, Europa ist ihnen ganz wichtig. Aber im nächsten Satz beschneidet er Arbeitnehmerrechte und baut den Sozialstaat ab. Wenn wir solche Leute feiern, liebe Genossinnen und Genossen, dann kann ich verstehen, warum der eine oder andere denkt, man braucht keine Sozialdemokratie mehr.

(Beifall)

Doch sie wird verdammt noch mal gebraucht, wenn Reichtum immer ungleicher verteilt ist, wenn junge Menschen, egal, wie gut sie ausgebildet sind, keine Perspektiven in ihren Ländern haben, weil sie die Angst vor Arbeitslosigkeit lähmt. In diesen Lücken, die die gelähmte Sozialdemokratie hinterlassen hat, konnten sich die Rechten einnisten.

Ich möchte, liebe Genossinnen und Genossen, denen im Bundestag, in Europa nicht die Oppositionsführerschaft überlassen, und ich möchte Ihnen nicht die Deutungshoheit darüber überlassen, was eine Alternative zum Status quo ist. Nicht nur meine Generation ist satt von vier Jahren Konsensbrei und halbgaren Kompromissen, sondern unsere Wählerinnen und Wähler sind es auch.

Lasst uns als Oppositionskraft mit einer neuen Vision für ein modernes solidarisches Europa arbeiten und mit der Erneuerung der SPD ein starkes Zeichen setzen von diesem Parteitag. Das ist eine Verantwortung, die wir nämlich haben für meine Generation, für unsere Generation, für zukünftige Generationen.

Danke, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Das Wort hat Norbert Römer. Ihm folgt Manuela Schwesig.

NORBERT RÖMER, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Genossinnen und Genossen, Glück auf und guten Tag! Ich wende mich zunächst an Jessica. Jessica, ich finde es gut, dass und wie wir hier diskutieren. Und ich finde es gut, dass wir auch streiten, hart in der Sache. Wir haben das viel zu oft zu wenig getan. Deshalb ist es richtig, dass wir selbstverständlich uns auch gegenseitig vergewissern: Wie können wir unsere Argumente für und wider, Gespräche, die wir führen wollen, auch abwägen? Das gehört in einer offenen Diskussion dazu.

Ja, ich weiß auch, dass es in unserer Partei eine riesengroße Abneigung gegenüber einer neuen Großen Koalition gibt. Die wird nicht nur, aber vor allem auch gespeist von Misstrauen gegenüber der Union, gegenüber Frau Merkel, denn - wir wissen das, bis in die letzten Tage hinein - die sind vertragsbrüchig. Auf die ist kein Verlass. Die tricksen. Die täuschen. Aber deshalb, Genossinnen und Genossen, haben wir doch keine Angst vor denen, auch keine Angst, Gespräche zu führen; denn das wird uns doch in die Lage versetzen, dann auch tatsächlich die politische Auseinandersetzung zugespitzt mit denen zu führen.

Hier ist von dem einen oder anderen beklagt worden, dass es im Wahlkampf eben nicht zu dieser inhaltlichen politischen Auseinandersetzung gekommen ist. Das können wir jetzt machen.

Deshalb haben wir doch auch in den Leitantrag hineingeschrieben, welche inhaltlichen Kernpunkte für uns ganz wichtig sind. Und dann mal sehen, ob Frau Merkel und die Union den Mut haben, mit uns auch dafür zu sorgen, die Zweiklassenmedizin abzuschaffen. Mal sehen, ob die mit uns den Mut haben, in der Arbeitswelt, auf dem Arbeitsmarkt für mehr Gerechtigkeit und für eine bessere Ordnung zu sorgen. Mal sehen, ob die den Mut haben, auch in der Öffentlichkeit diese Unterschiede dann deutlich zu machen.

Genossinnen und Genossen, klar, wir wollen ergebnisoffen in solche Gespräche hineingehen. Aber wir sind doch nicht ziellos. Deshalb haben wir doch auch klargemacht - da bin ich etwas anderer Meinung als Gesine -, dass es durchaus für uns einen Weg zwischen Großer Koalition und Neuwahlen gibt, vielleicht auch mehrere Wege. Die müssen wir doch ausloten. Selbstverständlich können wir über Ergebnisse von Gesprächen erst dann berichten, darüber sprechen, diskutieren und sie bewerten, wenn diese Gespräche geführt worden sind.

Herr Groschek hat völlig recht: Wenn es uns nicht gelingt, ein Grundmaß an Vertrauen auch denjenigen, die wir gewählt haben und auch wählen, in Verantwortung wählen, entgegenzubringen, dann brauchen wir uns auch nicht mehr gegenseitig zu versichern, wir seien eine solidarische Partei.

Selbstverständlich braucht es Grundvertrauen. Ich habe den Martin Schulz beim letzten Mal gewählt.

Alle haben wir ihn gewählt. Ich werde ihn auch gleich wiederwählen. Der Martin hat auch das Vertrauen von mir, dass er diese Gespräche mit Andrea und dann mit anderen führt. Ich habe auch Vertrauen, dass wir anschließend darüber reden werden und reden können, was denn diese Gespräche zustande gebracht haben oder auch nicht.

Ich habe ein ganz großes Vertrauen auch in unsere Partei. Ja, ich habe Vertrauen, dass unsere Mitglieder dann, wenn wir sie fragen werden - und das werden wir doch tun -, auch entscheiden können und entscheiden, ob die Ergebnisse, die wir ihnen vorlegen, zustimmungsfähig sind oder auch nicht.

Ich habe bei mir auf dem Schreibtisch zwei Stapel liegen, Mails, Anrufe, die ich notiert habe, Briefe. Auf dem einen Stapel steht drauf: „Wir treten aus der SPD aus, wenn wir wieder in die Große Koalition gehen.“ Auf dem anderen Stapel steht drauf: „Wir treten aus, wenn ihr euch verweigert, Verantwortung in einer Regierung zu übernehmen.“ Genossinnen und Genossen, wir sollten es uns nicht so leicht machen. Das werden harte, das werden ernsthafte, wahrscheinlich auch schweißtreibende Gespräche. Aber führen sollten wir sie. Den Mut sollten wir aufbringen. Glück auf!

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Norbert. Das Wort hat jetzt Manuela Schwesig. Ihr folgt Matthias Miersch.

MANUELA SCHWESIG, STELLVERTRETENDE PARTEIVORSITZENDE:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich finde, es ist eine sehr gute und starke Debatte, die mit ihren vielfältigen Argumenten für den einen oder auch den anderen Weg auch das verdeutlicht, was wir doch alle in den letzten Wochen erleben, nämlich, wie verschieden die Meinungen nicht nur in der deutschen Sozialdemokratie, sondern auch bei den Bürgerinnen und Bürgern sind.

Als ich vor ein paar Tagen mit meinen Kindern über den Weihnachtsmarkt gegangen bin, kamen Leute auf mich zu, die gesagt haben: Bitte nicht GroKo, Frau Schwesig. Dann wählen wir Sie nicht mehr.

(Vereinzelt Beifall)

- Wartet, liebe Jusos. - Andere kamen auf mich zu und haben gesagt - zum Beispiel beim Ehrenamts-empfang -: Frau Schwesig, das muss die SPD jetzt machen, damit es endlich in diesem Land weitergeht.

Und es gibt auch die dritte Variante, die kommen und sagen: Wir könnten uns zum Beispiel auch einen Weg der Minderheitsregierung vorstellen.

Es gibt eben diese vielfältigen Vorstellungen, und deshalb ist es gut, dass sie sich auch hier in der Debatte widerspiegeln. Und deshalb ist es auch gut, dass sie sich in dem Antrag gleichberechtigt widerspiegeln.

Ich will noch einmal sagen und daran erinnern, dass wir am 24. September ein sehr schlechtes Wahlergebnis eingefahren haben - das schlechteste -, dass wir mit Blick auf die letzten 20 Jahre 20 Prozent an Zustimmung verloren haben - 1998 waren es noch 40 Prozent, jetzt sind es nur noch 20 Prozent - und dass wir zum Beispiel bei dem Wert „Soziale Gerechtigkeit“ vor 20 Jahren noch bei 60 Prozent lagen und heute bei 40 Prozent liegen.

Was für mich das ist, was mich am meisten umtreibt, ist, dass wir, nachdem wir vor vier Jahren den guten Weg der starken Verhandlungen und eines starken Mitgliedervotums gegangen sind, mit einer wirklich guten, starken sozialdemokratischen Ministerriege viel durchgesetzt haben - gegen Widerstände, die teilweise gar nicht vorstellbar sind. Es ist sehr bitter, dass wir trotz dieses guten Weges und dieser guten Ergebnisse 2017 zu diesem Ergebnis gekommen sind.

Was mich am meisten umtreibt, ist, dass in diesem Jahr eine 90 Mann - die Betonung liegt auf „Mann“ mit Doppel-N – starke AfD in den Deutschen Bundestag eingezogen ist. Mich treibt es um, weil ich mich frage: Was hinterlassen wir in den nächsten Jahren für eine politische Spaltung in unserem Land für die Generationen, die nach uns kommen, während andere Generationen vor mir dafür gesorgt haben, dass wir nach Spaltungen des Landes, nach dem Nationalsozialismus und auch nach der deutschen Spaltung, endlich wieder zusammen waren? Deswegen treibt mich dieses Ergebnis um, und deshalb halte ich es nach wie vor für richtig, dass wir gesagt haben: Nach so einem Wahlergebnis, wenn 14 Prozent die Volksparteien abgestraft haben und wenn wir eine AfD im Deutschen Bundestag haben, die so eine Stärke hat, kann man nicht einfach so weitermachen, auch wenn man es sich selber anders gewünscht hätte

(Beifall)

Deshalb ist es richtig, dass wir gesagt haben: Wir übernehmen Verantwortung in der Opposition und versuchen, die Antwort auf eine entsprechende Schwampel zu sein und gute Politik zu machen. Es ist auch richtig, dass wir gesagt haben - und der Prozess darf nicht beendet werden -, dass wir uns auch erneuern.

Jetzt ist aber die Situation eingetreten, dass auch in unserer Partei nach dem Scheitern der schwarzen Ampel viele sagen, dass wir nicht einfach automatisch in Neuwahlen gehen wollen oder können. Die meisten sagen: Keine GroKo und keine Neuwahlen! Wenn das viele sagen, dann müssen wir ernsthaft auch andere Möglichkeiten ausloten. Und deshalb bin ich dankbar, dass Leute wie Malu Dreyer auch einmal dritte Möglichkeiten ins Spiel bringen. Es muss doch in dieser Bundesrepublik mal möglich sein, auch neu zu denken, unabhängig davon, ob man das immer alles teilt.

(Beifall)

Wenn ich sage: „Für mich kann es kein „Weiter so!“ geben“, dann meine ich nicht nur die Inhalte, sondern auch den Politikstil dieses Landes. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land vermissen politische Führung; denn Frau Merkel fährt seit Jahren nur auf Sicht. Den Atomausstieg gibt es nur, wenn mal etwas passiert - oder auch nicht. Auch beim Mindestlohn ging es hin und her. Da waren wir es, die es durchgesetzt haben. Und so ging es mit vielen Themen.

Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich: Wo steuert eigentlich unser Land hin? Wie gelingt es uns, die Widersprüche zwischen Arm und Reich, die Widersprüche zwischen Stadt und Land, die Widersprüche in der Bildung, die Widersprüche in der Pflege zusammenzuführen? Sie fragen sich auch: Wie gelingt es uns, ein soziales, sicheres und starkes Deutschland zu sein und damit für ein friedliches, soziales und sicheres Europa zu sorgen?

Diese Führung hat Frau Merkel in den letzten Jahren nicht gezeigt. Wir müssen uns überlegen: In welcher Konstellation können wir es erreichen, nicht nur die Inhalte, sondern auch einen neuen Politikstil in diesem Land zu wagen, damit sich die Bürgerinnen und Bürger mitgenommen fühlen und nicht den Rechtspopulisten ihre Stimme geben, weil sie eigentlich uns die Denkkzettel verpassen wollen?

Deshalb kann es auch für mich nicht ein „Weiter so!“ geben. Ich bin aber froh, dass wir jetzt endlich wieder über Inhalte reden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen nicht mehr hören, wer mit wem wann nicht kann, sondern sie wollen wissen, um was es eigentlich geht, und das ist unsere Chance. Wir haben nämlich gute Inhalte, und deshalb werbe ich dafür, dass wir in den nächsten Wochen Gespräche führen und uns mal anschauen, wo die anderen eigentlich stehen und ob wir überhaupt zusammenkommen - egal in welcher Konstellation. Und danach sollte man sich anschauen, in welcher Konstellation es geht.

Ich kann für mich als Mitglied der Parteiführung zusagen: Ich werde es sehr ergebnisoffen lassen. Und ich werbe dafür, dass es wirklich auch ergebnisoffen ist und dass es keinen Automatismus gibt - auch keinen Automatismus in eine Große Koalition. Ein „Weiter so!“ können wir uns nämlich nicht leisten - und im Übrigen nicht nur allein wegen der SPD nicht.

Bei allem Respekt vor Willy Brandt halte ich von dem Satz „Erst das Land, dann die Partei“ deshalb nichts, weil er in meinen Augen nicht stimmt. Es gibt für mich keinen Widerspruch zwischen Land und SPD. Die SPD ist ein Teil dieses Landes. Wenn wir gute Politik machen, dann muss es auch gut für das Land sein, und wenn wir gute Entscheidungen für das Land treffen, dann muss es auch gut für die Sozialdemokratie sein. Diesen Widerspruch müssen wir mal gemeinsam miteinander auflösen; denn wir sollten nicht so tun, als ob wir neben dem Land und den Menschen stehen. Wir sind mittendrin, und wir müssen ihre Probleme lösen und ihre Erwartungen erfüllen. - Vielen Dank.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Danke, Manuela. - Jetzt hat das Wort: Matthias Miersch. Ihm folgt Barbara König.

MATTHIAS MIERSCH, PARTEIVORSTAND:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, wir können alle stolz darauf sein, wie wir hier miteinander diskutieren und um den besten Weg ringen. Dass, was wir hier feststellen können, ist doch, dass wir eine Menge guter Ideen haben - auch, wie zukünftig Regieren funktionieren kann.

Das, was wir augenblicklich erleben, ist doch, dass wir eigentlich die Einzigen sind, die sich die Mühe machen, zu überlegen, wie es in Deutschland eigentlich weitergeht, nachdem dieses Paradies auf Erden - so klang es ja viele Monate - wirklich krachend gescheitert ist.

Ich finde schon, dass wir hier ganz besonders auch mal ein Augenmerk darauf legen sollten, dass es diese Situation, wie wir sie augenblicklich in Deutschland haben, so noch nie in der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat. Deswegen finde ich es gut und werbe dafür - auch weil wir uns in der parlamentarischen Linken der Bundestagsfraktion ganz bewusst mit Alternativen zwischen Neuwahlen und Großer Koalition auseinandergesetzt haben -, dass wir nicht einfach nur A oder B, Schwarz oder Weiß, sagen, sondern dass wir uns auch mal überlegen: Was gibt es eigentlich dazwischen? Und deswegen bin ich dankbar, dass der Landesverband Nordrhein-Westfalen auch das noch einmal in dem Initiativantrag ein bisschen schärfer gestellt hat. Nach meiner Auffassung ist Minderheitsregierung nämlich nicht gleich Minderheitsregierung. Nach meiner Auffassung gibt es neben einer Minderheitsregierung auch ganz viele Kooperationsmöglichkeiten.

Ja, sie haben alle ihre Vor- und Nachteile. Aber auch Neuwahlen und eine Große Koalition haben Vor- und Nachteile. Und deswegen, liebe Genossinnen und Genossen: Lasst uns doch aus dieser Situation, wie wir hier heute diskutieren, eine Situation der Stärke machen. Das kann nicht gelingen, wenn wir heute schon sagen: „Die einen haben recht, die anderen haben unrecht“, sondern aus meiner Sicht kann das nur gelingen, wenn wir das zur Grundlage nehmen, was Martin heute dankenswerterweise in seiner Rede skizziert hat. Das waren doch die großen Themenfelder, um die es jetzt gehen muss.

Dann fragen wir doch einmal die anderen Parteien und Frau Merkel, wie sie zu einem solidarischen Europa und konkreten Maßnahmen stehen. Dann fragen wir doch einmal die anderen und Frau Merkel, was sie von ambitionierter Klimaschutzpolitik halten.

Dann fragen wir doch einmal die anderen, wie sie die Gleichberechtigung, Sicherheit auf dem Arbeitsmarkt etc. durchsetzen wollen! Dann, liebe Genossinnen und Genossen, sind die anderen dran zu sagen, uns zu sagen, wozu sie angesichts der Situation in der Bundesrepublik Deutschland bereit sind.

Dann kann herauskommen, dass da nichts, aber auch gar nichts ist. Dann können wir auch daraus Schlussfolgerungen ziehen. Es kann aber auch sein, dass man sagt: Okay, es gibt zwei, drei, vier, fünf Projekte, für die es sich lohnt, gemeinsam Verantwortung, in welcher Form auch immer, zu übernehmen! - Es kann sogar sein, dass wir Konstellationen finden, bei denen man sich fester bindet. Ich finde aber, wir sollten in der Situation nicht abstrakt sagen: Wir gehen diesen Weg oder den Weg nicht!

Deswegen zu dem Satz, der eben von einer Vertreterin der Jusos gefallen ist, „ergebnisoffen“ würde ein „Weiter so!“ bedeuten: Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, das wird dieser Diskussion nicht gerecht.

(Beifall)

Das wird auch Martin und Andrea nicht gerecht. Denn sie haben, finde ich, hier sehr glaubwürdig deutlich gemacht, wie sie zu diesem Prozess stehen. Ich bin mir sehr sicher: Ein „Weiter so!“ kann es angesichts dieser Debattenlage, angesichts der Situation, die wir alle hier spüren, nicht geben. Deswegen ein bisschen mehr Vertrauen in unsere Stärke! Lasst uns in die Gespräche gehen! Lasst uns vor allen Dingen auch die Alternative eines vierten Weges, wie ich ihn bezeichne, neben der Minderheitsregierung beleuchten! Dann lasst uns um Inhalte ringen! Am Ende treffen wir uns und überlegen, was tatsächlich der beste Weg für die SPD und für die Bundesrepublik Deutschland ist. Das könnte eine Position der Stärke aus diesem Parteitag sein. Das wünsche ich mir. Deswegen der Initiativantrag Nordrhein-Westfalen mit dem Leitantrag zusammen! Ich glaube, daraus kommen wir dann wieder in die Vorderrolle. - Vielen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Matthias. - Jetzt hat Barbara König das Wort.

BARBARA KÖNIG, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will nicht über die GroKo reden, ich will nicht über Neuwahlen reden, und ich will auch nicht über Minderheitsregierungen reden, obwohl ich gestehe, dass eine Minderheitsregierung bzw. andere Tolerierungsmodelle meine größte Sympathie hat.

Ich will über die Erneuerung unserer Partei reden. Denn Andrea hat recht: Die Erneuerung muss kommen, egal was wir entscheiden, egal was wird. Die Erneuerung muss kommen!

Und ja, die SPD muss weiblicher werden! Aber, liebe Genossinnen und Genossen, vor allem müssen unsere Wähler wieder weiblicher werden! Denn 1998 – ihr erinnert euch; das war ein großer Erfolg für uns – haben 41 Prozent der Frauen die SPD gewählt. 41 Prozent! 2017 waren es noch 21 Prozent. Was ist passiert? Warum wählen uns die Frauen nicht mehr? - Klar, es geht um Köpfe. Aber es geht auch um Inhalte, um Themen und Ziele. Ich glaube, da haben wir Erneuerungsbedarf.

Ich will für das Thema Pflege und Pflegepolitik und auch für den Antrag G17 aus Berlin werben, der morgen dran ist. Das Thema Pflege ist ein soziales Thema. - Der Geräuschpegel geht hoch. - Es geht um Care-Arbeit. Care-Arbeit ist immer auch weibliche Arbeit, sowohl bei der professionellen Pflege als auch bei der informellen Pflege. Wir haben dazu in Berlin einen Zwölf-Punkte-Plan auf den Weg gebracht. Ich werbe dafür. Wir haben auch heute im IA3 einen Passus zum Thema Pflege. Das alles unterstütze ich sehr.

Die Pflege soll mehr Qualität, mehr Personal bekommen. Es soll auch eine bessere Bezahlung für Pflegekräfte geben. Jawohl. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, wer soll das denn bezahlen? - Wir haben in der Pflege eine Teilkaskoversicherung. Das heißt, alles, was wir mehr geben – Bezahlung, Qualität, Personalschlüssel – , zahlen akut die Pflegebedürftigen selber, ihre Angehörigen oder der Staat als Sozialhilfeträger. Das ist so. Wir in Berlin haben hohe Anteile der Hilfe zur Pflege, weil die Kassen gedeckelt sind. Es gibt Festbeträge. Die Kosten, die darüber hinaus entstehen, wenn ein Heim qualitätsvoller arbeitet, tragen die Angehörigen selber.

Auf mich kam eine Frau vom Seniorenbeirat Berlin zu, die sagte: „Frau König, das ist super, dass Sie in Berlin jetzt bessere Personalschlüssel machen und dass es mehr Geld für die Fachkräfte geben soll!“

Aber das müssen dann doch wir Seniorinnen und Senioren mit den Eigenbeträgen bezahlen!“ - „Ja“, sage ich, „das ist so! Was könnten Alternativen sein?“

Ich glaube, es ist Zeit, über eine Vollversicherung in der Pflege analog zur Krankenversicherung nachzudenken. Eine Teilkasko wird uns vor dem demografischen Wandel und vor den Ansprüchen, die wir haben, nicht mehr allein bewahren. Wir müssen darüber reden. Ich frage euch: Wann, wenn nicht jetzt? Wann, wenn nicht jetzt, neue, visionäre und mutige Themen angehen? Das wird nicht von heute auf morgen kommen, schon gar nicht mit der CDU/CSU. Das alles ist mir klar. Aber ich glaube, wenn wir über die Erneuerung und auch über die weibliche Erneuerung unserer Partei reden, dann müssen wir sehr ernsthaft über das Thema Pflege und darüber reden: Wer soll das bezahlen? Was ist die Zukunft? - Danke, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Barbara. - Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch gerne einen Zwischenbericht über den weiteren Verlauf des Nachmittags geben. Wir haben insgesamt 91 Wortmeldungen, von denen wir jetzt 26 geschafft haben. Es bleiben 65 Wortmeldungen. Wir haben bisher eine Redezeit von fünf Minuten, die durchaus dankbar angenommen wird. Wenn wir das so lassen, dann werden wir bei 65 Rednerinnen und Rednern noch fünfeinhalb Stunden brauchen, um die Debatte zu Ende zu führen. Dann haben wir noch nicht über den Antrag abgestimmt und noch keinen Parteivorstand gewählt. Ein paar Stellvertreter brauchen wir auch noch. Deshalb schlage ich vor, dass wir die Redezeit von fünf auf drei Minuten reduzieren, damit alle noch sprechen können und wir neben der Verabschiedung des Antrags heute auch noch in die Vorstandswahlen eintreten können.

Gibt es eine Gegenrede zu diesem Vorschlag? - Dann lasse ich darüber abstimmen. Seid ihr damit einverstanden, dass wir die Redezeit ab jetzt auf drei Minuten begrenzen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist die Mehrheit.

Würdet ihr es als Unverschämtheit empfinden, wenn wir die Liste der Rednerinnen und Redner jetzt schließen würden? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann verfahren wir so.

Im Übrigen: Falls die Argumente, die man vortragen will, schon von anderen vorgetragen worden sind, besteht durchaus die Möglichkeit, daraus Konsequenzen zu ziehen.

(Beifall)

Ansonsten, liebe Genossinnen und Genossen, würde ich gerne Reiner Hoffmann, den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, begrüßen, der zu uns gestoßen ist. Lieber Reiner, herzlich willkommen auf dem SPD-Bundesparteitag!

(Beifall)

Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes auch ein Grußwort auf unserem Parteitag hält. Das möchten wir jetzt in die Debatte einbauen. Lieber Reiner, damit hast du das Wort.

(Beifall)

GRUßWORT REINER HOFFMANN, VORSITZENDER DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

REINER HOFFMANN, VORSITZENDER DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES:

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für euren Bundesparteitag habt ihr euch, wie ich finde, eine ziemlich tolle Location ausgesucht. Wir waren hier im Mai 2014. Da wurde gera-

de die „schönste Garage Berlins“ eröffnet. Wir haben hier unseren DGB-Bundeskongress durchgeführt. Ihr wisst, ich komme immer gerne zu euren Bundesparteitagen, und danke euch wieder ganz herzlich für die Einladung. Lasst mich deutlich sagen: Die SPD und die Gewerkschaften konnten in den vergangenen Jahren, wie ich finde, wieder ein solides Vertrauen zueinander aufbauen. Und lasst mich auch ganz klar sagen: Die SPD hat in der zurückliegenden GroKo einen verdammt guten Job gemacht!

(Beifall)

Ihr habt eine Menge dazu beigetragen, dass es gute Arbeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land gibt. Der Mindestlohn wirkt. 3,6 Millionen Menschen hatten dadurch einen Anspruch auf Lohnerhöhung. Von dem Mindestlohn profitierten vor allem Frauen. Beispielsweise im ostdeutschen Gastgewerbe konnten sich weibliche Beschäftigte über zum Teil zweistellige Lohnerhöhungen freuen. Zur positiven Bilanz der SPD gehörten natürlich auch die Rente mit 63, die Verbesserung bei der Leiharbeit, das Elterngeld plus und viele andere Dinge mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD wollte in der GroKo natürlich noch mehr durchsetzen, zum Beispiel Reformen bei der Mitbestimmung, eine wirksame Mietpreisbremse und natürlich das Recht auf Rückkehr von der Teilzeit auf Vollzeit.

Andrea, ich erinnere mich noch gut: Wir waren gerade auf der Zielgeraden. Das Gesetzesvorhaben zur befristeten Teilzeit wurde auf der Zielgeraden durchlöchert. Es sollte nur noch für Betriebe gelten mit mehr als 200 Beschäftigten. Da war es richtig, dass die SPD dann gesagt hat, wir wollen kein Gesetz, mit dem Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, größtenteils Frauen, das Rückkehrrecht verweigert wird.

Deshalb lasst mich Ross und Reiter benennen. Die Union hat das verhindert, getrieben von den Arbeitgebern.

(Beifall)

So war das, Genossinnen und Genossen. Das muss doch aber, bitte schön, nicht so bleiben. Denn Forderungen, die ihr, die die SPD im Bundestagswahlkampf gesetzt hat, waren und sind gute Forderungen gewesen. Viele dieser Forderungen waren identisch mit unseren Forderungen an die Parteien zur Bundestagswahl.

Lasst mich nur drei Beispiele nennen: die Stärkung der Tarifbindung, den Ausbau der Mitbestimmung, mehr Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten in der analogen wie auch in der digitalen Arbeitswelt und natürlich gerechtere Steuern und ambitionierte Zukunftsinvestitionen.

Trotzdem: Das Wahlergebnis war bitter. Da gibt es nichts schönzureden. Deshalb finde ich, habt ihr zu Recht erst einmal dafür plädiert, das verlorene Vertrauen bei den Wählerinnen und Wählern in der Opposition zurückzugewinnen zu wollen, natürlich auch vor dem Hintergrund des Einzugs der Rechtsnationalen und Rechtspopulisten in den Bundestag. Die sind natürlich alles andere als eine Alternative für Deutschland. Liebe Genossinnen und Genossen, die Arbeiterbewegung, Sozialdemokraten und Gewerkschaften, haben immer zusammengestanden, wenn es um den Kampf gegen den rechten Sumpf und ihren menschenfeindlichen Parolen und ihren dumpfen Sprüchen gegen ausländische Bürgerinnen und Bürger geht.

(Beifall)

- Genau. Deshalb sage ich, wir stehen zusammen, wir sind solidarisch. Wir sind weltoffen, wir sind demokratisch und die Würde aller Menschen ist unantastbar.

(Beifall)

Wir wissen alle, euer Parteitag findet in einer schwierigen bundespolitischen Situation statt. Und die Europäische Union, unser Europa, ist in keiner guten Verfassung.

Das Verhalten der FDP und ihres Vorsitzenden Christian Linder ist schlicht und ergreifend unverantwortlich.

(Beifall)

Ich fand schon, es war ein Hammer, nach fünf Wochen Sondierung die Brocken einfach hinzuwerfen. Das ist schlicht verantwortungslos, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Es ist auch verständlich, dass die SPD nicht mit wehenden Fahnen in eine nächste Groko ziehen will. Aber ich sage auch, die Reise nach Jamaika wäre für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land und in Europa eine große Irrfahrt geworden.

(Beifall)

Lasst mich das an drei Punkten deutlich machen, was Jamaika bedeutet hätte. Der Soli sollte abgeschafft werden. Gewinner wären vor allem die Reichen und die Superreichen gewesen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit kleinen und mittleren Einkommen zahlen heute schon keinen Solidaritätsbeitrag. Und es ist auch gut und richtig so.

Das Projekt der FDP wäre nichts anderes gewesen als eine unerträgliche Reichtumspflege, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Sozialbeiträge sollten, wie von den Arbeitgebern im Übrigen vehement gefordert, bei 40 Prozent gedeckelt werden. Was wäre denn die Konsequenz gewesen? In den nächsten Jahren wären Leistungen gekürzt worden und die Zeche hätten wieder die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezahlt. Die dringend notwendige Aufwertung von Pflege- und Sozialberufen, eine menschenwürdige Kranken- und Altenpflege wäre schlicht und ergreifend dem Rotstift zum Opfer gefallen. Das wäre Jamaika gewesen, liebe Genossinnen und Genossen,

Dann schauen wir uns an, was die FDP in Sachen Europa im Angebot hat. Nichts, aber auch gar nichts, was Europa endlich aus der Krise herausführen würde, unter der Millionen Menschen seit nunmehr zehn Jahren leiden und die Zukunft der Jugend in verantwortungsloser Weise aufs Spiel setzen.

(Beifall)

Ich finde, die Liste könnte noch länger gemacht werden: Aufweichung des Mindestlohns, das Arbeitsgesetz mal eben schreddern und anderes, was die Ewiggestrigen im Schilde führten. Da sage ich: Hand aufs Herz, liebe Genossinnen und Genossen! Eigentlich müssten wir Herrn Lindner dankbar sein, dass er sich aus der Verantwortung geschlichen hat, denn eine neoliberale Politik, gepaart mit einem deutlichen Drift nach rechts braucht kein Mensch, weder bei uns im Lande noch in Europa.

(Beifall)

Die Parteien - ihr diskutiert es - sind vom Bundespräsidenten dazu aufgerufen worden, eine stabile Regierung zu bilden. Und auch hier - Hand aufs Herz! -: Ich bin heil froh, dass Frank-Walter Steinmeier Bundespräsident in unserem Land ist.

(Zuruf)

- Habe ich gesagt? - Steinmeier habe ich gesagt. Ich bin froh, dass Frank-Walter Steinmeier Bundespräsident in unserem Land ist.

Ihr habt es gesagt. Martin, du hast darauf hingewiesen, viele andere in den Debatten heute: Regieren ist natürlich kein Selbstzweck. Die Menschen, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer brauchen aber eine Regierung, die für sie verlässliche und gute Politik macht. Das ist auch das, was die Gewerkschaften brauchen, und das ist auch das, was Deutschland und Europa brauchen, Genossinnen und Genossen.

Ich sage ganz deutlich: Ich mache mir ernsthaft Sorgen um die Zukunft Europas. Ich befürchte, dass uns regelrecht die Zeit davonläuft. Emanuel Macron hat in einem fulminant proeuropäischen Wahlkampf gegen den Front National gewonnen. Nach dem Brexit der Briten, nach der Wahl von Trump, dem Erstarren nationalistischer Bewegungen überall in Europa ist das zum Glück noch einmal gut gegangen. Aber wir wissen auch, Genossinnen und Genossen, Glück ist kein politischer Wert und auch keine Handlungsleitlinie, auf die wir uns verlassen sollten.

(Beifall)

Im Gewerkschaftsrat haben wir uns, ich glaube, vor 14 Tagen mit zentralen Anforderungen sozialdemokratischer Politik befasst und ein paar Eckpunkte skizziert. Ich will auf einen hinweisen. Dort steht, Deutschland muss die mutigen Reformvorschläge des französischen Präsidenten konstruktiv aufgreifen. Statt eines Europa der Austerität wollen wir ein Europa der Investitionen und ein Europa der Solidarität, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und ihr wisst, gestern, zum Nikolaustag, hat die EU-Kommission ihre Vorschläge zur Vertiefung der Währungsunion vorgelegt. Ehrlich gesagt, die Vorschläge sind im Vergleich zum frischen Wind aus Paris geradezu etwas dürrtig ausgefallen. Aber das Zeitfenster für dringend notwendige Reformen ist extrem kurz und schließt sich in gut zwölf Monaten, im Dezember nächsten Jahres.

Im Mai 2019 wird das neue Europaparlament gewählt. Ich finde, bis dahin muss für die Menschen spürbar werden, dass Reformen auch wirkliche Verbesserungen in ihrem Alltag, Sicherheit und gute Arbeit bedeutet.

Daher brauchen wir eine stabile Regierung und eine enge, verlässliche Kooperation mit Frankreich und mit anderen Partner in Europa, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Darüber hinaus - das wissen wir auch - gibt es jede Menge andere wichtige Zukunftsthemen - auch die verdienen keinen Aufschub -, für die wir eine handlungsfähige, an der Würde der Menschen orientierte Politik in diesem Lande brauchen. Wir brauchen gute und faire Arbeit, unbefristete, sozial abgesicherte, tariflich bezahlte Arbeit, gerade auch in der digitalen Arbeitswelt. Wir brauchen einen Pakt zur gerechten Finanzierung und Umsetzung öffentlicher Zukunftsinvestitionen, Investitionen in Bildung, in den sozialen Wohnungsbau, für Wohnungen, die Menschen auch bezahlen können, und Investitionen in die digitale Infrastruktur und für moderne Verkehrswege. Wir brauchen Ressourceneffizienz, erneuerbare Energie. Das sind Antworten auf den Klimawandel. Wir wissen doch alle, wie groß der Handlungsbedarf ist, vor allem in unseren Kommunen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir brauchen eine vorausschauende, aktive Industrie-, Dienstleistungs- und Strukturpolitik, eine Politik, die die Industrie in diesem Lande sichert und sie nicht vertreibt, Genossinnen und Genossen. Und wir brauchen eine Energiepolitik, die ökologisch, sozialverträglich und ökonomisch belastbar ist. Wir brauchen ein stabiles, ausreichendes Rentenniveau auf dem heutigen Stand von 48 Prozent und

in einem weiteren Schritt auf 50 Prozent. Zudem muss es gelingen, dass es zu Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente kommt. Und wir brauchen natürlich eine Rückkehr zur paritätischen Beitragsfinanzierung in der GKV. Wir brauchen besseres, gut ausgebildetes, vernünftiges Personal in der Pflege, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das sind nur einige ganz konkrete Zukunftsherausforderungen, vor denen wir gemeinsam stehen. Dafür, Genossinnen und Genossen, brauchen wir eine mutige und eine entschlossene SPD. Natürlich seid ihr, sind wir gemeinsam in einer verdammt schwierigen Situation. Das wissen wir alle, und das verstehen wir auch alle. Aber ich sage auch ganz klar: Neuwahlen sind für Gewerkschaften Ultima Ratio. Sie sind risikoreich und garantieren in keiner Weise eine andere Machtoption in diesem Lande.

(Beifall)

Deshalb finde ich, das harte Ringen heute, morgen, übermorgen miteinander ist der richtige Weg. Im Namen aller DGB-Gewerkschaften kann ich euch sagen: Es ist richtig, in dieser schwierigen Situation in Gesprächen auszuloten, ob in welcher Form die SPD eine neue Regierung mittragen kann, damit Deutschland, Europa und die Welt sozial gerechter und solidarischer werden. Es liegt ein verdammt großes Stück harter Arbeit vor euch, und ich kann euch an dieser Stelle sagen: Die Gewerkschaften stehen an eurer Seite. Wir brauchen eine starke Sozialdemokratie. Ihr braucht starke Gewerkschaften. In diesem Sinne: Gute Beratungen und weise Beschlüsse. Glück auf!

(Beifall)

FORTSETZUNG AUSSPRACHE

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Reiner, vielen Dank für deine Mut machenden und aufbauenden Worte. Wir können sie wirklich gut gebrauchen. Vielen Dank für die Grüße aus allen Gewerkschaften.

Das Wort hat jetzt Elke Ferner. Ihr wird Florian Kubsch aus Bayern folgen.

ELKE FERNER, ASF-BUNDESVORSITZENDE:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das, was die Debatte heute im Prinzip wie ein roter Faden durchzieht, sind Wörter wie „Vertrauen“, „Automatismus“, „Angst“. Ich glaube, wir sollten uns ein bisschen ehrlich machen. Natürlich ist keine Entscheidung, die man trifft, frei von Risiko, aber ich glaube, wir brauchen keine Angst vor unseren Entscheidungen zu haben. Wir brauchen auch keine Angst davor zu haben, dass diejenigen, die für uns in Gespräche gehen, das nicht umsetzen und das nicht ansprechen, was wir einstimmig mit unserem Wahlprogramm verabschiedet haben. Ich vertraue Martin Schulz und Andrea Nahles, wenn sie mit der anderen Seite spreche. Ich finde, das muss dieser Parteitag auch zum Ausdruck bringen.

Natürlich haben wir Fehler gemacht. Nicht nur Martin alleine. Ich bin immer der Auffassung, man gewinnt zusammen, und man verliert zusammen. Es ist nicht die Schuld eines Einzigen, wenn eine Wahl nicht so ausgeht, wie man sich den Ausgang gewünscht hat. Ich glaube, der Fehler, den wir gemacht haben, ist, dass wir immer nur über die 10 Prozent gesprochen haben, die wir noch nicht erreicht haben, und zu wenig über die 90 Prozent gesprochen haben, die wir in der Regierungszeit in den letzten vier Jahren durchsetzen konnten. Das ist auch etwas, was wir vielleicht lernen müssen.

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass die SPD dazu in der Lage ist, zu regieren und sich zu erneuern. Wenn das eine das andere ausschließen würde, dann bitte ich mal zu überlegen, was wir denn in den Ländern machen, da, wo wir noch in der Regierung sind. Da regieren wir ja auch, und trotzdem gib es gute und innovative Ansätze auch in den Ländern, in den Gliederungen, die SPD zu erneuern.

Zur Erneuerung der SPD gehört natürlich das, was wir alle jetzt die letzten Wochen gesagt haben: Die SPD jünger, die SPD weiblicher machen, mehr Vielfalt zulassen. Das haben wir an der Fraktionsspitze geschafft. Wir haben jetzt einen geschäftsführenden Fraktionsvorstand mit einer Frau erstmals an der Spitze, mit Andrea Nahles, und mit einem geschäftsführenden Fraktionsvorstand, der paritätisch besetzt ist. Das werden wir bei diesem Parteitag für den Parteivorstand noch nicht schaffen, aber ich hoffe, dass das der letzte Parteitag ist, wo wir keine paritätische Besetzung in der Parteispitze haben. Das muss beim nächsten Mal anders werden, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb bin ich auch froh, dass wir jetzt dafür sorgen werden, dass mit der Erweiterung des Parteivorstands das Präsidium paritätisch besetzt wird und dass wir auch erproben wollen, wie geteilte Verantwortung, Führen gemeinsam auf der Ortsvereinsebene funktionieren kann. Das sind richtige Schritte in die richtige Richtung, aber dem müssen natürlich bei späteren Parteitagen noch weitere folgen.

Ich glaube, dass wir der Union deutlich machen müssen, dass unsere Grundsätze nicht weniger wert sind als die der FDP und der Grünen. Ich finde, die Union kann durchaus jetzt auch mal in Vorlage gehen, indem sie beispielsweise das Rückkehrrecht von Teilzeit zur Vollzeit oder auch die Solidarrente mit uns in dieser Situation, die wir im Moment im Deutschen Bundestag haben, auch beschließt; denn das sind noch Restanten aus dem letzten Koalitionsvertrag. Das hatten die versprochen, und vertrauensbildende Maßnahmen sind, glaube ich, gerade nach der Glyphosat-Geschichte von Bundesminister Schmidt mehr als notwendig.

In dem Sinne: Lasst uns heute vernünftige Beschlüsse fassen. Lasst uns auch das Vertrauen haben in diejenigen, die für uns mit der anderen Seite sprechen, und dann werden wir wieder entscheiden, ob das genug ist, ob man dann in eine Regierung gehen kann, ob man überhaupt verhandeln kann oder ob es andere Möglichkeiten gibt. Aber man darf vor keiner Variante Angst haben. Deshalb lasst uns das jetzt mutig angehen.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor Florian das Wort ergreift, möchte ich noch mal das Wort an euch richten.

Wir haben sehr, sehr viele Wortmeldungen. Wir haben uns jetzt miteinander auf eine Redezeit von 3 Minuten begrenzt. Ich hoffe, ich habe eure Zustimmung, wenn ich darauf achte, dass die 3 Minuten auch eingehalten werden, denn ich möchte, dass alle zu Wort kommen können.

(Beifall)

Ich will noch mal daran erinnern: Heiko Maas hat gesagt, wir nehmen es auch an, wenn jemand auf seine Wortmeldung verzichtet. Aber das alles zur Regie.

Jetzt hat Florian aus Bayern das Wort. Ihm folgt Leni Breymaier aus Baden-Württemberg.

FLORIAN KUBSCH, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wollte eigentlich nur zu zwei Punkten heute etwas sagen. Das sind Punkte aus der Rede von Martin Schulz. Das ist zum einen der Mut und zum anderen die Glaubwürdigkeit.

Aber ich habe mich in der Zwischenzeit massiv ärgern müssen, gerade, Andrea, auch über Teile deiner Rede. Aber auch bei Martin und auch bei Stephan Weil. Es ist stellenweise eine Rhetorik verwendet worden, die für mich nichts Gutes ahnen lässt. Martin, du hast davon gesprochen: Davonstehlen darf es nicht geben.

Andrea, die Skepsis von manchen, die sich hier geäußert haben, hast du in eine „Angst vor dem Regieren“ verkehrt. Stephan Weil hat vom „Kneifen“ gesprochen. Genossinnen und Genossen, da sehen wir schon das Argumentationsmuster, wie wir es 2013 erlebt haben, und wie wir es jetzt, wie ich befürchte, wieder erleben werden.

(Beifall)

Diese Assoziationen deuten einfach darauf hin, dass wir wieder in die gleiche Debatte reingehen - das Ganze dann noch garniert mit Geschlossenheitsgerede. Ich weiß nicht mehr, welcher Genosse es war; das ist öfter aufgetaucht. Das bedeutet für mich nichts Gutes. Wir alle erinnern uns an das Trommelfeuer, das damals aus dem Willy-Brandt-Haus auf uns niederging. E-Mails von dir Andrea, damals noch Generalsekretärin; es kamen täglich mehrere E Mails, Rücktrittsdrohungen des Parteivorstands: Der gesamte Vorstand tritt zurück, wenn wir jetzt nicht mitmachen.

Da müsst ihr doch verstehen, dass es durchaus Menschen in unserer Partei gibt, die fragen: Soll ich denen dieses Mal wirklich trauen? Wird das dieses Mal wirklich ergebnisoffen laufen? Ich spreche mich deswegen dafür aus, dass wir die Groko ausschließen,

(Beifall)

dass wir in Gespräche gehen, wie es sich für Demokratinnen und Demokraten gehört, diese Gespräche aber zielorientiert geführt werden mit dem Ziel, eine Konstellation abseits einer Großen Koalition zu finden. Vergessen wir bitte nicht: Auch der außerparteiliche Druck der Medienwelt wird hinzukommen. Egal, welches Ergebnis am Ende dieser Verhandlungen stehen wird - wenn wir jetzt die Groko nicht ausschließen, werden wir medial unter einem dermaßen großen Druck stehen, wieder in die Groko zu gehen. Und dann werden auch die üblichen Verdächtigen innerhalb der Partei das Ihrige dazu beitragen, und dann werden wir, vollkommen egal, was bei diesen Verhandlungen rausgekommen ist, das wieder schlucken.

Jetzt kommen wir vielleicht noch – ich danke an der Stelle besonders für die Redezeitverkürzung – zum Mut. Ich glaube nicht, wenn wir wieder in die Tretmühle dieses „Weiter so“ reingeschlittert sein werden, dass wir dann wirklich die Zeit und die Kraft und den Mut haben werden, zu einer neuen sozialdemokratischen Erzählung zu kommen. Wir haben es 2007/2008/2009 verpasst. Die Menschen waren bereit, Änderungen im System bereitzuführen. Und die SPD hat was gemacht? Sie hat in der Großen Koalition die Banken gerettet. Die Sparer zu retten, war richtig. Aber die Eigentümer der Banken hätten wir nicht retten müssen. Das haben wir getan, weil wir in der Großen Koalition waren.

(Beifall)

Bei der nächsten Gelegenheit wird es wieder so sein. Und dann sind wir drin in der Mühle des „Weiter so“. Und zur Glaubwürdigkeit an der Stelle, Martin: vor der Wahl, nach der Wahl, und dann noch mal nach dem Scheitern der Jamaika-Gespräche: keine Groko. - Das wird jetzt abgeräumt. Wer soll hier noch irgendetwas glauben? Du hast im Januar angefangen mit der Agenda; du hast Kritik daran geübt, und dann bist du eingebrochen. Du hast jetzt wieder den richtigen Weg eingeschlagen und hast gesagt: Groko nein! - Und du bist wieder eingebrochen. Wer soll das jetzt der SPD noch glauben? Wer

soll uns noch irgendetwas glauben? Das ist aber die einzige Währung, die wir haben. Und wir fangen besser heute als morgen damit an, wieder ein paar Währungsreserven aufzubauen.

Danke und Glück auf!

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Das Wort hat Leni Breymaier; ihr folgt Hubertus Heil.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will euch sagen: Alle, die am Rednerpult stehen, können auf die Uhr gucken. Die fängt an zu laufen, wenn ihr das Wort ergreift. - Liebe Leni, bitte!

LENI BREYMAIER, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste, ich schließe an meinen Vorredner an und sage: Ich will keine Große Koalition.

(Beifall)

Das ist schon mal klar. Aber ich will auch nicht einfach sagen: Ich will keine Große Koalition. Ich will irgendwann mal vor Leute treten und sagen können: Die Große Koalition ist nicht zustande gekommen, weil die Inhalte nicht gestimmt haben.

(Beifall)

Eine Minderheitsregierung haben wir nicht hingekriegt, weil die Inhalte nicht gestimmt haben. Wir haben jetzt Neuwahlen, weil die Inhalte nicht gestimmt haben. Und wir werben für erstens, zweitens, drittens.

Martin hat einiges zu Europa und zur Ökologie gesagt. Das hat mich sehr gefreut.

Ich möchte aber noch einen anderen Schwerpunkt setzen. Die SPD ist natürlich für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer da; auch die Betriebsräte wollen wir unterstützen. Aber wir haben den Anschluss an ganz normale Leute verloren. Da vorne sitzt der Genosse Thierse. Irgendwo lässt der seine Haare schneiden. Irgendjemand wird die Schuhe von Gesine Schwan besohlen. Irgendjemand wird den Anzug vom Hans Eichel reinigen. Und diese Leute wollen, dass es ihnen jetzt gut geht. Die wollen aber auch, dass es ihnen gut geht, wenn sie krank oder erwerbslos oder alt sind. Diese Leute haben das Vertrauen in die SPD verloren.

Jetzt komme ich aber auch mal zu den anderen Leuten. Gerade eben hat unsere baden-württembergische Delegation die Nachricht erreicht, dass General Electric in Mannheim 700 Arbeitsplätze vernichtet. Die machen den Standort platt. Das betrifft Leute, die im Moment noch relativ ordentlich leben mit dem Tarifvertrag der Metall- und Elektroindustrie. Was werden die erleben? Die werden sich bei der Bundesagentur für Arbeit melden, maximal befristete Verträge oder Leiharbeitsverträge kriegen. Für diese Leute sind wir da. Die wollen keine Schikanen bei der Bundesagentur erleben, die wollen ordentlich arbeiten. Dafür bin ich in die Politik gegangen, um diese Dinge zu ändern. Vor diese Kolleginnen und Kollegen will ich mich irgendwann hinstellen und sagen: Wir haben gekämpft, aber es war mit der CDU oder mit der Minderheitsregierung oder mit der Duldung nicht drin. Dafür sind wir in der Politik, um die Dinge zu gestalten und nicht einfach zu sagen: Wir gehen in keine Große Koalition, ohne jegliche Inhalte zu hinterlegen. - Das geht doch nicht!

(Beifall)

Und lasst uns transparent sein! Lasst uns die Diskussion ergebnisoffen führen. Und lasst uns gerne, wenn es um die Erneuerung der Partei geht, 20 Jahre zurückgehen. Aber lasst uns auch 10, 20, 30, 50 Jahre vorausschauen. Wie wollen wir dann leben? Das ist der Job der SPD.

(Beifall)

Die CDU fährt im Nebel von Pfosten zu Pfosten und hat überhaupt nichts für die lange Linie übrig. Es ist der Job der SPD, auch die lange Linie zu beschreiben, und da habe ich Lust drauf mit unserer Partei! Man kann natürlich das Links-Rechts-Schema aufmachen. Aber Leute, wenn wir über Erneuerung reden - ich glaube, in der Mitte ist es insgesamt ein bisschen eng geworden. Wenn die SPD über die lange Strecke glaubwürdig bleiben oder werden will, dann müssen wir über die lange Strecke eine glaubwürdige Politik machen, und die findet für die SPD nicht der Mitte statt, sondern links von der Mitte. Das müssen wir zusammen hinkriegen.

(Beifall)

Jetzt noch einen Satz zu Martin. Ich werde die ganze Zeit gefragt: Wie viel Prozent kriegt ihr Vorsitzender, Frau Breymaier? Welches Ergebnis wird er haben? Kann er Vorsitzender bleiben? Ich habe davon so die Schnauze voll. Er hat heute eine gute Rede gehalten. Ich wähle ihn nachher zum Vorsitzenden. Und würden wir nachher Gandhi zum Vorsitzenden wählen, Genossinnen und Genossen, in einem dreiviertel Jahr wäre der auch durchgenudelt. Lasst uns gucken, dass wir vorankommen! Glück auf!

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Das Wort hat Hubertus Heil. Ihm folgt Ulli Nissen.

HUBERTUS HEIL, GENERALSEKRETÄR:

Liebe Genossinnen und Genossen, Norbert Römer hat vorhin von zwei Stapeln in seinem Büro gesprochen. In dem einem Stapel heißt es: Groko no! - In dem anderen Stapel heißt es: Ihr müsst Verantwortung übernehmen.

Ich habe einen dritten Stapel in meinem SPD-Bezirk Braunschweig. Wir haben intensiv darüber diskutiert. Bei allen unterschiedlichen Auffassungen, die es über den Weg gibt, gibt es einen Konsens: Meine Mitglieder und meine Delegierten wollen nicht ungebremst in Neuwahlen stolpern, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage das deshalb, weil wir uns das zu Ende überlegen müssen, was wir hier diskutieren. Man kann heute eine Option ausschließen. Aber man muss dann auch in Kauf nehmen, dass man relativ schnell bei Neuwahlen ist. Ich bekräftige den Satz, dass Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten niemals Neuwahlen scheuen dürfen. Das dürfen Demokraten sowieso nicht.

Aber ich finde schon: Wenn es dazu kommt, müssten wir vorher inhaltlich ausgetestet haben, wo der Unterschied zwischen Schwarz und Rot ist. Das ist uns im Sommer leider nicht gelungen, weil die andere Seite versucht hat, alle Konflikte, alle Alternativen zu verschwiemeln.

Ich will nicht, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir jetzt ungebremst in eine solche Situation kommen, sondern ich möchte, dass wir die Optionen offenhalten. Ich werbe auch um eins: Kevin hat heute eine großartige Rede gehalten. Die war rhetorisch einwandfrei, klar argumentiert, hatte einen tollen Spannungsbogen, richtig auf den Punkt - gar keine Frage. Aber in einem, Kevin, möchte ich dir massiv widersprechen. Du hast eine richtige Analyse gemacht, nämlich dass es offensichtlich eine

Vertrauenskrise in dieser Partei gibt. Aber wenn wir die Vertrauenskrise schüren, dann ist die Vertrauenskrise nicht gelöst. Deshalb bitte ich, liebe Genossinnen und Genossen, mit dem Antrag, den wir hier haben, ein Stück Vertrauen in Martin Schulz neu zu investieren. Man kann ihn ja nicht auf der einen Seite feiern und auf der anderen Seite sagen: Ich glaube dir nicht, dass du alle Möglichkeiten, die dieser Parteitag bietet, auch tatsächlich im sozialdemokratischen Sinne verwendest. Meine Bitte ist, dieses Vertrauen zu investieren.

Eine letzte Bitte habe ich auch noch, liebe Genossinnen und Genossen: Wir sind eine Sozialdemokratie, deren Maßstab ist, was sie für die Menschen, für das Land und für Europa erreichen kann. Ich möchte zumindest, dass wir versuchen, Dinge umzusetzen.

Martin hat vorhin davon gesprochen, sehr ehrgeizig, dass wir bereits 2025 uns aufgemacht haben wollen zu einem besseren Europa mit Vereinigten Staaten von Europa. Ihr müsst doch zumindest den Versuch unternehmen zu gucken, ob das geht oder nicht. Sonst bleibt das eine Überschrift. Sonst bleibt das eine pathetische Forderung. Aber Europa ist zu wichtig, als dass das ein Pathos bleiben darf. Wir müssen das auch erreichen, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir diesen Kontinent zusammenhalten wollen. Man muss doch zumindest mal ausloten, ob das geht oder nicht mit den anderen.

(Beifall)

Ich will noch eines hinzufügen: Diese Partei macht es sich nicht leicht. Ich bin gar nicht sicher - das Argument ist noch nicht genannt -, ob auslotende Gespräche zur Tolerierung, zu Sondierungen zur Koalition wirklich mit den Schwarzen dann zur Regierung führen. Der Handlungsspielraum von Frau Merkel ist doch viel geringer als 2013 im Zustand CDU und mit der CSU im Gepäck. Das weiß ich nicht. Ich weiß nur eines: Am Ende vertraue ich den Mitgliedern meiner Partei, die am Ende sowieso abstimmen werden und die sich nicht behumpsen lassen. Wer glaubt, dass mit Druck oder E-Mails die Parteimitglieder sich in Nötigung nehmen lassen, der vertraut auch den Mitgliedern der Partei nicht, und das ist Gegenstand des Beschlusses.

Deshalb, Norbert Römer und auch Mike Groschek, mit fällt es sehr schwer zu sagen, wir brauchen dazwischen noch mal einen Parteitag, und wir nehmen keinen Konvent. Aber wenn das die Brücke ist, auf der wir gemeinsam gehen können, dann sollten wir diesen Weg gehen. Diese SPD muss handlungsfähig bleiben, liebe Genossinnen und Genossen, und darf sich nicht aus dem politischen Diskurs verabschieden.

Herzlichen Dank.

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Das Wort hat Ulli Nissen und dann folgt Karl Finke. Ich hoffe, er findet jetzt den Weg nach vorne; sonst braucht er eure Hilfe.

ULLI NISSEN, HESSEN-SÜD:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin schon in der SPD aktiv, seitdem ich zwölf Jahre alt bin. Willy Brandt war damals der Grund, dass ich mitgemacht habe. Ich muss sagen, ich habe seitdem nicht eine so politisierte Zeit erlebt wie jetzt. Ich finde es total spannend.

Im Rahmen der Kampagne der SPD-Bundestagsfraktion „im Dialog“ bin ich ganz viel vor Ort, mache Hausbesuche, bin auf Wochenmärkten unterwegs. Kaum dass ich auf der Gasse bin, werde ich von Menschen angesprochen: Mensch Ulli, was passiert denn jetzt, was macht denn jetzt die SPD? Das finde ich sehr gut. Die Vorbehalte gegen die Große Koalition sind sehr groß in meinem Frankfurter Wahlkreis, insbesondere seit der Zustimmung vom CSU-Schmidt für das Glyphosat.

Von vielen kommt der Wunsch nach alternativen Regierungsbeteiligungen. Fände ich auch selber total spannend, daran beteiligt zu sein, insbesondere auch unter dem Motto von Willy Brandt: „mehr Demokratie wagen“.

Ich werde aber auch häufig kritisch zur Agenda 2010 angesprochen. Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, es war keine kluge Idee, Gerhard Schröder, den Vertreter der Agenda 2010 auf unserem Wahlparteitag einzuladen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, meine Wut wurde noch größer, als mitten im Wahlkampf bekannt wurde, dass er Aufsichtsratschef beim Energieriesen Rosneft wird.

Und dann müssen wir uns von Gerhard Schröder nach der Wahl auch noch vorwerfen lassen, unser Wahlergebnis läge an unserer mangelnden ökonomischen Kompetenz.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe die Nase voll von Schlauberger Zwischenrufen älterer Ex-Kanzler, Ex-Parteivorsitzenden, Ex-Bürgermeister aus dem Off.

(Beifall)

Diese erinnern mich an die griesgrämigen älteren Herren von der Muppet-Show. Besonders nervt mich der gescheiterte Ex-Erste Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, der sich gern in Talkshows tummelt und nur deshalb noch mal in der Presse erscheint, weil er sich kritisch über die SPD äußert.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich fand es auch nicht glücklich, dass Sigmar Gabriel letzte Woche aktuell auf einer Zeit-Veranstaltung Frank-Walter Steinmeier als Kanzler präferierte. War nicht prickelnd.

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Martin, du bist zu Recht auf der Seite der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gewerkschaft. Wir haben heute dazu mehrfach gesprochen. Danke für dein Engagement auch für die Siemens-Belegschaft. Dort sollen trotz riesiger Gewinne Tausende Menschen entlassen werden, allein im Werk Offenbach, ganz nahe an meinem Wahlkreis, 900 Personen. 900 Schicksale! Ich habe aktuell eine Aktie von Siemens gekauft, damit ich am 31.01. auf der Hauptversammlung in München kritische Worte äußere und das dem Vorstand um die Ohren hauen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns gemeinschaftlich mit den Gewerkschaften für eine gute Arbeitsnehmerpolitik kämpfen.

Ich danke euch.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Das Wort hat Karl Finke, und ihm folgt - ich hoffe, ich sage es richtig - Victoria Spiegelberg-Kamens aus Hessen-Süd.

KARL FINKE, BUNDESVORSITZENDER DER AG SELBST AKTIV:

Lieber Martin, liebe Genossinnen, liebe Genossen, liebe Jusos! Was ihr hier heute einbringt, ohne dass ich im Detail eurer Meinung bin, das ist klasse. Das macht ihr super gut vorbereitet. Erst einmal dazu. Von mir eine grundsätzliche Einschätzung zur heutigen Diskussion. Deutlich ist für mich in der SPD: Wer nach allen Seiten offen ist, ist oben nicht ganz dicht. Von daher finde ich es sehr gut, dass wir klar-

gemacht haben: Wir führen einen Diskurs, breit angelegt, offen in der Frage, aber basierend auf festen Grundwerten, die wir vermitteln. Martin, gut gemacht! Das haben viele in der Folge auch gut gemacht.

Ich will trotzdem auf einige Punkte eingehen, die im Leitantrag aus meiner Sicht der Konkretisierung oder Ergänzung bedürfen. Martin, du hast von der Zivilgesellschaft gesprochen. Ich bin deutlich der Meinung, wir müssen uns nicht der Zivilgesellschaft zuwenden, sondern wir müssen Teil der Zivilgesellschaft sein und sie in unser Denken und Handeln einbeziehen, damit wir wissen: Fundament der Gesellschaft in Deutschland ist die SPD, sind die Gesellschaft und die aktiven Leute. Das müssen wir einbringen. Wir müssen wieder rausgehen zu den Leuten und Teil des Prozesses werden.

Das haben wir, nebenbei bemerkt - ich glaube, Stephan Weil wird mir nicht widersprechen -, in Niedersachsen vorbildlich gemacht. Die Partei hat einen tollen Wahlkampf gemacht. Wir haben einen klasse Ministerpräsidenten, der, nebenbei bemerkt, auch ein feiner Kerl ist. Wir haben aber auch ganz toll die Nichtregierungsorganisationen einbezogen, die zu uns gehalten haben und im letzten Vierteljahr gesagt haben: Das wollen wir nicht so. Wir wollen, dass soziale Gerechtigkeit herrscht, dass behinderte Menschen mit einbezogen werden wie ich zum Beispiel.

Ich bin Sprecher von Selbst Aktiv; das wisst ihr. Aber ich koordiniere auch verschiedene Nichtregierungsorganisationen, insgesamt zehn, um Politik mit einzubringen.

Zum Punkt „Zivilgesellschaft“ habe ich schon etwas gesagt. Ein weiterer Punkt ist der Bereich Menschenrechte, Martin, den du angesprochen hast. Ich sage immer, allgemein und konkret ist unser Handeln. Da musst du auch auf die Menschenrechte und darauf eingehen, dass die aktuelle Menschenrechtskonvention die UN-Behindertenrechtskonvention ist. Ich möchte, dass das ergänzt wird, dass die SPD sich für Menschenrechte einsetzt und dass sie die aktuelle Behindertenrechtskonvention als aktuelle Menschenrechtskonvention in ihr Handeln einbezieht, das heißt, Inklusion, Partizipation, Barrierefreiheit und die Mitentscheidung behinderter Menschen Wirklichkeit werden lässt. Dies entspricht auch einem Antrag bzw. einem Beschluss des Parteivorstandes noch unter Sigmar Gabriel. Ich möchte, dass diese Sachen auch immer konkret unterfüttert werden. Der Bereich Inklusion, ein zentrales Element, ist nicht erwähnt worden. Wer eine solidarische Gesellschaft will, und das wollen wir alle, der darf sagen, wir wollen eine nicht ausgrenzende Gesellschaft, eine inklusive Gesellschaft. Von daher muss auch der Passus rein: Wir werden eine inklusive Gesellschaft in Deutschland umsetzen. Dafür stehen wir. Wir stehen für alle Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall)

Es ist mir auch wichtig, dass es nicht zur Ausgrenzung kommt, dass im Rahmen der Menschenrechte dann gesagt wird: Bei denen einen - Pünktchen, Pünktchen - seid ihr fix, aber bei den anderen behinderten Menschen macht ihr nichts. Das ist eine rechte Argumentation; das wisst ihr. Aber wir sollten deutlich machen: Wir als Sozialdemokraten nehmen die Anliegen aller Bürgerinnen und Bürger auf. Wir setzen das um und versuchen das über Zivilgesellschaft, über Inklusion, auch über gezielte Einbeziehung von Arbeitsgemeinschaften. Kein Wunder, dass ich dafür spreche, selbstverständlich.

Ich bin auch der festen Überzeugung, dass Personen, die vielleicht Hemmungen haben, hier so frei aufzutreten und zu reden, niedrigschwellige Angebote brauchen, aber auch ihre Bezüge brauchen. Ich bin der festen Überzeugung, dass zum Beispiel die Verfassungsergänzungen von selbst und ohne uns nicht kommen werden. Ich bin der festen Überzeugung, dass viele Sachen, die einfach in Niedersachsen alltäglich sind, die auf Bundesebene alltäglich sind, so nicht gekommen wären. Ich bin der festen Überzeugung, ohne euch gibt es keine Demokratie. Sorgt für eine inklusive Gesellschaft. Vielen Dank.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

So, das Wort hat Viktoria Spiegelberg-Kamens. - Danach kommt Thorsten Schäfer-Gümbel. Und dann werde ich euch die Redner-/Rednerinnenliste verlesen, damit ihr ein Gefühl dafür bekommt, was wir vor uns haben. –Jetzt bitte die Aufmerksamkeit für Viktoria!

VIKTORIA SPIEGELBERG-KAMENS, HESSEN-SÜD:

Liebe Genossinnen und Genossen! Im Gegensatz zu einem Satz im Leitantrag lässt sich für mich wie für viele andere Fürsprecherinnen die historische Wahlniederlage der SPD mit einer einzigen Ursache erklären, und das ist das Wort „Glaubwürdigkeit“. Die Wählerinnen und Wähler glauben uns nicht mehr. Und können wir ihnen das verübeln? Können wir glaubwürdig den Hartz-IV-Empfängerinnen und Transferleistungsbezieherinnen erklären, dass die Hartz-IV-Gesetze gut für unser Land und für sie waren?

Und was machen wir anschließend? Wir schüren das Vertrauen zu diesen Menschen nicht und bauen es nicht wieder aus, sondern wir setzen dem allen noch einen drauf, indem wir zum letzten Parteitag jemanden einladen - und ihm sogar einen großen Raum einräumen -, der symbolisch für den größten Vertrauensbruch in unserer jüngsten SPD-Geschichte steht, nämlich Gerhard Schröder. Statt Vertrauen aufzubauen, Fehler einzugestehen und neue Konzepte zu entwickeln, die die Menschen aus Armut und aus diesem Hartz-IV-Teufelskreis herausführen sollen, kommt Gerhard Schröder, liebe Genossinnen und Genossen. So kann man kein Vertrauen in die Wählerinnen und Wähler weiterleiten!

(Beifall)

Glaubwürdigkeit betrifft aber auch unsere Personalpolitik. Unsere Personalpolitik, liebe Genossinnen und Genossen, ähnelt mehr einem Bäumchen-wechsel-dich statt einem Führungsstil, der Vertrauen in unsere Partei bringen soll. Generalsekretäre, Parteivorsitzende, Kanzlerkandidaten: Steinmeier, Steinbrück, Gabriel, Fahimi, Barley, Klingbeil und Schulz. Ich kann mir bald gar keine Namen mehr merken, weil das so schnell wechselt. Schon wenige Monate nach der letzten Wahl stehen wir wieder teilweise hier und diskutieren schon darüber, wer denn die Nachfolge antreten kann. Liebe Genossinnen und Genossen, nicht mit mir.

Lieber Martin - das sage ich ganz öffentlich -: du bekommst heute von mir auf jeden Fall einen Vertrauensvorschuss dafür, dass deine Politik wirklich Glaubwürdigkeit und Vertrauen vermittelt. Und ich muss sagen: Als ich deine Rede gehört habe, hatte ich das Gefühl, dass du sehr gehemmt und ängstlich bist. Ich habe das Gefühl, dass das, was du da teilweise sprichst, nicht aus deinem Herzen kommt; denn ich habe dich anders reden gesehen. Ich habe dich am Anfang des Wahlkampfes gesehen, als du die jungen Leute begeistert, mitgenommen und abgeholt hast. Und dann ist irgendwas passiert, und ich habe immer noch das Gefühl, dass diese Angst dir im Gesicht steht. Was da der Grund sein kann, muss aber anderweitig besprochen werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin keine Fußballexpertin, aber hätten wir 2006 Joachim Löw schon nach den ersten kleinsten Niederlagen abgesetzt, wären wir 2014 hundertprozentig nicht Fußballweltmeister geworden, und deswegen bin ich dafür, den Weg mit unserem Parteivorsitzenden zu gehen und zu schauen, wohin die Reise uns noch führen kann.

Jetzt haben wir den Parteitag mit dem Wort „modern“ geschmückt. „Modern“! Als Gewerkschafterin und DGB-Kreisvorsitzende ist für mich dieses Wort fehl am Platz, weil wir in der SPD-Geschichte in bestimmten Fragen der Arbeitnehmerrechte bereits weiter waren, als wir es heute noch sind. Geschlechtergerechtigkeit, DGB-Zusammenarbeit, Freiheitsbegriff: Das sind keine modernen Begriffe, sondern Urbegriffe der Sozialdemokratie. Und dahin würde ich gerne zurückgehen. Ich will keine neuen Themen, ich will, dass wir auf Themen hören, die unsere Hart Limits sein sollten, Themen, für

die wir bis zum bitteren kämpfen sollten. Wir sollten diese Themen, die alt und nicht modern sind, wieder auf die Agenda holen und uns darauf besinnen.

Hat es schon geklingelt?

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ja, es hat mehrfach geklingelt. - Ich schaue auf die Uhr.

VIKTORIA SPIEGELBERG-KAMENS, HESSEN-SÜD:

Das ist so schade. Na gut.

Ich habe auf jeden Fall keine Angst. Ich hoffe, dass wir jede anstehenden Gespräche dazu nutzen, um diese Themen zu definieren und dann gemeinsam zu gucken, wie wir wieder zukunftsfähig werden. Aber mit Angst gewinnt man keine Wahlen, und ich hoffe sehr, dass wir diese Angst auf dem Weg, egal wohin er uns führt, endlich einmal ablegen. - Vielen Dank.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Genossinnen und Genossen, das Wort hat Thorsten Schäfer-Gümbel, und danach kommt die Lesung der Liste. Das dauert schon ziemlich lange; richtet euch darauf ein. - Thorsten, bitte.

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL, STELLVERTRETENDER PARTEIVORSITZENDER:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich will in drei Minuten drei kurze Bemerkungen machen, und ich will mit der wichtigsten und ersten anfangen:

„Ergebnisoffen“ ist kein Zwischenschritt zur Großen Koalition.

(Beifall)

Ich glaube, dass dieser Satz von zentraler Bedeutung ist. Wir schlagen als Parteivorstand vor, ergebnisoffen in Gespräche über unterschiedlichste Varianten zu gehen und danach Ergebnisse aus diesen Gesprächen vorzulegen. „Ergebnisoffen“ ist kein Zwischenschritt zur Großen Koalition!

(Beifall)

Zweitens. Es ist in den letzten Wochen viel über Fehler geredet worden - aus meiner Sicht zu wenig am heutigen Parteitag. Ich will mit einer der zentralen Fragen, die mir zumindest in den letzten Wochen begegnet sind, beginnen: War es falsch, das Thema Gerechtigkeit ins Zentrum unserer Wahlkampagne zu stellen? War es falsch, mit dem Slogan „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ in den Wahlkampf zu gehen? Ich will klar für mich erklären: Nein, es war richtig, mit dem Thema Gerechtigkeit in diesen Wahlkampf zu gehen.

(Beifall)

Möglicherweise, liebe Genossinnen und Genossen – und das ist heute mehrfach in Reden angesprochen worden –, waren unsere Antworten auf die Gerechtigkeitsfragen unserer Zeit nicht hinreichend und möglicherweise sogar in Teilen falsch.

Drittens. Martin Schulz hat in seiner Rede heute genau in diesem Zusammenhang verschiedene Themen aufgerufen, die uns doch alle bewegen. Das Thema Arbeitsmarktreform aus den Reformen von 2002/2003 spielt seit vielen Jahren eine Rolle, ohne dass es wirklich ausgetragen wird. Die Frage der Kinderarmut spielt eine zentrale Rolle, ohne dass sie wirklich ausgetragen wird. Die Frage des Umbaus der Industriegesellschaft spielt seit vielen Jahren eine Rolle, ohne dass sie wirklich ausgetragen wird. Und mit Blick auf die aktuelleren Themen kommen auch Fragen auf, die noch sehr viel grundsätzlicher sind.

Ich erinnere uns alle daran, dass wir im Rahmen der Humanitätskrise und des Umgangs mit der Humanitätskrise im Jahr 2015/2016 einen zentralen Satz formuliert haben, dass nämlich all das, was wir machen, am Ende dazu beitragen muss, dass niemand gegeneinander ausgespielt wird.

(Beifall)

Und wir haben das umgesetzt, liebe Genossinnen und Genossen. Niemand ist gegeneinander ausgespielt worden. Wir haben viel Geld in die Hand genommen, um die unterschiedlichsten Maßnahmen auf den Weg zu bringen, Kommunen zu stärken, die Arbeitsmarktpolitik zu stärken, die Bildungspolitik zu stärken, die Sicherheitspolitik auszuweiten und vieles andere mehr. Im Wahlkampf, liebe Genossinnen und Genossen, ist mir oft folgende Formulierung begegnet: Jetzt auf einmal ist Geld da. - Und dies rührt einen sehr grundsätzlichen Punkt uns gegenüber - gerade als Sozialdemokratie. - Wichtige Fragen in der Bildung, in der Arbeitsmarktpolitik, in der Frage des bezahlbaren Wohnens und bei anderen Themen mehr sind in den vergangenen Jahren nicht hinreichend beantwortet worden. Und deswegen ist es richtig, diese Fragen jetzt aufzurufen, weil wir nur dann, wenn wir die Fehler der Vergangenheit aufarbeiten und daraus Konsequenzen ziehen - so, wie Martin Schulz heute versucht hat, sie zu beschreiben -, überhaupt eine Chance haben, wieder nach vorne zu kommen. Von Neuanfang verstehe ich wirklich viel, und ich weiß, dass die Analyse und die Fehlerbenennung an den Anfang gehören und die Voraussetzungen dafür sind, dass alles andere kommen kann. Ich will ein paar letzte Sätze noch zu Kevin sagen, weil er den großen Elefanten, der im Raum steht, klar adressiert hat.

Am Ende, liebe Genossinnen und Genossen, geht es in der Tat um Vertrauen. Es geht um Vertrauen, das wir im Miteinander verloren haben. Dieses wurde manchmal verloren wurde zwischen Parteiführung und Parteitag, zwischen Parteimitgliedern und Parteiführung, aber weit darüber hinaus auch hin zur Wählerschaft. Und wir bitten euch heute um nicht mehr und nicht weniger, weil „ergebnisoffen“ eben kein Zwischenschritt zu einer Großen Koalition ist, sondern „ergebnisoffen“ bedeutet, dieses Vertrauen heute zu erneuern. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ich will euch über die Liste der Rednerinnen und Redner informieren. Wir haben sie ja der Geschäftsordnung entsprechend auch so, dass das Plenum sie einsehen kann, und ich lese euch jetzt die Namen der Reihe nach vor - ich will aber vorab sagen: Ich stehe da nicht drauf, und ich ermuntere alle, die kandidieren und sich durch einen Redebeitrag vielleicht erhoffen, sich doch noch einmal positiv positionieren zu können, sich das noch einmal zu überlegen -:

Barbara Hendricks, Markus Ramers, Sarah Ryglewski, Martin Dulig, Natalie Pawlik, Christian Flisek, Daniela Kolbe, Uli Grötsch, Simone Burger, Achim Post, Hilde Mattheis, Kaweh Mansoori, Natascha Kohnen, Sebastian Roloff, Nadia Khalaf, Carsten Sieling, Katja Pähle, Ralf Stegner, Heike Gebhard, Frank Schwabe, Dagmar Schmidt, Ruppert Stüwe.

So weit ist die Liste schon geschrieben. Aber sie ist nicht zu Ende. Der größere Teil ist noch nicht eingearbeitet worden. Ich beginne: David Wade, Michaela Engelmeier, Michael Roth, Hans Eichel, Daniela De Ridder, Klaus Barthel, Janina Kleist, Margit Reisewitz, Norbert Spinrath, Petra Ackmann, Bernhard Daldrup, Joachim Schuster, Christoph Matschie, Jens Zimmermann, Frank Nägele, Michael Müller, Filippas Kourtoglou, Yannick Moormann, Falko Grube, Christian Reinke, Marc Dietzschkau, Taner Ünalgan, Kevin Hönicke, Mike Josef, Alexander Schweitzer, Helge Lindh, Aziz Bozkurt, Volkan Baran, Jens Peick, Michael Jung, Oleg Sherchenko, Stefan Engel, Micha Heitkamp, Tobias Afsali, Sebastian Fiedler, Erik Donner, Harald Unfried und Robert Drewnicki.

Das ist die Liste der Rednerinnen und Redner, die vor uns liegen. Ich nehme gerne auch einen Verzicht auf den Wortbeitrag an. Ihr habt jetzt eine Vorstellung davon, wie ausführlich die Debatte sein wird. Meine Erfahrung bei den letzten Rednern ist, dass die Begrenzung der Redezeit auf drei Minuten zu einer realen Redezeit von vier Minuten führt. – Dies als Rückmeldung von eurem Parteitagspräsidium.

Barbara, du hast das Wort. dir folgt Markus Ramers.

BARBARA HENDRICKS, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! In diesen Tagen ist es ziemlich genau zwei Jahre her, seit in Paris das Klimaschutzabkommen beschlossen worden ist. Darin haben wir uns als Deutschland als ein Teil der Industriestaaten verpflichtet, dass wir den Ländern, die darauf angewiesen sind, sowohl mit finanzieller als auch mit technologischer Hilfe zur Seite stehen. Das fällt uns in der deutschen Sozialdemokratie überhaupt nicht schwer. Das ist tatsächlich das, was wir schon immer wussten. Wir sind eine Partei der internationalen Solidarität.

Aber wir haben uns auch verpflichtet, zu Hause unsere Hausaufgaben zu machen. Dann stößt man manchmal auf verschiedene Interessen und es ist nicht immer einfach. In der letzten Legislaturperiode habe ich nicht immer die Unterstützung – auch aus der eigenen Partei – bekommen, die man hätte bekommen können. Deswegen bin ich umso dankbarer dafür, was Martin Schulz heute in seiner Rede zur Umweltpolitik und zur Klimaschutzpolitik ausgeführt hat.

(Beifall)

Ich will jetzt auf die Klimaschutzpolitik im engeren Sinne eingehen, aber die Umweltpolitik selbstverständlich nicht vernachlässigen.

Martin Schulz hat über den Kohleausstieg gesprochen. Das ist eine zentrale Aufgabe in der Zeit, die vor uns liegt. Ich will gar nicht sagen, bis wann wir wirklich damit fertig sein müssen. Das ist ein Streitpunkt. Aber klar ist: Spätestens zur Mitte dieses Jahrhunderts müssen wir klimagasneutral leben, wirtschaften und arbeiten. Das ist ein großer Transformationsprozess, den letztlich nur wir als deutsche Sozialdemokratie steuern müssen. Das kann niemand anders.

(Beifall)

Das bedeutet, dass wir jetzt bald klarlegen müssen – und zwar einvernehmlich; wir müssen uns da auch als Partei ehrlich machen –, welche Schritte wir bis zum Jahr 2020 gehen und welche Schritte wir bis zum Jahr 2030 gehen. Wir brauchen einen Pfad, auf den sich alle verlassen können. Denn selbstverständlich darf Klimaschutz nicht zum Elitenprojekt werden. Wir müssen alle Menschen mitnehmen, nicht zuletzt auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die davon betroffen sein werden, und selbstverständlich die Menschen, die in den Regionen leben, die davon betroffen sein werden. Dafür brauchen wir Bundesmittel. Dafür brauchen wir ganz klare Pläne für alternative Möglichkeiten auch der Produktion und industriellen Produktion in den Regionen, um die es geht, namentlich in der Lausitz – dort wird die Aufgabe am größten sein, aber selbstverständlich auch im mitteldeutschen und rheinischen Revier. Diese Aufgabe werden wir, die deutsche Sozialdemokratie, zu erfüllen haben. Unabhängig davon, wie der Prozess ausgeht, über den wir heute hier streiten, werden wir an dieser Aufgabe nicht vorbeikommen.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÜLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Das Wort hat Markus Ramers. Ihm folgt Sarah Ryglewski.

MARKUS RAMERS, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lasst uns auch einmal darüber sprechen, was eigentlich die amtierende Bundeskanzlerin in diesen Tagen tut. Sie lässt seit zwölf Jahren keinerlei Gestaltungswillen für dieses Land erkennen. Sie hat keine Einsicht, dass eine Veränderung notwendig ist, wenn ihre Regierung 14 Prozentpunkte gemeinsam verliert. Sie hat die Jamaika-Verhandlungen in den Sand gesetzt. Diese permanente Paartherapie mit der CSU wird auch mit einem Herrn Söder nicht besser werden. Sie hat ihren Minister Schmidt überhaupt nicht im Griff. Und diese Frau will ernsthaft dieses Land weiterregieren?

Dass sie keinen Koalitionspartner findet, liebe Genossinnen und Genossen, hat vielleicht auch mit ihrem Politikstil zu tun. Und wie reagieren wir als SPD darauf? - Wir machen Merkels Problem zu unserem eigenen, und zwar innerhalb weniger Stunden,

(Beifall)

weil wir Angst haben, liebe Genossinnen und Genossen. Wir haben Angst vor dem Regieren, und wir haben Angst davor, Nein zu sagen. Für mich wird in der Debatte klar: Diese Angst zeigt sich in einem Wort, das heute mehrere meiner Vorrednerinnen und Vorredner genannt haben, nämlich „ergebnisoffen“. Was soll das denn sein? Niemand hier hat irgendeine Sympathie für eine Große Koalition erkennen lassen. Niemand möchte das. Wir haben an so vielen Punkten in den letzten vier Jahren der Regierungsarbeit gemerkt, dass wir mit der CDU/CSU dieses Land nicht weiter voranbringen können. Und was sagen wir jetzt? - Wir wollen „ergebnisoffen“ mit ihnen diskutieren. Warum denn? Um dann in ein paar Wochen „Jetzt lehnen wir es ab!“ zu sagen? - Das ist doch auch keine ehrliche Politik, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

Ja, auch ich habe Sympathien für diesen dritten Weg, für eine Tolerierungs- oder Minderheitsregierungsoption. Aber lasst uns klarmachen, dass das keine Entscheidung ist, die wir hier heute als SPD-Bundesparteitag treffen können. Denn auch da liegt die Verantwortung bei Frau Merkel, ob sie eine solche Konstellation befürworten und voranbringen würde, wenn sie keine Mehrheit für ihre Wahl im Bundestag finden wird.

Lasst mich noch zwei Worte zu dem Bereich „Die Politik erneuern“ bzw. „Die SPD erneuern“ sagen. Ich komme aus der Eifel. In der Eifel gab es vor einigen Jahren noch Bergdörfer, in denen die CDU 80 Prozent bekommen hat. Da waren diejenigen in der SPD, die im Kirchenchor nicht mitsingen durften. Wir wissen bei uns, was Kämpfen für die SPD bedeutet. Dafür brauchen wir neue und moderne Strukturen. Aber wir brauchen auch Klarheit und Handlungsschnelligkeit.

Ich habe in diesem Jahr viele Hausbesuche gemacht - sowohl im Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen als auch nach der Bundestagswahl. Vor wenigen Wochen hat mir ein Mann aus Mechernich-Breitenbenden – das werden hier die wenigsten kennen – gesagt: Das, was die SPD braucht, um wieder aufzustehen, ist ein Arsch in der Hose! - Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, das geht nur mit einer klaren Entscheidung. Diese klare Entscheidung muss heißen: Wir wollen keine Gespräche führen, die nachher in eine Große Koalition führen! Wir haben schon vier Jahre sondiert.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÜLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Markus, ich –

MARKUS RAMERS, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Ich komme zum Ende. - Das heißt nicht, dass wir nicht regierungsfähig sind. Aber unser Gestaltungswille hat im September 20,5 Prozent bekommen. Lasst uns diese Partei neu aufbauen! Lasst uns mutiger werden, und lasst uns heute mutig sein und eine klare Entscheidung treffen! - Vielen Dank.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Das Wort hat Sarah Ryglewski aus Bremen. Ihr folgt Martin Dulig.

SARAH RYGLEWSKI, BREMEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, dieser Parteitag steht unter dem Motto „#SPDerneuern“. Ich glaube, wir wissen alle, dass die Erneuerung unserer Partei nicht mit einem flotten Slogan getan ist, sondern dass es auch um Inhalte gehen muss. Martin hat dazu ja schon vieles gesagt, was für die SPD schon lange gesetzt ist und was trotzdem wichtig ist und mit dem wir in den Wahlkampf gegangen sind. Ich nenne nur die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. Wir müssen prekäre Beschäftigung zurückdrängen, die Rente, die Bürgerversicherung, aber auch unsere klare Haltung gegen Rechts.

Das sind alles Dinge, die ich - und ich bin überzeugt, auch ihr - richtig wichtig finde. Das ist gut. Aber es macht auch ein Dilemma deutlich. Es macht vor allem deutlich, wie lang und schwer und vor allem auch kompliziert der Weg ist, der vor uns liegt, wenn wir uns wirklich erneuern wollen. Deswegen müssen wir aufpassen, dass wir die Debatte um die Erneuerung der SPD nicht auf die Frage Groko ja oder nein allein verkürzen.

Ja, diese Frage ist wichtig. Aber sie ist eben nicht die einzige und aus meiner Sicht auch nicht die entscheidende Frage. Denn wir haben doch in den letzten Jahren und, wenn wir ganz ehrlich sind, seit 1998 kontinuierlich an Zustimmung verloren, und zwar ganz unabhängig davon, ob wir in der Regierung waren oder nicht. Das ist schade; denn wenn es anders wäre, dann wäre dieser Parteitag sehr leicht. Wir müssten nicht so lange diskutieren. Aber es ist eben einfach nicht leicht.

Deswegen möchte ich den Blick auf unsere eigenen Fehler richten, weil ich glaube, das ist das, woran wir am ehesten etwas ändern können und wo wir wieder selbst der Souverän unserer eigenen Handlungen sind. Dabei ist für mich zentral das Thema Vertrauensverlust, und zwar nach außen und auch nach innen.

Denn wir sind uns gar nicht so einig bei den verschiedenen Themen, wie wir hier immer tun. Ich erinnere nur einmal an unser Wahlprogramm. Wir haben es mit fast 100 Prozent beschlossen. Doch wenn wir ganz ehrlich sind, vor allem deshalb, weil wir die meisten Konflikte, die wir hätten haben können, vorher weichgeschliffen haben.

Bei einem Wahlprogramm ist das vielleicht noch akzeptabel; denn das muss nicht so präzise sein. Aber wir gehen doch mit unserer eigenen Positionierung an den meisten Stellen so um, und zwar weil wir Angst haben, zum einen als zerstritten zu gelten, zum anderen aber auch, weil wir niemandem mehr auf die Füße treten wollen. Damit bekommt man vielleicht kurzzeitig mal eine Beruhigung hin. Aber die Folgen sehen wir jetzt. Andrea hat es gut beschreiben. Wir trauen uns gegenseitig nicht mehr so weit über den Weg, wie wir einander werfen können.

Weil wir eben keine wirklich gemeinsamen Positionen haben, haben wir auch eine unterschiedliche Interpretation von Texten und Beschlüssen. Die Folge ist der Vertrauensverlust.

Das war doch auch das größte Problem in der Groko. Wir haben unter den Bedingungen von Regierungsverantwortung grundlegende Entscheidungen treffen müssen, über die wir in dieser Partei überhaupt nicht ausführlich diskutiert haben. Ich nenne nur zwei Dinge, und dann komme ich zum Schluss.

Das eine war die Vorratsdatenspeicherung, das andere die Debatte um Freihandel. Ein Drittes, das ich vergessen habe, nenne ich auch noch. Das ist die Frage der Einwanderung.

Deshalb ist mein Appell: Wir müssen uns, wenn wir die SPD erneuern wollen, richtig streiten, und zwar ernsthaft, aufrichtig, fair, ohne uns gegenseitig jedes Mal Verrat vorzuwerfen. Ich glaube, wenn wir uns streiten, dann kommen wir wieder zum Thema Erneuerung. Eine Partei, die sich streitet, am Ende dann aber mit den getroffenen Beschlüssen gemeinsam und geschlossen hintereinandersteht, die macht nicht nur uns wieder mehr Spaß, sondern die nehmen andere auch wieder ernster als Diskussionspartner, selbst wenn wir ihnen wieder auf die Füße treten. - Vielen Dank.

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Sarah. - Das Wort hat Martin. Die nächste ist Natalie Pawlik von Hessen-Süd.

MARTIN DULIG, PARTEIVORSTAND:

Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD war immer dann erfolgreich, wenn sie Innovation und Gerechtigkeit zusammengebracht hat. Genau deshalb war es richtig, dass wir in diesem Bundestagswahlkampf auf Gerechtigkeit gesetzt haben. Aber es war ein Fehler, dass wir das nicht mit einem Fortschrittsversprechen verbunden haben.

Warum spreche ich das an? Weil das eben nicht nur eine Wahlkampffrage ist, sondern es ist unsere Grundhaltung, die wir auch heute organisieren müssen. Wie geben wir auf die Herausforderungen der Zeit Antworten? Was ist unser Zukunftsversprechen? Was meinen wir mit Innovation?

Denn wir sind mitten in einer der größten Revolutionen. Die Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche, alle Wirtschaftsbereiche. Gerade wenn es um die Veränderung der Arbeitsgesellschaft geht, sind wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gefragt.

Warum spreche ich das jetzt an? Ich bin ziemlich nachdenklich geworden, weil ich im Rahmen meiner Reisen als Wirtschaftsminister häufig in China bin. Manchmal hilft es, den Blick von außen auf uns zu richten, den Blick von außen auf unser Land. Dann wird so manches Problem anders gesehen. Wir glauben immer, wir seien der Nabel der Welt. Wir glauben, dass unser Wohlstand für immer und ewig da ist. Wir müssten nur die richtigen technischen Antworten finden.

Aber Vorsicht! Die Welt verändert sich, und manchmal nicht nur zum Guten. Dann ist die Frage, wo haben wir unsere Stärke, das zu verteidigen, was uns wichtig ist. Wenn es uns darum geht, den Wohlstand, den wir gerechter verteilen wollen, auch in Zukunft zu haben, in der Verantwortung, die wir für die nachkommenden Generationen für die Umwelt haben, dann heißt das, den Blick zu konzentrieren und zu sagen, wir brauchen ein stabiles und ein anderes Europa, um diesen Veränderungen auf der Welt etwas entgegenzusetzen. Deshalb bin ich dir so dankbar, Martin, dass das der Schwerpunkt auch deiner Rede war. Denn das relativiert eben nicht das, was wir vor uns haben. Sondern das legt den Finger in die Wunde, damit wir sehen, wo die eigentlichen Veränderungen sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, was hat das mit dem zu tun, was in dem Leitantrag steht? Heißt das jetzt automatisch, wir müssen in eine große Koalition gehen? Nebenbei gesagt, wenn alle, die uns von außen jetzt auffordern, in die große Koalition zu gehen, SPD gewählt hätten, dann hätten wir die absolute Mehrheit, dann hätten wir die Frage nicht.

(Beifall)

Trotz alledem dürfen wir es uns eben nicht so leicht machen. Deshalb dürfen wir es uns meiner Meinung nach aus dieser Verantwortung, die ich vorhin beschrieben habe, nicht aus der Verantwortung nehmen lassen und ernsthaft alle Optionen prüfen, um klarzumachen, worum es uns geht, egal was am Ende steht. Von dieser Verantwortung kann uns niemand freisprechen. Deshalb werbe ich für diesen Leitantrag, weil er diesen Weg öffnet und an unsere Verantwortung appelliert, die wir haben und vor der wir nicht weglaufen dürfen.

Deshalb zum Schluss, liebe Genossinnen und Genossen, weil sehr häufig das Wort Glaubwürdigkeit gefallen ist: Wir sind vor allem dann glaubwürdig, wenn wir wieder an uns glauben. - Vielen Dank.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Das Wort hat Natalie. Bereit hält sich Christian Flisek aus Bayern.

NATALIE PAWLIK, HESSEN-SÜD:

Liebe Genossinnen und Genossen, es wurde heute schon vieles Richtiges zum Ausgang der Bundestagswahl und zu den historischen Zeiten, in den wir uns als Partei befinden, gesagt. Viele Menschen haben ihr Vertrauen in die SPD verloren, und sie wissen nicht mehr, wofür die SPD steht. Deshalb müssen wir ehrlich, aber vor allem selbstkritisch über unsere Schwächen sprechen und unser inhaltliches Profil schärfen. Wir müssen die inhaltliche Auseinandersetzung suchen und vor allem auch die Unterscheidbarkeit zur Union. Davor dürfen wir uns nicht scheuen. Lasst uns an dieser Stelle wirklich mal mutig sein.

Ich habe in diesem Bundestagswahlkampf wie viele andere Kandidatinnen und Kandidaten unermüdlich und viel viel Engagement mit den Genossinnen und Genossen vor Ort für die Sozialdemokratie und eine bessere Gesellschaft gekämpft.

Hunderte Stunden haben die vielen Ehrenamtlichen bei Hausbesuchen, Infoständen, Plakate kleben oder bei Frühverteilkaktionen in diesen Wahlkampf investiert. Diese Ehrenamtlichen in den Städten und Gemeinden sind das Gesicht der Sozialdemokratie vor Ort.

(Beifall)

Sie sind die Botschafter unserer Idee und sie sind es, die die eine oder andere Prügel einstecken müssen, wenn Fehlentscheidungen getroffen werden. Diesen Ehrenamtlichen vor Ort fehlt es an Vertrauen in die Spitze unserer Partei. Denn jeder Vertrauensvorschuss, den wir vor Ort von den Bürgerinnen und Bürgern bekommen, wird durch das Handeln auf Bundesebene torpediert, sei es bei der Frage der Transaktionssteuer, der Freihandelsverträge, der Mehrwertsteuer oder bei Personalentscheidungen. Da fällt es einem tatsächlich schwer, Vertrauen wieder aufzubauen und die Menschen zu ermutigen, wieder auf die Straße zu gehen. Ein solches Misstrauen zwischen Parteispitze und Basis ist Gift für jede Partei.

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Martin, lasst uns bitte den jetzigen Prozess, die kommenden Diskussionen und Handlungen dafür nutzen, um Vertrauen wiederherzustellen:

Durch größtmögliche Transparenz, durch die frühzeitige, aber vor allem auch faire Beteiligung der Basis und eine Menge Ehrlichkeit zueinander. Wenn Gespräche stattfinden, dann müssen diese wirklich ergebnisoffen sein. Eines kann ich dabei nicht oft genug betonen: Die Gespräche sind kein Automatismus für eine große Koalition. - Vielen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Natalie. - Jetzt hat Christian das Wort. Bereit hält sich dann Daniela Kolbe aus Sachsen.

CHRISTIAN FLISEK, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Die SPD ist in einer existenziellen Lage, und auch unsere Papiere, die vorliegen, sprechen davon, dass wir keine Bestandsgarantie mehr haben. Der Blick auf Europa zeigt dies. Ich glaube, eines muss uns klar sein: Weder die Opposition noch die Regierungsbeteiligung per se sind Garanten dafür, dass wir aus dieser existenziellen Lage wieder herausfinden. Es kommt vielmehr darauf an, wie wir diese Rollen ausfüllen, ob wir gute und richtige Entscheidungen treffen. Wir werden heute noch - morgen auf jeden Fall - über sehr viele Inhalte reden. Einige dieser Inhalte werden für die sich abzeichnenden Gespräche rote Linien für uns sein, einige werden wir als essenziell bezeichnen. Andere werden mit Sicherheit auch - das gehört zur Ehrlichkeit dazu - Verhandlungsmasse sein, weil anders kein Kompromiss zustande kommen wird.

Aber eines muss uns auch klar sein: Nach dem Scheitern von Jamaika werden wir vermutlich sehr viel durchsetzen können. Ich denke, das wird kommen. Deswegen, glaube ich, sollten wir uns vor einer Illusion hüten, dass wir nämlich durch die Addition der ausverhandelten Inhalte und durch ihre Umsetzung, dass wir alleine durch diese Aneinanderreihung irgendwie glauben, am Ende wieder erfolgreicher sein zu können. Ich glaube, dass das nicht unbedingt der Fall sein wird. Die letzte Wahlperiode ist der beste Beweis dafür. Sie war eine zutiefst sozialdemokratisch geprägte, und sie hat gezeigt, dass das Ganze am Ende nicht bei uns eingezahlt wurde. Deswegen, glaube ich, sollten wir es uns, wenn wir über die Frage, wie wir jetzt mit dieser Situation umgehen, sprechen, nicht einfach nur ganz einfach machen und sagen: „Na ja, die GroKo ist schuld.“ Nein, es ist ein Politikstil in diesem Land schuld, der sich seit zwölf Jahren wie Mehltau über dieses Land legt, der dieses Land ohne Orientierung, ohne Inhalte führt. Dafür gibt es einen Namen, und der heißt „Angela Merkel“, liebe Genossinnen und Genossen. Diese Frau führt dieses Land ohne Orientierung. Sie hat keinen Plan für Europa. Sie lebt vom Tag in den Tag, von Woche zu Woche. Vielleicht haben einige von euch vor einigen Wochen in der FAZ die Abrechnung von Wolfgang Streeck über das System Merkel gelesen. Er endete mit der Frage: „Wann wird wieder in diesem Land endlich Politik gemacht?“ Er hat die Frage des Politikstils aufgeworfen.

Martin hat es auf dem Parteitag in Dortmund ja auch zugespitzt, indem er von der asymmetrischen Demobilisierung gesprochen hat, und er wurde dafür gescholten. Ich habe das damals sehr richtig gefunden, dass man das auch einmal thematisiert.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen: Staatspolitische Verantwortung kann viele Gesichter haben, sie kann eine Regierungsbeteiligung sein, wenn die Inhalte und der Stil stimmen. Sie kann auch darin bestehen, verantwortungsvoll in die Opposition zu gehen. Aber sie kann auch darin bestehen, dass wir uns erst einmal vornehmen und sagen, wir brauchen eine starke Sozialdemokratie in diesem Land. Eine starke Sozialdemokratie braucht ein Umfeld, wo Politik gemacht werden kann, und wenn das nicht möglich ist, dann muss man daraus auch die Konsequenzen ziehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme zum Schluss.

Ich bin der Überzeugung, dass wir diese Gespräche führen müssen, nicht weil der Bundespräsident uns drängt, sondern weil sich das unter Demokraten gehört. Aber wir sollten mit genau dieser Haltung, dass wir einen neuen Politikstil in diesem Land haben wollen, in diese Gespräche gehen. Denn eines möchte ich vermeiden: Dass wir 2021 vor die Wählerinnen und Wähler treten und sagen müssen, wir haben von 16 Jahren einen Politikstil, den wir eigentlich ablehnen, zwölf Jahre lang dazu beigetragen, dass er Wirklichkeit werden konnte. Das wird nicht gelingen, und in diesem Sinne: Lasst uns diese Haltung bewahren und an den Tag legen für die Gespräche, und lasst uns dafür sorgen, dass das dann auch die Gespräche trägt. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Christian. - Bevor ich Daniela das Wort gebe, möchte ich noch mal darauf hinweisen, dass wir noch weit über 50 Wortmeldungen haben und ich einfach die herzliche Bitte habe, dass wir uns echt an die 3 Minuten halten. Ihr könnt euch jetzt selbst ausrechnen, wie lange noch alles dauert.

Daniela, du hast das Wort. Danach kommt Uli Grötsch aus Bayern.

DANIELA KOLBE, SACHSEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir sind eine tolle Partei, allerdings nicht immer wirklich wertschätzend. Deswegen steht bei mir am Anfang ein Dank. Martin, herzlichen Dank an dich für die Art und Weise, wie du uns in den Wahlkampf geführt hast. Jeder, der dich getroffen hat, hat gespürt: Du hast wirklich alles, deine gesamte Person, dich komplett in diesen Wahlkampf geworfen. Vielen Dank dafür. Du hast uns Anfang des Jahres gezeigt, was wirklich in uns steckt.

(Beifall)

Du hast uns zum Streiten ermuntert. Das finde ich richtig, denn eine Erklärung, die ich habe, weshalb wir bei etwa 20 Prozent rausgekommen sind, ist, dass wir uns zu sehr in Sowohl-als-auch-Formelkompromissen verstrickt haben. Nur keinem wehtun, die Konflikte zwar schön beschreiben, aber bei den Lösungen dann doch Sowohl-als-auch. Ich glaube, dass auch deshalb viele Menschen überhaupt nicht mehr sicher waren, was das denn ist, diese SPD. Wofür steht die denn? Wohin genau will die denn? Es war zwar flauschig, aber nicht fassbar, nicht greifbar. Deswegen: Lasst uns streiten und lasst uns auch die schwierigen Fragen stellen.

Und ich stelle mal eine schwierige Frage: Hier wurde gesagt, wir sollen die letzten 20 Jahren aufarbeiten. In den letzten 20 Jahren waren wir die meiste Zeit in der Regierung. Warum konnte es denn dann so weit kommen, dass wir, obwohl wir in der Regierung waren, die soziale Spaltung in diesem Land nicht bewältigt haben? Warum ist denn die soziale Spaltung in diesem Land sogar in manchen Teilen größer geworden? Diese Frage müssen wir uns mutig stellen, gerade in Sachsen, wo nur noch 22 Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter sagen, sie bekämen einen gerechten Anteil. Nur jeder fünfte Arbeiter bzw. jede fünfte Arbeiterin hat das Gefühl, dass das okay für sie ist in dieser Gesellschaft.

Lasst uns über Respekt, über Anerkennung, über Löhne, über Chancengleichheit diskutiert, und lasst uns auch über eine neue Sozialpolitik reden. Ich freue mich, dass im Leitantrag endlich auch mal etwas zum Thema Hartz IV drinsteht. Lasst uns konstruktiv das Hartz-IV-Trauma endlich angehen und bewältigen.

(Beifall)

Jetzt bin ich ein sehr fantasievoller Mensch, und in dieser schwierigen Phase fallen mir viele Sachen ein, die man jetzt machen könnte: Minderheitsregierung, Kooperation. Was auf meinem Tisch nicht liegt, ist ein „Weiter so!“. Ich denke, dass wir uns hier darin einig sind. Wozu mir allerdings die Fantasie fehlt, ist, wie eine große Koalition die soziale Spaltung in diesem Land heilen soll. Ich habe die Befürchtung, dass sie dazu geeignet ist, dass wir weiter Formelkompromisse machen.

Ich sage aber auch - und deshalb stimme ich dem Leitantrag auch zu -: Die Sachen müssen auf dem Tisch liegen. Die Möglichkeiten müssen auf dem Tisch liegen, auch um den Ball dorthin zu spielen, wohin er gehört, nämlich zu Angela Merkel. Allerdings liegen auf meinem Tisch auf dem einen Stapel fantasieanregende Punkte - ich habe sie schon genannt -, und auf einem zweiten Stapel liegt die Große Koalition. Dass ihr das ähnlich seht, hat man euren Gesichtern am Wahlabend angesehen, als Martin Schulz die große Koalition für beendet erklärt hat. Viele hier sehen das ähnlich. Deswegen: Lasst uns den Leitantrag beschließen und gleichzeitig solidarisch darauf achten, dass es wirklich keinen Automatismus gibt.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Danke, Daniela. - Das Wort hat Uli. Bereit hält sich Simone Burger aus Bayern.

ULI GRÖTSCH, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Abgesehen von der Debatte um die Frage „GroKo, ja oder nein?“ glaube ich, dass wir als SPD schon im Jahr 2009 an der Stelle waren, an der wir heute sind. Auch damals haben wir krachend verloren. Auch damals, glaube ich, haben wir die Fehler, die wir gemacht haben, richtig analysiert. Das Problem war nur, dass es keine Konsequenzen hatte in unserem politischen Handeln.

(Beifall)

Es hatte damals keine Konsequenzen, sondern wir haben so weitergemacht, als wäre nichts passiert. Und das ist es, auf das es diesmal ankommen muss: Wir brauchen den Mut, liebe Genossinnen und Genossen, etwas zu ändern, weil wir seit Jahren oder sogar Jahrzehnten über die Schere zwischen Arm und Reich reden. Es gelingt uns aber mit unserer Politik nicht, sie zu schließen. Wir brauchen den Mut, über die Zukunft Europas zu reden. Ich bin Martin Schulz heute dankbar dafür, dass er zwei konkrete Punkte genannt hat, wenn wir über die Zukunft der Europäischen Union reden.

Ich bin ihm auch dankbar, dass er heute im Zusammenhang mit der AfD das Kind beim Namen genannt hat. Es sind Rechtsextremisten, die da im Bundestag sitzen. Das mag nicht auf alle Wählerinnen und Wähler von ihnen zutreffen, aber auf sie schon.

Dafür werden wir ganz bestimmt Zeit brauchen. Und diese Zeit werden wir uns auch nehmen müssen, um uns thematisch wieder aufzustellen. Und dafür ist die Methode Basis statt Basta ganz bestimmt die richtige. Deshalb tut es dann auch!

(Beifall)

Und wenn umgesetzt wird, was heute angekündigt wurde, nämlich dass es wieder normal werden soll in der SPD, dass man ganz eng mit der Basis verhandelt sein wird, dann freue ich mich darauf. Denn ich glaube, alle haben gemerkt, wie gut die Regionalkonferenzen den Mitgliedern der Basis getan haben. Wenn das wieder eine gängige Übung wird, wird das für die Sozialdemokratie gut sein. Und dann entsteht auch wieder Vertrauen der Basis in die Spitze der Partei. Darüber wurde heute auch schön öfter geredet.

Ich glaube letztendlich, dass es uns nicht retten wird, wenn nur der Vorsitzende oder nur der Parteivorstand nach vorne gehen. Es wird uns alle brauchen. Wir alle, die ganze SPD, liebe Genossinnen und Genossen, müssen rauf auf die Bühne und den Menschen zeigen, wer die gestaltende Kraft für die Zukunft dieses Landes ist. Dann wird das gut. Es kommt auf uns alle an.

Vielen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Danke Uli. - Das Wort hat Simone, und bereit hält sich Achim Poß.

SIMONE BURGER, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen, das meistgehörte Wort des Tages ist Mut. Ich würde euch vorschlagen: Fangen wir damit an! Lasst uns mutig sein! Lasst uns hier und heute beginnen, und zwar beim IA 3. Lasst uns mutig sein bei den Themen, die wir in diesen Gesprächen ansprechen wollen. Der

Partei Vorstand hat beschlossen, dass Grundlage der Gespräche das Regierungsprogramm sein soll. Das finde ich falsch. Wenn wir das „SPD erneuern“ wirklich ernst nehmen, dann müssen wir auch über unser Regierungsprogramm sprechen. Wir müssen darüber sprechen, ob wir nicht zu zaghaft, zu wenig radikal, zu wenig klar waren, und ob wir diese Erkenntnis nicht auch gleich mit in die Gespräche nehmen sollten.

Ich möchte zwei für mich essenzielle Themen nennen. Das erste ist Wohnen; das zweite ist Rente. Um euch einen kleinen Einblick in die Münchener Situation zu geben: Eine große Brauerei hat ihr Gelände geräumt. Bis 2023 werden dort in München 1.500 Wohnungen gebaut. Im September kostete die 100-m²-Wohnung in diesem Neubaugebiet 1 Million Euro. Drei Monate später hat dieselbe Investmentfirma eine neue Preisliste rausgebracht und gesagt: Die Nachfrage ist so gut, wir erhöhen die Preise um 15 Prozent. Jetzt kostet die Drei-Zimmer-Wohnung mit 85 m² 1 Million Euro. Und die Frage ist: Reichen unsere Antworten aus dem Regierungsprogramm aus, um wirklich den Menschen in München eine Antwort zu geben? Haben wir wirklich alles, um das Thema aufs Tapet zu bringen? Nein! Es fehlt das Thema Boden, es fehlt die Frage, wie wir die Spekulationen dort abschöpfen.

(Beifall)

Es fehlen klare Ansagen zum Thema Umlage, und es fehlen klare Ansagen zum Thema Mietspiegel und Mietpreisbremse, und die brauchen wir hier im Süden und in vielen anderen Teilen Deutschlands dringend.

Das zweite Thema, das mir wichtig ist, ist das Thema Rente. Reicht die Stabilisierung des Rentenniveaus wirklich als Forderung, damit wir das, was wir eigentlich als Sozialdemokratie wollen, nämlich das Leben der Menschen besser machen, wirklich erreichen können? Es reicht nicht. Denn wir wissen, dass die Lücke nicht durch private Vorsorge gefüllt wird. Riester funktioniert nicht, viele Menschen können sich kein Wohneigentum mehr leisten, und eine Lebensversicherung hat gerade einen Garantiezins von 0,9 Prozent. Und trotzdem verharren wir bei Stabilisierungen. Wir als Bayern haben beim Regierungsprogramm 50 Prozent vorgeschlagen. Und ich finde, wir sollten auch mit diesen 50 Prozent in die Gespräche reingehen. Das Ziel muss 50 Prozent beim Rentenniveau sein,

(Beifall)

um wirklich einen Schritt nach vorne zu machen, um wirklich das Leben der Menschen besser zu machen. Lasst uns über die Inhalte und die Themen streiten, es lohnt sich!

Danke schön.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Simone. - Das Wort hat Achim. Es hält sich bereit: Hilde Mattheis.

ACHIM POST, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Genossinnen und Genossen, die Vorsitzende der Grundwertekommission, die mir gegenüber sitzt, Gesine Schwan, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Reiner Hoffmann, und der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, Martin Schulz, haben alle, wie viele Delegierte, in den letzten Stunden betont, wie wichtig Europa für die SPD ist, wie wichtig Deutschland für Europa ist. Ich will hier eine einzige Frage beantworten: Warum guckt heute ganz Europa, warum gucken alle Schwesterparteien von Lissabon bis Helsinki und von Athen bis Dublin nach Deutschland, nach Berlin auf diesen Bundestag?

Ich will euch die Antwort darauf geben: Liegt es daran, dass Deutschland groß ist? - Ja, natürlich! Liegt es daran, dass die SPD richtig ist? - Aber selbstverständlich! Liegt es daran, dass unsere Schwesterparteien Eigeninteressen haben und sich was davon versprechen, was wir hier machen? - Das ist so, natürlich! Die machen Politik, die müssen Politik machen.

Aus meiner Sicht gibt es aber noch einen ganz anderen Grund. Vor allem unsere Schwesterparteien, auch die, die regieren – die gibt es nämlich auch; es gibt nicht nur Parteien, die verlieren, es gibt auch Parteien, die regieren, haben bis vor zwei Wochen, bis zum Scheitern von Jamaika gesehen, dass wieder ein Gespenst umging in Europa, und dieses Gespenst hatte einen Namen: Christian Lindner, liebe Genossinnen und Genossen. Die wussten ganz genau: Wenn die FDP und ihr Vorsitzender das Schicksal Deutschlands bestimmen, bestimmen sie damit auch das Schicksal Europas, und dann wäre all das, was vor drei Wochen auf dem Sozialgipfel in Göteborg auf Einladung des schwedischen Ministerpräsidenten, des Sozialdemokraten Stefan Löfven, lange Jahre IG-Metall-Vorsitzender, vorgeschlagen worden ist an Rechten für Arbeitnehmer und an neuen Gesetzgebungen im Interesse der Arbeitnehmerschaft, hinfällig gewesen. Und auch das, was Macron vorgeschlagen hat, und das, was gestern auf Vorlage des sozialistischen EU-Kommissars Moscovici zur Reform der Eurozone vorgeschlagen wurde, wäre hinfällig gewesen.

Und da geht es, liebe Genossinnen und Genossen, um Dinge, die nicht nur morgen oder übermorgen gelten, sondern für die nächsten zehn Jahre. Bei der Reform der Eurozone geht es um die neue Architektur des Euro, um die Frage, ob wir wegkommen von Spardiktaten aus Deutschland und hinkommen zu mehr Investitionen, mehr Beschäftigung und mehr Wachstum, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Letzter Punkt: Die gucken auch deshalb nach Deutschland, weil unsere Schwesterparteien mal sehen wollen, was die SPD in einer Situation macht, die sie bei sich schon viele Jahre haben - manche schon mehr als zehn Jahre -, dass nämlich nicht nur 3, 4 oder 5 Parteien im Parlament sind, sondern, 6, 7, 8 oder 10. Das, was wir hier machen, machen die auch immer. Ich war auf vielen Parteitag, wo darüber gestritten wurde, was man eigentlich mit diesem Wahlergebnis macht, wie man eigentlich mit diesem Wahlergebnis umgeht. Und da gibt es - ich will das mal umdrehen - viele Möglichkeiten. Wir tun manchmal so, als gäbe es gar keine. Aber es gibt viele Möglichkeiten. Gesine hat von Kenia geredet. Natürlich gibt es auch Nachteile einer Kenia-Koalition. Stichwort „Minderheitenregierung“ - da sagen bei uns viele: Das geht auf keinen Fall. - Ich nenne mal das Beispiel Lissabon, das Gesine angesprochen hat. Unser Kollege António Costa hat auch eine Minderheitenregierung, die wird von einem orthodoxen kommunistischen Block und einem neomarxistischen Linksblock toleriert; das ist auch nicht einfach.

Deshalb unterm Strich: Lasst uns nichts verbauen; lasst uns alles offen halten! So, wie ich 2013 auf dem Parteitag dafür war, Rot-Rot-Grün offen zu halten, bin ich jetzt dagegen, die Große Koalition grundsätzlich auszuschließen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Achim. - Das Wort hat. Hilde. Es bereit sich vor: Kaweh Mansoori aus Hessen-Süd.

HILDE MATTHEIS, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will gerne an das anknüpfen, was Achim Poß gerade gesagt hat. Er hat nämlich Portugal genannt und den Blick nach England, Großbritannien, nicht gewagt. Aber überall da, wo Genossinnen und Genossen wirklich mutig waren und sind, Wagnis für linke Politik einzugehen, sind sie erfolgreich.

(Beifall)

Gute Beispiele, finde ich! Und überall da, wo sie ihre Standpunkte verloren haben, ihre sozialdemokratische Ausrichtung und ihr Koordinatensystem, sind sie in die Einstelligkeit gewandert.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich persönlich kann mir nicht vorstellen, einen ordentlichen Erneuerungsprozess hinzubekommen, die Bürgerversicherung zu wollen und auszugestalten nach dem Motto „Alle zahlen ein, und alle Einkommensarten werden bebeitragt“, und mich gleichzeitig in der Groko mit der Parität zufriedengeben zu müssen.

Das kann ich mir nicht vorstellen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es noch einmal dazu kommt, was wir in den letzten vier Jahren erlebt haben, nämlich dass wir um eine Erbschaftsteuer ringen, die dann so aussieht, dass man die oberen Vermögen schont, aber durch eine Erbschaftsteuer weniger als durch die Tabaksteuer erzielt. Das kann ich mir nicht vorstellen. Wie sollen wir diesen Spagat hinkriegen, auf der einen Seite zu sagen, wir wollen uns inhaltlich klarer positionieren, weil eine Unklarheit uns in diese Situation gebracht hat? In 2009, 2013, auch jetzt 2017 ist es der zentrale Punkt der inhaltlichen Glaubwürdigkeit, die uns zu schaffen gemacht hat. Diese inhaltliche Glaubwürdigkeit kriegen wir nicht hin, indem wir von Kompromiss zu Kompromiss zu Kompromiss in einer GroKo wieder wandern.

(Beifall)

Erinnert euch an den Koalitionsvertrag 2013. Wie stolz waren wir, dass wir alle möglichen Punkte aufgeführt haben. Wie stolz waren wir wirklich. Es wurde rauf und runter in den Medien kommuniziert: sozialdemokratische Handschrift. Sozialdemokratische Handschrift, die aber im Laufe der Jahre in vielen Punkten bis hin zur Unkenntlichkeit verwässert ist. Ich glaube, an diesem Punkt sind wir jetzt. Es geht auch noch schlimmer als 20,5 Prozent. Die Skala nach unten ist geöffnet. Von daher, liebe Genossinnen und Genossen, finde ich, wir müssen jetzt an diesem Punkt hier heute uns nicht weiter vor einen Flaschenhals ziehen lassen, der da heißt: Gehen wir mal Schritt für Schritt womöglich in eine Große Koalition, sondern lasst uns hier wirklich - das Wort „Mut“ hat hier heute ja Hochkonjunktur - mutig sein und sagen: Leute, nein, eine Große Koalition tut nicht nur der Demokratie nicht gut, tut nicht nur auf Dauer unserem Land nicht gut, ist auch kein Bollwerk gegen rechts, sondern ist auch eines, das uns als Volkspartei, als linke Volkspartei, abschleift. Deshalb bitte ich euch herzlich, dem Antrag der Jusos zuzustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Hilde. Das Wort hat Kaweh, und es hält sich bereit Natascha Kohnen aus Bayern.

KAWEH MANSOORI, HESSEN-SÜD:

Genossinnen und Genossen, warum wählen uns denn die Leute? Die wählen uns doch nicht, weil die uns als Juniorpartner in der Regierung haben wollen. Sie wählen uns auch nicht, weil sie uns in der Opposition haben wollen. Sie wählen uns doch in erster Linie, weil sie uns zutrauen, dass wir einen Plan für die Zukunft haben und dass wir ihr Leben ein Stück weit besser machen. Die Leute wählen uns am Ende unserer Inhalte wegen, liebe Genossinnen und Genossen.

Deswegen ist es, glaube ich, gut, dass wir nach zehn Wochen Politikabstinenz im Land endlich wieder den Blick auf die inhaltliche Debatte und darauf lenken, wo es denn inhaltlich im Land hingehen soll, auf die Auseinandersetzung: Wofür stehen denn wir, und wofür stehen die anderen?

Die erste Frage werden wir heute beantworten - Martin hat auch in seiner Rede viele Dinge gesagt, die ich nur unterschreiben kann -, indem wir eben Punkte voranstellen wie „gute Arbeit“, wie „faire Löhne“, wie „sichere Renten“, „Wohnen, das sich jeder leisten kann“ und am Ende auch ein „soziales Europa“.

Aber, Genossinnen und Genossen, zur Ehrlichkeit gehört doch auch dazu, mal einen Blick darauf zu lenken, was denn die anderen eigentlich wollen. Was will denn die Union? Für die ist Ausbeutung okay. Für die Union gilt, Löhne gehen uns nichts an. Die Union sagt, Mieten regelt der Markt. Und Europa, Genossinnen und Genossen - das ist heute auch schon mehrfach zur Sprache gekommen -, da waren es doch sie, die in Griechenland dafür gesorgt haben, dass auch wirklich alles verhökert worden ist, was nicht niet- und nagelfest war, Genossinnen und Genossen. Die Hürden zu den anderen sind doch riesig groß. Deswegen finde ich, sollten wir als diejenigen - ich gehöre auch dazu -, die die Große Koalition nicht wollen, uns nicht so klein machen und nicht so tun, als sei das alles schon beschlossene Sache und als wäre das alles nur ein Zwischenschritt zur Großen Koalition. Nein, Genossinnen und Genossen, wenn wir die Inhalte ernst nehmen, dann ist das Thema Große Koalition morgen nicht wahrscheinlicher als heute.

Am Ende geht es auch nicht um Regierungsbeteiligung, ja oder nein, sondern es geht um das große Ganze. Es geht darum: Wohin geht unsere Demokratie? Es geht darum, wie wir wieder den Wettstreit organisieren um die besten Ideen. Es geht darum, wie wir dafür sorgen, dass die Ränder nicht immer größer werden. Und am Ende gilt: Inhalte statt Koalitionsdebatten. Wenn wir das beherzigen, Genossinnen und Genossen, dann muss uns auch nicht bange sein vor dem, was kommt.

Vielen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Kaweh. Das Wort hat Natascha. Danach käme Sebastian Roloff, der zurückgezogen hat.

(Beifall)

Diesen Applaus könnt ihr auch zwei Weiteren spenden, die bereits gesagt haben, dass sie zurückgezogen haben, um einfach hier ein bisschen schneller die Debatte voranzubekommen. Dort sehe ich auch noch einen Geschäftsordnungsantrag. Kleinen Moment, Natascha.

NATASCHA KOHNEN, BAYERN:

Ja, gern.

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Oder, entschuldige bitte, ich finde, zur Höflichkeit sollten wir jetzt Natascha das Wort geben, und dann bist du dran. Das habe ich eben verkehrt herum gemacht. Natascha, erst mal bist du dran.

NATASCHA KOHNEN, BAYERN:

Vielen Dank, Manuela. Liebe Genossinnen und Genossen, um eines mal vorweg festzustellen: Ich bin kein Freund der Großen Koalition.

(Beifall)

Das stimmt. Aber heute - und dieser Satz hat mich hier nach vorne gebracht - hat jemand gesagt, wir seien der Bettvorleger von Angela Merkel. Liebe Leute, ich bin kein Bettvorleger von Angela Merkel, und ich hoffe, hier drin ist es niemand.

(Beifall)

Mir fehlt aber echt das Selbstbewusstsein bei uns heute hier in dieser Debatte. Ich sage euch nämlich mal eines: Wenn ich zu Gesprächen an einen Tisch gehe, dann lege ich die Inhalte auf den Tisch und sage: So, was hat mein Gegenüber mir anzubieten? Wenn das kein Ergebnis ergibt, das mich befrie-

digt, mit dem ich klarkomme, dann stehe ich auf und gehe. Ich glaube, das wird jeder tun. Das wird die Parteiführung tun, und das wird die Partei selber tun. Jedes einzelne Mitglied hat diese Freiheit. Da sollten wir uns nicht kleiner machen, als wir sind. Geht doch mal mit Selbstbewusstsein an die ganze Sache ran!

(Beifall)

Wir können doch über unsere Inhalte diskutieren. Wir haben jetzt die Chance, die politische Debatte in diesem Land zu bestimmen. Wenn wir an diesem Tisch sitzen, haben wir die Chance, Themen zu setzen, und das müssen wir machen mit Sachlichkeit, mit Ernsthaftigkeit und mit Nachvollziehbarkeit.

Ich sage euch eins: Ich werde in Bayern einen Kampf mit dem Söder führen, genau für diese Sachlichkeit; denn das haben die nicht mehr drauf.

(Beifall)

Deswegen sage ich euch eins: Rein in die Gespräche! Ich habe damit kein Problem. Am Schluss werden wir gemeinsam entscheiden, wie es weitergeht. Wir können das mit Selbstbewusstsein und mit Haltung machen. Das ist das, was ich von uns erwarte und nichts anderes.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Natascha. Für deinen Kampf mit Söder hast du unsere volle Unterstützung; darauf kannst du zählen.

Jetzt kommen wir zum Geschäftsordnungsantrag.

FALKO MOHRS, BRAUNSCHWEIG:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir führen eine sehr richtige, aber natürlich auch für uns sehr wichtige Debatte. Ich glaube, es ist gut, dass wir uns dafür inzwischen viele Stunden Zeit genommen haben. Ich habe aber schon den Eindruck, dass die Argumente von beiden Seiten inzwischen sehr klar geworden sind und, ich glaube, auch verständlich waren. Damit würde ich an der Stelle beantragen, dass wir die Generaldebatte beenden und in die Beratung des eigentlichen Antrags einsteigen; denn auch da haben wir ja noch ein bisschen was abzustimmen. Das wäre mein Wunsch. Dann haben wir auch Zeit für die ganzen Anträge, die noch vor uns liegen.

Danke schön.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Danke schön. Da gibt es einen Geschäftsordnungsantrag und ich sehe, glaube ich, Gegenrede. Dann kommst du bitte nach vorne. Seid so freundlich und sagt euren Namen; denn es liegt hier nichts vor. Deswegen kann ich euch auch nicht so richtig begrüßen.

ANDREA SCHIELE, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben uns verabredet, dass wir heute hier eine ausführliche Aussprache machen möchten. Wir möchten mehr Basisnähe herbeiführen.

(Beifall)

Dazu gehört, auch wenn manche Dinge zum zehnten Mal gesagt werden, dass alle, die sich angemeldet haben, eine Chance haben, sich an der Debatte zu beteiligen. Es haben alle frühzeitig ihre Redezettel abgegeben, und es kann nicht sein, dass ein willkürlicher Schnitt erfolgt. Vielleicht ist ja der letzte Beitrag derjenige, der etwas für uns bringt. Basisbeteiligung heißt, jetzt weiterreden dürfen.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

So, dann würde ich vielleicht einfach nur die Fakten sagen wollen: Wir sind ungefähr noch bei 45 Rednern. Drei hatten ja zurückgezogen, und wir sind ungefähr bei 45 Rednern à drei Minuten.

Ich weiß nicht, ob ein Kompromiss in der Sache sein könnte, dass wir sagen: „Nicht sofort Ende der Debatte“, aber dass wir uns vielleicht ein zeitliches Limit geben.

(Vereinzelt Beifall)

Ein zeitliches Limit könnte zum Beispiel sein, dass wir sagen: Wir beraten ab jetzt noch eine halbe Stunde. - Ihr könnt ja darüber abstimmen.

Leute, es gibt im Grunde einen Geschäftsordnungsantrag - einmal pro und einmal contra. Darüber müssen wir jetzt eh abstimmen. Ich wollte jetzt nur noch einmal vielleicht als eine Brücke sagen: Ende der Debatte müsste nicht „sofort“ heißen, sondern wir könnten uns auch ein zeitliches Limit geben. Aber ich lasse jetzt erst einmal über die Variante abstimmen.

Ich frage vorher noch einmal diejenigen, die Ende der Debatte gefordert haben, ob es für euch sofort heißt oder ob ihr ein zeitliches Limit vorgebt. - Also, von da kommt: nicht sofort Ende der Debatte, sondern ein zeitlicher Kompromiss.

Dann würde ich über den Antrag auf Ende der Debatte mit einem zeitlichen Kompromiss abstimmen lassen wollen. 18 Uhr wäre mehr als eine halbe Stunde. Jetzt könnt ihr einfach entscheiden, wie ihr es haben wollt, ob wir uns eine zeitliche Frist geben oder ob wir komplett alle Redner hier noch rannehmen. Die Entscheidung steht jetzt auch jedem frei. Deswegen würde ich bitten, dass wir das jetzt auch ohne irgendwelchen Groll machen.

Also, Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte um 18 Uhr: Wer ist dafür? - Wer ist dagegen? - Das Erste ist die Mehrheit.

(Vereinzelt Beifall)

So, dann machen wir weiter in der Debatte mit Nadia Khalaf, und es bereitet sich vor: Carsten Sieling.

NADIA KHALAF, AG MIGRATION UND VIELFALT:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Ich stehe hier für die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt und konnte deshalb nicht zurückziehen. Also müssen wir deshalb jetzt gemeinsam da durch. Ich gebe mir aber Mühe, mich kurzzufassen.

Als Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt sprechen wir uns ganz klar gegen eine GroKo aus.

(Vereinzelt Beifall)

Aus unserem Themenblickwinkel, der Migration, können wir einer neuen GroKo nicht zustimmen. Zu viele Kompromisse wurden in der letzten GroKo eingegangen. Hier nenne ich beispielsweise die Asylpakete, welche für uns wirklich dicke Kröten waren und heute noch im Halse stecken. Wir möchten nicht mehr, dass die SPD solche Kompromisse mit zu verantworten hat.

Zu lange haben wir die Dominanz im Themenfeld Migration der CDU und CSU überlassen. Wir wollen keine faulen Kompromisse bei den Themen Obergrenze, Familiennachzug oder Abschiebung in Kriegsgebiete - und nach Syrien schon mal gar nicht.

(Vereinzelt Beifall)

Gefreut haben wir uns vorhin, als Martin noch einmal ganz deutlich gemacht hat, dass es keine Obergrenze geben kann. Doch wir wollen nicht ständig nur über Themen der Asylpolitik diskutieren, zu denen wir längst gute Beschlüsse gefasst haben. Hier erwecken wir permanent den Eindruck, die unnötigen Erwartungen ständig neu zu überdenken, und hierüber halten wir die Debatten der Rechten am Leben.

Wir wollen wieder eine gute und nachhaltige Politik gestalten, in der es darum geht, dass alle Menschen - auch die mit Einwanderungsgeschichte - einen Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir wollen eine Politik, die Teilhabe und Chancengleichheit für alle Menschen ermöglicht. Aber diese Politik ist mit der CDU und der CSU leider nicht umzusetzen.

Aus diesen und vielen weiteren Gründen für eine gute Integrationspolitik sprechen wir uns gegen eine erneute GroKo aus und fragen euch: Ist es nicht unsere oberste staatspolitische Pflicht, die AfD nicht zur Oppositionsführung zu machen?

In diesem Sinne: Glück auf!

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Der nächste Redner, Carsten Sieling, hat zurückgezogen. Vielen Dank dafür. - Das nächste Wort hat Katja Pähle, und es hält sich bereit: Ralf Stegner.

KATJA PÄHLE, SACHSEN-ANHALT:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich an dieser Stelle - das heißt, schon vor ein paar Stunden - zu Wort gemeldet, weil ich etwas zu der Idee einer Kenia-Koalition sagen möchte. Ich bin nämlich Fraktionsvorsitzende in dem Bundesland, wo wir das seit eineinhalb Jahren einüben, und ich sage euch: Es ist nicht vergnügungssteuerpflichtig.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist alles andere als eine einfache, als eine konfliktlose oder gar Wunschkonstellation. Die SPD in Sachsen-Anhalt war vor eineinhalb Jahren in einer ähnlichen Situation wie wir jetzt hier auch. Wir hatten dramatisch verloren, und die Große Koalition davor war abgewählt. Die Oppositionsrolle erschien auch uns als die, in der wir unseren Landesverband viel besser aufbauen, erklären und aufarbeiten können. Es gab aber einen Unterschied zu der Situation jetzt im Bund: Sachsen-Anhalt hatte keine Alternative außer dieser oder einer Koalition aus CDU und AfD. Und diese Verantwortung, das Land in diese Rolle zu treiben, konnten wir nicht übernehmen.

Wir haben heftig miteinander diskutiert. Wir haben zwei Parteitage und viele Regionalkonferenzen abgehalten. Wir haben über die Roten Linien vorab abgestimmt, mit denen wir in Verhandlungen gegangen sind - aus Verantwortung vor der Demokratie. Das ist ein hehrer Anspruch - das weiß ich -, und die Ergebnisse sind eher kleinteilig; denn die Zusammenarbeit dreier so unterschiedlicher Partner setzt keineswegs immer innovative Energien frei. Das haben die Jamaika-Sondierungen ebenfalls gezeigt. Und ich weiß nicht, wie die Grünen mit uns und der CDU verhandeln würden, haben sie doch bei Jamaika schon sehr, sehr viele Kompromisse in Richtung CSU gemacht. Ich weiß nicht, ob uns das hilft.

Ich sage aber auch nach einer so langen und andauernden Diskussion unter uns: Ja, für jede Genossin, für jeden Genossen ist die Entscheidung heute eine Gewissensentscheidung. Wir wissen alle nicht, was passiert, wenn wir in eine Große Koalition gehen oder eben auch nicht. Ich bitte uns alle nur, ganz intensiv darüber nachzudenken.

Wenn es keine Vorfestlegung für eine GroKo gibt, dann gibt es aber auch keine dagegen. Dann lasst uns über die Inhalte streiten: kostenfreie Bildung von Kita bis Meister oder Master, Bürgerversicherung in Gesundheit, Pflege und Rente. Lasst uns über den Pakt für Europa, eine europäische Verfassung reden. Und ja, wagen wir es, zu sagen: Wir beziehen unsere Mitglieder nicht nur einmal ein, sondern auch in den Prozess. - Vielen Dank.

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Katja. - Das Wort hat Ralf, und die Nächste ist Heike Gebhard aus NRW.

RALF STEGNER, STELLVERTRETENDER PARTEIVORSITZENDER:

Liebe Genossinnen und Genossen! Was ich gut finde, ist, dass wir leidenschaftlich reden. Es geht schließlich um unsere Partei, die uns auch am Herzen liegt. Das kann man merken; das ist gut. Was mir nicht gefällt, ist, dass das Selbstbewusstsein so wenig vorhanden ist.

Lieber Kevin, ich kann die Große Koalition genauso wenig leiden wie du. Ich finde sie so attraktiv wie Fußpilz, um das einmal genau zu sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich muss euch aber zu Sätzen wie „Große Koalition ist Selbstmord“ sagen: Wie klein wollen wir uns denn mit dieser maroden konservativen Partei machen? Vor denen müssen wir uns doch nicht fürchten! Wir haben doch Inhalte anzubieten. Martin Schulz hat sie genannt.

(Vereinzelt Beifall)

Nur mit uns gibt es ein gutes Europa. Nur mit uns gibt es gute Arbeit in der digitalen Gesellschaft. Nur mit uns gibt es einen sozialen Zusammenhalt. Nur mit uns gibt es Kampf gegen Rechts. Das sind doch Inhalte, für die es sich zu kämpfen lohnt!

Und ich will euch eines sagen: „Ergebnisoffen“ heißt für mich, dass dieser Parteivorstand, den ihr wählt, politisch dafür haftet, dass das ergebnisoffen ist. Ich bekenne mich ausdrücklich dazu. Das heißt für mich auch, dass wir einen Parteivorstand wählen, dem wir dann auch trauen, und dass wir nicht von vornherein sagen: Wir trauen denen gar nicht.

Das war Mist mit der Großen Koalition; das Ergebnis war nicht gut. Aber warum gibt es diese Lage? - Weil die Merkel und der Lindner und der Özdemir und der Seehofer versagt haben.

Ohne die SPD geht nichts in Deutschland. Lasst uns doch die Möglichkeit nutzen! Lasst uns die Wege auskundschaften, die es gibt! Von Gesine gibt es Vorschläge. Auch von anderen gibt es Vorschläge. Von Malu Dreyer gibt es Vorschläge. Lasst uns das doch testen und lasst uns nicht in die Lage gehen, dass wir der Öffentlichkeit ein Bild des Jammers bieten!

Genossinnen und Genossen, ich will noch eines sagen: Die Lage ist wirklich schwierig. Aber vergleicht das einmal mit den Schwierigkeiten, die unsere Urgroßväter und Urgroßmütter zu bestehen hatten! Demgegenüber sind die Herausforderungen, die wir hier heute haben, doch ein Scherz!

(Beifall)

Das heißt: Ärmel aufkrepeln und etwas tun und nicht jammern! Deswegen muss ich euch ehrlich sagen: Wir sind doch ganz sicher, dass am Ende unsere Mitglieder entscheiden. Ich bin dafür, dass

wir beinhart mit der Union verhandeln. Wenn am Ende etwas dabei herauskommt, was wir tragen können – in welcher Form auch immer –, dann werden unsere Mitglieder zustimmen und ist es gut so! Dann verbessern wir etwas für die Menschen in diesem Land.

Willy Brandt hat gesagt: Politik taugt nur etwas, wenn sie das Leben der Menschen besser macht! - Das ist unser Auftrag. Wir sind nicht für uns selber da, sondern für die Menschen draußen sind wir da.

(Beifall)

Wenn das mit der Union nicht geht, weil sie nicht die Kraft hat, weil sie nicht sozial ist, weil sie rückwärtsgewandt ist, dann soll es scheitern. Dann können wir auch in den Wahlkampf gehen und uns mit denen darüber streiten, was der richtige Weg ist. Aber wenn wir gar nicht reden, wenn wir uns beschränken, dann ziehen die uns bei Neuwahlen das Fell über die Ohren. Das können wir nicht wollen, liebe Genossinnen und Genossen. Das dürfen wir nicht tun.

(Beifall)

Deswegen werbe ich dafür: Lasst uns selbstbewusst sein! Die Sozialdemokratie hat Kraft. Hier sitzen viele Menschen. 30.000 sind neu in unsere Partei gekommen. Lasst uns für unsere Inhalte kämpfen! Lasst uns beinhart mit den anderen verhandeln! Die sind in keiner guten Lage. Am Ende wird von den Mitgliedern entschieden, was geschieht. Da sind wir viel moderner als andere Parteien. Das ist der richtige Weg! Nicht jammern und nicht darum herumreden, nicht flüchten und nicht sagen: „Wir reden gar nicht!“ Wir sind stärker als die. Lasst uns das machen! Stimmt dem Antrag zu, den Martin hier eingebracht hat. - Vielen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Ralf. - Das nächste Wort hat Heike. Dann käme eigentlich Dagmar Schmidt, die zurückgezogen hat. Der Nächste wäre Frank Schwabe.

HEIKE GEBHARD, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Als am 24. September Martin Schulz vor die Kamera getreten ist und gesagt hat „Wir gehen in die Opposition“, bin ich sicher, haben wir alle, die wir hier versammelt sind, und haben wir auch vor Ort in unseren Gliederungen gesagt: Genau das ist richtig so! - Und was haben die Medien daraus gemacht? - Sie haben daraus gemacht, das sei eine einsame Entscheidung von Martin Schulz gewesen. So ist das in den Wochen danach kommuniziert worden.

Und was haben die Medien mit uns gemacht, als Jamaika gescheitert ist? - Sie haben gesagt: Und jetzt muss sich die SPD bewegen! - Nachdem Martin Schulz mit unserem Bundespräsidenten geredet und gesagt hat „Ja, wir werden uns Gesprächen nicht verweigern“, wurde wieder daraus gemacht: Martin Schulz fällt jetzt um!

Wie wollen wir uns eigentlich von den Medien treiben lassen?

(Beifall)

Wir haben hier heute Nachmittag genau diesen Handschuh aufgegriffen, der uns vor die Füße geschmissen worden ist. Wir streiten über das Endziel: Machen wir GroKo, ja oder nein, oder welche Form machen wir?

Wir sollten die Frage ganz anders angehen und nicht vom Ende her aufzäumen, sondern uns fragen: Warum ist es zu diesem Ergebnis am 24. September gekommen? - Wir alle haben Wahlkampf gemacht. Ihr werdet auch mitbekommen haben, dass trotz unseres guten Programms die Menschen vor Ort unser Programm bis zum Ende nicht kannten. Unser Programm hat in den Medien nicht statt-

gefunden. Ihr erinnert euch an die unsäglichen Fernsehdiskussionen, welche Fragen Martin Schulz bekommen hat. Er hatte keine Chancen, die Alternativen zu uns wichtigen Themen aufzuzeigen.

Darum, meine ich, haben wir jetzt eine Chance. Wir sollten heute keine Vorfestlegung treffen, sondern wir sollten die nächsten Wochen und Monate und die Blicke der Öffentlichkeit, die jetzt auf uns gerichtet sind, dafür nutzen, unsere Inhalte aufzuzeigen, und endlich Merkel und ihre Union zwingen, zu sagen, welche Inhalte sie haben. Lasst uns den Menschen doch einmal zeigen, welches die Unterschiede sind, damit der Vorwurf endlich aufhört, wir seien nicht unterscheidbar!

(Beifall)

Wir haben ganz andere Konturen. Nur wenn sie wieder deutlich und klar werden, können die Menschen dann anders wählen. Ich glaube, das müsste jetzt unser Ziel sein. Der Weg, den wir jetzt für Inhalte zu beschreiten haben, muss unser Ziel sein. Am Ende müssen wir vertrauensbildend gemeinsam miteinander abstimmen. Von daher bin ich froh, wenn wir das auf einem Parteitag tun, und bin ich froh, dass sowohl Andrea Nahles als auch Manuela Schwesig und andere hier gesagt haben, dass sie nicht an Funktionen, an Mandaten kleben, sondern da offen sind. Wir werden sie beim Wort nehmen. Diesen Vertrauensvorschuss sollten wir ihnen geben.

Lasst uns jetzt öffentlich eine inhaltliche Diskussion führen, damit die Menschen hinterher unsere Entscheidung nachvollziehen können! Das ist das Wichtigste, was wir heute zu tun haben. - Danke schön.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Heike. - Das Wort hat Frank, und Ruppert Stüwe hält sich bereit.

FRANK SCHWABE, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ein bisschen hat es das Schicksal so gefügt, dass ich einer der letzten Redner bin. Ich finde, wir haben heute hier eine sehr beeindruckende Debatte geführt, die wirklich der Sozialdemokratie zur Ehre gereicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich glaube, man muss sich klarmachen: Egal, was hier heute passiert, welcher Antrag wie auch immer beschlossen wird, hat das, was die Jusos und andere gemacht haben, jetzt schon auf diesem Parteitag ganz viel bewirkt. Das hat auch ganz viel an Eindruck in dieser Partei hier auf dem Parteitag nach draußen, aber auch bei den Bürgerinnen und Bürgern gefestigt.

Ich glaube, von diesem Parteitag kommen zwei Botschaften rüber. Die erste Botschaft ist: Wir sind offen für alle Gespräche, aber es gibt keinen Automatismus hin zu einer Großen Koalition, liebe Genossinnen und Genossen. Das hat der Parteitag in der Debatte heute deutlich gemacht.

Ich finde, es gibt auch keine Notwendigkeit zu diesem Automatismus. Wir sind in einer besonderen historischen Situation. Das haben alle Rednerinnen und Redner hier betont. Wenn wir eine besondere historische Situation haben, dann ist es auch richtig, sich ein bisschen Zeit zu nehmen und zu überlegen, ob es nicht auch besondere historische Antworten darauf geben kann jenseits von Neuwahlen oder Großer Koalition. Ich finde, dass es das, was hier als dritter, vierter oder fünfter Weg diskutiert wurde, wert ist, ausdiskutiert zu werden. Das hat auch ein paar Probleme. Wenn man das im Detail diskutiert, ist es alles gar nicht so einfach, das durchzuspielen. Aber ich finde, diese Zeit müssen wir uns nehmen, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist eine wichtige Botschaft dieses Parteitags.

Die zweite Botschaft ist: Wenn wir zum Beispiel mit der Union in Gespräche eintreten, dann muss sie wissen und wissen wir alle – das kann man „Misstrauen“ oder anders nennen – , dass es am Ende nicht nur einen Mitgliederentscheid gibt, sondern dass – ich nehme an, dass es eine große Mehrheit dafür gibt – noch einmal ein Bundesparteitag entscheidet, ob es am Ende nach ersten Gesprächen wirklich weitere Gespräche hin zu einer Großen Koalition geben soll. Das ist eine neue wichtige Hürde, die dieser selbstbewusste Parteitag gesetzt hat.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, ist es richtig, die Wege jetzt offen zu halten und zu sagen, dass es mehrere Optionen gibt, weil wir dann die Chance haben – ich glaube, die Leni hat das am besten gesagt – , wirklich über Inhalte zu diskutieren. Es macht nicht richtig Sinn, jetzt etwas scheitern zu lassen, wo es am Ende nur um moralisches Scheitern oder Nicht-Scheitern geht. Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns jetzt die Inhalte diskutieren! Lasst uns die Bürgerversicherung diskutieren! Lasst uns bessere, sichere Arbeitsverhältnisse, ein besseres Rentenniveau und alle diese Dinge diskutieren! Ich halte es für richtig, diesen Weg gemeinsam zu beschreiten.

In den letzten 15 Sekunden noch eine Bitte an alle, die demnächst Verantwortung tragen. Ich engagiere mich seit zwölf Jahren für das Thema Rot-Rot-Grün. Das ist nicht total einfach. Mit den Linken ist es total schwierig. Aber viele haben mir gesagt: Na ja, vielleicht hätten wir das doch einmal machen sollen! - Wir hatten dafür zweimal die Mehrheit im Deutschen Bundestag. Als es jetzt die Möglichkeit von Neuwahlen gab, haben sie aber wieder zurückgeschreckt und gesagt: Oh Gott, das können wir vielleicht doch nicht machen!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, dass wir dieses Thema endlich für uns erledigen müssen. Ich glaube, dass es richtig ist, dass die Menschen wieder eine Vorstellung davon haben, welche Politik sie bekommen, wenn sie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wählen. Ich glaube, wir sollten uns für ein solches Bündnis öffnen und das zukünftig auch aktiv in Wahlauseinandersetzungen vertreten. - Vielen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Danke, Frank. - Das Wort hat Ruppert. Der Nächste ist David Wade, Hessen-Süd.

RUPPERT STÜWE, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Viele von euch haben hier auch mit dem Thema Selbstbewusstsein argumentiert. Lasst mich dazu eine Anmerkung machen: Selbstbewusst waren wir auch am 24. September, als wir gesagt haben: Wir gehen nicht in eine Große Koalition!

(Beifall)

Da hat sich nichts geändert. Wir dürfen selbstbewusst sein und das nicht mit Demut vor dem Wahlergebnis verwechseln. Denn genau das ist der Unterschied. Das haben wir am 24. September gemacht: Wir haben dieses Wahlergebnis ernst genommen.

Das haben andere Parteien nicht gemacht.

Dann ärgert mich in dieser Debatte um eine große Koalition fast am meisten, dass ich überhaupt nicht das Gefühl habe, dass sich die Union auf den Weg macht in eine große Koalition. Ich habe in den letzten Tagen nur das Gegenteil von Gesprächsangeboten aus der Union gehört. Ich habe gesehen, dass sich Minister der Union für Interessen großer Konzerne einsetzen. Ich habe gehört, dass in der Union mittlerweile Konsens ist, dass es eine Obergrenze geben könnte, liebe Genossinnen und Genossen. Ich sehe da überhaupt keine Bewegung. Während wir hier ernsthaft um das Beste für

unser Land ringen, sehe ich in der Union nur eine Verweigerungshaltung. Das ist das erste, was sich ändern muss, bevor wir überhaupt weitergehen können.

(Beifall)

Dann muss ich meinem Vorredner danken. Denn er hat es geschafft, dass ich meine Redezeit kurz halten kann. Ich finde, wir sollten ernsthaft jetzt schon anfangen, im Deutschen Bundestag zu zeigen, dass es durchaus eine Alternative gibt zur SPD-Zusammenarbeit mit der CDU und Rot-Rot-Grün mit Anträgen und Ähnlichem schon jetzt flankieren, damit im Fall von Neuwahlen wir zeigen können, dass es einen Unterschied macht, wer regiert, und dass wir unterschiedliche Machtoptionen haben.

Jetzt lasst mich zum letzten Punkt kommen. Ich würde gerne für den Landesverband Berlin einen Änderungsantrag einbringen. Das ist auch vorher schon diskutiert worden, dass wir nach den Sondierungsgesprächen und vor Aufnahmen von Koalitionsverhandlungen eine Mitgliederbefragung machen.

(Beifall)

Denn ich glaube, dieses Thema ist es wert, dass die ganze Partei an diesem entscheidenden Punkt diskutiert. Entscheidend ist doch die Frage, wann wir uns wirklich auf den Weg in eine große Koalition machen. Wenn wir jetzt ergebnisoffen sondieren - und das glaube ich dem Parteivorstand, weil ich ihn wählen werde, und ich würde niemanden wählen, von dem ich das nicht glaube -, dann sollten wir doch mit einer Empfehlung, wenn der Parteivorstand dazu kommt zu sagen, ja, wir können in Koalitionsverhandlungen eintreten, dann sollten wir dazu kommen, die ganze Partei mitzunehmen. Deshalb werbe ich dafür: Stimmt diesem Änderungsantrag zu. Ich glaube, die Debatte auf dem Parteitag bewegt sich mit dem, was aus NRW gekommen ist oder aus Niedersachsen, schon in die richtige Richtung, dass eine größere Einbindung der Partei brauchen, wenn wir tatsächlich ernsthaft in eine Zusammenarbeit mit der CDU gehen wollen. - Vielen Dank.

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Danke, Ruppert, - Bevor ich David das Wort gebe, möchte ich euch um Folgendes bitten, insbesondere diejenigen, die hinten stehen und Gespräche führen. An uns wurde herangetragen von den Delegierten ganz hinten, dass es dort einen großen Geräuschpegel gibt. Ich habe die herzliche Bitte, wer diskutieren will, der tut es bitte draußen, denn es gibt hier viele, die dieser langen, aber, wie ich finde, intensiven und starken Debatte zuhören wollen. Bitte nehmt darauf Rücksicht!

Lieber David, du hast jetzt das Wort.

DAVID WADE, HESSEN-SÜD:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, dieser Tag dokumentiert ganz eindrücklich einen entscheidenden Unterschied zwischen uns und der Union: Das Land befindet sich in einer enorm schwierigen Situation. Aber wir nehmen uns hier den ganzen Tag Zeit und ringen darum, was die besten Lösungen für die Menschen im Land sind, und die Union schlägt sich in die Büsche und sagt ihren Inszenierungsparteitag ab. Das ist ein entscheidender Unterschied, liebe Genossinnen und Genossen, zwischen denen und uns.

(Beifall)

Ich finde, das kann man sehr selbstgewusst so feststellen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn das Wahlergebnis eines gezeigt hat, dann, dass die Menschen ein enormes Bedürfnis nach Auseinandersetzung im demokratischen Rahmen haben.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben vielfach festgestellt, es gibt keinen Automatismus zur großen Koalition. Das ist gut und richtig und den darf es auch nicht geben. Aber wir müssen bei dem weiteren Prozess das Wahlergebnis schon insofern sehr ernst nehmen, als dass wir für die Auseinandersetzung in der weiteren Debatte und im weiteren Prozess sorgen. Da sind wir nicht nur als Sozialdemokratie gefordert, da sind alle demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag gefordert. Aber liebe Genossinnen und Genossen, die CDU kann man da vergessen. Die haben sich ja erdreistet, in den Bundestagswahlkampf zu ziehen, ohne über die Rentenfrage zu diskutieren, weil sie gemeint haben, bis 2030 ist alles nicht geklärt.

Ich glaube, liebe Genossinnen und Genossen, das zeigt umso eindrücklicher, wie wichtig es ist, dass wir schon jetzt mutig und entschlossen in die Auseinandersetzung gehen. Wir haben einen gewählten Deutschen Bundestag. Lasst uns die neue Situation nutzen und in der Debatte aufzeigen, wo die Unterschiede liegen.

Um drei kurze Beispiele zu bringen: Es ist wichtig, jetzt schon deutlich zu machen, wer für einen handlungsfähigen Staat kämpft, der dafür sorgt, dass niemand zurückgelassen wird, weder die Kohlekumpel aus NRW, die vom Strukturwandel betroffen sind, noch die Siemensianer aus Görlitz, Offenbach oder Leipzig. Wir wollen einen Staat, der jedem eine Perspektive gibt. Das ist ein ganz entscheidender Unterschied zu den Konservativen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Oder lasst uns darüber reden, wer wirklich den Mut besitzt, internationalen Großkonzernen die Stirn zu bieten und wer Europa als Teil der Lösung und nicht als Teil des Problems begreift, liebe Genossinnen und Genossen, oder wer für wirklich sichere Renten sorgen will und wer, wie die Union, die Generationen gegeneinander ausspielt.

Die Debatte heute hat eines gezeigt: Es gibt keinen Automatismus und es gibt viele Alternativen zu einer großen Koalition. Lasst uns in der aktuellen Situation in dem Bewusstsein, dass die Menschen wirkliche Auseinandersetzungen haben wollen, die Chancen begreifen, die in der Situation gerade begründet sind. Die Situation gibt nämlich die Chance, altbekannte Pfade zu verlassen, das Parlament zu stärken und zu beleben und einfach mal ganz praktisch mehr Demokratie zu wagen.

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst uns mutig auch neue Wege gehen in diesem ergebnisoffenen Prozess. Glück auf, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Danke, David. - Zurückgezogen hat Michaela Engelmeier, damit noch mehr Basis zu Wort kommt. Vielen Dank dafür. Der nächste der auf der Liste steht, ist Michael Roth. Bereit hält sich Daniela de Ridder.

MICHAEL ROTH, HESSEN-NORD:

Vielen Dank, liebe Manuela, für den Hinweis, dass ich auch zur Basis gehöre.

Liebe Genossinnen und Genossen, Johann Saathoff, Sigmar Gabriel, Lars Klingbeil, Michael Roth, Michelle Müntefering und Michael Groß gehören einem sehr exklusiven Club an. Es sind die einzigen Bundestagsabgeordneten, die bei der jüngsten Bundestagswahl ein Erststimmenergebnis von über 40 Prozent erzielt haben. Das sollte uns zu denken geben. Ich bin darauf vielleicht ein bisschen stolz. Aber daraus müssen wir Kampfgeist entwickeln. Wir dürfen uns mit solchen Ergebnissen in den Herzkammern der Sozialdemokratie nicht zufriedengeben. Die Hochburgen der SPD schrumpfen.

Deshalb kann es jetzt nur eines geben: Wir müssen kämpfen. Jeden Tag müssen wir Wahlkampf führen. Deshalb ist es jetzt wichtig, dass wir immer darüber nachdenken, welche Konsequenzen könnte unser Handeln haben. Wenn wir verzagt sind, wenn wir mutlos sind, wenn wir nicht inhaltlich uns auseinandersetzen, dann wird das nichts.

Wir müssen uns bei jedem Schritt, den wir jetzt tun - wir betreten ja in vielerlei Hinsicht Neuland -, überlegen: Können wir am Ende Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass sie uns wieder vertrauen können. Sie können uns nur vertrauen, wenn wir deutlich machen, ja, wir stehen für Inhalte, wir wollen etwas, wir wollen Europa erneuern, wir wollen gegen die Nationalisten und Populisten die liberale, offene Gesellschaft verteidigen, wir wollen ohne Angst verschieden sein. Das ist der Anspruch in Deutschland, in Europa. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger schützen. Und wir wollen den Kapitalismus in einer globalisierten Welt zügeln, menschlich, demokratisch und nachhaltig.

Ich wüsste nicht, wer das ansonsten tun könnte, außer einer SPD, die auch in schwierigen Zeiten bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Deshalb ist es gut, dass wir jetzt jede Option vorurteilsfrei prüfen, dass wir darum ringen, wie können wir Bestand haben und wie können wir wieder stärker werden.

Neuwahlen, darüber ist gesprochen worden, Minderheitsregierung, Tolerierung einer Minderheitsregierung. Aber eben - und das ist mein Anspruch - auch gerade für Europa: Ich will, dass dieser Politikwechsel in Europa gelingt. Ich glaube, dass er nur gelingen kann über verbindliche, konkrete Absprachen.

Aber bei allem Streit, eines muss auch klar sein: Die SPD muss sich weiter erneuern. Dabei muss gelten: Gleich wo und wie wir Verantwortung übernehmen, ob Verantwortung in der Opposition oder Verantwortung in einer Regierung bei allen Schwierigkeiten.

Eines besorgt mich am meisten. Wir brauchen wieder einen Resonanzboden. Es reicht nicht, wenn wir alleine über unsere politischen, sozialen und gesellschaftlichen Erfolge reden. Wir brauchen Mitstreiterinnen und Mitstreiter in der Zivilgesellschaft, in der Kultur, in der Wissenschaft, in der Gewerkschaftsbewegung, in den Kirchen. Nur wenn wir diese Bündnispartnerinnen und Bündnispartner in der Gesellschaft haben, dann können wir auch wieder stärker werden. Es muss unser Anspruch sein, wieder stärker nach außen zu treten. Wir müssen uns öffnen. Wir müssen auch die Kritik, die aus der Gesellschaft kommt, ernst nehmen, damit auch wir wieder ernst genommen werden.

(Zurufe: Redezeit!)

Ich habe den Eindruck, wir müssen cool, frisch, bunt, authentischer werden, aber vor allem auch weiblicher. Und, Genossinnen und Genossen, da geht noch mehr.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Danke, Michael. - Das nächste Wort hat Daniela. Bereit hält sich Hans Eichel.

DANIELA DE RIDDER, WESER-EMS:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Martin, ich habe mich hier zu Wort gemeldet, weil ich dir ausdrücklich danken will, dass du die Sexismus-Debatte angesprochen hast. Die ist heute viel zu kurz gekommen, meine ich. Du hast mit deinen Worten bewiesen, dass auch Männer Feministen sein könnte. Ich hoffe, dass du im Saal hier viele Männer mit genau diesem Gedankengut auch ansteckst.

Wenn wir über die Erneuerung unserer Partei reden, liebe Genossinnen und Genossen, dann können wir gleich morgen damit anfangen, wenn wir unseren Parteivorstand wählen, nämlich möglichst viele Frauen in dieses hohe Gremium, das über unsere Inhalte bestimmt, und um die geht es. Es geht

darum, möglichst viele Frauen in dieses Gremium zu wählen und vor allem auch diejenigen Männer, die das unterstützen. Das ist mir ein ganz wichtiges Anliegen.

Ja, Thorsten hat vorhin gesagt, wir haben einen Wahlkampf unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit“ geführt, und er hat gefragt: War das falsch? Nein, das war überhaupt nicht falsch. Aber es war zu ungenau und zu unpräzise. Gerade aus feministischer Sicht muss man das noch mal deutlich machen. Unsere Rentenpolitik darf nicht nur Männer, die mit einer ungebrochenen Biografie werktätig waren, belohnen, sondern die muss auch auf die Frauenbiografien gucken, und die sind doch gebrochen und gestückerelt. Für die haben wir viel zu wenig getan. Ja, Manuela und auch Katarina haben viel für die Alleinerziehenden getan. Da müssen wir doch weitermachen. Ich habe hier viel gehört: Über das Inhaltliche sprechen. Genau das sind doch aber die Punkte, die wir noch mal deutlich betonen müssen.

Ich bin aber nicht nur als Feministin in der SPD. Ich bin hier auch, liebe Leute, als Antifaschistin. Mein Vater war belgischer Widerstandskämpfer. Der dreht sich im Grab, wenn er sehen würde, dass seine Tochter in einem Parlament sitzt, wo wir mit 153 Abgeordneten sitzen, aber die AfD mit 92. Macht euch doch mal die Zahlen klar! Das sind zwei Drittel unserer Personenstärke. Das ist doch eine Schande!

Und jetzt bitte ich die, die alle gegen die GroKo reden oder schon den Blick in die Glaskugel getan haben und schon wissen, dass die GroKo schlecht ist oder dass unsere Parteiführung kein Vertrauen braucht: Sagt mir doch mal, wie wollen wir denn ein Bollwerk des Antifaschismus sein, wenn wir uns selber nicht vertrauen?

(Beifall)

Und verrätet mir bitte: Wie sollen denn die Wählerinnen und Wähler da draußen uns vertrauen, wenn wir uns selber nicht über den Weg trauen?

Also: Ich werbe für Martin und für ein möglichst großartiges Wahlergebnis, das er hoffentlich erzielt. Bitte diskutiert mit uns. Setzt euch auseinander. Deshalb fand ich es auch eben falsch, muss ich ganz ehrlich sagen, dass die Rednerliste abgebrochen wurde.

Aber lasst mich ganz zum Schluss Folgendes sagen: Meine Lieblingsband oder eine meiner Lieblingsbands ist „Wir sind Helden“. Da singt Judit Holofernes: „Bitte gebt mir nur ein Oh“. Da beklagt sie, dass Männer mit Frauen nicht reden. Ihr habt heute Abend und in den nächsten Tagen Gelegenheit dazu. Sie sagt „ein Oh“. Sie sagt nicht „ein No“. Also lasst uns Heldinnen und Helden sein. Und habt keine Angst vor Sondierungen; denn was ist eine Sondierung? Ein Geologe hat mir gesagt, eine Sondierung ist nichts anderes, als ein Loch zu bohren und zu gucken, was drin ist. Genau das haben wir vor. - Vielen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Daniela.

Bevor Hans zu Wort kommt, möchte ich darauf hinweisen, dass hier eine Karte für den Parteiabend abgegeben worden ist. Die Genossin, die sie verloren hat, sollte bitte nach vorne kommen. Wir wissen, dass es eigentlich nur eine Genossin sein könnte, weil wir wissen, wo wir sie gefunden haben. Also komm nach vorne, denn am Ende dieses Tages steht noch ein toller Parteiabend - egal, wie das hier ausgeht -, und den sollte keine versäumen.

Hans, du hast das Wort.

HANS EICHEL, HESSEN-NORD:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Was mich an dieser Debatte etwas irritiert hat, ist Folgendes: Wir haben wenig über die Erneuerung der Partei geredet, obwohl wir alle wissen, dass wir das grund-

legend machen müssen. Wir haben so getan - viele Redner jedenfalls -, als ob sich das an der Frage „Große Koalition oder Duldung einer Minderheitenregierung?“ entscheide. Es entscheidet sich in ganz anderen Fragen. Das hat Olaf Scholz deutlich gemacht oder auch die Genossin Breymaier. Die Frage ist zuallererst, ob wir wieder eine längerfristige Zukunftsvision haben. Als Bismarck mit Kriegen den deutschen Nationalstaat gezimmert hat, waren wir Internationalisten. Und was wir heute brauchen, wenn wir uns erneuern wollen, ist eine Perspektive, wie wir in diesem globalen Dorf leben wollen, und zwar so, wie Willy Brandt - das finde ich überhaupt den schönsten Satz, den er gesagt hat - gesagt hat: „Wir wollen gute Nachbarn sein, im Inneren und nach außen.“ Haben wir das denn jemals durchdefiniert? Wie wollen wir denn eine solidarische Gesellschaft der Freien und Gleichberechtigten sein, und dann sind wir so mutlos, nicht zu thematisieren, wie sich zum Beispiel die Vermögensentwicklung in Deutschland oder in der Welt auseinanderentwickelt. Das geht so nicht. Da ist also klare Kante angesagt, und Mut. Ja, in der Tat: 20 Prozent sind viel zu wenig, um nicht kantenscharf zu sein, liebe Genossinnen und Genossen. Das ist unser Problem.

Deswegen sage ich: Martin, es ist nicht nur eine Frage des Generalsekretärs, sondern es ist auch eine Frage des Parteivorsitzenden, der sich vorne dranstellen muss an diesen Erneuerungsprozess und als Ganzer dafür stehen muss. Das ist die Aufgabe.

(Beifall)

Nun noch eine zweite Bemerkung, und die betrifft Europa. Da knüpfe ich an das an, was Achim Post und Reiner Hoffmann gesagt haben. Wir haben nicht viel Zeit. Die Frage, ob die Währungsunion bleibt oder nicht, die entscheidet sich durch die Antworten, die wir auch Emmanuel Macron geben. Um das wirksam zu tun, haben wir nicht mal mehr zwölf Monate Zeit, sondern noch weniger als das. Das heißt, wenn wir nicht bereit sind - und das war nicht einmal die CDU; das war auch Schäuble nicht -, Stabilisatoren in diese Währungsunion einzubauen, dann wird diese Währungsunion scheitern. Und wenn wir nicht bereit sind, auch mit deutschem Geld - übrigens auch mit französischem Geld, denn das sind auch Nettozahler - in diese Währungsunion zu investieren, dann wird sie kaputtgehen. Ihr könnt sie nicht mit der FDP machen. Die ist keine Genscher-FDP. Ihr könnt es mit der AfD sowieso nicht machen. Man kann es auch mit der CDU kaum noch machen. Das ist auch nicht mehr in diesem Zusammenhang die Kohl-CDU. Da gibt es viel zu viele, die gegen Europa oder europaskeptisch sind. Deswegen sage ich euch: Mindestens austesten müssen wir, ob es eine Chance für Europa gibt, und diese Verantwortung können wir nicht, ohne dass das geprüft ist, auf uns laden, dass das kaputtgeht. Das geht nicht, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Hans. - Nach unserer Abstimmung, dass wir die Debatte um 18 Uhr beenden wollen, könnten wir jetzt noch eine Rednerin zulassen, und das wäre Janina Kleist aus NRW.

(Beifall)

JANINA KLEIST, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Hier wurde heute ganz schön viel um Vertrauen gebeten, und ich habe mich die ganze Zeit gefragt: Wie kommt denn Vertrauen zustande? Indem man vertrauensvoll handelt und zum Beispiel zu seinen Beschlüssen steht.

Wir haben aber auch noch viele, viele andere Gründe heute gehört, die große Koalition abzulehnen und für den Juso-Antrag zu stimmen. Ein anderer Grund, den ich noch nennen möchte, ist, dass es

einfach keine verlässliche Arbeit mit der Union geben kann. Das hat zuletzt dieser komische Alleingang bei der Glyphosat-Entscheidung gezeigt.

Nach dem Abbruch der Jamaika-Sondierungen wurden ganz schnell wieder rote Linien hochgezogen, und im zweiten Nachsatz wurde dann genannt: Ja, unser Wahlergebnis lässt dann aber kein strenges Durchziehen dieser roten Linien zu. Und im selben Moment erwähnt Martin heute, dass wir als Sozialdemokratie erkennbar bleiben müssen.

Leute, das passt doch einfach alles nicht zusammen!

(Beifall)

Es klappt nicht, wenn wir als Sozialdemokratie faule Kompromisse eingehen. Und es klappt auch nicht, wenn unsere Positionen nicht durchgesetzt werden, wie in der letzten Großen Koalition, wo z.B. die Rückkehr zu Vollzeit nicht durchgesetzt und die Erbschaftssteuer nicht konsequent umgesetzt wurde. Ganz ehrlich: Dann können wir es auch wirklich lassen.

Was ich euch auch noch fragen möchte: Seht ihr eigentlich diese historische Verantwortung nicht? Wollt ihr wirklich, dass eine rechtsradikale Partei zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg Oppositionsführer wird?

(Beifall)

Lasst uns die Groko ausschließen und für den Juso-Änderungsantrag stimmen!

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Janina.

Wir schließen jetzt die Generalausprache und kommen zur Antragsberatung. Dazu gibt es ja auch noch Wortmeldungen, sodass die Debatte noch gar nicht wirklich beendet ist. Ich bedanke mich im Namen des Präsidiums für diese starke, intensive Debatte. Ich persönlich bin sehr beeindruckt davon. Das war eine tolle Diskussion. Jetzt übergebe ich an Niels.

BERATUNG VON INITIATIVANTRÄGEN UND ANTRÄGE B 1 BIS B 12 SOWIE ORGANISATIONSANTRÄGE 46, 51 UND 54 BIS 56

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, auch von mir noch einmal einen schönen guten Nachmittag!

Vielen Dank, Manuela. Ich bedanke mich auch bei euch für diese wirklich sehr intensive und sehr disziplinierte, aber auch kontroverse Debatte.

Ich bitte jetzt noch um ein bisschen Aufmerksamkeit. Vielleicht können auch die Delegierten, die noch in den Gängen stehen, langsam zu ihren Plätzen zurückkommen; denn wir brauchen jetzt noch einmal eure Aufmerksamkeit, damit wir aus dieser tollen Debatte wirklich die richtigen Schlüsse ziehen. Wir werden uns hier – das ist versprochen – im Präsidium weiter die größte Mühe gehen, dass alles möglichst klar und transparent und partizipativ zu gestalten.

Deswegen rufe ich jetzt den Initiativantrag IA 3 auf. Der liegt euch in der neuesten Fassung auf euren Tischen vor. Das ist der Antrag des Parteivorstands „Unser Weg. Für ein modernes und gerechtes Deutschland“. Unser Parteivorsitzender hat mit seiner Rede diesen Antrag ja auch mit eingebracht.

Der Vollständigkeit halber will ich das noch einmal darstellen: Der Parteivorstand hat diesen Antrag auf seiner Sitzung am 4. Dezember einstimmig auf den Weg gebracht. Er liegt, wie gesagt, in der Antragskommissionsfassung als Tischvorlage vor. Wir haben dazu Initiativanträge, und zwar die Initiativanträge 5, 6, 7, 8 und 9. Dazu liegen euch die Empfehlungen der Antragskommission vor.

Ich will auch erwähnen, dass es in der abgeschlossenen Generaldebatte eben schon einige Bezüge auf diesen Antrag gab; auch einige Änderungsanträge sind zum Teil mündlich vorgetragen worden, von Mike Groschek, Karl Finke und anderen. Da ging es um die Frage eines Sonderparteitages. Dazu kommen wir gleich.

Ich möchte der Vollständigkeit halber, damit wir das Verfahren möglichst kompakt gestalten können, noch weitere Anträge aufrufen, die wir – das ist unser Vorschlag – gemeinsam mit dem IA 3 beraten und auch abschließen wollen, da die Debatte über die Frage, was wir jetzt eigentlich machen, die Partei natürlich schon beschäftigt hat, bevor dieser Antrag des Parteivorstands vorlag.

Wir haben uns das genau angeguckt. Das sind die Antragsbereiche B1 bis B12. Wenn ihr euch das noch mal genau anschauen wollt: Sie beziehen sich auf den Antrag „SPD erneuern“, aber inhaltlich auf die Debatte, die wir jetzt führen müssen. Ihr findet das in den entsprechenden Änderungsanträgen und auch im Antragsbuch, das euch ausliegt, auf den Seiten 113 bis 120. Ich mache das jetzt so ausführlich, damit von Anfang an klar ist, worüber wir reden. Auch dazu liegen euch Empfehlungen der Antragskommission als Tischvorlage vor.

Das Gleiche gilt auch für andere Anträge – weil die sich auch inhaltlich auf die Debatte beziehen, die wir jetzt gleich beginnen werden – ; deswegen wollen wir sie dazu auch aufrufen, und zwar aus dem Bereich Organisationspolitik. Das sind die Anträge mit der Kennung OA 46, 51 und 54 bis 56. Hier auch noch mal der Hinweis für diejenigen, die sich das ganz genau anschauen wollen: Ihr findet das in dem dicken Antragsbuch auf den Seiten 383, 388, 390 und 391. Auch hierzu liegen euch die entsprechenden Empfehlungen der Antragskommission vor. Ich hoffe, dass das jetzt hinreichend klar ist. Unser Vorschlag ist nicht, diese zusätzlich aufgerufenen Anträge jetzt alle einzeln zu beraten. Wir glauben, dass wir das in einer Beratung mit dem IA 3 abhandeln können. Aber zur Erläuterung der Details und des Verlaufs der Beratung der Antragskommission und ihrer Empfehlung gebe ich jetzt Olaf Scholz als dem Vorsitzenden der Antragskommission das Wort. - Olaf, bitte!

BERICHT DES VORSITZENDEN DER ANTRAGSKOMMISSION

OLAF SCHOLZ, VORSITZENDER DER ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben, glaube ich, eine sehr gute Debatte gehabt über die Frage, was wir in der jetzigen Lage miteinander tun und wie wir unsere gemeinsamen Schritte bestimmen wollen. Dazu liegt euch der Initiativantrag des Parteivorstandes 3 vor, und zwar mittlerweile – das ist auf allen Tischen verteilt – in einer Fassung, in der sehr viele kleine Änderungen eingearbeitet worden sind.

Das ist kein Zufall, sondern das ist das Ergebnis der Tatsache, dass wir uns sehr bemüht haben, einen Überblick über das zu ermöglichen, was eigentlich die politische Diskussion ist. Dann heißt es auch, dass man versuchen muss, möglichst viele Verbesserungsvorschläge an der einen oder anderen Stelle aufzunehmen, damit wir nicht über Spiegelstriche, sondern über Politik diskutieren. Darum findet ihr geschwärzt oder fett hervorgehoben lauter kleine Änderungen. Es sind Vorschläge aus Bayern dabei; es sind sehr viele Vorschläge der Jusos dabei. Es sind Vorschläge von Einzelnen in der Antragskommission aufgenommen worden. Insgesamt hat das, glaube ich, zur Verbesserung des Antrags beigetragen.

Schaut euch das, falls ihr es noch nicht gemacht habt, noch mal an. Deshalb reduziert sich die Anzahl der Punkte zur Verbesserung des Textes, ohne sozusagen seine inhaltliche Stoßrichtung zu beeinflus-

sen, auf sehr wenig. Euch liegt auch ein Zettel vor, auf dem „neu“ steht: „Aktualisierte Empfehlungen der Antragskommission“. Hier bewerten wir zusätzlich gekommene Änderungen und machen Vorschläge dazu.

Ein Antrag – ich glaube, darüber gibt es keine große Diskussion – beschäftigt sich mit der Frage von Gerechtigkeit, mehr ein programmatischer Text. Wir werden vorschlagen, ihn, weil er gar nicht diese programmatische Stoßrichtung hat, in den Arbeitsprogrammprozess mit aufzunehmen.

Euch liegt auch ein Vorschlag aus Nordrhein-Westfalen vor, über den Mike Groschek gesprochen hat, dazu, wie man gewissermaßen die Tatsache, dass wir wirklich und mit größter Intensität die verschiedenen Varianten und Möglichkeiten diskutieren wollen, tatsächlich zum Ausdruck bringen kann. Es geht also darum, dass sich alle sicher sind, wie wir es uns wechselseitig auch gesagt haben, dass tatsächlich alle Varianten geprüft werden, auch solche wie die Minderheitsregierung oder andere Strukturen einer Kooperation und Zusammenarbeit, die nicht eine neue Bundesregierung als Große Koalition sind - aber die natürlich auch -, also Möglichkeiten, die existieren. Das wird hier sehr klar gemacht. Es wird auch noch einmal ausgedrückt, was, glaube ich, fast alle Rednerinnen und Redner in dieser Debatte gesagt haben, dass es ja nicht falsch war, was wir am Wahltag gesagt haben, nämlich dass es erhebliche Gründe gibt, die nicht dafür sprechen, dass es schon wieder zu einer einfachen Fortsetzung der Großen Koalition kommt, dass es nicht falsch war, zu sagen, dass die Parteien, die sie bisher getragen haben, alle drei – CDU, CSU und SPD, Verluste hatten, dass es nicht falsch war, darauf hinzuweisen, dass es ein großes Problem ist, wenn gewissermaßen die AfD die Oppositionsführerin darstellt.

Dazu, wie man den Initiativantrag 7 darauf beziehen kann, haben wir euch jetzt einen Vorschlag gemacht und das eingefügt. Und wir sind, ich glaube, das kann ich sagen, mit dem Antragsteller Nordrhein-Westfalen über diese Aufnahme mit diesen Textpassagen einig, sodass wir darüber nicht mehr abstimmen müssen. Die Antragskommission übernimmt das.

Wir haben dann einen Vorschlag zu Kinderrechten, den wir auch zur Annahme empfehlen. Es gab einen ganz kleinen Zusatz zur Frage Sicherheit, zu dem wir uns als Antragskommission verhalten und gesagt haben, dass wir den gerne ablehnen möchten. Wir haben uns aber mit der Antragstellerin, mit Baden-Württemberg, darauf verständigt, dass wir da einen kleinen Satz aufnehmen, den ich euch jetzt vorlesen möchte: „Wir stehen für eine gute Balance von Freiheit und Sicherheit und achten die Bürgerrechte“. Das kann also als durch die Antragskommission übernommen gelten und muss nicht mehr abgestimmt werden. Das zu IA 9 vorgeschlagene Votum wird damit ersetzt. All das dient natürlich weiter dem Zweck, dass wir es erreichen, das über die wirklich politischen Fragen abgestimmt werden kann, über die wir miteinander diskutieren wollen.

Das gilt dann auch für den Antrag, den Karl Finke hier mündlich gestellt hat, indem er gesagt hat, wir sollen einen kleinen Satz einfügen:

„Eine inklusive Gesellschaft zu realisieren, die Teilhabe für alle gewährleistet.“

Auch das übernimmt die Antragskommission, sodass das nicht mehr abgestimmt werden muss.

Wir haben dann noch weitere Vorschläge. Ihr findet einen Zettel mit vier kleinen Vorschlägen von den Jusos. Die werden auch gleich noch erläutert werden. Ich will dem nicht allzu sehr vorgreifen, aber sagen, dass wir uns natürlich, weil uns das ja bekannt ist, auch damit auseinandergesetzt haben.

Wir haben dann noch die Anträge, die sich mit einem Mitgliedervotum beschäftigen. Da haben wir ja schon für den aus Berlin auf Ablehnung votiert. Es gibt jetzt mündlich aber noch ähnliche, die das jetzt noch mal aufgegriffen haben, ein Mitgliedervotum auch über die Ergebnisse einer möglichen etwaigen Sondierung, sodass wir jetzt, um weiter abzuschichten, uns vielleicht einmal mit der Frage auseinandersetzen: Wie bewerten wir den weiteren Diskussionsfortschritt?

Der Antrag des Parteivorstands, auch in der Fassung, die die Antragskommission bisher hat, sieht vor, dass wir das auf einem Parteikonvent beraten sollen, um dann zu gucken: Machen wir das so oder

so? Das Argument war: Das kann man schnell, einfach und jederzeit machen, genau dann, wenn es gerade nötig ist. Das ist ein proportional zusammengesetztes Gremium, genauso wie der Parteitag.

Es gab dann den Vorschlag, von den Jusos zum Beispiel, einen Parteitag dafür durchzuführen, der, wie ich eben gesagt habe, hier auch vorliegt. Und es gibt dann, wie gesagt, die anderen Vorschläge, die sagen, nein, nicht mal das reicht, sondern auch das muss durch ein Mitgliedervotum geklärt werden.

Die Antragskommission - das habe ich auch mit dem Parteivorsitzenden und anderen besprochen - möchte gerne, um die Sache ein bisschen zusammenzuführen und damit wir uns über die echten politischen Fragen unterhalten können, das mit dem Parteitag übernehmen.

(Beifall)

Daher schlage ich vor, dass wir schon über die Frage der Bewertung etwaiger Sondierungsergebnisse auf einem Parteitag diskutieren und dann natürlich zusätzlich die Mitgliederbefragung über ein endgültiges Ergebnis haben, wenn wir überhaupt so weit kommen; das muss man ja immer gleich dazu sagen.

Die Alternative, die weiter noch vorgeschlagenen Ideen wären, dass man das nicht auf einem Parteitag, sondern auch durch eine Mitgliederbefragung machen sollte.

An der Stelle würde ich gerne dafür werben, dass alle sich auf die Lösung Parteitag verständigen und vielleicht auch die Antragsteller, die auch an dieser Stelle eine Mitgliederbefragung vorgeschlagen haben, ihren Vorschlag zurückziehen. Wenn nicht, müssen wir das abstimmen. Dann ist aber unser Votum ganz klar, so wie es die Jusos, wie es NRW in seiner Debatte vorgeschlagen hat, die gesagt haben, dass wir einen Parteitag an der Stelle durchführen. Dann ist das vielleicht auch etwas, worüber wir uns nicht mehr durch Abstimmung verständigen müssen.

Bleiben noch, wenn jetzt nicht noch viel Neues kommt, die drei weiteren Änderungsanträge, die die Jusos gestellt haben und gleich noch mal begründen werden. Da sind zwei kleinere Dinge. Dazu werde ich nachher noch etwas sagen, aber ich will es hier schon mal kurz andeuten. Hier steht, dass die Inhalte, die wir dort aufgeschrieben haben, essenziell sind. Dort wird vorgeschlagen, wie ihr nachlesen könnt, dass das nicht verhandelbar sein soll. Dabei ist der Text aber gar nicht als das geschrieben, was unsere nicht verhandelbaren Punkte sind. Das wäre wahrscheinlich ein komplett anderer Text mit mehr und vielleicht auch anderen Schwerpunkten. Eigentlich finden wir, dass wir verhandeln, und dann sehen wir, was wir machen. Aber das ist ja dann durch den Parteitag zu bewerten.

Die letzte Frage ist: Was machen wir, wenn wir tatsächlich irgendwann im Frühjahr oder Mai so weit sind, dass der Parteivorstand euch empfehlen möchte, in einem Mitgliedervotum über die Frage abzustimmen, ob es da Verhandlungsergebnisse gibt, denen wir zustimmen wollen? Da wird vorgeschlagen, dass das offen gemacht werden soll. Ich will ehrlicherweise sagen, ich kann mir nicht vorstellen, dass der Parteivorstand einen Brief verschickt, in dem er nicht sagt, für was er ist. Also, das sollten wir vielleicht nicht machen.

Bleibt, wenn man diesen beiden Dingen so folgt, wie es die Antragskommission jetzt sagt, die endgültige Kontroverse und, ich glaube, auch die eigentliche. Mein Rat ist immer, dass wir uns nicht verzetteln mit den Spiegelstrichen und den Nebenfragen, sondern uns auf die Hauptschauplätze der Auseinandersetzung konzentrieren. Ob man, wie die Jusos uns gleich noch mal vorschlagen werden, sagt, alles kann man machen, nur niemals eine GroKo,

(Beifall)

oder ob wir gewissermaßen das machen, was der Parteivorstand vorgeschlagen hat zu sagen, wir werden alle diese verschiedenen Varianten prüfen, sondieren, mit anderen besprechen, im Bundestag, in der Gesellschaft, dass wir das erörtern, und dann gewissermaßen, wenn wir zu einem Ergebnis gekommen sind, dann auch durchführen, so wie es ja jetzt zum Beispiel aus NRW und anderen auch getragen wird.

Das ist die Abstimmung. Dass die Antragskommission dem Vorschlag des Parteivorstandes zu folgen empfiehlt, ist jetzt keine besondere Überraschung. Aber so viel wollte ich euch jedenfalls sagen zur Einführung in die Debatte.

Lasst mich zum Schluss noch mal sagen, inhaltlich auch: Ich glaube, wir haben wirklich eine sehr gute Debatte geführt. Ich fand sehr gut, dass sich sehr viele zu Wort gemeldet haben - mit Argumenten, aber ohne jede Schärfe. Wenn man bedenkt, was für eine Frage das ist, die ja nicht nur unsere Partei berührt, sondern das ganze Land - viele schauen sehr gebannt darauf, was wir hier machen, nachdem sie uns zwischenzeitlich schon gar nicht mehr kennen wollten -, dann ist es doch eine Debatte, die mit dem nötigen Ernst und der nötigen Sorgfalt geführt worden ist. Ich finde, das ist etwas, auf das wir als sozialdemokratische Partei stolz sein können. Es entspricht der Lage und ihrem Ernst.

(Beifall)

Dann glaube ich natürlich, dass es richtig ist, was der Parteivorsitzende, der Parteivorstand vorschlagen, dass wir nämlich sagen, wir müssen die verschiedenen Möglichkeiten erörtern, und wir müssen das auch jetzt so machen, weil die Frage, was richtig ist, erst beurteilen können, wenn wir das mit allen anderen besprochen haben; denn wir sind nicht allein Handelnde, sondern die anderen sind auch noch auf dem Feld: die Verfassung, der Bundespräsident, die Bundesregierung, die Bundestagsmehrheit, die anderen Parteien. Und ohne dass das einmal genau ausgelotet worden ist, kann man gar nicht sagen, was am Ende die richtige Lösung sein soll.

Das, glaube ich, ist der Weg, den die Partei gehen sollte. Die Antragskommission empfiehlt euch jedenfalls, dem Vorschlag des Parteivorstands in dieser Frage zu folgen. Schönen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Olaf. Ich bedanke mich auch dafür, dass, glaube ich, jetzt die Verhandlungsgegenstände unserer Debatte sehr klar geworden sind und, ich denke, jetzt auch jeder weiß, worüber wir jetzt diskutieren und am Ende dann auch abstimmen werden.

Mir liegen noch eine Reihe von Wortmeldungen vor. Aber bevor ich die aufrufe, darf ich noch einen besonderen Gast begrüßen: Christiane Benner, die zweite Vorsitzende der IG Metall ist bei uns. Herzlich willkommen auf unserem Bundesparteitag!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe jetzt, ich habe das angekündigt, die Wortmeldungen auf, die mir zu diesen Punkten vorliegen. Ich denke, ihr werdet das auch selber tun, aber trotzdem verbinde ich das noch einmal mit der Bitte, sich zu entsprechenden Punkte sozusagen direkt zu äußern, damit wir das hier für euch gemeinsam dann auch einsortieren können und ggf. die Antragskommission sich auch noch einmal äußern kann.

Die erste Wortmeldung, die mir vorliegt, ist von Kevin Kühnert. Den würde ich jetzt auch nach vorne bitte. Es folgt Klaus Barthel. Kevin, bitte!

(Beifall)

KEVIN KÜHNERT, BUNDESVORSITZENDER DER JUSOS:

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt ist es so weit. Ich glaube, wir haben eine sehr gute Debatte hinter uns. Was immer gleich passiert, wir gehen, glaube ich, gestärkt heute aus dieser Debatte hervor.

(Beifall)

Wir haben ein starkes Zeichen nach außen gesendet. Wir bleiben zusammen auch in der Unterschiedlichkeit unserer Positionen; das ist mir wichtig.

Aber jetzt müssen wir eine Entscheidung treffen zu einer Frage, die, wie Thorsten es vorhin gesagt hat, lange Zeit wie der weiße Elefant im Raum stand und die jetzt dann doch auch einmal abgestimmt werden muss.

Ich habe nach den vielen Redebeiträgen lange überlegt, Redebeiträge aufgeschrieben und wieder zerknüllt, was ich dazu sagen soll. Manches war vielleicht auch über das Ziel hinaus. Wenn dann die Frage der Großen Koalition plötzlich mit dem Antifaschismus verbunden wird, dann waren die Gemüter vielleicht auch ein bisschen erhitzt.

(Beifall)

Ich habe mich dafür entschieden, einfach, um zur Klarheit der Debatte beizutragen, einmal noch im Wortlaut unseren Änderungsantrag vorzulesen, damit auch wirklich alle wissen, worüber jetzt abgestimmt wird. Es geht um eine Anfügung an den zweiten Absatz dieses Initiativantrages 3. Der endet im Moment mit den Worten:

„Diese Gespräche führen wir konstruktiv und ergebnisoffen.“

Das sind die Gespräche, über die wir heute die ganze Zeit miteinander debattieren. Wir Jusos beantragen jetzt folgende Ergänzung:

„Eine erneute Große Koalition ist für uns jedoch kein denkbare Ergebnis dieser Gespräche. An unserer Einschätzung, dass die Große Koalition am 24. September mit zusammen fast 14 Prozentpunkten Verlusten kein erneutes Mandat für eine Regierungsbildung erhalten hat, hat sich nichts geändert.

Die Gemeinsamkeiten mit der Union sind weitgehend aufgebaut, und der Koalitionspartner hat zuletzt mehrfach die notwendige Vertragstreue vermissen lassen. Die Sozialdemokratie braucht keine Belehrungen hinsichtlich ihrer Verantwortung für unsere Demokratie. Verantwortung zu tragen bedeutet auch, Rechtsradikalen und Neofaschisten nicht die Oppositionsführerschaft im Deutschen Bundestag zu überlassen. Gerade das ist vielmehr sogar eine historische Verantwortung, deren Teil die staatspolitische Verantwortung ist.“

(Beifall)

Oder in der Kurzfassung: Gespräche: „Ja“, Offenheit: „Ja“, Große Koalition, „Weiter so!“, zukunftsvergangene Politik: Nein.

Und jetzt bleibt mir an dieser Stelle noch eine Bitte, liebe Genossinnen und Genossen: Heute, an so einem Tag, nach so einer Debatte, ist nicht der Tag für Stallorder. Heute ist der Tag, an dem „SPD erneuern“ einen ersten großen Schritt gehen kann.

Wir Jusos bitten euch um Zustimmung zu unserem Änderungsantrag, aber vor allem bitte ich euch, dass ihr die Entscheidung trefft, mit der ihr persönlich heute Abend guten Gewissens nach einem langen Parteiabend ins Bett gehen könnt. - Vielen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Kevin. - Als Nächstes hat Klaus Barthel das Wort, gefolgt von Michael Jung. - Klaus, du hast das Wort.

KLAUS BARTHEL, BAYERN:

Genossinnen und Genossen! Zu dieser Debatte will ich jetzt gar nichts beitragen, sondern zur Antragsberatung.

Euch liegt ein Initiativantrag 6 vor, der unter anderem vom AfA-Bundesvorstand und vielen Delegierten hier eingebracht worden ist. Ich weiß, dass es eine Zumutung ist, jetzt 14 Seiten hier zu bearbeiten, aber ich sage mal: Wir können auch nichts dafür, weil wir uns ja nur auf etwas beziehen können, was uns der Parteivorstand vorlegt.

Unser Wunsch ist es, dass dieser Antrag inhaltlich in den IA 3 eingearbeitet wird, und ich will euch das folgendermaßen begründen:

Ich hatte mich zur Generaldebatte gemeldet, bin aber leider nicht zu Wort gekommen. Unser Problem ist immer ein bisschen, dass unsere Debatten auseinanderfallen. Deswegen noch einmal ein Blick auf die Wahlanalyse, weil sie auch etwas mit der Koalitionsfrage und damit zu tun hat, wie wir in diese Verhandlungen hineingehen!

Die SPD ist jedenfalls in den Augen der Wählerinnen und Wähler keine Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerpartei mehr. Wir liegen im Bereich der Arbeitnehmerschaft Kopf an Kopf mit der AfD und deutlich hinter der Union. Früher hatten wir mal - 1998 - 48 Prozent hinter uns. Das heißt, wir müssen endlich lernen, dass wir ohne die Arbeitnehmerschaft keine Wahlen gewinnen können. Wir können es nicht allein mit ihnen, aber ohne sie geht es gar nicht. Das ist auch der Kern der vielbereiteten Krise der Sozialdemokratie in Europa. Darüber wird nämlich nie geredet. Damit trösten wir uns immer. Aber das ist überall das Gleiche. Die Sozialdemokratie in Europa hat die Unterstützung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verloren, und dafür gibt es vielfältige Gründe.

Einer davon ist sicher, dass wir immer mehr neoliberale Elemente in unserer Politik - auch in Regierungsverantwortung - durchgesetzt haben, und zwar nicht bloß in Großer Koalition, sondern auch schon vorher und auch in anderen Konstellationen.

(Vereinzelt Beifall)

Der Schulz-Effekt bestand darin, dass wir bei 30 Prozent waren, als wir im Zeitfenster von Bielefeld bei dem Thema Arbeit für Korrekturen der Arbeitsmarktreformen usw. plädiert haben. Und die Frage ist: Warum sind wir davon abgekommen?

Genossinnen und Genossen, es darf nie wieder passieren, dass nach einem sogenannten Gerechtigkeitswahlkampf 80 Prozent der Wählerinnen und Wähler nicht wissen, was die SPD unter Gerechtigkeit versteht.

Und deswegen - jetzt komme ich zu dem Antrag -: Wenn wir sagen, entscheidend ist, was wir in einer wie auch immer gearteten Konstellation erreichen können, dann müssen wir ganz klar sagen, was wir wollen. Und Vertrauen fängt mit Selbstvertrauen an, und Selbstvertrauen heißt, dass wir ganz klar sagen, was wir wollen, und zwar nicht in den vielzitierten Spiegelstrichen. Ich glaube aber, der IA 3 deckt das an vielen Stellen nicht ab.

Simone Burger hat vorhin schon darauf hingewiesen: Der Verweis auf das Regierungsprogramm ist unzureichend.

(Glocke)

- Fünf Minuten.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Drei Minuten, tut mir leid.

KLAUS BARTHEL, Bayern:

Nein, die Redezeitbegrenzung galt für die vorherige Debatte.

(Heiterkeit)

Seht ihr das nicht so? Dann bitte ich, darüber abzustimmen, weil man muss hier schon auch einmal etwas zu dem ausführen können, was wir hier zu entscheiden haben.

Genossinnen und Genossen, wir können nicht einerseits sagen: „Es gilt das Regierungsprogramm“, und dann benennen wir im Anschluss noch ein paar Punkte, und ein paar andere Punkte benennen wir nicht, wo wir dann hinter das Regierungsprogramm zurückfallen.

Ich will euch einige Beispiele sagen: Das Kapitel Arbeit, das wir eigentlich voranstellen müssten, ist äußerst schwach. Es genügt eben nicht, zu sagen, wir wollen Werkverträge und Leiharbeit irgendwie besser regulieren. Das hatten wir schon mal. Nein, wir müssen präzise formulieren: Leiharbeit ab dem ersten Tag gleich bezahlt.

Es genügt nicht, zu sagen, wir wollen bei der Solidarrente, dass lebenslange Vollzeitarbeit nicht in die Grundsicherung führen kann. Liebe Genossinnen und Genossen, davon haben die allermeisten, die zeitweise arbeitslos waren, die Teilzeit gearbeitet haben, gar nichts. Und wir fallen hinter das zurück, was wir schon erarbeitet haben. Wir wollen ein Rentenniveau, das sich wieder hin zu den 50 Prozent bewegt, weil wir im Regierungsprogramm mindestens 48 Prozent beschlossen haben. Davon ist nicht mehr die Rede.

Es ist nicht mehr die Rede davon, dass alle - auch die Besserverdienenden - in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen und dass nicht nur auf Kosten der Allgemeinheit die Soloselbstständigen barmherzigerweise hereingeholt werden. Das wird nicht genügen. Daneben nenne ich noch die Steuerpolitik usw.

Liebe Genossinnen und Genossen, ein paar Sachen hat die Antragskommission ja noch übernommen. Ich finde aber, der Parteitag hat hier die Aufgabe, klar zu formulieren, was wir wollen, damit wir Seehofer und Merkel ein Paket auf den Weihnachtstisch legen können, weil hinterher noch etwas nachschieben, was wir jetzt versäumen und was wir unklar benennen, können wir nicht.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Klaus, deine fünf Minuten, die wir jetzt eingeräumt haben, sind jetzt zu Ende, und ich habe nur die Frage an dich: Wir hatten jetzt fünf Minuten; die hast du jetzt geredet. Das ist auch in Ordnung. Weil diese Debatte ja dazu dient, dass du dich jetzt zur Empfehlung der Antragskommission äußerst: Vielleicht sagst du noch etwas für das Verfahren dazu. Das wäre, glaube ich, hilfreich.

KLAUS BARTHEL, BAYERN:

Das habe ich eingangs gesagt. Ich möchte nicht, dass der Initiativantrag 6 an die Kommission überwiesen wird, sondern dass er hier gefasst und beschlossen und in den IA 3 eingearbeitet wird. Schaut euch das nebeneinander an, dann wisst ihr, warum.

(Vereinzelt Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Gut; das haben wir verstanden. Dann werden wir nachher darüber abstimmen, und wir danken dir sehr, sehr herzlich für deinen Redebeitrag.

(Beifall)

Jetzt ist Michael Jung dran.

MICHAEL JUNG, RHEINLAND-PFALZ:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Die SPD war in ihrer Geschichte immer dann stark, wenn sie sich inmitten gesellschaftlicher Debatten um die Zukunft des Landes mutig, so wie es heute unser Vorsitzender, Martin Schulz, gesagt hat, klar, parteiisch und mit Zukunftsvisionen zu Wort meldete. Und sie war immer dann stark, wenn sie gesellschaftliche Herausforderungen breit debattierte und mit klaren Gestaltungsvorschläge versah. Genau das machen wir heute hier, und genau das hat bisher funktioniert.

Und jetzt, Genossinnen und Genossen, geht es um die klare Kante, einen Vorschlag des Afa-Bundesvorstandes, der genau das benennt, was viele Redner heute vermisst haben, nämlich im Wahlkampf und auch beim Leitantrag sich endlich mal inhaltlich klar zu positionieren.

Leni hat gesagt, man muss mehr auf die Arbeitnehmer zugehen, Ludwig Stiegler hat heute Morgen gesagt, die SPD hat die Bindung zu den Arbeitnehmern verloren. Deshalb ist es wichtig, viel stärker mit den Eckpunkten reinzugehen, so, wie es auch gerade Klaus Barthel gefordert hat.

Leni hat vorhin von der Misere und von dem schlimmen Zusammenbruch bei GE in Mannheim gesprochen, wo wieder mehrere Hundert Arbeitsplätze verlorengehen bzw. ein kompletter Standort plattgemacht wird.

Wir wissen, dass dort ein ehemaliger Bereich der SPD war, ein Arbeiterbereich. Dort hat die AfD im Wahlkampf ihr Direktmandat geholt. Das hat daran gelegen, dass es keine klare Positionierung der SPD gegeben hat. Das muss sich ändern.

Deshalb bitte ich, den Vorschlag der Antragsberatung zurückzuweisen. Wir brauchen keine Überweisung an einen Arbeitsprogrammprozess. Wenn man in Sondierungsgespräche mit der CDU, mit den anderen Parteien geht, dann muss man rote Linien setzen. Das ist das Wichtige. Deshalb brauchen wir eine Einarbeitung der Themen aus dem Initiativantrag 6 „Klare Kante“. - Vielen Dank.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Herzlichen Dank für diesen Beitrag. - Ich rufe jetzt Robert Drewnicki aus Berlin auf. Es folgt Christian Reinke aus Mecklenburg-Vorpommern.

ROBERT DREWNICKI, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe es jetzt so verstanden, dass ich nur noch drei Minuten habe. Das reicht aber auch, glaube ich. - Ich finde, die Debatte hat gezeigt – deswegen lohnt es sich auch manchmal, sich Zeit zu nehmen – , dass man mit solchen Debatten etwas ändern kann. Man kann auch eine Situation herbeiführen, dass man weiß: Die Ursprungsidee war vielleicht nicht die beste. Dazu gehörte der Konvent. Es wird auch nicht wirklich besser, wenn man ihn streamt, wie vorgeschlagen wurde. Ein Sonderparteitag ist nach Sondierungen das Mindeste.

(Beifall)

Ich stimme Kevin zu, liebe Genossinnen und Genossen: Wir müssen aufhören, immer gleich so zu tun, als würden wir über eine Sachfrage reden, und dass wir dann, wenn wir über die Zukunft der Partei reden, gegen irgendjemanden reden. Martin Schulz hat hier heute eine tolle Rede gehalten. Martin Schulz hat hier Standing Ovationen bekommen. Martin Schulz wird ein gutes Ergebnis bekommen. Meine Stimme hat er auf jeden Fall.

(Beifall)

Es geht auch nicht um das Misstrauen in irgendjemanden, liebe Genossinnen und Genossen. Es geht um eine tief verunsicherte Partei. Ich glaube, wer hier heute viele Redebeiträge von Mandatsträgern,

von Ministern, von Menschen, die lange Politik machen, gehört hat, der weiß, dass auch alle diese Menschen über das verunsichert sind, was das Richtige ist.

Wie sieht es dann wohl in den Ortsvereinen aus? - Dort habe ich vor zwei Wochen gesessen. Neuwahlen will keiner. Große Koalitionen will dort natürlich auch keiner.

Das heißt, wir gehen auf einem schwierigen Weg. Das, was diese Partei auf jeden Fall leisten muss, ist: Sie darf sich nicht Gesprächen verweigern. Ich glaube, das heute hier dieser Parteitag gezeigt. Kevin, du hast recht: Wir müssen uns seit 154 Jahren von niemandem erklären lassen, dass wir oder wie wir Verantwortung zu übernehmen haben. Im Gegensatz zu allen anderen Parteien, die wir kennen, haben wir immer diese Verantwortung übernommen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, Sondierungsgespräche sind der Punkt, an dem wir dazu kommen müssen, dass wir Inhalte vereinbart haben, hinter denen die ganze Partei steht - nicht nur wir 600 hier, nicht nur die, die dort hinten sitzen und zuhören, sondern die 500.000 Menschen in allen Ortsvereinen müssen uns den Rücken stärken. Denn es wird nicht alles toll sein, was dort verhandelt werden kann. Denn das Wesen von Politik ist der Kompromiss. Auch da müssen wir uns nichts vormachen.

Wir reden da doch nicht über einen schmalen Zweiseiter, die am Ende nach Sondierungsgesprächen herauskommt! Das, was Jamaika verhandelt hat, war doch so dick! Die wollten am Ende doch nur noch darüber reden, wer welches Ressort bekommt.

Wir können Sondierungsgespräche so führen, dass am Ende klar ist, was wir bekommen: Vermögensteuer, Bürgerversicherung und all die Dinge, die wir wollen. Wenn die dabei nicht mitmachen, dann ist das sowieso geplatzt. Wenn die aber sagen „Ja, wir gehen auf diesen Weg“, dann brauchen wir die ganze Partei in unserem Rücken. Deswegen werbe ich für den Antrag IA5 aus Berlin. Lasst uns die Mitgliederentscheidung machen, nachdem wir die Sondierungsgespräche geführt haben, nachdem wir ein gutes Sondierungsergebnis haben, das uns zeigt, wo es inhaltlich hingehet, wenn wir mit der CDU in eine Große Koalition gehen würden. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Herzlichen Dank für den Beitrag. - Da der Genosse Christian Reinke zurückgezogen hat, sind wir am Ende der Aussprache bzw. der Begründung der Änderungsanträge angekommen.

Unser Parteivorsitzender hat noch einmal das Wort gebeten. Deswegen gebe ich jetzt zum Abschluss dieser Diskussion Martin Schulz das Wort. Martin, bitte schön!

MARTIN SCHULZ, PARTEIVORSITZENDER:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das ist ganz sicher einer der spannendsten Tage in der jüngeren Geschichte unserer Partei. Ich will bekennen: Eine solche Debatte haben wir lange nicht geführt. Ich will mich bei allen bedanken. Ich finde, das war eine Debatte auf hohem Niveau, geprägt von gegenseitigem Respekt. Bei allen will ich mich herzlich bedanken.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich habe gerade zu Andrea Nahles gesagt: Jetzt sitzen wir beide hier den ganzen Tag und hören der einen und anderen Argumentation zu! - Leute, wir sind eine Partei, die es sich schwer macht, auch mit sich selbst schwer macht. Aber wisst ihr was? - Das ist genau der Grund, warum ich so stolz darauf bin, dass ich in dieser Partei bin, weil wir es uns eben nicht leicht machen, weil wir es uns schwer machen!

(Beifall)

Ja, diejenigen, die in den Reden gesagt haben „Darauf können wir stolz sein“, haben recht. Ich habe heute Morgen in meiner Rede gesagt: Wenn wir die Reformdebatte führen, müssen wir die Partei wieder auf einen Weg führen, auf dem sie die Debatte für die Gesellschaft insgesamt stellvertretend führt.

Das ist eine gesamtgesellschaftliche Debatte, die wir hier heute führen. Denn es ist eine entscheidende Frage, in welcher Form die Bundesrepublik Deutschland zukünftig regiert wird. Die Bandbreite der Möglichkeiten ist in diesem Leitantrag beschrieben, den der Parteivorstand euch vorlegt und für den ich werbe.

Ich möchte euch noch einmal drei Beispiele nennen, über die wir im Verlauf der Debatte des heutigen Tages auch diskutiert haben. Ich will auf etwas zurückkommen, was ich in meiner Rede heute Morgen angesprochen habe. In Großstädten dieses Landes können die gutsituierten Bezieher von zwei Einkommen am Monatsende so gerade noch den Euro umdrehen, weil sie die Mieten nicht mehr bezahlen können. Diese Leute warten darauf, dass der Staat endlich wieder anfängt, massiv in den Wohnungsbau zu investieren,

(Beifall)

weil wir damit die Marktradikalen bekämpfen, die davon profitieren, dass es eine Wohnungspreisex-
plosion gibt. Die warten auf die Lösung. Sie warten darauf, dass endlich wieder mit Milliardenbeträ-
gen in den geförderten Wohnungsbau investiert wird.

Genossinnen und Genossen, ich habe in meiner Rede heute Morgen über den Pfleger geredet, den ich in Moers am Niederrhein getroffen habe. Dabei ging es um die pflegebedürftigen alten Menschen auf einer überbelegten Demenzstation. Es gibt Demenzstationen in Deutschland, die so überbelegt sind, dass die Demenzkranken auf normale Stationen verlegt werden müssen, die allerdings auch nicht mit mehr Personal ausgestattet sind. Sie warten auf die Investitionen in die Pflege und auf die Ent-
scheidung, dass wir mehr Geld in die Pflege, mehr Geld für das Personal, mehr Geld in einen höheren Personalschlüssel investieren, damit in einem der reichsten Länder der Welt endlich Würde im Alter verwirklicht wird. Die warten auf uns, Genossinnen und Genossen! Die brauchen uns!

(Beifall)

Die Altersarmut, die wir abwenden müssen, indem wir in die Rentenentwicklung eingreifen, ist vor allen Dingen weiblich. Ich möchte, dass wir anpacken, dass wir unser Rentensystem stabilisieren. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat uns dazu etwas gesagt. Leute, die ein Leben lang malocht haben und am Ende zum Amt gehen müssen, hoffen, dass die SPD das verhindert, die warten auf uns.

Warum sage ich euch das, Genossinnen und Genossen? - Das sind drei kleine Beispiele von Dingen, die wir durchsetzen können und durchsetzen müssen. In welcher Form, das weiß ich nicht. Das kann eine neue Form sein.

Deshalb sage ich euch: Wir werden - ich habe das heute Morgen vielleicht nicht klar genug ausge-
drückt; ich gebe euch dieses Versprechen - jeden Weg ausloten. Ich sage das noch einmal: Es gibt keinen Automatismus für irgendetwas. Aber es gibt etwas, wofür ich brenne: Die drei Punkte und viele andere. Ich möchte, dass das Leben der Leute, die davon betroffen sind, besser wird. Egal welche Chance wir haben, die wir ergreifen können, um das Leben dieser Leute besser zu machen, die Chance müssen wir ergreifen. Da gibt es die Bandbreite. Vielleicht geht das über Neuwahlen. Vielleicht geht das über eine Tolerierung. Vielleicht geht das über ein Kooperationsmodell. Vielleicht geht es über eine Koalition. Das werden wir ausloten müssen. Aber alle Wege dahin werden gleichberechtigt und mit der gleichen Intensität und mit der gleichen Leidenschaft ausgelotet werden. Das verspreche ich euch, Genossinnen und Genossen. Dafür werde ich sorgen.

(Beifall)

Deshalb, lieber Kevin, gibt es keine Stallorder, wie du dich ausgedrückt hast. - Ich weiß nicht, wo er ist; zeig dich, Genosse. - Kevin, ich weiß nicht, was mit einer Stallorder gemeint ist. Aber einigen wir uns auf Folgendes: Die Zeiten, zu denen ein Parteivorsitzender Stallordern ausgegeben hat, sind vorbei. Ich bitte um euer Vertrauen, um sonst nichts.

(Beifall)

Ich bitte um dieses Vertrauen im Namen aller Mitglieder des Präsidiums und des Parteivorstandes, die diesen Leitantrag vorgelegt haben. Ich bitte euch, nicht dem Vorschlag von Kevin zu folgen. Ich habe dafür vollen Respekt. Er hat ihn, wie ich finde, in sehr fairer Weise begründet. Dafür will ich mich bedanken. Aber ich glaube, dass der Weg, den wir als Parteivorstand durch Olaf Scholz und die Antragskommission, konstruktiv und ergebnisoffen vorgelegt haben, der richtige ist.

Gebt uns diese Chance, die unterschiedlichen Wege auszuloten, die wir ausloten müssen, um zu verwirklichen, dass wir das Leben der Menschen in Deutschland jeden Tag ein bisschen besser machen. Das ist unsere Aufgabe. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Martin, vielen herzlichen Dank. - Ich schließe damit die Aussprache und bitte um Konzentration, weil wir jetzt zum Entscheidungs- und Abstimmungsprozess kommen. Ich würde euch noch einmal kurz vortragen mit der Bitte, falls es dazu Widerspruch gibt, nur damit wir vom Verfahren her klar sind, worüber wir vor der Schlussabstimmung über den IA 3 zu entscheiden haben

Einmal den von Kevin Kühnert vorgetragene Passus, den ich nicht erneut vorlesen muss. Das ist im Kern die Frage, ob Groko ausgeschlossen werden soll oder nicht.

Dann haben wir ebenfalls von den Jusos vorgetragen die Frage, ob „essentiell“ durch „nicht verhandelbar“ ersetzt werden soll, und die Frage, ob das Mitgliedervotum von einer Positionsbeschreibung des Parteivorstandes, sozusagen die Verschickung - das hat Olaf erläutert.

Dann hätten wir den Antrag Mitgliedervotum statt Parteitag. Das will ich hier gerne kurz wiederholen. Da der Antrag Sonderparteitag anstelle des Konvents von der Antragskommission übernommen worden ist, müssen wir darüber nicht noch einmal gesondert abstimmen. Das steht jetzt in der Verhandlungsgrundlage.

Und der fünfte Bereich, den wir zu entscheiden hätten, wäre das von der AFA eben noch einmal vorgetragene Anliegen, den Initiativantrag nicht zu überweisen, sondern hier mit abzustimmen. Da will ich noch einmal darauf hinweisen, dass das natürlich bedeutet wird, dass wir, ich glaube, 16 Seiten zusätzlich in den Antrag übernommen hätten.

Ich frage jetzt noch einmal und will erinnern an den Verfahrensvorschlag, den ich ganz am Anfang gemacht habe: die weiteren euch im Antragsbuch vorliegenden W- und O-Anträge würden jetzt abgestimmt werden, ob das so in Ordnung ist. - Ich höre keinen Widerspruch.

Deswegen kommen wir jetzt zur ersten Abstimmung. Die erste Abstimmung bezieht sich auf das, was Kevin vorgetragen hat. Ich lasse wie bei allen jetzt folgenden Abstimmungen über das Votum der Antragskommission abstimmen. Deswegen frage ich jetzt: Wer für die Ablehnung des von den Jusos eingebrachten Änderungsantrags ist, wer damit dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen - Das erstere war die Mehrheit.

(Beifall)

Dann komme ich jetzt zu dem zweiten angekündigten Punkt, den wir abzustimmen haben. Die Jusos haben beantragt, in Zeile 44 „essentiell“ durch „nicht verhandelbar“ zu ersetzen. Die Antragskommis-

sion votiert hier auf Ablehnung. Ich lasse hier erneut über das Votum der Antragskommission abstimmen ist. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Auch das ist die Mehrheit für das Votum der Antragskommission.

Ich komme jetzt zu der dritten angekündigten Abstimmung. Dabei geht es um die Frage, ob eine entsprechende Änderung des Parteivorstandes beim Mitgliedervotum hinzugefügt werden darf in die Unterlagen. Das Votum, das Olaf Scholz als Vorsitzender der Antragskommission hier vorgetragen hat, lautet auf Ablehnung. Darüber lasse ich jetzt abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthaltungen? - Das erstere war die Mehrheit. Herzlichen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir sind uns in Präsidium alle einig, aber wenn ihr möchtet - Wir können gerne die Abstimmung noch einmal wiederholen. - Das ist ganz eindeutig - wir sind uns einig -, dass es die Mehrheit ist.

Wir kommen dann zu dem vierten Punkt, über den wir abzustimmen haben. Das ist der Antrag IA 5. Das ist auch von anderen Genossinnen und Genossen in der Debatte beantragt worden. Ich erinnere noch einmal daran: Der Sonderparteitag ist Teil der Entscheidungsgrundlage. Hier geht es darum, statt eines Parteitages - ursprünglich war das die Debatte Konvent - ein zusätzliches Mitgliedervotum durchzuführen.

Die Empfehlung der Antragskommission lautet auf Ablehnung. Ich lasse über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen. Wer für die Empfehlung der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Die Enthaltungen! - Auch hier ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen worden.

Damit kommen wir zu der letzten Änderungsantragsabstimmung. Es handelt sich um den IA 6. Das ist der von der AFA vorgetragene Initiativantrag. Die Empfehlung der Antragskommission lautet Überweisung an den Parteivorstand, sozusagen die Überweisung für die Erarbeitung eines Arbeitsprogramms. Über diese Empfehlung lasse ich jetzt abstimmen. Wer ist für die Empfehlung der Antragskommission? - Wer ist dagegen? - Dann kommen wir jetzt zu den Enthaltungen.- Das Erstere ist bei wenigen Enthaltungen eindeutig die Mehrheit.

(Beifall)

Vielen Dank, dass wir so konstruktiv durch diesen Prozess hindurchgehen konnten. Ihr habt die Änderungen, die mit Mehrheit beschlossen worden sind, sind jetzt Teil der Vorlage, die euch vorliegt. Wir kommen jetzt zur Schlussabstimmung über den Antrag des Parteivorstands. Wer diesem Antrag in dieser Version zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist gegen diesen Antrag? - Die Enthaltungen! - Das ist mit großer Mehrheit beschlossen worden.

(Beifall)

Ich bedanke mich ganz herzlich für die Debatte, aber auch für die konstruktive Art und Weise. Wir sind, glaube ich, insgesamt zu einem sehr guten Abschluss gekommen, Genossinnen und Genossen.

Dann geht es jetzt mit unserem Parteitag weiter, ihr wisst wir haben noch eine ganze Reihe von Entscheidungen zu treffen. Damit wir das auch ordnungsgemäß tun können, bitte ich jetzt erst einmal, die Grundlage - auch die rechtliche Grundlage - hierfür klarzustellen. Das bedeutet - für diejenigen, die das erste Mal auf einem Parteitag sind -, wir kommen jetzt zum Bericht der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Die Vorsitzende Janne Herzog hat das Wort. Janne, bitte schön.

(Beifall)

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Moin, liebe Genossinnen und Genossen! Ich fasse mich kurz.

Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 32 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen. Anwesend sind 594 Delegierte und 31 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 280 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 44,80 Prozent. - Da kann man ruhig mal klatschen.

(Beifall)

- Danke. - Die Quote ist also erfüllt und der Parteitag damit beschlussfähig.

Jetzt wünsche ich dem Parteitag noch einen weiterhin erfolgreichen Verlauf. - Danke schön.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, liebe Janne. Der Dank richtet sich nicht nur an dich, sondern auch an die Genossinnen und Genossen, die hier schon gearbeitet haben und auch weiterhin diese wichtige Arbeit machen. Es ist für die Durchführung eines Parteitages immer ganz, ganz wichtig, dass das funktioniert.

Genossinnen und Genossen, ich rufe jetzt die Rechenschaftsberichte auf. Wir sind zeitlich ein klein bisschen unter Druck. Deswegen haben wir uns darauf verständigt, dass die Rechenschaftsberichte des Generalsekretärs und des Schatzmeisters schriftlich vorgelegt werden. Wir haben uns mit Andrea Nahles darauf verständigt, dass ihr Bericht auch zu Protokoll gegeben wird. Ich darf, glaube ich, ankündigen, Andrea, dass du morgen im Rahmen der Beratungen noch einmal das Wort nehmen wirst, um diesen Bericht entsprechend vorlegen zu können. Aber ich glaube, ihr seid alle einverstanden, weil uns das ein bisschen Zeit spart. Deswegen bedanke ich mich auch dafür, dass das hier so möglich geworden ist.

(Beifall)

- Ich werte das mal als Zustimmung.

Damit kommen wir direkt zum Bericht der Kontrollkommission. Auch das ist notwendig und, glaube ich, richtig, dass wir das hier machen. Außerdem ist es vorgeschrieben. Der Justizminister sieht das auch so, und deswegen bitte ich Brigitte Reckmann um den Bericht der Kontrollkommission. Du hast das Wort.

BERICHT DER KONTROLLKOMMISSION UND ENTLASTUNG DES PARTEIVORSTANDES

BRIGITTE RECKMANN, KONTROLLKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen! Den technischen Bericht über unsere Arbeit in den letzten zwei Jahren könnt ihr wie immer den Unterlagen entnehmen.

Ich möchte die Gelegenheit heute nutzen, um aus Sicht der Kontrollkommission einige Probleme anzusprechen, die wir schon seit Jahren diskutieren, die aber durch das Wahlergebnis am 24. September noch drängender geworden sind. Der Verlust von 1,7 Millionen Stimmen hat erhebliche finanzielle Auswirkungen. Das heißt, wir müssen sparen. Ich drücke das gerne anders aus: Wir müssen verantwortlicher mit unseren Ressourcen umgehen.

Das Problem Nummer 1 aus Sicht der Kontrollkommission ist der Standard von Veranstaltungen und die Inszenierungen, die wir machen. Es gilt, genau zu überprüfen, ob die vielen, unglaublich teuren Zutaten bei Veranstaltungen wirklich nötig sind und was sie letztendlich bewirken. Das beginnt damit, dass der ganze Vorstand beim Parteitag auf der Bühne sitzt - das macht es teurer wegen des Gewichts oder auch wegen der Stabilität - und endet bei aufwendig inszenierten Werbefilmen und Events, die, wie die Befürworter immer wieder argumentieren, starke Bilder liefern.

Genossinnen und Genossen, wir sind der festen Überzeugung, dass eine selbstbewusste und starke SPD medienwirksam auftreten muss. Aber vieles, was wir tun, kostet nur viel Geld und hat keine Wirkung bei den Menschen, die wir erreichen wollen.

(Beifall)

Es wirkt eher wie ein Potemkinsches Dorf. Es zeigt eine heile Welt, in der wir uns leider nicht befinden. Nur Bilder reichen nicht. Es müssen überzeugende Inhalte her, und die müssen unsere Politikerinnen und Politiker glaubhaft vertreten - Inhalte, die die Mitglieder teilen und für die sie bereitwillig kämpfen. Es ist heute schon oft gesagt worden, aber wir müssen ein Bild entwickeln, wie unsere Welt, die sozialdemokratische Welt, in Zukunft aussehen sollen. Wie entwickeln wir Wirtschaft und Arbeit vor dem Hintergrund der Digitalisierung? Wie schaffen wir bezahlbaren Wohnraum in unserem Land? Wie ermöglichen wir Bildung für alle, und wie stellen wir eine würdige Pflege sicher für alle bei ordentlicher Bezahlung der Pflegekräfte? Die Gleichstellung von Mann und Frau besonders in der Arbeitswelt, wie wollen wir das sicherstellen? Solche Fragen müssen wir sehr konkret beantworten, und wir müssen sagen, wie wir sie finanzieren wollen. Die Bilder, die daraus entstehen, erreichen dann auch die Wählerinnen und Wähler, und die werden stark sein.

Ein zweiter Aspekt für die Zukunft ist die Personalentwicklung in unserer Organisation. Bereits seit Jahren fordert die Kontrollkommission ein gemeinsames Personalentwicklungskonzept des Willy-Brandt-Hauses mit den Ländern und Bezirken. Besonders in den ostdeutschen Bundesländern, aber nicht nur dort gehen viele altgediente Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer, erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand. Das birgt Risiken und Chancen. Auf jeden Fall aber muss die bisherige Organisationsstruktur geprüft und überdacht werden. Die Digitalisierung und die neuen Medien erfordern andere Arbeitsabläufe.

Die finanziellen Ressourcen für Personal sind nicht größer geworden, ganz im Gegenteil. Aus Sicht der Kontrollkommission heißt das, Aufgaben, die das Willy-Brandt-Haus erledigen soll - auch für die Gliederungen -, müssen neu definiert werden. Anstatt zum Beispiel Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Verwaltungsaufgaben zu binden, sollten diese, sinnvoll zentralisiert, von bestehenden Dienstleistungszentren übernommen werden.

Eine Grundsatzfrage hat die Politik zu klären: Wer macht Politik, und wer organisiert die Politik?

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind das engste Bindeglied zu den Mitgliedern, aber auch zu den Menschen, die wir begeistern und überzeugen wollen. Also ist es aus unserer Sicht sehr wichtig, dass diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen, wo sie stehen, welche Aufgaben und welche Chancen sie haben. Nur so können sie motiviert ihre Aufgaben erledigen.

Ein letzter Aspekt, den ich ansprechen möchte, ist die Verantwortung im Ehrenamt. Ob es - auch aus Sicht der Finanzen - sinnvoll ist, Vorstände zu erweitern, damit sich alle wiederfinden, sei dahingestellt. Unser Appell ist aber, dass jeder und jede, der oder die sich für ein Vorstandsamt bewirbt - hier oder in den Gliederungen -, sich darüber im Klaren ist, dass sie oder er eine Verantwortung übernimmt, eine Verantwortung für das Schicksal der SPD und für die Politik, die gemacht wird - im Bund, im Land und auch in der Kommune.

Ihr alle kennt die Genossinnen und Genossen, die Mitglied zum Beispiel in einem Unterbezirksvorstand sind, dort nichts sagen oder tun, aber anschließend tönen, dass im Vorstand nichts passiert.

Mein Eindruck ist, dass sich diese Haltung in den letzten Jahren verstärkt hat.

Mitglied eines Vorstands zu sein, muss bedeuten, verantwortlich zu sein für die Beschlüsse dieses Gremiums und sie zu vertreten, nach außen wie nach innen. Jeder und jede muss eine Aufgabe übernehmen und diese auch erledigen oder jedenfalls mit aller Kraft danach streben.

An den Bundesvorstand gerichtet bitte ich darum, in den anstehenden Erneuerungsprozessen offen zu sein für das, was Mitglieder und Wähler zu sagen haben, was ihnen wichtig ist. Bitte stellt alle Projekte und Arbeitsgruppen, die seit Jahren bestehen, einmal auf den Prüfstand und guckt, ob sie es sind, die wir wirklich brauchen. Für neue Dinge, die dieser Parteitag und die Gremien für notwendig erachten, müssen auch finanzielle Ressourcen bereitgestellt werden. Dabei werden wir nicht umhinkommen, Prioritäten zu setzen. Wir werden uns auch von Dingen und geliebten Gewohnheiten trennen müssen.

Der wichtigste Appell der Kontrollkommission an den Bundesvorstand ist aber: Bitte interessiert euch für die finanziellen Auswirkungen für eure Ideen und Vorstellungen. Es darf nicht sein, dass bei Beschlüssen über Haushalt oder Mittelfristplanung der Saal halbleer ist. Wer etwas Neues tun will, muss auch sagen, woher die Mittel kommen, und das kann man nur, wenn man mindestens einen groben Überblick über die finanzielle Situation der Organisation hat.

Genossinnen und Genossen, ihr werdet in den nächsten Tagen – heute habt ihr es auch schon gemacht – über diese Dinge diskutieren und darum ringen, so wie es sozialdemokratischer Brauch ist. Ich hoffe, ich habe ein paar Denkanstöße für die Debatte gegeben. Eine Erneuerung der Partei muss aus meiner Sicht beides beinhalten: Konkretisierung unserer Inhalte und Reform der Organisation.

Im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen der Kontrollkommission möchte ich mich nun aber beim Schatzmeister der Partei, Dietmar Nietan, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Schatzmeisterei bedanken.

(Beifall)

Sie haben die Arbeit der Kontrollkommission nach Kräften unterstützt und sind, so glauben wir, sehr gut aufgestellt für die anstehenden Reformprozesse. Aus diesem Grunde beantrage ich gerne die Entlastung des Vorstands.

Vielen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Brigitte, vielen herzlichen Dank. Ich denke, es ist wichtig, dass du diese Punkte hier vorgetragen hast. Sie werden auch vom Vorstand, das kann ich dir versichern, ernst genommen. Ich will mich auch noch einmal bei allen Mitgliedern der Kontrollkommission für ihre wichtige Arbeit bedanken.

Genossinnen und Genossen, ihr habt gehört, Brigitte hat die Entlastung des Vorstandes beantragt. Wird hierzu von euch das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich: Gibt es Gegenstimmen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann darf ich feststellen, dass der Vorstand einstimmig entlastet ist. Wir bedanken uns für euer Vertrauen.

(Beifall)

Ich darf jetzt zur weiteren Beratung des Parteitags das Wort an Doris weitergeben. Bitte schön!

ANTRAGSBERATUNG SATZUNGSÄNDERNDE ANTRÄGE

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, auch von meiner Seite noch mal vielen, vielen Dank für die konstruktive Debatte und dafür, dass wir in der Zwischenzeit so weit gekommen sind.

Ich rufe als nächsten Bereich den Bereich Organisationspolitik auf - die satzungsändernden Anträge.

Ich sage aber dazu: Das wird aus meiner Sicht nicht sehr lange dauern, und dann werden wir relativ schnell zur Wahl des Vorsitzenden kommen. Insofern wäre die Bitte: Bleibt im Saal! Und sofern ihr nicht im Saal seid, kommt in den Saal. Mir liegt bisher zu dem Bereich nur eine Wortmeldung vor. Das könnte also alles relativ schnell gehen. Wir haben sehr bewusst die beiden satzungsändernden Initiativanträge des Parteivorstands jetzt aufgerufen, weil sie auch Auswirkungen auf die Wahlen haben werden.

Zur Einbringung der beiden Anträge gebe ich Martin Schulz das Wort.

MARTIN SCHULZ, PARTEIVORSITZENDER:

Vielen Dank, Doris. - Liebe Genossinnen und Genossen, bevor wir gleich zu den Wahlgängen kommen, habe ich eine Bitte an euch. Ich schlage euch gemeinsam mit dem Parteivorstand zwei satzungsändernde Anträge vor, die ich ganz kurz begründen will. Es sind die Initiativanträge IA 2 und IA 4. Beide Anträge sind vom Vorstand nach Antragsschluss und nach der Veröffentlichungsfrist beschlossen worden. Deshalb ist es nötig, dass wir hier ein ganz bestimmtes Prozedere durchführen, um diese Anträge beschlussfähig zu machen. Wir müssen zunächst darüber entscheiden, ob wir sie heute beraten, worum ich euch bitte, und sie in einem zweiten Schritt auch entscheiden.

Ich schlage euch vor, den Parteivorstand wieder auf seine ursprüngliche Größe von 45 Mitgliedern zu vergrößern. In § 23 unseres Organisationsstatuts wäre die Formulierung zur Größe des Parteivorstandes wie folgt zu ändern: „Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstandes darf insgesamt nicht mehr als 45 betragen.“

Bisher liegt die Grenze bei 35. Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr diesem Antrag zustimmt. Wir wollen alle Landesverbände berücksichtigen und uns möglichst breit aufstellen, was die unterschiedlichen Gruppierungen in unserer Partei angeht. Und vor allem haben wir uns ja auch vorgenommen, mehr jüngeren Leuten, vor allem auch jungen Frauen, die Chance zu geben, für den Parteivorstand zu kandidieren und in den Parteivorstand aufzurücken. Denn wir wollen jünger, wir wollen weiblicher werden. Lasst uns das unter anderem durch die Wiedereinsetzung der alten Zahl erreichen.

Es gibt einen zweiten Vorschlag, den ich ausdrücklich unterstütze. Der Parteivorstand wählt aus seiner Mitte zum Präsidium neben den Präsidiumsmitgliedern, die hier auf dem Parteitag in Einzelwahl gewählt werden – also Vorsitzender, Stellvertreter, Schatzmeister, Generalsekretär/Generalsekretärin – weitere Mitglieder. Diese Mitglieder werden aus der Mitte des Vorstands zusätzlich in das Präsidium gewählt. Diese Zahl beträgt heute drei. Ich möchte euch vorschlagen, sie auf fünf zu erhöhen und eine Parität einzuführen.

(Beifall)

Wenn die fünf gewählt werden, soll die Parität zwischen Männern und Frauen in der Form hergestellt werden, dass, wenn bei ungeraden Zahlen – also bei 15 – die Parität nicht hergestellt werden kann, dass jeweils andere Geschlecht nur eine Position mehr haben darf. Bei geraden Zahlen muss die Parität hergestellt sein. Ich möchte mich ausdrücklich für diese Änderung – das war ein bisschen umstritten – einsetzen. Die Parität tut uns gut, wenn wir jünger, wenn wir weiblicher werden wollen. Ich bitte um Zustimmung zu diesen Anträgen.

Vielen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN; TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kämen dann zunächst zum IA 2. Da geht es, wie dargestellt, um die Erweiterung des Parteivorstands. Der Parteivorstand hat den Antrag auf seiner Sitzung am 20. November 2017 beschlossen. Ich will euch den Antrag noch mal kurz vorlesen:

„Der Parteitag möge beschließen, § 23 Abs. 1 Satz 3 Organisationsstatut wie folgt zu ändern: ‚Die Zahl der Mitglieder des Parteivorstands darf insgesamt nicht mehr als 45 betragen.‘“

Wir werden darüber jetzt zweimal abstimmen müssen, nämlich erst mal darüber, ob ihr damit einverstanden seid, dass dieser Antrag zur Beratung zugelassen wird, weil die Fristen nicht eingehalten worden sind, sondern dieser Beschluss erst nach der Veröffentlichungsfrist gefasst worden ist.

Dann werden wir in der Sache abstimmen.

Ich habe eine Wortmeldung von Christian Reinke, den ich vorher fragen wollte, ob er das Wort in der Sache wünscht oder schon zur Frage der Zulassung des Antrages. - In der Sache, gut. Dann würde ich, wenn ihr einverstanden seid, zunächst über die Zulassung abstimmen lassen, und dann kommen wir zur Sachdebatte.

Wie gesagt, der Parteivorstand hat diesen Vorschlag nach der Veröffentlichungsfrist beschlossen, deswegen müssen wir jetzt darüber abstimmen, ob wir den Antrag zur Befassung zulassen. Hierfür ist eine Dreiviertelmehrheit erforderlich. Ich bitte euch um das Kartenzeichen, wenn ihr diesen satzungsändernden Initiativantrag des Parteivorstandes zur Befassung zulassen möchtet. - Gibt es Gegenstimmen? - Da werdet ihr mit mir einig sein: Das ist eindeutig, dass die Dreiviertelmehrheit zur Zulassung der Beratung erreicht ist.

Ich würde dann auch gleich den IA 4 mit der dargestellten Parität für das Präsidium aufrufen und zunächst auch nur über die Frage abstimmen lassen, ob dieser Antrag zugelassen wird. Der Parteivorstand hat den Antrag auf seiner Sitzung am 4. Dezember 2017 beschlossen.

Der Antrag liegt euch als Tischvorlage vor, aber er ist kurz. Ich kann ihn gerne noch mal vorlesen:

„Der Parteitag möge beschließen, in § 23 Abs. 2 Organisationsstatut folgenden Satz 3 anzufügen: ‚Männer und Frauen müssen paritätisch vertreten sein. Bei einer ungeraden Anzahl darf der Unterschied zwischen Männern und Frauen nicht mehr als 1 betragen.‘“

Da auch der Antrag nach der Veröffentlichungsfrist beschlossen wurde, müssen wir auch hier erst über die Befassung des Antrages abstimmen. Auch hier ist wieder eine Dreiviertelmehrheit notwendig. Ich bitte euch also um das Kartenzeichen, wenn ihr diesen satzungsändernden Initiativantrag des Parteivorstandes zur Befassung zulassen möchtet. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Auch hier können wir eindeutig feststellen, dass die notwendige Dreiviertelmehrheit zur Befassung erreicht wurde.

Bevor wir gleich in die Debatte einsteigen, möchte ich euch kurz informieren, dass beide Anträge von der Antragskommission in ihrer Sitzung am 6. Dezember auf Annahme votiert wurden.

Bei beiden Anträgen handelt es sich um eine Änderung der Satzung, die zur Annahme in der Sache eine Zweidrittelmehrheit gemäß § 37 Abs. 1 Organisationsstatut benötigt.

Für eine Änderung, wenn jetzt so etwas in der Debatte des jeweiligen Antrags käme, reicht eine einfache Mehrheit aus, aber nur dann, wenn tatsächlich noch der Sachbezug vorhanden ist und durch die vorgeschlagene Änderung sich qualitativ kein neuer Antrag ergibt. Ein geänderter Antrag bedarf aber zur Annahme wiederum einer Zweidrittelmehrheit.

Das einfach noch einmal vorweg, was das Abstimmungsverfahren angeht. Jetzt liegt eine Wortmeldung vor zum IA 2 von Christian Reinke. - Er zieht seine Wortmeldung zurück.

(Beifall)

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich sehe auch keine aus dem Plenum heraus.

Dann sage ich also noch einmal, bevor wir zur Abstimmung kommen: Es geht um satzungsändernde Anträge. Wir brauchen hier eine Zweidrittelmehrheit.

Wer also dem Antrag IA 2, Erweiterung des Parteivorstandes, zustimmt, bitte ich nun um das Kartenzeichen. - Wer stimmt diesem Antrag nicht zu? - Wer enthält sich? - Ich glaube, ihr seid mit mir einig, dass die notwendige Zweidrittelmehrheit erreicht ist. Vielen Dank.

Wir kämen dann zum Antrag IA 4, Stichwort: Parität. Auch hier brauchen wir die notwendige Zweidrittelmehrheit. Ich darf also fragen: Wer stimmt diesem Antrag zu? - Wer stimmt diesem Antrag nicht zu? - Wer enthält sich? - Das war nun ganz eindeutig eine Zweidrittelmehrheit und noch viel mehr.

(Beifall)

Also sind diese beiden Anträge so verabschiedet.

WAHL DES PARTEIVORSITZENDEN

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Wir kommen dann zum nächsten Tagesordnungspunkt, so wie ich es euch angekündigt hatte, zur Wahl des Parteivorstandes und hier zunächst zur Wahl des Parteivorsitzenden.

Liebe Genossinnen und Genossen, es handelt sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Medienvertreter möchte ich an der Stelle schon bitten, die Geheimheit der Wahl zu respektieren und sich, wenn wir gleich in den Wahlgang gehen, bitte tatsächlich aus den Delegationen zurückzuziehen und auch nicht die Kamera auf einzelne Delegierte zu halten, die abstimmen. Es ist uns schon sehr wichtig, dass wir das in einem geordneten Verfahren machen können.

Ihr alle wisst, dass Martin Schulz als Parteivorsitzender kandidiert. Bisher sind bei uns auch keine anderen Vorschläge eingegangen. Ich möchte noch einmal ganz ausdrücklich fragen, ob es eine Gegenkandidatur gibt. - Das ist eindeutig nicht der Fall.

Bei nur einem Kandidaten hat der Stimmzettel die Form, dass Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung hinter dem Namen durch ein Kreuz auf den Kreisen zu vermerken ist. Der Stimmzettel ist nur dann gültig, wenn „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt ist. Der Stimmzettel, der gleich an euch verteilt wird, braucht zu seiner Gültigkeit auch eine Kontrollmarke. Ich würde euch ganz originell vorschlagen, dass wir die Kontrollmarke Nr. 1 nehmen. Die Kontrollmarke soll auf der Vorderseite auf dem dafür vorgesehenen Feld angebracht werden, also die Kontrollmarke 1.

Um es noch einmal zu sagen: Nach § 23 Abs. 4 Organisationsstatut ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. So weit von meiner Seite aus zum Wahlverfahren. Ist ja heute auch alles ganz einfach. Wir machen es nicht elektronisch, sondern mit Stimmzetteln.

Bestehen noch irgendwelche Fragen zum Wahlverfahren? - Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Ich gehe davon aus, dass die Stimmzettel jetzt verteilt werden. Es müsste ein blauer Zettel sein. Wir müssen jetzt einfach einen Moment warten, bis alle einen solchen haben. Noch einmal: Verwendet bitte die Kontrollmarke 1.

Es wird noch einmal die Bitte an uns herangetragen, bitte die Kameras nicht auf die Delegierten zu halten, die sich jetzt im Abstimmungsverfahren befinden. Das ist eine geheime Wahl, und das wollen wir auch sicherstellen. Das gilt bitte für alle Kameramänner und -frauen; denn bei uns kommen hier Beschwerden an, dass auf die Delegierten gehalten wird. Das geht nicht.

So, jetzt haltet bitte alle die Stimmzettel gut sichtbar hoch, damit die Mandatsprüfungs- und Zählkommission einsammeln kann.

Sind alle Stimmzettel eingesammelt, oder hat noch jemand einen Stimmzettel? - Ich kriege das Zeichen. Dann ist der Wahlgang damit geschlossen.

Liebe Delegierte, verehrte Gäste, wir würden an dieser Stelle den Parteitag zur Auszählung des Wahlergebnisses unterbrechen. Ich würde sagen, dass wir uns um 19.45 Uhr hier wieder treffen.

(Unterbrechung von 19.12 Uhr bis 19.41 Uhr)

ERGEBNIS WAHL DES PARTEIVORSITZENDEN

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Delegierte! Dann können wir unseren Parteitag fortsetzen, und ich möchte gerne der Sprecherin der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, Janne, das Wort erteilen.

(Vereinzelt Beifall)

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Parteivorsitzenden bekannt: abgegebene Stimmen 625, davon ungültig 5, gültige Stimmen 620. Mit Ja haben gestimmt 508, mit Nein haben gestimmt 97, und Enthaltungen gab es 15. Dies bedeutet eine Zustimmung von 81,94 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. - Vielen Dank.

(Langanhaltender Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ich würde dich gerne fragen wollen, ob du die Wahl annimmst.

MARTIN SCHULZ, PARTEIVORSITZENDER:

Vielen, vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Nach allem, was hinter uns liegt, bin ich euch dankbar für diesen Vertrauensbeweis.

Lasst mich bitte, bevor ich natürlich meine Antwort auf die Frage geben muss, die Doris gerade gestellt hat, euch allen sagen: Am 19. März habt ihr mich mit 100 Prozent ausgestattet. Das war ein schöner Moment, aber danach kamen auch schwierige Zeiten. Jetzt habt ihr mich mit 81,94 Prozent ausgestattet. Ich wünsche mir, dass auf der Grundlage dieses Ergebnisses bessere Zeiten kommen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Deshalb danke ich für diesen Vertrauensvorschuss allen, die ihn mir gegeben haben. Denen, die zwischen dem 19. März und heute ein bisschen Vertrauen verloren haben, möchte ich eines sagen:

Ich werde alles tun, um euer Vertrauen wieder zurückzugewinnen.

Und: Ja, Doris, ich nehme die Wahl an. - Vielen Dank, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ja, vielen Dank, Martin, und natürlich herzliche Glückwünsche auch vom gesamten Tagungspräsidium.

Ich darf dann an Heiko Maas weitergeben, der jetzt zur Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden überleiten wird.

WAHL DER STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ja, vielen Dank, Doris. - Liebe Genossinnen und Genossen! Trotz der fortgeschrittenen Zeit wollen wir heute Abend die stellvertretenden Parteivorsitzenden wählen, damit wir auch in den kommenden Tagen einigermaßen im Plan bleiben.

Nach § 23 des Organisationsstatuts werden die stellvertretenden Vorsitzenden in Einzelwahl gewählt. Das Präsidium empfiehlt euch aber, diese Wahlgänge auf einem Stimmzettel als verbundene Einzelwahl durchzuführen. Das würde uns viele Wahlgänge und auch entsprechend viel Arbeit und Zeit ersparen. Wir müssten das aber auch so abstimmen, und deshalb würde ich gerne fragen:

Wer mit dieser Vorgehensweise einverstanden ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Dann werden wir die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden nicht als Einzelwahl, sondern als verbundene Einzelwahl durchführen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt Vorschläge für die Funktion der stellvertretenden Parteivorsitzenden. Die liegen euch allen vor. Es handelt sich in alphabetischer Reihenfolge um Malu Dreyer, Natascha Kohnen, Thorsten Schäfer-Gümbel, Olaf Scholz, Manuela Schwesig und Ralf Stegner. Weitere Vorschläge haben uns nicht erreicht.

Es ist üblich, dass sich die Kandidatinnen und Kandidaten vorstellen. Wir würden davon auch ungerne abweichen, aber wir würden darum bitten, dass die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten vielleicht so kurz wie möglich ausfällt. Zwei Minuten wären eine gute Zeit. - Malu, ich würde dich bitten, zu beginnen.

(Beifall)

MALU DREYER, STELLVERTRETENDE PARTEIVORSITZENDE:

Danke. - Genossen und Genossinnen! Malu Dreyer, 1961 geboren - nicht in einem sozialdemokratischen Haushalt, aber mit 30 aus voller Überzeugung in die SPD eingetreten.

Meine Herzensthemen: soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt. Mein besonderes Anliegen ist, den digitalen Wandel zu gestalten. Warum? Weil ich davon überzeugt bin, dass dieser Wandel genauso groß ist wie damals der Wandel der Industrialisierung, als die SPD gegründet worden ist.

Wir sind die Partei der Arbeit, und ich bin davon überzeugt, dass die Menschen spüren, dass sich ganz, ganz viel tut, selbst wenn sie noch nicht unmittelbar davon berührt sind.

Aber was denkt man sich eigentlich, wenn man Sparkassenleiter ist und in der Nachbarschaft schließen Filialen wegen der Digitalisierung? Oder wenn man Verkäuferin ist und weiß, meine Freunde kaufen alle nur noch bei Amazon oder Ebay ein? Oder wenn man in der Automobilbranche beschäftigt ist und jeder redet über Elektrifizierung? Oder wenn man Taxifahrer ist und jeder redet vom autonomen Fahren? Die Menschen fragen sich: „Was passiert eigentlich mit unseren Arbeitsplätzen, und wie bewältigen wir diese große Transformation“, und sind sehr, sehr verunsichert.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, bin ich davon überzeugt, dass es der Job der SPD ist, diese Transformation zu gestalten, dass wir den Menschen Sicherheit geben und das wir ihnen deutlich machen: Ja, da gibt es ganz, ganz viele Chancen. Wir sorgen dafür, dass diese Chancen genutzt werden können und keiner Angst haben muss. Und wir geben für diese Flexibilität auch die soziale Sicherheit, um wirklich diesen Weg gehen zu können.

Genossinnen und Genossen, das hat ganz viel mit Gerechtigkeit zu tun, und das hat ganz viel mit Zusammenhalt zu tun.

Wir wundern uns manchmal ein bisschen, warum in einem Teil unserer Betriebe inzwischen fast 20 Prozent der Arbeiter und Arbeiterinnen oder der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen AfD wählen. Deshalb, glaube ich, sind wir als SPD an dieser Stelle total gefordert.

Und ich möchte mich ganz besonders diesem Anliegen widmen, weil es für mich ein Herzensanliegen ist. Ich bin ewig Arbeitsministerin gewesen. Mir macht es Freude, daran zu arbeiten, und ich glaube, es ist an der Zeit, dass die SPD nicht mehr nur die Partei der „Arbeit am Band“ ist, sondern dass wir die Partei der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen am Band und in der Cloud werden und dass wir Beschäftigung für uns neu definieren und die Rahmenbedingungen auch entsprechend gestalten.

(Beifall)

Und liebe Genossinnen und Genossen, das ist mein letzter Punkt: Natascha hat von Selbstbewusstsein geredet. Das wünsche ich mir auch, gerade weil wir beim Thema Arbeit viel erreicht haben; Martin hat davon gesprochen. Und wir sind zu vielem in der Lage, was das betrifft.

Zum Selbstbewusstsein gehört noch etwas, dass wir nämlich mit Freude Politik machen. Es ist für mich ein großes Privileg, gewählt zu sein und Politik machen zu dürfen, und ich möchte, dass die SPD auch die Partei ist, die Freude ausstrahlt in dem, was sie tut. Wir dürfen die Gesellschaft gestalten, liebe Genossinnen und Genossen, und das, finde ich, ist etwas Besonderes.

Ich würde mich sehr, sehr freuen, wenn ihr mich wählen würdet, weil ich gerne stellvertretende Parteivorsitzende werden würde. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Malu. - Dann bitte ich Natascha Kohnen, sich vorzustellen.

(Beifall)

NATASCHA KOHNEN, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ihr hört es: Ich bin in Bayern geboren, ich bin in Bayern aufgewachsen, und Bayern ist meine Heimat - auch politisch. Immer, wenn ich nach Berlin komme, wundere ich mich ein wenig, welches Bild hier viele von Bayern haben: Bayerische Politiker sind laut und grob! Bayern wollen keinen Mindestlohn! Bayern sind gegen die Ehe für alle! Es gibt für Bayern nichts Wich-

tigeres, als dass Österreicher auf der A 8 endlich Maut zahlen! - Ich sage euch eines auf Bayerisch: "Das ist ein toller Schmarren!"

(Beifall)

Bayern ist ein starkes Land, gerade wirtschaftlich. Darauf sind wir auch stolz. Das haben wir gemeinsam aufgebaut, vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber auch in Bayern verdienen viele Menschen Löhne, die nicht zum Leben reichen. Ein Mindestlohn von 8,84 Euro reicht eben im Großraum München nicht. Was auch immer andere Politiker in Bayern erzählen - wer keinen höheren Mindestlohn will, der vertritt keine bayerischen Interessen.

(Beifall)

In bayerischen Städten finden viele Menschen mit normalem Einkommen keinen bezahlbaren Wohnraum. Was auch immer andere Politiker aus Bayern erzählen - wer keine verschärfte Mietpreisbremse und keinen staatlichen Wohnungsbau will, der vertritt keine bayerischen Interessen.

(Beifall)

Bayern braucht Einwanderung. Die Industriebetriebe im Süden Deutschlands leiden jetzt schon unter Fachkräftemangel. Sie wissen, dass wir unsere Stärke nur erhalten können, wenn wir qualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland gewinnen und wenn wir die Menschen, die zu uns kommen, auch anständig integrieren. Was auch immer andere Politiker aus Bayern erzählen - wer kein Einwanderungsgesetz will, der vertritt keine bayerischen Interessen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist der Grund, warum ich mich als stellvertretende Parteivorsitzende bewerbe. Ich will eine starke Stimme für die Menschen in Bayern sein. Ich sage: eine starke Stimme. Laute Stimmen aus Bayern haben wir schon genug.

(Beifall)

Es gibt noch einen weiteren Grund, warum ich mich hier bewerbe. Viele Menschen in Deutschland haben sich von der Politik abgewendet. Sie haben nicht mehr das Gefühl, dass ihnen jemand zuhört und ihre Sorgen und Nöte wirklich ernst nimmt. Das ist nicht nur ein Problem für die SPD, sondern das ist ein Problem für die Demokratie. Wir werden diese Menschen in meinen Augen nur erreichen, wenn wir die Art verändern, wie wir Politik machen. Dazu braucht es zuallererst Geradlinigkeit. Der Vertrauensverlust der SPD hat auch mit mangelnder Geradlinigkeit zu tun. In den letzten Jahren wurde von uns mit viel zu vielen Themen taktisch umgegangen. Gerade in einer so unübersichtlichen Zeit wollen die Menschen aber Orientierung, Klarheit und Geradlinigkeit. Was eben nicht zählt, ist die Schlagzeile von morgen, sondern das Vertrauen der Menschen, dass wir zu unserem Wort stehen, auch wenn es Gegenwind gibt.

Liebe Genossinnen und Genossen, es geht auch um Ernsthaftigkeit. Viele der Herausforderungen, vor denen wir stehen, sind echt komplex. Auf die Veränderungen der Arbeitswelt durch Digitalisierung, die ja auch Malu angesprochen hat, gibt es keine schnelle, einfache Antwort, und auf den Wandrungsdruck in Afrika und anderen Kontinenten ganz genauso wenig. Also dürfen wir auch gar nicht so tun, als gäbe es solche einfachen Antworten.

Wenn andere Politiker aus Bayern wieder den Rest der Republik mit Forderungen nach einer Pkw-Maut oder nach einer Obergrenze auf die Nerven fallen, dann hat das mit mangelnder Ernsthaftigkeit zu tun, sage ich euch.

(Beifall)

Ich trete in Bayern für einen neuen politischen Stil an; denn dort ist er am nötigsten. Aber ich will auch an der Spitze im Bund mit euch daran arbeiten, dass wir wieder nach vorne kommen - mit Geradlinigkeit und Haltung, mit einer klaren Sprache und mit Ernsthaftigkeit bei der Lösung der großen Probleme unserer Zeit. Das bringe ich in den Parteivorstand mit. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Natascha. - Dann kommt jetzt Thorsten Schäfer-Gümbel.

(Beifall)

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL, STELLVERTRETENDER PARTEIVORSITZENDER:

Liebe Genossinnen und Genossen! Thorsten Schäfer-Gümbel, 48 Jahre alt, Vater von drei Kindern, die mich selten mehr fordern als meine eigene Partei.

Vier kurze Bemerkungen:

Erstens. Ich gehöre zu denen, die in Parteivorstandssitzungen, in Präsidiumssitzungen und in Montagsrunden ein offenes Wort pflegen - in der Regel nicht taktikorientiert, sondern so, wie ich die Lage gerade einschätze. Ich tue das allerdings selten außerhalb, da ich mich auch nicht als stellvertretender Pressesprecher bewerbe. Als stellvertretender Parteivorsitzender gehört das zu den Selbstverständlichkeiten.

(Beifall)

Ich erwähne das, liebe Genossinnen und Genossen, weil ich glaube, dass die Frage des offenen Wortes in internen Sitzungen die zentrale Voraussetzung dafür ist, dass Vertrauen auch in Führungskreisen entsteht. Das wird auch die zentrale Aufgabe bei der Erneuerung der SPD sein jenseits von Führungskreisen innerhalb der Bundes-SPD.

Zweitens. Es geht darum, in den nächsten zwei Jahren Sachen zu klären. Deswegen habe ich mich in den letzten zwei Jahren mit meinem Landesverband Hessen engagiert und viele Initiativen ergriffen, dass wir endlich beginnen, ein neues Grundsatzprogramm zu machen, weil ich glaube, dass es Fragen gibt, die man nicht mehr liegen lassen kann. Ich weiß, dass das den einen oder anderen fordert. Aber ich glaube, dass auch die Debatte heute Nachmittag gezeigt hat – wir werden morgen noch einmal darüber reden –, dass es sehr grundlegende Konflikte gibt, die wir endlich zu Klärungen führen müssen.

Dass wir vor einer Zeit des Wandels stehen, ist sehr klar. Ich mache seit vielen, vielen Jahren sogenannte Praxistage. Es ist völlig egal, ob ich im Laderaum eines Flugzeugs Koffer lade oder bei Opel am Band stehe oder im Krankenhaus in der Pflege helfe. Diejenigen, die ich dort in der Arbeit treffe, wissen sehr wohl, dass sich das Leben und die Arbeitswelt verändern. Sie erwarten von uns nicht mehr und nicht weniger, als dass wir ihnen eine Perspektive dafür geben, wie das in Zukunft auch noch sicher, gesund und gut bezahlt passieren kann.

(Beifall)

Drittens. Meine Leidenschaft ist Kultur. Kultur ist für uns wichtig, weil es nicht nur um Fragen des Zusammenhalts, sondern auch um Identitätsfragen geht. Auch die werden uns in Zukunft fordern.

Die letzte Bemerkung, die ich machen will, hat eigentlich mit der Bundespolitik erst einmal nichts zu tun. Ich habe im nächsten Jahr eine Landtagswahl in Hessen zu bestehen. Vieles von dem, was wir heute hier diskutiert haben, wird erheblichen Einfluss auf das haben, was in Hessen passiert. Wir haben in den letzten Jahren in Hessen nicht alles richtig gemacht. Deswegen haben wir auch das

eine oder andere selber vergeigt. Aber wir haben auch das eine oder andere Mal erlebt, dass auch der Bund uns nicht nur geholfen hat. - Ich sage das einmal sehr diplomatisch. - Meine herzliche Bitte ist – das ist wirklich meine herzliche Bitte für das nächste Jahr, weil wir nach 18 Jahren Opposition keine Lust mehr auf Opposition haben,

(Beifall)

dass ihr alle helft, diesen Wahlkampf erfolgreich zu bestehen. Das heißt auch, dass wir möglicherweise schon morgen mit Helferlisten auf euch zukommen. Die Auseinandersetzung in Hessen wird nicht so einfach sein; denn der hessische Söder heißt Volker Bouffier. Der ist zwar älter, aber genauso prinzipienfrei.

Wir haben einen Plan für Hessen. Aber was wir jetzt noch brauchen, ist das Quäntchen Glück und die Unterstützung der gesamten Partei. Dafür bitte ich euch auch heute um ein Signal. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Thorsten. - Dann wäre Olaf Scholz an der Reihe.

OLAF SCHOLZ, STELLVERTRETENDER PARTEIVORSITZENDER:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin mit 17 in die SPD eingetreten aus Gründen, die uns alle miteinander bewegen. Gerechtigkeit war das große Thema.

Ich bewerbe mich erneut als stellvertretender Parteivorsitzender, weil ich glaube, dass es ein paar Dinge gibt, die wir miteinander diskutieren und voranbringen müssen und die für die Zukunft unseres Landes von großer Bedeutung sind.

Das eine wichtige Thema ist aus meiner Sicht Europa und wie sich die Europäische Union weiterentwickeln soll. Für mich ist dies das wichtigste nationale Anliegen, das Deutschland als größte Nation mitten in diesem europäischen Kontinent hat. Wir müssen es unbedingt schaffen, dass das nicht mehr nur ein Binnenmarkt ist, sondern dass es endlich um Politik geht: um Außenpolitik, um Sicherheitspolitik, um die Frage, wie wir mit Flucht und Migration umgehen, wie wir auch Wirtschaftspolitik so gestalten können, dass die Entwicklungschancen in allen Ländern der Europäischen Union gemeinsam gut sind.

Für uns muss es gelingen, dass wir den Zusammenhalt der europäischen Demokratien und sozialen Marktwirtschaften voranbringen und dass wir bereit sind, eine politische Auseinandersetzung darüber zu führen. Denn das ist, glaube ich, der Unterschied zu Frau Merkel. Sie hat gar kein europapolitisches Konzept, sie fährt zu allen Sitzungen und trifft Entscheidungen. Aber das ist nicht mehr genug, wenn wir populistische Skeptiker im Deutschen Bundestag haben, die bei jeder Sitzung das anders diskutieren werden. Das ist auch nicht mehr genug, wenn der liberale Parteivorsitzende sich mehr an Mark Rutte und an den Niederlanden orientiert und sagt, das ist meine neue, nicht so sehr europafreundliche Haltung. Wir brauchen eine Haltung der SPD.

(Beifall)

Ich bin dafür, dass wir uns einsetzen, dass der technische Wandel und die Globalisierung nicht nur als Schreckgespenst und als Stichwörter durch die Debatten gehen, sondern dass wir Konzepte haben, wie eine gute Zukunft möglich ist.

Man kann die Wahlergebnisse in den USA mit Trump, den Brexit, das Votum der Briten, und die vielen rechtspopulistischen Voten in den Ländern Europas nicht anders verstehen, als dass da was los ist

am Beginn des 21. Jahrhunderts, im Second Machine Age, das sich eben völlig unterscheidet von der ersten Industrialisierung.

Wir als sozialdemokratische Partei haben die Aufgabe, eine Antwort zu geben, wie eine gute Zukunft möglich ist, mit sicheren Arbeitsplätzen, mit guter Qualifizierung und mit einer Perspektive, die es Menschen möglich macht, dass sie trotz des Wandels für sich und ihre Kinder unbesorgt in die Zukunft gucken können.

Das Dritte, was mir ganz wichtig ist, ist, dass wir dafür Sorge tragen, dass es eine Einschätzung gibt, die dazu beiträgt, dass die Lebensleistung, die die Bürgerinnen und Bürger zustande bringen, respektiert und anerkannt wird. Wir sind die Partei, die für Durchlässigkeit gekämpft hat und das auch weiter tun wird. Aber Durchlässigkeit heißt nicht, dass jeder einen ganz bestimmten Weg gehen muss. Wir müssen von uns reden. Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten dürfen nicht nur als Anwälte auftreten, sondern wir müssen von uns sprechen, gleichermaßen, wenn es um die berufliche Tätigkeit von Krankenpflegern, von denjenigen gibt, die in einer Fabrik arbeiten, und denjenigen, die in Software-Branchen tätig sind. Es muss darum gehen, dass wir eine gemeinsame Zukunft ermöglichen und dass wir Anerkennung und Respekt auch für diejenigen organisieren, die nicht so gut bezahlte und nicht mit so langer Ausbildungszeit versehene Berufe haben.

Das ist einer der Gründe, warum ich sage, wir müssen über die Frage des Mindestlohns neu diskutieren. Das muss mehr Schutz bieten, als das bisher der Fall ist.

(Beifall)

In diesem Sinne bitte ich um eure Unterstützung für das, was ich in Zukunft tun kann.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Olaf. - Dann würde sich Manuela Schwesig vorstellen.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, STELLVERTRETENDE PARTEIVORSITZENDE:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte vor allem am Anfang Danke sagen. Der Parteitag hat mir vor zwei Jahren einen großen Vertrauensbeweis entgegengebracht. Das war für mich Rückenwind als stellvertretende Parteivorsitzende, aber auch als damalige Frauen- und Familienministerin, gemeinsam mit anderen viele Projekte umzusetzen.

An der Stelle möchte ich mich insbesondere bei unserer ASF-Vorsitzenden Elke Ferner, ihrem Team bedanken, die nicht nur als ASF-Vorsitzende, auch als meine parlamentarische Staatssekretärin mit Frauen in der Fraktion und auch Männern - die waren auch dabei - gemeinsam dafür gesorgt haben, dass das, was vor allem Frauen in Generationen vor mir immer wieder deutlich gemacht haben, was passieren muss, auch umgesetzt wurde.

Wir haben historisch die Frauenquote hinbekommen, auch wenn es noch mehr werden muss. Wir haben den Einstieg in Lohngerechtigkeit für Männer und Frauen hinbekommen. Und wir haben vor allem ganz konkret das Leben von vielen Frauen, alleinerziehenden Müttern mit dem Unterhaltsvorschuss verbessert.

(Beifall)

Das alles wäre nicht möglich gewesen ohne die Rückendeckung, die ich von euch bekommen haben. Denn die Diskussionen mit dem Koalitionspartner waren hart. Manchmal muss man auch welche in der eigenen Partei führen.

Ich sage aber ganz klar: Das waren wichtige Projekte. Aber damit kann noch nicht Schluss sein. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist nichts, was man noch irgendwie dazu gehört. Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist zentral für den sozialen Zusammenhalt, für Freiheit und Gleichheit und Gleichberechtigung, für eine solidarische Gesellschaft. Deshalb muss sie in den Mittelpunkt gerückt werden. Deshalb müssen wir gemeinsam dafür sorgen, dass die Gleichberechtigung von Frauen und Männern nicht nur im Grundgesetz, sondern in der Lebenswirklichkeit Realität wird.

(Beifall)

Als ich Ministerpräsidentin in Mecklenburg-Vorpommern wurde, habe ich versprochen, dass ich mich deshalb nicht aus der Bundespolitik zurückziehe. Das will ich auch einhalten. Ich möchte gerne in den nächsten zwei Jahren weiter mitwirken an diesen Themen, mit denen wir hier gemeinsam begonnen haben. Aber als Regierungschefin eines Landes, wo auch guter wirtschaftlicher Aufschwung ist, wo aber immer noch viele Menschen trotz Mindestlohn sich und ihre Familie nicht ernähren können, in einem Land, wo deshalb auch die Quote von Kinderarmut sichtbar sind, und in einem Land, wo wir 20 Prozent AfD haben, obwohl wir als SPD immer noch stärkste Partei sind, weiß ich um die Probleme der Menschen. Mir ist wichtig - das habe ich heute schon einmal gesagt -, dass wir das mit der AfD nicht als Betriebsunfall sehen. Da ist eine starke rechtspopulistische Partei in die Landesparlamente und in den Bundestag eingezogen. Das müssen wir ernst nehmen.

Für mich gibt es da eine klare Haltung. Ich grenze mich ganz klar von den Funktionären ab. Ich finde, wir müssen sie stellen. Unser Land kann nicht eine Politik der Spaltung und Ausgrenzung vertragen, sondern wir stehen für eine Politik der Zuversicht. Das möchte ich tun nicht nur als Regierungschefin, sondern auch als eure stellvertretende Parteivorsitzende.

(Beifall)

Gleichzeitig möchte ich aber auch, dass wir das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler dieser rechtspopulistischen Partei mit rechtsextremistischen Zügen zurückgewinnen. Deshalb müssen wir darüber reden, dass wir einen neuen Politikstil brauchen. Wir müssen zu den Menschen gehen. Wir brauchen wieder viel mehr Bürgernähe, und wir brauchen vor allem auch als Sozialdemokratie Geradlinigkeit und Glaubwürdigkeit, um diese Menschen wieder zurückzugewinnen. Wir sollten uns klar von der AfD abgrenzen, aber nicht die Wählerinnen und Wähler verloren geben. Das ist eine wichtige Aufgabe.

Letzter Punkt: SPD erneuern. Das ist wichtig. Wir alle wissen, wir müssen den Jungen mehr Chancen geben in unserer Partei, und diese Partei muss weiblicher werden. Ein paar Frontfrauen reichen nicht aus.

(Beifall)

Da bitte ich nicht nur die Frauen, sondern auch die Männer um Unterstützung. Es müssen mehr Frauen sichtbar werden, damit wir die Frauen wieder stärker erreichen.

Wir haben gemeinsam viel vor. Dafür bitte ich um eure Unterstützung.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Manu. - Dann bitte ich Ralf Stegner, sich vorzustellen.

RALF STEGNER, STELLVERTRETENDER PARTEIVORSITZENDER:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich heiße Ralf Stegner, bin 58 Jahre alt, in der Pfalz geboren, seit vielen Jahren lebe ich an der Küste mit meiner Frau und drei erwachsenen Söhnen. Das sind übrigens alle drei Jusos. Also, die Quote der Partei ist bei mir in der Familie ganz ordentlich.

Ich gehöre zu denjenigen, die es mit Olof Palme halten, der gesagt hat: Politik heißt, etwas wollen, nicht etwas müssen. Deswegen finde ich, dass wir uns in manchen Fragen als Sozialdemokraten kümmern müssen, mehr als alle anderen. Wir müssen die Partei der globalen Gerechtigkeit sein, die etwas dafür tut, dass es aufhört mit den Waffenexporten, die etwas dafür tun, dass wir den Klimaschutz ernst nehmen, die etwas dafür tun, dass hier nicht Lebensmittel weggeworfen werden und anderenorts Menschen verhungern. Wir müssen als reichstes Land in Europa mit gutem Beispiel vorangehen, finde ich.

(Beifall)

Zweitens. Wir sollen die Partei sein, die für Europa und für Friedenspolitik steht. Das ist wichtiger denn je. Der Frieden ist wieder brüchiger geworden. Die Aufrüstung kann nicht die Lösung sein. Europa ist die Basis für Wohlstand und Frieden. Das müssen wir auch mit Leidenschaft zeigen.

Drittens. Gerechtigkeit ist unser Markenkern. Das heißt was ganz Konkretes für ganz normale Menschen, ob die Rente reicht, wenn man sein Leben lang gearbeitet hat, ob die Arbeit befristet ist, wie das mit den Bildungsgebühren ist, ob man die Mieten bezahlen kann, ob die Steuern gerecht sind. Das sind alles konkrete Alltagsfragen. Darauf müssen wir Antworten geben, die praxistauglich sind, die die Menschen aber auch als gerecht empfinden.

Viertens. Ich habe einen linken Fuß und bin auch Linkshänder. Das ist von Geburt an so. Daran konnte ich nichts ändern. Ich war früher einmal Torwart, bin inzwischen eher linker Angriffsspieler. Die braucht man übrigens auch. Ich bin gerne in Wahlkämpfen unterwegs, aber mir ist sehr bewusst, man braucht ein Team von allen Seiten. Wichtig ist, dass wir alle auf ein Tor schießen, nämlich auf das gegnerische. Nur dann können wir gewinnen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, ich bin auch jemand, von dem ich sagen muss, der ist nicht im diplomatischen Dienst zu Hause. Das kann ich weniger gut als andere. Aber klare Sprache, sagen, was man denkt, tun, was man sagt, das finde ich ganz wichtig.

Wir müssen uns unterscheiden von der Union. Manchmal komme ich in Regionen, wo die mir sagen: „Die Konservativen sind nett zu uns.“ Da sage ich immer: „Die sollen nicht nett zu euch sein. Die sollen euch wieder fürchten.“ Das ist das, was wir eigentlich erreichen müssen.

(Beifall)

Ich habe als stellvertretender Vorsitzender ganz viel unterwegs sein dürfen, von Passau bis Flensburg, von Aachen bis Zittau, und ich weiß, dass wir in ganz vielen Regionen viel bessere Leute haben, als es die Wahlergebnisse sind. Wenn man dazu beitragen kann, unseren Leuten Mut zu machen, dass sie mit den Inhalten kämpfen, dass sie sich nicht zufriedengeben, dass sie wissen, dass sie Unterstützung finden – Ich bedanke mich übrigens auch bei den Mitarbeitern im Willy-Brandt-Haus, die einen dabei immer unterstützt haben, wenn man unterwegs ist, und bei allen anderen. Es ist wichtig, dass wir keine Region abschreiben, sondern dass wir dafür kämpfen, dass die Sozialdemokratie überall stark ist, mit einer selbstbewussten Sozialdemokratie, die für unsere Inhalte kämpft.

Ich habe vor Kurzem einen inhaltlichen Beitrag geschrieben, der hieß: „Großbaustelle SPD“. Wir haben Sanierungsbedarf vom Keller bis zum Dach.“ Ich glaube, das stimmt. Aber unser Fundament ist in Ordnung, unsere Werte sind in Ordnung: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Frieden. Die Sozialdemokratie ist eine tolle Partei, und ich muss ehrlich sagen: Ich bin sehr stolz, dass ich für diese Partei als stellvertretender Vorsitzender kandidieren darf. Ich bewerbe mich um euer Vertrauen. Malu Dreyer hat vorhin gesagt, Politik muss Spaß machen. Ich gebe zu: Manche behaupten, ich könnte das nicht immer so zeigen; da ist noch Luft nach oben. Ich arbeite dran. - Vielen herzlichen Dank.

(Heiterkeit und Beifall)

WAHLGANG STELLVERTRETENDE PARTEIVORSITZENDE

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Ralf.

Damit hätten sich alle Kandidatinnen und Kandidaten vorgestellt. Weitere Personalvorschläge liegen uns nicht vor. Wir können damit die Stimmzettel austeilen. Ich würde, wenn die Stimmzettel ausgeteilt sind, noch ein paar Anmerkungen zum Wahlgang machen.

Liebe Genossinnen und Genossen, der Stimmzettel hat die Form, dass Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung hinter dem Namen durch ein Kreuz auf den Kreisen zu vermerken ist, steht hier. Der Stimmzettel ist insgesamt nur gültig, wenn jeweils „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt ist, und auf ihm ist die Kontrollmarke 2 anzubringen. Die Kontrollmarke soll auf der Vorderseite auf dem dafür vorgesehenen Feld auch noch angebracht werden.

Nach § 23 Abs. 4 des Organisationsstatuts ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Ebenfalls nach § 23 soll die Geschlechterquote auch bei der Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden Berücksichtigung finden. Wie ihr seht, haben wir sechs Kandidaturen. Davon sind drei Männer und drei Frauen. Das könnte aufgehen.

Wenn es keine weiteren Fragen mehr gibt und alle einen Stimmzettel haben, dann können wir in den Wahlgang einsteigen.

(Zuruf)

- Es haben noch nicht alle. Dann warten wir noch einen Moment. - Hat jetzt jeder einen Stimmzettel? Bitte die Hand heben, wer noch keinen hat. Da hinten sind noch welche, rechts, links, in der Mitte - überall. - Sind jetzt alle versorgt? Dann können wir in den Wahlgang einsteigen.

Ich will noch einmal darauf hinweisen, dass die Medienvertreter gebeten werden, ihre Objektivität während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten und die Gemeinheit der Wahl zu respektieren. - Die Geheimheit der Wahl zu respektieren.

(Heiterkeit)

Jetzt wollte ich nur mal gucken, ob hier noch einer zuhört.

Der Wahlgang ist eröffnet.

Liebe Genossinnen und Genossen, haben alle ihren Stimmzettel abgegeben? - Nein. - Noch jemand, der noch nicht abgegeben hat? Bitte einfach anzeigen. - Haben jetzt alle ihren Stimmzettel abgegeben? - Das scheint der Fall zu sein. Dann schließe ich den Wahlgang.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen den Parteitag heute natürlich nicht unterbrechen, ohne dass wir auch die Ergebnisse zur Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden bekommen haben. Deshalb würden wir jetzt einen Initiativantrag zur Beratung aufrufen und ihn während der Auszählungsphase beraten. Es handelt sich um den Initiativantrag IA16. Das ist mehr oder weniger auch mit einer Resolution verbunden. Es geht dabei um den Prozessauftakt und die sofortige Freilassung der politisch Inhaftierten in der Türkei. Insbesondere geht es dabei um einen Prozess, der heute begonnen hat, gegen den Vorsitzenden der türkischen HDP. Frank Schwabe würde uns in diesen Antrag einführen.

BERATUNG INITIATIVANTRAG IA 16

FRANK SCHWABE, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist schön, dass wir auch bei dieser dichten Tagesordnung und bei den schwierigen Verhandlungen, die wir hier haben, noch Zeit haben, uns mit diesem Thema zu

beschäftigen. Das ist, glaube ich, dringend notwendig, weil heute der Prozess gegen den Kollegen Demirtaş in der Türkei begonnen hat.

Wir sind uns einig, dass wir eine schwierige Lage in der Türkei haben. Wir haben übergreifend auch schon auf anderen Parteitag den Putschversuch in der Türkei verurteilt. Aber nichtsdestotrotz muss man sich, glaube ich, klarmachen, dass die Menschenrechtsverletzungen, mit denen wir es in der Türkei zu tun haben, mit dem Abbau von Demokratie und von Rechtsstaatlichkeit, nicht erst mit einem Putsch oder einem Putschversuch begonnen haben, sondern sie haben vorher schon begonnen, und der Putsch wurde von Präsident Erdogan und anderen ausgenutzt, um weitere demokratische Rechte abzubauen, Menschenrechte einzuschränken und Rechtsstaatlichkeit zu beschneiden.

Heute beginnt dieser Prozess gegen Selahattin Demirtaş, den HDP-Vorsitzenden. Wenn man die Presseberichte darüber liest, dann sieht man, dass es sich am Ende wirklich um einen Schauprozess handelt, bei dem Demirtaş noch nicht einmal anwesend sein darf.

Das, was Demirtaş sich eigentlich wirklich vorzuwerfen hat oder was ihm vorgeworfen wird und was er gemacht hat, ist eigentlich kein juristisch zu ahnendes Vergehen, sondern was er gemacht hat, ist am Ende, Präsident Erdogan eine Niederlage zuzufügen, indem er es geschafft hat, die 10-Prozent-Hürde mit der HDP, mit einer verbreiterten HDP, die die breite Unterstützung in der Bevölkerung gefunden hat, entsprechend zu überspringen.

Jetzt soll Demirtaş für 142 Jahre entsprechend in Haft. Er ist nicht der Einzige. Es geht auch nicht nur um Politikerinnen und Politiker. Wir haben mittlerweile Zehntausende, die in Haft sind, die aus dem Staatsdienst entlassen worden sind oder angeklagt sind, in der Türkei.

Es geht auch um Unternehmer wie Osman Kavala; es geht um die Journalistin Mesale Tolu, es geht um Deniz Yücel - den Fall kennen wir alle - und viele andere auch deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Aber es geht eben auch um gewählte Abgeordnete anderer Parteien und von Fraktionen im türkischen Parlament, um Abgeordnete der Schwesterpartei HDP und der Schwesterpartei CHP. Deswegen, glaube ich, ist es der richtige Rahmen und das richtige Momentum, heute auf diesem Parteitag ganz klar zu sagen: Das geht nicht!

Wir haben im Deutschen Bundestag ein parlamentarisches Patenschaftsprogramm. Für den Kollegen Demirtaş hat Thomas Oppermann als Vizepräsident des Bundestages die Patenschaft übernommen.

Wir fordern also die Freilassung derjenigen, die aus politischen Gründen gerade als Abgeordnete in der Türkei inhaftiert sind. Wir wollen, dass die Anklagen eingestellt werden, und wir fordern anlässlich der heutigen Eröffnung des Prozesses die Freilassung von Selahattin Demirtaş. Das ist das, was wir wollen, und es wäre schön, wenn wir das auch breit verabschieden würden.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Frank. - Das Wort hat jetzt Niels Annen.

NIELS ANNEN, PARTEIVORSTAND:

Lieber Heiko, liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank. Ich möchte mich zuerst bei Frank Schwabe bedanken. Ich denke, das ist eine wichtige Initiative. Wir haben heute natürlich über schwierige Fragen für unsere eigene Partei diskutiert. Aber, Genossinnen und Genossen, wir konnten das hier wie selbstverständlich in der Öffentlichkeit austragen. Wir sind respektvoll miteinander umgegangen; wir haben einen demokratischen Weg beschrieben, wie wir jetzt zu unserer Entscheidungsfindung kommen.

Deswegen will ich die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen: Es schauen uns ja nicht nur viele Menschen bei diesen Beratungen zu. Es ist darauf hingewiesen worden: Wir haben eine große Anzahl von internationalen Gästen, und auch in der internationalen Presse wird verfolgt, was die deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten hier diskutieren.

Und das ist auch zutreffend für die Türkei. Ich glaube, ich muss das hier nicht betonen; denn das prägt auch unsere Arbeit vor Ort, in den Ländern, in den Kommunen, dass das Verhältnis zur Türkei schlicht und ergreifend ein Verhältnis zu einem Land ist, mit dem es keine Routine in den Beziehungen geben kann. Dafür gibt es viele Gründe. Es gibt wirtschaftliche Verbindungen, es gibt politische Gründe, es gibt auch sicherheitspolitische Gründe.

Der eigentliche Grund liegt aber darin, dass die familiären Beziehungen, dadurch, dass wir über 3 Millionen türkischstämmige Menschen – sagt man heute – in Deutschland unter uns als Mitbürgerinnen und Mitbürger haben, einfach keine Routine zulassen. Dieses Land ist zu wichtig, als dass wir es einfach ignorieren könnten.

Und vielleicht waren wir uns auch ein bisschen zu sicher in der Einschätzung über den Weg, den die Türkei geht. Natürlich gab es immer Konflikte. Wir waren auch nicht immer mit allem einverstanden, aber irgendwo gab es doch so eine Grundannahme, dass sich die Türkei in Richtung Europa, in Richtung Europäische Union und damit auch in die Richtung unserer Werte bewegt.

Wir haben es heute mit einer Situation zu tun – und das ist eigentlich mein Punkt –, bei der die Regierung unter Präsident Erdoğan systematisch, skrupellos, Stück für Stück die Rechte einschränkt, die wir hier für selbstverständlich erachten und auch wahrnehmen: die Versammlungsfreiheit, die Pressefreiheit - ja, sogar die Verhaftung von demokratisch gewählten Abgeordneten der großen türkischen Nationalversammlung ist heute Routine in einem Land, das auf dem Papier immer noch Mitglied der Europäischen Union werden will.

Und das ist ungemein wichtig, wenn wir versuchen wollen, die Demokratinnen und Demokraten in diesem Land zu unterstützen. Und dazu gehört auch Herr Demirtaş, dessen Prozess heute beginnt, mit einer abstrusen Forderung von – es ist gesagt worden – 142 Jahren Gefängnis. Es gehört auch dazu, dass Prozesse gegen Mitglieder unserer Schwesterpartei CHP stattfinden - andere Oppositionelle.

Und es ist von enormer Bedeutung, dass wir nicht zulassen, dass in der Öffentlichkeit das Bild entsteht, dass die Türkei quasi nur aus den Anhängerinnen und Anhängern von Präsident Erdoğan besteht. Das Gegenteil, Genossinnen und Genossen, ist der Fall. Das haben wir bei dem Referendum gesehen, wo trotz enormen Drucks, Einschränkung der Medien und der Versammlungsfreiheit vermutlich sogar mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten gegen Erdoğan und seine Form der Präsidialdiktatur gestimmt hat. Deswegen fordern wir heute die Freilassung von Herr Demirtaş und von den anderen aus politischen Gründen festgehaltenen Parlamentariern, Journalisten, Menschenrechtlern.

Unsere Botschaft sollte klar sein: Wir wollen weiterhin enge, freundschaftliche Beziehungen zur Türkei. Wir werden uns das nicht von Herrn Erdoğan abkaufen lassen. Die Bürgerinnen und Bürger in der Türkei, diejenigen, die sich für die Demokratie einsetzen, müssen wissen, dass auch diese Partei mit ihrer langen und stolzen, demokratischen und internationalistischen Tradition an ihrer Seite steht. Ich bitte euch deswegen um Unterstützung und danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Niels. - Jetzt hat Dietmar Nietan das Wort.

DIETMAR NIETAN, SCHATZMEISTER:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin den Initiatorinnen und Initiatoren dieses Initiativantrags sehr dankbar. Ich will das sehr deutlich sagen, weil ich weiß, wie emotional viele Menschen in der Türkei, aber auch in Deutschland die Entwicklungen in der Türkei diskutieren. Die Beweggründe für diesen Initiativantrag, das noch einmal herauszustellen, was in der Türkei passiert, und auch zu zeigen, dass wir den Menschen, die aus politischen Gründen ungerechtfertigterweise ins Gefängnis gesteckt werden, Solidarität zukommen lassen wollen, sind nicht arrogante Besserwisseri von Westlern, die jetzt mal zeigen wollen, wie schlecht es in der Türkei ist, sondern wir tun das, weil uns das Land, die Türkei, die Menschen dort am Herzen liegen.

Ich glaube, es wäre umgekehrt falsch, wenn wir aus falsch verstandener Pietät oder weil wir uns nicht einmischen wollen, dazu schweigen. Aber mir ist es noch mal wichtig, deutlich zu machen: Es geht hier nicht um eine Anklage gegen die Türkinnen und Türken, sondern es geht darum, mit den Menschen, die von Repressionen ungerechtfertigterweise betroffen sind, Solidarität zu zeigen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich glaube, dass es deshalb auch für uns im täglichen Geschäft sehr wichtig ist – ihr wisst das alle; ihr habt türkischstämmige Genossinnen und Genossen in euren Ortsvereinen, ihr habt viele Stadtteile, in denen viele türkischstämmige Mitbürgerinnen und Mitbürger wohnen –, deutlich zu machen: Wenn wir über so etwas reden, dann wollen wir nicht nur über die Misstände, die durch die jetzige türkische Regierung verursacht wurden, reden, sondern wir wollen natürlich auch darüber reden, wie wichtig es ist, trotz aller Schwierigkeiten, sich immer wieder Mühe zu geben, die deutsch-türkischen Beziehungen weiterzuentwickeln.

Die deutsch-türkischen Beziehungen sind besondere Beziehungen, nicht nur aus der Historie heraus, nicht nur weil so viele türkischstämmige Mitbürgerinnen und Mitbürger Großes geleistet haben, auch mit Blick auf den wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Zusammenhalt hier bei uns in Deutschland. Sie sind auch deshalb wichtig, weil die Zusammenarbeit zwischen unseren Völkern, wenn wir zeigen, dass sie auf breitere Füße gestellt ist als die Frage, was gerade aktuelle Regierungen machen, auch ein Beispiel dafür ist, dass unterschiedliche kulturelle Herkunft, unterschiedliche Religion nicht im Wege steht, wenn es Freundschaft zwischen den Völkern gibt. Ich glaube, auch diesen Aspekt müssen wir immer wieder betonen, weil es eben nicht darum geht, als Besserwisser aufzutreten, liebe Genossinnen und Genossen.

Und ich bin der festen Überzeugung, wir müssen uns darüber Gedanken machen, was wir an politischen Signalen senden können, um zu unterstreichen, dass es uns um diese Werte geht. Und warum soll man nicht gerade jetzt, trotz oder gerade wegen der jetzigen türkischen Regierung, darüber nachdenken, mehr Initiativen zu starten, für ein deutsch-türkisches Jugendwerk, für mehr Stipendien für türkischstämmige Studentinnen und Studenten in Deutschland, für stärkere Unterstützung von Städtepartnerschaften, für einen Austausch der Zivilgesellschaft.

Denn eins ist doch auch klar: Den Menschen in der Türkei, die der permanenten Propaganda der jetzigen Regierung unterliegen, dass alle Kritik ja nur dazu dient, die Türkei kleinzureden und wieder westlichen Einfluss zu wahren, denen müssen wir doch die Chance geben, dass sie sich in solchen Austauschprogrammen, im Rahmen von Stipendien davon überzeugen können, dass es uns genau darum nicht geht. Sie sollen die Chance haben, unsere Gesellschaft kennenzulernen, auch deutsche Schülerinnen und Schüler sollen die türkische Gesellschaft kennenlernen - vielleicht ist das auch eine Antwort, die wir jetzt verstärkt geben müssen -, und zwar nicht wegen der jetzigen türkischen Regierung, lasst mich das noch mal betonen, sondern weil wir auch daran denken müssen, dass bei der Abstimmung unter Kriegsrecht über eine Ermächtigungspräsidialverfassung für Herrn Erdoğan trotz

aller Repressionen, trotz einer Propagandamaschinerie, die jede Kritik als Vaterlandsverrat dargestellt hat, 49 Prozent der Bürgerinnen und Bürger der türkischen Republik mit Nein gestimmt haben. Auch an diese müssen wir denken, und für diese wollen wir uns engagieren, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In diesem Sinne wünsche ich mir, dass wir diesen Initiativantrag nicht nur beschließen und zu den Akten legen, sondern uns verstärkt dafür engagieren, deutlich zu machen:

Die Kritik an den Missständen steht nicht in Widerspruch dazu, noch besser, noch härter für die deutsch-türkische Freundschaft zu arbeiten.

Vielen Dank.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Dietmar. Jetzt hat Udo Bullmann das Wort.

UDO BULLMANN, VERANTWORTLICHER BEIM PARTEIVORSTAND FÜR DIE EU:

Genossinnen und Genossen, im Europäischen Parlament begrüßen wir regelmäßig Frauen und Männer aus der Türkei, Oppositionelle, Demokraten, freiheitsliebende Menschen. Sie tragen uns immer die gleiche Bitte vor: Kritisiert die türkische Regierung hart, schonungslos, wo sie kritisiert gehört. Und gleichzeitig: Hört niemals auf, unsere Freunde zu sein. Hört niemals auf, hinzusehen. Hört niemals auf, uns zu besuchen. Schafft Räume für unsere Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen. Schafft Räume für diejenigen, die Publizistinnen und Publizisten sind, die Journalistinnen und Journalisten sind, die zu Hause unterdrückt werden; denn wenn wir das leben, wird es eine andere Entwicklung danach geben können.

Deswegen kann ich nur aus vollster Überzeugung unterstützen, was hier vorliegt. Ja, wir müssen uns identifizieren mit dem Schicksal der Menschen in der Türkei, die Unterdrückung erfahren. Aber wir sollten niemals aufhören zu wissen, wie sehr Demokratinnen und Demokraten in der Türkei uns brauchen und wie sehr wir sie brauchen, wenn wir die Verhältnisse ändern wollen.

Das Gleiche gilt im Übrigen nicht nur für die Türkei. Es gilt auch Mitgliedstaaten der Europäischen Union, wo wir mittlerweile massive Zweifel haben müssen an der Qualität des Rechtsstaates. Auch für Ungarn, auch für Polen müssen wir sagen: Die notwendige Kritik an der jeweiligen Regierung muss klar und hart geäußert werden. Aber sie darf niemals dazu führen, dass wir den Jugendaustausch vernachlässigen, dass wir Treffen auf der kommunalen Ebene, den Austausch mit Menschen vor Ort vernachlässigen. Ganz im Gegenteil: Wenn wir das investieren, werden wir Regierungen überwinden können, die in die Irre gehen, und die Menschen werden es uns dankbar zeigen, und sie werden sich anschließend freuen über unsere Initiative.

Es ist Jahrzehnte her, dass wir in den Ländern in Südeuropa, die heute Mitglieder der Europäischen Union sind, Zustände hatten, die nichts mit Demokratien zu tun hatten: Portugal, Spanien, Griechenland. Wir haben uns investiert. Gerade die Sozialdemokratie, gerade die Ebert-Stiftung, gerade die Gewerkschaften haben sich investiert und haben dafür gesorgt, dass Demokraten sich durchsetzen konnten und dass die Gesellschaften heute feste Bestandteile Europas geworden sind.

In dem Sinne müssen wir arbeiten. Unterstützen wir den Antrag!

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Udo. Jetzt hat Turgut Yüksel das Wort.

TURGUT YÜKSEL, HESSEN-SÜD:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich unterstütze den Antrag. Die Genossinnen und Genossen haben genug Argumente geliefert. Deswegen mache ich es auch kurz.

Durch die Verfassungsänderung am 16. April 2017 wurde die Gewaltenteilung fast abgeschafft. Alles wurde auf einen Mann konzentriert, und der regiert per Dekret. Deshalb sitzen viele frei gewählte Abgeordnete, frei gewählte Bürgermeister und sehr viele Journalistinnen und Journalisten, sehr viele Wissenschaftler, sehr viele Polizistinnen und Polizisten und auch sehr viele Militärangehörige im Gefängnis. Ja, wenn sie schuldig sind, dann sollten sie rechtsstaatlich verfolgt werden. Aber es gibt sehr viele von ihnen, die nicht einmal wissen, warum sie im Gefängnis sind. Dazu gehören auch die Politiker und Politikerinnen, die frei gewählt worden sind, unter anderem Demirtas und Enis Berberoglu, auch ein Abgeordneter der CHP. Ihm wurde vorgeworfen, Geheimdienstaktivitäten durchgeführt zu haben und das Vaterland verraten zu haben, weil er die Waffenlieferungen nach Syrien offen kritisiert hat.

Ja, Genossinnen und Genossen, ich habe mich bei der Verfassungsänderung für eine Nein-Kampagne positioniert, und ich habe auch eine Kampagne in Hessen mit einigen Freunden durchgeführt. Grund dafür war, dass ich und auch meine Freunde nach außen demonstrieren wollten, dass es in Deutschland eine andere Türkei gibt und dass es auch in der Türkei eine andere Türkei gibt. Wir müssen denen auch ein Gesicht geben und sie unterstützen.

Diesen Antrag sehe ich als Antrag an, um diese Solidarität zu zeigen. Ich habe nur einen kleinen Änderungsvorschlag oder Ergänzungsvorschlag. Der Genosse Enis Berberoglu war Journalist und ist frei gewählter CHP-Abgeordneter. Er bekam lebenslänglich und muss sein ganzes Leben im Gefängnis verbringen, obwohl er immer noch nicht weiß, warum er im Gefängnis ist. Deshalb würde ich neben Selahattin Demirtas auch Enis Berberoglu erwähnen. Sowohl Selahattin Demirtas als auch Enis Berberoglu gehören zu den Schwesterparteien, mit denen wir auch zu tun haben. Es ist auch gut.

Ich wollte noch einmal betonen, wenn Sie von Türken angesprochen werden, dann fragen sie immer: Wie stehen Sie zu Erdogan? Wenn Sie mit denen diskutieren, dann fragen sie: „Wie stehst du zur Türkei?“, als ob alle Türken, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, Erdogan-Anhänger sind und auch potenzielle AKP-Wähler und -Wählerinnen sind. Ja, hier gibt es 3,5 Millionen aus der Türkei, und von diesen 3,5 Millionen haben nur 430.000 ihre Sympathie für Erdogan gezeigt. Es gibt eine andere Türkei. Es gibt auch andere Türkestämmige in Deutschland. Sie brauchen auch unsere Unterstützung. Sie brauchen unsere Solidarität. Wenn wir uns mit denen solidarisieren, dann solidarisieren wir uns auch mit den Menschen in der Türkei. Deshalb bitte ich um Unterstützung dieses Antrages.

Danke schön.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Turgut. Ich habe dazu jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr, sodass wir auch über diesen Antrag abstimmen können.

Das Votum der Antragskommission ist Zustimmung zu diesem Antrag. Deshalb würden wir jetzt darüber abstimmen. Ich frage: Wer ist für das Votum der Antragskommission, diesem Antrag zuzustimmen? - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es dauert jetzt noch wenige Minuten bis zur Verkündung der Wahlergebnisse für die Wahlgänge zu den stellvertretenden Parteivorsitzenden. Ich würde gerne

zumindest noch ein, zwei Hinweise geben, zum einen an die Mitglieder der Antragskommission. Wir haben für die folgende Antragsberatung an den nächsten beiden Tagen noch acht Initiativanträge zu beraten. Deshalb werden die Mitglieder der Antragskommission noch zu einer Sitzung im Anschluss an den heutigen Parteitag einberufen. Ich kann ihnen auch zusagen, dass das die letzte Sitzung ist und keine weitere mehr notwendig wird. Denn alle Antragsfristen, die der Parteitag festgelegt hat, sind heute abgelaufen. Weitere Fristen gibt es nicht. Deshalb muss der Umgang mit den Initiativanträgen von der Antragskommission heute Abend noch einmal beraten werden. Die Sitzung findet statt im Raum M1; das ist auf der Ebene 3. Dort fanden heute Morgen auch bereits diverse Delegationsbesprechungen statt.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist, weil es nur noch wenige Minuten dauert, wenig sinnvoll, jetzt einen weiteren Antrag aufzurufen. Deshalb würde ich euch ganz einfach bitten, noch fünf Minuten zu verharren, damit wir die Ergebnisse der Wahlgänge mitteilen können. Dann würden wir den Parteitag unterbrechen und ihn morgen um 9 Uhr fortsetzen. Ich würde euch bereits jetzt darum bitten, sehr pünktlich da zu sein; denn wir würden morgen in den Parteitag mit der Rede von Andrea Nahles starten, die uns den Bericht aus der Bundestagsfraktion geben wird.

Es liegen immer noch zwei Karten für den Parteiabend vor, aber dafür ist Manuela zuständig.

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ja, liebe Genossinnen und Genossen, bei uns sind wieder zwei Karten für den Parteiabend abgegeben worden. Diesmal können wir nicht zuordnen, ob eine Genossin oder ein Genosse ihn verloren hat, weil diesmal war es vor dem vorwärts-Stand. Und da ist ja alles möglich. Wer die verloren hat, kommt zu uns.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ich kann zwischendurch vielleicht noch ein paar organisatorische Hinweise geben: Es gibt nachher Shuttlebusse, die uns auf den Parteiabend bringen. Diese Shuttlebusse werden dann, sobald der Parteitag unterbrochen ist, vor dem Haupteingang, den ihr alle genutzt habt, um reinzukommen, abfahren.

Es wird auch so sein, dass ihr die Unterlagen, die ihr nicht mit nach Hause oder ins Hotel nehmen wollt, hierlassen könnt. Alles, was auf den Stühlen liegen bleibt, bleibt liegen, alles, was auf den Tischen liegen bleibt, wird weggeräumt. Also, insofern: Die Dinge, die ihr nicht unbedingt mitschleppen wollt, könnt ihr auf den Stühlen liegen lassen, was ihr nicht mehr braucht, bitte auf den Tisch legen. Das wird dann heute Nacht noch abgeräumt.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch, Platz zu nehmen. Das Warten hat sich gelohnt.

Wir haben jetzt ein Ergebnis der Wahl für die Funktion der stellvertretenden Parteivorsitzenden, und ich würde jetzt das Wort an die Vorsitzende der Mandatsprüfungs- und Zählkommission, Janne Herzog, übergeben.

(Vereinzelt Beifall)

ERGEBNIS DER WAHL FÜR DIE STELLVERTRETENDEN PARTEIVORSITZENDEN

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, es dauert jetzt noch einmal ein bisschen länger. Ich bitte euch daher noch einmal um Geduld.

Ich gebe euch hiermit das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Parteivorsitzenden bekannt. Die Wahl fand in verbundener Einzelwahl statt. Gewählt ist im ersten Wahlgang, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erreicht hat.

Ich gehe jetzt nach dem Alphabet vor:

Dreyer, Malu: abgegebene Stimmen 608, ungültig 3, gültig 605. Mit Ja haben gestimmt 590, mit Nein 13,

(Beifall)

Enthaltungen 2. Gewählt mit 97,5 Prozent.

(Beifall)

Kohnen, Natascha: abgegebene Stimmen ebenfalls 608, ungültig 6, gültig 602. Davon Ja-Stimmen 482, Nein-Stimmen 78, Enthaltungen 42. Gewählt mit 80,1 Prozent.

(Beifall)

Thorsten Schäfer-Gümbel: 608 abgegebene Stimmen, davon ungültig 14, gültig 594. Mit Ja haben gestimmt 465, mit Nein 76, Enthaltungen 53. Gewählt mit 78,3 Prozent.

(Beifall)

Olaf Scholz: ebenfalls 608 abgegebene Stimmen, ungültig 15, gültig 593. Mit Ja haben gestimmt 351, mit Nein 185, Enthaltungen 57. Gewählt mit 59,2 Prozent.

(Beifall)

Ich komme zu Manuela Schwesig: abgegebene Stimmen 608, ungültig 6, gültig 602. Mit Ja haben gestimmt 518, mit Nein 60, 24 Enthaltungen. Damit gewählt mit 86 Prozent.

(Beifall)

Und dann zum Schluss Ralf Stegner: abgegebene Stimmen ebenfalls 608, davon ungültig 15, gültig 593. Mit Ja haben gestimmt 365, mit Nein 179 und 49 Enthaltungen. Gewählt mit 61,6 Prozent.

(Beifall)

Vielen Dank und schönen Abend noch.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank an die Mitglieder der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. - Ich muss jetzt ordnungshalber noch fragen:

Liebe Malu, nimmst du die Wahl an?

MALU DREYER:

Ich nehme die Wahl an und bedanke mich sehr herzlich.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Natascha, nimmst auch du die Wahl an?

NATASCHA KOHNEN:

Ja, danke schön.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Thorsten, nimmst du die Wahl auch an?

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL:

Ja.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Olaf?

OLAF SCHOLZ:

Ja.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Danke. - Manuela?

MANUELA SCHWESIG:

Ja.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ralf?

RALF STEGNER:

Ja.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Er nimmt die Wahl auch an. Damit seid ihr alle gewählt. Herzlichen Glückwunsch und gute Verrichtung!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich unterbreche jetzt den Parteitag bis morgen früh um 9 Uhr. Ich bitte noch einmal darum, pünktlich da zu sein, weil wir mit dem Bericht von Andrea Nahles aus der Bundestagsfraktion beginnen, und wünsche euch heute Abend viel Spaß auf dem Parteiabend.

UNTERBRECHUNG DES PARTEITAGES UM 21.05 UHR

FREITAG, 8. DEZEMBER 2017

BEGINN: 9.24 UHR

BEGRÜßUNG

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich begrüße euch sehr herzlich heute Morgen zur Fortführung unseres Parteitags. Ich hoffe, ihr hattet einen angenehmen Abend auf dem Parteiabend oder wo auch immer. Seid frohen Mutes und gut gestimmt, damit wir heute mit der notwendigen Dynamik unser Programm abarbeiten können!

Der Tag heute steht im Besonderen noch einmal im Lichte der verschiedenen Wahlen, die wir zu erledigen haben. Wir vom Präsidium versuchen, das in der gebotenen Zügigkeit gemeinsam mit euch abzuarbeiten. Ich finde, das ist uns gestern Abend schon außerordentlich gut gelungen. Dadurch, dass wir die Stellvertreterwahlen auch noch erledigen konnten, sind wir voll im Zeitplan geblieben.

Wir werden heute Morgen mit der Rede der Fraktionsvorsitzenden Andrea Nahles starten. Sie hat zwar gestern formal den Bericht schriftlich eingereicht. Aber ich glaube, es ist wichtig, dass am heutigen auch die Fraktion noch einmal zu Wort kommen wird und Andrea einen Bericht zur Arbeit der Fraktion abgeben wird.

Danach werden wir sehr zügig in die Wahlen einsteigen. Das ist heute ein ganzes Paket. Wir werden beginnen mit der Wahl des Generalsekretärs bzw. der Generalsekretärin, des Schatzmeisters und des EU-Beauftragten. Zum heutigen Stand sind dazu keine weiteren initiativen Wahlvorschläge eingereicht worden. Darüber hinaus werden wir auch noch die Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen haben, die Schieds- und Kontrollkommission sowie die SPE-Delegierten. Wie es so üblich ist, werden wir dazwischen immer auch in die jeweiligen Antragsberatungen einsteigen. Wir werden entlang dem Initiativantrag 1 die jeweiligen Blöcke des Antragsbuches abarbeiten. Das ist quasi die innere Logik, der die Antragsberatung am heutigen Tage folgen wird.

Damit wir das jetzt alles starten können, würde ich gerne das Wort an Andrea weitergeben, damit wir die Tagesordnung zügig abarbeiten können. In diesem Sinne: Herzlich willkommen! Los geht's, Andrea!

(Beifall)

BERICHT DER VORSITZENDEN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

ANDREA NAHLES, FRAKTIONSVORSITZENDE:

Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Niemand hat die Auswirkungen des Wahlergebnisses am 24. September schneller und eindeutiger zu spüren bekommen als die SPD-Bundestagsfraktion. Das fing damit an, dass wir ganz viele Mitglieder unserer Fraktion schlicht verloren haben. Es ging damit weiter, dass wir schmerzhaft Einsparungen vornehmen müssen. Wir spüren jetzt tagtäglich die Auswirkungen in einem Sieben-Parteien-Parlament.

Deswegen haben wir uns in der SPD-Bundestagsfraktion Zeit genommen und mehr als einmal intensiv darüber beraten: Welches sind eigentlich die Ursachen, und welches sind die richtigen Konsequenzen aus diesem Wahlergebnis?

Mein Hauptbefund, liebe Genossinnen und Genossen, ist: Das Wahlergebnis ist ein Ausdruck der tiefen Zerrissenheit, ja der Spaltungslinien in unserer Gesellschaft. Und es ist Ausdruck, dass wir daraus keine überzeugenden politischen Antworten gefunden haben.

Die Zerrissenheit unserer Gesellschaft lässt sich an vielen Punkten festmachen. Da gibt es auf der einen Seite diejenigen, die die gesamte Modernisierung unserer Gesellschaft im Grunde ablehnen und in die 50er-Jahre zurück wollen, die sich beispielsweise familienpolitisch und frauenpolitisch überhaupt nicht mit dem neuen Geschlechterverhältnis anfreunden können. Auf der anderen Seite gibt es Menschen, denen die Liberalisierung des Zuwanderungs- oder Familienrechts nicht schnell genug vorangeht, die persönlich betroffen sind, die möglicherweise gar nicht erst Familien gründen oder Familien nicht zusammenführen können.

Ferner gibt es die, die die Globalisierung als Bedrohung sehen, die das Gefühl haben: Da verändert sich etwas, und ich bin nicht richtig dafür gerüstet! - Und es gibt anderen, die aufs Tempo drücken und sagen: „Mein Gott, das geht alles viel zu langsam!“, die euphorisch sind und das Ganze als Riesen-chance für sich selbst begreifen.

Und es gibt die, die vom wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre profitieren, gute Löhne und sichere Arbeitsplätze haben. Auf der anderen Seite gibt es diejenigen, die seit Mitte der 90er-Jahre real keine Lohnerhöhung mehr hatten und sich von einer Befristung zur anderen hangeln.

Das sind die Spaltungslinien in unserer Gesellschaft.

Es gibt Kinder, für die es normal ist, dass sie nur das Nötigste haben, und auf der anderen Seite gibt es Kinder, die jede erdenkliche Förderung bekommen. Die jüngste IGLU-Studie hat diese Polarisierung besonders deutlich gemacht. In den Überschriften der Zeitungen konnte man nur lesen, wer schlechtere Lesekompetenzen hat. Hinten herunter fiel, dass es viel mehr Kinder gibt, die bessere Lesekompetenzen haben.

Der Kern des Problems ist die Spaltung. Viele Stadtviertel haben diese Spaltung. Es geht um Wohnungsmangel, um Verdrängung von Alteingesessenen. Wir spüren, dass damit auch kulturelle Spaltungslinien in unserer Gesellschaft verbunden sind.

Auch in Europa – das wird vielfach übersehen; man muss sich das einmal klarmachen – gibt es eine massive soziale Spaltung. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf beträgt in Luxemburg pro Jahr 81.000 Euro und in Bulgarien 5.500 Euro. Wir haben hier in Europa eine Riesenkluft. Die ist größer als das, was über Rust-Belt in den USA in vielen Zeitungsartikeln zu lesen war. Man braucht nicht in die USA zu gucken - wir haben diese soziale Spaltung mitten in Europa!

Niemand – das ist jetzt der Kern des Problems, liebe Genossinnen und Genossen – wünscht sich diese Entwicklung - bis auf ein paar infame Demagogen, die aus dieser Spaltung Profit zu schlagen versuchen. Die meisten Leute sagen, wenn man sie fragt: Wir wollen wieder mehr Solidarität! Wir wollen wieder Gemeinsinn! Wir wollen, dass unser Lande nicht auseinanderdriftet! - Die meisten Menschen sagen sogar, dass ihnen die wachsende Ungleichheit, die wachsende Spaltung die größten Sorgen machen.

Aber trotzdem haben bei der Bundestagswahl 2017 vor allem die Parteien gewonnen, die gezielt nur einzelne Milieus gegen andere in Stellung gebracht haben oder die von vornherein nur Politik für einen bestimmten Ausschnitt unserer Gesellschaft, in Echokammern gefangen, angeboten und sich in keinsten Weise mehr um einen Zusammenhalt in diesem Land bemüht haben. Das ist die Wahrheit. Diese Parteien haben zugelegt. Und wir, die wir versucht haben, das Verbindende, das Gemeinsame herauszustellen, haben dagegen verloren, und zwar in allen Milieus.

Jetzt frage ich euch: Warum? Das muss uns ja beschäftigen. Wir geben ja nicht unser Ziel auf. Dieses Wir, dieser Gemeinsinn, dieser Zusammenhalt, ist doch, mit Verlaub, die DNA der SPD!

Wir müssen uns aber umso dringender die Frage stellen: Warum ist es nicht gelungen, daraus Stimmen zu machen? - Zum Teil, weil uns viele Menschen nicht zutrauen, dass unsere Politik tatsächlich

alle mitnimmt. Viele Abgeordnete – ich kann mich an einige, gerade aus NRW, bei uns in der Fraktion erinnern – haben sehr nachdrücklich noch einmal geschildert, dass viele das Gefühl hatten, dass wir sie nicht mehr mitnehmen, und andere das Gefühl hatten, dass wir auf die Fragen, die sie beschäftigt haben, keine Antworten gegeben haben.

Ich sage: Ich lege da die Finger in die Wunde. Das war zum Beispiel im Bereich der Migration. Wir haben da keine klare politische Antwort angeboten. Teilweise haben wir gar nicht darüber gesprochen. Ich würde das auch selbstkritisch für mich und für meine Wahlkampfauftritte so sehen. Zum Teil ist unklar geblieben, was wir genau tun wollen, um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir laufen Gefahr, in einen Teufelskreis zu geraten.

Je mehr die Ungleichheit in unserer Gesellschaft zunimmt, desto schwieriger wird es, politische Angebote zu machen, die alle mitnehmen. Desto stärker wird die Zerklüftung des Parteiensystems. Wir haben sechs Parteien, wenn man die CSU mitrechnet, sieben. Desto schwieriger wird die Durch- und Umsetzung einer auf Zusammenhalt ausgerichteten Politik.

Wenn die soziale Dimension einmal aus einer Demokratie verschwunden ist, wird die Luft für die SPD dünn. Wir müssen immer und zu jeder Zeit in der Kommune, im Land, um Bund unsere Gestaltungsmöglichkeiten nutzen, um den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft zu stärken, bevor es zu spät ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich betrachte es daher als wichtigste Aufgabe der SPD-Fraktion, im Deutschen Bundestag wieder ein politisches Angebot an alle zu unterbreiten, die wir und nicht ich wieder größer schreiben wollen, ein politisches Angebot, das im Alltag funktioniert.

(Beifall)

Wir haben da Anknüpfungspunkte. Zum Beispiel haben wir an dieser Stelle Initiativen aus dem Parlament heraus gehabt. Ich möchte darum an dieser Stelle Thomas Oppermann danken für zehn Jahre wertvolle Arbeit an der Spitze unserer Fraktion, davon vier Jahre als Fraktionsvorsitzender.

(Beifall)

Ich kann nur sagen, das, was ihr mit dem Zukunftsdialog angelegt habt, das werden wir weiterführen. Das haben wir jetzt auch versucht in den ersten Wochen, dass wir den Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen, mit der Wissenschaft, mit der Gesellschaft fortführen.

Auch die Erarbeitung eines Einwanderungsgesetzes in deiner Zeit hat uns zu einer wichtigen ersten parlamentarischen Initiative verholfen.

Wir werden also alle parlamentarischen Mittel nutzen, um gesellschaftliche Fragen unserer Zeit zu adressieren und darauf eine Antwort des Wir zu geben.

Damit fangen wir bei einem zentralen Thema an. Europa ist für eine solidarische Politik von entscheidender Bedeutung. Ich sage an dieser Stelle: Nur wenn die Menschen in Europa spüren, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union ein Wohlstandsversprechen ist und nicht eine Ankündigung und Umsetzung von Sozialabbau und Lohndumping, liebe Genossinnen und Genossen, werden wir auch Mehrheiten für institutionelle Weiterentwicklung und für eine Vertiefung der Europäischen Union bekommen.

(Beifall)

Das soziale Europa ist die Voraussetzung dafür, dass es Europa morgen noch gibt. Das ist meine feste Überzeugung. Deshalb -das hat Martin gestern deutlich gemacht - brauchen wir eine Trendwende in der Europapolitik.

(Beifall)

Aber das ist einer der zentralen Punkte, um die wir uns kümmern müssen.

Ein anderer Punkt. Ich habe eben von den unterschiedlichen Reaktionen gesprochen, die Digitalisierung in unserer Gesellschaft auslöst: Angst und Euphorie. Zu Recht. Denn Digitalisierung verändert die Spielregeln des Kapitalismus. Da machen sich Da machen sich in Silicon Valley milliardenschwere Plattformen auf den Weg. Sie krepeln unsere Märkte um. Die sozialen Standards im Einzelhandel oder auf dem Wohnungsmarkt oder im Taxigewerbe interessieren die einen feuchten Kehricht. Stattdessen geht es um Profitmaximierung und darum, dass sie ihre Gewinne in Steueroasen bringen. Das nenne ich digitalen Kapitalismus. Wir müssen uns aufmachen, diesem digitalen Kapitalismus unsere Regeln unserer sozialen Marktwirtschaft aufzudrücken und nicht umgekehrt,

(Beifall)

dass wir die libertäre Logik von Silicon Valley uns aufdrücken lassen. Das können wir nicht zulassen.

(Beifall)

Wir müssen dafür sorgen, dass ist die zentrale Aufgabe der SPD, dass im digitalen Kapitalismus noch mitbestimmte und gute bezahlte Arbeit existiert - übrigens eine Frage, die sich in China niemand stellt. Das ist der entscheidende Punkt, die auch in den USA so gut wie nirgends gestellt wird. Das ist aber eine, die für Europa und für Deutschland von zentraler Bedeutung ist. Deswegen bleibt das unser zentraler Anspruch.

Das heißt auch eine Mindeststeuer für Unternehmen, die hier Gewinne machen. Wir müssen die Steuerschlupflöcher schließen. Aber bevor wir das geschafft haben, wird noch viel Wasser den Rhein hinunter gehen. Aber da sage ich: Na gut, in der Zwischenzeit können wir trotzdem eine Mindestbesteuerung in Deutschland durchsetzen.

(Beifall)

Das muss eines unserer zentralen Ziele sein.

Ich bin im Übrigen dafür, dass wir Selbständigkeit und Gründungen in Deutschland fördern. Das finde ich richtig gut. Das müssen wir weitermachen. Aber Selbständigkeit auch sozial absichern und verhindern, dass unternehmerische Risiken einfach auf den Einzelnen abgewälzt werden. Das ist die Aufgabe, die wir hinbekommen müssen. Nicht nur das eine, sondern beides. Es geht darum, den Weg in die digitale Wirtschaft auszubalancieren. Das ist eine große Aufgabe. Nicht Digitalisierung first, Bedenken second. Nein, beides unter einen Hut bringen, aber mit einer Digitalisierung, die den Menschen nützt und nicht nur den Kapitalisten. Das ist die Aufgabe der SPD.

(Beifall)

Wir haben neue soziale Fragen. Für mich ist die neue soziale Frage in Deutschland die Wohnungspolitik. Wir haben es gestern gehört, was es bedeutet, wenn man sich in München eine Dreizimmerwohnung für 1 Million Euro als Normalverdiener kaufen soll. Das ist irre. Ich sage an dieser Stelle, Rentner mit kleinen Renten, die ihr Leben lang in der Innenstadt gelebt haben, können jetzt keine Perspektive haben.

Ich kann euch ganz ehrlich sagen, ich habe meine Adresse fürs Leben, in Weiler in der Großstraße. Das ist etwas Wichtiges für viele Menschen. Das ist etwas Elementares. Deshalb ist das eine Frage, die die SPD puschen muss und wo wir der Ansprechpartner sein müssen. Das ist zentral erfahrbare Wir,

(Beifall)

dass ich da leben kann, wo ich schon immer meine Wurzeln hatte. Das darf nicht irgendwelchen Spekulanten geopfert werden.

(Beifall)

Der letzte Punkt der Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich betrifft gerade die Menschen im Alter. Das ist besonders schlimm, weil man im Alter nicht mehr in der Lage ist, sich selbst daraus zu befreien. Du kannst nach dem Erwerbsleben nicht mehr einfach sagen, so, jetzt mache ich ein ganz neues Leben auf. Du bist dann darauf angewiesen, dass das, was du dir erarbeitet hast, am Ende reicht, und zwar zu einer existenzsichernden Rente. Diejenigen, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben, dürfen wir nicht zum Sozialamt schicken. Das ist einfach demütigend. Wir brauchen eine Mindestrente für langjährig Versicherte.

(Beifall)

Ich habe es angesprochen. Wir haben uns im Wahlkampf auch um diese Frage gekümmert. Es ist nicht klar gewesen mit Einwanderung und Migration. Wir müssen das Thema bei den Hörnern packen. Es gibt eine gemeinsame Linie für uns alle. Am Grundrecht auf Asyl wird nicht gerüttelt.

Einwanderung benötigt Steuerung. Das hat Bundestagsfraktion unter Thomas Oppermann erarbeitet, was wir mit dem Einwanderungsgesetz eingebracht haben. Ich glaube, das ist auch wichtig, dass wir da ganz selbstbewusst sagen, wir brauchen klare und transparente Regeln, um Einwanderung in Deutschland zu steuern.

Aber wir müssen auch - das fällt der SPD manchmal schon schwer - die Aufgabe der Integration, so wie sie sich in den Kommunen widerspiegelt, in den Blick nehmen. Denn die Kommunalpolitiker in den Stadtteilen, in den Dörfern sind diejenigen, die oft ganz schön rudern, um Integration zum Gelingen zu bringen. Wir sollten Schwierigkeiten, die da sind, realistisch benennen. Realistisch bedeutet auch ohne Ressentiments. Es gibt Leute in diesem Land, die nennen sich Realisten. Dabei ist das nur eine Tarnung, um ihre Ressentiments unter die Menschen zu bringen.

Das müssen wir kaputt machen, indem wir die wahren Realisten der Integration in diesem Land sind, und das ansprechen, auch das, was nicht läuft, damit es besser wird, damit es nicht zur Spaltung kommt, damit die Menschen wirklich integriert werden. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall)

Wahrer Realismus kommt ohne Ressentiments aus. Das ist meiner Meinung nach der Weg, den wir gehen müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, man kann eines sagen: dass wir an dieser Stelle viel zu tun haben. Aber wir wissen auch, was wir anpacken müssen. Ich bin deswegen sicher, dass die Bundestagsfraktion der SPD zu der Erneuerung der Partei einen wichtigen Beitrag leisten kann.

Ich möchte einen letzten Punkt ansprechen. Im nächsten Jahr jährt sich das hundertjährige Frauenwahlrecht. Durchgesetzt hat das die SPD.

(Beifall)

Der Deutsche Frauenrat schlägt vor, hierzu einen Festakt im Plenum des Deutschen Bundestages abzuhalten. Diese Initiative unterstütze ich ausdrücklich.

(Beifall)

Wir sollten 100 Jahre Frauenwahlrecht auch nutzen, um eine gründliche Bestandsaufnahme zur Frage der Gleichstellung von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag vorzunehmen.

Liebe Leute, ich sitze da - ich gucke nur noch auf Männer. Ja, es ist schlimm. Es gibt einen Rückschritt.

(Zurufe)

Tut mir leid, aber es ist wirklich so.

(Beifall)

Es ist so, dass die CDU es allen Ernstes geschafft hat, ihren Frauenanteil im Plenum unter 20 Prozent zu drücken.

(Zurufe: Pfui!)

Unter 20 Prozent der CDU/CSU-Abgeordneten sind Frauen. Von der AfD und der FDP möchte ich gar nicht erst sprechen. Ich denke mir, 100 Jahre Frauenwahlrecht sollte Anlass sein, dass wir uns einmal Gedanken darüber machen, wie das eigentlich sein kann und dass das nicht nur bei uns in der SPD eine Debatte ist, wo wir sicher besser werden müssen und können; das ist keine Frage. Aber wir haben ein ganz großes Rollback in unserem Land, und das ist doch das eigentliche Thema, das wir Frauen adressieren müssen.

(Beifall)

Kurze Zusammenfassung: Die SPD wird gebraucht, und das ist kein schlechtes Gefühl. - Vielen Dank.

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Andrea, vielen, vielen Dank. Das hat uns, glaube ich, genau den nötigen Einstieg in den heutigen Tag gegeben. Ich glaube, dass wir dir als Parteitag natürlich alle einen guten Rückenwind in deiner Funktion als Fraktionsvorsitzende geben. Ich freue mich sehr, dass du diese Verantwortung übernommen hast. Wir wünschen dir alles, alles Gute. Viel Kraft. Bleib, wie du bist. Das ist genau das Richtige, was wir brauchen, um hier miteinander gut voranzukommen.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, nach diesem inhaltlichen Einstieg geht es weiter mit Wahlen. Das wird heute ja den Tag bestimmen und morgen auch noch. Dann ist es immer gut, zu wissen: Wo stehen wir eigentlich mit stimmberechtigten Mitgliedern? Deshalb hat jetzt Janne Herzog das Wort für die Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Moin, liebe Genossinnen und Genossen! Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag immer noch aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 32 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen.

Anwesend sind 596 Delegierte und 31 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 281 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 44,82 Prozent.

(Beifall)

Die Quote ist also erfüllt und der Parteitag damit beschlussfähig.

Ich wünsche jetzt dem Parteitag einen weiterhin erfolgreichen Verlauf. Bis später.

(Beifall)

WAHL DES GENERALSEKRETÄRS/DER GENERALSEKRETÄRIN**GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:**

Vielen Dank, Janne. Wir treten jetzt in den nächsten Tagesordnungspunkt ein: Wahl des Generalsekretärs/der Generalsekretärin

Ich will euch gerne auch sagen, wie genau es werden wird. Natürlich wird es sich hierbei gemäß § 7 der Wahlordnung auch um eine Einzelwahl handeln. Dazu will ich aber alles noch genau sagen, wenn wir Lars Klingbeil gehört haben. Lars Klingbeil ist der Kandidat, der sich um diesen Posten bewirbt, der mit sehr, sehr viel Arbeit, mit hohen Erwartungen, aber ich denke auch, wirklich mit vielen guten Wünschen begleitet werden wird. Es ist mir eine Freude, dir, Lars, jetzt das Wort zu erteilen.

(Beifall)

LARS KLINGBEIL, NORD-NIEDERSACHSEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Hinter uns liegen intensive Wochen, ein anstrengender, ein langer Wahlkampf, ein Ergebnis von 20,5 Prozent, das uns alle zusammen aufgerüttelt hat. Vielen von euch geht es sicherlich wie mir: Wir machen uns seit diesem Ergebnis Gedanken über die Zukunft unserer Partei, über die Zukunft der SPD, und fragen uns, wie es weitergehen soll.

Eine Begegnung aus dem Wahlkampf in diesem Sommer kommt mir bei diesem Gedanken immer wieder in den Sinn. Ich war an einem Nachmittag unterwegs in meinem Wahlkreis in der Lüneburger Heide, in meiner Heimat. Ich war unterwegs in einem Dorf, nicht viel mehr als 1.000 Einwohner, Neubausiedlung aus den 90er-Jahren, viele einfache Backsteinhäuser, nichts Aufwendiges, gepflegte Gärten. Das Wetter war übrigens - anders als an vielen Tagen im Wahlkampf - sogar ganz gut. Ich bin - wie viele von euch auch - von Tür zu Tür gegangen und habe den Kontakt zu den Menschen gesucht, habe hunderte, habe tausende Gespräche geführt. Viele davon waren positiv, viele waren freundlich. Es war selten eine schroffe Ablehnung da.

Ich erinnere mich daran, dass an diesem Tag eine Frau die Tür öffnete, mittleres Alter. Sie erkannte mich. Sie freute sich, mich zu sehen. Sie sagte auch, dass sie mich bei der Wahl wählen würde. Das hat mich persönlich natürlich sehr gefreut. Aber dann wurde sie ernster: „Ob ich Ihre Partei auch wählen kann, das weiß ich nicht.“ Sie sagte mir, sie habe vieles gehört und auch gelesen, was die SPD so vorhabe: Mehr Unterstützung für Pflegekräfte, weniger Steuern für die, die wenig verdienen, mehr Geld für die Schulen, das mit Europa. „Das klingt ja alles ganz gut.“, sagte sie zu mir. „Aber mir fällt es schwer, euch zu vertrauen.“ Ich habe nachgefragt: „Warum?“ Ihre Antwort hat mich beschäftigt. Ihre Antwort war: „Ich frage mich, ob ihr wirklich noch die Kraft habt, das alles durchzusetzen.“

Dieses Gespräch, liebe Genossinnen und Genossen, ist seit diesem Tag in meinem Kopf. Wir vertreten gute Themen, wir vertreten gute Inhalte, wir haben richtige Positionen. Aber was muss eigentlich passieren, damit die Menschen in diesem Land uns wieder die Zukunft anvertrauen, uns zutrauen, die Zukunft zu gestalten. Da ist etwas verlorengegangen in den letzten Jahren, und wir müssen uns fragen, was das ist. Da ist etwas verlorengegangen, und wir sollten uns dringend fragen, was das ist, liebe Genossinnen und Genossen. Wir können es uns einfach machen und sagen, es ist schwierig, in einer großen Koalition ein eigenes Profil zu entwickeln. Wir können auf die Union zeigen, wir können auf die Medien zeigen, wir können auf sonst irgendwen zeigen, aber ich sage euch: So einfach ist das nicht. Es liegt an uns. Wir tragen die Verantwortung, und ich sage euch: Egal, was in den kommenden Wochen passiert, egal, wie das mit der Regierungsbildung in diesem Land ausgeht - ein Ergebnis von 20,5 Prozent ist ein Auftrag an unsere Partei, dass wir die Erneuerung jetzt ernsthaft beginnen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Die Erneuerung der SPD ist die wichtigste Aufgabe, die gemeinsam in den nächsten Jahren vor uns liegt, und ich möchte das gemeinsam mit euch angehen, liebe Genossinnen und Genossen. Ich möchte, dass die SPD wieder als Partei wahrgenommen wird, die aufrecht und selbstbewusst ist - aufrecht und selbstbewusst! Ich bin mir sicher, es gibt Millionen Menschen in Deutschland, die auf eine optimistische, eine zukunftsgerade, eine optimistische, eine selbstbewusste SPD warten, und ich trete dafür an als Generalsekretär, damit wir diese Menschen wieder erreichen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Lebhafter Beifall)

Bei den Regionalkonferenzen und in vielen Gesprächen, in Briefen, in E Mails, in WhatsApp-Nachrichten, die ich massenhaft bekommen habe, habe ich gesehen, wie viele Ideen und Potenziale in der Partei da sind, um einen grundlegenden Erneuerungsprozess zu beginnen. Der Umbau unserer Partei wird länger dauern. Er wird intensiv sein. Ich habe konkrete Vorstellungen, wie wir wieder stärker werden können. Drei Schwerpunkte möchte ich schon heute hervorheben: Wir brauchen eine Stärkung unserer regionalen Strukturen, moderne Formen der Beteiligung, und wir brauchen endlich wieder eine Besetzung der relevanten Zukunftsthemen.

Zum ersten Punkt, der Analyse und Stärkung von regionalen Strukturen, möchte ich einiges sagen. Die SPD - das haben wir hier schon häufig gehört - ist in unterschiedlichen Teilen des Landes unterschiedlich stark. Manch einer mag denken: Das ist doch normal. Es gibt aber Regionen, in denen wir bei der Bundestagswahl 2017 fast dasselbe Ergebnis wie 2013 geholt haben, und es gibt andere Teile des Landes, wo wir mittlerweile bei 10 Prozent Stimmenergebnis sind.

Das muss uns zu denken geben, liebe Genossinnen und Genossen. Wir müssen uns trauen, diese Ergebnisse und Strukturen genau anzuschauen und zu analysieren. Wir müssen uns fragen: Warum gibt es diese extremen Unterschiede? Ich will als Generalsekretär diese Wahlergebnisse auswerten, heruntergebrochen auf die Regionen. Ich will verstehen, woher die Unterschiede kommen, warum wir in manchen Regionen überdurchschnittlich gut, in anderen verbesserungswürdig sind. Ich will vor allem verstehen, was wir aus diesen Ergebnissen lernen können, liebe Genossinnen und Genossen, damit wir am Ende besser werden.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will und werde mich nicht damit abfinden, dass es ganze Landstriche gibt, in denen wir als SPD nicht mehr präsent sind.

(Beifall)

Wer das hinnimmt und zur Tagesordnung übergeht, der gibt den Anspruch auf, als Partei die Zukunft mitzugestalten. Wir müssen langfristig Personen und Strukturen aufbauen, dort, wo es besonders notwendig ist. Und ich sage euch zu, dass wir das aus der Parteizentrale unterstützen werden. Vertrauen entsteht dort, wo wir als Partei sichtbar und ansprechbar sind, und das will ich fördern.

Das bringt mich zu einem zweiten Punkt. Neben der Stärkung unserer regionalen Strukturen geht es mir darum, mehr Beteiligung zu ermöglichen und unsere innerparteiliche Kultur neu zu prägen. Wir brauchen digitale Beteiligungsmöglichkeiten. Es muss möglich sein, sich zu vernetzen, Anträge zu erarbeiten, Positionen digital zu finden, unabhängig von Zeit und Ort.

Das ist übrigens – das will ich hier sagen – kein Entweder/Oder. Ich selbst komme aus der Ortsvereinsarbeit. Ich weiß, wie wichtig Ortsvereine für die SPD sind. Aber was sagen wir eigentlich der jungen Mutter oder dem jungen Vater, die für unsere Ideen streiten, die sich einbringen wollen, aber die nicht die Zeit oder die Energie haben, an den Sitzungen des Ortsvereins abends im alten Dorfkrug teilzunehmen?

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte, dass die auch mitmachen können in der SPD, dass die sich einbringen können. Ich kann heute von unterwegs mit meinem Smartphone fast mein komplettes Leben organisieren, aber ich habe keine Möglichkeit, mich digital in eine Partei einzubringen. Ich sage euch zu: Wir werden das machen; ich will das ändern. Die SPD wird eine moderne, digitale Partei.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir werden uns für diejenigen öffnen, die sich einbringen wollen. Wir werden neue Netzwerke aufbauen. Ich erlebe gerade unfassbare viele junge Menschen, die etwas zu sagen haben: in der Wissenschaft, in den Gewerkschaften, in der Kunst- und Kulturszene. Die denken wie wir über die Zukunft Europas. Die denken wie wir über die Zukunft Deutschlands. Die wollen mitmachen. Und es muss doch eine Möglichkeit geben, dass wir für diese jungen Menschen die Türen unserer Partei aufstoßen und sie einladen, bei uns mitzumachen.

(Beifall)

Zum Thema innerparteiliches Miteinander möchte ich noch etwas ansprechen, das mir sehr wichtig ist: Ich möchte eine Kultur der Gleichberechtigung, in unserer Gesellschaft, aber auch und gerade in unserer Partei. Und da geht es übrigens um mehr als um Statuten. Es geht darum, wie wir miteinander umgehen, wie wir miteinander reden, wie wir kommunizieren, was wir kommunizieren und wie wir Entscheidungen treffen. Es ist meine feste Überzeugung, dass Politik dort besser wird, wo Männer und Frauen sich auf Augenhöhe begegnen, wo unterschiedliche Blickwinkel in die Politik einfließen. Das macht Politik besser, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

In meinem Leben ist das eine Selbstverständlichkeit, und ich möchte, dass es auch in unserer Partei eine Selbstverständlichkeit wird, und deswegen werde ich als Generalsekretär diesen Kulturwandel vorantreiben - weniger autoritäre Strukturen, mehr Diskussionen, andere Diskussionen, eine andere Sprache, weniger Breitbeinigkeit und mehr Familienfreundlichkeit auch in unserer SPD, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Starke Strukturen, moderne Formen der Beteiligung und der innerparteilichen Kultur - das bringt mich zu meinem dritten Punkt. Wir müssen als SPD wieder der Ort werden, an dem die großen gesellschaftlichen Diskussionen geführt und auch geklärt werden. Nur eine starke Partei traut sich, zu diskutieren. Nur eine starke Partei traut sich, inhaltliche Konflikte zu klären. Wir haben es gestern in einer hervorragenden Diskussion erlebt, wie wir das miteinander können. Ich sage euch: Das muss mehr werden. Wir brauchen Mut und Zusammenhalt. Das ist übrigens auch wichtiger als eine scheinbare Geschlossenheit, die inhaltliche Konflikte einfach nur kaschiert.

Lasst mich ein Beispiel für eine große inhaltliche Debatte nennen, die wir führen müssen – Andrea hat das gerade angesprochen – : Bei den Dialogveranstaltungen hieß es oft: Wir brauchen als SPD eine Vision für die Digitalisierung. - Ja, wir stehen vor enormen Umbrüchen. Es wird sich durch die Digitalisierung sehr viel mehr verändern, als es vielen von uns heute bewusst ist. Und viele empfinden das Ganze als Unsicherheit. Es braucht aber jemanden, der die Gesellschaft durch diese Unsicherheit in das digitale Zeitalter führt, und ich möchte, dass die SPD die Partei ist, die sich an die Spitze der Bewegung bei dieser Diskussion setzt. Wir müssen diese Debatte führen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und wir sollten davor keine Angst haben. Die SPD ist stark, wenn sie der Zukunft zugewandt ist, wenn sie selbstbewusst ist. Wenn wir die Zukunft umarmen und versuchen, sie zu gestalten, dann sind wir

stark, liebe Genossinnen und Genossen. Und genau darum geht es bei der Digitalisierung. Die Arbeitswelt verändert sich, die Arbeitsplätze verändern sich. Aber auch bzw. gerade in einer digitalisierten Welt müssen wir doch darauf drängen, dass die politischen Spielregeln eingehalten werden. Das ist die Aufgabe der SPD, liebe Genossinnen und Genossen, und deswegen gehört diese Diskussion in unserer Partei ganz nach vorne.

(Beifall)

Wir können niemandem versprechen, dass alles bleibt, wie es ist. Im Gegenteil: Lasst uns den Menschen sagen: Es kommen eine Menge Veränderungen auf uns zu. Macht euch bereit für diese Veränderungen! - Aber die SPD wird der Partner sein, wenn es darum geht, den Wandel zu gestalten. Wir werden dafür sorgen, dass am Ende ein positiver Wandel erfolgt, weil wir für die modernsten Schulen sorgen, für gute Ausbildung, weil wir das Recht auf Weiterbildung und Qualifizierung stärken werden, weil wir ein soziales Netz schaffen, weil wir für mehr Freiheit und weniger Stress sorgen. Das ist das Angebot, das wir als SPD auf dem Weg in die digitale Gesellschaft machen werden. Wir ducken uns nicht weg. Gerade die letzten Wochen haben mir gezeigt, dass wir unfassbar viele Potenziale haben, wenn es um diese Diskussion geht.

Und ich sage euch: Das unterscheidet uns von den anderen Parteien. Da gibt es die, die Zukunft einfach aussitzen, die sich wegducken, die hoffen, dass es irgendwie weitergeht, und die einfach nur gut und gerne leben wollen. Die haben keinen Gestaltungsanspruch. Dann gibt es andere, die sich abschotten und die Zukunft verweigern. Und dann gibt es die Dritten. Das sind diejenigen, die wir im Wahlkampf auf grellen Plakaten erlebt haben, im Unterhemd, mit dem Smartphone in der Hand, dynamisch inszeniert, die aber in die Dunkelheit der Nacht verschwinden, wenn es konkret darum geht, Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, den Ängstlichen, den Angstmachern und den Aussitzern stellen wir als SPD eine mutige, eine selbstbewusste Vision für das digitale Zeitalter entgegen; das ist unsere Aufgabe, und daran möchte ich als Generalsekretär mitarbeiten.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben viel Strecke vor uns, Entscheidungen, die uns fordern werden und – sage ich – die auch unbequem sein werden. Ich trete als Generalsekretär nicht dafür an, dass es gemütlich wird in dieser Partei. Ich trete dafür an, dass die Mehrheit der Menschen uns wieder die Zukunft des Landes anvertraut. Nur weil man sich so daran gewöhnt hat, liebe Genossinnen und Genossen, ist es nicht normal. Nur weil man es nicht besser kennt, ist es nicht egal.

Ich bin fest davon überzeugt: Wenn wir unsere Ideen angehen, wenn wir Lust auf Erneuerung haben, wenn die Neugier auf neue Wege überall zu spüren ist, wenn wir zeigen, dass wir es ernst meinen mit der Erneuerung, dann wird diese Erneuerung gelingen, und wir werden sie erreichen.

Ich möchte als Generalsekretär mit euch diesen Weg gehen. Ich danke Martin dafür, dass er mich vorgeschlagen hat. Lieber Martin, ich freue mich auf den gemeinsamen Weg.

Ich will mich auch bei Katarina Barley und bei Hubertus Heil bedanken.

(Beifall)

Katarina, du hast in deiner Zeit als Generalsekretärin viele der Erneuerungspunkte angestoßen, auf die ich heute aufsetzen und die ich fortführen kann. Das tue ich sehr gerne.

Lieber Hubertus, das, was du in den vergangenen Monaten geleistet hast, verdient großen Respekt. Persönlich möchte ich dir auch für die Unterstützung danken, die ich in den vergangenen Tagen erfahren habe.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die Veränderungen, von denen ich gerade geredet habe, die ich skizziert, lassen sich nicht verordnen. Die können wir heute auch nicht beschließen. Die müssen wir gemeinsam in den nächsten Monaten erarbeiten. Das geht nicht über Nacht. Das geht nicht in kleiner Runde. Das muss offen, transparent und auf Augenhöhe in dieser Partei miteinander passieren.

Es geht mir nicht darum, dass wir in der SPD alles anders machen. Aber es geht mir darum, dass wir einen ehrlichen Blick auf unsere Partei entwickeln. Ich sage euch: Was gut war, wird bleiben, und was nicht gut war, das werden wir gemeinsam ändern. Dafür trete ich an, und dafür bitte euch heute um euer Vertrauen.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Lars. Mir liegt eine Wortmeldung vor von Andrea Schiele aus Baden-Württemberg. Andrea, bitte komm nach vorn.

ANDREA SCHIELE, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Guten Morgen, liebe Genossen, liebe Genossinnen! Lieber Lars, wenn man dich in der digitalen Welt recherchiert und versucht, etwas über dich herauszufinden, tauchen immer wieder verschiedene Hinweise auf. Ich betrachte mich als eine Frau der Friedensbewegung, und ich benutze selten große Namen. Aber ich betrachte mich in der Tradition von einer Clara Zetkin und von einer Rosa Luxemburg.

(Beifall)

Da gehört für mich dann schon das friedenspolitische Profil der SPD ganz klar mit dazu. Wenn man dich nun recherchiert und versucht, etwas über dich herauszufinden - wir machen das ja alle inzwischen online -, taucht immer wieder der Förderkreis Deutsches Heer e. V. auf. Ich finde, auch wenn du deine zukünftige Aufgabe, zu der du vielleicht nachher gewählt wirst, natürlich mehr nach innen richtest, gehört zur Transparenz: Ist die Mitgliedschaft in diesem Verein tatsächlich existent? Bist du tatsächlich Präsidiumsmitglied in diesem Verein? Denn diese Seite liest sich wie das Who is who der Waffenlobbyisten in Deutschland. Es firmiert als Lobbyverband der Waffenindustrie. Das ist schon ein Punkt, den ich gerne von dir beantwortet hätte: Wie stehst du dazu? Warum sollen wir friedensbewegten Frauen, warum soll ich friedensbewegte Frau, warum sollen wir friedensbewegten Genossinnen und Genossen dich wählen?

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, das war eine Frage, und wenn ich das richtig deute, kommt Lars und spricht dazu.

LARS KLINGBEIL, NORD-NIEDERSACHSEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich beantworte die Frage natürlich sehr gerne. Ich bin seit acht Jahren Mitglied des Deutschen Bundestages. Das habe ich gerade in meiner Rede gesagt. Ich bin seit acht Jahren auch Mitglied im Verteidigungsausschuss, und wir haben ein Berichterstattersystem im Parlament für das deutsche Heer. Ich komme aus Munster. Auch das habe ich vorhin erwähnt. Munster ist der größte Heeresstandort. Deswegen liegt es sehr nahe, dass ich die Zuständigkeit dort habe.

Wir haben in der Fraktion bestimmte Aufgaben, die wir wahrnehmen. Eine Aufgabe ist, dass auch immer Kolleginnen und Kollegen der Fraktionen, vor allem natürlich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitiker, im Förderkreis Heer - das ist ein Zusammenschluss aus Ministerium, Verwaltung, Politik, Wirtschaft - sind. Das nehme ich als Berichterstatter für das deutsche Heer wahr.

Jetzt sage ich euch aber auch mal: Das sind Fragen, die hätte ich auch im Vorfeld beantwortet.

(Beifall)

Ich habe aber viel über mich gelesen.

(Beifall)

Ich habe sehr viel über mich gelesen, aber so richtig hat mich nie einer dazu gefragt. Ich hätte das in den Delegiertenvorbesprechungen auch gern beantwortet.

Ich komme aus einer Soldatenfamilie. Und, ja, ich sage euch, wie das Gefühl ist, wenn man in einer Kirche sitzt und von Soldatinnen und Soldaten Abschied nehmen muss, die im Auslandseinsatz gefallen sind. Deswegen habe ich mir vorgenommen, dass ich für die Situation der Soldatinnen und Soldaten etwas tun will, dass ich gucken will, dass die optimal ausgerüstet und vorbereitet in diese Einsätze gehen. Dafür engagiere ich mich als Verteidigungspolitiker.

(Beifall)

Ich habe in diesem Förderkreis meine politische Tätigkeit als Verteidigungspolitiker wahrgenommen. Ich habe den Präsidenten vor diesem Parteitag informiert, dass ich meine Mitgliedschaft aufgeben werde, wenn ich hier als Generalsekretär gewählt werde. Aber - ich will das hier auch noch mal sagen - es gibt da auch kein Geld. Ich nehme eine politische Tätigkeit wahr, und an dieser politischen Tätigkeit habe ich nichts zurückzunehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

Vielen Dank.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Es gibt eine weitere Wortmeldung, und zwar von Bijan Kaffenberger, Hessen-Süd.

(Zuruf: Zieht zurück!)

- Zieht zurück, okay.

Genossinnen und Genossen, dann geht es jetzt zur Wahl. Ich habe schon gesagt, es handelt sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Ich glaube, alle hier im Saal anwesenden Medienvertreter wissen inzwischen: Sie werden gebeten, ihre Objekte während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten und die Geheimheit, Kollege Maas, der Wahl zu respektieren.

Ihr alle wisst, wir haben einen Kandidaten. Das heißt, der Stimmzettel hat die Form, dass Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung hinter dem Namen durch ein Kreuz auf den Kreisen zu vermerken ist. Ich finde, das ist eine sehr klare Arbeitsanweisung.

Ich will euch auch gern informieren, dass der Stimmzettel nur dann gültig ist, wenn „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“ angekreuzt ist. Natürlich haben wir auch hier das Erfordernis, dass eine Kontrollmarke aufgeklebt werden muss. In diesem Fall ist es die Kontrollmarke 3. Ihr wisst, wir haben rechts unten so ein Feld, und es ist ganz schön, wenn man die da auch hin klebt.

Ich will euch gern auch informieren: Nach § 23 Abs. 4 unseres Organisationsstatuts ist im ersten Wahlgang gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat.

Bestehen noch Fragen zum Wahlverfahren? - Dann gilt es, jetzt darauf zu achten, dass alle auch einen Stimmzettel haben. Die werden gerade verteilt, und wir warten mal, bis tatsächlich jeder und jede einen solchen Zettel hat. - Vielleicht könnt ihr unseren fleißigen Austeilern helfen, indem ihr durch Handzeichen zeigt, wer noch keinen Stimmzettel hat. Aus meiner Perspektive sind das nur noch eini-

ge wenige. Ich will den Rheinland-Pfälzern sagen, auch wenn sie sozusagen fast hinter dem Präsidium sitzen: Wir sehen euch.

(Zurufe: Schön!)

Gut. Jetzt noch einmal ganz ernsthaft: Wo fehlen noch Stimmzettel? - Wenn ich es richtig sehe, haben jetzt alle, die stimmberechtigt sind, Stimmzettel. Ich eröffne den Wahlgang.

Ich schaue jetzt mal. Konnten alle Stimmzettel abgegeben werden? - Ich sehe, einige Hände sind noch oben mit Stimmzetteln. Vielen Dank für eure Hilfe. - Es müssen noch einige Zettel eingesammelt werden, sehe ich. Also, tapfer die Hand oben halten. Es kann nicht mehr lange dauern. - Gibt es jemandem im Raum, dessen Stimmzettel noch nicht in der Urne ist, obwohl er da hinein soll? - Wir sind fertig. Das heißt, ich schließe diesen Wahlgang.

Genossinnen und Genossen, wir steigen jetzt ein in die Antragsberatung, und ich gebe weiter an Heiko Maas.

ANTRAGSBERATUNG INITIATIVANTRAG IA 1

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ja, vielen Dank, Gabriele. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde jetzt gleich mal um etwas Aufmerksamkeit bitten, um das Verfahren jetzt verständlich erläutern zu können.

Wir rufen jetzt die Antragsberatungen zum Arbeitsprogramm – also: „SPDerneuern: Unser Weg nach vorn“ - mit der Antragsnummer IA 1 auf. Das Arbeitsprogramm liegt euch in der Fassung der Antragskommission vor, und wir würden das jetzt kapitelweise beraten, damit wir einigermaßen den Überblick haben und die Wortmeldungen, die es dazu gibt, auf die einzelnen Themen bezogen durchgeführt werden können.

Als Erstes würde ich die Einleitung auf Seite 1 aufrufen, und zudem rufe ich die Änderungsanträge 1 bis 7 auf den Seiten 23 bis 25 in dem dünnen Antragsbuch, das ihr als Tischvorlage bekommen habt, auf. Diese Anträge wollen wir jetzt zusammen behandeln.

Ich würde zunächst einmal Olaf Scholz als Vorsitzenden der Antragskommission das Wort geben.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, der Antrag, den wir jetzt in mehreren Kapiteln und Abschnitten sorgfältig beraten, ist für die weitere Entwicklung unserer Partei ziemlich wichtig; denn er stellt an vielen Stellen Fragen, und er beschreibt Situationen. Aber es geht natürlich auch darum, dass wir eine Situation herstellen, in der wir die SPD so erneuern, dass wir am Ende bei den nächsten Wahlen erfolgreich sein können und dass wir die Kraft bekommen, die wir brauchen, um in Deutschland gestaltend wirken zu können.

Deshalb fängt es an mit einer Beschreibung der Situation, in der wir uns heute befinden, mit den strukturellen Veränderungen, vor denen Deutschland steht - und nicht nur Deutschland. Da geht es um Themen wie Globalisierung und Digitalisierung, da geht es aber natürlich auch um die Frage, was dazu beigetragen hat, dass wir nicht mehr genügend Stimmen auf unsere Seite bringen konnten.

Ich glaube, es ist richtig und wichtig, das hier zu tun, aber es ist genauso richtig, dass wir dann in den einzelnen Abschnitten des späteren Antrags, wo ich nicht jedes Mal etwas dazu sagen werde, darüber beraten, wie es weitergehen kann.

Wir haben uns in der Antragskommission bemüht, viele der Vorschläge, die in der kurzen Zeit eingegangen sind, seitdem der Antrag vorlag, und die auch vorher ein bisschen ohne konkreten Bezug zu

dem noch nicht fertigen Antrag eingegangen sind, einzubeziehen, sodass wir eine möglichst gute Debatte miteinander haben und auch möglichst gut vorankommen können.

In diesem Sinne hoffe ich, dass wir uns jetzt Stück für Stück durch diesen langen Antrag arbeiten. Noch mehr hoffe ich aber, dass wir in den nächsten Jahren dann den politischen Diskussionsprozess gestalten, der damit verbunden ist.

HEIKE MAAS, ANTRAGSKOMMISSION:

Vielen Dank, Olaf. - Ich habe jetzt eine Wortmeldung, die sich auf die Seite 1, also auf die Einleitung, bezieht, und zwar insbesondere auf einen Antrag der NaturFreunde Deutschland. - Das Wort hat Michael Müller.

MICHAEL MÜLLER, VORSITZENDER DER NATURFREUNDE:

Liebe Genossinnen und Genossen! Gestern wurde hier in dem Raum fast immer von Erneuerung gesprochen. Das ist auch richtig so. Übrigens: Programmatisch bin ich gar nicht so sicher, ob das so zentral ist. Wenn ich mir das Berliner und das Hamburger angucke, dann ist für mich eher der entscheidende Punkt, warum wir das, was darin steht, nicht umsetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich weiß nicht, wo da die programmatische Erneuerung so zentral ist; denn das war deutlich weiter als die Diskussion, die wir heute führen.

Und ich muss zu dem Antrag auch sagen: Ich kann es nicht nachvollziehen, dass ihr die Erneuerung mit dem Wahlergebnis - so richtig das ist - begründet. Ich finde, der entscheidende Grund für die Erneuerung der SPD sind die gesellschaftlichen Veränderungen, und deshalb muss man am Anfang auch sagen: Wir machen die Erneuerung der SPD, weil wir im Augenblick in einer Situation sind, in der tiefgreifende gesellschaftliche, ökonomische, soziale und ökologische Umbrüche stattfinden. Das ist der entscheidende Punkt.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, deshalb finde ich den Einstieg in den Leitantrag, ehrlich gesagt, verfehlt. Wir müssen über die inhaltlichen Fragen entscheidend sprechen, und das Entscheidende dabei ist, dass das, was die Sozialdemokratie ausgemacht hat, was ihr Grundvertrauen geschaffen hat, nämlich dass nach dem sozialen Fahrstuhleffekt alle besser leben sollen, nicht mehr funktioniert.

Da müssen wir fragen, warum er nicht mehr funktioniert. Und da sage ich: Da gibt es zwei entscheidende Gründe:

Der erste entscheidende Grund ist das erneute Ausbrechen eines Marktradikalismus - durch die Globalisierung der Märkte und verstärkt durch die Digitalisierung -, der die Kräfteverhältnisse zulasten der Demokratie verschoben hat. Das ist der eine Punkt.

(Vereinzelt Beifall)

Der andere Punkt ist - es wundert mich, dass das hier fast überhaupt nicht erwähnt wird -, dass die Menschheit heute planetarische Grenzen überschreitet, die sie nicht überschreiten darf. Wir haben in der Erdsystemforschung eine Analyse, wo sozusagen das menschliche Leben dranhängt, und wir stellen fest, dass in den neuen Dimensionen, die entwickelt wurden, die Menschheit in der Zwischenzeit in vier Dimensionen planetarische Grenzen überschreitet. Damit wird, um es mit Siegfried Lenz zu sagen, die ökologische „Selbstvernichtung der Menschheit“ denkbar.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn das die Sozialdemokratie nicht aufgreift, dann ist sie nicht auf der Höhe der Zeit. Ich möchte aber, dass die Sozialdemokratie auf der Höhe der Zeit ist.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, die beiden Konsequenzen aus dem heißen:

Bei dem Ersten: Der Nationalstaat ist ausgehebelt - und damit eine wesentliche Grundlage sozialdemokratischer Handlungsfähigkeit.

Und das Zweite: Klassisch zum Keynesianismus können wir auch nicht zurück. Die Wachstumspolitik ist an Grenzen geraten. Und deshalb muss man sehr viel stärker in die Debatte über eine sozialökologische Transformation einsteigen.

Auf diese Herausforderung gibt es zwei Reaktionen:

Die eine Reaktion ist: zurück zu einem nationalistisch-autoritären Denken. Die AfD ist nicht vom Himmel gefallen - genauso wenig wie in anderen Ländern. Sie ist eine Reaktion auf die Erosion des alten Politikmodells, und mit dem alten Politikmodell ist auch die Sozialdemokratie verbunden.

Die zweite Reaktion ist, dass man eine sozialökologische Bündnispolitik und Reformpolitik vorantreibt. Ich plädiere hier als ein Vertreter der Umweltbewegung, der SPD klarzumachen, dass sie eine Schlüsselrolle bei dieser Frage hat.

(Vereinzelt Beifall)

Bitte begreift: Die ökologische Frage ist zutiefst eine Gerechtigkeitsfrage. Und deshalb darf die SPD nicht sagen: Da ist die Ökologie, und wir sind hier das Soziale. - Sie muss das als Einheit verstehen. Soziale und ökologische Gerechtigkeit: Das ist der Kern einer neuen Reformpolitik.

Dafür müsst ihr euch einsetzen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will nicht verhehlen: Wir waren – in der Umweltbewegung sind immerhin 11 Millionen in diesem Land organisiert – über alle Parteien enttäuscht. Wir waren aber auch über die SPD enttäuscht, weil wir glauben, sie hat eine Schlüsselrolle, um aus dem Dilemma herauszukommen, dass wir alle über die Zukunftsgefahren Bescheid wissen, aber trotzdem viel zu wenig passiert.

Liebe Genossinnen und Genossen, unser Punkt ist also: Es kommt darauf an, die heutigen imperialen Lebens- und Wirtschaftsweisen zu beenden und stattdessen zu einer sozialökologischen Reformpolitik zu kommen. Das ist der Kern der SPD, um sozusagen ihre Zukunft zu sichern. Wir brauchen sie dabei. Ich biete an, dass wir in der Umweltbewegung für eine moderne SPD kämpfen. Aber die SPD muss dann auch modern sein.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Michael. - Liebe Genossinnen und Genossen! Zu diesem ersten Antragsblock, der ja nur die Einleitung ist, liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor, sodass wir darüber abstimmen können.

Es gibt für die Einleitung in der Fassung der Antragskommission und für die sieben Änderungsanträge jeweils die Voten der Antragskommission, die euch alle vorliegen.

Um das zeitlich einigermaßen zu schaffen, schlage ich vor, dass wir en bloc über die Voten der Antragskommission zu allen Änderungsanträgen und dann über die Einleitung als solche abstimmen.

Wenn von einzelnen Antragstellern gewünscht wird, dass über einen Änderungsantrag einzeln abgestimmt wird, dann bitte ich, uns das anzuzeigen.

Ich werde jetzt zunächst über die Änderungsanträge ÄA1 bis 7 abstimmen lassen, und zwar über die Voten der Antragskommission. Wer für die Voten der Antragskommission ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das so beschlossen.

Wir stimmen dann über die Einleitung als solche in der Fassung der Antragskommission ab. Auch da bitte ich um euer Handzeichen, wer dem zustimmt. - Wer enthält sich? - Wer ist dagegen? - Dann ist die Einleitung so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir kommen jetzt zum Kapitel I: „Welt im Wandel. Einordnung unserer Politik.“ auf den Seiten 2 bis 4. Zudem rufe ich die Änderungsanträge 8 bis 32 auf den Seiten 25 bis 35 im Antragsbuch auf. Sie liegen euch auch mit den Empfehlungen der Antragskommission als Tischvorlage vor.

Ich habe dazu zwei Wortmeldungen. Wer sich zu diesem Kapitel auf den Seiten 2 bis 4 des Antragsbuchs oder zu den Änderungsanträgen zu Wort melden will, der muss das jetzt tun; sonst würden wir anschließend gleich in die Abstimmung gehen.

Als Erster hat Karl Heinz Brunner das Wort. Ihm folgt Micha Heitkamp.

KARL HEINZ BRUNNER, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich habe mich zu diesem Teilbereich zu Wort gemeldet, weil mir in der Einleitung und in diesem Kapitel – obwohl es anschließend in den Einzelantragsberatungen erfreulicherweise zum Tragen kommt – der Begriff „Friedenspartei SPD“ noch etwas zu kurz kommt. Deshalb möchte ich an dieser Stelle für die Annahme im späteren Bereich des Antrags A7 werben, nämlich dahin gehend, dass die Rüstungsexportkontrolle unseres Landes, der Bundesrepublik Deutschland, endlich in eine gesetzliche Form gegossen und die Geheimniskrämerei beendet wird.

Mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Deutschen Bundestag, insbesondere mit Thomas Hitschler und der leider nicht mehr in den Deutschen Bundestag eingezogenen Ute Finckh-Krämer, haben wir an diesem Antrag gearbeitet und freuen uns, dass die Antragskommission uns die Annahme signalisiert hat. Wir bitten euch, dem in der Folge zuzustimmen.

Rüstungsexportpolitik, liebe Genossinnen und Genossen, ist nicht nur ein Wort, über das wir einmal oder zweimal im Jahr mit einem Bericht sprechen und uns darüber austauschen, was in Geheimniskrämerei im Wesentlichen durch den Bundessicherheitsrat entschieden wurde, sondern es ist wichtig und gut, dass Rüstungsexportkontrolle in einer transparenten Form durch die Mitglieder des Deutschen Bundestags vor der Öffentlichkeit erfolgt und dass die entsprechenden Rahmenbedingungen – ich sage immer: die Planken – durch das Parlament, kontrolliert von den Wählerinnen und Wählern, eingezogen werden.

Ich glaube, dass die Lieferung von Tausenden Gewehren, Panzerfäusten, Abwehrraketen – um das Kleinwaffenpotenzial zu sehen – und die Entscheidung, die wir zum Irak getroffen haben, ein erstes Mal ein Ansatz waren, um diese Transparenz herzustellen. Wir wünschen uns eine höhere Transparenz, und zwar in einer sachlichen Debatte unter Einbeziehung eines gesetzlichen Rahmens, in dem wir dann tatsächlich Rüstungskontrolle umsetzen würden.

Deshalb bitte ich insoweit um Zustimmung zu diesem Antrag und bedanke mich bei der Antragskommission. Ich hätte mich allerdings gefreut, wenn sich im Antragsbuch und in unserem Leitantrag der Begriff „Friedenspartei SPD“, sich für den Frieden einzusetzen, wiedergefunden hätte. Vielleicht kann man das ja an der entsprechenden Stelle mit einbringen. - Vielen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Karl Heinz. - Jetzt hat Micha Heitkamp das Wort.

MICHA HEITKAMP, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich möchte gerne den Änderungsantrag 25 aus dem Kreisverband Minden-Lübbecke vorstellen und dafür plädieren, dass wir über diesen Antrag einzeln abstimmen. Ich bitte, dass wir gegen das Votum der Antragskommission, die Ablehnung empfiehlt, stimmen.

Es geht im Wesentlichen um zwei Punkte, die sich durch diesen Änderungsantrag im Antrag verändern würden. Das Erste ist, dass wir selbst in der Analyse feststellen: Uns fehlt es oft an der inhaltlichen Klarheit und auch an der Unterscheidbarkeit von den anderen Parteien. Wir reden über Themen, wir reden über Digitalisierung und sagen: Wir wollen die Digitalisierung nutzen, um das Leben der Menschen besser zu machen! - Klar, das Leben der Menschen besser zu machen, ist richtig. Aber gegen wen grenzen wir uns da ab? Wer sagt denn, er will das Leben der Menschen schlechter machen? - Wir müssen auch klarmachen, wo unsere Unterschiede zu der Vorstellung von Digitalisierung sind, die beispielsweise Lindner und seine FDP haben. Es geht darum, dass wir gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe für Menschen schaffen wollen. Das sollten wir auch da festhalten.

Genauso ist es, wenn es um Europa geht. Die Krise in Europa ist doch nicht, dass sich die Regierungen nicht einigen können. Die Krise in Europa haben wir durch ganz real existierende Politik von den Konservativen, von den Neoliberalen. Ich denke, da sollten wir uns oft mehr abgrenzen.

Das Zweite, was wichtig ist, was sich durch diesen Änderungsantrag ändern würde, ist die Frage: Auf welche Sprache setzen wir? - Ich halte es für wichtig oder zumindest für eine gute Idee, wenn wir klarhalten: Wir wollen eine Sprache, mit der wir mit Menschen auf Augenhöhe reden. Formulierungen wie „Wir sind die Partei der kleinen Leute“ gehören aus unserem Vokabular gestrichen.

(Beifall)

Das hat nichts mit Augenhöhe zu tun. Die Idee für diesen Antrag kommt ursprünglich gar nicht aus Minden-Lübbecke. Die Idee für diesen Antrag hat unser Noch-Generalsekretär – wir haben ja noch kein Wahlergebnis – Hubertus Heil bei der Unterbezirksvorsitzendenkonferenz vorgestellt. Er hat gesagt: Lasst uns doch mal auf einem Parteitag darüber abstimmen, ob wir so etwas noch sagen wollen oder ob wir das nicht mehr sagen wollen! - Wir haben den Antrag vorgelegt. Jetzt lasst uns auch darüber abstimmen. - Danke.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Micha. - Ich habe zu diesem Kapitel keine weiteren Wortmeldungen, sodass wir darüber abstimmen können.

Wie gewünscht, rufe ich zunächst den Änderungsantrag 25 auf und lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen, gegen das Micha jetzt gesprochen hat.

Die Antragskommission schlägt die Ablehnung des Änderungsantrages 25 vor. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Das Zweite ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag AA 25 so angenommen.

(Beifall)

Ich lasse dann insgesamt über die Voten der Antragskommission zu allen Änderungsanträgen aus diesem Kapitel abstimmen. Wer für die Voten der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rufe jetzt das Kapitel II auf: Ergebnis der SPD bei der Bundestagswahl.

Ich rufe zudem die Änderungsanträge 33 bis 52 auf den Seiten 35 bis 40 auf.

Ich habe dazu eine Wortmeldung von Micha Heitkamp zum Änderungsantrag 46. Micha!

MICHA HEITKAMP, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Es zieht das ein bisschen in die Länge, wenn wir verschiedene Änderungsanträge noch beraten. Aber ich glaube, das ist wichtig. Wir haben im Kreisverband genau das gemacht, nachdem wir den Auftrag vom Parteivorstand bekommen haben. Wir haben das diskutiert und haben dazu was erarbeitet. Ich finde es auch richtig, dass wir hier ein paar Dinge diskutieren.

Ein elementarer Punkt: Ich plädiere dafür, dass wir auch den Änderungsantrag 46 abstimmen und bitte auch darum, gegen das Votum der Antragskommission zu wählen. Es geht darum, dass wir in die Analyse der Wahlniederlage einen Absatz aufnehmen, in dem einfach analysiert wird, dass die Konstellation in der Großen Koalition auch ein Teil dessen gewesen sein könnte, warum wir diese Wahl verloren haben. Ich glaube, das gehört zur Ehrlichkeit dazu, unabhängig davon, was wir gestern entschieden haben, unabhängig davon, wo wir jetzt weitermachen, eine ehrliche Analyse zu machen.

Ich bitte darum, dass wir auch diesen Antrag gegen das Votum der Antragskommission abstimmen. -Danke.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Ich habe eine zweite Wortmeldung zu diesem Kapitel von Helge Lindh.

HELGE LINDH, SPD-BUNDESTAGSFRAKTION:

Liebe Genossinnen und Genossen, eigentlich hätte es auch zum ersten Punkt gepasst. - Aber die Uhr läuft gar nicht. - Es ist bei mir gefährlich, wenn die Uhr nicht läuft.

Mir ist es wichtig, das zu sagen, nicht nur etwas Leidendes, sondern etwas Ermutigendes zu sagen. Ich könnte es so formulieren: Heiliger Zorn über Ungerechtigkeit, über Diskriminierung, über Missachtung von Menschen aus sozialen Gründen war der Grund, warum ich Sozialdemokrat geworden bin, und das bin ich mit jeder Faser meines Leibes.

Ich möchte mir diesen heiligen Zorn bewahren und nicht künftig die Zeit damit verbringen, heiligen Zorn zu empfinden, weil wir uns mit uns selbst beschäftigen, weil Flügel und Strömungen, so wichtig sie sind, miteinander streiten. Ich möchte sehen, dass diese Sozialdemokratie glänzt.

Mich erreicht mittlerweile heiligen Zorn oder eine Annäherung daran, wenn ich sehen muss in den Zeitungen, wo steht, die SPD zaudert, sie leidet, sie will geliebt werden und wird nicht geliebt, sie findet keine Zuneigung.

Nein, ich wünsche mir eine Sozialdemokratie - das hat vielleicht in unseren letzten Wahlkämpfen gefehlt -, die wieder strahlt, von der wir hören, dass sie spannend ist, dass sie herausfordert, dass sie neugierig macht und dass sie mutig die Fragen dieser Zeit stellt und dass sie etwas wagt.

Es war gestern ein Hinweis, dass wir nicht so viel sozialdemokratisches Pathos wagen sollten. Ich sehe das dezidiert anders. Wir müssen emotionalisieren, denke ich, wir müssen zuspitzen, wir müssen überhöhen. Deshalb finde ich es auch sehr erfrischend und erfreulich, wenn unsere Fraktionsvorsitzende im Bundestag dies macht. Ich glaube, wir brauchen uns davor nicht zu fürchten.

Das zweite ist es, es passt zu dieser Frage. Ich glaube, wir dürfen uns auch auf unsere Tradition berufen und sehen, dass wir auf Schultern von Riesinnen und Riesen sitzen. Einige Namen fielen schon: Juchacz, Zetkin, Miller, Annemarie Renger, Kautzky, Bernstein, Brandt, Schmidt usw.

Aber wir sitzen auch auf den Schultern von anderen Riesinnen und Riesen, und das ist, glaube ich, wichtig, wenn wir an Wahlen denken. Diese Riesinnen und Riesen sitzen in unsren Wahlkreisen und in unseren Quartieren und Städten.

Das ist zum Beispiel eine Frau, die aus Syrien gekommen ist. Mit ihr war ich vorgestern noch beim Notar. Sie zittert, weil ihr Kind seit drei Jahren wegen der Aussetzung der Familienzusammenführung und des subsidiären Status in der Türkei wartet. Sie erwartet nicht von mir, dass ich ihr eine Antwort gebe, ob ich opponiere, toleriere oder regiere. Sie erwartet von uns, von mir, dass wir ihr zuhören und dass es uns angeht, was ihr Leben betrifft.

Das Gleiche betrifft sehr viele Menschen in meinem Umfeld, die im Dienstleistungsbereich oder in der Kreativbranche arbeiten, die die Vorteile der Digitalisierung genießen, die zugleich aber die Entgrenzung der Arbeitszeit nicht akzeptieren und von uns Antworten hören wollen und nicht Antworten, die das 19. Jahrhundert betreffen, sondern die das 21. Jahrhundert betreffen und konkret ihre Lebenssituation.

Da ist zum Dritten zum Beispiel eine alleinerziehende Frau mit mehreren Kindern. Ich saß oft mit ihr am Tisch. Sie hat mir geschrieben, dass, nur weil sie Frau ist und alleinerziehend, ihre Bedingungen in dieser Gesellschaft wesentlich schlechter sind. Das muss uns aufregen. Darauf muss sich unser heiliger Zorn wenden. Das müssen wir auch in Wahlkämpfen sichtbar und deutlich machen.

Diese Frau, wie ich erfuhr, kauft regelmäßig ihr Essen bei der Tafel. Sie interessiert sich, glaube ich, nicht sonderlich dafür, ob ich bei der nächsten Bundestagswahl gewählt werde. Sie liest auch keine SPD-Parteiprogramme. Aber sie empfindet es als Skandal, dass sie zur Tafel laufen muss und dass die Schlangen dort immer länger werden. Deshalb ist auch der Auftrag an uns, glaube ich, dafür zu sorgen oder den Antrieb zu haben, dass beispielsweise das Wachstum der Tafeln aufhört und dass die Schlangen kürzer werden.

Es geht um konkrete Lebenswirklichkeiten von Menschen und nicht um Parteianträge.

(Beifall)

Wenn wir das begreifen, nähern wir uns dem an, was einer der klügsten Philosophen und Soziologen unseres Landes gesagt hat, Hartmut Rosa: Alles hängt davon ab, sagt er, dass zwischen der Welt und uns ein Draht ist, der vibriert. Ich glaube, uns fehlte oft dieser Draht, der vibriert, das Gefühl, dass wir Menschen irritieren, aber dass wir uns auch irritieren lassen, dass wir uns berühren lassen und uns wirklich emotional angeht, was das Leben von Menschen betrifft und was es ausmacht.

Wenn uns das gelingt, stimmt nicht, was gestern gesagt wurde, dass wir sentimental gucken müssen, was in unseren besten Zeiten war. Dann liegen die besten Zeiten vor uns. Jede ambitionierte Fußballmannschaft geht in ein Spiel in der Überzeugung, dass die besten Zeiten vor ihr liegen. Genauso ist das bei uns. Das wird uns gelingen, wenn uns klar ist, dass wir uns selbst am besten dienen, wenn wir anderen dienen. Ja, es geht um uns selbst. Aber es geht um mehr als uns selbst und es geht nicht nur um uns selbst. - Vielen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Da mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, können wir jetzt, wenn es geht, ohne heiligen Zorn, zur Abstimmung kommen.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir brauchen über den Änderungsantrag E 46 nicht gesondert abzustimmen, weil die Antragskommission ihn übernommen hat.

Insofern kann ich die Voten der Antragskommission in gesammelter Form zur Abstimmung stellen. Ich frage: Wer stimmt dem zu? Diejenigen bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Dann wäre das so beschlossen.

Ich übergebe an Doris, denn es gibt ein Wahlergebnis.

ERGEBNIS DER WAHL ZUM GENERALSEKRETÄR

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ich würde gleich eine Vertreterin der Mandatszähl- und Prüfkommision bitten, das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs mitzuteilen.

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben ein Ergebnis. Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Generalsekretärs bekannt. Abgegebene Stimmen: 576, davon ungültig vier, gültige Stimmen logischerweise 572. Mit Ja haben gestimmt 404, mit Nein haben gestimmt 134, Enthaltungen gab es 34. Dies bedeutet eine Zustimmung von 70,63 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen.

(Anhaltender Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Lars, ich darf dich dann natürlich auch noch ganz offiziell fragen, ob du die Wahl annimmst.

LARS KLINGBEIL, GENERALSEKRETÄR:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich nehme die Wahl sehr gerne an. Vielen Dank für das Vertrauen. Vor uns liegt eine Menge Aufgaben. Packen wir das gemeinsam an. Herzlichen Dank.

(Beifall)

WAHL DES SCHATZMEISTERS/ DER SCHATZMEISTERIN

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Delegierte, um möglichst gut durch diesen Tag zu kommen, haben wir uns darauf verständigt, dass wir jetzt immer Antragsberatungen mit Wahlgängen abwechseln. Deswegen ist unser Vorschlag an euch, dass wir jetzt sehr schnell in die Wahl des Schatzmeisters/der Schatzmeisterin einsteigen und dann wieder mit der Antragsberatung fortsetzen. Ich gehe davon aus, ihr seid damit einverstanden. Deswegen rufe ich die Wahl des Schatzmeisters auf.

Es liegt ein Vorschlag vor, den ihr alle kennt. Das ist Dietmar Nietan. Dietmar, du hättest dann jetzt das Wort.

DIETMAR NIETAN, SCHATZMEISTER:

Liebe Genossinnen und Genossen! Vor uns liegen möglicherweise Herausforderungen, Aufgaben, die sich in dieser Dringlichkeit und auch in der Gefahr, dass sie, wenn wir sie nicht konsequent angehen, der Sozialdemokratie großen Schaden zufügen können, in einer Art und Weise, wie wir das vielleicht seit Jahrzehnten nicht mehr erlebt haben. Deshalb wird es auf jede und jeden von uns ankommen, in dem von Lars zu Recht beschriebenen Erneuerungsprozess ihre/seine jeweilige Aufgabe auch zu sehen.

Ich möchte als Schatzmeister gerne mithelfen, dass wir auch die finanziellen, die organisatorischen Voraussetzungen schaffen, diesen Weg der Erneuerung gemeinsam zu gehen. Dazu bedarf es auch einer kritischen Analyse. Das rheinische Grundgesetz beginnt mit dem Satz: „Et es wie et es.“ Für die Nicht-Rheinländerinnen und -Rheinländer will ich sagen, das ist nicht Fatalismus nach dem Motto „Du kannst nichts mehr machen“, sondern das ist der Aufruf, realistisch auf die Welt zu schauen, wie sie ist, oder, wie Rosa Luxemburg meinte und wie schon Lasalle sagte: Nichts ist revolutionärer, als das zu sagen, was wirklich ist.

Wenn das aber so ist, dann möchte ich als Schatzmeister darauf hinweisen, dass wir sehr realistisch auch darauf schauen sollten, was unsere Ressourcen sind und was sie nicht mehr sind. Ich habe manchmal den Eindruck, dass viele noch Ansprüche haben an das, was getan werden soll, was finanziert werden soll, die eher den Ansprüchen und vielleicht auch den finanziellen Möglichkeiten einer 38-Prozent-Partei entsprechen. Aber diejenigen vergessen, dass wir seit 2009 eine 25-Prozent-Partei sind, die weniger Einnahmen, die weniger Mitglieder hat. Deshalb werden wir nicht darum herumkommen, auch Prioritäten zu setzen. Da müssen wir alle ran; das will ich betonen.

Ich weiß nicht, ob ihr das kennt. Bei mir ist es so: In meinem Kreisverband gibt es wunderschöne Ortsvereine in der Eifel, und diese Ortsvereine sagen: „Schon die, die in der Kreishauptstadt bei uns in Düren sind, das sind schon Überstudierte, die keine Ahnung haben. wir wissen eigentlich nur, wie es im Ortsverein ist.“ Und die in Düren sagen: „Es ist ja klar: Alles, was falschläuft, das machen die in Düsseldorf.“ Und wenn ich in Düsseldorf bei den Kolleginnen und Kollegen der Landtagsfraktion bin, sind die sich einig, dass die Fehler nur von denen in Berlin gemacht werden. Und die in Berlin sagen vielleicht: „Na ja, wir haben nur 27 Europa-Abgeordnete. Jetzt wollen wir mal nicht alles auf Brüssel schieben.“

Liebe Genossinnen und Genossen, eines will ich an dieser Stelle sagen: Wenn wir über die Erneuerung sprechen, müssen wir uns alle ändern, muss jeder liebgezwonnene Rituale aufgeben, müssen wir realistisch auf Dinge gucken, und damit kommt es auf jeden an. Erneuerung wird nicht gelingen, wenn der jeweils andere auf den jeweils Nächsten zeigt, sondern wenn alle gemeinsam anpacken, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das heißt am Ende auch, dass wir mehr zusammenarbeiten müssen. Wir müssen unsere Kräfte bündeln. Warum sollen wir im Willy-Brandt-Haus viel Geld für Forschung ausgeben, um zu schauen, was sich in der Gesellschaft entwickelt und welche Strategien wir entwickeln können, und gleichzeitig macht das noch jeder Landesverband für sich? Da kann man Kräfte zusammenführen.

Warum nutzen wir nicht die Strukturen, die wir schon haben - zum Beispiel auch Servicecenter -, um Ehrenamtliche und Hauptamtliche in der Fläche von administrativer Arbeit zu entlasten, damit sie sich auf das konzentrieren können, was wir ja machen sollten, nämlich Politik machen.

Warum war es so schwer, im Vorfeld des euch jetzt vorliegenden Erneuerungsantrags für mich als Schatzmeister, das Wort in diesen Antrag reinzubringen - ihr werdet feststellen, es ist nicht drin -, dass es Zielvereinbarungen zwischen den Landesverbänden und der Bundespartei geben muss, wo man sich auf gemeinsame Ziele einigt und dann auch schaut: Wer steuert welche Ressourcen bei? Da wurde mir gesagt, Zielvereinbarungen hört sich so nach Unternehmertum an. Zielvereinbarungen - da könnten die Landesverbände ja denken, wir wollen ihnen irgendetwas vorschreiben. Papperlapapp, darum geht es nicht! Wir müssen darüber reden, was die Partei braucht. Dann müssen wir die Kräfte zusammenschnüren, und dann ist es mir am Ende egal, ob die Ressourcen aus dem Landesverband oder aus dem Etat des Bundesschatzmeisters kommen - sie müssen nur zusammengelegt werden, weil wir nur gemeinsam stark sind, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Warum entwickeln wir nicht eine gemeinsame Personalentwicklung aller Kolleginnen und Kollegen, die hauptamtlich für die SPD arbeiten - egal, ob es in einem Bezirk, in einem Landesverband oder im Willy-Brandt-Haus ist -, die dazu führt, dass das Berufsbild, eine hauptamtliche Kollegin/ein hauptamtlicher Kollege der SPD zu sein, eines ist, das durch tolle Personalentwicklung, durch Qualifizierung dazu führt, dass andere dann sagen: Wer bei der SPD gearbeitet hat, gehört zu den Besten oder kann wirklich zu den Besten gehören, und das sind die Leute, die wir brauchen. Das könnten wir schon längst angefangen haben. Das haben wir noch nicht getan, und wenn es eines gibt, warum ich noch einmal kandidiere, dann ist es das, dass ich mich dafür einsetzen will, dass wir endlich vom Kirchturmdenken wegkommen, uns wirklich zusammenraufen und die Dinge, die wir zusammen machen können, jetzt auch endlich zusammentun, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und wenn ich schon von Teamarbeit spreche, dann will ich an dieser Stelle sagen, dass ich hoffe, dass wir als Parteispitze auch deutlich machen, dass wir eine große Vorbildfunktion haben. Ich glaube, ihr erwartet alle, dass die Parteispitze endlich ein wirkliches Team ist und als Team zusammenarbeitet.

(Beifall)

Deshalb würde ich mich freuen - man soll ja die Hoffnung nicht aufgeben -, dass es in Zukunft nicht mehr so ist, dass eine halbe Stunde nach dem Ende einer Präsidiumssitzung ein Spiegel online-Redakteur wortwörtlich zitieren kann, was ich da gesagt habe, und mich fragt, ob das stimmt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wenn wir von Teamarbeit sprechen, liebe Genossinnen und Genossen, dann verstehe ich nicht, warum auch jetzt noch der eine oder andere Kollege - einer aus Hamburg ist ja besonders aktiv vom Seeheimer Kreis - meint, in öffentlichen Erklärungen die Pflöcke einrammen zu müssen, wie hart man mit der CDU verhandelt, anstatt endlich mal die Schnauze zu halten und das die Parteispitze machen zu lassen.

(Lebhafter Beifall - Pfiffe)

Und: Ja, liebe Genossinnen und Genossen, ich kann verstehen - ich fasse mir da an die eigene Nase und zeige nicht auf andere -, warum die eine oder andere Genossin und Genosse manchmal das Gefühl hat: Geht die Parteispitze taktisch mit uns, mit dem Parteitag, mit der Basis um? Können wir denen vertrauen? - Ja, das kann ich an manchen Punkten verstehen. Aber ich will hier um Vertrauen werben, denn wenn wir uns in eine Misstrauenskultur bewegen, dann fragen sich Wählerinnen und Wähler, warum sie einer Partei vertrauen soll, die sich selbst nicht vertraut, liebe Genossinnen und Genossen. Auch das müssen wir ändern.

(Beifall)

Der dritte Satz des rheinischen Grundgesetzes lautet: „Es hätt noch emmer joot jejange.“ Ich will das auch an dieser Stelle sagen: Wir müssen natürlich realistisch sein gegenüber all den Dingen, die jetzt vor uns sind und wo wir uns keine Fehler erlauben dürfen. Da ist nicht die Leichtigkeit des Seins angesagt. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es kann auch nicht sein, dass es mir und vielleicht vielen von euch auch so geht, dass ich mich am 01.01.2015 freue, dass es den Mindestlohn gibt, damit in der ersten Januarsitzung in meinen Unterbezirksvorstand gehe und sage: „Mensch, Leute, die Andrea hat es geschafft, obwohl wir mit den Schwarzen regieren. Endlich hat Deutschland einen Mindestlohn.“, und dann meldet sich die erste Genossin und sagt: „Ja, ja, das ist schon richtig, aber er ist nur 8,50, und es gibt bei den jungen Leuten auch noch eine Ausnahme.“

Dann meldet sich der Zweite und sagt: Es gibt auch noch eine Ausnahme bei den Langzeitarbeitslosen. Also so richtig freuen kann ich mich über den Mindestlohn nicht.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir unsere eigenen Erfolge kleinreden, uns nicht darüber freuen können und sie den Menschen nicht entsprechend darbringen, dann dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn sie uns nicht wählen.

(Beifall)

Deshalb sage ich zum Schluss eins: Wir können auf das, was die Sozialdemokratie geleistet hat, stolz sein. Vielleicht hilft es auch, wenn in dem einen oder anderen Führungsseminar der Teil „Geschichte der Arbeiterbewegung“ etwas mehr Platz hat als der Teil „Rhetorik“, damit wir uns endlich mal wieder klar machen, welche große Verantwortung wir tragen, woher wir kommen und dass wir darauf stolz sein können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Lebhafter Beifall)

Und wenn es jetzt in Verhandlungen mit der Union geht, dann geht es nicht darum, ob wir denen richtig wehtun oder ob wir mit denen einen Deal machen. Es muss doch vielmehr darum gehen, dass wir jetzt sehr klar für die Wählerinnen und Wähler beschreiben: Die deutsche Sozialdemokratie wird in diesem Land nur eine Politik machen – mit welchem Partner und in welcher Konstellation auch immer –, die einen wirklichen Politikwechsel bedeutet, die dem globalisierten Kapitalismus die Stirn bietet und nicht nur ein paar kleine Details abmildert, sondern, wie es so schön heißt, die herrschenden Verhältnisse auch ändern will.

(Beifall)

Wenn das nicht gelingt, entweder weil die Schwarzen das nicht wollen oder weil Frau Merkel schon so schwach ist, dass sie das gar nicht mehr durchkriegt, dann können wir von mir aus auch in Neuwahlen gehen. Aber dann müssen wir den Wählerinnen und Wählern auch deutlich machen: Dafür steht die Sozialdemokratie; das wollten die anderen nicht. - Und deshalb ist es richtig, dass wir jetzt ergebnisoffen verhandeln, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ein letztes Wort – ich glaube, dass ich als Protestant das auch darf – : In seinem ersten apostolischen Schreiben hat Papst Franziskus den Priestern der Katholischen Kirche gesagt, dass er das Gefühl hätte, dass viele Priester das Evangelium, das eigentlich eine frohe Botschaft sei, verkünden würden, als seien sie auf einer Beerdigung. - Ich glaube, da hatte der Papst recht.

In diesem Sinne, liebe Genossinnen und Genossen: Wir haben eine ganze Menge zu verkündigen, wenn auch nicht das Evangelium. Aber wir wollen diese Welt besser machen, und dafür müssen wir uns nicht aus Angst vor irgendetwas in die Hosen machen, dafür müssen wir nicht taktieren. Dafür müssen wir kämpfen, und dann haben wir auch wieder Erfolg.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Dietmar, herzlichen Dank.

Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Dann könnten wir in den Wahlgang einsteigen.

Es handelt sich erneut um eine Einzelwahl gemäß § 7 Wahlordnung. Ich darf noch mal darauf hinweisen, dass die Medienvertreterinnen und Medienvertreter gebeten sind, ihre Objektivität während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten.

Bei nur einem Kandidaten hat der Stimmzettel die Form, dass Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung hinter dem Namen durch ein Kreuz auf den Kreisen zu vermerken ist. Der Stimmzettel ist nur gültig, wenn Ja, Nein oder Enthaltung angekreuzt ist. Der Stimmzettel wird zurzeit gerade verteilt. Originellerweise würde ich euch bitten, die Kontrollmarke Nr. 4 anzubringen. Sie soll auf der Vorderseite auf dem dafür vorgesehenen Feld angebracht werden.

Zur Erinnerung: Wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält, ist im ersten Wahlgang gewählt. Bestehen noch Fragen zum Wahlverfahren? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Haben alle Delegierten einen Stimmzettel erhalten? - Nein, hier vorne, ausgerechnet in Rheinland-Pfalz, fehlen noch welche. Das geht natürlich gar nicht. - Jetzt haben offenbar alle einen Stimmzettel erhalten.

Dann eröffne ich den Wahlgang.

Hat jemand seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? - Ja, ganz viele. Die Rheinland-Pfälzer müssen sich gedulden; die Saarländer kommen eben immer vorher.

So, jetzt mache ich noch einen Versuch. Zeigt bitte ganz deutlich auf, wo noch Stimmzettel sind! - Haben jetzt alle ihren Stimmzettel abgegeben? - Das scheint der Fall zu sein. Dann ist der Wahlgang damit geschlossen.

Dann gebe ich wieder weiter an Heiko.

FORTSETZUNG DER BERATUNG DES INITIATIVANTRAG IA 1, KAPITEL EUROPA

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Doris.

Dann kommen wir wieder zurück zu den Inhalten.

Ich rufe in der Antragsberatung jetzt das Kapitel III. auf: „Die SPD nimmt die Herausforderungen an“.

Zudem rufe ich die Änderungsanträge 53 bis 59 auf, die sich auf dieses Kapitel beziehen. Hierzu liegen mir keine Wortmeldungen vor, sodass wir gleich darüber abstimmen könnten. Ich würde auch hier die Voten der Antragskommission zur Abstimmung stellen, die euch allen als Tischvorlage vorliegen.

Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann wäre das so beschlossen.

Dann rufe ich das Kapitel III.1. „Mut zur programmatischen Klarheit“ auf der Seite 8 auf, genauso wie die Änderungsanträge 60 bis 70 auf den Seiten 46 bis 50. Auch diese Anträge liegen euch mit der Empfehlung der Antragskommission als Tischvorlage vor; auch hierzu gibt es keine Wortmeldungen, sodass wir darüber abstimmen könnten.

Ich stelle auch hier die Voten der Antragskommission zur Abstimmung. Wer für die Voten der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann wäre auch das so beschlossen.

Liebe Genossinnen und Genossen, dann rufe ich das Kapitel III.2. a) auf: „Die Zukunft Europas“.

Wir haben uns überlegt, dass wir uns – das werden wir im weiteren Verlauf des Parteitages an einer anderen Stelle auch noch einmal tun –, auch mit Blick auf die Bedeutung des Themas, die aus Martins Rede gestern sehr deutlich geworden ist, bevor wir in die Antragsdebatte einsteigen, einen Input von außen für diese Debatte holen.

Dafür begrüße ich ganz herzlich Nils Minkmar. Nils Minkmar ist Historiker, Publizist, einer der ganz renommierten deutschen Journalisten für das Feuilleton der FAZ und für den Spiegel. Er ist vor allen Dingen aber eins: ein leidenschaftlicher Europäer. Das ergibt sich auch aus seiner Familiengeschichte. Er fühlt sich in Frankreich genauso wohl wie in Deutschland, und er besitzt auch beiden Staatsbürgerschaften. Insofern würde ich Nils Minkmar bitten, uns in dieses Thema einzuführen.

(Beifall)

NILS MINKMAR, JOURNALIST:

Herzlichen Dank. Ich bin ein bisschen nervös. Ich habe immer die Angewohnheit, am Schreibtisch so vor mich hin zu arbeiten, und plötzlich steht man hier. Aber ich freue mich sehr, hier zu sprechen, zumal über ein solches Thema.

Ich bin in Europa reingefallen wie Obelix in den Zaubertrank, nämlich als kleines Kind. Meine Mutter ist Französin, mein Vater ist Deutscher. Besonders geprägt hat mich mein französischer Großvater. Der hat mich immer besucht. Ich lebte damals im Saarland, im schönen Dudweiler. Mein Großvater ging dann jeden Tag mit mir zum Marktplatz dort. Auf dem Marktplatz von Dudweiler war damals, in den 70er-Jahren, wie heute eine Würstchenbude. Dazu muss man wissen, dass für meinen französischen Großvater das Essen seine irdische Religion war. Darüber hat er seine Welt gedeutet.

Wir gingen also immer dahin und stoppten immer kurz vor dieser Würstchenbude, weil mein Großvater das studiert hat. Wie ein Ethnologe hat er sich angeguckt: Aha, die Leute kaufen sich da eine Wurst und essen die. Das fand er interessant. Er hätte sich nie im Leben da auch so eine Wurst gekauft und die probiert. Aber er wollte einfach studieren: Wer geht dahin, und warum machen die das? Und er stellte dann immer fest, das sind ja gar nicht die armen, die verhungerten Deutschen, die das essen müssen, sondern das scheint denen zu schmecken, ein großes Rätsel für ihn.

Man hatte ihm 1918 - das ist sein Jahrgang - immer eingeschärft in der antideutschen Propaganda, die Deutschen essen eben Würstchen und lieber Margarine als Butter, um Panzer zu kaufen, einen Rüstungskrieg gegen Frankreich vorzubereiten. Ein Teil der Aussage stimmte ja, aber der kulinarische stimmte natürlich nicht.

Dann er das immer so studiert und gesagt, das schmeckt denen ja wirklich. Das war für ihn eines der größten Rätsel dieser Erde, die er auch nie so ganz aufgelöst hat, bis zu seinem Tod nicht: Warum essen die solche Sachen, warum essen wir andere Sachen?

Dennoch hat er manche Sachen gegessen, Marzipan etwa. In Saarbrücken ging er ins Kaufhaus Karstadt, hat sich Marzipan gekauft und hat dann gesagt: Leute, warum nicht gleich so? Warum mussten wir erst durch diesen Krieg gehen, bevor ich hier so friedlich einkaufen kann?

Er hat mir das auch beschrieben - sein Vater war im Ersten Weltkrieg gefallen, und er selber hat im Zweiten Weltkrieg gekämpft -, wie die Geschichte praktisch sein Leben bestimmt hat. Er war darauf jetzt auch nicht stolz. Er hat es mir so beschrieben wie eine Biographie, die man nicht ändern kann. Die Geschichte war eben da, als er geboren wurde. Die Deutschen waren der Feind, und seine Generation hat das überwunden. Das war deren Geschichte, von der Wochenschau mit dem Aufmarsch der Nazis auf dem Nürnberger Parteitagsgelände hin zu den Marzipankartoffeln in Saarbrücken.

Das ist die Erzählung, mit der ich groß geworden bin. So ist es ja vielen anderen hier auch gegangen, immer in Freiheit und Wohlstand, immer drei warme Mahlzeiten am Tag, gute Schulbildung und ein Europa, das immer so vorangeht, das den Krieg überwindet, das zusammenwächst, das immer mehr bietet für die Leute. Wir hatten dann das Glück der friedlichen Wiedervereinigung. Ost- und Mitteleuropa wuchsen zusammen, und wir dachten, es geht immer so weiter, es gibt so einen Automatismus, so ein Versprechen. Ja, die Geschichte, das war was für die Generation der Großeltern. Die konnten vom Krieg erzählen. Und so für uns alles gut, wir werden immer reicher. Und wenn irgendwie einfach der Zuwachs nur abnimmt, dann ist das schon die Krise.

Aber vielleicht erinnern sich die Älteren hier im Saal noch an das Jahr 2015 und an das Jahr 2016. Da hat für mein Gefühl die Geschichte bei uns angeklopft. Das war der Moment. 2015 die islamistischen Anschläge in Frankreich auf Charlie Hebdo und dann im November wieder auf das Bataclan, und da lagen die Zivilisten auf den Caféterrassen, der Angriff der Islamisten in der französischen Hauptstadt.

Und 2016 die Brexit-Wahl und dann die Wahl von Donald Trump, mit der er dann endgültig zum Mitarbeiter des Jahres von Wladimir Putin wurde, sodass zum ersten Mal wir wach wurden am Ende von 2016 mit der Realisierung, dass Europa nicht mehr umgeben ist von Freunden und dass die Geschichte nicht mehr so fortschreitet, dass die liberale, die bürgerliche öffentliche Gesellschaft Endzustand der Geschichte ist, sondern unter Druck gerät.

Wenn wir hier über die Rechtsradikalen reden, die wir hier haben, und natürlich auch über die Islamisten - die sind ja auch eine Bedrohung, und die kann man auch nicht wegdenken -, dann müssen wir uns schon klarmachen, dass dahinter nicht immer so isolierte und kleine Gruppierungen oder so spontane lokale Phänomene sind, die irgendwie wieder weggehen, sondern dass da große historische Kräfte walten, die sehr gut organisiert, sehr gut finanziert sind, die so schnell nicht wieder weggehen wollen, die einiges vorhaben mit uns, nichts Gutes. Denn beide, die Islamisten wie die Rechtsradikalen, sind vereint in ihrem Hass auf das liberale Europa und zum Beispiel auf so eine Partei wie die SPD.

Ich habe ein sehr bewegendes Interview geführt mit dem algerischen Schriftsteller Kamel Daoud, der gesagt hat, hier in Algerien haben wir schon hinter uns, was euch bevorsteht. Der sah die Dinge sehr schwarz. Der hat gemeint, die Islamisten nehmen da Kurs auf Europa. Passt auf! Und der sah auch die Versuche von anderen Leuten und unsere eigenen Rechtsradikalen, sich da aufzumachen. Beide gehen übrigens sehr gut zusammen mit der Islamophobie auf der einen Seite.

Wir geraten also in eine Zange - das ist ganz klar -, aus der wir, glaube ich, nur rausfinden, wenn wir uns die Gesamtsituation bewusst machen. Ein Ausweg daraus heißt Europa. Ich habe 2016 angefangen, ein Buch über Frankreich zu schreiben. Ich hatte - einige werden das wissen - 2013 schon ein Buch über die SPD geschrieben, und die Leute haben gesagt, du machst ja ein Krisengebiet nach dem anderen, erst die SPD, dann Frankreich. Denn in Frankreich sah es ja düster aus. Die extreme Linke war sehr stark, die extreme Rechte wurde über die Jahrzehnte immer stärker, und die französischen Sozialisten und andere Parteien fanden jetzt keinen Weg, da die Wähler noch mal zu überzeugen, sodass das französische Publikum etwas sehr Ungewöhnliches getan hat, und die Bürgerinnen und Bürger ihre Verantwortung auf eine ganz unerwartete Weise wieder angenommen haben. Sie haben nämlich eine Bewegung gewählt „En Marche!“, die es vorher noch gar nicht gab. Die Franzosen sind ja sehr kontinuierungsverliebt. Mit einem Mal waren all diese Gestalten, die jahrzehntelang im Fernsehen zu sehen waren, weg und spielten keine Rolle mehr.

Die Franzosen haben das gemacht vor allem wegen eines Versprechens, das Emmanuel Macron ihnen gegeben hat. Das ist das Versprechen auf Europa. In Frankreich konnte man das ganz gut sehen. Die hatten diese großen Paläste und diesen stolzen Nationalstaat, aber er nutzt ihnen nicht mehr viel.

Das ist bei uns genauso. Natürlich ist Deutschland in einer anderen Verfassung als Frankreich und auch wirtschaftlich stärker. Wir überhöhen unseren Nationalstaat nicht so wahnsinnig symbolisch.

Aber die Probleme sind gleich. Die Leute in Deutschland wie in Frankreich merken, dass der Nationalstaat sie überhaupt nicht mehr schützen kann, nicht mehr vor dem Terrorismus, nicht mehr vor den Umweltgefahren und auch nicht, was den digitalen Kapitalismus angeht. Ich glaube, das ist auch mit ein Grund für die Unruhe. Manchmal habe ich auch das Gefühl, dass die Leute, wenn sie in den sozialen Netzwerken oder nur im Straßenverkehr oder bei REWE an der Kasse sind, wahnsinnig nervös, wütend und geladen sind.

Ich habe kurz vor der Wahl ein Interview mit dem Kölner Psychologen Stephan Grünewald von Rheingold-Institut gemacht. Die machen immer so Tiefenanalysen vor den Bundestagswahlen, und er sagte, wir haben noch nie so etwas erlebt wie diese Unruhe im Moment und diese Wut. Ich glaube, die hat auch etwas damit zu tun, dass sie merken, dass sozusagen das Gefäß, in dem wir uns bewegen, nicht mehr passt. Ich glaube, aus dieser Unruhe in der Bevölkerung bei vielen Menschen und als Antwort auf diese externen Bedrohungen, aus dieser Zange, in die wir geraten, führt nur der Weg raus durch mehr Dynamik, durch Bewegung.

Im Prinzip müssen wir mit dem Nationalstaat - ich nehme immer gern das Bild - umziehen. Das ist zu klein geworden. Es regnet rein. Wir brauchen etwas Neues, und das heißt Europa.

Jetzt haben wir in der Vergangenheit, glaube ich, oft den Fehler gemacht: Ich habe bei diesen Europareden selbst kaum noch hingehört. Wir brauchen da wirklich auch neue Bilder und eine neue Sprache. Vor allem müssen wir aufhören zu sagen, dass Europa bedeutet, alles bleibt, wie es ist. Nur, man kann billiger einkaufen. Das ist übrigens auch eine Frage der Medien. In den Nachrichten, in der Tagesschau ist die deutsche Bundeskanzlerin die wichtigste Person der Welt. Im saarländischen aktuellen Bericht ist die saarländische Ministerpräsidentin die wichtigste Person der Welt. Das ist halt nun mal so. Aber da muss man sich öffnen. Wenn Sie mal auf großen internationalen Konferenzen waren, da gehen die Chefs von Nationalstaaten unter. Ich war mal in einer Konferenz in Kopenhagen, so ein G-20-Klimarettungsgipfel. Da lief Nicolas Sarkozy da raus. Die Fotografen wussten gar nicht, wer das ist, und fragten: Ist das jetzt der Bürgermeister von Kopenhagen?

Das ist so. Aber er selber wird das jetzt nicht so erzählen, und auch die französischen Journalisten, die ihren Job behalten wollen, werden das nicht so erzählen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen hier auf der europäischen Ebene Antworten finden und den Leuten auch klar sagen, dass sich jetzt etwas ändert. Ich glaube, es ist einfach die Aufgabe unserer Generation, auf diese geschichtliche Situation einzugehen.

Jetzt haben wir die Situation, dass in Frankreich jemand ist, der genau das will, Emmanuel Macron, der ganz ins Risiko gegangen ist - persönlich, privat, aber auch politisch. Er hat gesagt: Leute, ich höre jetzt auf, das zu sagen, was mir keinen Ärger von der Front National einbringt, sondern ich sage, ich bin nicht zufrieden mit der Flüchtlings- und Migrationspolitik, ich will zu den Maghreb-Staaten, ich will mit den Arabern ein partnerschaftliches Verhältnis - er war jetzt gerade wieder in Algerien; das war eine sehr wichtige Reise -, und ich will mit Deutschland noch viel enger zusammenarbeiten und lade andere Europäer ein, da mitzumachen.

Ich empfehle wirklich, sich diese Rede anzuschauen, die er am 7. September in Athen vor der Akropolis gehalten hat. Er hat dabei auch ein Modell entworfen, das irgendwie ganz anders ist als die Art, mit der man sonst über Europa geredet hat. Er sagte: Ich will ein Europa - ich verkürze das mal auf den Moment, der mich besonders interessiert hat - der Cafés, der Bibliotheken, der Museen und nicht eines der Konzerne und der Regularien. Europa steht für eine gewisse individuelle Freiheit, für eine Urbanität, für Liberalität, für Gewaltenteilung, für den Sozialstaat, für alles, was die Leute um uns herum wirklich hassen.

Da wird man nicht alle gewinnen, sondern das wird ein sehr anstrengender Kampf. Es gibt das schöne Buch „Mit Rechten reden“. Ich bin ganz dabei, aber es wird auch heißen: Gegen Rechte kämpfen.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist ganz interessant, wenn Sie mal auf Twitter sind - als Hobby; ich mache das manchmal -: Als Martin Schulz gestern dieses Stichwort von den Vereinigten Staaten von Europa genannt hat, da ging das da los, aus allen Rohren. Das war das Stichwort. Das hat diese rechten Trolle da aus ihren Löchern geweckt. Das war sehr interessant. Das ist wirklich ein Thema, was sie hassen, und ein Thema, mit dem liberale Kräfte in Deutschland nach vorne gehen müssen.

Insofern: Ich glaube, die Bedrohung ist real. Das können wir uns auch nicht schönreden. Es geht da auch nicht nur um Deutschland alleine und nicht um die SPD alleine. Das muss man mit Partnern öffnen.

In dem Sinne - so, wie ich das sehe - ist Europa nicht nur eine Möglichkeit oder eine Politik unter vielen, sondern es ist die zentrale Aufgabe unserer Generation. Die Geschichte schreitet voran, und wir haben die Wahl: Entweder wir schreiben tatsächlich Geschichte in dem Sinne, dass wir die Vereinigten Staaten von Europa machen und die entsprechenden Risiken auf uns nehmen - das wird auch teuer und nicht nur lustig -, oder wir wählen anders. Dann gehen wir in die Geschichtsbücher als die bescheuertste Generation ein, die je auf diesem Kontinent gelebt hat. - Vielen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Nils Minkmar, vielen herzlichen Dank - nicht nur für den Beitrag und die Erinnerung an unsere Verantwortung, sondern auch für die Bereitschaft, hier mit uns zu diskutieren und hier aufzutreten. Ich glaube, dass ich das für uns alle sagen kann: Eine bessere Einleitung in den Bereich Europapolitik - dazu liegen mir jetzt erfreulicherweise auch schon eine ganze Reihe von Wortmeldungen vor - kann ich mir eigentlich nicht vorstellen. Deswegen noch einmal einen ganz herzlichen Dank!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, ich will deswegen jetzt auch diesen Bereich hier aufrufen; das ist das Kapitel III.2. Wir beraten damit das Kapitel „Die Zukunft Europas“.

Ich will der Ordnung halber noch mal darauf hinweisen, wie wir uns das hier gedacht haben: Wir wollen im unmittelbaren Anschluss an diese Beratung sozusagen die Anträge „Europa und Außenpolitik“ aufrufen, die sich sozusagen auf das alte Antragsbuch, also die regulären Anträge sozusagen, berufen, und darüber dann natürlich nachher auch entsprechend beraten und abstimmen.

Ich rufe jetzt also das Kapitel „Die Zukunft Europas“ auf. Das ist auf der Seite 8 in dem Antragstext. Dort beginnt dieser Teil. Ich rufe zudem die Änderungsanträge 80 bis 92 auf. Diese Anträge liegen euch mit der Empfehlung der Antragskommission als Tischvorlage vor - ihr kennt das Verfahren inzwischen - und sollen hier dann natürlich auch entsprechend behandelt werden.

Ich habe, wie gesagt, schon eine ganze Reihe von Wortmeldungen. Wenn ihr mit dem Verfahren, wie hier vorgeschlagen, einverstanden seid, dann darf ich jetzt als Erstes Gesine Schwan das Wort geben. - Gesine, wir freuen uns auf deinen Beitrag.

(Beifall)

GESINE SCHWAN, VORSITZENDE DER GRUNDWERTEKOMMISSION:

Vielen Dank, lieber Niels Annen, und auch ganz herzlichen Dank, lieber Nils Minkmar, für die Einführung, die wir bekommen haben. Und danke, dass ich noch einmal als Vorsitzende der Grundwertekommission sprechen darf!

Ich möchte drei Punkte ansprechen: Zunächst einige Sachen zur Europapolitik, dann möchte ich ausdrücklich auch in diesem Kontext auf die Flüchtlings- und Migrationspolitik und auf die Bedürfnisse und Notwendigkeiten, die für die Partei dort bestehen, eingehen, weil wir da nicht klar sind, und daraus möchte ich dann Perspektiven für die offenen Gespräche folgern.

Als Erstes also zur Europapolitik:

Andrea hat für eine Trendwende in der Europapolitik plädiert, und ich möchte das ganz ausdrücklich unterstützen, weil das absolut notwendig ist. Ohne eine Trendwende werden wir nicht weiterkommen. Die ganze Frage ist: Wie und mit wem kriegen wir die Trendwende hin? Ich will dabei nicht das ganze Feld der Europapolitik im Detail besprechen, sondern ich möchte auf kardinale Punkte hinweisen, die uns nicht immer ganz klar sind - auch in der Begrifflichkeit, die wir verwenden, nicht.

Der erste Punkt ist, dass Angela Merkel, wenn wir mit ihr in eine Koalition gehen, keineswegs eine sehr positive Kollegin und Kooperative in der Europapolitik sein wird. Ich möchte da vor Illusionen warnen; denn ihre Definition von Europa lautet: Wettbewerbsfähigkeit. Das ist das, was sie immer wieder betont. Das ist nicht nur rein ökonomisch betrachtet, sondern auch innerhalb der Ökonomie in der Folge der neoliberalen angebotsorientierten Standorttheorie ganz klar. Das ist das Gefährliche: Die europäischen Staaten nach diesem Verständnis sind Standorte für die Investition von Kapital. Das ist eine unglaubliche Verarmung, und darauf möchte ich euch aufmerksam machen.

Aber nicht nur das: Es ist nicht nur eine Verarmung, sondern es legt die Piste in all das, was wir nicht wollen. Es legt die Piste in den Wettbewerb zwischen den Staaten, in Dumpinglöhne, in all das, was wir ökonomisch nicht wollen.

(Beifall)

Das ist eine der Ursachen für das, was wir an der Entsenderichtlinie kritisieren. Es verunsichert die Arbeitnehmer, und es steht gegen die Gewerkschaften. Das muss man alles wissen, wenn man diesen Quatsch von den Standortwettbewerben wiederholt. Aber das ist Maastricht! Darüber müssen wir uns klar sein; und wir müssen davon weg, wenn wir wirklich ein gemeinsames Europa haben wollen. Also, die Union - von der FDP will ich gar nicht sprechen - redet immerfort in dieser Logik des Neoliberalismus von Wettbewerbsfähigkeit.

Wir, die Sozialdemokraten, wollen ein Europa, das friedensorientiert und eine soziale Union ist - von Staaten, Kommunen und Bürgern -, und wir wollen Teilhabe. Diese globale Wettbewerbsfähigkeit in der Ökonomie, die ich ja gar nicht verschweigen will, wollen wir in Europa kooperativ, durch soziale Sicherung, durch eine humanere Arbeitswelt, durch Klimaschutz usw. erreichen. Das ist ein anderes Konzept als das, was die Union hat. Darüber müssen wir uns klar sein.

Wenn wir diese große, schwierige Frage des Klimaschutzes angehen wollen, dann müssen wir das als Sozialdemokraten mit der Absicherung der Arbeitnehmer machen und über die Industriepolitik - auch vorbeugend bei Wirtschaftsstrukturumbrüchen, wie zum Beispiel in der Klimapolitik und beim Ausstieg aus der Kohle - konkrete Antworten im Sinne der Solidarität geben.

Unsere Position ist: Solidarität in Europa und nicht dauernde Manie des Wettbewerbs!

(Beifall)

Das heißt, der Kernpunkt ist - hier knüpfte ich auch noch einmal an das an, was Nils Minkmar gesagt hat, als er den Mut besprochen hat, den Macron bewiesen hat, weil er gegen Le Pen auf Europa setzt -: Unser Mut muss darin bestehen, dass wir seinen Vorschlag der gemeinsamen Investitionen in öffentliche europäische Güter und in Infrastruktur unterstützen, um voranzukommen. Das heißt, der Punkt ist die solidarische europäische Bürgerschaft - auch die deutsche Bürgerschaft dafür, dass wir das mitmachen.

Das ist die Konkretisierung von Solidarität. Wir können nicht dauernd über Solidarität sprechen, wenn wir das nicht auch in die handfesten ökonomischen Herausforderungen übersetzen. Das wird die Uni-

on nicht mitmachen wollen. Davor warne ich euch. Das wird sie nicht mitmachen wollen. Eine Brücke ist Macron, weil auch die deutsch-französische Beziehung in Deutschland eine breite Unterstützung über die SPD hinaus findet. Da können wir herangehen. Ich bin ganz sicher, dass es wichtig ist, was Macron immer wieder betont hat und was auch Nils Minkmar betont hat: nicht nur ein Europa der Wettbewerbsfähigkeit oder so etwas, sondern ein Europa der Bibliotheken, der Theater, der Kultur, der Musik usw. Das ist wichtig.

(Beifall)

Ich möchte zum zweiten Punkt sagen: Wir haben als Sozialdemokraten bisher keine wirklich gute Antwort auf die Flüchtlings- und Migrationspolitik. Ja, Thomas Oppermann hat dazu gute Sachen ausgearbeitet. Er hat auch wichtige Punkte genannt. Aber es gibt nach wie vor sehr neuralgische Punkte.

Es ist wichtig: Wir brauchen eine Einwanderungspolitik. Es ist richtig: Wir müssen Ursachenbekämpfung machen. Das machen wir seit 50 Jahren. Das wird nicht übermorgen getan sein. Wir müssen mittelfristig vor allen Dingen auch eine effektive Entwicklungspolitik für Nordafrika und für Afrika haben.

Es gibt aber eine Möglichkeit, die ich in drei Worten skizzieren möchte. Andrea hat davon gesprochen: Wir haben nicht genügend Klarheit über die Integration der Flüchtlinge hier. Hier stehen wir vor einer Frage: Wollen wir, um die Verunsicherung vieler Menschen, die wir durchaus zur Kenntnis nehmen sollen, zu überwinden, in deren Rhetorik verfallen? - Damit werden wir die Unsicherheit nicht überwinden, nicht durch die Formulierung von Ressentiments. Denn woher kommen die Ressentiments? - Die Ressentiments kommen dadurch, dass sie sich materiell, ökonomisch und psychisch verunsichert fühlen. Wenn wir das überwinden wollen, müssen wir an diese Fragen heran.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Gesine –

GESINE SCHWAN, GRUNDWERTEKOMMISSION:

Ich weiß, ich muss gleich aufhören.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Wir alle hören dir wirklich gerne zu. Ich muss nur darauf hinweisen: Du redest jetzt fast zwei Minuten länger, als wir vereinbart haben. Vielleicht kannst du zum Ende kommen, das wäre super.

GESINE SCHWAN, GRUNDWERTEKOMMISSION:

Ich möchte noch einmal ausdrücklich dafür plädieren, dass wir diese Projekte, Europa und gerechte Klimapolitik, mit einem Neuanfang versehen müssen. Ich sage euch: Allein mit der Union werden wir es nicht schaffen. Deswegen plädiere ich noch einmal dafür, auf die Grünen zuzugehen und es mit ihnen zusammen zu machen. Gebt sie nicht einfach an die Schwarzen verloren! Mit ihnen allein können wir das hinkriegen. Sonst haben wir keine Regierungsperspektive. - Vielen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, liebe Gesine. - Genossinnen und Genossen, ich hoffe, ihr seht es mir nach, dass ich hier bei der Redezeit ein bisschen großzügig war.

Wir machen jetzt im Programm weiter. Bevor ich den nächsten Redner Jens Geier aufrufe, habe ich die Freude, noch zwei wichtige Gäste auf unserem Parteitag begrüßen zu dürfen. Marlis Tepe ist bei uns, Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Herzlich willkommen auf dem SPD-Bundesparteitag!

(Beifall)

Wir freuen uns auch über Frank Werneke, den stellvertretenden Vorsitzenden meiner Gewerkschaft ver.di. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Schön, dass alle den Weg zu uns gefunden haben!

Ich habe es schon angekündigt: Der nächste Redner ist der Vorsitzende der Gruppe der SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament Jens Geier. Als Nächster darf sich Michael Roth bereitmachen.
- Jens, du hast das Wort.

JENS GEIER, VORSITZENDER DER SPD-ABGEORDNETEN IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Als ich 1999 das erste Mal zum Europäischen Parlament kandidiert habe, war die Zeit noch so, dass mir ein Bezirksbürgermeister im Ruhrgebiet in dem Bereich, in dem ich den Wahlkampf getragen habe, bei einer Veranstaltung jovial auf die Schulter klopfte, so als wäre ich auf einer Familienfeier und so etwas wie der leicht zurückgebliebene Nefte, und mitteilte: „Ach, Jens, Europa ist doch gar nicht so wichtig!“ - So ändern sich die Zeiten!

Wie ist die Lage in der Europäischen Union? - Der strahlende Sieg eines überzeugten Pro-Europäers in Frankreich gegen den rechtsextremistischen Front National überdeckt die Fliehkräfte in der EU, die nach wie vor vorhanden sind. Das Vereinigte Königreich hat sich leider für den Brexit entschieden. Die Regierung verhandelt das auf die denkbar unprofessionellste Art und Weise, die sich vorstellen lässt. Das einzig Gute, das ich dieser Debatte abgewinnen kann, ist, dass auf diese Art auch für das erstaunte deutsche Publikum noch einmal deutlich wird: Es geht bei der EU tatsächlich um mehr als den Krümmungsgrad von Gurken oder den Phosphatgehalt von Döner-Spießen.

Wir haben Regierungen in Polen und Ungarn, die die Vorteile des Gemeinsamen Marktes gerne in Anspruch nehmen. Die freuen sich auch über die Zahlungen aus den Strukturfonds. Die holen auch, was das Wohlfahrtsgefälle in Europa angeht, schön auf. Es gibt dort wunderbare Wachstumszahlen. Aber politisch ist die Haltung: Die Vorteile nehmen wir, das Geld nehmen wir auch, aber bei der Lastenteilung lasst uns doch bitte in Ruhe! - Solidarität ist das nicht, liebe Genossinnen und Genossen. Ich habe die Befürchtung, dass mit der neuen Regierung in Österreich womöglich noch ein Land dazukommt.

Wir sehen das Erstarken von euroskeptischen Populisten aller Couleur, während wir allein in diesem Jahr die Regierungen in Österreich, Tschechien und Frankreich und damit den entsprechenden Einfluss im Rat der Europäischen Union verloren haben. SPD-Ministerinnen- und -Minister in den Ratstagen gibt es ja noch.

Und Deutschland? - Olaf hat das gestern richtig beschrieben. Bundeskanzlerin Merkel – Gesine hat dazu weitere wichtige und, wie ich finde, richtige Ausführungen gemacht – ist nicht die große Europapolitikerin. Sie fährt nur schon ziemlich lange auf die Ratstagen. Durch die gewichtete Stimme Deutschlands im Rat, ohne die nicht viel geht, ist sie auch meistens auf der Gewinnerseite. Und schwupps, liebe Genossinnen und Genossen, ist man dann schon der Stabilitätsanker in Europa. Nur, dieser Stabilitätsanker ist ziemlich rostig.

Auf der anderen Seite haben wir Emmanuel Macron. Er ist der Erste – Gesine, ich sage es einmal mit anderen Worten – , der gesagt hat: Ja, der Nationalstaat ist tatsächlich nicht mehr die lösungsadäquate Ebene, wenn wir bestimmte politische Probleme in den Griff kriegen wollen! Tatsächlich ist es so, dass auch ich als französischer Präsident nicht allmächtig bin! Entweder lösen wir die Probleme zusammen, oder wir lösen sie eben nicht! - Dazu kommen seine vielen inspirierenden Vorschläge, über die meine Vorrednerinnen und Vorredner gesprochen haben. Die Antwort des amtierenden Finanzministers aus Deutschland darauf ist „konstruktive Zurückhaltung“. Das ist ein wörtliches Zitat, Genossinnen und Genossen. Das ist die neue Entsprechung des altschwäbisch bekannten „mir gäbet nix“. Beiträge dazu, die Eurozone krisenfester zu machen - Fehlanzeige. Die Europapartei CDU is over.

Genossinnen und Genossen, die Gefahr, dass die EU zerbröselt, ist nicht gebannt. Trotz der Erfahrungen aller bekannten Risiken beharren CDU und FDP auf der ausschließlichen Regelmäßigkeit der Währungsunion, so als könnte man sagen: Was brauchen wir denn Gerichte? Wir haben großartige Gesetze! - Da, wo die Krise zugeschlagen hat, bestehen sie weiter auf der Einhaltung des Stabilitätspaktes und vergessen, dass es der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist, und sind weiter damit beschäftigt, die zerstörerische Austeritätspolitik fortzusetzen.

Genossinnen und Genossen, die Aufgabe der SPD in der Vergangenheit war es, den Kapitalismus auf der nationalstaatlichen Ebene zu bändigen. Jetzt haben wir eine neue Aufgabe: dazu beizutragen, den globalen Kapitalismus zu bändigen. Die EU ist dafür ein zentrales Instrument. Lasst uns dafür kämpfen, diese EU zu stärken, und lasst uns in diesem Sinne beschließen! - Herzlichen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Jens, vielen Dank für deinen Beitrag, auch dafür, dass du dich an die Redezeit gehalten hast. Bitte grüße uns deine Gruppe von engagierten Abgeordneten! Sie sind wichtiger denn je für unsere Arbeit. - Ich darf jetzt, wie eben schon angekündigt, Michael Roth an das Redepult bitten.

MICHAEL ROTH, HESSEN-NORD:

Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Erst einmal ein großes Kompliment an diejenigen, die die Idee hatten, Nils Minkmar einzuladen. Es tut uns gut, wenn wir solche Leute einladen.

(Beifall)

Die Einladung an Nils Minkmar erinnert uns an eines: Dass wir derzeit einen wirklichen Aufbruch in Europa verspüren, ist weniger das Verdienst von Politikerinnen und Politikern. Das ist vor allem das Verdienst von ganz engagierten Bürgerinnen und Bürgern einer lebendigen Zivilgesellschaft, unendlich vielen jungen Leuten, die auf die Straße gehen. Ob das Pulse of Europe ist, ob das die Petition von The European Moment ist - das sind Menschen, die sagen: Wir wollen nicht länger abwarten! Wir wollen nicht länger der Sachzwanglogik unterliegen! Wir wollen nicht länger nur in kleinen Trippelschritten vorangehen! Nein, wir brauchen endlich wieder ein großes Bild!

Warum ist Europa der Traum für so viele Menschen, die flüchten? Warum steht Europa für so unendlich viel: Freiheit, ohne Angst verschieden sein, Frieden, Demokratie, Solidarität? - Weil es diese große Erzählung gibt, auf die uns Nils noch einmal hingewiesen hat.

Und eines muss uns gelingen, liebe Genossinnen und Genossen, für die vielen, die derzeit demonstrieren und Flagge zeigen für ein besseres Europa: dass wir ihre engsten Verbündeten sind, dass die SPD eine Heimat für diejenigen ist, die an einem besseren, an einem demokratischeren und an einem solidarischen Europa arbeiten.

(Beifall)

Das muss uns gelingen. Dass das nicht ganz einfach wird, haben wir gestern erlebt. Martin hat von den Vereinigten Staaten von Europa gesprochen. Eigentlich fordern wir das seit dem Heidelberger Programm, seit 1925.

(Beifall)

Aber es gibt viele, die wollen das nicht. Deswegen muss jetzt schnell eine Phase der Vergewisserung folgen. Das heißt, wir müssen klären, was heißt das eigentlich. Dabei darf das keine technische, institutionelle Debatte werden. Sondern wir müssen jetzt deutlich machen: Wenn wir Europa verändern, dann hat das spürbare Erfolge für die Bürgerinnen und Bürger zur Folge.

Wir können das Klima nicht schützen, ohne dass wir Europa stärken. Wir können Beschäftigte in einer globalisierten Welt nicht schützen ohne ein starkes Europa. Wir können das Steuerdumping nicht bekämpfen ohne ein starkes Europa. Wir können auch die Ursachen von Flucht nicht bekämpfen, so wie es Gesine eben deutlich gemacht hat, ohne ein starkes Europa. Dafür brauchen wir entsprechende Grundsätze. Dafür brauchen wir auch entsprechende Bündnispartner.

Eines ist mir noch ganz wichtig. Es muss uns gelingen, auch denjenigen ein Signal der Hoffnung zu senden, die für ein Europa gemeinsamer Werte eintreten. Dabei denke ich vor allem an die Zivilgesellschaft in Polen, an die Zivilgesellschaft in Ungarn. Verwechseln wir nicht ein Land mit der jeweiligen Regierung. In Polen und Ungarn gehen hunderttausende von Menschen auf die Straße,

(Beifall)

weil sie sich nicht damit einverstanden erklären, dass dort die europäischen Werte geschliffen werden, dass die Rechtsstaatlichkeit, die Unabhängigkeit der Justiz unter Druck gerät. Sie müssen spüren, sie stehen nicht alleine. Genauso wie die kritischen, der Demokratie verpflichten Türkinnen und Türken in vielen Orten Europas brauchen die uns, brauchen die eine europäisch gesinnte Sozialdemokratie. Deshalb hoffe ich, dass nicht nur Emmanuel Macron, sondern viele andere auch spüren, dass wir jetzt wirklich an ihrer Seite stehen. Europa ist ziemlich ungeduldig. Deshalb müssen wir jetzt durch dieses Fenster der Gelegenheit gehen. Es steht so sperrangelweit offen wie schon seit langem nicht mehr. Wir sollten es nutzen, und das geht nur mit uns. - Vielen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Herzlichen Dank für deinen Beitrag. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben jetzt ein Wahlergebnis. Ich würde euch vorschlagen, dass wir jetzt das Wahlergebnis gleich bekanntgeben. Ich gebe dazu Doris das Wort.

ERGEBNIS WAHL DES SCHATZMEISTERS

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ich darf gleich an Janne weitergeben. Ihr seid ganz schön schnell in der Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Meinen herzlichen Dank für eure Arbeit.

(Beifall)

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Danke schön. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Schatzmeisters bekannt. Abgegebene Stimmen: 568, davon ungültig fünf. Gültige Stimmen: 563. Mit Ja haben gestimmt 521, mit Nein haben gestimmt 34

(Beifall)

und es gab acht Enthaltungen. Dies bedeutet eine Zustimmung von 92,54 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Dietmar, ich darf auch dich fragen, ob du die Wahl annimmst.

DIETMAR NIETAN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bedanke mich sehr für diesen Vertrauensbeweis, weil ich euch jeden Monat Geld aus der Tasche ziehe. Ich will an dieser Stelle einen großen Menschen zitieren, Herrn Bartoszewski, den früheren Außenminister der Republik Polen, den Satz, den jedes polnische Kind von ihm kennt. Er lautet: Es lohnt sich, anständig zu sein.

Ich nehme die Wahl gerne an.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Delegierte, wir würden an der Stelle kurz die Debatte unterbrechen wollen und in den nächsten Wahlgang einsteigen. Das passt aber an der Stelle ganz gut. Denn es geht um die Wahl des Verantwortlichen beim Parteivorstand für die Europäische Union.

Ich sage noch einmal vorweg: Ihr wisst es, es handelt sich auch hierbei um eine Einzelwahl. Ich bitte auch hierzu noch einmal die Medienvertreter, wenn wir in den Wahlgang einsteigen, darauf zu achten, dass die Delegierten geheim wählen können.

Wir haben es auch hier mit der Variante zu tun, dass es keinen Gegenkandidaten gibt. Das heißt, ihr werdet einen Stimmzettel erhalten, auf dem ihr Zustimmung, Ablehnung oder Enthaltung ankreuzen könnt. Der Stimmzettel, der gerade verteilt wird, ist hellblau, wenn ich das richtig sehe. Er ist nur gültig, wenn Ja, Nein oder Enthaltung angekreuzt ist.

Alles Weitere werde ich euch mitteilen, wenn der Udo sich vorgestellt hat. Deswegen, Udo, hast du jetzt das Wort.

WAHL DES VERANTWORTLICHEN BEIM PARTEIVORSTAND FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

UDO BULLMANN, VERANTWORTLICHER BEIM PARTEIVORSTAND FÜR DIE EU:

Vielen Dank, liebe Doris. Natürlich will ich das Wort an die Delegierten richten.

Ihr merkt, was für ein phantastisches Präsidium wir haben, nicht zuletzt daran, wie genial sie kombinieren die inhaltliche Debatte zu Europa mit der Personalvorstellung und Personalentscheidung.

Ich will mich aber auch noch einmal bei Nils Minkmar bedanken. Herzlichen Dank für diese nachdenklichen Worte, aber auch herzlichen Dank für die zentrale Idee, Europa zu beschützen, zu entwickeln und letztlich stark zu machen und durchzusetzen. Das ist die zentrale Aufgabe unserer Generation. Und lasst mich sagen, das ist die zentrale Aufgabe unserer Partei, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ja, es ist richtig, wie wir das gestern diskutiert haben. Es ist Erleichterung in Europa, dass man nicht mit Herrn Lindner über Europa, über die Zukunft der EU diskutieren muss. Das ist spürbar. Wenn ihr in den Hauptstädten herumfragt, und zwar nicht nur bei unseren Freunden, sondern auch bei den Konservativen und Liberalen, dann wünschen die sich in der Tat, dass wir die Regierung führen, weil die SPD als der zuverlässigste Partner in Europa wahrgenommen wird. Aber mindestens wünschen sie sich, dass wir uns in die Auseinandersetzungen maßgeblich einmischen, was immer das am Ende heißt.

Genossinnen und Genossen, gestern haben wir das ein bisschen mit Vorsicht angepackt, weil wir die Bürde auf unseren Schultern spüren. Das ist aber falsch. Genossinnen und Genossen, das ist eine riesige Chance. Denn Europa rückt auf diese Art und Weise das erste Mal in das Zentrum der deutschen Innenpolitik, in das Zentrum einer machtpolitischen Auseinandersetzung. Da werden wir die Frage aufrufen, ja, haben wir denn Partner im Deutschen Bundestag, mit denen man wirklich Steuervermeidung, Steuertricks und Steuerhinterziehung ein für alle Mal abschließend mit nein bescheiden kann.

Nein, bisher haben wir das nicht. Die Holländer können ihre Steuertricks deswegen machen, weil Schäuble erlaubt hat, dass man die Überweisungen bei uns von der Steuer abzieht, Genossinnen und Genossen. Das ist die Situation, die wir immer noch haben. Deshalb müssen wir an der Stelle regeln.

(Beifall)

Ja, schaffen wir es denn, ein System der europäischen Mindestlöhne einzuführen, bei dem niemand mehr Angst haben muss, dass Dienstleister über die Grenze kommen, weil klar ist, dass der Mindestlohn an Ort und Stelle gilt und dass entwickelt wird mit der Produktivität und der Wirtschaftsleistung. Das werden unsere Themen sein.

Und in der Digitalisierung: Gelingt es uns, die neuen Arbeitsverhältnisse abzusichern, sodass jeder Kollege und jede Kollegin ein Recht auf einen anständigen Arbeitsvertrag hat mit Schutzrechten und mit Zugang zu sozialer Sicherheit.

Genossinnen und Genossen, wenn wir das machen, wird es zwei Ergebnisse geben. Das erste Ergebnis ist, die FDP steht im Hemd. Entweder geht sie in die innenpolitische Isolation, niemand wird sie mehr ernst nehmen in der europapolitischen Debatte, oder sie muss sich entscheiden, eine FPÖ zu werden, die nicht mehr zum konstruktiven demokratischen Spektrum gehört.

Aber es gibt ein Wichtigeres zu vermerken, wenn wir uns auf diesen Weg machen. Das System Merkel hat fertig. Das Aussitzen europapolitischer Herausforderungen, auf der anderen Seite sich zu erlauben, Ajatollahs im BMF verbieten und verschleiern, die nur Tabuzonen errichten ohne konstruktiv zu helfen Lösungen zu finden, das wird vorüber sein, liebe Genossinnen und Genossen. Und wir sind diejenigen, die diese Diskussion führen müssen. Wir müssen sie anführen, Genossinnen und Genossen. Das ist unsere Rolle.

(Beifall)

Und das völlig unabhängig davon, ob wir am Ende koalieren, tolerieren oder opponieren.

Genossinnen und Genossen, wenn wir uns in der Europäischen Union umschaun, dann gibt es viele Schwesterparteien, denen es sehr, sehr schlecht geht: In Frankreich, in den Niederlanden, in Polen, in

Ungarn. Auch in Tschechien sind unsere Schwesterparteien jüngst implodiert. Das muss uns Sorgen machen, und das muss dazu führen - das diskutieren wir auch in den Anträgen, die vor euch liegen -, dass wir die Partei der europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten entsprechend stärken. Ja, das ist das, was wir tun müssen.

Aber jeder und jede von euch, der einmal auf einem SPE-Kongress war wie jüngst in Lissabon, der in den Ergebnissen gut war, weiß auch, in welchem erbärmlichen Zustand die Partei der Sozialdemokraten in Europa ist. Genossinnen und Genossen, wenn ihr da hingehet, dann müsst ihr den Delegierten, die das erste Mal da sind, mentale Stütze geben, dass sie noch einmal kommen. Warum? Weil sie da keine Mitglieder, sondern Funktionäre treffen. Wenn sie überhaupt reden dürfen, müssen sie die Redebeiträge zwei Tage vorher anmelden.

Genossinnen und Genossen, wir sind keine lebendige Sozialdemokratische Partei Europas, und damit muss Schluss sein. Wir wollen eine Mitgliederpartei werden in Europa, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und wenn die Situation in Prag die ist, dass die alte Partei kaum noch Zustimmung findet und wenn mittlerweile in Tschechien die Piraten, die bei uns gar kein Thema mehr sind, die stärkste Oppositionspartei sind, dann wollen wir die jungen Leute nicht aufgeben, die zu uns kommen wollen. Die müssen stolz sein dürfen, weil sie das Mitgliedsbuch der Sozialdemokraten in Europa zugschickt bekommen, wenn sie das wollen. Das müssen sie ihren Freunden erzählen dürfen, und sie müssen dafür werben: Ich bin bei einem Verein, der sich rentiert, der meine Werte teilt, und ich gehöre zu einer europäischen internationalen Gemeinschaft. Ich will, dass wir das machen.

Wir sagen heute, wir prüfen das. Ganz ehrlich: Es ist mir recht, dass wir es prüfen. Morgen wird es mir zu wenig sein. Ich will, dass wir es machen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Lasst uns über die Menschen reden. Die Politikfelder sind wichtig, aber Europa gewinnt man nur mit den Menschen. Meine drei Kinder träumen davon, Europa zu bereisen, Freundinnen und Freunde kennenzulernen, Sprachen zu lernen, vielleicht auch mal dort zu studieren oder zu arbeiten. Das ist das Europa, das wir entwickeln und beschützen müssen. Aber ich träume davon, Genossinnen und Genossen, dass das auch die Kinder von den Eltern können, wo die Eltern nicht das Ticket bezahlen können, Genossinnen und Genossen,

(Beifall)

nicht den Aufenthalt und nicht nur die zum Abitur und nicht nur die im Studium. Wenn einer eine Berufsausbildung macht, muss er die Chance haben, muss sie die Chance haben, einen entsprechenden Anteil der jeweiligen Ausbildung in einem befreundeten europäischen Land verbringen zu dürfen, eine Sprache zu lernen, den Beweis anzutreten, mobil, weltoffen zu sein. Die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber werden es anschließend schätzen.

Noch eines, und das ist dabei das Wichtigste: Wer diese Chance gehabt hat, wer Freundinnen und Freunde in Portugal, in Spanien, in Griechenland, in Italien kennengelernt hat, der wird den Rattenfängern nicht auf den Leim gehen. Die werden immun sein. Sie werden nicht mit Springerstiefeln nach Menschen mit dunklem Teint und schwarzen Haaren treten. Das ist das Wichtigste, Genossinnen und Genossen. Lasst uns Europa zum Leben erwecken, und lasst uns das anführen als Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die eine Mitgliederpartei Sozialdemokraten in Europa voranbringen muss.

Ich danke euch, und ich werbe um euer Vertrauen.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Erst einmal herzlichen Dank an Udo. Weitere Wortmeldungen unmittelbar zur Wahl liegen uns nicht vor. Ich frage noch mal in die Runde. - Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann können wir in den Wahlgang einsteigen. In der Zwischenzeit sind die Zettel verteilt. Haben alle einen Stimmzettel erhalten?

(Zuruf)

Nein. Bei uns hier oben fehlt noch ein bisschen was. Vielleicht könnt ihr noch mal jemanden vorbeischicken.

Fehlen sonst Stimmzettel? - Haben jetzt alle einen Stimmzettel erhalten? - Das scheint der Fall zu sein. Dann würde ich euch bitten, die Kontrollmarke Nr. 5 zu nutzen und „Ja“, „Nein“ oder „Enthaltung“ anzukreuzen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen hat.

Hat noch jemand seinen Stimmzettel nicht abgegeben? Dann gebt euch einfach zu erkennen, damit es einfacher ist. - Offensichtlich sind jetzt alle Stimmzettel eingesammelt. Damit ist der Wahlgang geschlossen.

Ich gebe wieder an Niels weiter.

**FORTSETZUNG DER DEBATTE ZUM INITIATIVANTRAG IA 1, KAPITEL EUROPA
SOWIE DER ANTRÄGE ZUR AUßEN-, SICHERHEITS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK**

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Genossinnen und Genossen, vielen herzlichen Dank. Wir machen mit der unterbrochenen Aussprache weiter. Deswegen rufe ich jetzt Gabriel Kunze aus NRW auf. Evelyne Gebhardt aus Baden-Württemberg darf sich bereitmachen.

GABRIEL KUNZE, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Das Thema Europa. Martin hat dazu gestern ein paar Worte gesagt, und ich muss ehrlich sagen, er hat mir da aus der Seele gesprochen. Gerade die Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa hat mich sehr angesprochen. Das ist nun eine Forderung, die wir seit 1925 haben, und ich bin der Meinung, dass es an der Zeit ist, dass wir diese Beschlusslage endlich umsetzen.

Europa ist aus meiner Sicht die Zukunft, und es ist auch aus Sicht vieler junger Leute die Zukunft. Ich kann mir gar nicht vorstellen, wie es eigentlich wäre, wenn wir wieder in Nationalstaaten zurückfallen, wie es einige, die gerade in der deutschen Politik jetzt dabei sind, fordern. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg. Wir wissen alle, dass die Antworten gerade auf eine globalisierte Welt und die aktuellen Herausforderungen in der Zukunft Europa sind. Europa ist nicht das Problem, sondern, wie gesagt, die Antwort.

Mich macht es immer traurig, wenn ich dann doch mitbekomme, dass gerade Politikerinnen und Politiker in Deutschland, wenn es da nationale Probleme gibt, immer mit dem Finger auf Europa zeigen. Anstatt dafür zu sorgen, dass die Probleme, die sie haben, hier vor Ort gelöst werden, zeigen sie dann auf Europa und sagen, daran sind die Bürokraten schuld, die dort in Europa sitzen.

Liebe Genossinnen und Genossen, das sollten wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten niemals tun, denn wir wissen, Europa ist die Antwort und nicht das Problem. Wir wissen auch, Europa hat Probleme. Wir müssen sie lösen. Es ist nicht der richtige Weg, einfach nur mit dem Finger dahin zu zeigen, sondern wir müssen mutig vorgehen und sagen, wie wir Europa gestalten wollen.

Deswegen bin ich sehr dankbar, dass Martin das Thema Vereinigte Staaten von Europa noch einmal aufgegriffen hat. Ich weiß, das ist total utopisch. Es ist auch schwierig umzusetzen, aber ich glaube, es ist auch mutig und visionär, und das ist genau das, was ich von meiner Partei erwarte: Dass wir mutig und visionär nach vorne gehen.

Das ist der richtige Weg. Es wird ein langer und schwieriger Weg mit viel Arbeit. Aber, ich glaube, man muss Dinge auch groß denken; denn klein werden sie von ganz alleine. Deswegen bitte ich euch: Erinnert euch daran: Die vereinigten Staaten von Europa sollten unser Ziel bleiben, so, wie wir es 1925 beschlossen haben.

Vielen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen herzlichen Dank für deinen Wortbeitrag und auch dafür, dass du in der Zeit geblieben bist.

Evelyne Gebhardt darf ich als Nächste aufrufen. Micha Heitkamp darf sich bereitmachen. Evelyne!

EVELYNE GEBHARDT, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen, vor zwei Tagen wurde der Europäische Buchpreis an Raffaele Simone verliehen. In seinem Essay wird die wahre Geschichte eines Belgiers erzählt, der am Anfang des letzten Jahrhunderts in einem kleinen Dorf in Belgien geboren wurde, dort zur Schule gegangen ist, dort gearbeitet und gelebt hat. Er hat das Dorf nie verlassen, aber in seinem Leben fünfmal die Staatsbürgerschaft gewechselt. Das war das Europa von gestern, das wir nie wieder erleben wollen. Das ist eine Errungenschaft für uns in unserer Gesellschaft, in unserem Europa, dafür gesorgt zu haben, dass nie wieder solche Kriegsgeschehnisse mit solchen Verwirrungen passieren.

(Beifall)

Als gebürtige Französin habe ich das große Glück, das deutsche Volk im Europäischen Parlament vertreten zu dürfen. Als ich vor über 40 Jahren nach Deutschland kam, hätte ich mir nie träumen lassen, dass das einmal möglich sein würde. Auch das ist eine der ganz großen Errungenschaften, dieses Zusammenwirken der Bürgerinnen und Bürger der Völker der Europäischen Union.

Deswegen ist es wichtig, dass wir diese vereinigten Staaten von Europa, die wir uns schon so lange wünschen, Wirklichkeit werden lassen. Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen müssen wir auch heute sofort Antworten geben auf das, was Macron gesagt hat, auf das, was Jean-Claude Juncker in seinem Weißbuch angefangen hat - diesen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Deswegen reicht es mir nicht aus, wenn für den Europaantrag III mit Blick auf den Prozess zur Erarbeitung des Europawahlprogrammes 2019 Überweisung beschlossen wird. Das ist mir zu spät. Wir müssen es sofort machen. Deswegen sollten wir den Antrag annehmen und uns an die Sachen ranmachen und dafür sorgen, dass wir wirklich ein soziales Europa haben, in dem nicht Austerität herrscht und die Wirtschaftsleute am Ende das Sagen haben. Wir müssen dafür sorgen, dass wir ein Europa der Bürgerinnen und Bürger haben. Dafür sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten da. Daran sollten wir arbeiten. Und wenn wir das gemeinsam machen, werden wir das auch schaffen.

Danke schön.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Evelyne, vielen herzlichen Dank. - Der nächste Redner ist Micha Heitkamp, gefolgt von Anneka Beck.

MICHA HEITKAMP, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Genossinnen und Genossen, eigentlich wollte ich nur kurz einen Änderungsantrag begründen, aber wenn wir jetzt schon diese Debatte führen, dann erlaubt mir, dass ich noch ein, zwei Worte zum Thema Europa sage.

Denn ich finde, die Debatte, die wir gerade führen, sehr, sehr gut. Gerade die Rede von Gesine hat mich bewegt, noch ein, zwei Worte dazu zu sagen. Ich glaube, wir müssen jetzt daran arbeiten, diese Idee der vereinigten Staaten von Europa, die ich richtig finde, mit Leben zu füllen. Das kann für uns kein wertneutraler Begriff sein. Wir müssen unsere Vorstellungen davon, wie eine gerechte, demokratische Gesellschaft sein soll, angehen.

Genossinnen und Genossen, wir können diese europäische Idee nur retten, wenn wir darum kämpfen, dass Europa nicht zu einem Projekt von wenigen Eliten wird. Nur wenn wir es jetzt schaffen, Europa gerechter und demokratischer zu machen, dann hat diese Idee eine Chance.

(Beifall)

Wir müssen uns darauf einstellen, dass es Widerstand geben wird. Und das ist der Punkt, den ich eigentlich ansprechen wollte: Ich weiß nicht, ob wir im Moment für diese Idee eine Mehrheit haben. Es wurde eben angesprochen; man kann ja auf Twitter lesen, was alles zu dieser Idee diskutiert wird. Aber dann müssen wir auch mal anfangen, für die guten Ideen, die wir zu Europa auf diesem Parteitag immer wieder vereinbaren, für Mehrheiten zu kämpfen. Wir dürfen nicht, wenn es hart auf hart kommt, wieder Hasenfüßigkeit an den Tag legen. Wir müssen uns trauen, unsere großartigen europäischen Ideen nach außen zu tragen. Das ist es, Genossinnen und Genossen, was uns in diesem Wahlkampf das Genick gebrochen hat, dass wir unter den Voraussetzungen, mit dem Kandidaten, den wir hatten, uns nicht getraut haben, die große europapolitische Auseinandersetzung zu suchen.

Lasst uns daher heute vereinbaren, dass wir mit Blick auf die Europawahl 2019 die guten Ideen, die wir heute vereinbaren, mit Mut, mit Kampfeslust nach außen tragen in den nächsten Jahren und nicht beim kleinsten Gegenwind schon wieder einknicken.

(Beifall)

Was ich eigentlich sagen wollte - zum Änderungsantrag 90 aus dem Kreisverband Minden-Lübbecke. Das ist eigentlich eine Kleinigkeit, aber eine wichtige Kleinigkeit. Es wäre schön, wenn die Antragskommission das auch übernehmen könnte. Gestern auf dem Parteiabend, als die Musik aus war, haben wir noch zusammen gesungen: „Weil der Mensch ein Mensch ist.“ - Wir sollten in unserer Sprache auch ein bisschen aufpassen, wie wir über Menschen reden, gerade in der Asylpolitik. Ich finde es sehr unglücklich, von einer „Flüchtlingsfrage“, die wir lösen wollen, zu sprechen. Lasst uns bitte eine wertschätzende Formulierung für die Menschen, um die es geht, finden. Lasst uns von „progressiver Migrationspolitik“ sprechen.

Danke.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank für deinen Redebeitrag. Wir kommen nachher zur Antragsberatung. Aber ich habe mich schon kundig gemacht: Die Antragskommission wird das übernehmen, wenn ich richtig informiert bin.

Damit darf ich Anneka Beck aus NRW aufrufen. Christian Petry aus dem schönen Saarland darf sich bereitmachen.

ANNEKA BECK, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Genossinnen und Genossen, ich bin im Sommer dieses Jahres in Athen gewesen. Mit Freundinnen und Freunden habe ich nachts um ungefähr 22 Uhr auf einem sehr belebten Platz vor einer großen, sehr beliebten Eisdielen gestanden. Und während wir da so standen und miteinander quatschten, spürte ich auf einmal, wie mir etwas auf den Arm geschlagen hat. Ich gucke runter und sehe ein kleines Mädchen, wahrscheinlich noch keine zehn Jahre alt, das mir die ganze Zeit mit Blumensträußen auf den Arm haut. Dieses Mädchen hatte eine unglaubliche Wut im Gesicht. Dieses Mädchen war so furchtbar wütend darüber, dass es Blumen verkaufen musste, spät abends um 10 Uhr, mitten in Athen, auf einem beliebten Platz, vor einer großen Eisdielen, und nicht am sozialen Leben teilnehmen konnte, das da gerade stattfand. Es war so wütend darüber, dass seine Würde verletzt wurde, dass seine soziale Teilhabe an der Stelle nicht möglich war. Dieses Ereignis hat mich zutiefst geprägt.

Warum erzähle ich euch diese Geschichte? Alle Menschen in Europa müssen menschenwürdiges Leben erhalten.

(Beifall)

Alle Menschen in Europa müssen Zugang zu den wichtigen Ressourcen wie Bildung, Nahrung, Wohnen erhalten. Deswegen möchte ich euch an dieser Stelle schon auf einen Änderungsantrag des UB Münsters hinweisen, der auf Seite 9 in Zeile 18 die Frage stellen möchte: „Wie schaffen wir es, ein menschenwürdiges Leben für alle in der EU lebenden Menschen zu verwirklichen?“

Die Antragskommission empfiehlt hier Ablehnung. Wir werben für eure Zustimmung. Ich würde mich freuen, wenn wir dafür sorgen würden, dass zukünftig alle Menschen, die in Europa leben, auch die Kinder, ein menschenwürdiges Leben garantiert bekommen.

Danke schön.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen herzlichen Dank. Wir nehmen das auf und rufen das nachher in der Antragsberatung noch einmal auf.

Christian Petry ist der nächste Redner, gefolgt von Andrea Schiele aus Baden-Württemberg. Christian!

CHRISTIAN PETRY, SAARLAND:

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Niels, die Bratwurstbude Dudweiler steht noch. Da kann man immer noch die Menschen beobachten, wie sie sich die Rostwurst kaufen. Das ist eigentlich unverändert und auch schön so.

Wir leben im Saarland auf der Grenze, wie andere auch; wir haben ein Gefühl dafür. Das Saarland ist auch zwischen Frankreich und Deutschland Spielball der Kriege gewesen. Das prägt natürlich auch ein bisschen das politische Leben und gibt eine große Sensibilität für das große, großartige Friedensprojekt Europa. Das sollten wir beileibe nicht irgendwelchen Scharlatanen hergeben.

Diese Freiheiten haben wir uns erarbeitet. Ich war letzte Woche auf Gibraltar und habe dort nachgefragt, wie die den Brexit sehen. Die haben zu 95 Prozent pro Europa gestimmt, die höchste Quote

in ganz Europa. Aber wenn mal einer noch eine Grenze sehen will, wo man tatsächlich durch zwei Personenkontrollen geht, wo Schranken sind, wo noch Polizei mit Maschinengewehren steht, dann muss er dort hingehen. Das ist dort nicht nur im Krisenfall so, das ist dort Standard. Das sollte mal jeder sehen. Wer will denn wieder dahin zurück? Wer will tatsächlich, dass wir zwischen Deutschland und Frankreich und Spanien und Portugal und wo auch immer wieder diese Grenzen haben? Nein, wir müssen Europa weiterentwickeln.

Martin Schulz hat es gestern gesagt: Sicherheit, Migration, Klima, Digitalisierung, Globalisierung - alles Aufgaben, die die Europäische Union bewältigen kann und muss.

Da - und das ist meine Wortmeldung - hat mich gestern der Herr Oettinger etwas erschüttert. Er hat vor vier Wochen in Tallinn bei der Artikel-13-Konferenz, wo es darum geht, wie das Geld verteilt wird, noch von Eigenmitteln, von unabhängigen Finanzmärkten und davon gesprochen, dass die Eurozone gestärkt werden muss mit einem unabhängigen demokratisch legitimierten Finanzminister gestärkt werden muss.

Gestern ist er voll auf die alte Schäuble-Linie zurückgefallen. Gestern ist er weichgespült worden und hat wieder dieses austeritäre Gehabe, gelenkt von dem Europäischen Rat, vorgebracht. Genossinnen und Genossen, Vorsicht an der Bahnsteigkante! Das ist eine Aufgabe, wo wir als Sozialdemokraten aufpassen müssen, dass die Regierung, auch wenn sie kommissarisch im Amt ist, dass die Kanzlerin, auch wenn sie kommissarisch im Amt ist, statt das große Projekt zu verfolgen, das von Macron angestoßen wurde, wo wir mitmachen sollten, nicht Europa in die finstere Zeit von vor 20, 30 Jahren, in die Austerität zurückbringt. Da müssen wir aufpassen. Da müssen wir einsteigen, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Freiheit und Frieden, das ist tatsächlich ein großes Gut. In unserem Antrag gestern ist auch das Wort der Eigenmittel zur Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben genannt worden. Der mittelfristige Finanzplan verlangt 10 Milliarden mehr von anderen ab, weil die Briten aussteigen, und die Aufgaben sind nicht weniger geworden, sondern mehr. Die müssen wir finanzieren. Wenn das nicht über die Umlagesysteme so in der Form gehen soll, dann sind Eigenmittel notwendig. Ich finde es gut, dass wir uns gestern dazu bekannt haben. Hier unterscheiden wir uns von den Konservativen existenziell. Die sind dagegen. Die wollen dieses nationalistische Europa. Wir sind international. Daran sollten wir arbeiten. Das ist eine wirklich gute Aufgabe. Deshalb ist unser Leitantrag auch wegweisend.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, dass wir gut daran tun, in diesem deutschen Parlament die stärkste proeuropäische Kraft zu sein. Die AfD ist ganz klar antieuropäisch. Die FDP, zu meinem großen Erschrecken, ist nationalliberal geworden. Sie ist in ihrer Wortwahl auf der Seite der AfD. Kubiczki hat das mehrfach genannt. Ganz erschreckend!

Selbst die Linken sind keine proeuropäische Kraft. Auch dort gibt es ganz kritische Stimmen. Von der CSU will ich gar nicht reden. Auch bei den Grünen ist es indifferent, aber trotzdem in der Tendenz proeuropäisch. Wir sind also die einzige ausgewiesene Kraft in diesem deutschen Parlament, in dieser deutschen politischen Landschaft, die den internationalen Ansatz, den proeuropäischen Ansatz hat. Genossinnen und Genossen, darauf bin ich sehr stolz. Darauf können wir sehr stolz sein. In diesem Sinne: Europa, bonne chance, Glück auf!

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen herzlichen Dank. Dem letzten Satz schließen wir uns alle an, Christian. Andrea Schiele hat jetzt das Wort, gefolgt von Stephan Grüger.

ANDREA SCHIELE, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossen, liebe Genossinnen! Ich möchte um EU3-Antrag sprechen. Der kommt von der AsF in Baden-Württemberg, und es geht um Austeritätspolitik. Wir haben in letzten Tagen ständig gehört, wir wollen Europa neu definieren, wir wollen Europa anders angehen als sozialdemokratische Partei auch in Deutschland. Martin hat auch mehrfach gesagt, wir wollen eine andere Finanzpolitik.

Der Antrag ist von der Antragskommission als Überweisung zur Vorbereitung des Wahlprogramms vorgeschlagen worden. Ich möchte euch bitten, diesem Votum nicht zu folgen, sondern hier ein starkes Signal vom Parteitag zu senden: Wir stehen für eine andere Finanzpolitik in Europa. Wir stehen weg vom Spardiktat. Wir stehen weg vom Sozialabbau. Wir stehen für ein starkes Europa. Deswegen können wir hier auch stark beschließen, dass wir keine Austeritätspolitik wollen. Da bitte ich euch, nicht dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Das war klar und verständlich, vielen Dank. Auch hier der Hinweis: Das rufen wir nach der Debatte dann in der Antragsberatung auf. Stephan Grüger hat jetzt das Wort, gefolgt von Conny Reuter.

STEPHAN GRÜGER, HESSEN-SÜD:

Liebe Genossinnen und Genossen, lasst mich mit einem Beispiel aus meinem Wahlkreis beginnen. Ich habe im Wahlkampf jetzt für die Bundestagswahl als Landtagsabgeordneter natürlich auch mit Hausbesuchen unsere Kandidatin unterstützt. Da ist mir Folgendes passiert: Ich bin ins Gespräch gekommen mit einem Arbeiter beim Stahlwerk, und der sagte dann: Hör mir auf mit Europa. Das kann ich nicht mehr hören. Ich habe euch immer gewählt. Aber ihr habt keine Antwort. - Da habe ich gesagt: Was meinst du denn konkret? Sagt er: Ja, Europa höre ich immer nur in einem Zusammenhang, nämlich immer, wenn der Arbeitgeber hingehet und sagt: Wenn ihr noch mehr Geld haben wollt, wenn ihr der Nullrunde nicht zustimmt, dann verschiebe ich meine Jobs nach Osteuropa, und dann könnt ihr sehen, wo ihr bleibt.

Genossinnen und Genossen, solange wir auf diese Problematik keine adäquate Antwort haben, werden wir ein großes Problem haben, diese eigentlich unsere Wähler wieder zurückzugewinnen.

(Beifall)

Das ist adressiert in dem Antrag. Da steht drin: Kann es der SPD gemeinsam mit unseren Schwesterparteien und den Gewerkschaften Europa gelingen, die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken? Das ist natürlich eine interessante Frage. Sie geht aber ein bisschen an der Problematik vorbei; denn das impliziert ja noch nicht die Antwort, wie wir eigentlich dieser Art von Konkurrenzsituation innerhalb von Europa, die ja etwas mit unterschiedlichen Entlohnungssystemen, mit unterschiedlich hohen Löhnen, mit einer Ungleichheit der Behandlung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa zu tun hat, begegnen. Da müssen wir wesentlich klarer werden. Sonst werden wir, wie gesagt, ein Problem haben, diese Wählerinnen und Wähler anzusprechen.

Ich denke, das ist verknüpft mit einem anderen Problem, weil viele Wählerinnen und Wähler überhaupt nicht verstehen, was eigentlich die Unterschiede innerhalb Europas, innerhalb der Europa sind. Da ist schon die Begriffsunklarheit ein Problem. Wir reden immer von Europa und meinen die EU. Da sollte man vielleicht etwas klarer damit sein, was man eigentlich meint. Vielen Wählerinnen und Wählern ist nicht klar, welche Unterschiede es im Europäischen Parlament gibt. Die wissen vielleicht, es gibt eine S&D-Fraktion. Aber wofür die genau steht, das kriegen wir nicht richtig rüber. Und was die Unterschiede zwischen uns und zum Beispiel den Ideologen von den Konservativen und von den Neoliberalen sind, das kriegen wir auch nicht richtig rüber.

Wir müssen das Thema EU deutlich stärker politisieren. Wir müssen es hinbekommen, klarzumachen, was eigentlich die unterschiedlichen politischen Konzepte sind. Genossinnen und Genossen, da muss ich ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Das werden wir nicht hinbekommen, indem wir die Vereinigten Staaten von Europa fordern. Nebenbei: Das Heidelberger Programm sah vor, dass das dann inklusive Russlands ist. Nur mal so, wenn man sich immer darauf bezieht. Sondern das kriegen wir nur hin, wenn wir mit ganz konkreten politischen Konzepten klarmachen, wie wir das eingangs genannte Problem in den Griff bekommen, nämlich dass unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Europa im Augenblick nur als ein Ort der gnadenlosen Konkurrenz gegen sie erleben.

Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Stephan, vielen herzlichen Dank. Als Nächstes kommt Conny Reuter. Ich bin gerade darauf hingewiesen worden, dass die Reihenfolge auf dem Bildschirm etwas anders ist. Das hängt damit zusammen, dass ich jetzt einfach durchquotiert habe. Aber es kommen alle dran. Es muss sich also niemand Sorgen machen. Conny Reuter und dann Tiemo Wölken.

CONNY REUTER, GENERALSEKRETÄR SOLIDAR BRÜSSEL:

Genossinnen und Genossen! Mein Name ist Conny Reuter. Ich vertrete eine Organisation, die leider auch in der SPD viel zu unbekannt ist. Die heißt Solidar, und die hieß früher Internationales Arbeiterhilfswerk.

Was ist Solidar? Solidar ist das, worüber hier heute auch viel geredet wird, wenn es um Europa geht. Das ist die sozialdemokratische zivilgesellschaftliche Organisation von 62 Organisationen in Europa in 25 Ländern.

Ich habe den Reden natürlich sehr intensiv zugehört, und ich kann nur sagen: Unser Vorteil ist, dass wir eben Verbündete in der SPD haben wie Gesine, wie Udo, wie Martin, wie auch Achim Post, den Generalsekretär der Sozialdemokratischen Partei Europas, und dass unser Verständnis eben ist: Wir brauchen nicht nur eine Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaft, sondern wir brauchen ein Dreieck: Partei, Gewerkschaft und Zivilgesellschaft. Die Zivilgesellschaft ist nicht ein anonymes Forum, sondern die Zivilgesellschaft ist in Europa aktiv.

Was sind die Themen? Wir reden - das war gestern immer schon die Debatte - nur über das, was problematisch ist. Wir stellen das, was wir erreichen, nicht in den Vordergrund. Deswegen lasst mich mal als Insider und Outsider sagen, wo wir eigentlich erfolgreich sind als Sozialdemokraten.

Wir waren vor 14 Tage in Göteborg. Dabei ging es nicht darum, einen Volvo zu kaufen, solide schwedische Autos, sondern es ging um den europäischen Sozialgipfel. Zum ersten Mal seit 20 Jahren gab es wieder einen europäischen Sozialgipfel. Und wer war nicht anwesend? Das einzige Land, das nicht anwesend war, war die Bundesrepublik Deutschland. Und wer hat es verhindert? Kanzlerin Merkel, die sich immer als große Europäerin darstellt. Sorry, und wo ist die Sozialdemokratie, die aufschreit und sagt: „Das kann doch nicht sein, dass Deutschland bei dem zentralen Sozialgipfel nicht anwesend ist“?

Ich denke, das sind doch Themen, bei denen wir etwas erreicht haben. Wir haben eine Charta von 20 Grundrechten sozialer Art über Investitionen in Bildung, in Sozialpolitik, in soziale Dienste, und wir reden nicht darüber.

Wer hätte es denn gemacht, wenn es nicht die Sozialdemokratische Fraktion im Europaparlament gewesen wäre? Wer hätte das denn da erreicht, wenn es nicht die Sozialdemokratische Partei Euro-

pas gewesen wäre, die die Genossinnen und Genossen aus den verschiedenen Ländern zusammengebracht hat?

Deswegen, wenn ich immer höre, Europa ist kompliziert, Europa ist schwierig und kann man nicht vermitteln: Wir erreichen Dinge. Wer kümmert sich um das Thema Migration? Wer arbeitet vor Ort - von Lampedusa bis nach Oslo? Das sind Mitgliedsorganisationen von Solidar; es ist die Sozialdemokratie. Wer erreicht noch Fortschritte beim Thema „Verteidigungs- und Außenpolitik“? Federica Mogherini ist unsere Hohe Beauftragte - eine Genossin. Also bitte: Wenn wir über Europa reden, dann sollten wir nicht mit hängenden Schultern durch die Länder laufen, sondern dann sollten wir entschieden deutlich machen: Europa wird von der Sozialdemokratie gestaltet.

Deswegen brauchen wir eine starke Sozialdemokratie im Bündnis mit den Gewerkschaften und der europäischen Zivilgesellschaft. Deswegen sollten wir alles andere als ängstlich und verschrocken in den nächsten Europawahlkampf gehen; denn wir brauchen eine starke Fraktion. Wir wollen weiter mitbestimmen, wie es in Europa weitergeht, damit nicht diejenigen, die die schwarze Null anstreben, wie der Taliban der schwarzen Null, der früher im Finanzministerium saß, Europa kaputtmachen, sondern damit wir Europa aufbauen.

Es geht um unsere Zukunft, es geht um die Zukunft unserer Kinder, es geht um die Zukunft des Zusammenlebens, und das braucht ein starkes Bündnis zwischen Sozialdemokratie, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft. - Vielen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen herzlichen Dank, Conny, für deinen Redebeitrag. - Es folgt Tiemo Wölken, und bereitmachen darf sich Stella Kirgiane-Efremidou.

TIEMO WÖLKEN, MITGLIED DER SPD-FRAKTION IM EUROPAPARLAMENT:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin jetzt seit einem Jahr und drei Wochen für die stolze deutsche Sozialdemokratische Partei Mitglied im Europäischen Parlament.

(Beifall)

Udo, Jens habt ihr gerade gehört, unsere Vizepräsidentin Evelyn habt ihr gehört. Vielen Dank, dass ihr mich so schön in eure Fraktion aufgenommen habt und dass wir zusammen für ein soziales Europa kämpfen.

Ich bin mit meinen 32 Jahren jetzt der jüngste SPD-Europaabgeordnete und der vierjüngste deutsche Abgeordnete, und liebe Genossinnen und Genossen, es ist mir ein Anliegen, Europa auch als Jugendthema zu verankern und klarzumachen, dass die Jugend Europa als etwas Positives sieht, dass die Jugend Europa als etwas will, das sie haben will.

(Beifall)

Ein Thema dabei ist - das wurde hier gerade auch schon angesprochen - die Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa. Das ist sicherlich eines, bei dem wir die größte Baustelle haben, liebe Genossinnen und Genossen. Wir als Sozialdemokraten setzen uns dafür ein, dass wir mehr Geld in die Jugendgarantie stecken, damit die Jugendarbeitslosigkeit in Europa wirkungsvoll bekämpft wird.

Ich war mit Jens zusammen vor drei Wochen Teil der Haushaltsdelegation, und wir haben über das Haushaltsjahr 2018 verhandelt. Ich kann euch sagen: Es war kein Spaß, gegen die Konservativen durchzusetzen, dass wir mehr Geld in die Hand nehmen, um die Jugendarbeitslosigkeit in ganz Euro-

pa zu reduzieren. Diese harte Arbeit gegen die Konservativen ist es, die uns unterscheidet und klarmacht: Wir sind gegen Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa.

Wenn wir die Debatte um die Eigenmittel der Europäischen Union führen, dann müssen wir sagen: Liebe Genossinnen und Genossen, Europa ist uns mehr wert. Wir brauchen Eigenmittel für die Europäische Union.

(Beifall)

Es kann doch nicht sein, dass wir bei den Haushaltsverhandlungen nur darüber reden, Programme wie Erasmus+, wie den Sozialfonds, wie LIFE zu reduzieren, um damit neue Aufgaben, wie Verteidigung, zu finanzieren. Wenn die Mitgliedsstaaten uns neue Aufgaben mit auf den Weg geben, muss klar sein: Dafür brauchen wir auch mehr Geld. Und dafür will ich mit euch kämpfen.

(Beifall)

Die Zukunft Europas diskutieren wir im Moment mit dem Weißbuch. Wir wissen, die Weltbevölkerung wird immer weiterwachsen, Europas Anteil wird kleiner werden, unser Anteil am weltweiten BIP wird kleiner werden, wir werden immer älter werden. Deswegen können wir nur gemeinsam in Europa stark sein. Und unsere Antwort darauf heißt - das hat Martin gestern eindrucksvoll klargemacht -: „die Vereinigten Staaten von Europa“. Das setzen wir den Nationalisten und Rechten entgegen. Wir wollen gemeinsam für Europa kämpfen.

(Beifall)

Lasst mich jetzt nur noch - alle Themen, die angesprochen worden sind, sind enorm wichtig - zwei kleine Dinge sagen:

Europa ist auch das Projekt der Digitalisierung. Wenn wir über Datenschutz und Netze reden, dann ist klar, dass diese Punkte nur gesamteuropäisch angegriffen und verbessert werden können, und daran möchte ich als Abgeordneter im Europäischen Parlament auch mitarbeiten.

Eines noch: Dieses tolle Projekt Europa hat ein Vermittlungsproblem. Wir reden immer dann über Europa, wenn es etwas Böses über Europa zu berichten gibt. Wir reden über die Gurken-Verordnung, wir reden über das Pommes-Verbot, wir reden über das Döner-Verbot. Das sind alles Dinge, die uns sehr, sehr lieb sind. Aber, liebe Genossinnen und Genossen, Europa nimmt euch nicht den Döner weg, Europa nimmt euch nicht die Pommes weg. Das sind alles Mythen über die Europäische Union, mit denen endlich gebrochen werden muss. Wir müssen den Mehrwert Europas klarmachen, und daran möchte ich mit euch arbeiten.

Ich glaube, dass die Anträge, die vorliegen, dafür eine richtig gute Basis sind. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen: Europa ist Sozialdemokratie, Sozialdemokratie ist Europa. Und dieses Signal sollte von uns hier von heute ausgehen. - Vielen Dank, Glück auf!

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen herzlichen Dank für deinen Redebeitrag. - Ich kann Dir sagen: Als Abgeordneter mit belgischem Migrationshintergrund wäre das mit den Pommes für mich auch völlig inakzeptabel. Also, vielen Dank dafür. - Stella ist jetzt dran, gefolgt von Peter Simon.

STELLA KIRGIANE-EFREMIDOU, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte noch einmal zum EU-Antrag 3 der AsF Baden-Württemberg sprechen. Ich danke Evelyn und Andrea, dass sie dafür auch schon in die Bütt gegangen sind.

Liebe Genossinnen und Genossen, Europa könnte die Herzkammer der Demokratie sein. Doch was wir in den letzten Jahren erleben, ist eigentlich die Abkehr von der Demokratie, und daran sind wir nicht unschuldig. Denn wir haben es durch die deutsche Politik geschafft, tatsächlich eine Neidkultur aufzubauen. Es wird mit dem Zeigefinger auf die armen südeuropäischen Länder gezeigt, und ihnen werden immer nur Vorwürfe gemacht, wie schlecht sie eigentlich Politik betreiben und wirtschaften können.

(Vereinzelt Beifall)

Hier müssen wir jetzt endlich eine Abkehr hinbekommen, eine Abkehr von dieser Austeritätspolitik.

(Vereinzelt Beifall)

Ich kann euch sagen, liebe Genossinnen und Genossen, was in Griechenland los ist. Wenn das in Deutschland wäre, dann wären die Menschen schon längst auf der Straße. Aber dort ist eine Lethargie ausgebrochen.

Zu den SOS-Kinderdörfern: Ich glaube, ich habe das hier schon drei Mal gesagt, und es frustet mich unheimlich, dass wir das hier jetzt wieder einmal besprechen und wieder einmal sagen, es muss sich etwas ändern. Es wird aber de facto nichts getan. Die SOS-Kinderdörfer in Griechenland sind übervoll, weil Eltern ihre Kinder dorthin bringen, weil sie sie nicht ernähren können - nicht, weil die Eltern nicht da oder krank sind. Sie können ihre Kinder nicht ernähren.

Die Ärzte ohne Grenzen suchen weltweit nach Medikamenten für Griechenland, weil es dort keine Medikamente mehr gibt.

Die Suppenküchen sprießen wie Pilze aus dem Boden, und letzte Woche gab es die ersten Versteigerungen von Eigentumswohnungen, weil sich die Menschen die Raten nicht mehr leisten konnten.

Wir fördern mit unserer Politik Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit und Frust, und dafür ernten wir die Flughäfen, aber nur die, die rentabel sind. Die haben wir uns einverleibt, liebe Genossinnen und Genossen.

Wenn wir uns hier für Wasserversorgung und gegen Privatisierung aussprechen, während wir das in Griechenland tolerieren: Das ist keine Europapolitik, die für die SPD steht, und da müssen wir jetzt wirklich endlich mal rangehen.

(Beifall)

Lasst uns heute also bitte - genau so, wie jetzt auch die Verhandlungen mit der Antragskommission waren - wirklich den Impuls herausgeben, dass wir eine Abkehr von dieser Politik wollen, dass wir uns für ein menschenwürdiges Politikverständnis in ganz Europa einsetzen wollen und dass wir nicht länger mit Herrn Schäubles Zeigefinger, sondern mit Solidarität und echten Hilfsangeboten durch Europa gehen. Dafür werbe ich heute, und dafür bitten wir um eure Unterstützung. - Danke schön.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen herzlichen Dank. - Dann darf ich jetzt Peter Simon aufrufen.

PETER SIMON, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir hatten heute und am gestrigen Tag mehrmals die Analyse, dass sich die Europäische Union in keinem guten Zustand befindet. Wir haben über Polen gesprochen, wir haben über Ungarn gesprochen.

Ich bin Koordinator - bei euch im Bundestag nennt sich das „Sprecher“ – der Sozialdemokratischen Fraktion im Panama-Papers-Untersuchungsausschuss. Vorher hatte ich dieselbe Funktion in dem Lux-Leaks-Sonderermittlungsausschuss.

Auch hier sehen wir - genau wie in dem Fall Polen/Ungarn -: Die Gefahr, die der Europäischen Union droht, und die Herausforderungen, die an uns herangetragen werden, kommen doch gar nicht so sehr von außen, sondern von innen. Aber Europa ist in seiner jetzigen Form nicht wehrhaft - zumindest nicht wehrhaft genug.

Die europäische Verfasstheit baut darauf auf, dass jedes Land eigentlich will, dass es immer besser und weiter mit uns zusammengeht. Aber was wir heute sehen, ist doch häufig genau das Gegenteil: Wir haben Staaten, die sich davon abwenden und das genaue Gegenteil wollen.

Wenn wir uns anschauen, wie wir selbst als Regierungen der Mitgliedstaaten, als Menschen europäischer Verantwortung Europa nach außen kommuniziert haben, dann muss man sich einen Vorwurf in den letzten Jahren gefallen lassen: Staats- und Regierungschefs, egal welcher Couleur, haben Europa und den Fortschritt Europas daran bemessen, ob sie ihren Leuten sagen konnten, dass sie wieder einmal etwas aus Europa herausgezogen haben. Anders als früher, als es bei jeder Krise darum ging, Europa weiterzuentwickeln, zu investieren, um am Ende in Europa voranzugehen, ging es nur noch darum zu zeigen: Man hat nichts preisgegeben, man hat etwas für sich geholt. Aber, Genossinnen und Genossen, aus 28 nationalen Einzelegoismen wächst nun einmal kein solidarisches Europa zusammen! Das funktioniert nicht!

(Beifall)

Wenn wir Europa anders aufstellen wollen, dann können wir das nicht im Klein-Klein machen. Deswegen sind Macrons Vorschläge so wichtig, weil sie groß ansetzen, weil sie mit einer Vision ansetzen, weil sie sagen: Wir müssen dieses Europa von Grund auf neu aufbauen! - Aber Macron wird nur dann Erfolg haben, wenn wir wieder etwas zum Laufen bringen, was in den letzten zehn Jahren stotternd beinahe zum Erliegen gekommen ist: den deutsch-französischen Motor als die Achse, die Europa über Jahrzehnte geprägt hat - nicht im Sinne von „Wir machen etwas voran, und alle anderen müssen hinterher“, sondern als die Kraftachse, die die notwendige Erstbewegung anstößt. Die müssen wir ins Laufen bringen!

Europa kann doch Gott froh sein, dass es kein Jamaika gibt. Mit Jamaika wäre Macron gescheitert, und mit Macrons Scheitern hätte es ein „Weiter so!“ in Europa gegeben. Damit weiß keiner, wo wir am Ende des Tages hier negativ gelandet wären.

Jetzt in dieser Konstellation, egal wo wir in Deutschland bei der Regierungsbildung landen, müssen wir alle wissen: Die Augen und Herzen Europas, egal aus welcher politischen Ecke, sind auf uns gerichtet. Die Hoffnungen auf die deutsche Sozialdemokratie, dass wir alle unser Gewicht in die Waagschale werfen, um hier einen fundamentalen Wechsel in der Europapolitik der Bundesregierung hinzubekommen, sind riesengroß. Und wir können liefern. Wir haben mit Martin Schulz einen Vorsitzenden, der auf europäischer Ebene bewiesen hat, wie sein Herz schlägt, dem man vertraut. Wir haben in unserem Wahlprogramm schon die richtigen Ansätze. Wir haben die Antworten auf Macrons Vorschläge, die dazu dienen können, dieses Europa auf den richtigen Weg zurückzubringen.

Egal, wo wir landen werden, egal in welcher Form eine neue Regierung gebildet wird, gilt es für uns in den nächsten Wochen, dieses Gewicht in voller Wucht in die Waagschale zu werfen. Ich bin überzeugt: Wenn wir uns dann in zwei Jahren wiedertreffen, wird Europa in einem deutlich besseren Zustand sein als heute. - Ich danke euch. Glück auf!

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Peter, vielen herzlichen Dank. Das beendet unsere Aussprache. Ich habe aber noch eine Wortmeldung, die genau das unterstreicht, was du gesagt hast, Peter, nämlich dass wir in der Tat einen Vorsitzenden haben, dessen Herz für Europa schlägt. Martin Schulz hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Ich gebe dir jetzt gerne das Wort, Martin.

MARTIN SCHULZ, PARTEIVORSITZENDER:

Vielen Dank, Genossinnen und Genossen! Ich will mich erst einmal bei Nils Minkmar bedanken. Vielen Dank, Herr Minkmar, für Ihre Rede zu Beginn dieser Aussprache, die ich genossen habe. Ich glaube, meine Genossinnen und Genossen haben es ebenfalls genossen, vom Leiter der Kulturredaktion des SPIEGEL einen Spiegel vorgehalten zu bekommen über das, was Europa für uns, gerade für meine Generation und die nachfolgenden Generationen, bedeutet.

Genossinnen und Genossen, ich habe heute einen Kommentar in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung gelesen, der sinngemäß folgenden Wortlaut hat: Schulz tönt auf dem SPD-Parteitag: Wer auf unseren Markt will, der muss auch unsere Standards akzeptieren. Dann schreibt der Kommentator oder die Kommentatorin in dieser Zeitung weiter: Es ist zu befürchten, dass sie das ernst meinen, dass sie tatsächlich die Annäherung der Löhne, die Harmonisierung der Steuern in Europa wollen und dass sie nicht wollen, dass der Wettbewerb befördert wird durch Lohnnebenkosten- und Preisannäherungen zwischen dem ärmeren Süden und dem aufstrebenden Osten in Europa. Es sei zu befürchten, dass die das ernst meinen. Ja, liebe Leute, wir meinen das ernst. Das Lohndumping und das Steuerdumping in Europa müssen ein Ende haben!

(Beifall)

Es ist interessant, dass die FAZ heute so reagiert. Es lohnt sich immer, den Wirtschaftsteil der FAZ zu lesen – es lohnt sich sowieso, die FAZ zu lesen; das ist klar –, um zu verstehen, worum es geht. Es gibt unterschiedliche Konzepte – das ist in den Diskussionen hier deutlich geworden –, es gibt unterschiedliche Vorstellungen von Europa - vom Europa der Völker, vom Europa der Menschen, für die Europa im globalen Wettbewerb ein Schutz sein kann.

Leute, ich muss noch einmal sagen, worum es geht: Keine Volkswirtschaft allein – nicht die deutsche, nicht die französische, nicht die britische oder die italienische – wird im interkontinentalen Wettbewerb, in dem wir stehen, bestehen. China hat 1,4 Milliarden Einwohner, Indien hat 1,3 Milliarden Menschen. Das sind Nachbarstaaten, die zusammen 2,7 Milliarden Menschen haben. Das ist ein Drittel der Erdbevölkerung. Europa hat ungefähr 515 Millionen Einwohner. Das Vereinigte Königreich verlässt jetzt diesen Binnenmarkt. Dann liegen wir bei 450 Millionen Menschen. Jetzt teilt die mal in 27 Einzelteile auf! Der globale Wettbewerb wird nicht im Wettbewerb zwischen Luxemburg und China entschieden.

Jean-Claude Juncker pflegte früher zu sagen: Einmal im Jahr kommt der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Chinas nach Luxemburg. Dann lege ich den Arm um dessen Schultern und sage: Guck mal, Xi Jinping, du und ich, wir zusammen sind eine Weltmacht! Er hat recht: China und Luxemburg gemeinsam stellen schon etwas dar. Nur, wenn er wieder in Peking ist, fragt Juncker: Was bin ich dann?

Wir leben in der globalisierten Welt. Jetzt geht es in der globalisierten Welt doch um folgendes: Die Grundrechte der Menschen, all die Werte, die wir erstritten haben – die Freiheit von Folter, das Willkürverbot, die Abschaffung der Todesstrafe, die Ächtung der Kinderarbeit, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, die Pressefreiheit, die Meinungsfreiheit, die Freiheit im Internet, für die wir kämpfen, die unverletzlichen, unveräußerlichen Menschenrechte, die freie Rechtsprechung, ein fairer Wettbewerb, die Garantie des Postgeheimnisses, die Menschenwürde, das Streikrecht, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen –, alles das sind Dinge, die wir wie selbstverständlich hinnehmen. Das sind europäische Errungenschaften.

(Beifall)

Ich will es euch noch einmal sagen: Die Wettbewerbsfähigkeit anderer Teile dieser Erde besteht darin, dass sie genau diese Rechte nicht respektieren, dass sie sie im Gegenteil verachten. Deshalb geht es darum, dass Europa seine Rechte verteidigen muss.

(Beifall)

Aber das kann Europa nur, wenn es sich als eine Gemeinschaft von Demokratien zusammenschließt, die in ihren Verfassungen genau diese Rechte verankert haben und die ihr Staatsziel so definieren, dass die Durchsetzung und Garantie dieser Rechte der Schutzanspruch ist, den die Bürgerinnen und Bürger diesem Staat gegenüber haben. Wenn du das als Staat allein nicht mehr leisten kannst – keiner kann das allein leisten, auch wir nicht – dann müssen wir uns zusammenschließen.

Unsere ökonomische Stärke kombiniert mit dem Willen, die ökonomische Stärke mit der Verteidigung dieser Grundrechte zu kombinieren, ist genau der Weg, den wir in Europa einschlagen müssen. Dann muss man den Wählerinnen und Wählern aber auch ehrlich sagen, dass der Nationalstaat in einigen Bereich in seiner Gestaltungsmacht an seine Grenzen gestoßen ist. Nils Minkmar hat das eben an ein paar Beispielen klargemacht.

Wenn wir von den Vereinigten Staaten von Europa reden – ich bin wegen dieser Äußerung heute in vielen Kommentaren kritisiert worden – dann will ich noch einmal wiederholen, warum sie es 1925 in das Heidelberger Programm geschrieben haben.

Die Männer und Frauen, die das 1925 in das Heidelberger Programm geschrieben haben, waren tief geprägt – wie Ihr Großvater, Herr Minkmar – von dieser Katastrophe, der Urkatastrophe, auf unserem Kontinent, dem Ersten Weltkrieg. Überlegt es euch doch noch einmal, Leute!

Da war eine Generation von Männern aus allen Ländern Europas, auch aus den Ländern des Commonwealth, aus Kanada, aus Australien. Die waren erzogen worden mit dem Exerzierreglement von 1870. Denen hatten sie eingetrichtert: Glorie und Ruhm auf dem Schlachtfeld zu Ehren des Vaterlandes. Süß und ehrenwert ist es, für das Vaterland zu sterben. So zogen die in die Schlacht und wurden konfrontiert mit dem ersten Technikkrieg der Welt. Die wurden gehetzt in die kalte Militärtechnik des 20. Jahrhunderts. Das hinterließ einen traumatisierten Kontinent.

Dass die Männer und Frauen, die das erlebt haben, sagten, wir wollen das nicht mehr, wir wollen uns nicht gegenseitig abschlachten, wir wollen, dass die Staaten und Nationen über Grenzen hinweg zusammenarbeiten, weil sie wissen, die Integration ökonomisch, kulturell, sozial und politisch ist der beste Schutz vor Faschismus, vor Krieg, vor Antidemokraten. Das ist das Ziel der Vereinigten Staaten von Europa, nicht die Überwindung nationalstaatlicher Souveränität.

(Beifall)

Ja, da hat ein Kommentator heute geschrieben, immer, wenn der Schulz über Europa spricht, wird er furios. Ja, das brennt in mir, weil ich das nie wieder will und weil die Gründerväter und Gründermütter der Europäischen Union Mut hatten. Glaubt ihr denn - ich bin an der Grenze dort geboren, in der Nähe von Aachen an der belgisch-niederländischen Grenze - die Niederländer, die Belgier, deren Länder plattgemacht worden waren von den Deutschen, die hätten 1950, als die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet wurde, Beifall geklatscht, als denen ihre Regierungen gesagt haben, die Deutschen bekommen die gleichen Rechte wie ihr. Die waren dagegen. Die sind ausgepiffen worden. Die mussten kämpfen gegen den Strom. Die haben denen gesagt, wenn ihr jemals Frieden in Europa haben wollt, dann müssen die Deutschen in die Lage versetzt werden, eine eigene stabile Demokratie aufzubauen. Das haben wir getan. Das war ein riesiges Geschenk an unsere Nation, das wir angenommen haben. Ich höre jetzt auf.

(Heiterkeit)

Ich finde das super. Wir dürfen davon profitieren. Aber das war ein Kampf, Leute, glaubt es mir. Wir mussten gegen den Strom schwimmen.

Wenn die 1925, lieber Genosse Grüger, davon geträumt haben, dass auch ein friedliches, demokratisches Russland zu Europa gehört, dann war das ein kluger Traum dieser Leute. Das brauchen wir auch heute noch.

(Beifall)

Die mussten kämpfen. Ich will nicht über die Vereinigten Staaten von Europa reden, weil ich die nationalstaatliche Souveränität substituieren will. Das kann man gar nicht. Aber die Vertiefung der Integration in Europa, die Stärkung der Europäischen Union so, dass sie handlungsfähig ist, um zu verhindern, dass die Marktradikalen sich Europas bemächtigen und ein Europa der Deregulierung schaffen und so unsere Grundwerte durch unsere ökonomische Stärke gegen die verteidigen, die uns niederkonkurrieren wollen, indem sie diese Werte mit Füßen treten, das ist ein hehres Ziel, für das übrigens bei allen Unterschieden, die es in der Sache gibt, Emmanuel Macron streitet. Ich will hier einmal sagen, Macron macht Vorschläge, bei denen ich nicht mit allem einverstanden bin, aber der macht wenigstens Vorschläge, über die man diskutieren kann.

(Beifall)

Deshalb bin ich froh, dass Hubertus Heil mir gerade den Zettel hier hingelegt hat. Ich habe schon gedacht, er wollte mir das Wort entziehen. Macron bekommt den internationalen Karlspreis zu Aachen verliehen. Dazu will ich ihm von ganzem Herzen gratulieren. Felicitations, cher Monsieur le Président de la République!

(Beifall)

Nein, wir müssen wieder Leidenschaft für Europa entfachen. Leute, das wisst ihr doch genauso gut wie ich. Wenn du über die Stellschrauben in der europäischen Gesetzgebung redest, so wichtig das ist ... Geht doch einmal an einen Wahlstand und versucht, den Leuten den Unterschied zwischen Europaparlament, Kommission, Ministerrat und dem Europäischen Rat. Da sagen die Leute: Wenn du fertig bist, machst du das Licht aus.

Leute, so kriegen wir doch keine Begeisterung für Europa. Aber das Europa des Friedens, das Europa der Jugend, das Europa der Werte, das Europa der Gleichberechtigung, das Europa, das die Migration anpackt und tatsächlich, wie der Genosse eben gesagt hat, die Menschenwürde aller Menschen in dieser Welt verteidigt und das als seine Aufgabe sieht,

(Beifall)

das ist ein erstrebenswertes Ziel. Dafür, Genossinnen und Genossen, lohnt es sich zu streiten und zu kämpfen. Wenn die SPD das nicht macht, wird das in Deutschland nichts mehr. Die CDU von Helmut Kohl, über den wir geschimpft haben, unter dem wir manchmal auch gelitten haben, die CDU Helmut Kohls, eines großen Europäers, der auch geprägt war von diesem Kriegserlebnis, die gibt es nicht mehr. Vielleicht können wir sie noch einmal davon überzeugen, dass sie wieder auf diesen Weg zurückkehren können. Ich weiß es nicht. Aber wir müssen das in die Hand nehmen.

Es gibt in meinem Leben eine der wunderbarsten Formulierungen, die ich mir oft in meinem Leben als Europapolitiker zu eigen machen musste, wenn man mal wieder das Gefühl hatte, du schwimmst gegen den Strom, du läufst gegen den Wind, du bist wie Sisyphos und der Stein ist wieder herunter gerollt. Es ist das Zitat des englischen Dichters Robert Browning. Der hat wunderbar formuliert, und das bleibt für mich mein Leitbild für Europa: Manche Menschen sehen die Dinge, wie sie sind, und fragen, warum. Ich wage von Dingen zu träumen, die es niemals gab, und frage: Warum nicht?

Lasst uns in dem Sinne die Vereinigten Staaten von Europa schaffen! - Vielen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Martin, ich glaube, der Applaus zeigt dir, dass es die richtige Entscheidung war, auch diesen europapolitischen Punkt so zentral in diesem Parteitag aufzusetzen. Wir danken dir für deine jahrelange Arbeit in diesem Bereich und für die engagierte Rede. Ich glaube,

das gibt auch für die schwierigen Gespräche eine Leitlinie aus, dass dieser Punkt für die SPD nicht nur immer zentral war, sondern auch in den bevorstehenden Gesprächen im Mittelpunkt stehen wird. Deswegen noch einmal vielen Dank für die Debatte, die ich wirklich hervorragend fand.

Ich rufe jetzt auf, wie am Anfang angekündigt, den Antragsbereich Europa in dem Leitantrag SPD erneuern und, wie angekündigt, auch den Bereich Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik.

Es gibt eine ganze Reihe von Rednerinnen und Rednern, die sich in der Debatte zu Änderungsanträge geäußert haben. Zu dem, was die Antragskommission dazu denkt, hat jetzt der Vorsitzende Olaf Scholz das Wort.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wollen es möglich machen, dass die Beratungen möglichst einfach stattfinden. Deshalb haben wir mit den verschiedenen Änderungsantragstellern gesprochen, wie man bestimmte Dinge machen kann.

Es gibt den Änderungsantrag 90, in dem es darum geht, ein Wort zu ersetzen. Das soll jetzt „progressive Migrationspolitik“ heißen. Das wird die Antragskommission übernehmen, darüber müssen wir nicht mehr abstimmen.

Dann gibt es Änderungsantrag 80. Darin wird vorgeschlagen, dass wir das Ziel aufnehmen, dass wir für ein menschenwürdiges Leben überall in Europa sorgen wollen. Auch das will die Antragskommission übernehmen, auch darüber müssen wir nicht mehr abstimmen.

Dann haben wir den EU 3, zu dem Evelyne Gebhardt, Andrea Schiele und Stella Efremidou gesprochen haben. Mit denen haben wir uns darüber verständigt, wie wir das Anliegen aufnehmen können. Sie sind einverstanden mit dem jetzt so veränderten Votum der Antragskommission, dass das in den Erneuerungsprozess überwiesen werden soll.

Sie sind auch damit einverstanden, dass wir an einer dazu geeigneten Stelle das Anliegen, dass man die Austeritätspolitik überwinden will, aufnehmen und sind auch mit dem Vorgehen einverstanden, sodass wir dann nur noch einmal über das Gesamtvotum der Antragskommission abstimmen müssen.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Olaf, vielen herzlichen Dank.

Bevor ich jetzt in den Abstimmungsprozess einsteige, nur noch ein kurzer Hinweis. Wir werden danach das noch ausstehende Wahlergebnis bekannt geben. Ich bitte euch, da die Präsenz jetzt schon sehr gut ist - ich glaube, das kann ich im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen sagen -, hierzubleiben, weil wir danach in den nächsten anstehenden Wahlgang einsteigen wollen.

Ich frage jetzt noch mal, den Bericht von Olaf aufgreifend: gibt es weiteren Beratungsbedarf, Abstimmungsbedarf zu den drei Punkten, die ich aufgerufen habe? - Da das offensichtlich nicht der Fall ist, würde ich jetzt in die Gesamtabstimmung über die euch vorliegenden und eben noch einmal abgeänderten Voten der Antragskommission für die drei Antragsbereiche einsteigen. Wer für die Voten der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Ich sehe keine Gegenstimmen. Dann frage ich noch nach den Enthaltungen. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen. Ich glaube, das Martin, ist auch ein Zeichen, dass wir diesen Antragsbereich einstimmig beschlossen haben. Vielen herzlichen Dank an alle, die mitgeholfen haben. Vielen Dank für die konzentrierte Beratung.

Ich darf dann jetzt an Manuela übergeben.

WAHLERGEBNIS DES VERANTWORTLICHEN BEIM PARTEIVORSTAND FÜR DIE EUROPÄISCHE UNION

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Niels. - Auch von mir einen wunderschönen guten Tag, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir kommen jetzt weiter zu den Wahlen. Es geht um die weiteren Wahlen des Parteivorstands.

(Zuruf: Erst das Wahlergebnis!)

- Ja, Wahlergebnis. Dann geht das Wort erst noch mal zur Mandatsprüfungs- und Zählkommission. Okay, dann legt los!

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl des Verantwortlichen beim Parteivorstand für die Europäische Union bekannt: Wir hatten 531 abgegeben Stimmen. Davon waren acht ungültig. Gültige Stimmen: 523. Mit Ja haben 470 gestimmt, mit Nein haben 31 gestimmt, bei 22 Enthaltungen. Das bedeutet eine Zustimmung von 89,87 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen. - Danke.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Herzlichen Glückwunsch, lieber Udo! Wir fragen dich: Nimmst du die Wahl an?

(Rhythmischer Beifall)

UDO BULLMANN, VERANTWORTLICHER BEIM PARTEIVORSTAND FÜR DIE EU:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich danke für das überragende Vertrauen. Ich glaube, dass es auch ein Vertrauen ist gegenüber den Genossinnen und Genossen eurer/unserer Europa-Fraktion in Brüssel, bei denen ich mich für die Zusammenarbeit bedanke, die hervorragend ist. Viele der Kolleginnen und Kollegen haben heute gesprochen.

Natürlich nehme ich die Wahl an. Aber noch ein Satz an euch alle: Es sind keine anderthalb Jahre mehr bis zur nächsten Europa-Wahl. Wir werden euch alle brauchen. Europa wird euch alle brauchen. Die europäische Sozialdemokratie wird euch alle brauchen. Die SPD wird euch alle brauchen. Macht doch schon mal einen Tick in den Kalender. - Danke schön.

(Beifall)

WAHL DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Udo.

Dann kommen wir jetzt zur Wahl der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes. Hier geht es um die Beisitzerinnen und Beisitzer. Ihr erinnert euch: Wir haben gestern gemeinsam beschlossen, dass der Parteivorstand nach § 23 Abs. 1 unseres Organisationsstatutes aus bis zu 45 Mitgliedern bestehen

kann. Das Tagungspräsidium empfiehlt euch, dass wir auch die Zahl von 45 nutzen und auch 45 wählen. Das muss ich euch fragen, und deshalb bitte ich euch um euer Kartenzeichen, wenn ihr damit einverstanden seid. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist es so beschlossen, dass wir auch die 45 - so, wie gestern entschieden - nutzen und zur Wahl freigeben.

Ich möchte euch dazu einige Informationen geben. Nach Abzug der bereits stattgefundenen Einzelwahlen zum Parteivorstand sind jetzt noch 35 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Ihr habt die Wahlvorschläge als Tischvorlage bekommen und bekommt jetzt auch die Wahlzettel ausgeteilt.

Ein paar Informationen dazu: Im ersten Wahlgang ist gemäß § 13 Abs. 4 Organisationsstatut nur gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Bei der Wahl der Beisitzer handelt es sich gemäß § 23 Abs. 3 in Verbindung mit § 23 1f um eine Listenwahl nach § 8 Wahlordnung, also um ein anderes Verfahren als bis dahin stattgefundenen Wahlgängen. Das heißt, die Stimmzettel sind nur gültig, wenn höchstens so viele Kandidatinnen und Kandidaten angekreuzt werden, wie insgesamt zu wählen sind, und mindestens die Zahl der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste angekreuzt ist. Das heißt konkret: Ihr könnt mindestens 18 und höchstens 35 Kandidatinnen und Kandidaten wählen. Neinstimmen und Enthaltungen machen den Stimmzettel ungültig.

Eine weitere Information: Nach § 11 Abs. 2 Organisationsstatut muss der Parteivorstand insgesamt quotiert sein. Die bereits gewählten Mitglieder werden nach ihrem jeweiligen Geschlecht auf die Quote angerechnet. Bei einer Gesamtzahl von 45 Mitgliedern des Parteivorstands bedeutet dies, dass jeweils mindestens 18 Frauen und Männer dem Parteivorstand insgesamt angehören müssen. Für die Frauenquote heißt das ganz konkret: Wir bräuchten 18 Frauen und haben bisher nur drei Frauen gewählt. Also müssen es noch 15 Frauen sein.

Ich schaue mal in die Runde, ob die gelben Zettel verteilt werden. - Okay. Ich gebe euch weitere Informationen für den ersten Wahlgang.

Anzubringen ist im ersten Wahlgang die Kontrollmarke 6. Ich wiederhole: Die Kontrollmarke 6. Die müsstet ihr eigentlich alle noch haben, wenn die anderen Wahlgänge davor richtig gelaufen sind.

Ich würde euch gerne erklären, bevor wir ankreuzen, wie das Ergebnis nachher ausgezählt wird.

Bei der Listenwahl sind die Kandidatinnen und Kandidaten mit absoluter Mehrheit gewählt, soweit die Quotenvorgaben erfüllt werden. Wird die Quote nicht erfüllt, so sind im ersten Wahlgang die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des überrepräsentierten Geschlechts in der Reihenfolge der Stimmabgabe bis zur Höchstquote von 60 Prozent gewählt, die Kandidatinnen bzw. Kandidaten des unterrepräsentierten Geschlechts nur, insoweit sie mindestens die gleiche Stimmzahl erreichen wie der oder die erste nicht gewählte der anderen Gruppe.

Ihr seht also: Unsere Mandatsprüfungs- und Zählkommission hat nachher eine Menge auszuzählen und dann noch die Quote zu beachten, was in der Regel - deswegen können sich alle ein bisschen tiefenentspannen - dann noch einmal zu einem zweiten Wahlgang führt. Wir sind jetzt aber in dem ersten Wahlgang.

Ich hoffe, dass ich es jetzt alle gut erklärt habe. Deshalb frage ich, ob es noch Fragen zum Wahlverfahren gibt oder ob jemand noch keinen Stimmzettel hat. - Ich habe den Eindruck, alle haben jetzt einen Stimmzettel. Dann eröffne ich den Wahlgang.

Ich würde gerne einmal zwischenfragen, ob wir den Wahlgang beenden und einsammeln können, oder ob ihr noch Zeit braucht? - Okay, ihr braucht noch Zeit, die gibt es natürlich.

An der Stelle noch die Bitte an alle Kameramänner und -frauen, nicht die Wahl zu filmen! Wir bitten, das zu respektieren.

(Beifall)

So, ich frage noch mal in die Runde, ob wir mit Einsammeln anfangen können oder ob ihr noch Zeit braucht? - Okay, ich glaube, wir können einsammeln.

Es wird noch eingesammelt, aber ich würde schon mal darum bitten, dass ihr die Zettel hochhaltet, wenn bei euch die Stimmzettel noch nicht eingesammelt worden sind, damit wir das besser sehen. Hat jemand seinen Stimmzettel noch nicht abgegeben? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann ist der Wahlgang damit geschlossen.

Ich finde, wir können unsere Helferinnen und Helfer und vor allem die Mitglieder der MPZK mal mit einem Motivationsapplaus in die Auszählung schicken. Das machen die ganz toll, schon den ganzen Parteitag!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, in der Zwischenzeit machen wir weiter mit der Antragsberatung. Ich übergebe an meinen geschätzten Kollegen Heiko Maas.

FORTSETZUNG ANTRAGSBERATUNG IA 1, KAPITEL „TECHNOLOGISCHER WANDEL UND SOZIALER FORTSCHRITT“ SOWIE DER ANTRÄGE ZU DEN BEREICHEN ARBEIT, MEDIEN- UND KULTURPOLITIK, DIGITALPOLITIK, SOZIALPOLITIK, STEUER-, FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK, UMWELT-, ENERGIE- UND VERBRAUCHERPOLITIK SOWIE VERKEHRSPOLITIK

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Manu.

Wir kommen jetzt zu dem Kapitel „Technologischer Wandel und sozialer Fortschritt“.

Liebe Genossinnen und Genossen, schon mal als Hinweis: Im unmittelbaren Anschluss an die Beratung rufe ich auch die ordentlichen Anträge zu den Bereichen Arbeit, Medien- und Kulturpolitik, Digitalpolitik, Sozialpolitik, Steuer-, Finanz- und Wirtschaftspolitik, Umwelt-, Energie- und Verbraucherpolitik sowie Verkehrspolitik auf, weil die inhaltlich dazugehören.

Die Anträge, die als Änderungsanträge eingereicht worden sind, sind die Anträge 93 bis 118 auf den Seiten 55 bis 63 des Antragsbuches, und die Anträge liegen euch mit der Empfehlung der Antragskommission als Tischvorlage vor.

Das Wort für die Antragskommission zur Einführung in diesen Bereich hat zur Abwechslung Hubertus Heil.

HUBERTUS HEIL, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will daran erinnern, dass wir bei der zweiten großen Frage sind, die wir in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren klären wollen: nämlich neben der Zukunft Europas die Frage, wie wir aus technologischem Fortschritt sozialen und ökologischen Fortschritt machen wollen. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine Urgeschichte der Sozialdemokratie.

Ich habe in Vorbereitung auf diese Debatte ein Buch aus dem Jahre 1999 in die Pfoten bekommen - ist schon ein bisschen her.

Ich zitiere mal: „Neue Technologien, Vernetzungen, Flexibilisierung - wir stehen vor einer radikalen Veränderung der Marktwirtschaft. Ungebremst und ungestört führt die durch die Digitalisierung angestoßene Entwicklung unweigerlich zu einer Spaltung der Gesellschaft in eine Elite, die das hohe

Arbeitstempo bereitwillig mitmacht, und in eine neue Unterschicht, die sich zu einem guten Teil aus Aussteigern speist. Uns steht eine kulturelle Revolution, ein Kulturkampf um die richtigen Lebensweisen bevor.“

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist sehr hellsichtig 1999 von unserem verstorbenen Genossen Peter Glotz aufgeschrieben worden. Die Debatte ist also nicht besonders neu. Aber wir sind jetzt mitten in diesem Kulturkampf. Andrea hat darauf hingewiesen: Wir haben nicht die Aufgabe, technologischen Wandel aufzuhalten, aber wir müssen ihn gestalten.

Die durch die Digitalisierung getriebenen Geschäftsmodelle, dieser epochale Wandel der Arbeitsgesellschaft werden sich nicht aufhalten lassen. Denn Tatsache ist: Es sind Produktivitätskräfte, die wahnsinnige Produktivitätsfortschritte und wahnsinnige Chancen, neue Geschäftsmodelle, auch die Lösung gesellschaftlicher Fragen mit sich bringen.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, ob das ein Fortschritt für wenige oder viele Menschen wird, ist nicht entschieden. Deshalb muss dieser Prozess von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten politisch gestaltet werden. Die Zukunft ist offen, aber sie hat eben Risiken und Chancen. Und wir haben die Gestaltungsaufgabe, für die Zukunft der Arbeit und eine gerechte Gesellschaft im digitalen Kapitalismus zu kämpfen, mit einem starken Sozialstaat beispielsweise. Das ist unsere Aufgabe, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Aber wir dürfen es uns nicht zu einfach machen. Unsere Urgeschichte ist ja im 19. Jahrhundert, bei Industrie 1.0, einer - wie würde man heute sagen? - disruptiven Entwicklung. Auch damals gab es Angst und Verunsicherung. Viele kennen aus dem Deutschunterricht noch „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann. Da kam der mechanische Webstuhl in das schlesische Revier und hat Arbeitsplätze vernichtet. Und die Menschen machten sich Sorgen. Es gab aber zwei Reaktionen. Es gab die Maschinenstürmer, die versucht haben, den Fortschritt aufzuhalten, die mit Hacke und Spaten auf die Maschinen eingedrückt haben. Die haben historisch verloren. Und es gab die Arbeiterbewegung, die Arbeiterbildungsvereine, die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie, die gesagt haben: Wir wollen aus diesem Fortschritt für wenige einen Fortschritt für alle machen.

Diese Aufgabe stellt sich im digitalen Kapitalismus nun neu. Aber der Unterschied liegt in der rasenden Geschwindigkeit. Wir müssen deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, diese Diskussion intensiv führen.

Man muss keine Makrobetrachtung machen, sondern man kann das auch ein bisschen praktischer machen. Man kann sich fragen: Was heißt das für die Menschen in bestimmten Regionen Deutschlands in den nächsten Jahren? Wenn es zum Beispiel um die Notwendigkeit geht, Klimaschutzziele umzusetzen, was bedeutet das dann für Regionen, die sehr stark nicht nur von der Energieproduktion leben - darüber haben wir gestern schon diskutiert -, sondern beispielsweise auch von der Automobilindustrie, wenn es um Elektromobilität, um autonomes Fahren, um Digitalisierung geht?

Ich rede bewusst über meine Heimat und gucke deshalb meine Genossinnen und Genossen in meinem SPD-Bezirk Braunschweig an. Wir sind eine Automobilregion. Wir sind stolz darauf, und dabei geht es nicht nur um dieses eine Unternehmen, sondern auch um ganze Zulieferketten, die dahinter hängen. Wir wissen, auch da wird sich vieles ändern. Aber was wird eigentlich zum Beispiel in Salzgitter mit einem Motorenwerk, das auf Verbrennungsmotoren spezialisiert ist, und mit der gesamten Zulieferindustrie, wenn es Stück für Stück zu neuen Antrieben kommt, zum Beispiel auch zur Elektromobilität? Schaffen wir es, moderne Batteriezellenproduktion nach Deutschland zu holen? Wie viele Menschen arbeiten da, und welche Qualifizierung brauchen sie?

Wir stehen vor erheblichen Brüchen. Wir dürfen den Menschen nichts vormachen. Wir werden den Wandel nicht aufhalten, im Gegenteil: Wir müssen diesen Weg gehen. Aber er muss gestaltet wer-

den. Das heißt, wir brauchen eine starke aktive staatliche Strukturpolitik, damit es nicht zu Brüchen kommt.

Ich kann es auch anders sagen: Viele von euch haben den Film in der ARD kurz vor der amerikanischen Präsidentschaftswahl gesehen, der leider sehr prophetisch war und den Titel hatte: „Warum Trump Clinton schlagen kann“. Das war eine Reise nach Amerika, bis in den Rust Belt, wo Arbeiter immer demokratisch gewählt haben, weil die Gewerkschaften ihnen gesagt haben: Es ist besser für Arbeiter, demokratisch als republikanisch zu wählen. Warum dieses Mal Arbeiter einen Immobilienmilliardär gewählt haben, der ihnen als Erstes die Krankenversicherung wegnimmt - auf die Idee muss man erst mal kommen! Die Antwort ist: Frust und Hoffnungslosigkeit.

Nun sind wir weit weg von solchen Verhältnissen. Aber Sorge um die Zukunft haben schon viele.

Da greife ich das auf, was vorhin dankenswerterweise mein Nachfolger Lars Klingbeil gesagt hat. Liebe Genossinnen und Genossen, die SPD wird diese Kraft nicht haben als eine Partei der Verzagtheit und der Angst. Wir müssen eine Partei der realistischen Hoffnung, der Gestaltung der Verhältnisse sein. Nicht Kleinmut, nicht Verzagtheit, nicht Angst und Feigheit, sondern die Vision von einem besseren Leben durch technischen Fortschritt und soziale Gestaltung, das ist das, was wir offensiv aufnehmen müssen. Keine Defensive, Offensive ist das, was wir brauchen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und wer soll es denn machen? Sollen es die Grünen machen? Ich glaube das eher nicht. Soll es die CDU machen, die wirtschafts- und sozialpolitisch einen blinden Fleck hat? Ich glaube es nicht. Die FDP auch nicht, von der Linkspartei ganz zu schweigen. Das sind die Maschinenstürmer von heute.

Zur Gestaltungsaufgabe der Sozialdemokratie gehört, aus wirtschaftlichem und technischem Fortschritt sozialen Fortschritt für alle Menschen zu machen. Das betrifft nicht nur ein Politikfeld, sondern viele. Deshalb schlagen wir euch in diesem Leitantrag vor, dass wir uns auf diesen Weg machen. Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass das nicht von den ökologischen Fragen unserer Zeit zu trennen ist. Deshalb ist der Vorschlag gleich auch in der Antragskommission, dass wir schon den Titel leicht ändern, nämlich sagen, wie wir aus technischem Wandel sozialen und ökologischen Fortschritt machen; denn übrigens soziale und ökologische Fragen bedingen auch einander in bestimmten Spannungsverhältnissen.

Ich will aber noch zum Schluss sagen, warum wir in dieser Debatte über die Erneuerung der SPD auch programmatisch in diesem Bereich auf den Punkt kommen müssen. Wir haben nicht zufällig als Parteivorstand diese vier Themen vorgeschlagen: Europa, technischer Wandel und sozialer Fortschritt, Zusammenhalt der Gesellschaft und eben auch die Frage, wie es um die Zukunft unserer Demokratie bestellt ist. Wir haben deshalb diese vier Themen genannt, weil wir da Klärungsbedarf in der SPD sehen.

Auch das ist ein Teil der Analyse, warum wir Wahlen verloren haben. Ja, wir hatten ein gutes Wahlprogramm. Wir waren in vielen Bereichen sehr konkret, so konkret, dass uns die politische Konkurrenz schon vorgehalten hat, wir seien eine Dalmatiner-Partei, wir hätten für alles ein Punkte-Programm. Aber die Wahrheit ist, dass es auch Politikfelder gab und gibt, in den wir Klärung nicht in der SPD haben, sondern in denen wir mit verbindenden Sprachregelungen arbeiten, aber dann im Übrigen unklar bleiben.

Ich will das hier offen ansprechen anhand von zwei Bereichen, die wir alle kennen. Wir haben im Bereich der Zukunft der Energieversorgung Klärungsbedarf und unterschiedliche Auffassungen, je nach Regionen in Deutschland. Zwischen Lausitz und rheinischem Revier und anderen, die aus einer anderen Ecke kommen, gibt es erhebliche Unterschiede. Wir übertünchen das mit wohlfeilen Überschriften.

Oder auch im Bereich dessen, was ich vorhin zum Thema Automobil angesprochen habe. In diesem Bundestagswahlkampf spielte das Thema Dieselgate und Automobilindustrie eine erhebliche Rolle. Wir hatten auch da ein Punkte-Papier. Da haben sich alle wiedergefunden, von Stephan Weil bis

Barbara Hendricks. Aber erkannt wurden wir nicht mehr. Wir müssen solche Fragen offen miteinander diskutieren und strittig auch wieder klären.

Meine Analyse ist, dass das Trauma der Agenda-Auseinandersetzung uns manchmal übrigens dazu gebracht hat, Dinge nicht mehr zu klären, sondern zu verkleistern, weil wir uns nicht wieder wehtun wollten. Wir müssen den Mut zum Streit und zur Klärung in der SPD haben, nicht respektlos, um die anderen niederzuringen, aber um eine klare Position zu haben, die Menschen Orientierung in zentralen Fragen gibt. Das betrifft die Wirtschaftspolitik. Das betrifft die Bildungspolitik. Das betrifft die Umweltpolitik. Nur, wenn die SPD auch konkret erkennbar ist und aus dem Konkreten auch die Ahnung ist, welche Haltung wir für die Zukunft der Gesellschaft annehmen, werden wir eine Chance zum Erfolg haben.

Meine letzte Bemerkung. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bin der festen Überzeugung, die SPD muss eine eigene und wahrnehmbare Kompetenz im Bereich der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sich auch wieder erarbeiten. Die SPD wird sich nicht allein als Klempner und Reparaturbetrieb im Kapitalismus der Sozialpolitik erschöpfen können, sondern wir haben die Aufgabe von politischer und ökonomischer Gestaltung.

Deshalb bin ich ganz froh, dass viele in der SPD daran arbeiten, in den Ländern, in den Kommunen, auf der europäischen Ebene. Das fügt sich auch in die europäische Debatte ein, die wir vorhin geführt haben. Wir brauchen eine eigenständige sozialdemokratische Erzählung über die wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Landes. Wirtschaftspolitik, liebe Genossinnen und Genossen, ist nicht das Abschreiben von Positionspapieren von Interessenverbänden, sondern das ist eine allgemeinwohl-orientierte Wirtschaftspolitik. Wir wollen Fortschritt für alle und nicht für wenige Menschen. Das unterscheidet uns von den anderen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Hubertus. Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe jetzt schon fast 30 Wortmeldungen. - Klaus, ein Geschäftsordnungsantrag.

KLAUS BARTHEL, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß jetzt nicht, ob ich es richtig verstanden habe. Aber wenn ich es richtig verstanden habe - Hubertus hat nichts dazu gesagt -, ist jetzt daran gedacht, mit diesem Leitantrag des Parteivorstands die ganzen Anträge aus dem Antragsbuch aus allen Arbeitsbereichen, angefangen von Arbeit über Rente bis hin zu Umwelt, Frieden usw., mit abzuhandeln. Ihr habt ja das Antragsbuch vor euch. Das sind die fristgerecht bis zum 6. Oktober eingegangenen Anträge. Da sind unheimlich viele Sachen dabei, und ich wehre mich jetzt etwas dagegen, die in die ganze große Soße hineinzurühren und jetzt querbeet zu diskutieren. Der eine sagt was zu Arbeit, der Nächste sagt was zum Frieden und der Übernächste zur Umwelt. Da kommen wir völlig durcheinander.

(Beifall)

Ich will also hier beantragen, dass die Beratung so nach den Kapiteln stattfindet, wie es auch im Antragsbuch ist, damit wir uns aufeinander beziehen können, damit wir wissen, worüber wir reden, und damit wir nachher vernünftig abstimmen können und damit das Ganze einen Sinn macht und dass vor allen Dingen nicht einfach alle Anträge, die aus den Gliederungen kommen, irgendwohin überwiesen werden und diese Leitantrags-, Initiativantragskultur wieder neue Urständ feiert.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Klaus, dann würde ich mal die Gegenrede dazu halten. Ich glaube, dass die Delegierten bisher bewiesen haben, dass sie durchaus in der Lage sind, die Anträge, die wir hier zur Abstimmung gestellt haben, auch entsprechend zu bewerten. Letztlich geht es ja auch nicht um die Frage, wohin sie überwiesen werden oder ob sie angenommen oder abgelehnt werden. Es gehört inhaltlich zusammen. Insofern werden natürlich die Anträge auch getrennt abgestimmt.

Wir werden nur die Bereiche - da hat übrigens Frieden nichts damit zu tun -, die wirtschaftspolitische Themen betreffen - dazu gehört eben auch das Medienrecht, dazu gehört Umwelt- und Energierecht und Verbraucherpolitik -, zusammen beraten, so wie wir es jetzt schon den ganzen Morgen getan haben. Deshalb würde ich herzlich darum bitten, dass wir das auch so beibehalten. Ansonsten wird es nämlich auch vom Verfahren her schwierig.

So. Deshalb würde ich auch gerne darüber abstimmen lassen. Wer dafür ist, dass wir so verfahren, wie das Klaus Barthel vorgeschlagen hat, dass das nämlich jetzt alles erst mal getrennt wird - dann müssten wir auch mal kurz unterbrechen -, statt es so wie geplant im Zusammenhang zu beraten, weil es sich alles auf den Leitantrag bezieht, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dafür ist, so zu beraten wie bisher? - Das Zweite ist die Mehrheit.

Liebe Genossinnen und Genossen, dann können wir mit der Antragsberatung beginnen. Als Erster hat das Wort Robert Drewnicki. Ihm folgt Margit Reisewitz. - Ist der Robert da? Er kommt.

ROBERT DREWNICKI, BERLIN:

Danke schön. Jetzt bin ich außer Atem, wunderbar. Das ist der Vorteil, wenn man sich gestern schon gemeldet hat. Dann ist man tatsächlich der Erste.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte euer Augenmerk auf eine Passage in dem Leitantrag in dem jetzigen Kapitel richten. Auf Seite 12 geht es um unseren Vorschlag aus Berlin zum Thema solidarisches Grundeinkommen. Ich habe jetzt schon gelernt, dass mit dem Begriff der einen oder andere nichts anfangen kann bzw. dass der Verdacht besteht, dass wir hier dem bedingungslosen Grundeinkommen das Wort reden. Genau das ist es nicht. Es ist genau was anderes; es hat nämlich damit zu tun, dass die Gesellschaft Arbeit schafft und dafür eben auch Arbeit entgegengenommen wird und man nicht einfach ein bedingungsloses Grundeinkommen bekommt.

Die Antragskommission hat hier einen Vorschlag gemacht, der zum einen den Begriff rausstreicht. Das finde ich vollkommen in Ordnung. Das ist, glaube ich, kein Problem, wenn man das durch die Zeilen hier ersetzt, die vorgeschlagen sind.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, der Michael Müller hat sich in seiner Funktion als Bundesratspräsident in einem längeren Artikel mit der Problematik auseinandergesetzt, die wir hier auch besprechen. Digital und sozial, da geht es um die Automatisierung. Da geht es um die Herausforderungen, die auf uns zukommen - Hubertus hat da ja eben auch gut eingeleitet - und denen wir uns hier stellen müssen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist genau jetzt die Frage. Die Gesellschaft redet darüber: Braucht es die Sozialdemokratie noch?

Genau das ist es. Es braucht die Sozialdemokratie für diese vierte industrielle Revolution, und deswegen müssen wir unseres Erachtens jetzt auch einen Cut machen. Wir müssen aufhören, an der Agenda-Politik herumzudoktern und zu versuchen, an der einen oder anderen Stelle etwas ein bisschen besser oder weniger prekär zu machen und uns etwas Neues einfallen zu lassen.

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist jetzt genau die Zeit für eine neue soziale Agenda. Diese neue soziale Agenda muss viele Punkte beinhalten. Sie muss natürlich unsere Bürgerversicherung beinhalten.

ten, sie muss natürlich auch die Frage beinhalten, wie wir eine gerechte und sichere Rente schaffen. Aber das Kernstück, was uns Vertrauen und auch Austritte gekostet hat, ist die Hartz-IV-Reform. Wir versuchen seit Jahren, gerechter zu machen, was wir offensichtlich am Ende aber nicht - durch Vertrauen ausgedrückt - gerecht kriegen. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, müssen wir genau jetzt diesen Sprung machen.

Das solidarische Grundeinkommen ist ein erster Weg dahin. Es geht hier um sozialversicherungspflichtige Arbeit, es geht um reguläre Arbeit, aber im Dienst der Gemeinschaft und der Kommunen. Wie gesagt: Die Debatte beginnt erst. Michael Müller hat einen Aufschlag zu dieser Debatte gemacht, und jetzt ist der richtige Moment, auch darüber zu diskutieren. Da ist es nicht so interessant und so wichtig, wie das Kind heißt.

Liebe Genossinnen und Genossen, der zweite Vorschlag der Antragskommission ist, eine ausführliche Analyse der Folgen der Agenda durchzuführen und erforderliche Veränderungen zu erarbeiten. Ich glaube, die Agenda haben wir ausführlich genug analysiert - gerade auch hier auf diesem Bundesparteitag. Lasst uns jetzt sagen, dass wir diesen Weg zu einer neuen sozialen Agenda gehen, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen beantrage ich, dass dieser Satz auf Seite 14 - Zeile 6 bis 8 - gestrichen wird.

Wenn wir uns für das „solidarische Grundeinkommen“ als Begriff begeistern können, ist es gut, aber der andere Vorschlag aus der Antragskommission umschreibt im Prinzip, was wir erreichen wollen. Lasst uns jetzt Mut haben!

Zur Finanzierung dieses umfangreichen Systems gehört natürlich die Einführung der Vermögensteuer. Auch darüber haben wir schon lange und viel geredet.

Das sind genau die Dinge, die wir jetzt miteinander vereinbaren müssen. Lasst uns von diesem Bundesparteitag sagen: Wir doktern nicht an der Agenda-Politik herum, sondern das ist jetzt der Moment, an dem wir sagen: Wir wollen eine neue soziale Agenda schaffen. Und das ist es, wofür Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Zukunft stehen - und nicht für etwas, was 2005 vielleicht richtig war, uns aber eben auch das an Vertrauen gekostet hat, was wir in den letzten 15 Jahren einbüßen mussten. - Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Robert. - Liebe Genossinnen und Genossen, Robert hat jetzt etwas mehr als drei Minuten beansprucht. Da wir jetzt immer weitere Wortmeldekarten bekommen und wir jetzt schon über 30 Wortmeldungen haben, würde ich vorschlagen, dass wir für diese Debatte die Redezeit auf 3 Minuten begrenzen, damit auch alle zu Wort kommen, wenn das Plenum noch voll ist.

Darüber würde ich aber gerne abstimmen lassen. - Wer dafür ist, dass wir eine Redezeit von drei Minuten für diese Debatte jetzt vorsehen, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wäre das so beschlossen. - Vielen Dank.

Jetzt hat Margit Reisewitz das Wort. - Ihr folgt Michael Müller - nicht der aus Berlin, sondern der von den NaturFreunden.

MARGIT REISEWITZ, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben viel von Fehlern gehört, die wir im Wahlkampf gemacht haben, und dass wir aus Fehlern lernen müssen. Ein Fehler war ganz besonders, dass wir zum Thema Rente nicht klar genug Stellung bezogen haben.

Ja, wir hatten mehr zu sagen als die CDU, die das Thema in eine Kommission verschieben wollte. Ja, wir haben gute Ansätze zum Thema Rente im Wahlprogramm gehabt, wie die Einbeziehung der Selbstständigen in die Solidarrente, das Stoppen der Rentensenkungen. Sehr gut! Aber das reicht nicht. Wir brauchen viel weitergehende Schritte.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen die gesetzliche Rente stärken und zukunftssicher machen. Ein entscheidender Schritt auf diesem Weg ist: Keine Steuermittel mehr in die sogenannte Riesterrente!

(Beifall)

Die Riesterrente ist gescheitert, weil diejenigen, die sie brauchen, sie sich nicht leisten können und weil diejenigen, die sie sich leisten können, ein biblisches Alter erreichen müssen, um überhaupt das herauszubekommen, was sie eingezahlt haben - keine Rendite.

(Beifall)

Deshalb fordern wir in unserem Antrag, keine Steuermittel mehr in neue Riesterverträge hineinzutun.

Unser Antrag geht aber noch weiter. Wir brauchen mehr Transparenz bei den Leistungen der Rentenversicherung, die eigentlich aus Steuermitteln bestritten werden. Wenn immer gesagt wird, die Rentenversicherung braucht Zuschüsse aus Steuermitteln, dann stimmt das nicht. Die Beiträge reichen aus, wenn man die Rentenversicherung nicht mit versicherungsfremden Leistungen belastet.

Ein letzter Punkt, der uns wichtig ist: Wir hören viel davon, dass viele Leute gar nicht das Rentenalter erreichen. Andrea Nahles zitiert immer ihren Vater, der Maurer war. Ja, es gibt Berufe, die physisch wie psychisch so hart sind, dass man das Renteneintrittsalter nicht erreicht.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sind die Partei der Gerechtigkeit. Also müssen wir dem Gedanken nähertreten, dass physisch und psychisch belastende Berufe in der Rente Extra-Entgeltpunkte bekommen, um einen Ausgleich zu schaffen. Das lässt sich sicher nicht von heute auf morgen machen. Deshalb ist unsere Forderung, das zu untersuchen, eine Untersuchung zu machen, die die Zusammenhänge zwischen den ausgeübten Tätigkeiten, der Lebenserwartung und der Rentenbezugsdauer klarstellt.

Also, lasst uns einen Fehler aus dem Wahlkampf korrigieren! Lasst uns ein überzeugendes Konzept zur Rente vorlegen, ein Konzept, das Altersarmut verhindert! Das ist nicht nur bitter nötig, sondern das wird auch die Fragen, die die Menschen an uns stellen, beantworten und die entsprechenden Ängste beseitigen können.

Lasst uns diese Aufgabe angehen. Deshalb bitten wir um eure Zustimmung.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Margit. - Das Wort hat jetzt Michael Müller. Ihm folgt Christine Negele.

MICHAEL MÜLLER, VORSITZENDER DER NATURFREUNDE:

Liebe Genossinnen und Genossen! Hierüber steht: „Antrag der NaturFreunde“. Ich will aber sagen: Das ist ein Antrag, den wir mit denen abgestimmt haben, die in den Umweltverbänden der SPD nahe stehen. Das ist also ein Angebot von uns.

Der Kern des Angebots ist: Wir sollten das als eigenständigen fünften Punkt setzen.

Es kann nicht sein, dass man die Dimension der Herausforderung des Klimawandels so behandelt, wie man das zum Teil tut. Das geht nachdem, was Martin Schulz gestern zu dem Thema gesagt hat, auch aus meiner Sicht nicht. Es muss als große Menschheitsherausforderung beschrieben werden und nicht als Anhängsel an andere Themen. Das funktioniert nicht. Ich finde, es ist eine zentrale Frage des Friedens, der Gerechtigkeit, des Fortschritts. Dann muss man das auch als eigenständigen Punkt beschreiben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will einmal klarmachen, um was es geht: Das Thema Klimawandel ist schon mehr als hundert Jahre alt, aber zu einem politischen Thema ist es in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre geworden. Wir haben 1992 weltweit den Klimarahmenvertrag beschlossen, in dem steht, dass wir die Emissionen senken wollen. Seit dieser Zeit haben sich die treibhausgaswirksamen Emissionen verdoppelt. Es wurde nichts gesenkt; verdoppelt haben sie sich! Was das bedeutet, will ich nur an ein paar Sachen klarmachen.

Wir hatten im letzten Jahr weltweit 22 Millionen klimabedingte Flüchtlinge. Wir können nicht über das Flüchtlingsproblem reden, wenn wir nicht auch über die Ursachen reden, und das ist eine zentrale Ursache.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn ich Deutschland betrachte: Wenn ich das Budget der Kohle naturwissenschaftlich auf die Konzentration in der Atmosphäre umrechne, dann müssten wir eigentlich in neun Jahren aus der Kohle raus sein, wenn wir das Klimathema ernst nehmen würden.

Es ist doch nicht so, dass das Willkür ist. Es ist doch nicht so, dass wir sagen, wir sehen die regionalen Probleme nicht, sondern wir müssen hier zu einer Gesamtstrategie kommen, um den Umbau sozialverträglich hinzubekommen. Wir müssen den Umbau aber machen, weil die Folgen sonst noch viel dramatischer und viel schlimmer sein werden.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist – das muss man auch wissen – ein Problem, das wir hier erzeugen, aber das zuerst die ärmsten Regionen der Welt trifft. Das ist das Entscheidende. Diese Regionen können sich nicht anpassen. Beispielsweise Indonesien kann sich nicht an die Klimaänderungen, an die Wetterextreme anpassen. Künftige Generationen können nicht mehr ausweichen.

Wir müssen wissen: Der Klimawandel hat einen zeitlichen Vorlauf von ungefähr 50 Jahren. Deutschland hat sich in Paris mit dafür eingesetzt, dass wir die Erwärmung möglichst bei 1,5 Grad stoppen. Im Augenblick sind wir, wenn ich die 50 Jahre einrechne, kurz vor den 1,5 Grad. Es ist nicht so, dass wir noch Zeit haben. Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, können wir das nicht spiegelstrichartig behandeln, sondern wir müssen sagen: Das Thema „Gerechtigkeit, Umwelt, Klima und künftige Struktur unserer Arbeitswelt“ ist eine Einheit, daraus machen wir eine Gesamtstrategie.

Ich bitte, dass es in dieser schwierigen Situation nicht zu einer Spaltung zwischen Gewerkschaften und der Umweltbewegung kommt,

(Beifall)

sondern ihr, die Sozialdemokratie, habt den Schlüssel, dass das nicht passiert. Macht das deshalb bitte zu einem eigenständigen Punkt! Das ist die zentrale Frage, wie künftig Fortschritt auszusehen hat.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Michael. - Jetzt hat Christine Negele das Wort. Ihr folgt Jochen Ott.

CHRISTINE NEGELE, BAYERN:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen Ich habe mich zu den Rentenanträgen gemeldet – das sind die Anträge S1 bis S42 – , weil sie ja geschlossen in eine Kommission verwiesen sind. Im Leitantrag steht: Wir müssen auch unser Sozialsystem verändern. Dann gibt es noch einen zweiten Satz, der ähnlich lautet. Ansonsten ist zum Umbau der Rente kaum etwas darin.

Wir brauchen aber eine grundsätzliche Diskussion über den Umbau und die Sicherung unserer Sozialversicherungssysteme: Gesundheit, Arbeit und Rente. Seit über 20 Jahren drücken wir uns um eine wirkliche Rentenreformdebatte. Wir haben immer wieder mal Reförmchen, wir haben Diskussionen und Nachbesserungen: zweite Säule, dritte Säule. Wir diskutieren aber nicht, wie wir die erste Säule stärken können,

(Beifall)

wie wir die Verbreiterung der Einnahmeseite hinkriegen. Wir müssen endlich einmal diese grundsätzliche Diskussion führen, die wir nicht von einem Parteitag zum anderen, zum Konvent, zu Kommissionen usw. verschieben können.

Ich bitte wirklich sehr darum, wenn schon eine Kommission gegründet wird – sie wurde ja schon im Juni 2017 gegründet – : es stehen noch keine Personen daneben. Wir wissen nicht, wer dafür verantwortlich ist, anders als bei der Kommission, die sich um die Steuer kümmert. Das verunsichert mich sehr. Ich würde ganz gerne wissen: Wer nimmt das denn in die Hand? Warum steht in diesen Monaten noch niemand fest? - Von daher haben wir auch keine Zuständigkeit.

Deswegen möchte ich, dass zu dieser Kommission auf jeden Fall eine Überweisung an den Parteivorstand zur Aufnahme in „SPD erneuern“ beschlossen wird, dass das nicht in irgendeiner Kommission verschwindet, sondern dass klar ist: Das gehört jetzt in den Erneuerungsprozess. Wir können jetzt mit der Diskussion anfangen.

Ich bitte auch darum, dass der Bericht und die Empfehlung dieser Kommission nicht erst beim nächsten Ordentlichen Parteitag vorgelegt werden – dann ist es nämlich zu spät – , damit die Untergliederungen abgleichen können, ob sich die Anträge, die über Jahrzehnte eingereicht wurden und immer nicht diskutiert wurden, dann im Bericht und in den Empfehlungen wiederfinden. Wir brauchen das also mindestens sechs Monate vor dem nächsten Ordentlichen Parteitag in den Untergliederungen, damit wir sehen können, ob das, was dort erarbeitet wurde, wirklich den Anträgen entspricht, die wir seit Jahrzehnten immer wieder einreichen und die seit Jahrzehnten immer wieder nicht diskutiert wurden.

(Beifall)

Ich bitte sehr darum, dass die Antragskommission da jetzt nachbessert und uns das zusagt. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Christine. - Jetzt hat Jochen Ott das Wort. Ihm folgt Gabriel Kunze.

JOCHEN OTT, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche zu dem Initiativantrag 12: Stoppt die Privatisierung

der Bundesanteile des Flughafens Köln-Bonn und verhindert die Wahl von Friedrich Merz zum Aufsichtsratsvorsitzenden!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, Flughäfen sind für uns Bestandteil der Infrastruktur. Damit gehören sie zur Daseinsvorsorge. Wir müssen dafür sorgen, dass wichtige Infrastruktur in öffentlicher Hand bleibt. Gestern haben wir viel darüber diskutiert. Ein starker Staat nicht nur bei Strom und Wasser, sondern auch bei Flughäfen ist von besonderer Bedeutung, insbesondere deshalb, weil nur dann die Interessenkonflikte, die rund um Flughäfen entstehen, vernünftig abgewogen werden können und sich Flughäfen nachhaltig entwickeln. Das bedeutet natürlich, die Wirtschaftlichkeit im Blick zu haben, aber immer auch ökologische und soziale Fragen mit zu bedenken, weil das alles zur Nachhaltigkeit gehört.

Die Bundesregierung bzw. der Bundesfinanzminister hat erklärt, dass er die Bundesanteile an dem Flughafen Köln-Bonn – etwa 30 Prozent - veräußern möchte. Darüber hinaus hat die CDU-geführte Landesregierung von Nordrhein-Westfalen vor Kurzem Kurt Bodewig aus dem Aufsichtsrat abberufen und Friedrich Merz in den Aufsichtsrat des Flughafens entsandt. Ministerpräsident Laschet möchte, dass Friedrich Merz Aufsichtsratsvorsitzender wird. Damit verstößt die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen gegen ihren eigenen Corporate-Governance-Kodex, der klar regelt, in wie vielen Gremien man sitzen darf und wie viele Aufsichtsratsvorsitze eine Person haben soll. Darüber setzen sich CDU und FDP hinweg, weil sie der Meinung sind, Merz sei ein besonderer Experte.

Darüber hinaus handelt es sich um die spannende Frage, ob hier eigentlich über den Corporate-Governance-Kodex hinaus Interessenkonflikte geltend gemacht werden müssen. Friedrich Merz ist Vorsitzender der deutschen Tochter von Blackrock, einer weltweit agierenden Heuschrecke. Wir sind der festen Überzeugung, dass es deshalb falsch ist, eine solche Person an die Spitze eines Unternehmens, das sich in der öffentlichen Hand befindet, in den Aufsichtsrat zu entsenden.

(Beifall)

Nach der Entscheidung über Glyphosat war klar, dass es eine Kampfansage der CDU-Ministerien gegen die SPD-Regierung bzw. die Teile der SPD in der Bundesregierung gibt. Jetzt haben wir zum zweiten Mal eine solche Situation. Mit der Wahl von Friedrich Merz gäbe es wieder eine solche Kampfansage. Wir haben gestern gesehen, wie wichtig es ist, deutlich zu machen, dass wir der CDU bestimmte Sachen nicht mehr durchgehen lassen. Deshalb ist deutlich: Das kann die CDU nicht allein entscheiden, sondern sollte dieser Parteitag festlegen – da bitte ich euch alle um eure Unterstützung und danke der Antragskommission für ihre Formulierungen – : Stoppt die Privatisierung der Bundesanteile des Flughafens Köln-Bonn und verhindert die Wahl von Friedrich Merz zum Aufsichtsratsvorsitzenden! - Herzlichen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Jochen. - Jetzt hat Gabriel Kunze das Wort. Ihm folgt Sascha Karolin Aulepp.

GABRIEL KUNZE, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte als Vorsitzender SPD in Bonn dem Jochen und dem Unterbezirk Köln ganz herzlich für diesen Antrag danken, den wir natürlich voll unterstützen. Der Flughafen ist für uns in der Region ein wichtiger Standortfaktor und ein wichtiges Logistikzentrum. Es ist sehr wichtig und sehr gut, dass der Staat dort die Hand darauf hat. Denn wozu es führt, wenn der Staat solche Dinge aus der Hand gibt, wissen wir spätestens, seitdem wir wissen, welche Probleme die große Privatisierung der Wohnungsunternehmen mit sich gebracht hat. Deswegen möchte

ich hier an dieser Stelle noch einmal um eure Unterstützung für diesen Antrag werben. Tut unserer Region etwas Gutes und behaltet das in staatlicher Hand! Lehnt die Privatisierung ab und sorgt dafür, dass Merz nicht der Vorsitzende dieses Aufsichtsrats wird! - Vielen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Gabriel. - Jetzt hat Sascha Karolin Aulepp das Wort. Danach folgt Reinhard Brüggemann.

SASCHA KAROLIN AULEPP, BREMEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Hubertus hat gerade gesagt, dass wir in die Offensive gehen müssen, damit der Nutzen von Modernisierung und Digitalisierung zu sozialem Fortschritt wird. Das ist richtig, liebe Genossinnen und Genossen. Deshalb ist es auch gut und richtig, dass im Leitantrag steht, dass unser roter Faden immer die gerechte Teilhabe aller am gesellschaftlichen Fortschritt ist, und dass der Garant dafür und für einen starken sozialen Staat die SPD, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, ist.

Wir in Bremen finden, dass es unserer Partei gut zu Gesicht steht, das ausdrücklich in den Leitantrag aufzunehmen, in drei Punkten deutlich zu sagen, dass wir für Lohngerechtigkeit und steigende Reallöhne kämpfen, dass die Modernisierungsgewinner nicht ihr Vermögen mehren, sondern in gute Arbeitsplätze investieren, und dass drittens hohe Vermögen und hohe Einkommen stärker zur Finanzierung des Sozialstaats herangezogen werden sollen.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen, möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich werben für die unveränderte Annahme unseres Änderungsantrags, des Änderungsantrags 93, um damit ein starkes Signal nach außen zu senden. - Vielen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt spricht Reinhard Brüggemann. Ihm folgt Arno Klare.

REINHARD BRÜGGEMANN, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte zum Initiativantrag 14 sprechen: Klimaschutz und Energiewende beschleunigen.

Nach wie vor wird unter dem Thema Energiewende eine Stromwende besprochen. Dabei macht der Strom hierbei gerade ein Drittel der Energie aus, die wir verbrauchen. Die Energiewende, die wir zurzeit propagieren, hat wesentliche Lücken. Diese Lücken können wir nicht durch ideologische, sondern durch technische Lösungen schließen. Ein noch so deutlich gefasster Beschluss wird die Naturgesetze nicht aufheben.

Ja, wir haben eine Verantwortung für die folgenden Generationen. Wir haben aber auch eine Verantwortung für die jetzt lebende Generation und auch eine Verantwortung für die Kumpel und deren Familien, die in der Kohle in Lohn und Brot stehen.

Die CO₂-Reduzierung ist ein wichtiger Bestandteil zur Reduzierung der Erderwärmung. Aber bei aller Diskussion über die CO₂-Reduktion haben wir weitestgehend die anderen schädlichen Umweltgase aus den Augen verloren. Als Ingenieur bin ich daran gewöhnt, einen zweiten und dritten Lösungsvorschlag, einen Plan B, zu haben, wenn Plan A nicht greift. Ich bitte euch, darüber nachzudenken, ob wir uns nicht für einen Plan B oder C entscheiden, der parallel zu dem wichtigen Plan A der CO₂-Reduzierung aufgenommen wird.

Bitte sorgt dafür, dass wir auf wissenschaftlicher Ebene über eine Erhöhung der Reflektionsrate der Erde nachdenken, um somit die Erderwärmung auch dann zu stoppen, wenn die Klimaziele, die viel beschworen werden, nicht eingehalten werden. - Danke schön.

(Beifall)

HEINO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Reinhard. - Jetzt hat Arno Klare das Wort. Ihm folgt Guido van den Berg.

ARNO KLARE, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte etwas sagen zu dem Initiativantrag 14 - Klimaschutz und Energiewende beschleunigen. In dem Antrag steht etwas durchaus Richtiges. Ich bin aber nicht ganz sicher, ob die Frage, die da aufgeworfen wird, nämlich wie geht Strukturwandel, wirklich in diesem Antrag hinreichend beantwortet ist.

Ich komme aus einer Region im Ruhrgebiet, die Strukturwandel kennt. Wir machen das seit 60 Jahren. Das heißt schon einmal, es dauert lange und es geht nicht von heute auf morgen.

Die letzte Zeche aus der Gegend, aus der ich komme, ist bereits 1964 zugemacht worden. 1966, mit der ersten sozialdemokratischen Regierung in Nordrhein-Westfalen, der Regierung Kühn, ist der Strukturwandel erst systematisch angepackt worden, was zur ersten Schlussfolgerung führt: Nur wir können Strukturwandel, nur die Sozialdemokraten, und die anderen eher nicht. Das haben wir in Nordrhein-Westfalen bewiesen. Das muss für die anderen Gegenden, um die es geht, die Lausitz im Braunkohlerevier auch gelten.

Ich glaube, wir müssen etwas Genaueres sagen. In diesem Antrag steht. Den Menschen vor Ort eine Perspektive geben, und wird ein Energiewende-Konjunkturprogramm, EKP abgekürzt, gefordert. Das ist mir zu wenig konkret. Was heißt das? Ich kann mich nicht vor 20 000 Menschen stellen und das fordern, ohne zu sagen, wohin es gehen kann. Da müsste man darüber nachdenken, ob es nicht möglich ist, das, was wir modern denken, Energiewende, Klimawandel, zusammenbringen mit der Technologie. Ich erinnere daran, dass es möglich ist, das CO₂, das ein Kraftwerk emittiert, zum Rohstoff zu machen. Carbon captured Utilisation, CCU, heißt das. Für die Fachleute ist das ein durchaus bekannter Begriff. Dort können wir eine Perspektive finden, um das Neue mit der vorhandenen Kompetenz, dem Alten zu verbinden. Nur so wird eine Perspektive daraus. Wenn wir diese Perspektive den Menschen, die dort arbeiten, nicht eröffnen können, dann werden die uns nicht folgen. Ich möchte, dass sie uns folgen.

Ich möchte, dass wir das 1,5-Grad-Ziel erreichen. Aber das müssen wir in einer Kombination dieser Technologien machen, ohne dass es zu Brüchen kommt. Ich fürchte, dass dieser Antrag, so vernünftig er ist, diese Brüche leider nicht verhindert.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Arno. Jetzt kommt Guido van den Berg. Nach ihm hat das Wort Claudia Moll.

GUIDO VAN DEN BERG, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, auch ich will zu diesem Initiativantrag sprechen. Ich komme selber aus dem rheinischen Braunkohlerevier. Ich finde, Martin Schulz hat das gestern exakt auf den Punkt gebracht. Es ist keineswegs so, dass wir da irgendwie Flöze oder Briketts im Kopf haben oder glauben,

dass das eine Technologie sei, die über Jahrzehnte noch so weitergeht. Wir sind vielmehr längst auf einem, wie ich finde, sehr vernünftigen und sehr verantwortlichen Abbaupfad, wie es gelingen kann, Kohlemengen zu reduzieren und am Ende auch CO₂ zu reduzieren. Die Kolleginnen und Kollegen in der Lausitz, im mitteldeutschen Revier, haben das auch längst erkannt.

Deswegen finde ich es immer schwierig, wenn aus anderen Landesverbänden solche Anträge auf uns zukommen, wo so getan wird, als hätten wir den Knall nicht gehört und uns erklärt werden muss, ihr müsst jetzt endlich mal erkennen, dass die Klimawende ansteht und eine Energiewende gemacht werden muss.

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist nicht so. Glaubt uns das!

Meine herzliche Bitte ist, wahrzunehmen, was wir dort leisten. Wir sind im Augenblick dabei, mit Sicherheitsbereitschaft, mit dem Auslaufen von Tagebauen in einem Jahrzehnt die CO₂-Reduktion allein im rheinischen Revier rund um die Hälfte zu reduzieren. Zeigt mir mal einen anderen Sektor im Bereich Wohnen, im Bereich Mobilität, Verkehr, wo das in so kurzer Zeit geschafft wird.

Natürlich kann man dann immer noch sagen: Meine Güte, das ist ja eine Gegend, in der so viel CO₂ emittiert wird. Das kann man gerne sagen. Aber ich sage euch eines: Guckt einmal kritisch auf die Bilanzen eurer eigenen Bundesländer. In Baden-Württemberg 40-Prozent-Ziel. Wisst ihr, wie viel ihr davon erreicht habt? - Der Wert beträgt 11,1 Prozent. Rheinland-Pfalz: 7,7. Wir in Nordrhein-Westfalen werden es wahrscheinlich mit Sicherheitsbereitschaft schaffen, an die 20 Prozent zu kommen.

Die, die wirklich etwas geleistet haben, sind die ostdeutschen Länder. Das ist Thüringen mit 64,1 Prozent, das ist Sachsen mit 46,4 Prozent oder Sachsen-Anhalt mit 48,5 Prozent. Warum? - Weil das an den CO₂-Emissionen des Jahres 1990 gemessen wird. Dahinter steckt die komplette Deindustrialisierung der DDR. Wir müssen höllisch aufpassen, dass wir nicht in eine zweite Deindustrialisierungswelle an dieser Stelle geraten, sondern das so vernünftig machen, dass am Schluss Industrie und Wertschöpfung in unseren Ländern erhalten bleiben. Nur so wird ein Exportfaktor daraus, sodass andere das nachmachen und Klimaschutz ein Fortschrittsmotor wird, der in der Welt gebraucht wird. Wenn wir es andersherum machen, wird es nicht gelingen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, eine weitere Bitte will ich ganz deutlich formulieren. Ich werde am Samstag nach dem Ende des Parteitags als Landrat in meinen Rhein-Erft-Kreis zurückfahren und dort zur Barbara-Feier im Tagebau Garzweiler fahren. Da treffe ich genau auf die Kolleginnen und Kollegen, auf die Bergleute, auf die Kumpel, über die hier beschlossen wird. Ich lade alle die ein, die solche Initiativanträge schreiben und sagen, das betrifft nur ein paar tausend Arbeitsplätze, das kriegen wir locker irgendwie gewuppt: Fahrt mit mir am Samstag dahin und schaut den Kolleginnen und Kollegen in die Augen und erklärt denen das. Das gehört zur Wahrheit auch dazu. Wir haben vorhin viel darüber geredet, es muss anfassbar, es muss ehrlich, authentisch sein.

Ich finde, es reicht nicht, hier Spiegelstriche und Punkte zu formulieren, wenn man nicht den Mut hat, es den Kolleginnen und Kollegen ins Gesicht zu sagen. - Vielen Dank und Glück auf!

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Schönen Dank, Guido. - Das Wort hat jetzt Claudia Moll. Ihr folgt Udo Lutz.

CLAUDIA MOLL, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme aus dem rheinischen Braunkohlerevier und habe einen Tagebau und ein Kraftwerk vor meiner Haustür. Dass die Braunkohletechnologie keine Zukunft mehr

hat, ist uns allen bewusst. Aber ein frühzeitiger Ausstieg aus der Braunkohle bis 2020 würde den Ruin für meine Region bedeuten.

Nicht nur das indirekt oder direkt ca. 10 000 Arbeitsplätze gefährdet sind. Das fängt übrigens beim kleinen Dorfbäcker an und hört bei kleinen und größeren Dienstleistungsunternehmen auf.

Nein, wir haben dann auch noch Riesenlöcher vor der Türe und wissen bei einem frühzeitigen Ausstieg nicht, wie wir die Flächen entwickeln sollen. Wir sind noch nicht so weit mit dem Strukturwandel.

Mir ist es wichtig, dass es keine sozialen Brüche gibt. Die Energiewende muss solidarisch gestaltet werden und nicht auf dem Rücken einzelner Regionen. Die betroffenen Regionen brauchen stattdessen Unterstützung, Hilfe und Geld.

Als ich heute Morgen den Antrag gelesen habe, hätte ich mich beinahe am Kaffee verschluckt. Ich würde hier niemals ein Papier vorlegen, wo drinsteht, dass in Baden-Württemberg die Autoindustrie alles verpennt hat und deshalb Autowerke und Fabriken geschlossen werden sollen.

(Beifall)

Meine Bitte an eure Solidarität ist: Macht das bitte umgekehrt auch nicht. Auch ich lade euch gerne in meine Region ein, damit ihr den Mitarbeitern und den Menschen in den betroffenen Städten in die Augen sehen könnt und ihnen persönlich sagen könnt, dass sie ihren Arbeitsplatz frühzeitiger oder Perspektive verlieren werden und die Kaufkraft in den Städten enorm verlorenght.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch, nein, ich flehe euch an: Lasst uns diesen Antrag ablehnen.

Ich beende mit einem stolzen „Glück auf“.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt hat Udo Lutz das Wort. Ihm folgt Hilde Mattheis.

UDO LUTZ, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche jetzt wieder zu einem ganz anderen Themenblock, und zwar zu dem Themenblock Rente und hier besonders zu der Kommission, die die Zukunft der Rente ab 2030 gestalten soll. Da kann ich mich ziemlich der Genossin, die vorher zu dem Thema gesprochen hat, anschließen. Ich kann diese Kommission nicht ganz nachvollziehen. Wir hatten einen Rentendiskussionsprozess. Wir wollen auch eine Beteiligungspartei sein. Da kann man sich dann schon vorstellen, dass es eine Kommission gibt, die gewisse Diskussionsteile, die in den Parteien in diesen Parteistrukturen gemacht werden, zusammenträgt; das ist richtig. Aber ich halte nichts von einer Kommission, die ein Stück wie im Verborgenen tagt und dann auf einem Landes- bzw. Bundesparteitag einen Vorschlag vorlegt. Deshalb bitte ich darum, dies zu überdenken.

Dann auch ganz aktuell aus der Praxis heraus. Ich möchte draußen keine Angst machen, dass wir ab 2030 ein neues Rentenkonzept haben. Wir haben in meinen Augen ein klares Bild: Wir wollen die Erwerbstätigenversicherung, und bei der Erwerbstätigenversicherung kann ich nicht bis 2030 warten, denn wir brauchen Antworten, wie wir mit Solo-Selbständigen, mit Crowdfunding und mit sonstigem umgehen. Das heißt, wir müssen dieses Thema viel schneller und aktiver angehen. Ich finde es auch für die Sozialdemokratie viel stärker und viel besser angebracht, diese Kommission als Kommission für eine Rente zu benennen, die eine den Lebensstandard im Alter sichernde Rente abbildet, und

nicht eine Generationenfrage und gegebenenfalls eine Finanzierungsfrage in den Vordergrund stellt, sondern die Frage: Wie können unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger im Alter qualifiziert leben? - Danke für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Udo. Jetzt hat Hilde Mattheis das Wort. Ihr folgt Michael Jung.

HILDE MATTHEIS, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen! In unserem Antrag steht: „Nun brauchen wir den Mut, vergangene Fehler aufzuarbeiten, daraus die richtigen Schlüsse zu ziehen und sie konsequent in politisches Handeln umzusetzen.“ Ich habe mich zu den beiden Anträgen im Antragsbuch Ar50 und Ar53 gemeldet. Dabei geht es um Hartz IV. Liebe Genossinnen und Genossen, unter dem Stichwort „Fördern und Fordern“ haben wir vor zig Jahren eine Politik gemacht, die viele Menschen, die, ohne dass sie sich im Prinzip in irgendeiner Weise eines Vergehens schuldig gemacht haben, eine Treppe hinuntergestützt sind, nämlich die Hartz IV-Treppe, die sie zum großen Teil nie wieder nach oben klettern konnten. Dieser starke Abstieg in eine Lebenssituation, wo sie nicht nur von weniger Geld abhängig waren, sondern sich auch selbst in irgendeiner Weise schuldig fühlten, weil sie jetzt nämlich in eine Lebenssituation gekommen sind, die sie im Prinzip überhaupt nicht mehr befähigt hat, am gesellschaftlichen Leben richtig teilzunehmen, geschweige denn, beruflich wieder richtig Fuß zu fassen, müssen wir korrigieren.

Ich glaube, das mit den beiden Anträgen ein wichtiges Fundament gelegt worden ist, Hartz IV zu streichen und ALG II wieder von den Beitragsjahren, von der Arbeitszeit und auch von der Lebenszeit abhängig zu machen, und auch von dem eigentlichen Einkommen. Ich bitte euch wirklich, hier eine Grundlage dafür zu schaffen, dass wir dieses Thema als Gerechtigkeits Thema hier ganz klar wieder aufgreifen und sagen: Wir wollen nicht, dass auf der einen Seite diejenigen mit den hohen Vermögen jede Möglichkeit haben, sich in unserem System irgendwie vom Acker zu machen, dass aber diejenigen, die nach 40 Jahren schuldlos in die Arbeitslosigkeit gelangt sind und nach einem Jahr ALG II beziehen müssen, sich quasi komplett offenbaren müssen, bis auf den letzten Cent, und dann auch noch, wenn sie sich kleine Pflichtverletzungen zuschulden kommen lassen, von diesem Existenzminimum auch noch Abstriche hinnehmen müssen.

(Beifall)

Ich bitte euch, diese Anträge Ar50 und Ar53 anzunehmen und darauf hinzuweisen: Leute, wir wollen diesen Fehler wirklich korrigieren. Es kann nicht sein, dass wir auf der einen Seite massive Unterstützung für Leute haben, die in irgendwelche Steueroasen gehen, auf der anderen Seite aber einen Siemens-Arbeiter/eine Siemens-Arbeiterin nach einem Jahr, wenn sie mit 55 oder 58 keinen neuen Job mehr bekommt, im Prinzip in eine Arbeitslosigkeit treiben, aus der sie nie wieder herauskommen und keine Perspektive haben. - Ich danke euch.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Hilde. - Jetzt spricht Michael Jung. Ihm folgt Lothar Binding.

MICHAEL JUNG, RHEINLAND-PFALZ:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich spreche zu dem Antragsbereich Ar, und zwar insbesondere zum Antrag Ar11 „Mindestlohn weiterentwickeln - Kurs auf 11,50 Euro!“

Wir haben diesen Antrag im AfA-Bundesvorstand lange diskutiert. Wir haben viele Anforderungen von den Gremien und auch von den Ebenen bekommen. Ich möchte dort als Erstes noch eine Änderung hinzufügen bzw. den Antrag in der Überschrift verändern. Wir haben im Text nämlich den Betrag „11,50 Euro“ gestrichen, hatten es aber bei der Antragstellung versäumt, die „11,50 Euro“ in der Überschrift zu streichen. Deshalb müsste dort einfach nur „Mindestlohn weiterentwickeln“ stehen.

Als Zweites steht unten im Text in Zeile 45: „60 Prozent des Meridians“. Das muss natürlich „60 Prozent des Medians“ heißen.

Aber jetzt komme ich, liebe Genossinnen und Genossen, zum eigentlichen Thema. Die Antragskommission hat diesen Antrag für erledigt durch Regierungsprogramm 2017 erklärt oder vorgeschlagen. Wir haben gestern festgestellt, dass das Regierungsprogramm nicht gerade von klaren Bestimmungen und Positionen bestückt war und dass es viel zu unklar war. Deshalb ist es ganz wichtig, die Inhalte zu verdeutlichen. Ich nenne die Punkte Verbandsklagerecht, Ausweitung der Kontroll- und Aufzeichnungspflichten und Abschaffung aller Ausnahmen, insbesondere für Jugendliche und Langzeitarbeitslose. Heute haben viele wieder berichtet, dass es immer wieder heißt: Mindestlohn ist ja gut, aber es gibt diese und jene Ausnahmen, das ist hier nicht klar und da nicht klar. - Deshalb bitte ich, die Empfehlung der Antragskommission abzulehnen und diesen Antrag mit den Veränderungen anzunehmen.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ich danke auch. - Jetzt spricht Lothar Binding. Nach Lothar kommt Jonas Hoffman.

LOTHAR BINDING, VORSITZENDER AG 60 PLUS:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich spreche für die AG 60 plus. Wir haben einen Slogan, der heißt „Erfahrung schafft Zukunft“. Wenn ich jetzt meinen Zollstock raushole, dann denken die einen oder anderen,

(Beifall)

ich werde vielleicht die Gerechtigkeit vermessen. Das würde ja bedeuten, dass ich sage: Im Durchschnitt verdient ein Arbeitnehmer 4 cm, und dann glaubt der Manager, er könnte sich mehr als 2 m nehmen. - Das wollte ich nicht machen. Aber so ein Zollstock ist ja multifunktional.

Ich möchte etwas zu den Themen Glaubwürdigkeit und Vertrauen sagen. Denn Glaubwürdigkeit und Vertrauen verliert man in der Vergangenheit. Deshalb will mein Zollstock Folgendes sagen: Wenn wir - und das darf nie mehr passieren - sagen, dass wir nach links abbiegen, und links blinken – für euch wäre das dann so – ,

(Der Redner zeigt den Zollstock - Heiterkeit)

dann darf man nicht geradeaus fahren. Man darf auch nicht rechts abbiegen - für euch wäre das dann so!

(Der Redner zeigt den Zollstock)

Wenn man sagt, man biegt links ab, dann soll man auch links fahren.

(Lebhafter Beifall)

Das schafft Vertrauen. Und diese Ernsthaftigkeit in der Differenz zwischen versprechen, meinen, sagen und handeln gilt es, herzustellen.

(Beifall)

Ich spreche zu dem großen Kapitel Rente. Es sollen ganz viele wichtige Rentenvorschläge vertagt und in eine Kommission überwiesen werden. Das kann man verstehen, die Anträge müssen noch konsistent gemacht werden. Es sind nicht alle widerspruchsfrei. Es ist gut, die dahin zu verweisen. Da geht es ums Niveau.

Nur kurz zum Hintergrund: Wir kämpfen immer für ein Niveau. Aber ich kämpfe immer dafür, dass das, worauf sich das Niveau bezieht, hoch ist. Wenn wir gute Arbeit haben, sind 50 Prozent etwas ganz anders, als wenn wir schlechte Arbeit haben und 60 Prozent bekommen.

(Beifall)

Es ist gut, beides in den Blick zu nehmen. Da ist was über 409 Euro zu lesen, das heißt Grundsicherung. Wer von euch könnte – ich weiß, Wohngeld und so gibt es noch – damit zurechtkommen? - Offen gestanden, ich nicht.

Dann geht es darum, dass reguläre Beschäftigung gefördert wird, um Beiträge auf die Betriebsrente, die doppelte Verbeitragung, um das Gesundheitsmodernisierungsgesetz, darum, Pensionen wirkungsgleich in die gesetzliche Rente übertragen. Es geht auch um eine Erwerbstätigenversicherung. Ich habe gemerkt: Große Kapitel stehen da drin. Die zu vertragen oder zumindest in eine Kommission zu überweisen, ist gut.

Jetzt heißt es aber leider: Überweisung an die Kommission „Zukunft der Rente nach 2030“. Das halte ich, ehrlich gesagt, für sehr kritisch. Denn Altersarmut gibt es schon jetzt.

(Beifall)

Deshalb müssen wir uns darum kümmern, dass wir diese Kommission „Zukunft der Rente“ nennen. Die Zukunft beginnt übrigens im Hier und Jetzt und nicht erst in einem Jahr, in drei Jahren oder gar erst 2030.

(Beifall)

Jetzt komme ich noch zu einer Kleinigkeit, die etwas sperrig vorzutragen ist. Im Antrag Nr. 110, Seite 12, Zeile 12, soll etwas eingefügt werden. Das hat der Landesverband Berlin vorgeschlagen. Ich finde das sehr gut. Baden-Württemberg unterstützt das. Da steht: „Klar für uns ist, dass alle Menschen ein Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum haben“. Ist das allen klar?

(Beifall)

Jetzt steht hier: „und dieses nicht durch Sanktionen gekürzt werden darf.“

(Beifall)

Das ist für mich klar. Deshalb sollten wir den Antrag unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Lothar, für diesen sehr anschaulichen Beitrag. - Jetzt hat Jonas Hoffmann das Wort. Ihm folgt Filipus Kourtoglou.

JONAS HOFFMANN, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Jetzt habe ich die schwierige Aufgabe, nach Lothar etwas Schlaues zu sagen. Ich fange mit einer kleinen Geschichte an. Mir geht es um das Thema digitaler Wandel. Dieser digitale Wandel, von dem wir

alle betroffen sind – wir laufen alle mit entsprechenden Geräten durch die Gegend –, hat damit angefangen, dass in Kalifornien wenige Professoren ihre jungen Studenten motiviert haben, die kreativen Ideen und Lösungen, die sie zu den Problemen ihrer Zeit haben, in ihren Garagen auszuprobieren, und wenn etwas funktioniert – viel hat nicht funktioniert –, daraus ein Unternehmen zu machen. Das sind heute die wertvollsten Unternehmen in unserem globalen Markt.

Ich habe die Ehre, genau das Gleiche zu tun. Ich bin Dozent für Wirtschaftsinformatik und versuche, meine jungen Studenten zu motivieren, ihre Ideen, ihre kreativen Ansätze, um unsere heutigen Probleme zu lösen, umzusetzen, und, wenn es geht, das in einem Unternehmen zu tun.

Das passiert leider viel zu wenig. Dafür gibt es viele Gründe. Einer ist, dass diese jungen Menschen Angst haben, aus ihrer sozialen Sicherheit herauszugehen und in eine Selbstständigkeit zu gehen, in der die sozialen Netze doch sehr dünn sind.

Auf der anderen Seite der Digitalisierung stehen die, die durch die Digitalisierung in die Selbstständigkeit getrieben wurden, obwohl sie vielleicht überhaupt keine Lust hatten, selbstständig zu werden, sondern so einen Job eben nehmen mussten. Da hieß es: Mach dich selbstständig! Arbeite für dieses niedrige Gehalt! - Das ist meistens unter dem Mindestlohn.

Deswegen würde ich gerne mit euch zusammen diesen Menschen ein soziales Netz verpassen. Wir wollen Soloselbstständigen und Kleinstunternehmern unsere Sozialversicherungen, die seit 100 Jahren erfolgreich sind, ermöglichen. Sie sollen bezahlbar werden. Wir wollen einerseits den jungen Kreativen Sicherheit geben und andererseits diejenigen, für die es finanziell schwierig ist, im Jetzt absichern mit einer Krankenversicherung und einer Arbeitslosigkeitsversicherung und in der Zukunft mit einer Renten- und einer Pflegeversicherung.

Das betrifft 1,5 Millionen Menschen in Deutschland. Das sind 50 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Ich glaube, wir als Sozialdemokraten müssen diese jungen, kreativen Menschen gewinnen. Wir dürfen sie nicht als Feinde sehen, sondern müssen sie mit ins Boot holen. Denn bisher hat man denen nur die Idee verpasst: Werd reich, kauf dir mit 20 einen Porsche, und kümmer dich nicht um deine Angestellten!

Ich glaube, wir haben für diese Kreativen eine gute Gegenidee, nämlich: Seid kreativ! Bringt eure Lösungen ein, und verändert unsere Gesellschaft und damit auch unseren Sozialstaat!

Ich bitte die Antragskommission, den Antrag 100 anzunehmen. Vielen, vielen Dank.

(Beifall)

HEIKO MAAS,

Vielen Dank, Jonas. - Jetzt hat Filipus Kourtoglou das Wort. Ihm folgt Klaus Barthel.

FILIPUS KOURTOGLOU, HESSEN-SÜD:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte gerne zum Thema Sanktionen bei Hartz IV eine persönliche Note hineinbringen. Ich habe schon mit einigen Genossinnen und Genossen gesprochen, und ich glaube, viele logische Argumente sind im Kopf. Aber wir müssen mit dem Herz entscheiden.

Meine Mutter hat kurz vor ihrer Rente selbst Arbeitslosengeld II bezogen - meine Mutter, alleinerziehend, meine Mutter, die stets alles für ihre Kinder getan hat, meine Mutter, Gastarbeiterin. Sie hat zu mir immer gesagt, sie lebt gerne hier, sie fühlt sich wohl hier, das ist ihre neue Heimat - aber sie hat sich noch nie so dreckig behandelt gefühlt wie in diesen drei Jahren.

Liebe Genossinnen und Genossen, viele Sachen laufen da falsch. Da gehen Sachen ab – Stichworte „Beamtendeutsch“, „Juristendeutsch“ – , mit denen die Migrantinnen und Migranten, die hier leben, die hierherkommen, um zu leben, zu arbeiten, und die hier Kinder bekommen, einfach nicht klarkommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich frage mich: Wo bleibt hier die Unantastbarkeit der Würde? Wo ist hier die soziale Wärme der Sozialdemokratie, liebe Genossinnen und Genossen?

(Beifall)

Meine alleinerziehende Mutter ist nur eine von vielen, die diese Gängelung ertragen müssen, deren Würde tagtäglich untergraben wird. Ihr wurde auch vom Existenzminimum etwas abgenommen. Was ist das dann? Keine Existenz mehr? Ich kann das nicht nachvollziehen.

Es gibt ja auch diese Debatte: Fordern und Fördern. Oder: Wer nix macht, kriegt nix. - Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen diese neoliberalen Grundsätze überwinden!

(Beifall)

Wir wollen die SPD erneuern! Ich sage: Wirklich „#SPDERNEUERN“. Deswegen beantrage ich, dass der Änderungsantrag 110 zur Abstimmung gestellt wird. Ich bitte darum für die Migrantinnen und Migranten in diesem Land, für die mit Migrationshintergrund, für die alleinerziehenden Mütter in diesem Land, aber auch für alle: Stimmt diesem Antrag zu!

Vielen Dank! Glück auf!

(Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Das Wort hat jetzt Klaus Barthel. Ihm folgt Stephan Grüger. Liebe Genossinnen und Genossen, da hier immer noch vereinzelt Wortmeldungen eintrudeln und es irgendwie nicht weniger werden, würde ich vorschlagen, dass wir Schluss der Redner- und Rednerinnenliste beschließen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann wäre da so beschlossen. Klaus!

KLAUS BARTHEL, BAYERN:

Genossinnen und Genossen, ich will an zwei Bereichen, nämlich Rente und Arbeit, noch einmal deutlich machen, warum ich den Verfahrensvorschlägen hier nicht folgen kann.

Bei einem großen Teil der Anträge steht „erledigt durch Regierungsprogramm“. Ich will jetzt einfach mal wissen, Genossinnen und Genossen: Wie lang gilt denn eigentlich unser Regierungsprogramm 2017?

(Beifall)

Denn ich bin nicht ganz neu hier im Geschäft, und ich kann mich noch gut erinnern, wir haben das schon einmal hinter uns gebracht mit dem Regierungsprogramm 2013. Wenn dann Anträge auf dem Parteitag waren, zum Beispiel nur mal so Vermögensteuer, dann hieß es immer „erledigt durch Regierungsprogramm“. Plötzlich war aber die Vermögensteuer weg, als es um das neue Regierungsprogramm ging, und es war nicht mehr Beschlusslage und ist auch nicht ins Parlament irgendwie eingebracht worden. Das heißt, es muss einmal die Frage geklärt werden: Wie halten wir es damit?

Zweitens die Überweisungen, die schönen Kommissionen, zum Beispiel zur Rente. Dazu ist ja schon was gesagt worden. Wir wollen uns doch von den Schwarzen unterscheiden, oder? Es war doch die Merkel-Idee und die Seehofer-Idee, eine Kommission zu machen, wie es nach 2030 weitergehen soll. Deswegen, wenn wir diese Kommission machen - Lothar Bindig oder Lutz und andere haben was dazu gesagt -, dann müssen wir wenigstens sagen, dass die Anträge, die hier vorliegen, beschlossen werden, und zwar als Arbeitsgrundlage für die Kommission. Denn das kenne ich auch, da hat man eine Kommission, und die fängt dann von vorne an. Dann kommen irgendwelche Vorlagen von

irgendwoher, und die Anträge, die hier beraten und eben nicht beschlossen worden sind, die kriegt die Kommission nie zu Gesicht. Der Parteitag muss sich hier dazu verhalten, liebe Genossinnen und Genossen. Deswegen muss das Votum geändert werden.

(Beifall)

Dasselbe zum Mindestlohn. Der Michael Jung hat was dazu gesagt. Wir wollen den Ar11 und auch den Ar1 zum Beispiel aus Unterfranken hier beschlossen haben. Ich will das auch noch einmal aktuell begründen. Vor ein paar Tagen ging die Meldung durch das Land, dass 1,8 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den gesetzlichen Mindestlohn nicht bekommen. Das hat ein Institut herausgefunden, und das ist diskutiert worden. Da haben die Arbeitgeber gesagt, nein, es sind nicht 1,8 Millionen, sondern nur 1,1 Millionen. Ja, wo sind wir denn? Es ist ein gesetzlicher Mindestlohn, und der muss zu 100 Prozent eingehalten werden und nicht irgendwie.

(Beifall)

Deswegen ist zum Beispiel die Forderung zu sagen, der muss vernünftig kontrolliert werden, effizient kontrolliert werden, und es muss zum Beispiel vor die Klammer in Regierungsverhandlungen, in Koalitionsverhandlungen kommen, weil das Restposten aus der vergangenen Periode sind, dass die Kontrollen kommen, dass dafür das Personal da ist, weil das sonst Staatsversagen ist. Deswegen muss so etwas jetzt noch einmal von diesem Parteitag beschlossen und unterstrichen werden. Es muss auch etwas dazu gesagt werden, in welche Richtung der Mindestlohn dynamisiert werden muss, dass er wirklich armutsfest ist. Das ist nicht nur was für Bewerbungsreden hier auf Parteitagen, sondern das müssen wir dann auch mal festhalten. Liebe Genossinnen und Genossen, ändert bitte die Beschlussempfehlung der Antragskommission.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Als Nächstes hat Stephan Grüger das Wort. Ihm folgt Julien Bender.

STEPHAN GRÜGER, HESSEN-SÜD:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich beziehe mich auf die Frage technologischer Wandel, sozial-ökologischer Fortschritt und insbesondere auf das, was da fett eingetragen ist in dem Antrag: „Der Umweltschutz hat das Leben in Deutschland ...“ usw.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich stelle mir einfach ab und zu mal vor, was eigentlich unsere Wählerinnen und Wähler davon verstehen, wenn da steht: „Die von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten formulierte sozial-ökologische Industriepolitik hat im Bereich der Umwelttechnologien zu vielen Innovationen mit großen Chancen und nachhaltig qualitativem Wachstum geführt.“ - Wer von unseren Wählerinnen und Wählern versteht, was damit gemeint ist? Wahrscheinlich wenige. Zumindest viele von denen, die ich bei Hausbesuchen in meinem Wahlkreis treffe, verstehen das nicht. Die wissen nicht, dass damit die vielen Arbeitsplätze gemeint sind, die zum Beispiel durch erneuerbare Energien geschaffen worden sind. Die wissen nicht, dass damit die Vorteile der Energiewende gemeint sind. Das verstehen die nicht.

Da müssen wir doch eine klare Sprache sprechen und klar sagen, was wir wollen. Wir wollen eine Energiewende mit erneuerbaren Energien haben, die dazu führt, dass wir mehr Arbeitsplätze haben, die dazu führt, dass wir eine fortschrittliche Industriepolitik in Deutschland haben. Ja, wir wollen, dass die Industrien für erneuerbare Energien in Deutschland sind. Und wir wollen die ganze Welt damit versorgen. Das wollen wir. Und ich sehe auch nichts Negatives daran, das klipp und klar zu sagen.

Das heißt aber auch, dass wir klipp und klar sagen müssen: Unser Zugang als Sozialdemokraten zu dem Thema erneuerbare Energien ist abgesehen davon, dass wir das auch benennen, nicht Ökoku/ Umwelt. Ich sage mal, wenn wir am Schluss die Welt gerettet haben, ist das auch schön. Aber unser Ansatz für erneuerbare Energien, liebe Genossinnen und Genossen, sind Arbeitsplätze, Wertschöpfung ins Land holen, insbesondere in ländlichen Räumen, Industrie- und Strukturpolitik, Energiesicherheit durch dezentrale Nutzung heimischer Energiequellen, Unabhängigkeit von Energieimporten aus gefährlichen Weltregionen,

(Beifall)

nicht oligopolistischer Energiemarkt und damit faire Energiepreise. Das ist unser sozialdemokratischer Ansatz. Warum steht das da nicht drin?

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, das wäre jetzt ein sehr umfänglicher Änderungsantrag, den man machen müsste. Aber das Mindeste, Genossinnen und Genossen, was da drinstehen müsste, ist ein positiver Bezug zu den erneuerbaren Energien. Deswegen schlage ich vor, dass man in der Zeile 3 der Seite 12 wenigstens noch nach „Wachstum“ einfügt: „zum Beispiel mit erneuerbaren Energien“, und dass man nach „geführt“ einfügt: „und zur Schaffung und zur Sicherung hunderttausender Arbeitsplätze geführt hat“. Das ist ein sozialdemokratisches Argument, und das darf darin nicht fehlen.

Vielen Dank, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Julien Bender, und dann hat Barbara König das Wort.

JULIEN BENDER, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich spreche zu dem Teil „technischer Wandel und sozialer Fortschritt“, zu dem Hubertus so schön eingeführt hat, genauer zum Änderungsantrag 110, den auch schon der Lothar so wunderbar verteidigt hat. Ich bin dem Kreis Steglitz-Zehlendorf dankbar, dass sie den Änderungsantrag eingebracht haben, auf Seite 12 nach Zeile 12 einzufügen, dass allen das Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum zuzusichern ist.

Wir reden heute viel über Erneuerungen. Hinter mir steht das Motto „Das ist unser Weg: Modern und gerecht.“ Wir haben Lars zum Generalsekretär gewählt. Ich glaube, viel moderner geht es gar nicht. Mit unseren Inhalten werden wir jetzt dafür sorgen, dass die Zukunft auch gerecht ist. Dafür legen wir den Grundstein.

Wir erleben auf der einen Seite einen wirtschaftlichen Boom, auf der anderen Seite aber auch, dass der nicht bei allen ankommt. Gerade der digitale Wandel birgt das Risiko und die Sorge vieler, dass die Spaltung in Verlierer und Gewinner weiter zunimmt. Hubertus Heil hat das in seiner Eingangsrede auch schön ausgeführt. Wir sorgen dafür, dass unser Land modern und gerecht wird. Wir wollen, dass die Chancen des digitalen Wandels genutzt werden. Dafür müssen wir auch die sozialen Rahmenbedingungen schaffen. Diesen Anspruch bestärkt der Änderungsantrag 110; denn es geht nicht nur um die gerechten Arbeitsbedingungen, sondern es gibt auch Menschen, die hinten runterfallen. Hilde Mattheis hat es ausgeführt. Auch für die müssen wir in Zukunft da sein.

Gerade vor dem Hintergrund des digitalen Wandels gilt: Wir sorgen dafür, dass niemand unter das Existenzminimum für ein menschenwürdiges Leben fällt. Dieses Versprechen muss auch für die Zukunft gelten, die gar nicht so weit weg ist.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir erleben einen grundsätzlichen Wandel in unserer Gesellschaft durch die Digitalisierung. Vor den Folgen fürchten sich viele Menschen. Wenn wir diese Sorgen ausräumen wollen, wenn wir diese Menschen mitnehmen wollen und die Chancen in den Vordergrund stellen wollen, müssen wir auch dafür sorgen, dass der Sozialstaat gestärkt wird. Dazu gehört die Absicherung eines existenziellen Minimums. Wer, wenn nicht wir, sorgt dafür? Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich - entgegen dem Votum der Antragskommission - um Unterstützung für den Änderungsantrag 110.

Danke schön.

(Beifall)

DORIS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Barbara König. Danach kommt Ruppert Stüwe.

BARBARA KÖNIG, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte zum Antrag G17, Berliner Pflegeoffensive, reden. Ich hatte gestern in der Generalaussprache schon kurz darauf hingewiesen, ein Antrag aus Berlin.

Die Antragskommission hat votiert: „Erledigt durch Regierungsprogramm und durch Gesetzgebung“.

Ich möchte euch einen kurzen Änderungsvortrag vorstellen, den der Landesparteitag in Berlin einhellig so beschlossen hat. Es geht in der Tat um die Vollversicherung in der Pflege; ich will das kurz begründen.

Wie ihr wisst, ist die Pflegeversicherung seit 1995 eine Teilkaskoversicherung. Wir haben jetzt ungefähr 35 Milliarden an Leistungen darin. Das ist gut. Aber Minimum ungefähr 15 Milliarden Euro zahlen die Versicherten selber noch dazu - entweder die Pflegebedürftigen oder, wenn sie es nicht können, ihre Kinder und Angehörigen oder die Sozialhilfeträger, das heißt, der Staat. An diesen Kosten beteiligt sich kein Arbeitgeber. Viele scheuen eben auch den Gang zum Sozialamt und sind dann eben auch schlecht versorgt.

Deswegen sagen wir: Wir würden euch gerne die Prüfung einer Vollversicherung vorschlagen, und zwar - das ist wichtig - auf der Grundlage einer Bürgerversicherung. Wir glauben nämlich, dass wir dort vorankommen, wenn wir das Finanzsystem im Gesundheitspflegewesen insgesamt stärken.

Ich nutze die letzten Sekunden auf meiner Uhr, um euch den Änderungsantrag vorzustellen:

Auf Seite 97 des Antragsbuchs – das ist am Ende des G 17 – sollen nach Zeile 10 folgende vier Sätze eingefügt werden:

„Pflege kostet Geld. 1995 war die Einführung der Pflegeversicherung ein Meilenstein zur sozialen Absicherung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen. Aber sie ist nach wie vor nur eine Teilversicherung, die nur einen Zuschuss zu den tatsächlichen Pflegekosten gewährt. Deshalb prüfen wir, ob auf der Grundlage einer Bürgerversicherung eine Vollversicherung in der Pflege realisierbar ist.“

Ich wiederhole noch mal den letzten Satz - das ist der Kernsatz -:

„Deshalb prüfen wir, ob auf der Grundlage einer Bürgerversicherung eine Vollversicherung in der Pflege realisierbar ist.“

Die Antragskommission hat diesen Änderungsantrag, und ich würde mich natürlich über Zustimmung oder auch Diskussion darüber freuen. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Barbara, ich glaube, uns ist ein Fehler bei der Zuordnung deines Redebeitrages passiert, weil du zum G 17 reden wolltest.

BARBARA KÖNIG, BERLIN:

Oh, sorry, genau.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt hast du das auch getan, und wir haben das alle auch mitbekommen.

BARBARA KÖNIG, BERLIN:

Ja.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Der wird allerdings erst später aufgerufen. Achte mit darauf - wir achten auch darauf -, dass wir bei „Gesundheit“ darauf noch einmal zurückkommen.

BARBARA KÖNIG, BERLIN:

Ich käme sonst auch noch mal hoch, Doris.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Okay. - So, jetzt hat Ruppert Stüwe das Wort. Ihm folgt Carsten Sieling.

RUPPERT STÜWE, BERLIN:

„Die SPD nimmt die Herausforderungen an“: Liebe Genossinnen und Genossen, so ist das Kapitel überschrieben, in dem wir jetzt diskutieren. Ich bin Vorsitzender aus dem Kreisverband Steglitz-Zehlendorf und kann jetzt sehr solidarisch vorgehen und das machen, von dem wir in der Partei reden. Ich kann nämlich ein bisschen Zeit umverteilen.

Ich finde es schön, wenn man seinen eigenen Antrag nicht mehr begründen muss, weil hier so viele für den Änderungsantrag 110 geredet haben. Auch ich würde euch empfehlen: Nehmt diesen Änderungsantrag an. Er schafft nämlich eine Basis dessen, wovon wir ausgehen, wenn wir es ernst meinen, die SPD zu erneuern.

Auf der einen Seite - das haben die Genossinnen und Genossen aus Bremen vielleicht noch ein bisschen besser gemacht - müssen wir auch gucken, was wir da alles reinschreiben, sodass wir überhaupt in der Lage sind, diese Herausforderungen anzugehen. Es gäbe auch etwas dazu zu sagen, woher wir das Geld nehmen wollen. Wir wollen zugunsten der sozial Schwachen in diesem Land umverteilen. Das darf man als SPD auch wieder sagen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Als Zweites geht es darum, ein Fundament für unsere Politik des sozialen Ausgleichs und der sozialen Sicherheit zu legen. Dieses Fundament kann nur sein, dass alle Menschen ein Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum haben. Das muss der Ausgangspunkt all unserer Überlegungen zur Sozialpolitik sein, und deswegen sollten wir es in dem Antrag auch drinstehen haben, liebe Genossinnen und Genossen.

Den Rest haben Lothar und andere schon gesagt. Deswegen würde ich jetzt eine Minute und 50 Sekunden an diejenigen umverteilen wollen, die auch noch für den Änderungsantrag 110 reden.

Ich bitte euch um Zustimmung.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Carsten Sieling. - Und danach würde ich euch dann einen Vorschlag machen wollen.

CARSTEN SIELING, PARTEIVORSTAND:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte als Erstes noch einmal die wichtige Grundüberlegung ansprechen, die hier in diesem Kapitel enthalten ist und die mir an einem Punkt in der Diskussion noch zu kurz gekommen ist, für uns Sozialdemokraten aber von hoher Bedeutung ist.

Wir haben uns immer für eine aktive Wirtschaftspolitik eingesetzt, für eine Wirtschaftspolitik, die gerade die Rolle des Staates stark macht und sich vor allem auf die Investitionen ausrichtet - auch auf öffentliche Investitionen. Zurzeit haben wir eine Lage, in der es so aussieht, als wäre wegen der hohen Steuereinnahmen und wegen des niedrigen Zinsniveaus sozusagen vieles selbstlaufend. Wenn wir die Digitalisierung aber gestalten wollen, dann geht es nicht nur um die Frage, wie wir natürlich die sozialen Bedingungen gestalten, sondern wir werden gerade auch infrastrukturelle und öffentliche Investitionen starkmachen müssen. Das ist auch ein Element fortschrittlicher Wirtschaftspolitik.

Deshalb will ich das hier gerne verbinden, weil gegen den Neoliberalismus zu stehen, heißt eben, eine aktive Investitionspolitik zu vertreten, Genossinnen und Genossen, und das ist ein wichtiges Element.

(Vereinzelt Beifall)

Zweiter Hinweis: die Verbindung im Bereich Qualifizierung und Arbeitsmarktpolitik. Ich will hier einmal Folgendes ansprechen: Wir haben eine verrückte Situation. Alle reden über den Fachkräfte- und Arbeitskräftemangel auf der anderen Seite, und auf der anderen Seite haben wir eine meines Erachtens immer noch deutlich zu hohe Arbeitslosigkeit - insbesondere in einigen Regionen. Für Bremen kann ich hier natürlich genauso reden wie für viele Städte in Nordrhein-Westfalen, im Ruhrgebiet, aber auch im Osten unseres Landes. Deshalb ist es so wichtig, dass wir das verbinden.

Digitalisierung gestalten, Zukunft gestalten: Das erfordert auch eine aktive Arbeitsmarktpolitik und einen öffentlich finanzierten Beschäftigungssektor, Genossinnen und Genossen. Das gehört auch dazu, und auch das will ich hier für dieses Kapitel betonen.

(Vereinzelt Beifall)

Zuletzt will ich die Diskussion um den Antrag 110 und die Formulierung ansprechen, die dort in der Debatte ist. Ich will einen Vorschlag machen, wie wir vielleicht damit umgehen können.

Der Vorschlag, der hier gemacht worden ist - Seite 12, Zeile 12 -, lautet:

„Klar ist für uns, dass alle Menschen ein Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum haben und dieses nicht durch Sanktionen gekürzt werden darf.“

Das ist in dieser Pauschalität nicht realitätstüchtig und führt uns am Ende in ein bedingungsloses Grundeinkommen, und das ist doch etwas, was wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nicht verfolgen.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb müssen wir sehr genau gucken, wie wir das anlegen.

Ich bin sehr der Auffassung - wir haben das Gott sei Dank auch in unserem Wahlprogramm verankert -, dass die jetzige Kürzungspraxis, die jetzige Sanktionspraxis verändert werden muss. Zum Beispiel darf an die KdU-Bestandteile nicht herangegangen werden. Das muss hier auch deutlich und stark- und klargemacht werden.

Deshalb will ich konkret vorschlagen, dass wir den zweiten Teil dieses Satzes verändern. Vielleicht kriegen wir dann einen Konsens hin.

Es geht um folgende Änderung, sodass es dort dann heißt: „... und deshalb werden wir die geltende Sanktionspraxis verändern“.

Der Gesamtsatz würde heißen:

„Klar ist für uns, dass alle Menschen ein Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum haben, und deshalb werden wir die geltende Sanktionspraxis verändern.“

Ich glaube, das wäre ein richtiges Zeichen. Das geht in die Richtung der Antragsteller und ist umsetzbar und von uns durchzusetzen. - Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Delegierte, als Nächste kommt jetzt Julie Rothe aus Berlin. Danach würden wir die Debatte, weil wir dann immer noch fast zehn Wortmeldungen haben, unterbrechen wollen. Wir werden dann die Mandatsprüfungs- und Zählkommission, die inzwischen wohl so weit ist, bitten, die Ergebnisse des Wahlgangs für die Beisitzerinnen und Beisitzer vorzustellen.

Aber jetzt hat zuerst Julie Rothe das Wort. - Die Präsenz im Saal ist wirklich toll. Aber sofern ihr wisst, dass noch jemand draußen ist, von dem ihr meint, er sollte vielleicht dabei sein, dann bittet ihn bitte, langsam wieder hereinzukommen.

JULIE ROTHE, BERLIN:

Danke schön. - Ich bin jetzt ein bisschen überrascht; das ging doch schneller, als ich dachte.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte mich auch für den Änderungsantrag 110 aus meinem Landesverband Berlin aussprechen und auch dafür werben, dass wir ihn in der Form, wie wir ihn gestellt haben, annehmen.

Carsten, zu deinem Änderungsvorschlag: Ich kann das wirklich nicht unterstützen, weil es nicht darum geht, das jetzige Sanktionssystem zu ändern. Es geht darum, Sanktionen abzuschaffen, weil Sanktionen nicht menschenwürdig sind.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin, ehrlich gesagt, ein bisschen überrascht. Ich dachte, wir sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und kämpfen an der Seite derjenigen in der Gesellschaft, denen es schlecht geht, der Schwachen, die in prekären Lebensverhältnissen leben und sich nicht selber helfen können, und ver-

suchen nicht, denen das Leben nicht mit einem völlig undurchsichtigen Sanktionssystem noch schwerer zu machen, was Menschen, wie Filippus eben auch schon gesagt hat, krass benachteiligt, die aufgrund von sprachlichen Barrieren gar nicht umsetzen können, was da gefordert wird. Das können wir doch nicht ernsthaft aufrechterhalten und auch noch unterstützen! Wir sind doch hier dazu da, den Menschen zu helfen und ihnen zu ermöglichen, sich auch selber zu helfen und ein gutes Leben zu führen. Dieses Minimum muss ein Minimum sein. Davon kann man doch nichts wegnehmen! Was ist es denn für ein Minimum, wenn man den Berg für die Leute immer noch kleiner macht? Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist doch wohl nicht das, was wir unter Hartz IV verstehen, oder? Dieser Betrag ist doch bedingungsloses Grundeinkommen!

(Beifall)

Ich weiß nicht, aber das, was ich gerade gehört habe, hat mich echt fertig gemacht. Ich kann mir gar nicht erklären, wie man dazu kommen kann, Hartz IV ein bedingungsloses Grundeinkommen zu nennen. Ich hoffe, das sehen hier auch noch andere so. Das ist wirklich absurd.

(Beifall)

Wir stehen an der Seite der Menschen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen können oder von Hartz IV leben, von alleinerziehenden Menschen, von Menschen, die in einer Situation sind, aus der sie nicht allein herauskommen. Dann dürfen sie nicht von uns immer noch einen reingedrückt bekommen, indem man ihnen noch mehr von dem wegnimmt, was sie ohnehin schon nicht haben! Es kann doch nicht sein, dass wir hier immer noch auf die Leute eindreschen!

Wir haben doch in den letzten zehn Jahren gelernt, dass dieses System und diese Politik uns als SPD überhaupt nichts gebracht haben. Das hat uns doch in die Situation gebracht, in der wir jetzt sind, weil die Leute uns nicht mehr ernst nehmen und uns nicht mehr für glaubwürdig halten.

(Beifall)

Wir müssen uns ehrlich machen und einmal hart in die Kritik dieses Systems gehen und auch sagen, dass wir Sanktionen nicht wollen. Darum werbe ich. Ich hoffe, ihr könnt das unterstützen.

Ich habe noch eine kleine Anmerkung, weil das gerade an mich herangetragen wurde, wenn ich ein bisschen Zeit habe: Es wäre schön, wenn die Redeliste quotiert wird, wie es auch in unserer Geschäftsordnung steht, und hier nicht 20 Männer hintereinander reden. - Danke schön.

(Beifall)

ERGEBNIS ERSTER WAHLGANG WEITERE MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben das Ergebnis der Wahl der Beisitzerinnen und Beisitzer. Ich bitte um das Ergebnis.

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wie schon gesagt, haben wir ein Ergebnis. Das dauert jetzt ein bisschen.

Ich gebe euch die Ergebnisse der Wahl der weiteren Mitglieder im Parteivorstand bekannt. Insgesamt sind 35 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. Für eine Wahl im ersten Wahlgang ist mehr als die Hälfte der abgegebenen und gültigen Stimmen erforderlich.

Abgegeben wurden 600 Stimmzettel. Davon sind 22 Stimmzettel ungültig. Also sind 578 gültig. Das notwendige Quorum im ersten Wahlgang liegt somit bei 290 Stimmen. Ich komme jetzt zu den Ergebnissen:

Doris Ahnen: 478 Stimmen - gewählt!

(Beifall)

Niels Annen: 402 Stimmen - gewählt!

(Beifall)

Katarina Barley: 478 Stimmen - gewählt!

(Beifall)

Klaus Barthel: 183 Stimmen - nicht gewählt.

Aziz Bozkurt: 131 Stimmen - nicht gewählt.

Leni Breymaier: 276 Stimmen - nicht gewählt.

Martin Dulig: 245 Stimmen - nicht gewählt.

Michaela Engelmeier: 339 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Wiebke Esdar: 416 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Klara Geywitz: 174 Stimmen - nicht gewählt.

Kerstin Griese: 376 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Mike Groschek: 395 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Uli Grötsch: 304 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Hubertus Heil: 332 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Eva Högl: 266 Stimmen - nicht gewählt.

Oliver Kaczmarek: 349 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Daniela Kolbe: 266 Stimmen - nicht gewählt.

Gabriele Lösekrug-Möller: 333 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Heiko Maas: 383 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Christoph Matschie: 158 Stimmen - nicht gewählt.

Hilde Mattheis: 223 Stimmen - nicht gewählt.

Serpil Midyatli: 177 Stimmen - nicht gewählt.

Matthias Miersch: 358 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Michael Müller: 242 Stimmen - nicht gewählt.

Aydan Özoguz: 395 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Katja Pähle: 180 Stimmen - nicht gewählt.

Boris Pistorius: 307 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Anke Rehlinger: 325 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Michael Roth: 313 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Sara Ryglewski: 342 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Dagmar Schmidt: 374 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Svenja Schulze: 401 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Alexander Schweitzer: 329 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Carsten Sieling: 360 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Johanna Uekermann: 329 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Sascha Vogt: 308 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Ute Vogt: 228 Stimmen - nicht gewählt.

Dietmar Woidke: 359 Stimmen - gewählt.

(Beifall)

Damit wurden 25 Beisitzerinnen und Beisitzer gewählt, davon sind 12 Frauen und 13 Männer.
Jetzt sind noch 10 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen. - Vielen Dank.

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Janne. - Das Ergebnis zeigt, dass wir einen zweiten Wahlgang brauchen. Für die Beratung werden wir gleich den Parteitag für 30 Minuten unterbrechen.

Vorher würde ich aber gerne ein Signal haben, falls jemand von denen, die gewählt wurden – jetzt frage ich einmal negativ ab –, die Wahl nicht annimmt. Ist jemand dabei, der die Wahl nicht annehmen möchte? - Das sehe ich nicht. Alle nehmen also die Wahl an. Diesen Frauen und Männern schon einmal herzlichen Glückwunsch!

Damit sind 25 Beisitzerinnen und Beisitzer gewählt. Davon sind 12 Frauen und 13 Männer. Es sind also noch 10 Beisitzerinnen und Beisitzer zu wählen.

Wir unterbrechen den Parteitag für die Beratungen für eine halbe Stunde. Es ist also bis 15.10 Uhr Pause.

Unterbrechung von 14.40 Uhr bis 15.15 Uhr

VORBEREITUNG ZWEITER WAHLGANG DER WEITEREN MITGLIEDER ZUM PARTEIVORSTAND

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ich würde gerne den zweiten Wahlgang aufrufen für die Beisitzerinnen und Beisitzer zum Parteivorstand. Im ersten Wahlgang habt ihr 25 Beisitzerinnen und Beisitzer von 35 gewählt. Es sind also noch zehn weitere Mitglieder des Parteivorstandes zu wählen. Als allererstes möchte ich die im ersten Wahlgang nicht gewählten fragen, ob sie für den zweiten Wahlgang zur Verfügung stehen.

Ich frage Klaus Barthel. - Ja.

Ich frage Aziz. Aziz hat mir signalisiert, dass er gerne eine Erklärung abgeben möchte. Aziz, du hast das Wort.

(Beifall)

AZIZ BOZKURT, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen, vielleicht eine, zwei Fragen erst einmal. Wer kennt von euch Halil Öztaş? Ich gucke einmal nach Hessen, die kennen sie natürlich. Oder wer kennt Hatice Kara? Da wird wahrscheinlich Schleswig-Holstein jubeln. Das sind zwei Menschen mit Migrationshintergrund, wo die SPD mal mutig Leute aufgestellt hat in Wahlkreisen, wo die SPD noch nie gewonnen hat.

Halil Öztaş ist in Heusenstamm Bürgermeister geworden, in einer Stadt, wo es nach dem Krieg nie einen sozialdemokratischen Bürgermeister gab. Das Stimmverhältnis ist da sonst 70:30. Er hat diese Stadt für die SPD gewonnen.

(Beifall)

Hatice Kara ist auch Bürgermeisterin, die erste Frau am Timmendorfer Strand und die erste Sozialdemokratin nach über 30 Jahren.

(Beifall)

Ich glaube, wir können sehr stolz darauf sein, und das habt ihr mit dem Jubel dazu auch gut gezeigt. Das ist auch berechtigt.

Wir haben uns vor sechs Jahren eine Zielvorgabe gegeben, als wir die Spitze der Diskussion hatten mit Sarrazin. Diese Zielvorgabe von 15 Prozent ist richtig, weil die Zukunft der Sozialdemokratie davon abhängt, ob wir auch diese Gesellschaft repräsentieren. Deswegen habe ich kandidiert. Deswegen haben wir auch Serpil Midyatli aufgestellt,

(Beifall)

weil wir den Delegierten die Möglichkeit geben wollten, zu entscheiden, ob sie diese Zielvorgabe erfüllen wollen. Das erfüllen wir auf jeden Fall nicht, aber ich möchte gerne zurückziehen und bitte eindringlich, dass ihr die Serpil Midyatli wählt und dass ihr in den Landesverbänden bittet - das ist noch viel wichtiger - bei den nächsten Wahlen darauf achtet, ihr habt so viele tolle Menschen mit Migrationshintergrund, die diese Partei bereichern und die Wahlen in Wahlkreisen gewinnen, wo es sonst niemand schafft, damit wir das nächste Mal nicht solche Probleme haben. Da wir als AG-Vorsitzender sowieso ein Rederecht haben und ich davon ausgiebig Gebrauch mache, ist es, glaube ich, für alle ganz gut.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Aziz. - Ich frage Leni Breymaier. - Ja.

Martin Dulig? - Ja.

Klara Geywitz? - Ja.

Eva Högl? - Ja.

Daniela Kolbe? - Ja.

Christoph Matschie? - Ja.

Hilde Mattheis? - Ja.

Serpil? - Ja.

Michael Müller?

Katja Pähle? - Ja.

Ute Vogt? - Ja

Dann würden wir jetzt die Stimmzettel produzieren mit den Namen, die ihr eben gehört habt, und würden, bis die Wahlzettel produziert sind, mit der Antragsbereitung weitermachen.

Vorher möchte ich eine Ansage machen. Das ist kein Spaß. Sondern wirklich ernst gemeint. Der kleine Lean möchte aus der Kinderbetreuung abgeholt werden.

An der Stelle ein dickes Dankeschön an diejenigen, die die Kinderbetreuung hier machen und damit für Familienfreundlichkeit sorgen.

(Beifall)

Außerdem - ich weiß nicht, warum ich immer diese Aufgaben im Tagungspräsidium habe - habe ich noch etwas. Jemand hat sein Handy und diverse Karten verloren, diesmal auf der Herrentoilette. Derjenige möchte sich bitte bei uns melden.

Wenn es nichts Weiteres gibt, machen wir weiter mit der Antragsberatung.

FORTSETZUNG ANTRAGSBERATUNG IA 1, KAPITEL „TECHNOLOGISCHER WANDEL UND SOZIALER FORTSCHRITT“ SOWIE DER ANTRÄGE ZU DEN BEREICHEN ARBEIT, MEDIEN- UND KULTURPOLITIK, DIGITALPOLITIK, SOZIALPOLITIK, STEUER-, FINANZ- UND WIRTSCHAFTSPOLITIK, UMWELT-, ENERGIE- UND VERBRAUCHERPOLITIK SOWIE VERKEHRSPOLITIK

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Während der neue Stimmzettel vorbereitet wird, würden wir euch vorschlagen mit der Antragsdebatte weiterzumachen. Als nächster steht auf der Rednerliste Oleg Shevchenko. Dann kommt Erik Conradi.

OLEG SHEVCHENKO, THÜRINGEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte zurückkommen zu der Debatte, die wir vorher geführt haben. Lothar hat relativ schön und bildlich dargestellt, dass wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten für soziale Gerechtigkeit einstehen müssen, und die sind für mich nicht mit Sanktionen jeglicher Art gegen Menschen vereinbar.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe letztens ein Interview mit Andrea Nahles gelesen, kurz nachdem sie als Fraktionsvorsitzende gewählt worden ist. Ich habe es sehr begrüßt. Aber eines ist mir bitter aufgestoßen. Sie hat nämlich gesagt, dass die Jusos vielleicht gar nicht wissen, was Hartz IV sei. Das, liebe Andrea, tut mir leid, ist schlichtweg falsch. Ich habe Kommilitoninnen und Kommilitonen, die keinen Job bekommen, nach dem Studium, weil sie einfach keinen finden. Dann rutschen sie in Hartz IV ab, dann bekommen sie stärkere Sanktionen als U25-Jährige. Ich glaube, das zeigt zusätzlich, wie absurd dieses System ist und wie krass es ein Schlag in die Fresse der Menschen ist.

Ich selbst bin Migrant, bin 2003 mit meinen Eltern als Kontingentflüchtling nach Deutschland gekommen, mit Eltern, die kein Deutsch sprachen. Ich konnte viel schneller Deutsch lernen. Das hat dazu geführt, dass ich in sehr jungen Jahren, mit zehn Jahren, angefangen habe, mitzukommen zum Jobcenter, um zu übersetzen, damit die Leute wissen, was Phase ist, damit sie nicht diese Sanktionen bekommen einfach aus Unwissenheit, einfach deswegen, weil sie die Sprache nicht beherrschen. Alleine das hat mich super erwachsen gemacht. Mit zehn, elf, zwölf, dreizehn Jahren bis heute mache ich diesen Job, versuche zu übersetzen in Jobcentern. Dass die SPD immer noch darüber diskutieren muss, dass wir Sanktionen brauchen, ist für mich unheimlich unverständlich.

(Beifall)

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten können einmal mutig sein. Ehrlich gesagt, lieber Carsten, ich habe das Gefühl, dass Parteilinke ein sehr dehnbarer Begriff geworden ist, wenn ich höre, was du sagst. Es ist doch klar, dass wir nicht ein bedingungsloses Grundeinkommen wollen, weil das vor allem für Reiche supernützlich ist. Wir wollen eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Deshalb stimmt gegen das Votum der Antragskommission für den Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall)

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Erik Conradi. Ihm folgt Erik Schöller.

ERIK CONRADI, GAST:

Liebe Genossinnen und Genossen, aufgrund meiner Qualifikation als Betriebswirt und steuerlicher Berater möchte ich die Gelegenheit nutzen, um hier ein paar Punkte anzusprechen, die bei der Neu-

ausrichtung der SPD hilfreich sein können. Um die stark abgenommene Wählerzustimmung für die SPD zu erklären, lohnt es sich, die Entwicklung der letzten 35 Jahre zu betrachten. Aus meiner Sicht bildet die Abwahl von Helmut Schmidt am 1. Oktober 1982 einen Wendepunkt. Der damalige Regierungswechsel durch Union und FDP wurde mit der Notwendigkeit einer geistig-moralischen Wende gerechtfertigt, ohne allerdings anzuführen, worin diese Wende besteht. Seitdem wurde unsere Stammwählerschaft, die Arbeitnehmer, immer stärker belastet, sei es durch die Anhebung von Beitragssätzen oder Beitragsbemessungsgrenzen bei den Sozialversicherungen, durch die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes von 16 Prozent auf 19 Prozent sowie durch ein kontinuierlich absinkendes Niveau der gesetzlichen Rente.

Dies führte nach der Berechnung von Ökonomen dazu, dass heute 40 Prozent der Erwerbstätigen real geringere Einkommen haben und damit Kaufkraft als in den 90er Jahren. Gleichzeitig wurden aber der Gewinnsteuersatz für Kapitalgesellschaften von 25 Prozent auf 15 Prozent abgesenkt und die Abgeltungssteuer eingeführt, weshalb Kapitalerträge deutlich geringer besteuert werden als Arbeits-einkommen. Diese geistig-moralische Wende, von der damals die Rede war, ist eingetreten und man bezeichnet sie heute als Neoliberalismus.

Die Schwächung der Position der Arbeitnehmer produziert Unsicherheit und Zukunftsängste. Die SPD hat sich mit den Reformmaßnahmen der Agenda 2010 diesem neoliberalen Zeitgeist angeschlossen und hat damit die Halbierung der Wählerzustimmung in Kauf genommen. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer, weil Bezieher von Kapitaleinkommen leistungslos immer reicher werden.

National und international steigen die Schuldenberge immer weiter und führen in vielen Staaten zum drohenden Staatsbankrott. Unser Wirtschaftssystem, das nur mit Wachstum funktioniert, steht auf der Kippe, weil die Wachstumsraten in den meisten Volkswirtschaften rückläufig sind. Auch die Rettungsmaßnahmen der Europäischen Zentralbank durch millionenschwere Staatsanleihenkäufe werden die Wachstumsschwäche nicht überwinden können.

In den Wirtschaftswissenschaften werden derzeit alternative Konzepte unter dem Stichwort Postwachstumsökonomie bzw. Gemeinwohlökonomie diskutiert.

Wir müssen in Zusammenarbeit mit den besten Ökonomen Lösungskonzepte entwickeln, um die Schuldenkrise zu lösen, die systembedingt nicht durch Tilgung gelöst werden kann.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei dem Geldsystem zu. Wir brauchen ein neues Geldsystem, das umverteilungsneutral ist. Es geht letzten Endes darum, den Mut aufzubringen, uns als Gesellschaft auf ein höheres zivilisatorisches Niveau zu begeben, sodass Gier und die Anhäufung von materiellem Reichtum nicht auf alle Ewigkeit die zentrale Triebfeder sein werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt Erik Schöller. Ihm folgt Nina Scheer.

ERIK SCHÖLLER, RHEINLAND-PFALZ:

Liebe Genossinnen und Genossen! Der gestrige Tag hat ja gesagt - das war der Tenor -, wir sollen auf unsere Erfolge wieder stolz sein können. Auf einen Erfolg bin ich ganz besonders stolz: Das sind die Erfolge unserer Umweltministerin Barbara Hendricks, die an der Stelle noch viel zu wenig gewürdigt wurden.

(Beifall)

Barbara, du hast in Paris und Bonn schwierige Verhandlungen mit der Welt geführt. Herausgekommen sind ambitionierte Ziele, Visionen und historische Meilenstein. Ich bin stolz darauf, dass du der gleichen Partei angehörst wie ich.

(Beifall)

Aber diese Klimaverträge haben auch Konsequenzen für uns. Wir handeln sie mit der Welt aus. Das bedeutet doch auch, dass wir daraus Konsequenzen ziehen müssen. Wir müssen das ja nicht holterdiepolder tun, sondern sozial verträglich. Aber das tun wir. Denken wir einmal daran, was die Energiewende uns bereits gebracht hat. Zehntausende Jobs sind entstanden, in der Stahlindustrie, in der Aluminiumindustrie, in der Elektrobranche und auch im Bausektor. Das gilt es auch an der Stelle hervorzuheben.

Aber was haben wir in den letzten Jahren denn auch gemacht? Wir haben uns fokussiert auf das EEG, haben es reformiert, deformiert, bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet, sodass heute kaum noch EEG-Flächen für Photovoltaikanlagen ausgewiesen werden. Und dann haben wir gesagt, wir schreiben das Ganze aus, aber nur 10 Megawatt pro Gebietskörperschaft. Leute, wir haben die Energiewende in den letzten drei Jahren aber gut abgewürgt!

(Beifall)

Ich will keine schlechte Laune verbreiten, aber wir lassen uns das Thema unnötig ablaufen. Leute wie Hermann Scheer haben dafür gesorgt, dass das Thema Energiewende von Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen besetzt war in der öffentlichen Meinung, haben dafür geworben. Dahin müssen wir wieder zurück.

(Beifall - Zuruf: Bravo!)

Die Welt schaut auf Deutschland. Heute stand in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, dass Frankreich mit Sorge, aber auch mit Hoffnung nach Deutschland schaut; denn die wollen keine Atomkraftwerke mehr bauen. Die wollen die nicht mehr laufen lassen. Die Baden-Württemberger und Baden-Württembergerinnen wissen das genauso, wie wir im Saarland und in Rheinland-Pfalz es wissen: Diese Atomkraftwerke gehören abgeschaltet, und die Energiewende ist die Antwort dafür.

(Beifall)

Also, liebe Genossinnen und Genossen, gehen wir wieder nach vorne, beschleunigen wir die Energiewende, heben sie auf ein neues Level. Dann rollt der Schulz-Zug auch wieder, und zwar diesmal elektrisch. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt Nina Scheer. Ihr folgt Anton Schaaf.

NINA SCHEER, SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich kann da nahtlos anschließen. Ich denke wir brauchen ambitionierte, vorwärts gerichtete Schritte in die Energiewende und haben uns in den letzten Jahren innerparteilich zu stark orientiert, was in der Großen Koalition möglich war an Energiewendeschritten. Die waren naturgemäß sehr eingeschränkt, weil wir es mit einem Koalitionspartner zu tun haben, der mitnichten so energiewendefreundlich ist, wenn es dann ums Detail und um die Programme geht, wie er immer suggeriert.

Insofern müssen wir, glaube ich, als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten deutlicher auf das schauen, was wir auch schon vor der Großen Koalition teilweise als gemeinsame Schritte angegan-

gen sind. Wir haben tatsächlich - das ist erwähnt worden - schon großartige Erfolge hingelegt. Die Energiewende made in Germany ist ein Projekt, das weltweit Anerkennung findet. Dass ist eine ganz starke sozialdemokratische Handschrift gewesen. Darauf müssen wir uns immer wieder besinnen und daran heute auch anknüpfen.

(Beifall)

Das Anknüpfen heißt eben auch, genauer darauf zu schauen, was zurzeit schon links und rechts passiert.

Ich möchte einmal kurz Siemens erwähnen. Es mag eine unverantwortliche Unternehmensführung sein - das möchte ich an dieser Stelle nicht weiter thematisieren; angesprochen haben möchte ich es auf jeden Fall -, aber jenseits der unverantwortlichen Unternehmensführung steht auch, dass die Rahmenbedingungen zurzeit darauf ausgerichtet sind, dass sich solche Technologien am Markt nicht behaupten können, die wir aber für die Energiewende dringlichst brauchen. Und wenn wir nicht wollen, dass es auch in Zukunft noch an anderen Standorten auf einen Schlag mit einer Unternehmensentscheidung einfach Massenentlassungen gibt wie jetzt bei Siemens, dann müssen wir es gestalten. Dann müssen wir diesen Prozess aufgreifen und müssen eine Perspektive für die Menschen schaffen, die heute in Technologien, in Wirtschaftsbereichen stecken, die keine Zukunftschancen haben. Und die Kohleindustrie - ich muss es deutlich benennen - gehört eben dazu. Sie wird nicht in das Erneuerbare-Zeitalter führen können, sondern wird endlich sein. Damit sollten - das muss man, denke ich, als Sozialdemokraten benennen - wir die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht alleine lassen, sondern müssen mithelfen, die wertvollen Arbeitskräfte in die Energiewende zu überführen, denn dort werden sie dringlichst gebraucht.

(Beifall)

Insofern finde ich das, was Michael Müller vorhin angesprochen hat, auch wichtig, dass wir in den nächsten Programmschritten nämlich eine weitere Säule benennen müssen. Wir sollten stärker darauf fokussieren, dass wir das als einen großen sozialdemokratischen Bereich brauchen, die Ressourcenfragen, die Energiewendefragen. Das ist aus den schon genannten Gründen eine sozialdemokratische Aufgabe, und deswegen plädiere ich auch dafür - es gibt verschiedene Anträge, es gab verschiedene Änderungsanträge, es gab verschiedene direkte Anträge -, dass wir da etwas mehr durchlassen, vielleicht tatsächlich auch in Gestalt des erwähnten Antrags von Micheal Müller, dem Antrag A230. Ich fände es gut, wenn wir das hinbekommen. Oder etwa auch, was Stefan Krüger vorhin anhand des Leitetrags, Seite 12, angesprochen hat. Die Änderungen sind ja schon vorgeschlagen worden.

In diesem Sinne: Ich glaube, wir müssen weg von der Mengenbeschränkung für erneuerbare Energien. Das war kontraproduktiv. Das war ein Element der Großen Koalition. Wir brauchen mehr Erneuerbare Energien und nicht weniger. Und ja: Wir brauchen Perspektiven für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir brauchen sie in der Energiewende. - Vielen Dank für eure Aufmerksamkeit.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt Anton Schaaf. Ihm folgt Dagmar Schmidt. Danach haben wir noch drei Redebeiträge. Das heißt, ihr müsstet, weil wir dann abstimmen, langsam mal gucken, dass ihr die Delegierten, die nicht im Saal sind, bittet, noch einmal hereinzukommen.

Anton, du hast das Wort.

ANTON SCHAAF, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Genossinnen und Genossen, wir müssen Politik wieder für die Menschen vom Ziel her beschreiben. Wir Sozialdemokraten müssen sagen: Was ist das Ziel? Manchmal sind wir in der Debatte immer un-

terwegs, und einzelne Instrumente erklären wir dann zum Ziel, und dann wir es immer kompliziert. In der Sozialpolitik müsste es eigentlich mein Ziel/unser Ziel sein, dass möglichst niemand abhängig ist von staatlichen Transferleistungen. Das müsste das Ziel sein, und daraus ableitend müssen wir dann Politik in der Sozialpolitik, daraus ableiten müssen wir dann Notwendigkeiten, wie wir dieses Ziel erreichen. Aber wenn wir jeden Schritt, um das Ziel zu erreichen, zum Ziel erklären, kommen wir niemals am Ziel an.

Das ist genau das, was wir in der Sozialpolitikdebatte gerade auch wieder betreiben. Ja, es ist notwendig, darüber nachzudenken, und wenn dann sogar noch Traumaarbeit in Bezug auf die Agenda 2010 notwendig ist - von mir aus das auch noch. Aber bitte zielgerichtet Politik formulieren.

Ich glaube übrigens auch nicht, dass es eine wesentliche Ursache für die Wahlniederlage am 24. September ist. Aber eine andere habe ich schon ausgemacht. Vielleicht fällt euch einmal auf, dass immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die SPD nicht mehr wählen, Genossinnen und Genossen. Ich glaube, das ist das zentrale Problem: Dass wir unsere Urklientel nicht mehr mobilisiert kriegen. Wenn wir uns darauf fokussieren, nenne ich einmal ein Beispiel. Ein 37-jähriger Facharbeiter aus meinem Kreisverband, der mir sagt: „Ich komme gut zurecht. Ich habe ein ganz gutes Einkommen. Aber neben mir steht ein Kollege, der Zeit- und Leiharbeiter ist, und ich habe Angst, dass mein Arbeitsplatz durch einen Zeit- und Leiharbeiter ersetzt wird. Was macht ihr Sozis dagegen, dass das passiert?“

Die Antwort müssen wir ihm geben, weil er Angst hat. Und er will uns als Schutzmacht haben.

Derselbe Kollege sagt mir dann: Ich ärgere mich über euch, weil ihr zugestimmt habt, dass die Parität aufgehoben wird. Jetzt wissen wir alle, wie Politik funktioniert, aber aus seiner Sicht hat er recht. Wir haben dazu beigetragen, mit uns geht das für ihn nach Hause. Darüber ärgert er sich.

Er sagt: Ihr habt eine Rentenkampagne gemacht - Andrea, übrigens gut gerechnet, das ist völlig klar. Aber es ist ja nicht das Ziel, 48 Prozent Leistungsniveau zu halten. Der Kollege guckt dann nämlich jedes Jahr auf seinen Rentenbescheid, seine Rentennachricht, und da stehen dann nach 45 Jahren Arbeit 980 Euro drauf. Der will nicht von uns hören, dass das so bleibt, der will hören, dass es besser wird, Genossinnen und Genossen. Das sind die Antworten, die wir geben müssen.

(Beifall)

Der guckt auf den Mindestlohn, den wir feiern ohne Ende - übrigens auch zu Recht, eine große Leistung der Kabinettsmitglieder aus unserer Fraktion in der letzten Legislaturperiode. Aber dieser Facharbeiter guckt doch nur mit einem einzigen Blick auf den Mindestlohn: Er hat Angst davor, zu solchen Bedingungen jemals arbeiten zu müssen. Und er fragt uns: Was tut ihr dagegen, dass mir das passiert?

Genossinnen und Genossen, wir müssen die Menschen, die jeden Tag hart arbeiten gehen, wieder mehr in den Mittelpunkt stellen. Wir müssen sie schützen vor sozialem Abstieg, vor dem Unbill des Lebens. Wir müssen uns um die sozialen Sicherungssysteme kümmern und die Antworten geben, die die Menschen von uns erwarten. Denn ohne Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ohne unsere Verbindungen zu ihnen werden wir Wahlen auch in Zukunft nicht gewinnen, Genossinnen und Genossen.

Deswegen bin ich dafür, dass wir als Grundlage den Initiativantrag IA11 unterstützen.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt kommt Dagmar Schmidt. Ihr folgt Norbert Spinrath.

DAGMAR SCHMIDT, PARTEIVORSTAND:

Liebe Genossinnen und Genossen, das passt ganz gut, was Anton eben gesagt hat. Denn, ja: Es ist wichtig und richtig, dass wir die Arbeit und gute Arbeit in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Und ich bin sehr dankbar dafür, dass die Antragskommission den Antrag der hessischen SPD übernommen hat, auch diejenigen mit in den Blick zu nehmen, die nicht in der Lage sind, eigenständig ihre Lebenssituation zu verbessern, weil sie schon älter sind, weil sie alt sind, weil sie gesundheitliche Probleme haben. Auch um die müssen wir uns kümmern.

Und wir müssen uns um die kümmern, die ihre eigene Lebenssituation noch nicht verbessern und verändern können, weil sie noch Kinder sind. Deswegen finde ich es gut, dass wir uns auch dem Thema Kinderarmut in unserem Erneuerungsprozess widmen wollen. Denn wir können es nicht hinnehmen, dass 21 Prozent der Kinder in Deutschland länger als fünf Jahre in Armut aufwachsen und noch mal 10 Prozent Erfahrungen mit Armut in ihrem Großwerden und in ihrem jungen Leben machen müssen. Das ist für eine reiche Gesellschaft, wie wir es sind, eine Schande. Dem müssen wir uns stellen.

(Beifall)

Deswegen werbe ich dafür, dass wir, wenn wir uns der Diskussion um #SPDerneuern und der Beantwortung der Fragen widmen, die wir uns alle aufgeschrieben haben, uns auch darum kümmern, dass die Eltern gute Arbeit haben, dass auch Alleinerziehende Vollzeit arbeiten können und guten Lohn verdienen, weil wir gute Betreuung haben. Aber das reicht nicht aus, sondern wir müssen uns auch um eine eigenständige finanzielle Absicherung für Kinder bemühen und kümmern, die ausreicht.

(Beifall)

Niemand darf arm werden, weil er Kinder hat. Deswegen möchte ich mich in der Diskussion, die jetzt vor uns steht, für die Kindergrundsicherung stark machen. Ich hoffe auf eure Unterstützung.

Glück auf!

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Norbert Spinrath! - Ihm folgt Gerlinde Schermer. Dann kommt noch Malu Dreyer, und dann sind wir am Ende der Debatte. Also noch mal die Bitte, dass die Delegierten jetzt möglichst in den Saal kommen!

NORBERT SPINRATH, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich komme aus dem Kreis Heinsberg; das ist ein Teil des rheinischen Braunkohlereviere. Ich und auch der Kreisverband im Kreis Heinsberg stehen ohne Wenn und Aber zum Ziel des Klimaschutzes und zu der von uns initiierten Energiewende. Deshalb steht für mich auch unverrückbar fest, dass die Braunkohleverstromung ein Ende haben muss - aber ein Ende spätestens im Jahre 2045, so wie es in der Leitentscheidung der früheren rot-grünen Landesregierung von NRW erst im letzten Jahr beschlossen wurde.

Wir brauchen für 18 Millionen Menschen weiterhin den Braunkohlestrom für einen Übergangszeitraum, für eine bezahlbare und sichere Versorgung, aber eben nicht nur für 18 Millionen Menschen, sondern auch für den Industriestandort Nordrhein-Westfalen. Eben hat ein Genosse die Aluminiumwerke als alternative Beschäftigung empfohlen. Es sind aber gerade unsere Aluminiumwerke in Nordrhein-Westfalen, die noch für einen überschaubaren Zeitraum auf diesen Braunkohlestrom angewiesen sind. Nina Scheer hat die nicht eingerechnet in die Zahl der Menschen, die von einem Braunkohle-Aus betroffen wären.

Wir haben auf unsere SPD-Initiative hin vor ein paar Jahren den Strukturwandel eingeleitet. Das braucht aber Zeit, liebe Genossinnen und Genossen, und das braucht Geld, liebe Genossinnen und Genossen, und zwar Geld, dass dann eben nicht mehr vom Betreiber, vom Bergbau betreibenden RWE kommt, wenn er die Produktion einstellen muss. Tausende Menschen, auch aus meinem Kreis, verdienen in und mit dem Braunkohlerevier ihr Geld, entweder direkt im Tagebau oder im sonstigen Zuliefer- und Dienstleistungsbereich. Da gibt es vielfältige Arten.

Das sind Menschen, die man nicht mal eben so schnell in alternative Energien umlenken kann. Das sind Gärtner, Landschaftsbauer, Geologen, Biologen, Straßenbauer, Brückenbauer, Tiefbauer – all das hängt mit dem Tagebau zusammen –, Transportunternehmer, Logistiker jeder Art. Das sind Menschen, die auch einen Anspruch auf dieses viel zitierte Wort dieses Parteitages, nämlich auf Glaubwürdigkeit haben.

Wie soll ich den Menschen, die in einem Zeitraum von 15 Jahren – viele Tausende aus 15 Dörfern – umgesiedelt worden sind – der letzte Abschnitt ist gerade im Gange; die Häuser werden gerade gebaut –, erklären, dass wir in zwei Jahren aus der Braunkohle austeigen? Die sagen uns dann: Habt ihr sie nicht alle? Wofür habt ihr uns aus unserer Heimat vertrieben, wenn ihr jetzt zu anderen Erkenntnissen kommt? - Ich glaube, das hat auch was mit Glaubwürdigkeit zu tun, auch diese Menschen ernst zu nehmen.

Man kann einen solchen Beschluss, eine solche Leitentscheidung, nicht holterdiepolter aus dem Jahr 2045 in das Jahr 2020 vorverlegen. Das ist unseriös; das ist nicht glaubwürdig, liebe Genossinnen und Genossen. Wir wollen ja ein Ende der Braunkohle, aber, Nina, so schnell geht das nicht. In zwei Jahren ist das nicht zu bewerkstelligen. Ich glaube, wir bleiben glaubwürdig, wenn wir ganz klar unser Ziel erklären: Das Ende der Braunkohle, aber so, dass wir in der Lage sind, den notwendigen Strukturwandel für unsere Region zu gestalten.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Als Nächste hat Gerlinde Schermer das Wort. Dann folgt Malu Dreyer.

GERLINDE SCHERMER, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich switche zurück zu einem anderen Thema. Ich möchte an den Kollegen mit dem Zollstock erinnern. Da ging es um einen Initiativantrag aus Berlin und darum, dass die Kürzungen bei Hartz IV aufhören sollen.

Ich möchte einen anderen Aspekt dazu einbringen, und dazu stehen sehr viele Dinge im Antragsbuch, zum Beispiel in den Anträgen Ar13, Ar14 und Ar15. Sie beschäftigen sich damit, dass der Mindestlohn effektiv durchgesetzt werden soll, und fordern Kontrollen. Ich kann euch sagen: Das ist nicht durch das Regierungsprogramm erledigt. Das wird nicht gemacht.

Es gibt alle vier Jahre die Prüfung der Rentenversicherung, ob die Mindestlöhne sozusagen richtig berechnet wurden, aber ob in dem Betrieb vier oder sechs oder acht Stunden für den Mindestlohn gearbeitet wird, das wird nicht kontrolliert. Wenn wir das richtig kontrollieren würden, dann gäbe es mehr Menschen, die sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze hätten, weil wir die Arbeitgeber zwingen würden, die auch offiziell richtig zu bezahlen. Das wäre sozial. Dann hätten die Krankenkassen mehr Geld, und dann bräuchten wir uns über diese ganzen Kürzungen bei Hartz IV eigentlich gar nicht mehr zu unterhalten.

Als vorhin meine Kollegin aus Berlin hier gesprochen hat, saßen hinter mir Genossinnen und Genossen aus Baden-Württemberg und mokierten sich über die junge Genossin, darüber, dass sie forderte, mit diesen Kürzungen aufzuhören, das wären ja nur 4 Prozent, bei denen die Kürzungen überhaupt stattfänden.

Das sei ja eigentlich auch in Ordnung. So habe ich sie verstanden. Außerdem wurde gesagt, das Geld muss ja auch irgendjemand erarbeiten. Da haben Sie recht. Was über Hartz IV ausgezahlt wird, muss irgendwo erarbeitet werden. Aber wir müssen es von den Arbeitnehmern und von den Arbeitgebern nehmen. Wir müssen sozusagen auch Arbeitnehmer dazu zwingen, ihre Stunden richtig anzugeben, damit sie in die Sozialversicherung einzahlen, weil wir ihnen erklären, dass das solidarisch und sozial ist. In diesem Sinne, wenn wir das eine tun, richtig kontrollieren, kriegen wir mehr Geld in die Kasse, und dann brauchen wir auf der anderen Seite auch nicht so viel kürzen.

Deswegen sage ich, am Ende der Kette anfangen. Maßregelungen bei den Kleinen, damit müssen wir endlich aufhören, und wir müssen anfangen, da zu kontrollieren, wo es sinnvoll ist. Das ist auch für Bruttoinlandsprodukt, für die Umsatzsteuer und für alles gut. Lasst euch da nicht kleinreden.

Ein anderer Punkt ist: Wir wollen selber nicht minimale Löhne schaffen durch Public Private Partnership. Das ist nämlich das, was überall stattfindet. Es wird da etwas outsourced, wo wir als Sozialdemokraten Verantwortung tragen, und zwar in Berlin bei der Charité, überall in den sozialen Diensten, ganz viel bei den Frauenberufen, Reinigungskräfte usw. Alles wird outsourced und in Public-Private-Partnership-Verträge im Facility-Management gepackt. Da kommt der Mindestlohn her. Da müssen wir sagen, wir wollen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Und das Mittel, das zu machen, ist: Wir machen kein PPP. Dazu gibt es auch Anträge im Buch. Da möchte ich euch um Zustimmung bitten.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM.

Zum Abschluss der Debatte als letzte Rednerin Malu Dreyer.

(Beifall)

MALU DREYER, STELLVERTRETENDE PARTEIVORSITZENDE:

Liebe Genossen und liebe Genossinnen, ich möchte gerne noch einmal auf den Änderungsvorschlag von Carsten Sieling zu A110 zurückkommen. Er hat ja vorgeschlagen, dass man den letzten Teilsatz dahin gehend ändert, dass es dann heißt: Geltende Sanktionspraxis ändern. Ich will einmal meine ganz ureigene Erfahrung zu dem Thema Sanktionen hier berichten.

Ich war ja sehr, sehr lange Sozialdezernentin, und ich rede wirklich nicht von irgendeinem grünen Tisch. Ich bin fest davon überzeugt, dass jeder Mensch - das ist die Philosophie der Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen - ein Recht darauf hat, dass er, wenn es irgendwie geht, nicht auf Dauer in Transferleistungen verbringen muss. Deshalb muss - da gebe ich dir vollkommen recht - unser aller Streben darin liegen: Was können wir tun, um Menschen zu unterstützen, um aus dem Transfersystem wieder rauszukommen?

(Beifall)

Das Zweite ist - das haben hier viele angebracht -: Dazu gehört auch, dass die Agentur menschenfreundlich mit den Menschen umgeht.

(Beifall)

Es ist natürlich nicht zu akzeptieren, dass beispielsweise Menschen mit Migrationshintergrund kommen und nicht verstehen und deswegen angeblich Sanktionen kriegen usw. Das geht nicht, und das muss man vor Ort auch anprangern und muss das wirklich monieren, wenn es Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt, die nicht sicherstellen, dass die Menschen wirklich menschengerecht behandelt werden; denn sie kriegen keine Brosamen vom Staat, sondern sie kriegen das, was sie brauchen für ihr Existenzminimum. Wir wollen sie befähigen, dadurch wieder zurück ins ganz normale Leben zu gehen. So muss man ihnen auch begeben, und zwar auf Augenhöhe. Nichts anderes ist da adäquat.

(Beifall)

In dem Zusammenhang muss ich trotzdem sagen: Wir haben im Wahlprogramm - darüber wurde ja auch sehr lange diskutiert - aus meiner Sicht die richtige Entscheidung getroffen, dass es, wenn man sanktioniert, zwischen Jungen und Alten keinen Unterschied geben darf. Natürlich können Sanktionen bei den jungen Leuten nicht so aussehen, dass es bis zu einer Nullstreichung sozusagen der Transferleistungen geht. Das kann man nicht tolerieren und akzeptieren. Deswegen ist es richtig, was die SPD in dem Zusammenhang vorschlägt.

Es ist auch richtig - auch das steht in unserem Wahlprogramm -, dass es nicht sein kann, dass Sanktionen die KdU betreffen, weil es selbstverständlich ist, dass zur Existenzsicherung gehört, dass die Leute eine Wohnung haben und darin wohnen können. Es kann nicht sein, dass Sanktionen dahin greifen.

Trotzdem bin ich am Ende der Auffassung - auch das ist meine Erfahrung -, dass es eben auch Regeln gibt im Zusammenleben, auch im Grunde, was das Thema „Fördern und Fordern“ angeht. Ich bin der Auffassung, dass es bei denjenigen Menschen, die trotz allem Regeln immer wieder brechen, nicht in Ordnung ist, dass man das einfach nur hinnimmt. Also, ich spreche mich nicht dafür aus, alle Sanktionen zu streichen. Ich spreche mich dafür aus, dass die Sanktionen so verändern, wie wir es im Wahlprogramm auch stehen haben. Und ich spreche mich dafür aus, dass wir dafür sorgen, dass die Menschen auf Augenhöhe miteinander umgehen und dass sie nicht darunter zu leiden haben, dass sie einen Sachbearbeiter haben, der vollkommen schräg drauf ist und so tut, als wäre es sein eigenes Geld.

Deshalb, Genossinnen und Genossen, plädiere ich hier noch einmal dafür, den Änderungsantrag von Carsten Sieling aufzunehmen. Der würde das sehr gut umfassen, dass wir wirklich die Praxis verändern müssen. Dafür steht auch die SPD. Aber ich halte es auch für angemessen, dass man in einzelnen Fällen, in denen es eben nicht funktioniert und man wirklich auch nicht weiterkommt, dann sagt: Leute, dann können wir euch nicht so behandeln wie andere auch; denn wir erwarten von euch auch, dass bestimmte Dinge auch getan werden.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, damit wären wir am Ende dieser sehr, sehr intensiven Debatte. Ich würde jetzt Hubertus für die Antragskommission das Wort geben, dass er mal versucht, uns durch die Abstimmung zu leiten.

HUBERTUS HEIL, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gehe die einzelnen Änderungsvoten zu den Anträgen durch. Wir würden als Antragskommission bei diesem Änderungsantrag A110, den wir eben besprochen haben, der ja auch intensiv diskutiert wurde, versuchen, tatsächlich zu gucken, dass wir jetzt eine ver-

bindende Formulierung hinbekommen, die Carsten Sieling und Malu Dreyer eben auch vorgetragen haben.

Das hieße, wir würden euch vorschlagen, den Satz dahin gehend zu ergänzen, dass wir sagen: Klar ist für uns, dass alle Menschen ein Recht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum haben, und deshalb werden wir die geltende Sanktionspraxis verändern. - Das wäre das erste Votum. Der Vorschlag ist also, den Kompromissvorschlag anzunehmen, wie Malu Dreyer ihn eben beschrieben hat.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Wird da Abstimmung gewünscht? - Also, wir stimmen ab über das Votum der Antragskommission so, wie jetzt von Hubertus vorgestellt. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

Wir kämen dann zum nächsten Punkt, Hubertus.

HUBERTUS HEIL, ANTRAGSKOMMISSION:

Es geht um den Änderungsantrag von Hilde Mattheis, Votum zum Ar53. Es bleibt bei der Überweisung an Parteivorstand und Bundestagsfraktion ist unser Votum.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Dann stimmen wir auch hier über das Votum der Antragskommission ab, so wie es Hubertus jetzt vorgestellt hat. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

HUBERTUS HEIL, ANTRAGSKOMMISSION:

Gut. Dann kommen wir zu den vielen Rentenanträgen, die es gegeben hat, liebe Genossinnen und Genossen. Ich glaube, da müssen wir ein bisschen was aufklären, damit wir uns da auch keinen künstlichen Gegensatz leisten.

Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm ein Rentenkonzept beschlossen, und wir haben im Umfeld des Dortmunder Parteitages festgestellt, dass wir auch darüber hinausdenken wollen, was wir jetzt als Mindeststandards beschlossen haben mit diesem Rentenkonzept. Bisher war es so, dass das für die Zeit nach 2030 vorgenommen werden sollte. Jetzt gibt es den Anspruch - dem wollen wir uns auch anschließen -, das Jahr 2030 als Zahl rauszustreichen. Das heißt, es bleibt bei der Überweisung an den Parteivorstand, an die am 24. Juni 2017 beschlossene Kommission. Die Kommission wird vom Parteivorstand eingesetzt und soll neu benannt werden, nämlich „Kommission zur Rentensicherung“ ohne diesen Hinweis „2030“.

Zur Erläuterung: Wir hatten Bundestagswahlkampf. Wir haben jetzt diesen Erneuerungsprozess, und die Kommission muss jetzt von dem neu gewählten Parteivorstand eingesetzt werden und zügig ans Arbeiten kommen, so wie das beschrieben wurde, um das auch aufnehmen zu können. Aber, wie gesagt, ich finde es richtig, dass wir im Lichte dieser Debatte nicht nur über die Frage Rentenvorschläge, die wir haben, bis 2030 diskutieren und uns dann neue Gedanken machen, sondern dass wir auch versuchen, ehrgeiziger noch mal über unser bestehendes Konzept mit der Kommission zu diskutieren. Das ist der Hinweis da.

Ich würde euch bitten, das so zu machen, Überweisung also und Umbenennung der Kommission, damit klar ist, dass die Dinge auch vor 2030 sich schon ändern sollen.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Dann frage ich auch hier: Wer dem Votum der Antragskommission folgen will, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war die Mehrheit.

HUBERTUS HEIL, ANTRAGSKOMMISSION:

Genossinnen und Genossen, dann komme ich zu den Änderungsvorschlägen von Stephan Grüger aus dem Bezirk Hessen-Süd, der nach dem Begriff „Wachstum“ eingefügt hat - vorhin mündlich vorgetragen; in den Leitantrag, Seite 12, Zeile 3 -: „zum Beispiel mit erneuerbaren Energien“. - Das würden wir annehmen. Und zudem würden wir auf Seite 12, Zeile 3 nach „geführt“ einfügen: „und zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beitragen“.

Wir haben das „Hunderttausende“ weggenommen, aber „Arbeitsplätze“ deutlich gemacht und bitten euch, das so anzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Dann lasse ich auch hier über das Votum der Antragskommission abstimmen. - Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Mit ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

HUBERTUS HEIL, ANTRAGSKOMMISSION:

Dann gab es ganz am Anfang der Debatte einen Änderungsvorschlag vom ersten Redner, der sich gestern schon gemeldet hatte. Ihr erinnert euch. Ich weiß nur den Nachnamen leider nicht. Er kam von Robert aus Berlin.

Er hat beantragt, auf Seite 14 die Zeilen 6 bis 8 zu streichen, die sich um das Thema „Agenda 2010“ kümmern. Sein Vorschlag war, dass wir über die Zukunft reden und nicht in der Vergangenheit kleben, wenn ich das richtig verstanden habe. Das würden wir unterstützen wollen.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Dann möchte ich auch hier abstimmen lassen. - Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

HUBERTUS HEIL, ANTRAGSKOMMISSION:

Dann komme ich zum Änderungsantrag ÄÄ 230 der NaturFreunde. Das Votum ist: Es soll bei Überweisung in den Prozess „SPDerneuern“ bleiben.

Wir wissen um die Größe der von Michael Müller beschriebenen Aufgabe. Wir haben sie in verschiedenen Kapiteln - auch in diesem Erneuerungsprozess. Ich komme nachher noch einmal zum Thema „Flucht und Migration“ und zum Thema „Klimawandel“ als Fluchtursachen. Wir haben in diesem Bereich eine solche im Umbau der Industriegesellschaft. Wir würden aber kein einzelnes neues Kapital aufmachen wollen. Das heißt aber nicht, dass das Thema nicht zentral ist. Es ist so groß, dass es eigentlich in allen Themen drin ist, die wir hier diskutieren. Deshalb wollten wir uns auf die vier Themen konzentrieren.

Deswegen lautet das Votum der Antragskommission: Überweisung an den Prozess „SPDerneuern“.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Wer diesem Votum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war die Mehrheit.

HUBERTUS HEIL, ANTRAGSKOMMISSION:

Herzlichen Dank. - Zum Initiativantrag IA 12: Es geht um den Flughafen Köln/Bonn. Den Antrag würden wir in der Fassung der Antragskommission nach Beratung gestern annehmen. Wir lassen da einen prominenten Namen weg, aber jeder weiß, worum es geht. Wir würden dann dem Antrag - wo ist der Kölner? - in der Fassung der Antragskommission zustimmen.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Wer diesem Votum folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

HUBERTUS HEIL, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, jetzt kommt ein Votum zu einem Antrag, zu dem sehr viel gesagt wurde, obwohl er gar nicht aufgerufen wurde; das ist der Antrag IA 14 - Kohle, Klima.

Ich glaube, dass die Debatte sehr deutlich gemacht hat, dass wir als SPD im nächsten Jahr da wirklich Klärungsbedarf haben, und deshalb ist es richtig, dass dieser Antrag an den Prozess „SPDerneuern“ überwiesen, aber nicht beschlossen wird.

Wir haben die Diskussion, die hier aus dem rheinischen Revier, von den Lausitzern und aus der mitteldeutschen Region geführt wurde. Auf der anderen Seite gibt es die Diskussion, wie wir das hinbekommen.

Ich glaube, wir müssen eine Linie finden, die klarmacht, dass der Strukturwandel weitergeht. Die Menschen in den Revieren wollen aber erst einmal eine Perspektive sehen, bevor sie sich auf den weiteren Prozess einlassen, und das muss in der SPD wirklich präzise geklärt werden.

Meine Bitte ist einfach, dass wir da heute keine Klärung vornehmen, weil wir brauchen diese Debatte. Es ist auch ein Stück „SPDerneuern“, dass wir nicht die einen oder anderen sich hier ausbreiten lassen, sondern dass wir das wirklich so auf den Punkt bringen, dass wir im nächsten Jahr dann allerdings in dem Prozess eine klare Position haben.

Deshalb: Überweisung an „SPDerneuern“.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Dann können wir auch hier entsprechend dem Votum der Antragskommission abstimmen. - Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen so beschlossen.

HUBERTUS HEIL, ANTRAGSKOMMISSION:

Ansonsten bleibt es bei den Empfehlungen der Antragskommission für das Kapitel, und ich wäre jetzt hiermit durch.

Ich kann jetzt nachvollziehen, wie sich Olaf Scholz so fühlt, der das wirklich toll macht und der das gerne heute den ganzen Tag weitermachen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Erst mal vielen Dank, Hubertus. - Ich glaube, Hubertus hat alle Anträge und Änderungsanträge, die in der Debatte aufgetaucht sind, jetzt mit einem Votum der Antragskommission versehen, und wir haben darüber auch im Einzelnen entschieden.

Dann würde ich euch bitten, dass wir jetzt zunächst insgesamt über das Kapitel III.2 abstimmen und dass wir dann im Anschluss über alle anderen Anträge, die auch mit aufgerufen waren, entsprechend dem Votum der Antragskommission abstimmen. Einverstanden?

Dann kommen wir jetzt zunächst zur Abstimmung über das Kapitel mit den eben vorgetragenen Modifikationen. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen so beschlossen. - Ganz, ganz herzlichen Dank.

Dann würde ich noch alle anderen Anträge aus diesem Bereich aufrufen und sie entsprechend dem Votum der Antragskommission zur Abstimmung stellen.

Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Bei einigen Gegenstimmen so verabschiedet.

Ganz, ganz herzlichen Dank für diese intensive Debatte.

(Beifall)

Wir könnten dann auch gleich in den zweiten Wahlgang für die Beisitzerinnen und Beisitzer einsteigen, und dafür gebe ich jetzt Manuela das Wort.

ZWEITER WAHLGANG DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES

MANUELA SCHWESIG, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, liebe Doris. - Wir kommen zum zweiten Wahlgang, und ich bitte, die Wahlzettel dafür auszuteilen. In der Zeit, in der sie verteilt werden, gebe ich euch noch ein paar Infos zu diesem zweiten Wahlgang.

Anzubringen ist in diesem zweiten Wahlgang die Kontrollmarke 7. Wenn alles gut gelaufen ist, dann habt ihr sie noch.

Ihr erinnert euch: Wir haben im ersten Wahlgang 25 Beisitzerinnen und Beisitzer von 35 gewählt. Es sind also noch 10 weitere Mitglieder zu wählen. Ihr könnt also maximal 10 wählen, mindestens aber 5. Gewählt sind im zweiten Wahlgang die Kandidatinnen und Kandidaten mit der höchsten Stimmenzahl, soweit die Quote nicht verletzt wird.

Hat noch jemand Fragen zu diesem Wahlverfahren? - Haben alle einen Stimmzettel? Ansonsten bitte Hände hoch, wo noch welche fehlen. - Es ist klar, dass die Leute das nicht so schnell verteilen können. Ich dachte nur, es ist ein bisschen hilfreicher, wenn die Frauen und Männer sehen, wo sie noch fehlen. - Haben alle einen Stimmzettel, oder fehlt noch einer? Ich bitte, die Gänge freizumachen, damit die Frauen und Männer, die die Stimmzettel verteilen, auch wirklich durchkommen. - Noch einmal: Bitte Hände heben, wo Stimmzettel fehlen! - Ich sehe niemanden mehr. Dann sind alle Stimmzettel verteilt.

Der Wahlgang ist eröffnet - Stimmzettel Nummer 7, mindestens 5, maximal 10 Stimmen!

Ich frage, ob alle ihre Kreuze gemacht haben, oder braucht ihr noch Zeit? Können wir anfangen einzusammeln, oder braucht noch jemand Zeit?

Ich frage noch einmal – ein paar hier vorne brauchten noch Zeit – : Seid ihr fertig, oder braucht noch jemand Zeit? - Okay. Dann bitte ich, die Stimmzettel einzusammeln.

Ich habe noch einmal die Bitte, die Gänge so freizumachen, dass unsere Genossinnen und Genossen gut durchkommen. Denkt dran: Sie legen heute ganz schöne Wege zurück. Macht es ihnen nicht schwerer, als es ist!

Liebe Genossinnen und Genossen, bitte steht nicht alle auf! Wir bekommen das Signal, dass die Leute nicht durchkommen. Passt bitte auf, damit schneller eingesammelt werden kann!

Bitte noch einmal die Hände hoch, wo die Stimmzettel noch nicht eingesammelt wurden! - Ich sehe niemand mehr, der noch mit seinem Stimmzettel wedelt. Deshalb gehe ich davon aus, dass ihr alle abgegeben habt. Damit ist der Wahlgang geschlossen. Wir zählen jetzt aus. Bis ein Ergebnis vorliegt, machen wir in der Antragsberatung weiter. Dazu übergebe ich an Anke. Liebe Anke, du hast das Wort.

FORTSETZUNG ANTRAGSBERATUNG IA 1, KAPITEL III.2 UND ORDENTLICHE ANTRÄGE ZU DEN BEREICHEN FAMILIE, FRAUEN UND GLEICHSTELLUNGSPOLITIK SOWIE GENERATIONS- UND SENIORENPOLITIK

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Ich rufe das Kapitel III.2 auf: Ungleichheiten überwinden, Gleichstellung voranbringen. Wir kommen in diesem Kapitel auch zur Beratung der Abänderungsanträge. Ich will jetzt schon darauf hinweisen, dass wir direkt im Anschluss daran die Beratung der ordentlichen Anträge zu den Bereichen Familie, Frauen und Gleichstellungspolitik sowie Generations- und Seniorenpolitik aufrufen werden.

Abgestimmt werden soll zunächst einmal über die Änderungsanträge, wie Sie euch auch als Tischvorlage mit den entsprechenden Voten der Antragskommission vorgelegt worden sind. Das sind die Änderungsanträge 53, 56, 61 und 65.

Bevor wir dazu kommen, frage ich, ob Wortmeldungen vorliegen. Mir ist gerade zumindest eine ange-reicht worden. Ich kann das schlecht lesen. Ich vermute, dass das „Katarina Barley“ heißt. Bevor wir in die Abstimmung gehen, gebe ich der Katarina das Wort. Bitte!

KATARINA BARLEY, RHEINLAND-PFALZ:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte zu diesem Antragskomplex zumindest ganz wenige Worte sagen, weil das ja ein Komplex ist, der erst nachträglich hineingekommen ist. Ich möchte noch einmal betonen: Wenn wir uns auf die Fahne schreiben, dass wir weiblicher werden sollen, dann hat das etwas mit Personen, mit Sichtbarmachen, aber auch mit Inhalten zu tun. Deswegen möchte ich mich an dieser Stelle erst einmal bei allen, die das nach vorne getrieben haben, ganz herzlich bedanken, dass dieses Thema in unserem Programm noch einmal richtig viel Gewicht bekommt. Das ist wichtig. Das ist ein Zeichen, dass wir auch für die Gleichstellung die Partei sind, bei der das Thema zu Hause ist und immer schon zu Hause war. Das ist ja in der Debatte der letzten zwei Tage schon mehrfach zum Ausdruck gekommen.

Ich möchte noch einmal auf einen Punkt hinweisen, nämlich den Aspekt Sexismus-Debatte. Die läuft ja schon eine ganze Weile unter dem Hashtag #MeToo. Es ist auch Aufgabe der Sozialdemokratie, in dieser Debatte Stellung zu beziehen.

Wir müssen uns auf jeden Fall dagegen wehren, dass die Sexismus-Debatte auf Einzelfälle hier und da, auf „mal irgendwo eine Hand an der falschen Stelle oder eine anzügliche Bemerkung“ reduziert

wird. Die Debatte über Sexismus ist am Ende eine Frage von Macht. Denn Sexismus kommt nur deswegen vor, weil sich die einen strukturell den anderen überlegen fühlen. Nur so kommt ein Klima zustande, in dem Geringschätzung, Übergriffe und ähnliche Dinge, die bis zu sexueller Gewalt gehen können, überhaupt gedeihen können und eine Chance bekommen. Deswegen ist es wichtig, dass wir hier auch als Partei ganz klar benennen, dass die Sexismus-Debatte ein Thema für die SPD ist, ein Thema, wo wir klar stehen, wo wir an der Seite der Frauen stehen.

Das gilt aber insgesamt für das ganze Kapitel. Deshalb mein herzlicher Dank vor allen Dingen natürlich wieder an Elke Ferner und die ASF, aber auch an die Antragskommission, dass das alles in dieses Paket aufgenommen wurde. Vielen Dank.

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, liebe Katarina. - Der Name ist gerade schon genannt worden. Sie will selbst das Wort ergreifen. Liebe Elke, du hast das Wort.

ELKE FERNER, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch von meiner Seite danke an die Antragskommission, dass das Kapitel aufgenommen worden ist. Wir haben auch ein paar wenige Anträge in den übrigen Anträgen zu Familie und Frauen. Das ist auch deshalb im Laufe der Jahre weniger geworden, weil Manuela Schwesig und Katarina Barley als Ministerinnen wirklich eine gute Politik für uns auch mit unseren Positionen gemacht haben und wir auch viel gegen die Union durchgesetzt haben. Dafür möchte ich mich noch einmal bedanken.

(Beifall)

Das wird ja jetzt nach Lage der Dinge mein letzter Ordentlicher Parteitag sein, bei dem ich als ASF-Vorsitzende und auch für die Antragskommission diesen Antragsbereich vertreten werde, weil ich nicht mehr als ASF-Vorsitzende antreten werde.

Ich möchte mich bei euch allen für die Unterstützung bedanken, die wir auch in strittigen Debatten gehabt haben, und euch wirklich ans Herz legen, dass wir gerade auch vor dem Hintergrund, wenn man sieht, was die Schwarzen, Gelben und Grünen in ihrem komischen Sondierungspapier stehen haben bzw. was sie nicht drinstehen haben, deutlich machen, dass die SPD die Partei ist, die die Gleichstellung für Frauen und Männer durchsetzt. Wir feiern nächstes Jahr 100 Jahre Frauenwahlrecht. Ich kann euch nur auffordern – nicht nur die ASF, sondern auch die Gliederungen der Partei –, das überall über das ganze Jahr gebührend zu feiern. In diesem Sinne vielen Dank!

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Elke, vielen Dank nicht nur für diesen Wortbeitrag. Du hast gesagt, du scheidest aus dem Parteivorstand aus. Das Amt der ASF-Vorsitzenden wird auch weitergegeben werden. Nachher gibt es sicherlich noch eine offizielle Verabschiedung. Aber ich will die Gelegenheit nutzen und sage dir ein ganz herzliches Dankeschön für dein Engagement.

(Beifall)

Ich habe großen Respekt vor dem, was du in den letzten Jahren durchgekämpft hast, auch immer in Kauf nehmend, dass man sich damit selbst nicht immer nur beliebt macht, wenn man die Positionen so hart vertritt. Ich habe großen, großen Respekt und sage ein ganz herzliches Dankeschön. Wir

wären heute nicht da, wo wir sind, wenn du nicht für uns Frauen an dieser Stelle gekämpft hättest. Vielen Dank, Elke Ferner!

(Lebhafter Beifall)

Mit ganz speziellem weiblich-saarländischen Charme hat sie das getan. Mit der entsprechenden Effizienz wollen wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Die Empfehlungen der Antragskommission liegen euch vor. Ich würde gerne zunächst einmal über die Abänderungsanträge abstimmen lassen, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt. Wer für die entsprechenden Voten der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit sind die Abänderungsanträge angenommen.

Dann will ich natürlich auch noch über das Kapitel in Gänze abstimmen lassen. Wer für die Annahme dieses Kapitels mit den entsprechenden Abänderungsanträgen ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir dieses Kapitel so angenommen.

Wir kommen jetzt noch zu den ordentlichen Anträgen zur Frauen-, Familien- und Gleichstellungspolitik. Initiativanträge liegen dazu derzeit nicht vor. Insofern sind die ordentlichen Anträge F1 bis F17 aufgerufen. Sie befinden sich in eurem Antragsbuch auf den Seiten 174 bis 185.

Wir würden euch vorschlagen, sie in der dort vermerkten Art und Weise zu behandeln. Bevor wir das tun, frage ich, ob es dazu noch Wortmeldungen gibt. - Das ist nicht der Fall. Dann kann ich gleich über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmt, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich mich dafür sehr herzlich bedanken und werfe einen Blick nach links, ob wir wie verabredet jetzt die Übergabe machen an Doris Ahnen, weil wir den Zeitplan gerade ein bisschen umstellen. Wir sind aber hinreichend flexibel, das zu tun. Liebe Doris jetzt kommt dein Einsatz. - Vielen Dank.

FORTSETZUNG ANTRAGSBERATUNG IA 1, KAPITEL III.2 E SOWIE DER ORDENTLICHEN ANTRÄGE ZU DEN BEREICHEN, BILDUNG, WIRTSCHAFT, JUGENDPOLITIK, KOMMUNALPOLITIK, STADTENTWICKLUNG, WOHNEN, GESUNDHEITSPOLITIK, DIE ANTRÄGE I 1 BIS 39 DES SACHBEREICHS INNEN- UND RECHTSPOLITIK UND DER THEMENÜBERGREIFENDEN ANTRÄGE

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Wir würden jetzt aufrufen wollen das Kapitel „Zusammenhalt und Demokratie stärken“. Das ist das Kapitel III.2 E. Ich mache darauf aufmerksam, dass wir im unmittelbaren Anschluss an die Beratung die ordentlichen Anträge zu den Bereichen, Bildung, Wirtschaft, Jugendpolitik, Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen, Gesundheitspolitik, die Anträge I 1 bis 39 des Sachbereichs Innen- und Rechtspolitik und die themenübergreifenden Anträge mit aufrufen. Zum Kapitel II.2.E rufe ich auf die Änderungsanträge 138 bis 164. Diese Anträge liegen euch mit der Empfehlung der Antragskommission als Tischvorlage vor. Nach Empfehlung der Antragskommission sollen sie wie dort ausgewiesen behandelt werden.

Wir haben aber zunächst eine Reihe von Wortmeldungen und wollen es auch so handhaben, dass wir zuerst die Wortmeldungen aufrufen. Dann wird Olaf für die Antragskommission sagen, wie man mit gegebenenfalls vorgetragenen Änderungsanträgen umgeht. Dann kommen wir in das Abstimmungsverfahren.

Als Erster hat das Wort Taner Ünalgan. Ihm folgt Ulli Nissen.

TANER ÜNALGAN, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Lieber Martin, liebe Genossinnen und Genossen, wir Kommunalpolitiker wissen, wie man Verantwortung buchstabiert. Ich finde übrigens, Politik darf auch Spaß machen, klar. Das dürfen die Leute auch sehen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass Politik auch mal keinen Spaß macht. Wenn man zum Beispiel weiß, wie viele Leute auf öffentliche Schwimmbäder angewiesen sind, auf anständige Büchereien und auf anständige Schulen und auf schlaglochfreie Straßen und vieles mehr, aber in den Kommunen in diesem reichen Land strukturell zu wenig Geld da ist, wenn du bemerkenswerte Initiativen in deiner Stadt besuchst, bei der Frage nach finanzieller Unterstützung für deren wichtige Arbeit aber viel zu oft dieselben Antworten geben musst, und das sind meistens negative Antworten, liebe Genossinnen und Genossen.

Ob das Zusammenleben funktioniert oder nicht, das entscheidet sich eben nicht in Düsseldorf oder Berlin, sondern vor der Haustür, in der Nachbarschaft, in unseren Städten und Gemeinden. Die Zukunft von Europa ist eine unserer zentralen Herausforderungen, absolut richtig. Der Satz „Wenn es den anderen um uns herum gut geht, dann geht es auch uns gut“ stimmt ja. Aber anders herum trifft er ebenso zu. Deshalb sind wir gefordert, die wachsende Ungleichheit als zentrale Herausforderung unserer Zeit offensiv zu bekämpfen. Denn Demokratie in all ihren Formen darf nicht zur Veranstaltung für Besserverdiener werden. Wir, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, müssen für den begründeten Zukunftsoptimismus in dieser Gesellschaft sorgen, und zwar in jeder Kommune und in jeder Gemeinde, vor jeder Haustür. Das ist das große Versprechen unserer Partei, dass wir für die Leute vor Ort eintreten.

Übrigens, diese Leute zählen auf uns, immer noch und zu Recht. Dafür sitzen wir hier.

Ich will es einmal anders versuchen, von wegen Spaß in der Politik. Wenn Batman oder Spiderman existierten, dann wären sie in der SPD. Wir müssen uns ja nicht deren Kostüme anziehen. Aber unser Job ist doch ähnlich: das Leben aller Menschen konkret besser zu machen. Dazu gehört auch das, in der Verfassung angelegte Recht auf gleichwertige Lebensverhältnisse umzusetzen.

Lieber Martin, wenn unser Parteitag am Samstag endet und alle nach Hause fahren, fahre ich auch zurück, nach Schalke übrigens, in den Stadtteil, in dem ich lebe. Ich will zeigen, wovon ich gesprochen haben, und ein paar sehr konkrete Lösungsvorschläge machen. Die haben wir auch. Dann reden wir dort weiter über steigende Soziallasten, über dringende Investitionen in die Infrastruktur, über Schulden, strukturelle Verbesserungen und Weiteres mehr. Das können wir ändern, das können wir machen und das sollten wir machen.

Zum Abschluss. Was die SPD angeht, lasst es uns doch einfach so machen wie Schalke 04. 4:0 im Rückstand gegen Dortmund, einer Halbzeitmotivationspause und dann 4:4 am Ende gewonnen. - Vielen Dank und Glück auf!

(Beifall)

DORIN AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Wir danken dir auch. Nun hat Ulli Nissen das Wort. Ulli, du redest zu zwei Anträgen, zum IA 10 und zum IA 15. Vielleicht kannst du das in einem Redebeitrag machen.

ULLI NISSEN, HESSEN-SÜD:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich muss erst einmal grundsätzlich sagen, ich finde es nicht klasse, wenn ich mir das Antragsbuch anschau. Bei ganz vielen Empfehlungen der Antragsprüfungskommission steht: Weiterleitung an die Bundestagsfraktion. Ist natürlich toll, an die Bundestagsfraktion weiterzuleiten. Aber ich fände es viel besser, wenn mal klare Ansagen sind. Zustimmung und dann

Weiterleitung an die Bundestagsfraktion. Das ärgert mich, weil ich weiß, wie viel Arbeit in den Arbeitsgemeinschaften in den Ortsvereinen, in den Unterbezirken in diesen Anträgen stecken. Deshalb ärgert mich, dass es nur zur Weiterleitung ist.

Auch bei der Empfehlung für den IA 10 - Wohnen als Grundrecht. Heute ist intensiv angesprochen worden, wie wichtig bezahlbarer Wohnraum ist. Ich persönlich komme aus Frankfurt (Main). Wir haben gewaltige Probleme. Es fehlen jetzt schon 40 000 Wohnungen. Jedes Jahr ziehen mehr als 15 000 Menschen zusätzlich nach Frankfurt. Durch die Auswirkungen des Brexit kommen eventuell noch mehr.

Die Menschen kommen zum Teil verzweifelt zu mir und sagen, wir brauchen bezahlbaren Wohnraum. Ich bin zutiefst dankbar, dass der Oberbürgermeister Peter Feldmann dieses Thema ganz ernst nimmt und unserem Planungsdezernenten Mike Josef, der seit letztem Jahr im Amt ist, der dieses Thema ganz intensiv voranbringt und den Investoren klar sagt, ihr habt klare Anweisung. Wir wollen mindestens 30 Prozent geförderte Wohnungen. Deshalb großen Dank an Mike Josef und unseren Oberbürgermeister Peter Feldmann.

Wichtig ist der Initiativantrag IA 10 - Wohnen als Grundrecht. Einrichtung einer bodenpolitischen Kommission beim Parteivorstand. Toll: Empfehlung der Antragsprüfungskommission: Überweisung an den Parteivorstand. Ich will, dass wir sagen, ja, wir wollen das, und dann Weiterleitung an den Parteivorstand, also dieses Votum weg.

Das gleiche gilt für den Wohnungsbauantrag IA 15. Hierin stehen ganz wichtige Dinge. Hierin steht, in Großstädten müssen Menschen mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens ausgeben für die Wohnung. In Frankfurt ist es zum Teil mehr als 50 Prozent.

Wir haben hierin stehen, gemeinwohlorientierte Vergabe von Grundstücken und baureifem Land fest verankern, Veräußerung öffentlicher Grundstücke nach Möglichkeit vermeiden, wenn, nach Konzept Ausschreibung. Das finde ich klasse.

Es sind weitere wichtige Punkte darin. Ein ganz wichtiger Aspekt ist vielen noch gar nicht klar. Ab 2020 darf der Bund sozial geförderten Wohnungsbau nicht mehr unterstützen. Das muss dringend im Grundgesetz geändert werden, sonst sind viele Kommunen vollkommen aufgeschmissen.

(Beifall)

Deshalb – das ist aber schon abgestimmt – , dass dieser Antrag nicht einfach so an die Bundestagsfraktion weitergeleitet wird, sondern mit Änderungsvorschlägen, die die Antragsteller übernehmen. Dann nicht überweisen, sondern beschließen und dann überweisen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich würde mich freuen, wenn ihr das unterstützt, und freue mich darauf, Peter Feldmann am 25. Februar zu wählen.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Ulli. - Jetzt hat Farhad Dilmaghani das Wort.

FARHAD DILMAGHANI, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben in dem Leitantrag vier Zeilen zum Thema Einwanderungsgesellschaft. Dazu sagen wir, Einwanderungsgesellschaft ist wichtig - wir haben das auch als eines der Schwerpunktthemen benannt -, aber vier Zeilen zu dem Thema ist ein bisschen wenig. Wir haben bei den Jamaika-Koalitionssondierungen gesehen, dass das Thema Einwanderungsgesellschaft

so gut wie gar nicht vorgekommen ist. Ich bin jemand, der sehr eng mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet, und die Zivilgesellschaft ist immer wieder auf uns zugekommen und hat gesagt: „Es gibt einen Riesenrechtsruck in Deutschland. Die Einzigen, die die Fahne hochhalten, sind die Sozialdemokraten. Deswegen wollen wir, dass die Sozialdemokratie das Thema wirklich nach vorne bringt und hochhält.“

Ich habe einen kleinen Änderungsantrag, zu dem ich euch um eure Zustimmung bitten würde. Es ist eine kleine Ergänzung auf Seite 18, Zeile 30. Martin hat ja sehr prominent im Wahlkampf immer wieder die Forderung aufgemacht, dass wir das Integrationsthema auch als ministerielle Aufgabe nach vorne bringen wollen. Deswegen wäre es wichtig, wenn wir das in das Arbeitsprogramm aufnehmen würden.

Es gibt auch noch einen zweiten wichtigen Punkt, der mit dem Thema Leitkultur zusammenhängt. Wir als Sozialdemokraten sagen, Leitkultur ist Mist. Wir wollen stattdessen ein Leitbild. Wir wollen gemeinsam erarbeiten: Was ist die Klammer für uns alle in Deutschland? Dafür hat es gute Vorarbeiten von der Friedrich-Ebert-Stiftung gegeben. Eine überparteiliche Kommission hat als „Miteinander in Vielfalt“ bereits ein Leitbild entwickelt, mit unseren Bündnispartnern aus der Zivilgesellschaft. Das würde ich auch gerne in das Arbeitsprogramm aufnehmen, dass das eine gute Grundlage bietet.

Deswegen würde ich folgende Ergänzung einbringen wollen: „Integrationspolitik muss endlich auch eine starke ministerielle Aufgabe auf Bundesebene werden. Wir möchten, dass Integration vor allen Dingen gesellschaftspolitisch und nicht sicherheitspolitisch gedacht wird.“ Das ist der eine Teil.

Der andere Teil, den ich gerade angesprochen habe, ist das Thema: „Die Arbeit der überparteilichen Kommission der Friedrich-Ebert-Stiftung für ein gemeinsames Leitbild für Deutschland ‚Miteinander in Vielfalt‘ bietet eine wegweisende Grundlage für die weitere programmatische Arbeit.“

Ich danke euch, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt Simone Burger. Ihr folgt Anno Dietz.

SIMONE BURGER, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Mir folgt nicht Anno Dietz. Wir reden zum selben Thema. Anno würde zurückziehen.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, als Bayern haben wir an verschiedenen Stellen schon deutlich gemacht, wie wichtig uns das Thema Wohnen ist und warum es uns so wichtig ist. Wir als SPD haben schon unglaublich viel aus diesem Thema gemacht, haben für die Mieter gekämpft haben und haben uns gegen Bodenspekulationen ausgesprochen. Aber wir sind mit einer ganz neuen Situation konfrontiert und müssen an der einen oder anderen Stelle neu überlegen, brauchen neue Instrumente. Die Frage ist: Wie gehen wir eigentlich mit Nachverdichtungen um? Wie gehen wir damit um, dass wir keine Handhabe haben, Investoren zur Kasse zu bitten, wenn sie nachverdichten? Die Kommune muss bauen. Sie muss Schulen bauen, sie muss Kindergärten hinstellen, wir brauchen sozialen Wohnungsbau, und die Investoren beteiligen sich bei diesem Punkt nicht.

Das ist nur eine der vielen Fragen, die wir hier stellen möchten. Deswegen haben wir den IA10 eingereicht und möchten eine Wohnungsbaukommission beim PV einrichten; denn im ganzen SPD-Erneuerungsprozess wird Wohnen nur sehr, sehr kursiv gestreift.

Nun hat die Antragskommission beschlossen, dass der Antrag an den PV überwiesen werden soll. Wir möchten, dass er heute beschlossen wird, und zwar nur die eine Zeile: „Der PV richtet eine Woh-

nungsbaukommission ein, die weitere Konzepte zur Neugestaltung der Wohnungs- und Bodenpolitik erarbeitet.“ Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen, das von diesem Parteitag ausgehen kann, und ich möchte euch bitten, das zu unterstützen.

(Beifall)

Außerdem möchten wir die Anträge K11, K12 und K13 nicht zu #SPDerneuern und nicht zur SPD-Bundstagsfraktion schicken, sondern genau in diese Kommission, weil ich finde, da sind sie richtig aufgehoben. - Danke schön.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Anno hat zurückgezogen, wie wir gerade gehört haben. Dann kommt Robert von Olberg. Ihm folgt Johannes Petersen.

ROBERT VON OLBERG, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte euch ermuntern, dem Änderungsantrag 142 aus Münster in Gänze zuzustimmen und nicht nur einen der drei Aspekte, die dort angesprochen sind, in den Leitantrag aufzunehmen, wie es die Antragskommission vorschlägt.

Wenn ihr die Änderungsanträge aus Münster lest, dann werdet ihr feststellen, dass wir in Münster bei unserer Diskussion zu #SPDerneuern das mit der Selbstkritik, dem offenen Wort und dem Sich-auch-was-Eingestehen durchaus sehr ernst genommen haben, vielleicht ernster, als es der eine oder andere will. Aber wir haben mit unseren Mitgliedern eine intensive Debatte geführt, was #SPDerneuern eigentlich heißen sollen. Da sind drei Dinge sehr klar geworden, die wirklich alle gesagt haben:

Erstens brauchen wir Mut zu mehr Klarheit in unseren Positionen. Zweitens wollen wir als SPD wieder wahrgenommen werden als eine klare politische Alternative zur Union. Drittens wollen wir eine politische Alternative sein, die linke Volkspartei ist. Daraus folgt für uns, dass wir das nicht nur in den für uns zentralen Themenbereichen Soziales und Arbeit machen, dass wir die Position so klar und deutlich formulieren, wie wir uns das wünschen, sondern dass das auch darüber hinausgeht. Deswegen legen wir mit unserem Änderungsantrag den Fokus auch auf die Bereiche Kampf gegen rechts und Stärkung von Bürger- und Freiheitsrechten. Wir wünschen uns auch in diesen Themenbereichen - Martin sagt ja immer, wir sind das Bollwerk der Demokratie, das Bollwerk gegen rechts - die Klarheit, die wir in andere Themenbereiche hier schon an der einen oder anderen Stelle diskutiert haben. Wir wollen keine Vielheit von Graustufen mehr, wenn es darum geht, Sicherheit und Freiheit gegeneinander abzuwägen, sondern klare Positionen auch dann, wenn es darum geht, klar Position gegen rechts zu beziehen.

Ich ärgere mich immer, wenn von einigen - egal, in welcher Partei; bei uns gibt es davon auch einige - die Reaktion auf starke Ergebnisse der Rechten - und wir haben ja furchtbare starke Ergebnisse der AfD - dann ist, dass wir gucken: Wo können wir denn deren Positionen irgendwo ein bisschen entgegenkommen? Was können wir davon bei uns aufnehmen? Ich glaube, das ist der völlig falsche Weg.

(Beifall)

Wir wissen doch auch von Wahlergebnissen in anderen Ländern - da müssen wir uns nur in Europa umgucken -, dass immer die Originale gewählt werden, und die Originale für Positionen, die bei Freiheitsrechten Abstriche machen, die beim Kampf gegen rechts Abstriche machen, das ist die CSU, das ist die AfD. Die werden dann gewählt, aber nicht wir, weil wir denen ein bisschen nach dem Mund reden.

Deswegen sind diese Änderungsanträge, die wir stellen, ein klarer Appell dafür, sich als SPD klar zu bekennen - als Bollwerk gegen rechts, aber eben auch als die Partei, die für Bürger- und Freiheitsrechte in diesem Land einsteht, denn auch da gilt es aus unserer Sicht, klar Position zu beziehen. Ich würde mich freuen, wenn ihr unsere Vorschläge im Änderungsantrag 142 in Gänze unterstützt. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt Johannes Petersen. Ihm folgt Frank Nägele.

JOHANNES PETERSEN, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Als ich das Antragsbuch gelesen habe, war ich überrascht, und zwar deswegen überrascht, weil ich meine Partei immer als eine sehr mutige Partei empfunden habe. Von der CSU und von der CDU hat uns eigentlich immer unterschieden, dass wir keine Angst davor hatten, politische Position zu beziehen, sondern wir hatten Mut, auch Sachen, die jetzt vielleicht in der Bevölkerung nicht schon einhellige Meinung waren, in unser Parteiprogramm aufzunehmen und uns dafür einzusetzen.

Mir geht es heute um den Antrag B10. Dieser Antrag sieht vor, dass wir Änderungen am BAföG vornehmen sollen. Das ist auch ein wichtiges Thema, denn das BAföG ist genau das, wofür wir im Wahlkampf gekämpft haben. Das BAföG schafft nämlich Chancengerechtigkeit hier in der Republik. Deswegen müssen wir das BAföG ganz dringend so weiterentwickeln, dass tatsächlich auch wieder Studierende und Menschen, die eine Ausbildung machen, davon leben können, gerade auch in Großstädten, Nürnberg, Berlin etc.

Liebe Genossinnen und Genossen, deswegen möchte ich euch sehr deutlich darum bitten, dass wir diesen Antrag nicht an die Bundestagsfraktion überweisen, sondern dass wir uns trauen und über diesen Antrag abstimmen. Ich finde, es ist in gewisser Weise eine Unsitte geworden, dass so viele Anträge einfach nur irgendwohin überwiesen werden, damit wir nicht darüber abstimmen müssen. Lasst uns bitte über die Anträge diskutieren. Danach stimmen wir darüber ab, und am Ende steht entweder eine Ablehnung oder eine Annahme. Aber es wird keinem Antragsteller gerecht, wenn wir Anträge nur irgendwohin überweisen. Ich finde, das ist eigentlich ein unverschämtes Verhalten gegenüber denen, die sich viel Arbeit gemacht haben und diese Anträge erarbeitet haben.

Ich bitte euch deswegen für den Antrag B10 um Zustimmung und um Ablehnung der Empfehlung der Antragskommission. - Vielen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Frank Nägele! - Und dann als letzter Redner Martin Dulig.

FRANK NÄGELE, SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Genossinnen und Genossen, in dem Antrag, der uns vorliegt, schlummern drei Sätze, auf die ich eure Aufmerksamkeit lenken möchte. Wir finden da Folgendes - ich zitiere -:

„Die SPD ist die Partei, die sich um Sicherheit kümmert, und zwar um Sicherheit in allen Lebensbereichen. Um innere Sicherheit, um äußere Sicherheit und um soziale Sicherheit. Sicherheit ist Bedingung für ein freies Leben.“

Sicherheit heißt, dass unsere Grundbedürfnisse bedient sind. Und das Thema Wohnen, Genossinnen und Genossen, kommt bisher in unseren Beratungen zu kurz.

Deshalb will ich noch einmal dafür werben, dass wir insbesondere den Antrag IA15 heute beschließen und nicht weiter verweisen, um tatsächlich klarzumachen, dass wir Ideen haben. Wir wissen, dass sich nicht nur in den Metropolen des Südens, sondern auch bei uns in Schleswig-Holstein die Preise für Wohnen so entwickeln, dass Menschen nicht mehr in Sicherheit leben können.

(Beifall)

Deshalb ist es gut, wenn wir uns dieses Themas annehmen. Wir haben gelernt, dass die Mietpreisbremse alleine nicht reicht. Wir sehen, dass der soziale Wohnungsbau nicht die Entwicklung nimmt, die wir uns wünschen. Also lasst uns nach weiteren Instrumenten suchen, Genossinnen und Genossen. Deshalb: Mutig zustimmen! Vorwärts!

Danke schön.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Jetzt hat sich noch Stefanie Krammer gemeldet. Das ist natürlich völlig in Ordnung. Ich habe die Redeliste ja auch noch nicht geschlossen. Das würde ich jetzt aber gleichwohl machen wollen; denn als Letzter in der Debatte sollte dann Martin Dulig das Wort haben.

(Beifall)

STEFANIE KRAMMER, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen, mir geht es um den Antrag B11, „Das Berufsbildungsgesetz besser machen!“ Ich würde euch bitten, nicht dem Votum der Antragskommission zu folgen, den nur in die Bundestagsfraktion zu überweisen, sondern den hier anzunehmen.

Mir ist das ein ganz besonderes Anliegen, weil wir in dem Leitantrag schon beschlossen haben, dass wir auf gesellschaftliche Gruppen aktiv zugehen müssen. Ganz besonders müssen wir auf die Gewerkschaften aktiv zugehen. Das haben wir hier gemacht. Wir haben gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend diesen Antrag entwickelt und gemeinsam beschlossen. Deswegen würde ich euch bitten, als Zeichen an die Gewerkschaftsjugend diesen Antrag zu beschließen.

Vielen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Martin, du hast das Wort!

MARTIN DULIG, PARTEIVORSTAND:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich will nicht zu Änderungsanträgen sprechen, sondern eigentlich zu dem Kapitel als solches. Denn das ist für mich nicht nur ein Kapitel in einem Arbeitsprogramm, das man abarbeitet, sondern wir sind da bereits bei einem Kernthema, zu dem ich aus meiner Sicht, aus der sächsischen und vielleicht auch aus der ostdeutschen Sicht etwas beitragen will. Denn ich habe das Gefühl, da ist bereits was ins Rutschen gekommen.

Wenn wir über Zusammenhalt und Demokratie reden, dann können wir nicht davon ausgehen, dass wir sozusagen einen Status quo haben, von dem aus wir uns neue Formen von Beteiligung, bessere Formen des Gesprächs und des Dialogs überlegen. Ich glaube, wir sind inzwischen in einer anderen Situation. Denn uns treibt das massiv um, was gerade in unserer Region, in unseren Ländern passiert ist. Wir dürfen Pegida und AfD nicht nur als Phänomene betrachten, sondern müssen uns auch damit auseinandersetzen, wofür die eigentlich stehen. Da ist was ins Rutschen gekommen.

Man muss auch mal die Frage beantworten, warum so eine Partei wie die AfD so deutlich höhere Wahlergebnisse hat. Ich meine zwar auch, dass im Wahlkampf und davor zu viel über diese Partei gesprochen und sie auch dadurch stark gemacht wurde. Trotzdem müssen wir heute noch mal über das reden, was dahinter liegt, damit wir auch die richtigen Schlüsse ziehen und nicht nur über die AfD reden, sondern auch über die Dinge, die in diesem Zusammenhang passiert sind. Wir sollten auch nicht über jedes Stöckchen springen, das uns eine AfD hinhält, sondern wir sollten uns um die Wählerinnen und Wähler kümmern, die aus unterschiedlichen Gründen diese Partei gewählt haben.

Und da müssen wir sehr wohl differenzieren. Ich bleibe aber auch dabei: Jeder ist für sein Abstimmungsverhalten selber verantwortlich. Von daher gibt es in keinster Weise irgendeine Legitimation oder ein falsches Verständnis für diese Wahlen, für diese AfD. Das muss klipp und klar sein.

(Beifall)

Aber wir sollten uns schon ernsthaft die Frage stellen, was dahinter passiert ist, warum es dazu gekommen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Genossinnen und Genossen, wir haben es bereits in Dresden bei Pegida erlebt, dass es eigentlich um etwas anders ging: gegen „die da oben“, gegen die, die „da oben“ sind und die Wünsche nicht erfüllen. Und dann wird alles da drin versammelt. Wo kommt das her?

Meine Kollegin Petra Köpping, sie ist Integrationsministerin in Sachsen, hat eine Debatte angestoßen, in der es darum ging, dass Menschen ihre Biografie erzählen. Da ist etwas aufgebrochen, wo wir hin hören müssen. Die Menschen haben auf einmal angefangen zu erzählen, was ihnen nach der Wende passiert ist. Da sind Demütigungen angesprochen worden; der fehlende Respekt vor ihrer Lebensleistung ist angesprochen worden. Und diese Demütigungen haben zu einer Abkehr von „denen da oben“ geführt. Und dann passierte es vor zwei Jahren: Es war auf einmal Geld für Flüchtlinge da. Und das empfinden die als ungerecht.

Natürlich standen wir da und haben an die Humanität erinnert, haben an das Mitmenschliche erinnert. Aber wir konnten sie nicht erreichen, weil sie das mit ihrer Biografie verglichen haben. Sie sagten: Auf einmal ist Geld da, aber in meinem Leben wurden mir gute Löhne verwehrt. Ich habe eigene Nachteile in Kauf genommen, nur damit mein Arbeitsplatz erhalten wird. Und auf einmal scheint Geld da zu sein.

Wie gehen wir mit diesem Gefühl um? Da kann man rational ganz schlecht argumentieren. Wir haben alle Argumente gebracht.

Damit das auch klar ist: Man muss doch einem Sozialdemokraten oder einer Sozialdemokratin nie erzählen, was die richtige Position, unsere Position gegen Rassismus, gegen Menschenverachtung ist. Wir sind die Partei von Otto Wels, und das prägt uns. Und trotzdem müssen wir uns die Frage stellen, wie wir mit Menschen umgehen, die zu rationalen Argumenten keinen Zugang haben, weil sie das mit ihrem Empfinden, mit ihrem Gefühl verbinden und sagen: Moment! Wer kümmert sich um mich?

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir über Rechtspopulismus in Deutschland reden, wenn wir über die AfD reden, heißt das aber auch: Wir sollten nicht sie in den Mittelpunkt stellen. Wir sollten sie nicht sozusagen zum Stöckchenhalter machen, sondern wir sollten uns dafür interessieren, was die Motivation der Menschen ist, die sie gewählt haben.

Wir sind natürlich in einem Dilemma. Denn die AfD kann alles nutzen, was wir sagen. Jeder Widerspruch von uns wird benutzt werden, um zu sagen: Seht ihr! Die da oben! Die Eliten! Wir sind die Opfer! - Sollte es irgendeine Position geben, die angeblich oder tatsächlich in ihre Richtung geht, fühlen sie sich bestätigt. Wir werden aus diesem Dilemma nicht herauskommen. Deshalb müssen wir den Fokus verschieben, weg von der AfD, hin zu den Wählerinnen und Wählern, und uns ernsthaft darüber Gedanken machen, wie wir ihnen tatsächlich ein Angebot machen können.

(Beifall)

Und das wird dann anstrengend, liebe Genossinnen und Genossen. Denn in unserer eigenen Bildungsbiografie oder unseren Bildungsansatz sagen wir sehr häufig: Aufstieg durch Bildung. - Richtig! Aber manche wollen gar nicht den großen Aufstieg, sie wollen aber trotzdem Anerkennung für das, was sie bisher geleistet haben. Und wir müssen aufpassen, dass wir nicht selber mit einer gewissen Verachtung gegenüber Gruppen sprechen, die wir eigentlich erreichen wollen. Wir müssen ihre Lebenswirklichkeit ernst nehmen, selbst wenn sie eine Sprache sprechen, die manchmal für uns anstrengend ist, selbst wenn sie manchmal Positionen haben, die mit unserem Grundsatzprogramm nicht übereinstimmen. Wir müssen sie ernst nehmen in ihrer Lebenswirklichkeit. Und wenn der Horizont eines Jugendlichen eben nicht bis London oder Lissabon reicht, sondern nur bis zum Ortsausgangsschild, müssen wir das ernst nehmen, weil es seine Lebenswelt ist, seine Wirklichkeit. So stärken wir Zusammenhalt, wenn wir die Lebenswirklichkeit des Einzelnen ernst nehmen, egal, ob jemand ein guter Facharbeiter ist, eine Studierende ist, Hartz IV bekommt, oder sich irgendwie engagiert. Diese Differenzierung hilft uns, dass wir den Zusammenhalt stärken, und damit stärken wir Demokratie.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Martin, ganz herzlichen Dank. Jetzt würde ich gern Olaf das Wort geben zu den verschiedenen Anträgen, die es in der Debatte gegeben hat, und den entsprechenden Empfehlungen der Antragskommission, und dann kämen wir zur Abstimmung.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich freue mich, dass sich viele Beiträge mit der Wohnungspolitik in Deutschland beschäftigt haben. Das ist notwendig. Als Bürgermeister einer größeren Stadt kann ich nur sagen, das ist eines der ganz zentralen Zukunftsthemen, das wir miteinander zu bewältigen haben.

Deshalb ist es auch richtig, dass eine Sache bereits vorgenommen wurde, die hier auch gefordert wurde, nämlich dass wir den Initiativantrag 15 in einer leicht veränderten und mit dem Antragsteller abgesprochenen hier gleich mit abstimmen wollen. Das ist ein bisschen die Durchbrechung dessen, was man sinnvollerweise tun kann, weil natürlich so komplizierte und umfassende Anträge, gestern eingereicht und heute beschlossen, nicht wirklich tief inhaltlich beraten worden sein können. Aber wir sind der Meinung, dass man das in dieser Fassung verantworten kann, und würden euch deshalb empfehlen, das auch zu unterschreiben.

Es gibt dann mehrere, die sich dafür ausgesprochen haben, dass wir auch den Initiativantrag 10 hier beschließen. Bei dem geht es aber nicht um den Text, der da steht, sondern ausschließlich um eine organisatorische Forderung. Diese organisatorische Forderung soll sein, dass es eine wohnungspolitische Kommission beim Parteivorstand gibt. Keine schlechte Idee, aber ich will ausdrücklich dazu sagen: Das sollten wir hier nicht machen. Ich persönlich kann nur sagen, ich finde, mit dem Thema

werden wir uns beschäftigen müssen. Aber der Parteivorstand, der jetzt gleich zu Ende gewählt sein wird, muss ja über alle Kommissionen, über alle Arbeitskreise, über alles, was stattfindet, einmal neu beschließen. Und wenn wir dazu übergehen, dass wir jetzt zu jedem Themenbereich schon als Parteitag einen Beschluss fassen, dann glaube ich, wäre das nicht richtig.

Wenn der Parteivorstand dann irgendetwas nicht macht, dann kann man ihn korrigieren. Aber der neu gewählte Vorstand sollte noch einmal die Möglichkeit haben, dass er sich insgesamt überlegt, welche Kommissionen und Arbeitskreise er haben will und welche nicht. Meine Vermutung ist, der Wunsch der Antragsteller wird da Gehör finden. Aber das sollte dann so gemacht werden wie bei allen anderen inhaltlichen Anliegen. Deshalb würden wir euch bitten, weiterhin dem Votum der Antragskommission zu folgen, dass diese Dinge dann überwiesen werden, aber dann im Ergebnis praktisch diese Entscheidung auch getroffen werden kann.

Was K11, K12 und K13 betrifft, so würden die natürlich in so eine Kommission hineinkommen. Das ist dann die notwendige Folge, wenn das so entschieden wird.

Wir haben von Farhad einen Antrag gehabt zur Integrationspolitik, den er uns hier vorgetragen hat. Wir haben uns mit ihm ein bisschen Gedanken gemacht, wie man das gut formulieren kann, und in einer etwas überarbeiteten Formulierung, indem wir sagen:

„Integrationspolitik ist eine wichtige ministerielle Aufgabe auf Bundesebene. Wir möchten, dass Integration von allem gesellschaftspolitisch und nicht nur sicherheitspolitisch gedacht wird, und das Leitbild für Deutschland der Friedrich-Ebert-Stiftung „Miteinander in Vielfalt“ bietet eine gute Grundlage für die weitere programmatische Arbeit.“

übernehmen wir das, sodass darüber nicht mehr abgestimmt werden muss.

(Beifall)

Dann gab es noch einen Änderungsvorschlag. Es ist der Robert gewesen, der den Antrag aus Münster hier noch einmal zur Sprache gebracht hat. Da hat die Antragskommission vorgeschlagen, einen Teil davon zu übernehmen. Das ist längst passiert. Also, das steht schon in euren Antragsbüchern so, nämlich der erste Satz, der dort aus dem Antrag kommt, dass reale und gefühlte Ungleichheit zunimmt. Das steht jetzt in dem veränderten Text, den wir beschließen werden, wenn wir dem Votum der Antragskommission folgen.

Die beiden anderen Änderungsvorschläge wollen wir nicht übernehmen, und auch jetzt nicht, obwohl wir alle dem, was du mündlich vorgetragen hast, zustimmen können, allerdings nicht dem Text, in dem, jedenfalls aus unserer Sicht, zu Unrecht steht - ich lese mal einen Satz daraus vor -:

„Die zu beobachtende Abwendung vieler Menschen von der Demokratie und das Erstarken der politischen Rechten sind auch das Ergebnis einer Politik, die seit Anfang des Jahrtausends auch von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten betrieben wurde.“

Ich glaube nicht, dass das richtig ist, und ich glaube auch nicht, dass wir das beschließen sollten. Deshalb schlage ich vor, dass wir da beim Votum der Antragskommission bleiben.

Dann hat es einen Vorschlag gegeben, der in einer anderen Debatte, aber auf diese bezogen, gemacht wurde. Da ging es um die Bürgerversicherung, die zu einer Vollversicherung weiterentwickelt werden soll. Die Antragstellerin ist damit einverstanden, wie es Elke Ferner auch vorgeschlagen hat, dass das zusätzlich zu den Überweisungsvorschlägen, die da bisher drin vorgesehen sind, und dem Erledigungshinweis mit dem Regierungsprogramm an den Parteivorstand und die SPD-Bundestagsfraktion überwiesen wird. Das ist deshalb auch einvernehmlich in diesem Votum der Antragskommission. Darüber müssen wir auch nicht mehr abstimmen.

Schönen Dank.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Herzlichen Dank, Olaf, auch für die viele Aufnahme der Redebeiträge. Ich frage mal: Gibt es jetzt überhaupt noch in einem Bereich seitens der Antragsteller den Wunsch, dass einzeln abgestimmt wird? Ich glaube, jetzt sind die Dinge wirklich noch einmal gut sortiert worden.

(Zuruf: Ja!)

- Auf welchen Antrag bezieht sich das?

(Zuruf)

- IA10, okay.

(Zuruf: B10!)

- B10 kommt im nächsten Schritt bei den Bildungsanträgen.

(Zurufe)

- Nein, so geht das nicht. Also, wenn ihr jetzt noch wollt, dass an einem Punkt getrennt abgestimmt wird, dann müsst ihr uns das hier vorne sagen, und ihr müsst so hierherkommen, dass wir das auch verstehen können, und dann machen wir das ja auch.

(Zurufe)

- IA10 und B10. Im Moment sind wir noch bei dem Kapitel „Zusammenhalt und Demokratie“, noch nicht bei den dazugehörigen Anträgen. Insofern gilt das jetzt für den IA10. Es wird gebeten, dass darüber abgestimmt wird. Olaf hatte auf das Votum der Antragskommission hingewiesen, indem er deutlich gemacht hat, das habe der zukünftige PV zu entscheiden, ob er eine solche Kommission einsetzt.

Dann stimmen jetzt darüber ab. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Also, da wären wir erst einmal nicht sofort in der Lage, das hier zu sagen. Macht noch mal die Arme runter. Also müssen wir den Antrag noch mal abstimmen.

Ich stelle noch einmal die beiden Positionen gegenüber: Die eine Position sagt, Antrag direkt abstimmen. Die Position der Antragskommission sagt, Überweisung und dann Entscheidung des PVs, ob eine solche Kommission eingesetzt wird.

So, wir stimmen ab über das Votum der Antragskommission. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Also, das ist für uns hier leider nicht eindeutig erkennbar. Deswegen würden wir bitten, dass die Mandatsprüfungs- und Zählkommission sich auf den Weg macht.

Olaf hat für die Antragskommission noch einmal um das Wort gebeten.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde - -

(Zurufe)

- Hört doch mal zu.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Er will doch einen Vorschlag machen. Vielleicht hört ihr euch den erst mal an!

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Ich finde nicht, dass wir über die Frage, ob eine Arbeitsgruppe beim Parteivorstand eingerichtet werden sollte, mit Zählkommission und sonstigem abstimmen sollten, sondern ich schlage vor, dass wir dann mal eine Ausnahme machen, wo ich euch alle bitte, dass ihr in Zukunft helft, dass wir nicht 200 Kommissionen aus einem Parteitag für den Parteivorstand mitbringen, aber dass wir in diesem Fall das Votum dahin ändern, dass wir das beschließen, weil ich nicht möchte, dass wir wegen eines solchen Punktes jetzt hier eine so komplizierte Prozedur haben.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Herzlichen Dank, Olaf, für diesen Vorschlag. Ich denke, damit ist auch dieses Thema einvernehmlich geregelt. Auf den B10 kommen wir gleich noch mal zurück.

Dann stimmen wir jetzt zunächst ab über das Kapitel 2e „Zusammenhalt und Demokratie“ mit all dem, was Olaf für die Antragskommission an Änderungen, Aufnahmen, Modifikationen vorgeschlagen hat. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Na, dann haben wir doch auch an dieser Stelle ein supergutes Ergebnis erreichen können.

So. Jetzt rufe ich die dazugehörigen Anträge auf. Das ist der Bereich B, Bildungs-, Wissenschafts- und Jugendpolitik; Kommunalpolitik, Stadtentwicklung, Wohnen (K); Gesundheitspolitik (G), die Anträge 1 bis 39 des Sachbereichs Innen- und Rechtspolitik und die themenübergreifenden Anträge.

Dazu gab es jetzt bei einem einzigen Antrag den Wunsch, dass hierüber noch einmal getrennt abgestimmt werden soll. Das ist der B 10: Änderungen beim Bundesausbildungsförderungsgesetz.

Olaf, willst du dazu noch mal das Votum der Antragskommission nennen?

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Wir haben eine ganze Reihe von Beschlüssen zur Berufsausbildung gefasst. Sie stehen auch im Regierungsprogramm. Und wir haben auch bei verschiedenen anderen Gelegenheiten etwas dazu gesagt; das geschieht auch jetzt.

Was hier vorliegt, ist ein Antrag, der – ich würde mal sagen – zu zwei Dritteln, drei Vierteln mit dem übereinstimmt, was wir schon immer beschlossen haben, und deshalb nimmt er natürlich ein Anliegen auf, das richtig ist. Gleichzeitig beinhaltet er aber sehr viele aus unserer Sicht und auch von uns und mir nicht beurteilbare Einzelvorschläge. Deshalb finden wir es besser, wenn sie erst einmal einen Durchgang bei der Bundestagsfraktion machen, die das bewerten kann.

Darum ist unser Votum in dieser Frage, dass wir das überweisen, weil wir sagen: Wir finden zwar das Anliegen und auch fast alle Vorschläge, die darin sind, richtig, aber wir können jetzt nicht diejenigen mitbeschließen, die wir nicht nachvollziehen können und die wahrscheinlich auch sonst niemand hier auf dem Parteitag im Detail nachvollziehen kann.

Darum ist unser Rat: Überweisung wegen dieser vielen Einzelpunkte, aber nicht wegen der Grundlage und des Grundanliegens eigentlich.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Also, wir haben einmal den Antrag B 11 - Berufsausbildungsgesetz -, bei dem offensichtlich jetzt nach nochmaliger Klärung eine Einzelabstimmung gewünscht ist, und wir haben den Antrag B 10 - Bundesausbildungsförderungsgesetz.

Ich würde also zunächst über den B 10 abstimmen. Hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion. Wer dem Votum zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das Erstere war eindeutig die Mehrheit.

Dann kommen wir zum B 11. Auch hier empfiehlt die Antragskommission Überweisung an die SPD-Bundestagsfraktion. Wer stimmt dem Votum zu? - Wer stimmt dagegen? - Auch hier war das Erstere eindeutig die Mehrheit.

So, damit kommen wir zur Abstimmung über alle euch vorliegenden übrigen Anträge mit den entsprechenden Voten der Antragskommission zu den eben genannten Themenbereichen. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das Erstere war ganz eindeutig die Mehrheit.

Dann vielen Dank auch für die konstruktive Beratung dieses großen Themenbereiches, und ich gebe weiter an Gabriele.

ERGEBNIS DES ZWEITEN WAHLGANGS DER WEITEREN MITGLIEDER DES PARTEIVORSTANDES

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Genossinnen und Genossen, wir haben ein Ergebnis des zweiten Wahlgangs für die Beisitzer. - Janne, du hast das Wort.

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch jetzt die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs der weiteren Mitglieder des Parteivorstandes bekannt. Gewählt sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den absolut höchsten Stimmzahlen. Dabei ist die Quote zu berücksichtigen.

Abgegeben wurden 601 Stimmzettel, davon sind 11 Stimmzettel ungültig, also sind 590 Stimmzettel gültig. Dann komme ich zu den einzelnen Personen:

Klaus Barthel: 185 Stimmen, nicht gewählt,

Leni Breymaier: 463 Stimmen, gewählt,

(Beifall)

Martin Dulig: 468 Stimmen, gewählt,

(Beifall)

Klara Geywitz: 356 Stimmen, gewählt,

(Beifall)

Eva Högl: 398 Stimmen, gewählt,

(Beifall)

Daniela Kolbe: 410 Stimmen, gewählt,

(Beifall)

Christoph Matschie: 363 Stimmen, gewählt,

(Beifall)

Hilde Mattheis: 227 Stimmen, nicht gewählt,

Serpil Midyatli: 411 Stimmen, gewählt,

(Beifall)

Michael Müller: 474 Stimmen, gewählt,

(Beifall)

Katja Pähle: 378 Stimmen, gewählt,

(Beifall)

und Ute Vogt: 319 Stimmen, gewählt.

(Beifall)

Damit sind 22 Frauen und 23 Männer im Parteivorstand, und die Quote ist erfüllt. - Dankeschön.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Janne. - Ich glaube, es erübrigt sich, zu fragen, aber ich mache es andersherum: Gibt es jemanden unter den jetzt Gewählten, der die Wahl nicht annimmt? Man müsste sich jetzt melden. - Dann darf ich davon ausgehen, dass alle die Wahl angenommen haben. Ich gratuliere euch recht herzlich.

Damit ist der Parteivorstand komplett. Wir gehen also ganz frisch, vollständig und neu großen Aufgaben entgegen. Das ist gut so.

Aber wie das so im Leben ist: Für die einen ist es ein Neubeginn, für die anderen ist es ein Weiterführen, und für wieder andere ist es ein Abschied. Wir haben auch einige, die aufhören, auf dieser Ebene für die Partei zu arbeiten. In der Regel ist es ja eine lebenslange Verpflichtung, aktiv für die SPD zu sein. Aber jetzt geht es darum, dass wir jene verabschieden, die nicht mehr im Parteivorstand dabei sind.

Dazu hat unser Vorsitzender das Wort. - Lieber Martin!

VERABSCHIEDUNG DER AUS DEM PARTEIVORSTAND AUSSCHIEDENDEN MITGLIEDER

MARTIN SCHULZ, PARTEIVORSITZENDER:

Liebe Genossinnen und Genossen, zunächst einmal meinen herzlichen Glückwunsch an all diejenigen, die gewählt worden sind, und auf gute Zusammenarbeit im Vorstand!

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist die Pflicht des Parteivorsitzenden, diejenigen, die aus dem Parteivorstand ausscheiden, zu verabschieden. Das sind diesmal Mitglieder des Parteivorstandes, die ihm über eine kürzere oder auch über eine sehr lange Zeit angehört haben.

Zunächst wende ich mich an Katrin Budde, die seit 2011 Mitglied unseres Parteivorstandes war. Sie war, wie ihr wisst, von 2009 bis 2016 die Landesvorsitzende unserer Partei in Sachsen-Anhalt. Bis 2011 war sie Mitglied der Bundeskontrollkommission. Sie war ein Gründungsmitglied der SDP, der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, im Jahre 1989, eine der großen Persönlichkeiten in Sachsen-Anhalt in der Zeit der Wende und danach. Katrin ist jetzt Mitglied des Deutschen Bundestages.

Liebe Katrin, für deine Arbeit im Vorstand der SPD danke ich Dir im Namen aller Mitglieder von ganzem Herzen.

(Beifall)

Petra Crone hat dem Parteivorstand von 2013 an angehört. Die Petra war von 2009 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages.

Ich glaube, ich spreche vor allen Dingen im Namen der Nordrhein-Westfalen, wenn ich mich bei Petra für ihre unermüdliche Arbeit bedanke. Aber ich spreche vor allen Dingen im Namen der Mitglieder des Vorstandes.

Petra, wir bedanken uns bei Dir für deine ruhige und besonnene und für deine herzliche Art. Du warst uns vor allen Dingen in angestregten Momenten eine kluge Ratgeberin, die mit viel Charme und viel diplomatischem Geschick häufig zur Entspannung beigetragen hat, zum Entspannen von doch aufgeladenen Situationen. Wenn man nicht weiterwusste, wie man eine Situation irgendwie in den Griff bekommt, dann haben wir oft die Petra gefragt, die uns mit ihrer menschlichen Art dabei geholfen hat. Liebe Petra, herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Seit 2005 Mitglied des Parteivorstandes, davor zwei Jahre - von 2005 bis 2007 - stellvertretende Parteivorsitzende, seit 2004 Vorsitzende der ASF, bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und Parlamentarische Staatssekretärin. Ihr habt sie eben schon mal gefeiert, und das hat sie ein zweites Mal verdient. Sie scheidet aus dem Vorstand aus, aber sie bleibt eine der großen Persönlichkeiten in unserer Partei: Elke Ferner! Vielen Dank, liebe Elke, für unsere Zusammenarbeit.

(Beifall)

Peter Friedrich war von 2005 bis 2011 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er war zwischen 2011 und 2016 Mitglied der Landesregierung von Baden-Württemberg. Er war für den Bundesrat und für die europäischen Angelegenheiten in Baden-Württemberg zuständig. Ich kann sagen, er war ein hervorragender Europaminister, der sich in Brüssel und Straßburg einen großen Namen erworben hat. Er war von 2009 bis 2011 Generalsekretär der baden-württembergischen SPD. Von 2009 bis 2017 war er Mitglied unseres Parteivorstandes. Peter, vielen Dank für deine Arbeit und vielen Dank für deinen großen Einsatz für Baden-Württemberg, aber auch für die Europapolitik!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, Florian Pronold gehörte dem Parteivorstand seit 2007 an. Er war seit 2014 Mitglied des Parteipräsidiums. Von 2009 bis 2017 war er der Landesvorsitzende der Bayern-SPD. Er ist seit 2013 Parlamentarischer Staatssekretär. Florian hat die SPD in Bayern unter schwierigen Bedingungen übernommen, und er hat sie unter schwierigen Bedingungen geführt. Florian, ich will dir an dieser Stelle eines sagen: Du bist eine der ganz, ganz herausragenden Persönlichkeiten der bayerischen SPD. Die Art und Weise, in der du auf Menschen zugehst, die offene Art und vor allen Dingen auch deine ehrliche, manchmal sehr klare und, ich will sagen, auch für manchen schwer wegsteckbare Klarheit in dem, was du willst, hat dich zu einer ganz profilierten Persönlichkeit gemacht. Dass du jetzt für andere im Parteivorstand und im Parteipräsidium Platz machst, ändert nichts daran, dass dir die Sozialdemokratische Partei Deutschlands für diesen unwahrscheinlichen Einsatz vor allen Dingen als Chef der Bayern-SPD zu wirklichem Dank verpflichtet ist. Du bist ja noch ein relativ junger Mann – erlaube ich mir aus meinem Alter zu sagen –, bleibst uns aber als Mitglied des Deutschen Bundestages erhalten. Florian, ich darf dir persönlich, aber, ich glaube, auch im Namen aller, die mit dir zusammengearbeitet haben und arbeiten, eines sagen: Es macht unwahrscheinlich Spaß, mit dir zusammenzuarbeiten! Vielen Dank für deinen großen Einsatz für die SPD!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir verabschieden auch André Stinka, der von 2015 an dem Parteivorstand angehört hat. André ist Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen und war Generalsekretär der nordrhein-westfälischen SPD zwischen 2012 und 2017 auch in schwierigen Zeiten. André

hat, wie ich finde, in der nordrhein-westfälischen SPD viele Neuerungen eingeführt, einen Modernisierungskurs in dieser Partei in NRW eingeleitet, den wir fortführen müssen. André hat sich entschieden, nicht wieder für den Parteivorstand zu kandidieren. Er bleibt aber als Abgeordneter des Landtages aktiv dafür, dass wir uns in Nordrhein-Westfalen von der Niederlage erholen, die wir dort erlitten haben. André, du hast ein schweres Amt in schwierigen Zeiten in Nordrhein-Westfalen ausüben müssen, und du hast auch nach der Wahlniederlage, wie ich finde, mit großer Aufrichtigkeit und in Würde weitergemacht. Lieber André, dafür sind wir dir dankbar. Ich hoffe, dass du der Bundespartei als Delegierter auf zukünftigen Parteitag erhalten bleibst. Im Landtag von Nordrhein-Westfalen wünsche ich dir viel Erfolg. Vielen Dank für die großartige Arbeit für die NRW-SPD und für uns alle!

(Beifall)

Seit 2013 war Jan Stöß Mitglied des Parteivorstands. Er war, wie ihr wisst, hier in Berlin von 2012 bis 2016 Landesvorsitzender. Jan hat sich entschieden, aus dem Parteivorstand auszuscheiden, weil er eine Tätigkeit am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe übernommen hat - eine sehr ehrenvolle Aufgabe, wie ich finde. Jan, auch du gehörtest zu den Klartext-Rednern im Vorstand und zu den profilierten Leuten der Berliner SPD. Du hast jetzt eine Aufgabe am Bundesverfassungsgericht übernommen, von der wir wissen, dass sie dir sehr wichtig ist, dass sie dir Spaß macht. Ich weiß auch aus unseren persönlichen Gesprächen, dass du mit dir gerungen hast, ob du es miteinander vereinbaren kannst, auf der einen Seite in Karlsruhe zu arbeiten und auf der anderen Seite dem Parteivorstand zur Verfügung zu stehen. Du hast gesagt – ich finde, das ist nachvollziehbar – , der Beruf, vor allen Dingen mit einer solchen seriösen und wichtigen Aufgabe, geht vor. Dafür haben wir volles Verständnis. Aber ich darf dir sagen: Wir haben auch alle bedauert, dass du nicht wieder für den Parteivorstand kandidierst. Auch dir, lieber Jan, vielen Dank für deine hervorragende Arbeit im Vorstand der SPD!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das waren die Mitglieder des Parteivorstandes, die ausscheiden. Ich danke euch allen noch einmal. Ich danke euch auch, dass ihr euch die Zeit genommen habt und mit eurem Beifall noch einmal unterstrichen habt, wie wichtig die Arbeit dieser Genossinnen und Genossen war. Ich danke für eure Aufmerksamkeit und sage, glaube ich, in euer aller Namen allen ausgeschiedenen, aber auch allen zukünftigen Mitgliedern: Was uns verbindet, egal was uns in der Sache manchmal trennt, ist der Wille, dass unsere stolze Partei blüht und dass sie so stark wird, dass sie unser Land bald wieder in bessere Zeiten führen kann - ich würde mir wünschen, mit deutlich mehr Prozenten als bei der letzten Wahl. Auf der Grundlage eines solchen Parteitages, wie wir ihn seit gestern erleben, bin ich optimistisch. Ihr ausgeschiedenen Mitglieder des Parteivorstands, bleibt uns verbunden! Den neuen Mitgliedern des Parteivorstands auf gute Zusammenarbeit! - Vielen Dank.

(Beifall)

WAHL DER VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Genossinnen und Genossen, es geht weiter mit dem Wählen. Wir werden es wieder so machen, wie wir es heute schon den ganzen Tag in, wie ich finde, guter Praxis getan haben. Wir kombinieren Antragsberatungen und Wahlgänge.

Jetzt geht es darum, unsere Bundesschiedskommission zu wählen.

Wir beginnen natürlich mit der Wahl der Vorsitzenden.

Ich habe vorher noch eine ganz wichtige Nachricht für euch. Ich weiß, dass viele mit dem Sitzenbleiben Probleme haben. Vielleicht hatten sie auch bereits Probleme in ihrem Leben. Aber ich will euch sagen: Bei diesem Parteitag, wenn es um Wahlgänge geht, ist das Sitzenbleiben die erste Genossen-

pflicht. Denn damit erlauben wir es all denen, die Stimmzettel austeilen oder einsammeln, gut durch diese etwas engen Gänge zu kommen. Deshalb ist das Sitzenbleiben heute super. Vielleicht kriegen wir das für den Nachmittag und Abend noch hin.

Zur Bundesschiedskommission: Nach § 2 Abs. 2 der Schiedsordnung in Verbindung mit unserem schon bekannten § 23 Abs. 4 bis 7 unseres Organisationsstatuts benötigen auch die Mitglieder der Bundesschiedskommission im ersten Wahlgang die qualifizierte Mehrheit wie die Mitglieder des Parteivorstands. Die Wahl der Vorsitzenden der Bundesschiedskommission ist eine Einzelwahl. Alle anderen Wahlen, die noch folgen werden, auch die der stellvertretenden Vorsitzenden, sind Listenwahlen.

Ihr werdet nicht überrascht sein: Es handelt sich um eine Einzelwahl gemäß § 7 der Wahlordnung. Für uns heißt das – das sagen wir immer wieder und, ich glaube, auch aus gegebenem Anlass, dass Medienvertreter gebeten werden, ihre Objektive während des Wahlgangs nicht auf die Delegierten zu richten und die Geheimheit der Wahl zu respektieren.

Ihr wisst, der Stimmzettel, der gleich ausgeteilt wird – ich schaue gerade, ob das jetzt schon stattfindet; ja, ich sehe, alle sind unterwegs, wird nur gültig sein, wenn ihr Ja, Nein oder Enthaltung ankreuzt und diesmal die Kontrollmarke Nr. 8 darauf klebt.

Die Kontrollmarke Nr. 8 ist jetzt an der Reihe.

Ich schaue einmal in die Runde. Ihr könntet helfen, wenn ihr noch keinen Wahlzettel habt, dass ihr Zeichen gebt. - Ja, da gehen einige Hände nach oben.

Noch haben nicht alle einen Zettel.

Wenn ich das richtig sehe, scheinen jetzt alle im Besitz eines rosa Stimmzettels zu sein. Ich will noch einmal sagen, Kontrollmarke Nr. 8, und ihr wisst, ein Kreuz bei Ja, Nein oder Enthaltung. - Wenn das so der Fall ist, dann würde ich sagen, es darf der Wahlgang eröffnet werden. Es darf eingesammelt werden.

Es wird kräftig eingesammelt, aber das ist noch nicht abgeschlossen.

Es wird immer noch eingesammelt.

Bitte noch einmal hochhalten. Das mit dem Sitzenbleiben gilt immer noch. Das erleichtert sehr den Blick auf diejenigen, die ihren Stimmzettel noch abgeben wollen.

So, letzter Aufruf. Aus meiner Sicht sind jetzt alle Stimmzettel abgegeben worden. - Ja, das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang.

Genossinnen und Genossen, ich darf das für alle, die hier euer Tagungspräsidium bilden: Für uns ist es eine große Freude, eure Arbeit bestmöglich zu erlauben und zu organisieren. Das finden wir gar nicht selbstverständlich. Deshalb wollen wir ein herzliches Dankeschön an euch alle sagen. Ich finde, dass wir das in diesen schwierigen Zeiten das hier miteinander ausgesprochen gut machen.

Ich will jetzt weitergeben an die Antragsberatung, stelle aber fest, dass Anke noch unterwegs ist. - Liebe Anke, ich glaube, es ist interessant, mit Sigmar zu sprechen. Aber schön wäre es auch, wenn du jetzt hier weitermachen würdest. - Vielen Dank.

ANTRAGSBERATUNG INITIATIVANTRAG IA 1, KAPITEL III.2 D UND WEITERER ANTRÄGE ZUM BEREICH FLUCHT UND MIGRATION

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können nach dem Wahlgang jetzt noch einen weiteren Antragsblock aufrufen, und zwar den Antragsblock, der sich mit den Fragen von Flucht und Migration befasst.

Ich finde, wir hatten im Verlauf des Vormittags schon einmal eine ganz gute Verfahrensweise gefunden, indem wir, bevor wir selbst in die inhaltlichen Beratungen dazu einsteigen, uns noch einen kleinen Input von außen geben lassen. Das ist das Verfahren, das wir auch für diesen Bereich gewählt haben.

Zu diesem Zweck darf ich an dieser Stelle sehr herzlich begrüßen den Generalsekretär von Amnesty International. Ich begrüße sehr herzlich hier auf unserem Parteitag Markus Beeko. Ich bin froh, dass er hier ist, und ich bin ebenfalls sehr froh, dass er zu uns sprechen wird, und darf ihm jetzt auch das Wort geben. Herzlich willkommen! Wir freuen uns auf die Ausführungen.

(Beifall)

GRÜßWORT MARKUS BEEKO, GENERALSEKRETÄR VON AMNESTY INTERNATIONAL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteitagsteilnehmer! Herzlichen Dank für die Einladung. In zwei Tagen jährt sich die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen. Das ist ein Anlass, diese mühsam erkämpfte Idee zu feiern, die Idee, dass allen Menschen die gleichen Rechte und Freiheiten zustehen, weltweit und unabhängig von Geschlecht, Religion, ethnischer oder sozialer Herkunft.

Wir könnten feiern, dass die Welt heute anders aussieht als vor 70 Jahren, schaut man allein auf die Millionen, die seither das Wahlrecht erhalten haben, auf die Kinder, die heute Zugang zur Schule haben oder nicht zwangsverheiratet werden, oder auf die Zahl der Staaten, die die Todesstrafe abgeschafft haben, und unsere Erfolge gegen die Folter. Ja, wir könnten feiern, wenn nicht viele von uns spüren würden, dass diese Errungenschaften bedroht sind.

Ich möchte Ihnen hierzu folgende Thesen vorlesen und Sie bitten, aufmerksam zuzuhören. Vielleicht kommen sie Ihnen bekannt vor.

2017 war ein entscheidendes Jahr. Werte, die als selbstverständlich galten, stehen auf dem Spiel. Für diese Werte müssen wir kämpfen: für eine Gesellschaft, die jedem Menschen respektvoll und mit Würde begegnet. unabhängig von Geschlecht, Herkunft und Religion, unabhängig von Beschäftigung und Lebensgrundlage, für eine freie Presse und eine unabhängige Justiz. Denn wenn wir uns in Europa und der Welt umschauen, sehen wir diese Werte in Gefahr.

Das sind Ihre Worte aus dem Wahlprogramm Ihrer Partei, und sie sagen klar, jetzt geht es ums Ganze, in der Welt, in Europa, in Deutschland. Das sehen wir, Amnesty International, genauso. Weltweit beobachten wir einen Angriff auf den Kerngedanken der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, das Gleichheitsprinzip.

Politische Gruppierungen, die an die Macht drängen, und Regierungen, die mit aller Macht an der Macht bleiben wollen, sie erklären friedliche Kritiker heute zu Feinden, sie machen einzelne Bevölkerungsgruppen zu Sündenböcken, sie grenzen aus, sie grenzen ab, sie teilen ein in Menschen, die Rechte haben, und diejenigen, denen man Rechte absprechen dürfe.

Diese Akteure wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen. Oder wie es der UN-Hochkommissar für Menschenrechte kürzlich formuliert hat: Die Menschenrechte stehen vor einem Stresstest.

Wir sind diejenigen, die ihn bestehen müssen, was eine Frage aufwirft: Wie ernst meinen wir unser Bekenntnis zu den Menschenrechten? Wie ernst meinen Sie, Sie alle es?

Eines ist sicher: Die Gegner der Menschenrechte meinen es ernst. Diejenigen, die Journalisten, Gewerkschafter, Landrechtsaktivisten gezielt töten lassen, sie meine es ernst.

Die Regierungen, die zivilgesellschaftliche Organisation und unabhängige Gewerkschaften einschränken und kriminalisieren, sie meinen es ernst. Seien Sie versichert, Donald Trump, Rigo Duterte und Recep Erdogan meinen es ernst, wie auch diejenigen, die Geflüchtete in Deutschland angreifen

Das alles macht klar: Ein „Weiter so“ wird nicht helfen,

(Beifall)

nicht im Inland und nicht auf internationalem Parkett. Wir alle sind als Verteidiger der Menschenrechte gefragt. Sie sind gefragt. Stellen Sie sich an die Seite derer, die unter hohem persönlichen Risiko weltweit friedlich und mutig als Menschenrechtsverteidiger eintreten.

Ein Menschenrecht scheint gerade besonders verteidigt werden zu müssen: Das Recht, Schutz vor Verfolgung zu suchen - das Asylrecht. Wer bedarf mehr des Schutzes der Staatengemeinschaft als die Kinder, Frauen und Männer, die schwersten Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung, Vertreibung ausgesetzt werden?

(Beifall)

Deshalb gibt es den besonderen Flüchtlingsstatus. Heute scheint es aber den Gegnern der Menschenrechte zu gelingen, dieses elementare Menschenrecht zu diskreditieren, ein Klima zu erzeugen, in dem „Flüchtling“ ein Stigma sein soll und nicht ein besonderer Schutzstatus. Dagegen haben sich Hunderttausende von Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland in den letzten Jahren engagiert und dieses Menschenrecht mit Leben gefüllt.

(Beifall)

Was muss die Politik tun? Wo sind Sie nun gefordert?

Erstens. Schaffen Sie Sicherheit für die, die bereits bei uns sind und Schutz suchen.

(Beifall)

Geflüchtete dürfen nicht weiter Angst haben müssen, dass sie und ihre Familien Opfer von gezielten Angriffen werden.

(Beifall)

Zweitens. Wir müssen den individuellen Zugang zum Asylverfahren garantieren. So individuell, wie die Gründe für die Verfolgung sein können, so individuell ist das Recht, Schutz vor Verfolgung zu suchen, und kann nicht durch beschleunigte Verfahren gewährt werden.

(Beifall)

Drittens. Wir müssen die Qualität der Verfahren garantieren. Mängel und Fehlentscheidungen sind offensichtlich. Die Politik muss das BAMF bei seiner gestarteten Qualitätsoffensive unterstützen und auch die notwendigen Mittel für eine dauerhafte Sicherung sorgfältiger und rechtsstaatlicher Verfahren sicherstellen.

(Beifall)

Viertens. Bleiben Sie konsequent. Eine weitere Aussetzung des Familiennachzugs verträgt sich weder mit internationalen Grundsätzen noch mit unserem Bekenntnis zu den Menschenrechten.

(Beifall)

Sie zwingt stattdessen die Kinder und Eltern in unsichere Fluchtwege und in die Hände von Schleppern.

Fünftens. Sichere und legale Fluchtwege schaffen. Setzen Sie Ihre Bemühungen entschlossen fort, dass auf europäischer Ebene nicht nur Migrationskontrolle im Fokus steht, sondern auch die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege für Schutzsuchende.

(Beifall)

Ihre Anstrengungen bei der Neuordnung des gemeinsamen europäischen Asylsystems durch Staatsministerin Özoğuz im Kanzleramt wie aus dem Justizministerium waren und bleiben wichtig. Lassen Sie alle nicht nach.

(Beifall)

Wie ernst ist es uns mit den Menschenrechten, wenn wir, anstatt uns mit Flüchtlingen aus Eritrea oder dem Sudan zu solidarisieren, die für die Menschenrechtsverletzungen und die Flucht verantwortlichen Regierungen unterstützen? Wie wollen wir uns glaubhaft zu den Menschenrechten bekennen, solange die libysche Küstenwache in unserem Auftrag und mit unserer Unterstützung Menschen in Haft verbringt, nach Libyen, wo schwerste Misshandlungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit geschehen?

(Beifall)

Zwischenstaatliche Kooperationen müssen zuallererst fundamentale Menschenrechtsstandards aktiv einfordern und schaffen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteitagsteilnehmer, wenn wir das Recht, Schutz vor Verfolgung zu suchen, nicht ernst nehmen, meinen wir es nicht ernst mit den Menschenrechten.

(Beifall)

Lassen Sie nicht zu, dass Flüchtlinge weiter stigmatisiert werden. Lassen Sie die Bürgerinnen und Bürger nicht alleine, die sich für schutzbedürftige Flüchtlinge einsetzen, die dieses elementare Menschenrecht auf Asyl verteidigen, sondern stärken Sie das grundsätzliche Bekenntnis zum Flüchtlingschutz in Deutschland. Es ist Zeit, dass wir die gleiche Entschlossenheit zeigen für jedes der Menschenrechte, für Gerechtigkeit, für Teilhabe, wie die Gegner, die das Rad der Zeit zurückdrehen wollen. Lassen Sie uns sehr deutlich machen, wie ernst wir es meine. Wir sollten dabei nicht unterschätzen, welche Ansteckungskraft wir entfalten können, wenn wir klar und entschieden gemeinsam für diese Haltung eintreten. Es gilt jetzt, diesen Stresstest für die Menschenrechte zu bestehen. Stellen Sie sich vor, wir würden es nicht versuchen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ganz herzlichen Dank, Herr Beeko, für Ihre kritisch, aber - wie ich finde - sehr bedacht gewählten Worte mit vielen wichtigen Hinweisen auch für die Gespräche, die in den nächsten Tagen an verantwortlicher Stelle zu führen sein werden.

Ich finde, das war ein guter Input für die Debatte, die jetzt folgen wird. Uns liegen auch schon einige Wortmeldungen vor. Ich würde gerne mit der ersten beginnen und rufe dazu Susi Möbbeck aus Sachsen-Anhalt auf.

SUSI MÖBBECK, SACHSEN-ANHALT:

Liebe Genossinnen und Genossen! Sehr geehrter Herr Beeko, ganz, ganz herzlichen Dank für Ihre klaren Worte, die uns, glaube ich, auch in den kommenden Wochen Orientierung geben und uns bei den anliegenden Gesprächen helfen, klare Haltung zu zeigen. Ganz vielen Dank dafür.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, Flucht und Migration sind in diesem Antrag zu Recht als sehr zentrales Zukunftsthema angesprochen. In diesem Antrag werden auch viele wichtige Fragen dazu gestellt, und das ist auch gut so.

Noch besser ist es, wenn diese Fragen auf der Basis einer klaren Haltung gestellt werden, und deshalb, Genossinnen und Genossen, bin ich froh, dass der Antrag in den Beratungen der letzten Tage noch gut ergänzt werden konnte und dass er jetzt - genau wie der gestern beschlossene Leitantrag - klare Haltung zeigt. Klare Haltung: Das individuelle Recht auf Asyl ist mit uns nicht verhandelbar.

(Beifall)

Klare Haltung: Eine Obergrenze dabei wird es mit uns nicht geben.

(Beifall)

Klare Haltung: Die Aussetzung des Familiennachzugs wird es mit uns nicht weiter geben.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, klare Kante im Antrag. Jetzt kommt es darauf an, was wir in den Gesprächen der kommenden Wochen daraus machen.

Genossinnen und Genossen, nachdem wir bei Jamaika erlebt haben, wie die Grünen beim Familiennachzug eingeknickt sind, ist es unser Job, es diesmal besser zu machen.

(Beifall)

Wir dürfen es CDU, CSU und neuerdings auch der FDP nicht durchgehen lassen, dass sie bei diesem Thema Politik mit der Angst auf dem Rücken der Geflüchtete machen.

(Beifall)

Den völlig unrealen Horrorszenarien über mögliche Zahlen beim Familiennachzug müssen wir hörbar entgegentreten. Nur so können wir die bestehenden Ängste abbauen. Denn es droht, Genossinnen und Genossen, keineswegs eine neue, unkontrollierbare Migrationswelle. Dankenswerterweise hat das IAB dazu sehr klare Zahlen geliefert.

In der IAB-Studie wird deutlich, dass wir bei rund 200.000 subsidiär Schutzberechtigten, die wir Ende dieses Jahres etwa haben werden, von ca. 50.000 bis 60.000 Nachzugsberechtigten ausgehen können. Diese geringe Zahl ist auch realistisch angesichts der Tatsache, dass die zu uns gekommenen Geflüchteten sehr jung sind und mehr als die Hälfte von ihnen noch überhaupt nicht die Gelegenheit hatte, eine Familie zu gründen.

Zudem nehmen bei Weitem nicht alle Nachzugsberechtigten dieses Recht überhaupt in Anspruch. So haben 2015/2016 von den über 250.000 Nachzugsberechtigten nur 90.000 dieses Recht überhaupt genutzt. Genossinnen und Genossen, die Zahlen zeigen sehr deutlich: Der Familiennachzug ist bewältigbar. Familiennachzug ist keine Belastung, sondern Motor für die Integration.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, es ist doch wirklich unerträglich, wenn Kinder um das Leben ihrer Eltern und Eltern um das Leben ihrer Kinder fürchten müssen. So kann Integration nicht gelingen. Wer die Bedingungen der Integration hier bei uns verbessern will, der muss den Familiennachzug ermöglichen.

(Beifall)

Lasst uns den Angstmachern klar entgegentreten und in den Gesprächen, die vor uns liegen, hammerhart, beinhart bleiben, liebe Genossinnen und Genossen!

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank Susi. - Als Nächster hat Sigmar das Wort.

(Zurufe)

SIGMAR GABRIEL, AUßENMINISTER:

Ich habe den Zuruf nicht verstanden. Noch mal!

(Zurufe)

Ich hab's immer noch nicht verstanden, Entschuldigung.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe mich in der Debatte zu Wort gemeldet, weil ich glaube, dass wir über eine Jahrhundertaufgabe reden, die wir hier in diesem Antrag behandeln. Denn nicht nur in diesem und im nächsten Jahr und vor allem nicht nur in Deutschland, sondern überall auf der Welt, werden Migrationsbewegungen das große Thema sein. Und die Wahrheit ist ja, dass die Mehrzahl der Menschen, jedenfalls heute noch, in ihren Ländern hin- und herflüchtet und zwischen armen Ländern hin- und herflüchtet. Von den 65 Millionen Menschen, die in Bewegung sind, kommen ja nur relativ wenige bis zu uns in die reichen Staaten des Nordens.

Aber natürlich werden immer mehr versuchen, diesen Weg zu finden. Wenn sich die Verhältnisse beispielsweise in weiten Teilen Afrikas nicht bessern, kann man sich ja ungefähr vorstellen, was passieren wird, wenn sich dort in den nächsten Jahrzehnten die Bevölkerungszahl auf 3 Milliarden Menschen verdoppelt. Das heißt, wir sprechen eigentlich, wenn wir über Familiennachzug, über Asyl sprechen, nur über einen relativ kleinen Teil dessen, was vor uns liegt.

Ich würde mir wünschen - vielleicht klappt das ja -, dass wir, was immer in den nächsten Monaten passiert, gemeinsam mit anderen mal eine große Konferenz der SPD machen und uns wirklich Zeit nehmen für die Frage, was eigentlich Antworten der vielleicht nicht nur deutschen Sozialdemokratie auf diese gewaltige Aufgabe sind.

Ich weiß, dass ich jetzt vielleicht die Stimmung bei einigen störe, die laut Beifall klatschen, wenn wir gleich sagen: Das Asylrecht hat keine Obergrenze. Aber ich will doch nicht auf einige Bemerkungen verzichten, weil wir uns ja vorgenommen haben, dass wir offen und ehrlich miteinander umgehen wollen.

Das erste ist: Ja, es stimmt, das Asylrecht kann keine Obergrenze haben - jedenfalls nicht in unserer Verfassung.

(Beifall)

Das Problem ist nur, dass wir durch das Wiederholen den Eindruck erwecken, darum ginge die Debatte in Deutschland. Darum geht sie aber gar nicht. Wir diskutieren etwas und klatschen dann bei etwas Beifall, das gar nicht infrage steht - übrigens nicht mal, sage ich mal, bei den aufgeklärten Teilen der CDU/CSU. Ich weiß, da gibt es auch andere.

In Wahrheit reden wir auch noch nicht mal alleine über Bürgerkriegsflüchtlinge. Übrigens auch da heißt es: Wer der Genfer Flüchtlingskonvention beitrifft, der kann nicht erklären, dass er ab einer bestimmten Größenordnung nicht mehr Mitglied der Genfer Flüchtlingskonvention ist.

In Wahrheit geht es um die Frage, wie wir mit denen umgehen, bei denen auch die Vereinten Nationen sehr stark unterscheiden. Sie unterscheiden zwischen Flüchtlingen, die unter dem Dach des UNHCR, des hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen sozusagen, Hilfe finden, und denen, die in der gesonderten Organisation, die in den nächsten Jahren viel mehr gefordert wird, der IOM, der Internationalen Organisation für Migration, versuchen, Wege zu einem besseren Leben zu finden.

Wir reden über die, die andere früher manchmal abschätzig „Wirtschaftsflüchtlinge“ genannt haben. Ich bin dagegen, dass man sie so bezeichnet, denn jeder von uns, der in der Lebenssituation wäre, in der die sind, würde auch versuchen, für sich oder die eigenen Kinder woanders eine bessere Zukunft zu finden.

(Beifall)

Deswegen muss man allerdings trotzdem über eine Frage sprechen, die uns unangenehm erscheint und die leider durch die Debatte von Horst Seehofer über die Obergrenze kaputt gemacht worden ist. Was wir doch brauchen, ist eine aufgeklärte Diskussion in Deutschland darüber, wie eigentlich sozusagen unsere Aufnahmefähigkeit ist für diesen Teil der Flüchtlinge.

Denn die Wahrheit ist doch: Ja, das Asylrecht hat keine Obergrenze. Aber eure Bürgermeister und Landräte waren doch alle bei mir und bei denen, die über diese Frage zu reden hatten, und haben über ihre Kapazitätsgrenzen mit uns gestritten. Sie haben uns gesagt: Wie könnt ihr eine solche Debatte führen, als ob hier jeder herkommen könne? - Auch die deutsche Sozialdemokratie muss sich ehrlich machen bei den Problemen und darf sich nicht spalten in den Parteitag und die Kommunalpolitiker, die hinterher zu uns kommen und sagen: Aber eigentlich schaffen wir das doch nicht. - Das ist die Wahrheit, über die wir auch reden müssen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Der Beifall ist jetzt etwas geringer, das habe ich vermutet. Das liegt aber daran, dass wir so wenig Oberbürgermeister und Landräte auf dem Parteitag haben.

(Zustimmung)

Fragt mal die SGK, was sie zu dem Thema gesagt hat. - Aber ich komme zu einer Konsequenz, wo dann womöglich wieder alle zustimmen.

Deswegen finde ich, muss man zuerst mal sagen, was wir alles ausbauen müssen, um die Integrationsfähigkeit dieses Landes zu vergrößern. Das ist die erste Aufgabe, die wir haben.

(Zustimmung)

Denn natürlich ist die Frage der Aufnahmefähigkeit nicht statisch, sondern das hat etwas mit der Frage zu tun, wie viele Wohnungen wir bauen, wie viele Ausbildungsplätze wir haben, wie viele Lehrerinnen und Lehrer wir haben. Beim letzten Mal brauchten wir für rund 1 Million Geflüchtete 25.000 Lehrerinnen und Lehrer und 15.000 Erzieherinnen und Erzieher zusätzlich. Jeder von uns weiß, dass wir selbst die nicht gefunden haben.

Das heißt, wir werden über die Frage reden müssen, wie wir die Kapazitäten der Integrationsfähigkeit ausbauen. Das ist die erste und wichtigste Frage. Wenn wir die nicht beantworten, dann sind unsere Beschlüsse, dass wir keine Obergrenzen wollen, nicht mal das Papier wert, auf dem sie stehen, weil sie am Ende vor Ort nicht in die Praxis umgesetzt werden können.

Das Zweite ist: Wir dürfen, glaube ich, die Augen nicht verschließen vor den Sorgen, die es in unserer Bevölkerung und unserer Wählerschaft auch gibt. Ich habe gestern ja gehört, dass alle der Meinung sind, dass die Große Koalition der Grund ist, warum wir so schlechte Ergebnisse erzielt haben. Das mag sein. Ich glaube nur, dass wir uns auch da ehrlich machen müssen. Es gibt auch in unserer Wählerschaft eine ganze Menge Menschen, die nicht so ohne Weiteres bereit waren, zu akzeptieren, dass das Land relativ offene Grenzen hat und innerhalb von anderthalb Jahren 1,6 Millionen Flüchtlinge aufgenommen hat. Auch das gehört zur Wahrheit.

Was muss man tun, um die zu überzeugen? Dafür müssen wir das Programm umsetzen, was Martin Schulz gestern vorgestellt hat. Denn was wir in diesem Land nicht mehr hören dürfen, ist der Satz, den ich wie keinen anderen im Wahlkampf gehört habe: Für die macht ihr alles, aber wenn es

um meine Rente geht, erzählt ihr mir, ihr habt kein Geld! - Das ist doch die Wahrheit, die wir immer gehört haben. Also lasst uns doch dafür sorgen, dass die Renten verbessert werden, die Altersarmut bekämpft wird, Wohnungen gebaut werden, Schulen saniert werden. Dann wird auch die Bereitschaft zur Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland steigen.

(Beifall)

Ich glaube, dass diese komische Obergrenzendebatte von Seehofer einfach verhindert hat, dass wir eine aufgeklärte Diskussion über die Leistungsfähigkeit des Landes geführt haben; denn wir können doch beides, liebe Genossinnen und Genossen, Menschen helfen, die in Not sind, Schutzsuchenden allemal - das ist gar keine Frage -, aber übrigens auch Menschen helfen, die sich eine bessere Zukunft bei uns erhoffen. Wir sind doch das, was die USA, Amerika, mal Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts gewesen sind. Wir sind ein Sehnsuchtsort für die Menschen, und das in einem Land, das vor wenigen Jahrzehnten als furchtbares Land gegolten hat. Was für eine wunderbare Entwicklung, dass wir heute als Deutsche Sehnsuchtsort sind und kein furchtbarer Ort mehr, bei dem sich Menschen nicht trauen, hinzugehen.

(Beifall)

Aber dann müssen wir auch dafür sorgen, dass die, die kommen, Chancen bekommen - das machen wir immer noch zu wenig -, und gleichzeitig müssen wir dafür sorgen, dass die, die da sind, nicht den Eindruck haben, sie wären vergessen. Es gibt nur eine Partei in Deutschland, die sich diese doppelte Integrationsaufgabe vornehmen kann: Das ist die deutsche Sozialdemokratie. Sich um die kümmern, die kommen, und um die kümmern, die da sind. Das ist die doppelte Aufgabe, die wir haben, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich sage das deshalb, weil ich glaube, dass diese Idee eines Solidarpaktes zwischen denen, die da sind, und denen, die kommen, das ist, was uns auszeichnet und was andere nicht mitbringen. Die einen führen eine komische Obergrenzendebatte, die anderen flüchten sich irgendwie so in Mitmenschlichkeit, ohne wirklich das Geld zur Verfügung zu stellen, dass in einer Stadt auch wirklich Wohnungen gebaut werden können. Und natürlich, wer erst die ganzen Wohnungen privatisiert, der hat dann einen Wettbewerb zwischen Armen und Ärmsten um die verbleibenden bezahlbaren Wohnungen. Das ist einer der Gründe, warum Leute in die falsche politische Richtung laufen. Also müssen wir wieder Wohnungsbau in Deutschland betreiben, und zwar für die, die hier leben, und für die, die kommen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das setzt voraus - deshalb nehmt mir meine Ehrlichkeit nicht übel -, dass wir uns nicht mit den falschen Themen befassen. Keiner, jedenfalls keiner in der SPD und, ich vermute mal, selbst die Mehrheit in der CDU nicht - bei den Grünen sowieso nicht und auch nicht in der FDP - diskutiert eine Veränderung des Asylrechts im Grundgesetz. Keiner, hoffe ich jedenfalls, hat noch Zweifel daran, dass ein kontrollierter Familiennachzug - um mehr geht es doch gar nicht - natürlich Sinn macht, damit die Leute, die hier sind, auch einen Grund haben, sich zu integrieren, und nicht hin und her gerissen sind zwischen den Familien, die nicht da sind, und ihrem eigenen Leben.

Aber dann geht es um etwas anderes. Dann geht es um eine weitaus größere Zahl. Es sind 200.000 Menschen, die immer noch pro Jahr nach Deutschland kommen. Die sind keine Asylbewerber. Die sind keine Bürgerkriegsflüchtlinge mit dauerhafter Duldungsmöglichkeit, sondern es sind Menschen, die die Hoffnung haben, bei uns ein besseres Leben zu haben. Für die brauchen wir erstens legale Zuwanderungsmöglichkeiten nach Deutschland und nach Europa,

(Beifall)

damit sie sich nicht Schleppern anvertrauen müssen.

Zweitens. Besser, als bei uns 20, 30 Milliarden im Jahr für Integration von Flüchtlingen einzusetzen, die herkommen, weil es zu Hause nicht auszuhalten ist, müssen wir natürlich mehr dafür tun, dass man in den Heimatländern auch anständig leben kann, mit Bildung, mit Schulen, mit Infrastruktur. Das dürfen wir doch nicht den Chinesen in Afrika überlassen. Das ist doch unsere deutsche und unsere europäische Aufgabe und nicht die Aufgabe eines anderen Kontinents.

(Beifall)

Übrigens: Die Chinesen machen das nicht, weil sie Angst vor Flüchtlingen haben, sondern weil sie wissen, dass Afrika was zu bieten hat, dass nicht irgendwie ein Kontinent nur mit Problemen ist. Warum sind wir eigentlich so verrückt und sehen in Afrika immer nur eine Bedrohung von Flucht und Vertreibung? Es geht darum, da zu investieren, auf Augenhöhe, nicht in der alten Partnerschaft - in Führungsstrichen - zwischen den Arroganten in Europa und den armen Afrikanern, sondern auf Augenhöhe, fair zu gucken, die Lebensbedingungen zu verbessern und dann auch noch legale Zuwanderungsmöglichkeiten zu schaffen. Lasst uns doch mal ein großes deutsches, europäisches Programm machen, wo wir sagen: Jeder, der in seinem Heimatland eine Ausbildung gemacht hat, der darf sich bei uns bewerben, und zwar ein paar Hunderttausend jedes Jahr in Europa. Kommt zu uns, macht eure Weiterbildung. Werdet Techniker, Ingenieure, Meister, und wenn ihr drei, vier Jahre gearbeitet habt, dann geht zurück und nutzt das, was ihr hier gelernt habt, um eure Heimatländer besser aufzubauen. Das wäre mal eine Partnerschaft, die sich lohnen würde, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich glaube, dass wir über eine wirklich ganz große Aufgabe reden. Und deswegen: keinen Streit. Niemand von uns wird das Asylrecht infrage stellen. Niemand von uns wird die Frage stellen, ob wir die Genfer Flüchtlingskonvention nicht umsetzen. Niemand wird die Frage stellen, dass wir den Familiennachzug nicht ermöglichen.

Aber danach kommt die richtig große Aufgabe, und da lasst uns nicht unterschätzen, wie viel Sorgen es in der Bevölkerung gibt, was unsere Bürgermeister und Landräte umtreibt. Gleich meldet sich bestimmt ein Bürgermeister und sagt: Gabriel, du hast keine Ahnung. Ich bin dafür, dass noch mehr kommen. - Weiß ich. Aber es gibt auch ganz viele, die andere Sorgen haben. Und dann richtig Geld in die Hand nehmen und dafür sorgen, dass wir diesen Solidarpakt in Deutschland umsetzen und nicht Steuererleichterungen machen für Leute, die es nicht nötig haben. Das ist, finde ich, unsere Aufgabe.

Liebe Genossinnen und Genossen, vielen Dank, dass ihr mir zugehört habt.

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Sigmar, für deine Worte. Ich finde, wir haben eigentlich einen Zustand einer guten Debatte erreicht. Insofern fällt es mir ein bisschen schwer, jetzt zu sagen, dass wir ein Wahlergebnis vorliegen haben und eigentlich auch einen anderen Wahlgang machen müssen. Aber mit Blick auf das auch anzustrebende Ende zumindest des heutigen Tages würde ich trotzdem vorschlagen, dass wir das tun. Ich sage aber von der Stelle aus schon direkt zu: Nachdem wir diesen Wahlgang durchgeführt haben, geht es sofort und nahtlos weiter mit den übrigen Wortmeldungen und dann auch mit der ursprünglichen Antragsberatung.

Damit das aber so passieren kann, würde ich jetzt gerne dem Nils das Wort geben; denn er hat für uns das Wahlergebnis der ersten Wahl zur Wahl der Bundesschiedskommission. Niels, leg los.

ERGEBNIS DER WAHL ZUR VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe das Wort gleich weiter an Janne Herzog, die das in bewährter Form uns vortragen wird.

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, sorry für die Unterbrechung der Debatte. Aber wir haben ein Wahlergebnis. Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der Vorsitzenden der Bundesschiedskommission bekannt: Abgegebene Stimmen hatten wir 440. Davon waren vier ungültig. Gültig 436 Stimmen. Mit Ja haben gestimmt 432, mit Nein haben gestimmt 3, eine Enthaltung. Dies bedeutet eine Zustimmung von 99,08 Prozent.

Danke.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Janne, vielen herzlichen Dank, einmal auch wieder für eure zuverlässige Auszählerarbeit. Ich darf fragen: Hannelore, nimmst du die Wahl an?

(Zuruf: Ja!)

Das war ein Ja. Herzlichen Glückwunsch! Vielen Dank.

WAHL DER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, wie Anke es angekündigt hat, kommen wir jetzt gleich zum nächsten Wahlgang. Wir haben zu wählen zwei stellvertretende Vorsitzende der Bundesschiedskommission. Es werden jetzt diese gelben Stimmzettel verteilt. Während das passiert, darf ich noch mal zum Verfahren sagen: Da uns hier nur - - Was heißt „nur“? Aber uns liegen zwei Kandidaturen vor. Bisher hat sich auch niemand anderes gemeldet. Ich gehe davon aus, dass es dabei bleiben wird. Das bedeutet, ihr dürft bei der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden höchstens zwei Namen ankreuzen. Es muss mindestens ein Name angekreuzt werden. Auch hier bedarf es im ersten Wahlgang der absoluten Mehrheit.

Genossinnen und Genossen, überraschungsfrei schlagen wir euch vor, die Kontrollmarke 9 an der dafür vorgesehenen Stelle anzubringen, und dann eure Stimme entsprechend abzugeben.

Wir haben das ja in den vergangenen Stunden schon ein bisschen miteinander eingeübt. Wenn ihr den Eindruck habt, dass die Genossinnen und Genossen, die die Stimmzettel verteilen, an eurer Ecke nicht vorbeikommen, dann müsst ihr euch ein bisschen bemerkbar machen. Aber ich glaube, das läuft hier alles ordnungsgemäß. Wir warten noch ein paar Momente. Wer noch keinen Stimmzettel hat, der kann sich vielleicht noch mal bemerkbar machen mit einem Handzeichen. - Haben alle einen Stimmzettel? - Das scheint im Wesentlichen der Fall zu sein, Genossinnen und Genossen.

Ich wiederhole noch einmal: Die Kontrollmarke 9 ist anzubringen.

Dann frage ich, ob alle gewählt haben. - Das war ein Nein. Ist das richtig? - Okay, Genossinnen und Genossen, dann schließe ich den Wahlgang und bitte die Wahlhelferinnen und Wahlhelfer, die Stimmzettel einzusammeln. - Genossinnen und Genossen, einige winken. Genau, so soll das sein. Macht euch

bitte bemerkbar, wenn ihr noch keine Gelegenheit hattet, die Stimme abzugeben. - Okay, Genossinnen und Genossen, jetzt noch einmal die Frage: Gibt es Delegierte, die ihre Stimme noch nicht abgegeben haben? - Gibt es offensichtlich nicht. Dann bedanke ich mich und schließe den Wahlgang.

Zur Fortsetzung der Debatte übergebe ich an Anke.

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG ZUM INITIATIVANTRAG IA 1, KAPITEL III.2 D UND WEITERER ANTRÄGE ZUM BEREICH FLUCHT UND MIGRATION

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ja, vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen, für euer Verständnis, und wir machen auch gleich zügig weiter. - Als Nächstes hat Aydan Özoğuz das Wort, und ihr folgt Micha Heitkamp.

AYDAN ÖZOĞUZ, PARTEIVORSTAND:

Liebe Genossinnen und Genossen! Lieber Markus Beeko! Lieber Sigmar! Ich möchte mich erst mal ganz herzlich dafür bedanken, dass Sie gekommen sind, dass Sie unser Gast sind, dass wir hier heute auch diese Debatte auf diese Art und Weise beginnen konnten.

Vielleicht hat ja auch Sigmars Rede eben doch noch einmal eines ganz deutlich gemacht: Wenn wir mal ehrlich sind: Dieses Selbstbewusstsein, diese Klarheit, die wir hier heute ja doch ganz deutlich zeigen, haben wir draußen ja nicht immer, und viele von uns sind da manchmal auch gar nicht so sicher. Das ist ja nicht immer nur ein schlechter Gedanke, sondern man ist mitunter offenbar auch ganz schön hin und hergerissen, wie man sich verhalten soll.

Ich habe in den letzten Jahren wirklich alle 16 Bundesländer besucht, und ich habe einfach vollkommen unterschiedliche Gegebenheiten vorgefunden - auch in der Art, wie manchmal darum gekämpft werden muss, und wie auch das Bild von einem Schutzsuchenden, von einem Flüchtling ist. Was ist das für ein Mensch? Was passiert da? Was will der von uns? Besteht da Gefahr?

Ich meine, alle hier im Raum wissen ja, was für Debatten wir da teilweise auch aushalten und aushalten müssen. Deswegen war auch der Hinweis von Sigmar Gabriel mit der GFK - da war ich ja nun auch eingeladen - ganz richtig. Ja, wir müssen uns manchmal auch untereinander mehr stärken, wenn es darum geht, klarzumachen, dass in Deutschland jeder Einzelne, der Schutz sucht und sagt: „Ich bin geflohen, ich brauche Hilfe“, ein Recht darauf hat, dass wir prüfen, ob er nicht Schutz bei uns bekommen soll oder nicht, und dass wir sie nicht von vornherein irgendwie abbügeln und sagen: Das sind alles gefährliche Menschen.

(Beifall)

Da müssen wir aber schon noch nachlegen, weil es natürlich in diesem Raum nicht reicht.

Ich möchte auf Folgendes hinweisen, auf etwas, was uns in meinen Augen sehr schwerfällt: Es geht darum, verschiedene Gruppen auch einmal auseinanderzuhalten.

Wir reden in Deutschland nur noch über Flüchtlinge. Wir reden ja nur noch darüber, dass in 2015 und 2016 ganz viele Flüchtlinge gekommen sind. Das ist richtig, aber es sind natürlich auch noch andere gekommen. In 2015 sind fast eine Million Menschen aus der EU gekommen, und das wollen wir mit der Freizügigkeit ja auch. Aber manchmal hat das Auswirkungen - und ich glaube, ich gucke jetzt mal Richtung Nordrhein-Westfalen -, bei denen wir auch wissen, dass das nicht immer richtig gelaufen ist und dass wir manchmal auch zu langsam reagiert haben. Wir müssen uns darin bestärken, liebe Genossinnen und Genossen, dass wir die Dinge ehrlich ansprechen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen das dann vor Ort lösen; wir können das nämlich auch. Wir können uns da gegenseitig unterstützen. Ich verweise nur einmal darauf, wie viele Rumänen und Bulgaren mir erzählt haben, was für eine Grausamkeit es war, in so eine Schrottimobilie irgendwo in der Nähe von Duisburg oder so gebracht zu werden - meist mit diesem Titel darüber: „Komm nach Deutschland, du bekommst hier bei uns eine ganz tolle Arbeit, du wirst bei uns ganz toll Geld verdienen können“. Und dann landen sie irgendwo, müssen schon alleine für eine Matratze 200 Euro aufbringen und sind eben genau den Menschen aufgesessen, denen sie gar nicht aufgesessen sein dürfen.

Weil ich das so oft dann doch nicht gehört habe - auch von unserer Regierung nicht -, möchte ich mal sagen: „Legale Fluchtwege nach Deutschland“ soll nicht nur eine Floskel bleiben. Ich habe eben über die EU gesprochen, aber legale Fluchtwege nach Deutschland würden eben wirklich bedeuten, Schleppern mal das Wasser abzugraben. Daran, dass das dann auch endlich geschehen kann, müssen alle ein Interesse haben.

(Beifall)

Dann kommt natürlich das Verfahren. Dann wird geprüft: Hat jemand einen Fluchtgrund? Hat er keinen? Das passiert ja bei jedem.

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr erlebt das doch wahrscheinlich noch viel mehr vor Ort. Wenn eine Familie lange dagewesen ist, wenn eine Familie so richtig nett ist, sie aber keinen richtigen Asylgrund nach unseren Gesetzen hat, dann sind es wieder die Leute vor Ort, die uns sagen: Aber die sind doch so nett. Die könnt ihr doch nicht wegschicken. Die sind doch so wahnsinnig integriert oder haben sich angestrengt.

Liebe Genossinnen und Genossen, vor vier Jahren, während der Koalitionsverhandlungen, war es nicht möglich, die stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung für langjährig Geduldete durchzusetzen. Und wir haben das mittlerweile geschafft. Wir haben das Gesetz durchgebracht. Das heißt, wenn Kinder hier schon geboren wurden, wenn die Eltern eben nicht zurückgehen konnten, wenn es nicht deren Fehler war sozusagen, hier zu sein, weil sie einfach hierbleiben mussten, dann haben sie das Recht, hier zu bleiben, weil wir sagen: Wir können doch nicht nach zehn oder fünfzehn Jahren einer Familie irgendwann sagen: So, jetzt musst du aber wieder nach Hause gehen.

Das ist aber doch das, was die FDP die ganze Zeit möchte. Da müssen wir uns dagegenstellen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ein letzter Punkt noch - man kann so furchtbar viel dazu sagen, aber das ist mir dann doch wichtig -: Migration, Integration, Einwanderung: Das ist der Normalfall in Deutschland. Wir brauchen uns davor doch nicht zu fürchten. Wir müssen es ordentlich machen, wir müssen es natürlich auch ordentlich begleiten.

Aber, liebe Genossinnen und Genossen, es sind diejenigen, die mal nach dem Krieg als Flüchtlinge nach Deutschland kamen, die mich am allerhäufigsten angesprochen und gesagt haben: Frau Özoğuz, wir wissen, wie sich das anfühlt, als Flüchtling in Deutschland zu sein. Wir waren Deutsche, und wir wurden trotzdem nicht gut behandelt. Das ist so im Leben.

Deswegen: Lasst euch nicht einreden, dass das an der Kultur, an der Sprache oder an der Religion liegt. Das sagen diejenigen, die von vornherein Schutzsuchenden eine Verhetzung aufliegen wollen, und auch in diese Falle dürfen wir niemals tappen. Lasst uns das ordentlich machen.

Ich freue mich, dass all diese Punkte, die schon genannt worden sind, jetzt in dem Antrag drinstehen. - Danke.

(Beifall)

ANJA REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Aydan. - Als Nächstes hat Micha Heitkamp das Wort, und ihm folgt Aziz Bozkurt.

MICHA HEITKAMP, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen! Liebe Genossen! Lieber Sigmar! Ich bin Dir tatsächlich sehr dankbar für deine Worte. Du hast, glaube ich, einen Punkt sehr klar herausgestellt, dass es nämlich die Kernaufgabe sozialdemokratischer Politik in diesem Bereich ist und es auch von Anfang an war, eine Gesellschaft zu schaffen, in der Integration gelingen kann. Das funktioniert nämlich nicht so, wie sich die Konservativen das vorstellen, indem man denkt, man stellt eine Liste auf und sagt: In den Punkten muss man sich anpassen. - Stattdessen geht es darum, wie wir unseren Staat und unsere Sozialsysteme aufbauen. Sind wir bereit, auch in Integration zu investieren? Die gute Zukunft gibt es nicht für lau, und das gilt genauso für die Integration.

(Beifall)

Sigmar, erlaube mir dazu aber bitte auch noch ein Wort des Ehrlichmachens. Ich hätte mir gewünscht, dass in den vergangenen Jahren die Botschaft, die aus der Großen Koalition herausgegangen ist, weniger gewesen wäre „CDU/CSU und SPD wollen das Asylrecht verschärfen“, sondern dass es viel öfter die Botschaft gewesen wäre: CDU/CSU wollen das Asylrecht verschärfen, und die SPD will eine gute Integration schaffen.

(Beifall)

Wozu ich eigentlich reden wollte, ist der Änderungsantrag 129 vom Kreisverband Minden-Lübbecke, den ich hier, wie ich es heute schon ein paar Mal hatte – das ist jetzt aber der letzte Änderungsantrag –, gerne noch gegen die Antragskommission abstimmen lassen möchte. Es geht um eine Sache, die mir sehr wichtig ist, weil das zu einem sehr wichtigen Thema ist. Es geht um das Einwanderungsgesetz.

Ich bin unserer Fraktion sehr dankbar, dass sie da auch schon liefert, dass da die Konzepte kommen. Genossinnen und Genossen, lasst uns das aber bitte nicht in einer Sprache beschließen, die so klingt, als würden wir Menschen nur in ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit sehen! Lasst uns das nicht in einer Sprache beschließen, die genauso in einem FDP-Antrag stehen könnte.

Wir wollen ein Einwanderungsgesetz. Wir wollen das aus unseren sozialdemokratischen Werten heraus. Lasst uns das bitte in diesen Formulierungen klar haben.

Warum mir das so wichtig ist, warum ich das noch einmal extra betonen möchte: Wir haben hier gestern einen Beschluss gefasst, dass wir in offene Gespräche gehen wollen. Ich hatte da eine andere Meinung, aber Mehrheit ist Mehrheit. Eines, Genossinnen und Genossen, sollte uns aber doch wohl klar sein: Wenn dabei irgendetwas für uns herauskommen soll, dann müssen wir uns immer wieder klarmachen, dass allein solide Regierungsarbeit nicht automatisch auch eine gute Politik ausmacht. Wir brauchen auch Narrative. Wir brauchen auch die Deutungshoheit über die Themen. Dafür brauchen wir auch eine Sprache, die aus unseren Werten und nicht aus einer neoliberalen Mainstream-Sprache entnommen ist. Das Arbeitsprogramm für die nächsten zwei Jahre ist genau der richtige Ort, an dem wir damit anfangen sollten. Bitte nehmt deshalb den Änderungsantrag 129 entgegen dem Votum der Antragskommission an! - Danke.

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Micha. - Aziz hat das Wort. Ihm folgt Helge Lindh.

AZIZ BOZKURT, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Eigentlich hätte ich gerne von einem Treffen erzählt, das Martin Schulz und ich zusammen mit Vertreterinnen der neuen deutschen Organisationen gemacht haben. Das sind Leute wie ich: typische Deutsche, die Namen wie Serdar, Carim oder Celm haben. Wir hatten nämlich ein ganz lebhaftes Gespräch, das dadurch gekennzeichnet war, dass diese Leute extrem leidenschaftlich mit uns diskutiert haben, aber auch eine extrem leidenschaftliche Verbindung zur SPD haben. Sie schwärmten aber von der Verbundenheit ihrer Eltern zur Sozialdemokratie. Mit einem Leuchten in den Augen erzählten sie, wie sie immer sozialdemokratisch gewählt haben, aber hatten auch eine Wut im Bauch und eine große Enttäuschung, was die SPD angeht. Eine fasste es sehr gut zusammen und sagte Martin: Herr Schulz, Sie waren für meine Eltern immer die Schutzmacht gegen die Faschisten. Heute verkörpern Sie das nicht, erst recht nicht für meine Generation. Dabei könnte keine Partei eine größere Hoffnung für diese Gesellschaft und für mich sein als die SPD, nur nicht so, wie Sie sind!

Ich finde, das sollte uns in Unruhe versetzen, dass sich die Kinder der Gastarbeiter so weit entfernt haben. Während ihre Eltern uns noch gewählt haben, sind sie heute ziemlich weit fern. Die Frage ist: Warum?

Das Gute an einer solchen Enttäuschung im Bauch ist erst einmal, dass es eines signalisiert: Es ist wie bei der Liebe. Wenn eine Liebe völlig verloschen ist, dann regt sich da auch keine Enttäuschung mehr. Wenn da aber noch etwas lodert, dann kann man es entflammen. Diese Enttäuschung zeigt dies.

Sigmar, herzlichen Dank für deinen Redebeitrag. Ich finde tatsächlich, du bist wahrscheinlich wirklich einer brillantesten Köpfe der SPD, und man kann sich sehr gut an dir reiben. Das ist das Gute. Aber du hast einiges erwähnt, was, finde ich, auch ein bisschen Gegenworte braucht, auch wenn man es nicht in deinem rhetorischen Glanz bringen kann. Du hast gesagt: Obergrenze, keiner stellt das Asylrecht infrage, die Diskussion sei völlig verquer. - Ich erlebe eine Union, die in den Bundesländern Kinder aus den Schulen nimmt und abschiebt. Ich erlebe eine Union, die Menschen, die schon 20 Jahre hier sind, abschieben will, die ein sicheres Herkunftsland nach dem anderen definieren will und die so viele Verschärfungen auf Lager hat, dass ich mir das gar nicht alles ausmalen kann. Dann davon zu reden, dass keiner in diesem Land das Asylrecht beschneiden will, ist entweder mächtig naiv oder viel zu nett geglaubt, was die Union angeht.

(Beifall)

Das, was wir in den letzten Jahren gemacht haben, war, Stück für Stück im Abwehrkampf einen Schritt nach dem anderen zurückzugehen. Wir haben mit tollen Sachen angefangen. Die hat zum Beispiel Rüdiger Veit aus Hessen durchgesetzt, nämlich die stichtagsunabhängige Duldung zu beenden und ein Gesetz dafür zu schaffen. Aber dann ging es los: Wir haben das Sachleistungsprinzip eingeführt. Wir haben das Existenzminimum für Geflüchtete noch einmal anders definiert. Dann haben wir noch mehr Abschiebegründe versucht zu definieren. Wir haben Haftgründe neu definiert. Wir haben einen Schritt nach dem anderen zurück gemacht.

Das, was wir eigentlich gelernt haben, war: Wir hatten mal die Agentur pollytix im Parteivorstand, die uns Zahlen aufgezählt hat, wo die SPD Potenzial hat, gewählt zu werden. Dann wurde aufgezählt: Das sind unsere Stammwähler. Das sind die, die man nur zur Wahl kriegen muss. Dann gab es einen beträchtlichen Anteil, wo es hieß: Die muss man damit gewinnen, dass die SPD deutlich macht, dass sie für das weltoffene Deutschland steht. - Sigmars Reaktion darauf war sehr spannend. Er hat die Zahlen angezweifelt und hat gemeckert, was für ein verquerer Blick das auf die Realitäten sei. Ich finde, das hat man an deinem Wortbeitrag auch gesehen. Ich finde, es hätte der SPD gutgetan, hättest du als Parteivorsitzender tatsächlich den besorgten Bürgern einmal zugehört,

(Beifall)

die Angst vor dem Kippen der Stimmung hatten, als ein Flüchtlingsheim nach dem anderen brannte. Aus dem Parteivorstand oder von dir kam mehr dazu, warum man mehr mit Blick auf irgendwelche

Kommunale – die alle wahrscheinlich nicht wirklich so ticken, wie du gerade beschrieben hast – noch einmal ein bisschen differenzierter diskutieren müsste.

Das Hauptproblem der SPD ist, dass wir dieses Sowohl-als-auch so sehr in unserer Politik durchdeklinieren, dass keine klare Linie sichtbar ist,

(Beifall)

gerade bei diesem Feld, wo die SPD, die Partei der Geflüchteten – Willy Brandt, Ollenhauer und viele andere geflüchtete Sozialdemokraten – , wie eine Eins stehen müsste. Immer dieses Sowohl-als-auch und „Wir müssen auch den und den verstehen“! - Das funktioniert nicht. Wir wurden dafür abgestraft. Ich glaube, das war Zeichen genug.

(Beifall)

Nur noch ein Punkt am Ende, weil ich als Kind von Gastarbeitern das auch gerne erwähnen will und Serpil sich gerade mächtig aufgeregt hat. Ihre Eltern sind auch in dieses Land gekommen. Ihnen wurde gesagt: Ihr seid sechs Monate da und dann wieder weg! - Als ob wir Steine verschieben, zu sagen, wir holen Leute sechs Monate hierher, und dann gehen sie wieder zurück! Ich finde, das funktioniert nicht. Das hat bei den Gastarbeitern nicht funktioniert und wird auch in Zukunft nicht funktionieren. Ich wünsche mir deutlich mehr Haltung und Geradlinigkeit.

(Beifall)

Ein Punkt am Ende: Das, was du gesagt hast, wir müssen die Integrationsfähigkeit des Landes steigern, haben unsere Ministerinnen im letzten Jahr sehr gut gemacht. Unsere Bauministerin Barbara Hendricks, Aydan Özoğuz, Manuela Schwesig und Andrea Nahles haben alle zusammen im letzten Jahr Programme definiert, wie wir die Integrationsfähigkeit steigern könnten. Wir haben da echt tolle Sachen definiert. Zur selben Zeit hast du die Diskussion entfacht, die dafür gesorgt hat, dass die Stimmung mit am Kippen ist. Das finde ich nicht in Ordnung, Sigmar. Ich finde, das gehört auch zur Ehrlichkeit dazu, welchen Beitrag du hattest, dass unsere Partei nicht geradlinig wirkt, sondern als Sowohl-als-auch-Partei glänzt und nicht mehr.

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Aziz. - Als Nächster hat Helge Lindh das Wort. Danach Karl-Heinz Stadtler. Ihm folgt Frank Schwabe. Das wären alle Wortmeldungen, die noch vorliegen.

HELGE LINDH, SPD-BUNDESTAGSFRAKTION:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es ist ja allzu menschlich, sich schwierige Fragen manchmal nicht zu stellen oder ihnen aus dem Wege zu gehen und unbequeme Fragen lieber zu verdrängen. So war es, glaube ich, auch in den letzten Jahren und auch in diesem Bundestagswahlkampf bei der Frage der Migration und Integration. Man hat mir vor dem Wahlkampf den Rat gegeben: Beschäftige dich nicht so damit! Das ist ein Verliererthema und gefährlich! - Wie so oft habe ich mich nicht an gute Ratschläge gehalten, weil ich mich jahrelang mit diesem Thema kommunalpolitisch, politisch und ehrenamtlich beschäftigt habe. Das bedeutete dann auch, sich mit Skeptikern auseinanderzusetzen, beschimpft zu werden - alles das. Ich glaube aber, wir müssen das.

Sigmar hat auch recht: So einig, wie wir uns hier sein müssen - wenn wir in die Breite unserer Partei gucken, gibt es nicht wenige, die nicht unsere Position teilen und die wir auch erst einmal mit unserer Haltung und Position überzeugen müssen und die wir für unsere Überzeugung gewinnen müssen.

Migration und Flucht sind eine Normalität. Durch Ausblendung und Verweigerung gegenüber der Wirklichkeit wird diese Wirklichkeit aber nicht verschwinden.

Wir müssen das anerkennen. Wir müssen endlich sehen, dass der Bereich der Migrationspolitik ein komplexer ist. Aydan hat es erwähnt: europäische Zuwanderung, Flucht, Asyl, Bleiberechtsfragen, all die Aspekte.

Bei Integration geht es auch nicht um einen technokratischen Vorgang, wie unsere Papiere das oft erzeugen. Es ist auch kein technischer Prozess. Es ist auch kein harmonisches interkulturelles Fest. Auch das ist es nicht. Es ist auch kein Kulturkampf. Kulturkampf hat uns eher die AfD erklärt. Wenn ich eines nicht möchte, ist es, dass wir ihnen ausgerechnet, weil wir zu dem Thema schweigen, die Deutungshoheit über das Thema Flüchtlinge und Asyl überlassen. Deshalb war es so wichtig, dass Herr Beeko gesprochen hat.

Erlaubt mir aber in dem Moment, an der Stelle ein konkretes Beispiel zu nennen und nicht, weil es jetzt irgendwie gefragt ist, Narrative zu verwenden oder Story-tellings, sondern weil es, glaube ich, unsere Aufgabe ist, die Bedingungen guten Lebens auch in Bezug auf Menschen egal welcher Herkunft zu schaffen.

Ich sprach heute Morgen von Hendrien. Diese Frau, die jetzt gerade in Wuppertal sitzt, wartet dreieinhalb Jahre auf ihr Kind, das in der Türkei ist, mittlerweile 13 Jahre alt. Erst musste sie eineinhalb Jahre auf den Ausgang ihres Asylverfahrens warten. Wir müssen ihr eine Antwort geben, ob sie ab März eine Hoffnung haben kann, dass ihr Kind zurückkehrt, oder ob dieser subsidiäre Status und die Aussetzung des Familiennachzugs verlängert werden.

Selbst wenn man - ich versetze mich mal in die Position - nicht humanitäre Positionen wie unsere teilen würden, wenn man sozusagen ein ganz nüchterner Technokrat wäre, müsste einem doch klar sein, dass es integrationspolitisch eine Dummheit ist, wenn tausende von Menschen auf ihre Liebsten hier warten und im Kopf immer noch dort sind und nicht wirklich an dem Integrationsprozess teilhaben können, weil sie ganz anderes beschäftigt.

Wir müssten auch erkennen, denke ich, dass Thomas de Maizière uns in einer gewissen Weise damals getäuscht hat. Es schien ein Randphänomen zu sein. Wir haben aber erkannt, dass sich die Entscheidungspraxis des BAMF änderte und wir plötzlich einen höheren Anteil an subsidiärem Status haben, was die Ungerechtigkeit bedeutet, dass Menschen aus derselben Stadt aus derselben Situation, wenn sie früher den Antrag gestellt haben, als Genfer Flüchtlinge anerkannt wurden, aber später nur den subsidiären Status erhalten haben. Das ist eine Ungerechtigkeit und die sollte man deutlich aussprechen.

Zudem erleben wir, dass wir beim BAMF Entscheider und Anhörer haben, die eine sehr unterschiedliche Qualität der Ausbildung haben. Die haben Übersetzer, die hoch fähig sind, aber auch solche, denen die entsprechenden Qualifikationen fehlen. Diese Menschen entscheiden aber über Lebenswege. Das sollten wir uns auch deutlich machen. Auch das ist eine Frage, der wir uns stellen müssen und die der Verbesserung bedarf.

Zum Abschluss. Wir haben in den letzten Tagen viel über Mut gesprochen, über unseren Mut. Wie viel Mut braucht es, wenn jemand, eine Frau, der in Idlib in Syrien die Rechte als Frau weggebombt wurde, die Heimat weggebombt wurde, die Arbeit, die Schule, wenn sie sich hierher auf den Weg macht und wenn sie jetzt, 700 km von hier entfernt in Wuppertal, bis spät in die Nacht heute über moderner deutscher Lyrik sitzt, in höherem Alter büffelt, um ihr Abitur zu machen um dann Pharmazie zu studieren. Wie viel Mut?

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Helge. - Ich habe jetzt noch fünf Wortmeldungen. Ich würde vorschlagen, dass ich danach die Rednerliste schließe. Als nächstes hätte Karl-Heinz Stadtler das Wort, dann Viktoria Spie-

gelberg-Kamens, Sigmar Gabriel noch einmal, Axel Schäfer und Frank Schwabe. Sie alle werden mit maximal fünf Minuten Redezeit bedacht werden. Findet das euer Einverständnis, dass wir dann die Rednerliste schließen und darauf achten, dass alle in der gebotenen Kürze sich hier noch einmal zu Wort melden können. - Wenn das der Fall ist, verfahren wir so.

Am Mikrofon steht schon Karl-Heinz Stadler. - Herzlichen Dank.

KARL-HEINZ STADTLER, HESSEN-NORD:

Liebe Genossinnen und Genossen, mir reicht das, was heute hier gesagt wurde, und auch das, was zur Beschlussfassung ansteht, eigentlich nicht aus. Es hat ein bisschen was damit zu tun, dass ich mich persönlich betroffen fühle. In meiner Gemeinde in Nordhessen bin ich Koordinator für ein Netzwerk von Flüchtlingsbetreuern. In unserer Gemeinde sind hauptsächlich Syrer und Afghanen. Ein Recht auf Asyl hat von denen keiner. Die Syrer dürfen bleiben, bei den Afghanen droht die Abschiebung oder drohen negative Bescheide. Die negativen Bescheide vom BAMF sind da. In dem einen oder anderen Fall gibt es auch im ersten Verfahren ein negatives Urteil.

Aber wie sieht es aus mit Afghanistan? Ich will es hier nicht weiter beschreiben. Ich denke, das weiß jeder von euch aus der öffentlichen Berichterstattung sehr wohl. Auch Afghanen sind für mich Personen, die Deutschland auf absehbare Zeit nicht verlassen werden. Dann müsste meines Erachtens auch für die das gelten, was Sigmar Gabriel eben an diesem Pult gesagt hat, nämlich dass auch sie die Möglichkeit haben müssten, sich hier zu integrieren, zum Beispiel dadurch, dass sie offiziell an Integrations- und Sprachkursen teilnehmen dürfen, auch dadurch, dass ihnen die Möglichkeit gegeben wird, Familien hierher zu holen.

Von den Personen, die ich persönlich betreue - das sind fünf Afghanen -, sind drei verheiratet. Die Ehefrauen sind in Afghanistan. Der Kontakt funktioniert per Telefon. Zwei haben Kinder, die auch in Afghanistan sind. Sie können nicht zurück. Ich glaube ihnen das, sie haben mir ihre Geschichten erzählt. Aber ich denke, es muss dann eben auch für diese Menschen die Möglichkeit gegeben werden, sich hier zu integrieren.

Da würde ich schon sehr herzlich darum bitten, dass wir auch dabei nach Lösungen suchen und ihnen helfen. - Danke schön.

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Als nächste hat Viktoria Spiegelberg-Kamens das Wort.

VIKTORIA SPIEGELBERG-KAMENS, HESSEN-SÜD:

Liebe Genossinnen und Genossen, viele Anträge liegen uns zum Thema Abschiebestopp nach Afghanistan vor. Aus Hessen-Süd, aus Baden-Württemberg, von der AG 60 plus, aus dem Landesverband Bayern, aus dem Landesverband Berlin. Und zig ähnliche Anträge liegen in verschiedenen Unterbezirken und Landesvorständen und anderen Gliederungen vor.

Eine Abschiebung der schutzsuchenden Menschen in ein Kriegsgebiet ist verwerflich und muss absolut und sofort gestoppt werden!

(Beifall)

Also, liebe Bundestagsfraktion, wenn der Abschiebestopp nach Afghanistan bereits im Regierungsprogramm steht, wenn wir uns hier und heute einig werden, dass wir mit diesem widerlichen Verfah-

ren der Abschiebung umgehend aufhören müssen, wenn wir den Menschen aus Afghanistan, denen durch das schwarze Gesetz der Zugang zur Förderung, Ausbildung, Integration verwehrt worden ist, wenn wir damit umgehend aufhören wollen, Kinder aus Afghanistan aus Schulen mit Polizeigewalt abzuholen und mit den Familien dann in Abschiebehafte zu stecken, dann, liebe Bundestagsfraktion, lasst uns die Kippung dieses Gesetzes jetzt voranbringen. Wir haben doch einen arbeitsfähigen Bundestag. Warum bringen wir es nicht zur Abstimmung? Warum zeigen wir nicht den Bürgerinnen und Bürgern, Wählerinnen und Wählern, dass wir handlungsfähig sind?

Deshalb, liebe Bundestagsfraktion, fordere ich euch mit den Worten der AG 60 plus auf, die Abschiebung afghanischer Flüchtlinge zu stoppen. Afghanistan ist derzeit kein sicheres Herkunftsland. Deshalb, liebe Bundestagsfraktion, lasst uns doch einmal erproben, wie es ist, sich thematische Mehrheiten zu beschaffen. Wenn wir von einer Minderheitenregierung sprechen, warum fangen wir nicht jetzt damit an? Auf was warten wir noch? Warum bringen wir die Kippung dieses Gesetzes nicht zur Abstimmung?

Liebe Bundestagsfraktion oder liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch, diesen Antrag anzunehmen und nicht quasi das mitzumachen, dass dieser Antrag einfach durch das Regierungsprogramm erledigt ist. Denn das ist es nicht. Wir können jetzt handeln. Und wir haben das menschliche Recht, jetzt handeln zu müssen. - Vielen Dank.

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Viktoria. - Sigmar Gabriel.

SIGMAR GABRIEL, AUßENMINISTER:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich wollte zuerst etwas zu Afghanistan sagen. Wo ist die Genossin von eben?

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Links, Hessen-Süd.

SIGMAR GABRIEL, AUßENMINISTER:

Ein Genosse war auch da. - Es gibt einen Abschiebestopp nach Afghanistan, und zwar haben wir den durchgesetzt gegen den Widerstand der Union, dann aber mit deren Zustimmung. Es gibt drei Ausnahmen von diesem Abschiebestopp, und dann muss die Partei sagen, ob sie diese Ausnahme nicht will.

Die erste Ausnahme ist: schwere Straftäter. Also nicht einer, der irgendwo klauen gegangen ist oder so, sondern wer schwere Straftaten in Deutschland begangen hat, den schieben wir ab. Übrigens in Zusammenarbeit mit der internationalen Organisation für Migration.

Zweitens: terroristische Gefährder.

Drittens: Diejenigen, die dauerhaft nicht an ihrer Identitätsfeststellung mitarbeiten.

Jetzt frage ich: Ist das etwas Unmenschliches?

(Zurufe: Ja!)

Ich sage: Nein. Ich sage, wir werden alle anderen nicht abschieben. Das machen wir auch nicht. Aber weil du mich danach gefragt hast und ich übrigens solche Fälle bei mir in der Gemeinde auch habe.

Diese drei Gruppen, die relativ wenige Leute betreffen - es gibt Bundesländer, wo es das gar nicht gibt -, nämlich schwere Straftaten, terroristische Gefährder, dauerhafte Nichtmitwirkung an der Identitätsfeststellung. Ich glaube, dass es verantwortbar ist, die zusammen mit einer UN-Organisation abzuschicken. Wer das nicht will, muss den Mut haben, das öffentlich zu sagen. Der muss öffentlich: „Ich bin dafür, dass ein schwerer Straftäter“ - wir reden über langjährige Haftstrafen - „hierbleiben soll.“ Ich glaube, dass das schwierig ist. Da vorne sitzen Innenminister. Fragt die, ob die der Meinung sind, dass man das vertreten kann. Ich bin einfach nur dafür, dass wir ehrlich miteinander umgehen.

Die Bundestagsfraktion hat uns unterstützt, einen Abschiebestopp durchzusetzen. Das haben wir auch getan. Die Bundestagsfraktion aufzufordern, einen Abschiebestopp durchzusetzen, ist insofern okay, weil es den gibt, mit diesen drei Ausnahmen.

Aziz, ich finde es gut, dass wir mal miteinander streiten und dass das nicht so heimlich passiert. Erstens zitiere ich Willy Brandt: „Die SPD ist eine Partei des donnernden Sowohl-als-auch.“ Warum hat der Brandt gesagt - und das war nicht ironisch gemeint -, dass die Sozialdemokratie Sowohl-als-auch ist? Weil der aus seiner Lebensbiografie wusste, dass das Leben in der Regel nicht eindeutig ist, dass Menschen sehr unterschiedliche Interessen haben und dass man klug beraten ist, beiden zuzuhören.

Ich bin in meinem Wahlkreis - ich habe bei der Bundestagswahl bei mir im Wahlkreis übrigens 43 Prozent bekommen - zur Hochphase der Flüchtlingspolitik rumgegangen und habe Leute eingeladen. Das sind keine Pegida-Anhänger. Ich bin in die Stadtteile gegangen und habe denen gesagt: „Passen Sie auf, sagen Sie heute mal, was Sie wollen. Ich garantiere Ihnen nur einen Satz: Niemand von uns wird Sie hier als rechtsradikal bezeichnen oder als besorgte Bürger.“ Und dann hörst du Sorgen und Ängste, wo du manchmal denkst: „Um Himmels willen, wie kann man auf solche Ideen kommen?“, und andere, wo du merkst: Na ja, da haben wir noch keine richtigen Antworten.

In Nordrhein-Westfalen haben wir, weil wir in der Vergangenheit nicht konsequent abgeschoben haben, Tausende von nicht bleibeberechtigten Marokkanern, denen wir keine Arbeits- und Lebensperspektive geben und uns wundern, dass von denen nicht wenige auch kriminell geworden sind.

Es ist die SPD übrigens - ich persönlich -, die durchgesetzt hat, dass wir ein Gesetz geändert haben, in dem steht: Jetzt kannst du erstens deine Ausbildung in Deutschland zu Ende machen, völlig egal, ob du ein Bleiberecht bekommst oder nicht, und danach kannst du mindestens zwei Jahre hier arbeiten, völlig egal, welchen Aufenthaltsstatus du hast, selbst dann, wenn du eigentlich ausreisen musst.

Ich fände es fair, Aziz, wenn du auch das erwähnen würdest. Ich fände es fair, wenn du erwähnen würdest, dass die Programme, die du genannt hast, unter anderem in einem schweren Streit von den SPD-Mitgliedern der Regierung mit Wolfgang Schäuble durchgesetzt wurden, denn als wir ihm gesagt haben, wir brauchen einen Solidaripakt, damit alle in Deutschland Wohnungen bekommen und wir keinen Flüchtlingswohnungsbau betreiben, hat er das öffentlich „erbarmungswürdig“ genannt. Dann sind wir in den Streit gegangen und haben Milliardenprogramme für Wohnungsbau, für Kitas, für Sprachkurse und für manch anderes durchgesetzt. Unser Vorwurf an die CDU war: Das hättet ihr mal anderthalb Jahre vorher machen sollen, als wir das von euch verlangt haben. Ihr habt anderthalb Jahre herumgeeiert, und deswegen habt ihr jetzt gewartet, bis die Leute anderthalb Jahre sauergefahren werden.

Aber es ist doch trotzdem so, Aziz, dass es in Rathäusern zu der Situation gekommen ist, dass die Kommunalpolitiker zu uns kamen und sagten: „Jetzt müssen wir bei uns Kürzungsmaßnahmen vornehmen in dem ganz normalen Kulturbereich, bei der Schließung von Freibädern, bei der Sanierung von Schulen, weil wir das Geld für Integrationsaufgaben ausgeben müssen. Das dürft ihr doch nicht zulassen.“ Also sage ich, unsere Antwort ist: Sowohl als auch - den Flüchtlingen helfen, aber den Kommunen auch. Mein Vorschlag ist: Jede Kommune, die einen Flüchtling aufnimmt - am liebsten

würde ich es in Europa machen -, kriegt die Kosten erstattet für die Flüchtlinge und das Gleiche noch mal obendrauf für ihre Bürgerinnen und Bürger, dass sie die Leute aufnehmen.

(Beifall)

Meine Bitte ist nur: Vereinfache die Debatte nicht. Der Brandt mit seiner Idee des donnernden Sowohl-als-auch wusste, dass das Leben nicht eindeutig ist.

Die letzte Bemerkung: Ich muss dir sagen, ich werde nie jemand sein, der zustimmt, dass man sagt, wenn wir keine Obergrenze im Asyl wollen, dürfen wir keinen abschieben. - Ja, das hast du vorhin gesagt: Du bist erstaunt, dass die Bundesländer Leute abschieben. Das machen sie unter anderem deshalb, weil wir in der Vergangenheit Leute hiergelassen haben, die hier kein Aufenthaltsrecht haben, ihnen keine Arbeit, keine Ausbildung gegeben haben. Das hat die jetzige SPD in der Bundesregierung geändert. Es mag sein - dazu stehe ich auch -, dass wir nicht alles richtiggemacht haben, aber das ein oder andere, Aziz, haben wir dann doch richtig gemacht, und damit es noch besser ist, sollten wir mal einen Parteitag nur zu der Frage „Flucht, Migration und Asylrecht“ machen, damit wir das mal in Ruhe bereden können.

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Sigmar. - Wir haben jetzt noch Axel Schäfer und Frank Schwabe auf der Liste. Dann kommen wir zur Abstimmung dieses Antragsblocks.

AXEL SCHÄFER, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Genossinnen und Genossen! Da sich dieser Parteitag bisher dadurch ausgezeichnet hat, dass wir wirklich sehr offen, kritisch, aber auch in der gesamten Bandbreite dessen, was sozialdemokratische Politik und Meinung ist, miteinander umgehen, müssten wir das gerade nach den letzten Kontroversen an diesem Tagesordnungspunkt noch einmal ganz klar aussprechen und auch auf den Punkt bringen. Es zeigt unsere Stärke und das, was wir können, und es zeigt zugleich genauso hart unsere Schwäche, wie wir diskutieren können, wie wir es auch offenmachen, und gleichzeitig, wo wir - ich muss da auch auf Aziz zu sprechen kommen - eben Sachen eben nicht sagen oder vergessen oder - das ist das Fundamentalproblem - überhaupt nicht mal wissen, was Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Regierung durchgesetzt haben - auch gegen andere - und dass wir deshalb eher unsere eigenen Minister kritisieren als diejenigen, um die es geht, nämlich die Union. Das ist eines unserer Probleme, und das muss hier auch mal auf den Punkt gebracht werden.

(Beifall)

Ich sage das auch aus einer persönlichen Betroffenheit. Als ich als europapolitischer Sprecher am 1. Oktober 2015 gesagt habe, die EU muss die Außengrenzen dichtmachen, weil wir es sonst nicht hinbekommen, dass wir ein grenzenloses Europa und eine funktionsfähige Gemeinschaft bekommen und erhalten, sind viele über mich hergefallen. Okay. Als nach einem halben Jahr die europäischen Außengrenzen dicht waren und die Flüchtlingsentwicklung auf einmal eine ganz andere war, haben alle geschwiegen. Auch das ist ein Problem unseres Umgangs miteinander.

Der zweite Punkt: Wenn Sigmar Gabriel sagt, niemand wird an den Artikel 16, an Asyl, drangehen, niemand von uns stellt die Genfer Flüchtlingskommission in Frage - „Hallo!“ kann ich dazu nur sagen. Das Grundgesetz ist nicht mehr änderbar, vor allen Dingen nicht mit uns, wenn man eine Zweidrittelmehrheit auch im Bundesrat braucht. Dass man erst einmal Misstrauen gegen die eigenen Genos-

sinnen und Genossen hat, die sich hier hinstellen und die Diskussion führen, anstatt zu sagen: „Okay, lasst uns das auch gemeinsam machen.“, das ist einfach unfair, und das ist keine sozialdemokratische, kritische Solidarität, die wir brauchen.

(Beifall)

Jetzt sage ich mal etwas ganz Persönliches als Berlin-Fan. Ich habe zu der Minderheit in NRW gehört, die auf dem Parteitag 1991 in Bremen für Berlin als Hauptstadt gestimmt hat. Dazu stehe ich; das war auch völlig richtig. Als die Berliner Jungsozialisten und viele andere mit Harry Ristock an der Spitze für die Entspannungspolitik von Willy Brandt gekämpft haben, haben sie gleichzeitig gegen den Vietnam-Krieg demonstriert. Sie sind von der Berliner SPD damals ausgeschlossen worden. Vergessen, nicht?

Wir haben halt in der SPD in Kämpfen immer auch solche Situationen gehabt. Und jetzt darf man nicht so tun, sozusagen im Nachhinein, als wären alle unsere Vorgänger, vor allem Willy und Helmut Schmidt bis hin zu Schröder, nur Heroen gewesen. Das war der Widerspruch, in dem wir gelebt haben. Das war auch ein Sowohl-als-Auch, das wir kämpferisch aushalten mussten.

Das können wir nur machen, Genossinnen und Genossen, wenn wir aufrichtig sind, wenn wir selbstkritisch bleiben und wenn wir ein großes Maß an Vertrauen in uns selbst haben. Wir dürfen uns nicht selbst misstrauen, sondern müssen uns gegen diejenigen stellen, die uns bekämpfen.

Vielen Dank.

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Axel. - Damit sind wir am Ende der Rednerliste angelangt. - Oh, Entschuldigung! Das Wort hat noch Frank Schwabe, menschenrechtspolitischer Sprecher aus der Bundestagsfraktion. Jetzt gibt es auch die richtige Ankündigung.

FRANK SCHWABE, SPD- BUNDESTAGSFRAKTION:

Das ist nett, vielen Dank, liebes Präsidium. - Ich will die Gelegenheit nutzen, Herrn Beeko zu danken, wie es viele schon gemacht haben, für Amnesty, aber stellvertretend auch für andere Menschenrechtsorganisationen.

Der Dank ist das eine. Aber was wir, glaube ich, auch machen müssen, ist, Folgendes zur Kenntnis zu nehmen – Sie haben es auch gesagt – : Diejenigen, die sich um Menschenrechte kümmern, die Menschenrechte schützen, das sind diejenigen, die weltweit jetzt selber Probleme haben, die selber bedroht werden. Das sind nicht nur Länder wie Russland oder die Türkei, sondern das sind mittlerweile auch Länder der Europäischen Union wie Ungarn oder Polen, wo es Versuche gibt, durch Gesetze die NGOs und die Menschenrechtsorganisationen zu beschneiden. Deswegen ist es wichtig, deutlich zu machen: Ihr habt die volle Solidarität der Sozialdemokratischen Partei für eure so wichtige und kritische Arbeit.

(Beifall)

Man fragt sich immer: Was bleibt eigentlich von so einem Parteitag am Ende übrig - außer der Frage, ob wir jetzt in eine Große Koalition eintreten oder etwas anders tun. Ich glaube, von diesem Parteitag bleibt durchaus übrig, dass wir Außenpolitik jetzt wieder stärker als Weltinnenpolitik diskutieren wollen. Auch wenn wir jetzt sehr stark über Migration und darüber reden, wie wir damit in Deutschland umgehen - eigentlich müssten wir über die Fluchtursachen reden, darüber, warum Menschen eigentlich zu uns kommen. Ich glaube, das ist die zentrale Aufgabe gerade der Sozialdemokratie. Wir müssen über eine andere Handelspolitik reden. Wir müssten eigentlich alle Handelsverträge der

Europäischen Union mit Afrika aufkündigen und sie neu verhandeln und gerechter machen. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Wir müssen darüber reden, dass sich demnächst viel mehr Klimaflüchtlinge auf den Weg machen – 35 Millionen Menschen in Bangladesch leben unter einem Meter über dem Meeresspiegel –, und darüber, wie wir damit umgehen. Ich finde es toll, dass Martin Schulz dazu gestern richtige Sätze gesagt hat. Er hat uns klar gemacht, dass das wieder ein zentrales Anliegen der Sozialdemokratischen Partei ist.

Und ich finde, wir müssen darüber reden, wie wir eigentlich humanitäre Hilfe anders ausgestalten können. Ich finde, es ist ein Skandal, dass wir Hunderte Milliarden von Dollar weltweit für Rüstung ausgeben, aber nicht mal 20 bis 30 Milliarden für die geschundenen Menschen haben, die sich auf den Weg machen - am Ende auch zu uns.

(Beifall)

Ich teile vieles von dem, was Sigmar zum Thema Migration und dazu, wie man damit umgeht, gesagt hat. Eines teile ich aber nicht, nämlich deine Aussage, dass das vielleicht eine unangenehme Diskussion ist. Ich finde sie überhaupt nicht unangenehm. Denn ich glaube, dass die Dinge durchaus zusammen zu denken sind. Ich glaube, es funktioniert, dass wir Zuwanderung steuern – nicht mit Obergrenzen; völliger Quatsch! –, Humanität wahren und uns auch an internationale Abkommen halten.

Das geht, wenn wir erstens legale Wege, wie es angesprochen wurde, über Kontingente eröffnen. Das geht, wenn wir zweitens – ich finde, das gehört auch dazu – eine Stichtagsregelung finden. Dieses ganze Abschiebungsszenario macht doch auf Dauer gar keinen Sinn. Wir bekommen doch durch die unmenschlichsten Dinge gar nicht so viele Menschen abgeschoben, wie nach Deutschland kommen. Das ist doch eine Lüge. Wir brauchen eine Stichtagsregelung, die besagt: Bis dahin bleiben die Menschen, und mit allen, die danach kommen, müssen wir anders umgehen.

Wir brauchen drittens die volle Integration all derjenigen, die da sind, und zwar vom ersten Tag an, und egal, wie hoch der Anerkennungsgrad ist. Wir haben ganz viele Menschen bei uns, die sich gerne integrieren würden. Sie dürfen es aber nicht.

Viertens gehören allerdings auch europäische Regelungen dazu, die wir mit Blick auf die Außengrenzen brauchen, und zwar für das Territorium der Europäischen Union, die in diejenigen unterteilen, die Anspruch auf Asyl haben, und diejenigen, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Die, die Anspruch haben, dürfen bleiben und müssen sehr schnell auf andere europäische Länder verteilt und dort integriert werden. Und die, die keinen Anspruch haben, müssen schon an den Außengrenzen sehr schnell zurückgeführt werden. Dazu muss es Abkommen mit afrikanischen und anderen Ländern geben, die bereit sind, die Menschen in ehrlichen, fairen Abkommen zurückzunehmen.

Man kann dieses Konzept hier nicht im Detail diskutieren. Wer da mal nachlesen will: Die Europäische Stabilitätsinitiative hat so etwas vorgelegt.

Wenn man das zusammen denkt, dann – ich sage es noch mal – funktioniert es, Steuerung, Humanität und das Einhalten von internationalen Verträgen zusammenzubringen.

Zum Abschluss: Von vielen ist es gesagt worden, und ich glaube, das ist auch wichtig, denn die Leute gucken darauf: Beim Thema Familiennachzug, finde ich, gibt es bei der Sozialdemokratie gar keine Debatte. Die Union hat das zu einem Thema stilisiert, aber das ist eigentlich völlig absurd vor dem Hintergrund der Zahlen, über die wir realistischerweise reden. Es ist integrationsfeindlich, familienfeindlich, unchristlich und im Übrigen auch gegen die Kinderrechte, Familiennachzug nicht zuzulassen.

(Beifall)

Es gäbe alle Möglichkeiten von Stufenregelungen. Wir reden dann am Ende, vielleicht in einem Jahr, über ein paar Zehntausend Leute - mehr ist das am Ende nicht. Solche Stufenregelungen kann es geben; zu denen sind wir, glaube ich, bereit. Aber wir sind nicht dazu bereit, die Aussetzung des Familiennachzugs noch einmal zu verlängern.

Also: Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, Ursachen für Flucht zusammen zu denken mit migrationspolitischen Konzepten in Europa und in Deutschland. Das ist das, was wir, glaube ich, am besten können als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten. Deswegen noch mal das klare Angebot, dass der Parteitag hier heute macht mit der Einladung an Amnesty International: Wir arbeiten gerne mit ihnen und mit anderen Menschenrechtsorganisationen gemeinsam als Partnerinnen und Partner daran weiter.

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Frank. - Ein herzliches Dankeschön aber auch noch einmal an unseren Inputgeber Markus Beeko - nicht nur für das Inputgeben, sondern vor allem auch für das Verfolgen der gesamten Debatte. Vielen Dank, dass Sie da waren! Vielen Dank fürs Zuhören, und weiterhin viel Erfolg bei dieser wichtigen Arbeit!

(Beifall)

Nach intensiver Aussprache können wir jetzt zur Abstimmung kommen.

Wir stimmen zunächst über die Änderungsanträge 119 bis 137 ab. Die Wortmeldungen dazu sind abgearbeitet worden. Bevor wir dazu kommen, will ich zumindest mit Blick auf den Abänderungsantrag 129 darauf hinweisen, dass in Abstimmung mit dem Antragsteller die Antragskommission nachfolgende Formulierung übernommen hat:

„Ein Einwanderungsgesetz richtet sich vor allem an Einwanderer, die keinen Anspruch auf Asyl haben.“

Das nur noch mal zur Information.

Wenn es jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, würde ich gerne zur Abstimmung kommen. Die entsprechenden Anträge, so wie die Antragskommission sie votiert hat, stehen zur Abstimmung.

Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei ganz wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so beschlossen.

Dann kämen wir jetzt noch mal zu den ordentlichen Anträgen 140 bis 176, die sich im Antragsbuch auf den Seiten 266 bis 300 befinden. Dort sind entsprechend die Formen der Behandlungen vermerkt. Das würde ich gerne so zur Abstimmung stellen. Wer diesem Vorschlag so folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen ist damit auch dieser Antragsblock votiert. Ich darf mich ganz herzlich dafür bedanken und leite noch einmal zu Doris über, denn wir haben mittlerweile ein weiteres Ergebnis vorliegen und können einen weiteren Wahlgang machen und dann in der Antragsberatung fortfahren.

Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit!

(Beifall)

ERGEBNIS DER WAHL DER STELLVERTRETENDEN VORSITZENDEN DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Zunächst hat Janne das Wort zu den Ergebnissen der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission.

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden der Bundesschiedskommission bekannt: abgegeben wurden 418 Stimmzettel, davon ungültig waren 5. Also sind 413 Stimmzettel gültig.

Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Das sind also hier 207 Stimmen.

Auf Thorsten Jobs entfielen 399 Stimmen. Er ist damit mit 96,61 Prozent gewählt.

(Beifall)

Auf Roland Rixecker entfielen 395 Stimmen. Er ist damit mit 95,64 Prozent gewählt.

Danke.

(Beifall)

WAHL WEITERER MITGLIEDER DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. Die Betroffenen haben auch die Annahme der Wahl erklärt.

Wir kämen damit zu den vier weiteren Mitgliedern der Bundesschiedskommission, die zu wählen sind. Im ersten Wahlgang bedarf es dabei der absoluten Mehrheit. Bei der Wahl der weiteren Mitglieder dürfen höchstens vier Namen angekreuzt werden. Es sind auch nur vier Namen. Es müssen mindestens zwei Namen angekreuzt werden. Wie bei der Wahl der Beisitzer im PV ist die Quote zu beachten, wobei die Geschlechter der bereits gewählten BKS-Mitglieder anzurechnen sind. Das bedeutet, dass der BSK mindestens je drei Frauen und Männer insgesamt angehören müssen.

Zu verwenden ist die Kontrollmarke 10. Ich darf dann bitten, dass die Stimmzettel verteilt werden. - Hat jeder einen Stimmzettel? - Das scheint so zu sein.

Dann füllt den Zettel bitte aus, versehen ihn mit der Kontrollmarke Nr. 10. Dann würde ich die Mandatsprüfungs- und Zählkommission bitten, mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen. - Sind alle Stimmzettel eingesammelt? - Jetzt sind alle Stimmzettel eingesammelt. Damit ist der Wahlgang geschlossen.

FORTSETZUNG DER BERATUNG DER INITIATIVANTRAGS IA 1, KAPITEL III.4 ARBEITSFORMATE SOWIE WEITERER INITIATIV- UND ÄNDERUNGSANTRÄGE

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, dann bitte ich euch jetzt auch noch einmal um etwas Aufmerksamkeit. Wir wollen jetzt noch ein weiteres Kapitel des Initiativantrags miteinander beraten. Es han-

delt sich um das Kapitel III.4: Arbeitsformate zur inhaltlichen Erneuerung. Ich rufe dabei gleichzeitig auf den Initiativantrag IA17 sowie die Änderungsanträge 165 bis 169. Diese Anträge liegen euch, wie den ganzen Tag schon, wenn es um inhaltliche Punkte geht, mit den Empfehlungen der Antragskommission vor. Das wollen wir jetzt miteinander behandeln.

Ich frage jetzt noch mal nach, weil die Wortmeldungen, die mir vorliegen, schon vor geraumer Zeit eingegangen sind: Lars Castellucci und Rebekka Hummel. Wenn das noch aktuell ist, dann würde ich jetzt in der Reihenfolge diese Wortmeldungen zu der Debatte um dieses Kapitel aufrufen und würde den Lars, wenn er im Saal ist, dann das Wort geben.

LARS CASTELLUCCI, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen, nach dieser emotionalen Debatte geht es jetzt noch mal darum: Was machen wir denn jetzt in der nächsten Zeit mit all dem, was uns bewegt? Einer der Vorschläge, die in diesem Leitantrag im Kapitel III.4 drin sind, ist, dass wir uns heute schon dazu verabreden wollen, dass wir in einem Jahr einen Prozess starten für ein neues Grundsatzprogramm.

Ich möchte zunächst mal meinen Respekt denjenigen gegenüber ausdrücken, die diesen Vorschlag einbringen. Sie tun das natürlich mit klugen Argumenten. Ja, es ist immer so, dass programmatisch auch Dinge offen sind. Aber ich habe doch eine Sorge bei diesem Vorschlag. Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, wir produzieren dabei erst mal eine Unmenge von Papier. Das hält uns davon ab, mit den Menschen draußen in Kontakt zu sein. Ich glaube, dass wir Diskussionen führen entlang von Gruppierungen in unserer Partei, die bestimmte Formulierungen dann präferieren, aber nicht in eine ehrliche Debatte kommen.

Jetzt möchte ich euch mal etwas schildern. Der Lars Klingbeil hat in seiner Vorstellung erzählt, wie er an den Türen war, Backsteinhäuser, und dass er da eine Frau getroffen hat, die viel gelesen hätte. Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß nicht, wie es euch ging. Ich treffe Leute, die haben gar nicht so viel gelesen. Die treffe ich sogar in unseren eigenen Ortsvereinen. Die sagen mir dann: Hey, mach doch mal wieder Parität bei der Krankenversicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Arbeitgeber. Und dann sage ich: Hey, das haben wir doch beschlossen. Das steht in unserem Programm längst drin. Und dann sagen sie: Hey, alle sollen mal einzahlen in die Rentenversicherung und überall. Das fänden wir gut. Auch du als Abgeordneter. Und dann sage ich: Ja, das haben wir längst beschlossen. Das steht schon in unserem Grundsatzprogramm drin. Und so weiter.

Also, liebe Genossinnen und Genossen, ich habe das Gefühl, da, wo wir jetzt stehen, haben wir eher ein Problem, die Inhalte, die wir längst haben, nach draußen zu transportieren,

(Beifall)

und nicht ein Problem, neue Inhalte zu erfinden.

Und jemand anders, die Frau, die das Bistro an meiner Hochschule leitet, die ist super. Ich habe meinen Kaffee geholt. Die hat dann gesagt: Sie, Sie sind doch in Berlin da. Kann ich Sie mal was fragen? Habe ich gesagt: Ja, klar. Und dann sagt die: „Ich habe gestern mal Nachrichten geguckt. Die haben da über irgendwas geredet“, und dann ist sie auf dieses Wort nicht gekommen. Dann ist mir eingefallen, worum es gehen könnte, und dann habe ich gesagt: Jamaika. - Ja, genau, Jamaika. Können Sie mir nicht mal sagen, worum es da geht?

Wir reden so häufig an den Leuten vorbei über Themen, da kommen die gar nicht mit. Dann kommt der nächste Vorschlag: Kenia. Die schmeißt das Bistro; das macht sie super. Vielleicht geht sie zum Sport. Vielleicht hat sie noch eine Familie. Wenn alles so funktionieren würde bei allen in diesem Land, wäre es wunderbar. Aber die Leute haben nicht Zeit, sich permanent mit unseren Debatten zu beschäftigen. Und dann hat sie mir gesagt: „Sie, ich wähle Sie. Aber bitte, denken Sie an uns“, und

dann hat sie nach unten gewiesen. Das hat mir wehgetan, weil ich sie gar nicht unten sehen möchte. Sie hat gesagt: Wissen Sie, ich arbeite hier. Aber wenn ich mal fertig bin, dann bin ich am Existenzminimum mit meiner Rente. Sie müssen was tun.

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir nur eine Kraft haben als Sozialdemokratie in der nächsten Zeit: Wollen wir sie für theoretische Debatten verwenden, oder wollen wir unsere ganz Kraft darauf verwenden, die Lebenswirklichkeit der Menschen zu verbessern mit dem, was sie von uns zu Recht erwarten?

(Beifall)

Da oben, das ist doch gut, da steht: „#SPD erneuern!“ Ich möchte aber auf dem nächsten Parteitag lesen: „Das Land erneuern“ oder „Europa erneuern“. Wir sind doch kein Selbstzweck.

Deswegen lasst mich abschließend noch mal herzlich bitten: Wir schlagen vor, dass wir uns nicht heute schon festlegen, dass in einem Jahr ein Programmprozess losgeht, sondern dass wir das offen lassen und schauen, was jetzt die Diskussion erbringt. Da sage ich, Leute, ihr, die ihr meint, Grundsatzzprogramm ja, dann schreibt doch mal was auf. Schreibt doch schon mal auf, was euch fehlt, und dann gucken wir da gemeinsam drauf. Aber zwingt nicht heute schon die ganze Partei wieder, ins Hinterzimmer zu gehen und seitenweise irgendwelches Papier zu verbreiten und zu formulieren, was an der Lebenswirklichkeit der Menschen dann doch vorbeigeht.

(Beifall)

Der Dietmar Nietan hat vom Evangelium gesprochen. Liebe Genossinnen und Genossen, es gab mal einen Kirchentag, der hatte ein Motto. Ich schließe da jetzt an den Dietmar an. Der Kirchentag war überschrieben: Christ ist man für andere. - Ich finde auch, Sozi ist man für andere. Lasst uns um die Menschen kümmern und nicht um uns selbst und Selbstbeschäftigung betreiben. Meine herzliche Bitte: Stimmt unserem Änderungsantrag zu.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lars, vielen Dank für deine Wortmeldung. Ich rufe jetzt Rebekka Hummel aus Baden-Württemberg auf. Ihr folgt Thorsten Schäfer-Gümbel. Rebekka, du hast das Wort.

REBEKKA HUMMEL, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Danke. - Liebe Genossinnen und Genossen! Der Lars hat schon ganz viel gesagt. Ich möchte aber trotzdem noch zwei, drei Sachen ergänzen. Wir haben das letzte Grundsatzprogramm vor mittlerweile zehn Jahren in Hamburg verabschiedet. Ich kann mich noch relativ gut daran erinnern, auch an die Debatten davor, und das war eine tolle Zeit. Aber ich glaube, für uns alle war auch klar, wir schaffen hier was nicht für die nächsten zwei, nicht für die nächsten fünf und, ich sage es euch ganz ehrlich, auch nicht nur für die nächsten zehn Jahre. Wir schaffen ein Grundsatzprogramm auf unseren Grundsätzen Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ich bin in Hamburg wirklich davon ausgegangen, das hält ein bisschen länger.

Aber wir haben jetzt einen Prozess gestartet, und ich glaube, das ist auch gut: dieser Kompass 2018, der im Programm steht. Ich glaube, wir sollten da einfach offenlassen, ob da am Ende nachher das Ziel steht, ein neues Grundsatzprogramm machen zu wollen oder nicht. Deswegen unser Änderungsantrag!

Wir haben die Bitte ans Präsidium, das getrennt abzustimmen, und die Bitte an euch, dem Änderungsantrag und nicht der Antragskommission zu folgen.

Wir haben gestern ein Wort ganz oft gehört; ich will es aber trotzdem noch mal benutzen: Lasst uns auch in diesen Prozess ergebnisoffen gehen und dann in einem Jahr gucken, ob wir ein neues Grundsatzzprogramm brauchen oder nicht. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank für deinen Wortbeitrag. - Thorsten hat jetzt das Wort.

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte euch, bei dem Vorschlag der Antragskommission zu bleiben, und dafür gibt es, glaube ich, auch gute Gründe.

Der Hessische Landesverband hat bereits 2015 den Antrag gestellt, ein neues Grundsatzzprogramm auf den Weg zu bringen, weil wir erstens wissen, dass das ein bisschen Zeit braucht, und weil zweitens die Fragen, die aus unserer Sicht aufzurufen sind, von grundsätzlicher Bedeutung sind und man das am Ende nicht aus der Lameng macht.

Damals ist ähnlich, wie dieses Mal wieder, der Versuch gemacht worden, das auf die lange Bank zu schieben, und zwar mit dem Vorschlag, dass der Antrag zur Beschlussfassung in den Parteivorstand geschoben wird. Dort liegt er übrigens seit zwei Jahren ohne Behandlung, obwohl es mehrfach angemahnt war, dass wir endlich mal eine Entscheidung darüber fällen.

Deswegen haben die SPD-Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz den Antrag gestellt, es diesmal anders zu machen, nämlich den jetzt begonnenen Erneuerungsprozess zu nutzen und die Vorarbeiten zu schließen, weil es ein paar Fragen gibt, die wir klären müssen, um es anschließend auf der Grundlage dieser Vorarbeiten endlich zu tun.

Jetzt beantragt ihr zum erneuten Mal eine Vertagung, nach dem Motto: Dann entscheiden wir das halt mal in einem Jahr und gucken dann, ob wir es notwendig haben, über ein neues Grundsatzzprogramm zu reden.

Wenn ich, sage ich mal, tiefenentspannt wäre, dass wir nicht so grundsätzliche Fragen zu klären hätten, dann könnte ich ja sagen: Ist in Ordnung. - Aber ich glaube, dass wir wirklich grundsätzliche Fragen zu klären haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will das mit wenigen Beispielen begründen:

Diese Dinger hier, die die meisten von euch kennen - Neudeutsch: Smartphones -, sind in Deutschland vor ziemlich genau zehn Jahren eingeführt worden.

Das iPad als erster Tablet-PC ist in Deutschland vor sieben Jahren und acht Monaten eingeführt worden.

Das sind nur zwei Symbole für die Digitalisierung und die Geschwindigkeit, mit der sich grundsätzliche Fragen von Arbeitsgesellschaft, Sozialstaat und der Art und Weise der Entgrenzung von Arbeit, Familie und Freizeit entwickeln.

Diese Fragen der Digitalisierung sind im Hamburger Grundsatzzprogramm nicht bearbeitet worden, weil die Kernfragen, die damit verbunden sind, in dem Jahr vor der Einführung so überhaupt nicht präsent waren.

Übrigens: Ein weiteres Beispiel sind die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und die Konsequenzen daraus. Was heißt das eigentlich für den globalen Kapitalismus und für das Spannungsverhältnis zwi-

schen der parlamentarischen Demokratie und den Regelungsmöglichkeiten auf der einen Seite und globalen Märkten auf der anderen Seite? Es stellt sich auch die Frage: Wer hat eigentlich am Ende die Hosen an? Die Bankentürme in Frankfurt und London oder die Parlamente? - Das ist im Hamburger Grundsatzprogramm mit Blick darauf, dass wir 2008 gar nicht wussten, wie scharf diese Krise wird, nicht beantwortet worden.

(Vereinzelt Beifall)

Die Frage, die wir vorhin aufgerufen und dann in den Prozess „SPDerneuern“ verschoben haben - zum Thema Kohle -, ist ja nur ein Teil der Nachhaltigkeitsfragen. Es geht dabei auch um die Konsequenz, was eigentlich sozialökologische Modernisierung für uns im Jahr 2017 heißt.

Völlig unbeantwortet ist aus meiner Sicht - weil wir uns da an bestimmten Instrumenten entlanghandeln - die Frage der zunehmenden Ungleichheit und der Konsequenzen für unser, ja, demokratisches System - nicht nur im nationalen Maßstab.

Weil das alles so ist, weil die Fragen so grundsätzlich sind, wollen wir, dass wir entscheiden, diese Fragen auch grundsätzlich zu beantworten, weil sie Konsequenzen für unser Grundsatzprogramm haben werden. Und ich finde, man kann diese Entscheidung nicht immer vertagen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben uns in der Vorbereitung darauf eingelassen, diese Frage mit einem Vorprozess zu klären.

Nun will ich eine letzte Bemerkung zu einem Grundsatzprogrammprozess machen: Für mich ist ein Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei nicht ein noch dickeres Regierungsprogramm mit noch mehr Instrumenten, sondern ich finde, das man in der Tat ein Stück weit versuchen muss, auf das zurückzugehen, was Godesberg als Grundsatzprogramm ist: der Versuch, ein paar Prinzipien zu beschreiben - und das nicht im stillen Kämmerlein und im Hinterzimmer.

Dieser Grundsatzprogrammprozess kann nur erfolgreich sein, wenn damit die Öffnung der Partei hin zu gesellschaftlichen Gruppen aller Art verbunden ist und der Versuch unternommen wird, möglichst viele Akteure - von der Kultur über die Gewerkschaften und die Umweltverbände bis zu den zivilgesellschaftlichen Organisationen und die Bürgerinnen und Bürger - in diesen sehr grundlegenden Prozess mit einzubeziehen. Es geht eben nicht um Hinterzimmer, sondern im Sinne von Antonio Gramsci darum - um mal eine andere Kategorie einzuführen -, Fragen der kulturellen Hegemonie überhaupt wieder auf die Tagesordnung zu stellen.

(Vereinzelt Beifall)

Weil ich glaube, dass das die richtige Schrittfolge ist, bitte ich euch um Zustimmung zu dem Kompromiss der Antragskommission. - Herzlichen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, lieber Thorsten. - Mir liegt jetzt noch eine weitere Wortmeldung vor: Uli Watermann. Bitte.

ULRICH WATERMANN, HANNOVER:

Liebe Genossinnen und liebe Genossen! Man kann sicherlich trefflich darüber streiten, wie lange so ein Grundsatzprogramm hält und was dazwischen zu passieren hat, wenn man es verändern will.

Zwischen unserem Godesberger Programm und dem Berliner Programm hat eine ganz lange Zeit gelegen. Dazwischen lagen auch enorme Veränderungen technischer, aber auch inhaltlicher Natur. Ich

kann mich noch gut daran erinnern, dass das Godesberger Programm die Atomkraft eigentlich noch als etwas Positives darstellte und wir zwischenzeitlich zu einer anderen Entscheidung gekommen sind und noch lange kein neues Grundsatzprogramm hatten.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir hatten in der Zeit zwischen dem Godesberger Programm und dem Berliner Programm auch Energiekrisen, Fahrverbote an Sonntagen, gravierende technische Entwicklungen. Deshalb sollten wir vorsichtig sein mit der Fragestellung, wie wir das mit einem solchen Grundsatzprogramm eigentlich gestalten. Man kann der Meinung sein, dass man das sehr schnell verändern muss, aber man kann auch der Meinung sein, dass man das behutsam diskutieren kann, und dafür votieren wir in Niedersachsen, weil wir ganz deutlich sagen, dass wir einen solchen Prozess gründlich vorbereiten müssen.

Und wir sagen auch noch einmal sehr deutlich: Wer in der Analyse jetzt sagt, dass das Hamburger Programm eben nicht ausreichend ist, der sollte zuerst einmal die eigentlichen Regierungsprogramme, die nach dem Hamburger Programm geschrieben worden sind, mit dem Hamburger Programm vergleichen.

(Vereinzelt Beifall)

Vielleicht stellt man dann auch fest, dass das eine oder andere aus dem Hamburger Programm in einem Regierungsprogramm gut aufgehoben gewesen wäre, und deshalb sage ich ganz deutlich: Dieser Punkt ist für uns jedenfalls nicht so, wie die Antragskommission das sieht. Wir sehen das etwas anders.

Wir würden hier alternativ den Antrag aus Hannover zur Abstimmung stellen; das ist der 168er. Da ist es noch ein bisschen weiter offengelassen.

Aber ich würde mal deutlich sagen: Wir haben eine Menge vor der Schuppe, und das sollten wir mal der Reihe nach abschichten. Wir sollten uns vielleicht auch einmal auf eine Wahlanalyse konzentrieren. Wir sollten durch eine Wahlanalyse vielleicht ab und an auch noch einmal die Stimmungslagen analysieren, in denen Wahlen stattgefunden haben. Vielleicht kommt man dann auch einmal zu ein paar anderen Schlüssen. - Vielen Dank.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Uli, vielen Dank für deinen Redebeitrag. - Genossinnen und Genossen, mir liegen jetzt im Moment zu diesem Kapitel keine weiteren Wortmeldungen vor. Deswegen würde ich vorschlagen, dass wir erneut so verfahren, dass ich jetzt Olaf das Wort gebe und er für die Antragskommission noch einmal die Voten erläutert. - Olaf, bitte.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Wir müssen es ja nicht übermäßig verkomplizieren. Es ist eine Frage offengeblieben, über die wir hier gleich abstimmen werden. Die Frage ist, ob wir nun einen neuen Grundsatzprogrammprozess einleiten wollen oder ob wir uns in einem Jahr überlegen, ob wir das machen wollen. Das ist ja gewissermaßen die Alternative.

Thorsten Schäfer-Gümbel hat eben begründet, warum die Antragskommission sich zu der Auffassung durchgerungen hat - übrigens auch der Parteivorstand -, dass wir einen solchen Programmprozess jetzt einleiten und die Frage nicht erst in einem Jahr stellen wollen.

Das braucht dann auch nicht mehr alles noch einmal sorgfältig begründet zu werden. Das sind die wirklichen Alternativen.

Ich glaube, viele sind der Meinung, dass das jetzt notwendig ist und ansteht. Sie fühlen sich ein bisschen von ihrer Möglichkeit der Beteiligung weggebracht, wenn das gewissermaßen noch einmal in eine neue Runde marschiert.

Nach langer Diskussion, die durchaus kontrovers gewesen ist – was ja der Sache auch angemessen ist –, haben wir uns dann aber zu dieser Linie durchgerungen. Ich finde, es ist völlig angemessen, das jetzt einfach zu entscheiden: Jetzt – das ist das Votum der Antragskommission – oder später; das ist das, was der Änderungsantrag als Alternative beschreibt.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Olaf, vielen Dank. Ich werde jetzt genau das aufgreifen, was du dargestellt hast, und über diesen Punkt abstimmen.

Olaf hat eben die Alternativen erläutert. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war die Mehrheit. Vielen Dank, Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich rufe jetzt die weiteren Voten der Antragskommission zu diesem Kapitel III.4 auf. Wer den Voten der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann bedanke ich mich dafür. Dann haben wir auch dieses Kapitel vernünftig miteinander bearbeitet und abgestimmt.

Ich darf jetzt darauf hinweisen: Wir haben heute von dem IA1 in der Art und Weise, wie wir es versucht haben als Präsidium zu gestalten, alle programmatischen Punkte diskutiert und zu einem guten Abschluss gebracht. Der Vorschlag ist, dass wir die organisatorischen Elemente dieses Antrags – das ist ja auch noch eine ganze Reihe von Punkten, die wir zu diskutieren haben – morgen aufrufen werden. Wenn ihr mit diesem Verfahren einverstanden seid, würde ich jetzt Gabriele das Wort geben, weil wir ein weiteres Wahlergebnis haben. - Vielen Dank.

ERGEBNIS DER WAHL WEITERER MITGLIEDER DER BUNDESSCHIEDSKOMMISSION

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ja, so ist es. Ich glaube, ihr habt euch schon daran gewöhnt, dass es, wenn ihr meine Stimme hört, immer um Wahlen geht, entweder aktiv oder Ergebnisse. Jetzt haben wir als Erstes ein Ergebnis.

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen! Meine Stimme schwindet leider gerade ein bisschen, aber ich versuche es trotzdem noch einmal.

Ich gebe euch das Ergebnis der Wahl der weiteren Mitglieder der Bundesschiedskommission bekannt. Abgegeben wurden 392 Stimmzetteln. Davon waren 2 Stimmzettel ungültig. Es bleiben also 390 gültig. Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. Das wären also mindestens 196 Stimmen.

Ich komme zu den einzelnen Personen:

Auf Kristin Kassler entfielen 378 Stimmen. Damit ist sie mit 96,92 Prozent gewählt.

(Beifall)

Auf Thomas Nutze entfielen 362 Stimmen. Er ist damit mit 92,82 Prozent gewählt.

(Beifall)

Auf Johannes Risse entfielen 358 Stimmen. Er ist damit mit 91,79 Prozent gewählt.

(Beifall)

Auf Heike Werner entfielen 374 Stimmen. Sie ist damit mit 95,90 Prozent gewählt. - Vielen Dank.

(Beifall)

WAHL DER KONTROLLKOMMISSION

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieben Dank, Janne. Ich hoffe, deine Stimme hält noch ein bisschen. - Wir wissen hier, dass alle, die gewählt wurden, ihre Wahl annehmen, sodass wir sagen können: Auch dieses Gremium ist jetzt arbeitsfähig.

Was haben wir heute noch vor uns? - Ich erinnere daran: Wir haben kurz nach neun begonnen. Wer jetzt auf die Uhr schaut, wird feststellen: Wir waren ordentlich fleißig.

Wir schlagen euch als Tagungspräsidium vor, dass wir heute noch einen Punkt behandeln sollten, nämlich unsere Kontrollkommission neu wählen.

Unsere Kontrollkommission hat neun Mitglieder. Wir haben auch neun Personalvorschläge. Wir haben bei der Wahl der Kontrollkommission die Möglichkeit, diese auch per Akklamation zu wählen.

(Beifall)

- Nicht zu früh freuen, Genossinnen und Genossen! Wenn es jemanden im Saal gibt – Delegierte müssen es schon sein – , also wenn es einen gibt, der einen Einwand hat, dann wählen wir allerdings schriftlich. Es ist jetzt die Chance, einen Einwand geltend zu machen. - Das kann ich weder sehen noch hören. Deshalb schlage ich euch vor, dass wir per Akklamation wählen. Ich würde euch gerne vorlesen, wer sich zur Wahl stellt: Renate Dreker, Brigitte Frontzecks, Günter Glosen, Thomas Hitschler, Walter Meinhold, Marko Mühlstein, Brigitte Reckmann, Karin Rehbock-Zürich und Norbert Wiczorek. Das sind die neun Kandidaten, die jetzt zur Wahl stehen.

Genossinnen und Genossen, wenn ihr ihnen euer Vertrauen aussprechen wollt, dann müsstet ihr das jetzt mit eurer Karte zeigen. - Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? Das ist jetzt ein bisschen kurios; aber ich muss fragen. - Nein. Enthaltungen? - Gibt es auch nicht. Dann dürfen sich alle neun darüber freuen, dass sie gewählt wurden - ich kann sagen: mit 100 Prozent. Vielen Dank.

(Beifall)

Ich finde, das ist eine gute Nachricht. Wir brauchen die Kontrollkommission, die mit ihrer Arbeit sehr hilft, dass wir hier alle sicher sein können, dass alles ordentlich zugeht.

Jetzt sind wir am Ende der Arbeit des heutigen Tages.

(Beifall)

Wir werden morgen früh um 9 Uhr beginnen. Ich habe die herzliche Bitte, dass alle pünktlich sind; denn wir werden gleich zu Beginn einen wichtigen Wahlgang haben. Heute stand Europa sehr stark im Mittelpunkt. Wir wählen morgen die SPE-Delegierten. Das heißt, es ist wichtig, dass morgen alle ihre Stimme abgeben können.

Bevor wir euch jetzt in den wohlverdienten freien Abend entlassen, will ich euch noch erinnern: Alles, was ihr auf den Tischen liegen lasst, findet ihr morgen früh nicht mehr. Das kann ja Sinn machen. Das,

was ihr morgen früh wiederhaben möchtet, legt bitte auf eure Stühle. Wenn ihr das erledigt habt, dann könnt ihr denen rechts, links, vorne und hinten noch sagen: Das ist heute ein guter Parteitag gewesen. Das wollen wir morgen auch so handhaben. Macht's gut! Bis morgen früh!

(Beifall)

UNTERBRECHUNG DES PARTEITAGS: 19.21 UHR.

SAMSTAG, 9. DEZEMBER 2017

BEGINN: 9:29 UHR

BEGRÜßUNG

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ihr habt die Durchsagen alle gehört. Ich will jetzt noch einmal darauf hinweisen, dass wir tatsächlich anfangen wollen. Ich würde die Genossinnen und Genossen, die jetzt noch in den Gängen stehen und die als Delegierte einen eigenen Platz haben, bitten diesen jetzt einzunehmen.

Ich will, bevor ich in die Tagesordnung einsteigen, mich im Namen des Präsidiums bedanken für die Art und Weise, wie wir gestern die nicht ganz einfachen Fragen miteinander gut hinbekommen haben. Das war für uns jedenfalls sehr angenehm. Wir hoffen, dass wir das in den verbleibenden Stunden hier auch so betreiben können.

Wir haben noch ein paar wichtige Punkte. Ich will auch gleich erläutern, wie wir es uns vorgestellt haben, diesen letzten Parteitag zu gestalten. Aber bevor ich damit anfangen, habe ich eine wirklich erfreuliche Nachricht zu verkünden. Ich möchte Mike Groschek ganz herzlich zu seinem Geburtstag gratulieren. Herzlichen Glückwunsch, Mike!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, kommen wir jetzt tatsächlich zu dem, was wir uns vorgenommen haben. Wir haben gestern beim IA 1 den programmatischen Teil abgeschlossen und die entsprechenden Kapitel diskutiert und dann auch mit euren Voten zu einem Beschluss gebracht. Das bedeutet, noch nicht, dass wir damit fertig sind. Das wisst ihr.

Wir haben die organisationspolitische Debatte noch vor uns. Die Programmatik gestern und heute, die Frage, wie wir uns den nicht weniger wichtigen Herausforderungen stellen wollen. Es geht letztlich um die Frage, wie eine moderne sozialdemokratische Partei sich organisatorisch aufstellt, wie wir die Willensbildung auch unter den Bedingungen von Digitalisierung gestalten wollen. Ich weiß - es geht euch sicherlich auch so -, dass das viele Mitglieder bewegt hat in den letzten Monaten. Es gibt ganz viele sehr innovative, auch einige durchaus kritische Vorschläge, die wir diskutieren wollen. Dazu soll heute der Rahmen sein.

Ich will trotzdem darauf hinweisen, dass wir noch ein paar andere Pflichten haben. Wir werden die SPE-Delegierten wählen. Und natürlich - das ist auf jedem ordentlichen Bundesparteitag so - wollen wir - wir werden uns im Präsidium jedenfalls größte Mühe geben, und mit eurer Hilfe kriegen wir das auch hin, dass wir am Ende genügend Zeit dafür haben - den Wilhelm-Dröscher-Preis verleihen. Ich glaube, ich muss nicht noch einmal darauf hinweisen, dass wir die Ausstellung unten haben. Die Genossinnen und Genossen, denen wir hier noch einmal einen ganz herzlichen Dank sagen wollen, sind jetzt noch da. Wer als Delegierter keine Verpflichtung hier hat, kann sich das anschauen. Wir werden hier dann den Wilhelm-Dröscher-Preis verleihen und hoffen, dass wir euch danach in einer anständigen Zeit die Gelegenheit geben können, ein bisschen Freizeit heute Abend zu genießen.

Es gibt aber auch noch weitere Themen und ein paar sehr ernsthafte Themen und Entwicklungen. Deshalb schlagen wir vor, dass wir heute hoch eine Resolution behandeln. Sie liegt auf den Tischen. Diese Resolution liegt euch auf den Tischen vor. Sie ist überschrieben: SPD-Bundesparteitag solidarisch mit den GE-Beschäftigten. Diese Resolution werden wir, bevor wir in die Beratung der O-Anträge

kommen, aufrufen. Ich wollte darauf hinweisen, damit ihr euch das schon einmal anschauen könnt. Wenn die Resolution nicht verteilt worden ist, müsstet ihr uns ein Zeichen geben.

Bevor wir mit der Tagesordnung beginnen - auch das hat aus guten Gründen eine gute Tradition -, möchte ich Christa Randzio-Plath das Wort geben, die sich seit vielen Jahren für den Marie-Schlei-Verein einsetzt. Ich möchte das jetzt schon mit der Bitte verbinden, dass ihr dem Appell, den ihr wahrscheinlich gleich hören werdet, Folge leistet und ein bisschen über eure Spendenbereitschaft nachdenkt. - Christa, du hast das Wort.

SPENDENAUFTRUF FÜR MARIE-SCHLEI-VEREIN

CHRISTA RANDZIO-PLATH, VORSITZENDE MARIE-SCHLEI-VEREIN:

Vielen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, euch liegt dieser flammende Aufruf in Papierform auf den Tischen in euren Mappen Ich will darauf verweisen, die SPD war immer eine international orientierte Partei und hat sich der internationalen Solidarität verpflichtet gefühlt. Diese internationale Solidarität auch von uns ist jetzt gefordert. Denn es sind nicht nur Frauenrechte weltweit in Gefahr, sondern auch Freiheitsrechte. Wir wissen, dass der Respekt vor der Würde des Menschen leider in unserer Gesellschaft weltweit seine Grenzen hat, weil die Ungleichheit größer geworden ist. Dabei hat schon die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte festgehalten, dass alle Menschen auf dieser Welt gleich sind an Rechten und in Würde.

(Beifall)

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir als ASF-Frauen und als Gewerkschafterinnen 1984 den Marie-Schlei-Verein gegründet. Wir wollen genau wie die UN-Agenda niemanden zurücklassen. Wir wollen auch die Frauen mitnehmen auf dem Weg in eine gerechte und menschenwürdigere Gesellschaft.

(Beifall)

Damit wir nicht nur Worte führen in unseren Reden, in unseren Resolutionen - das war der Grund der Gründung -, wollen wir auch konkret handeln, damit Frauen in Afrika, aber auch in Vietnam oder in Ecuador, in Nicaragua oder in Chile ein besseres Leben führen können. Das nützt ihnen, das nützt ihren Familien und das nützt auch der Gesellschaft. Diese Frauen, die wir unterstützt haben in Berufsqualifikationen, in Ausbildungskursen sowohl im Handwerk, aber auch in den ländlichen Regionen vor allen Dingen, im Gemüseanbau, in der Tierzucht, im Fischfang oder in der Honigproduktion. Das alles hat dazu geführt, dass die Frauen von ihrem Einkommen ein Auskommen haben - natürlich unter anderen Bedingungen als wir, natürlich auch nicht so menschenwürdig, wie wir uns das manchmal vorstellen. Aber diese Frauen sehen in den Projekten einen Hoffnungsschimmer, einen Sonnenstrahl.

Ich denke, wir sollten alle dazu beitragen, dass diese Frauen weiterhin gefördert werden. Deswegen appelliere ich an auch, gerade diese 30 jungen Frauen ohne eine Schulbildung, ohne einen Ernährer, mit Kindern - sie sind alleinerziehend -, im viertgrößten Elendsviertel der Welt, nämlich in Kibera in Nairobi, eine Chance zu geben. Sie sind schon mitten im Lernen des Bäckereihandwerks. Sie sollen aber auch lernen, eine Bäckerei zu führen. Sie sollen dann gemeinsam eine Bäckerei aufbauen in diesem Elendsviertel und in Schichten sich selbst organisieren und damit auch ein Einkommen haben, mit dem sie sich und ihre Kinder in ein anderes Leben führen können. Das heißt nicht nur, besser ernähren, das heißt eben auch vor allen Dingen, investieren in die Bildung ihrer Kinder, in die Bildung, die sie nicht gehabt haben.

So können wir wirklich ein Stück Solidarität ganz praktisch beweisen und zeigen, dass wir tatsächlich eine Partei der internationalen Solidarität sind. - Danke.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Christa, vielen herzlichen Dank. Ich will mich noch einmal bedanken für deine langjährige Arbeit und das Engagement für diesen Verein und will euch einfach bitten, diesem Appell Folge zu leisten. Ihr seht, dass Genossinnen und Genossen mit den Urnen, die wir sonst für die Wahlen nutzen, jetzt durch die Reihen gehen. Da geht es nicht um Stimmzettel, sondern um euren Beitrag der wichtigen Arbeit des Marie-Schlei-Vereins. Wir würden uns alle freuen - Christa wahrscheinlich am meisten -, wenn ihr euch ein klein bisschen an dieser Arbeit beteiligen könntet. Also noch einmal vielen Dank und der Hinweis auf die Sammlung, die jetzt unterwegs ist.

Genossinnen und Genossen, ich habe das eben im Ablauf angekündigt: Wir schlagen euch vor, dass wir die verteilte Resolution „Der SPD-Bundesparteitag erklärt sich solidarisch mit den GE-Beschäftigten“ - ihr habt das der Presse entnommen - jetzt aufrufen wollen. Wir würden euch auch eine Zustimmung empfehlen. Wir möchten aber gerne, damit wir sozusagen vom Rednerpult dieses Parteitages der Öffentlichkeit ein Zeichen senden können, Wolfgang Katzmarek aus Baden-Württemberg bitten, noch einmal etwas zu dieser Resolution zu sagen. Wolfgang, du hast das Wort.

RESOLUTION „SOLIDARITÄT MIT DEN GE-BESCHÄFTIGTEN“

WOLFGANG KATZMAREK, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben eben gerade gehört - und das wird praktiziert -, dass wir international Solidarität üben sollen. Ich möchte dafür werben, dass wir auch national ein Zeichen der Solidarität hier von unserem Parteitag aus senden. Wir haben die Möglichkeit, heute diesen schon so viel besprochenen Schulterschluss mit Gewerkschaften und Beschäftigten auch praktische Gelegenheit zu geben.

Vielleicht hat der eine oder andere schon mitbekommen, dass momentan die Firma General Electric, ein amerikanisches Unternehmen, gerade mit einem zweiten Schritt an Personalstellen herangeht und Kahlschlag in diesem Land betreibt. Es geht um die Standorte Mönchengladbach, Berlin, Kassel, München, und der größte Standort ist leider Mannheim. Das, was ich vortrage, und die Resolution, die euch vorliegt, ist mit den Genossinnen und Genossen aus all diesen Kreisverbänden abgestimmt und auch mit der IG Metall abgestimmt.

Am Donnerstag dieser Woche sind die neuen Abbaupläne auf den Tisch gekommen. Es sollen in Deutschland noch einmal 1.600 Arbeitsplätze wegfallen, und das ist eine Nachricht für die Beschäftigten kurz vor Weihnachten. Es handelt sich um einen echten Schlag ins Gesicht der Belegschaften. Es ist - man muss es so sagen - ein Wortbruch des Managements von GE, und es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, der sich da gerade anbahnt.

Lasst mich einfach, damit ihr nachvollziehen könnt, was mit den Menschen in diesen Werken gerade passiert, ganz kurz skizzieren, wie die letzten zwei Jahre für sie abgelaufen sind. General Electric hat 215 die Werke von Alstom Power übernommen. Im ganzen Jahr 2016 haben die Kolleginnen und Kollegen, die Betriebsräte, der Gesamtbetriebsrat, Konzern- und Euro-Betriebsrat darum gekämpft - mit vielen Gerichtsverfahren -, einen Sozialplan hinzubekommen. Allein in Mannheim sollen von 1.800 Arbeitsplätze 1.000 abgebaut werden.

Im Januar dieses Jahres, also im Januar 2017, ist der Sozialplan unterschrieben worden, mit der Zusicherung, dass die restlichen 800 Arbeitsplätze zum Beispiel in Mannheim eine Zukunft haben werden. Das Management von General Electric hat Alternativkonzepte der IG Metall und von den Betriebsräten einfach vom Tisch gewischt, ignoriert und ist in keinsten Weise darauf eingegangen. Zur Erreichung des Sozialplans waren nicht sozialpartnerschaftliche Verhandlungen die Basis, sondern waren Rechtsstreitigkeiten vor den Gerichten entscheidend. Nach der Zusicherung hat man Transfergesellschaften vereinbart, um die Überschrift „sozialverträglicher Personalabbau“ hinzubekommen.

Das war im Januar 2017. Wir haben jetzt Dezember 2017, und am Donnerstag haben die noch verbleibenden 800 Beschäftigten in Mannheim zum Beispiel die Nachricht bekommen, dass weitere 600 abgebaut werden. Im Januar 2018, also im nächsten Monat, wird erst die sogenannte dritte Transfergesellschaft aktiv werden. Das heißt, das Turbinenwerk, wo die 1.000 Beschäftigten sind, ist noch gar nicht abgebaut, und diejenigen, die noch gehofft haben, weiterarbeiten zu können, bekommen jetzt mit einem Schlag ins Gesicht erklärt: „Auch ihr seid überflüssig. euch braucht man nicht.“ Es braucht nicht viel Fantasie, dass man davon ausgehen kann, dass das Werk bald ganz geschlossen wird.

Das ist ein klarer Wortbruch des GE-Managements. Es ist ein totaler Vertrauensverlust, weil sich in zwölf Monaten - das kann einem keiner erzählen - die wirtschaftliche Lage im Energiemarkt nicht dramatisch geändert hat, als dass eine solche Begründung angeführt werden könnte.

Es ist weiterhin ein gesellschaftlicher Skandal, weil bei einem solchen Vorgehen eines Managements das komplette Vertrauen von Menschen verspielt wird. Übrigens nicht nur bei GE. So etwas wirkt auch immer über die Konzerne hinaus. Das Misstrauen gegen „die da oben“ wächst weiter. Es ist eine Missachtung der Regeln, die bei uns in Deutschland herrschen, was wir unter Sozialpartnerschaft verstehen, die Anerkennung unserer Regeln im Betriebsverfassungsgesetz und in unserer Wirtschaftsordnung, weil das Management von Alstom, der Vorbesitzer dieser Werke, nicht für die Zukunft investiert hat, keine neuen Technologien eingeführt hat, alles verschlafen hat, zum Beispiel auch die Energiewende. Deswegen ist das ein Skandal. Das Management von GE - ich habe es schon ausgeführt - hat die alternativen Pläne, die im Übrigen wirtschaftlich berechnet waren, also eine Grundlage haben und nicht nur einfache Ideen von Betriebsräten sind, einfach vom Tisch gewischt.

Deshalb, Genossinnen und Genossen, brauchen die Kolleginnen und Kollegen dort in den fünf Werken, um die es momentan geht, unsere Solidarität. Wir sollten dieses Zeichen heute Morgen setzen. Solidarität ist nicht nur, diese Resolution anzunehmen, sondern Solidarität können wir dadurch üben, indem wir das in die Öffentlichkeit bringen. Jeder kann dazu einen Beitrag leisten. Wer so mit Menschen umgeht, hat in Deutschland kein Vertrauen verdient, von niemandem. Das ist die Praxis, die wir machen müssen.

(Beifall)

Lasst mich - das muss ich an dieser Stelle auch noch mal sagen, weil ich weiß, dass da sehr viel Engagement hintendran war - Sigmar Gabriel in seiner Funktion als Wirtschaftsminister Dank sagen. Ich hoffe, dass unsere jetzige Wirtschaftsministerin dafür im Prinzip genauso ansprechbar ist. Ich habe keine Zweifel daran. Sigmar Gabriel hat im Hintergrund viel gewirkt, und es wäre sehr, sehr schade, wenn jetzt diese neuen Pläne umgesetzt werden. - Ich danke für die Aufmerksamkeit und hoffe, dass ihr dem zustimmen könnt.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Wolfgang, vielen herzlichen Dank. Du hast auch am Applaus gesehen, dass es hier eine große Zustimmung gibt. Ich will sie jetzt trotzdem noch mal formal festhalten. Euch liegt die Resolution „Der SPD-Bundesparteitag erklärt sich solidarisch mit den GE-Beschäftigten“ vor. Ich würde euch jetzt einfach um das Kartenzeichen bitten, wenn ihr dieser Resolution zustimmt. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Dann ist diese Resolution einstimmig beschlossen worden. Ich glaube, das ist auch ein starkes Signal, dass wir dort in diesem Kampf an eurer Seite stehen.

(Beifall)

Wolfgang, vielen herzlichen Dank.

Ich darf jetzt für den nächsten Punkt an Gabriele weitergeben.

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Einen schönen guten Morgen auch von mir! Ihr wisst: Wenn ihr meine Stimme hört, geht es um Wahlen. So ist das heute Morgen. Wir machen es so wie gestern Abend angekündigt. Janne hat das Wort für die Mandatsprüfungs- und Zählkommission.

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Moin, Genossinnen und Genossen! Die Stimme ist fast wieder da.

Nach unserem Organisationsstatut setzt sich der Parteitag aus 600 in den Landesverbänden und Bezirken gewählten Delegierten und 32 stimmberechtigten Mitgliedern des Parteivorstands zusammen. Anwesend sind 596 Delegierte und 32 stimmberechtigte Parteivorstandsmitglieder. Die Legitimation der Stimmberechtigten wurde von der Mandatsprüfungskommission geprüft. Von den anwesenden Stimmberechtigten sind 285 Frauen. Das entspricht einem Anteil von 45,38 %. Die Quote ist also erfüllt und der Parteitag damit beschlussfähig. - Danke und bis später.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank für diesen Bericht, Janne.

Ich schlage vor, dass wir, bevor wir in diesen Wahlgang eintreten, noch einmal Lars Klingbeil - ich gucke gerade, wo er ist - das Wort geben. - Da ist er. Komm doch bitte noch mal nach vorne. Lieber Lars, ich gebe dir jetzt das Wort. Das ist bei einem Generalsekretär so. Der muss in schwierigen Lebenslagen immer ran. Die schwierige Lebenslage auf unserem Parteitag ist jetzt, dass die Urnen, mit denen wir gesammelt haben, noch nicht wieder da sind, und Urnen sind nun einmal ein unverzichtbarer Bestandteil von seriösen Wahlen. Deshalb liegt es jetzt an dir, das Beste aus dieser Situation zu machen. Bitte schön!

(Heiterkeit und Beifall)

EINFÜHRUNG IN DIE ORGANISATIONSPOLITISCHE DEBATTE

LARS KLINGBEIL, GENERALSEKRETÄR:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich lerne jeden Tag dazu, was ein Generalsekretär alles für Verantwortung in dieser Partei trägt.

Aber das mindert nicht meine Lust auf das, was vor mir liegt.

Ich will diese Zeit in der Tat dafür nutzen, in die organisationspolitische Debatte einzuführen, die wir heute Morgen zum Leitantrag führen werden.

Ich habe gestern in meiner Antrittsrede ganz viel davon gesprochen, dass der Erneuerungsprozess kommen muss. Ich habe hier im Saal eine große Unterstützung wahrgenommen, und ich finde, das ist auch eines der Signale dieses Parteitages, dass wir uns hier in die Hand versprechen, dass die Erneuerung der SPD mit diesem Parteitag anfangen muss, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir haben auf den Regionalkonferenzen als Parteiführung ganz viele Ideen und Potenziale in der Partei aufgenommen. Es gab auch viele andere, die sich auf den Weg gemacht haben, zu diskutieren, wie man die SPD erneuern kann. Ich will das hier einmal erwähnen: Es hat eine Initiative im Umfeld

der SPD gegeben, nämlich SPD++. Die haben sich viele Gedanken darüber gemacht, wie man diese Partei erneuern kann. Ich will mich bei den vielen bedanken, die sich im Rahmen von SPD++ Gedanken gemacht haben, die diese Ideen aufgenommen haben. Das war großartig, was wir da im Umfeld der SPD erlebt haben. Ein herzlicher Dank von diesem Parteitag an die Initiatoren von SPD++!

(Beifall)

Wir haben im Arbeitsprogramm in den letzten Wochen viele Reformvorschläge aufgegriffen. Ich will gern auf ein paar Punkte eingehen - ich habe die Zeit ja auch zu überbrücken.

Erster Punkt. Wir sagen im Leitantrag, die SPD muss offener und digitaler werden. Deswegen schlagen wir vor, auf der Strecke zu überprüfen, wie wir digitale Möglichkeiten der Parteilarbeit stärken können. Eine der großen Rückmeldungen auf den Regionalkonferenzen kam übrigens von Neumitgliedern. Sie haben gesagt: Wir mussten erst mal nach ganz vielen Informationen suchen. Wir mussten suchen, wie wir in dieser Partei ankommen können, woher wir all die notwendigen und relevanten Informationen bekommen können.

Deswegen wollen wir in den nächsten Wochen und Monaten gucken, wie wir etwa über eine Mitglieder-App eine Möglichkeit für Neumitglieder schaffen können, an einem Ort alle relevanten Informationen zu finden. Eine solche App soll aber auch dazu dienen, sich einzubringen und zu beteiligen. Und sie soll uns im Willy-Brandt-Haus helfen, Informationen aus der Partei zu bekommen.

Den zweiten Punkt habe ich gestern in meiner Rede angesprochen: digitale Beteiligungsstrukturen. Wie können wir uns online zusammenfinden? Wie können wir Themen und Positionen erarbeiten? Dafür gibt es einen Vorschlag im Leitantrag, onlineorganisierte Themenplattformen in einem begrenzten Maße einzuführen.

Es gibt – das weiß ich, deshalb bitte ich um Aufmerksamkeit – eine Debatte darüber, ob diese Onlinethemenforen Delegiertenrechte bekommen sollen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß, das ist eine kritische Diskussion. Aber ich will hier explizit dafür werben, dass der Prüfauftrag, der im Leitantrag enthalten ist, beschlossen wird.

(Beifall)

Wenn wir hier auf diesem Parteitag sagen, dass wir eine Erneuerung wollen, dann müssen wir auch Dinge infrage stellen, die bis heute gelten. Dazu gehört: Wenn wir Menschen auffordern, sich online zusammenzufinden, online Positionen zu erarbeiten, dann müssen wir auch darüber diskutieren, wie wir ihnen die Kraft geben können, auf einem Parteitag Stellung zu beziehen. Deswegen bitte ich darum, dass der Prüfauftrag heute so beschlossen wird, wie er vom Parteivorstand vorgeschlagen ist.

Der zweite Punkt, den wir mit dem Leitantrag vorschlagen, ist eine umfassende datenbasierte Analyse der Wahlergebnisse in den Bundestagswahlkreisen, um daraus zu lernen: Welche Rückschlüsse können wir ziehen? Wo sind Stärken, wie können Schwächen abgebaut werden?

Ein dritter Punkt, der mir sehr wichtig ist, ist ein Zukunftsprogramm Ost. Das schlagen wir euch in diesem Leitantrag vor. Wir wollen in den ostdeutschen Bundesländern eine Dialogreihe beginnen. Wir wollen am Ende in einem Ost-Konvent enden, der im Herbst 2018 stattfinden soll. Und auf dem Weg dahin wollen wir darüber diskutieren, wie wir in Ostdeutschland wieder stärker werden können und welche Unterstützung es aus der Parteizentrale dafür geben kann.

(Beifall)

Es wird außerdem vorgeschlagen, im Parteivorstand einen Ostbeauftragten zu benennen, der mit dem Generalsekretär zusammen diesen Prozess erarbeitet.

Der vierte Punkt, den ich nennen will, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine umfassende Analyse unserer Mitgliederstruktur und eine Befragung der Mitglieder; denn wir haben 30.000 neue Mitglieder

im letzten Jahr bekommen, und wir wollen mal horchen, welche Erwartungen die eigentlich an ihre Partei haben. Aber auch bei denen, die schon länger dabei sind, wollen wir das erfragen. Ich glaube, es bringt sehr viel, auch in diesem Erneuerungsprozess, wenn wir sehr intensiv in die Partei hineinhören.

Wenn ich von Vielfalt und von den Potenzialen dieser Partei rede, dann spreche ich auch zwei Punkte im Leitantrag an. Der eine ist: Wir wollen eine Stabsstelle im Willy-Brandt-Haus einrichten, die sich um das Thema Gleichstellung kümmert. Ich habe gestern in meiner Rede davon gesprochen, dass wir eine andere Sprache brauchen. Wir brauchen andere Bilder. Ich sage euch auch: Es darf keine Podiumsdiskussionen in dieser Partei mehr geben, bei denen nur sechs Männer sitzen. Damit ist Schluss, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Und wir brauchen eine Verantwortungsstruktur im Willy-Brandt-Haus, die genau auf diese Dinge achtet und den Finger immer wieder in die Wunde legt, falls es doch zu solchen Missgeschicken und Fehlentwicklungen kommt.

Das Zweite, was wir im Leitantrag unter dem Thema Vielfalt ansprechen, ist die Frage: Wie können wir eigentlich dafür sorgen, dass junge Leute – und wir haben viele junge Menschen; darauf können wir sehr stolz sein – stärker in unseren Strukturen repräsentiert sind.

Dazu gibt es eine Debatte, und ich bin mir sicher, dass wir heute Morgen noch recht kritisch über die Frage diskutieren werden, ob wir eine Jugendquote einführen sollten. Ich sage euch, ich bin nicht davon überzeugt, dass das der richtige Weg ist. Aber ich glaube, wir müssen diese Diskussion ernsthaft führen, wie wir junge Menschen stärker in unseren Strukturen repräsentieren können. Deshalb gibt es den Vorschlag im Leitantrag, die Debatte in der Organisationspolitischen Kommission aufzunehmen und am Ende einen Weg zu finden, wie junge Menschen stärker repräsentiert werden können, auch in den Verantwortungsstrukturen der SPD.

Das letzte Kapitel im Leitantrag zur organisatorischen Erneuerung bezieht sich auf die SPE. Wir wollen, dass die Sozialdemokratische Partei Europas wieder stärker ein Ort der Debatte wird. Wir wollen eine gemeinsame Spitzenkandidatin in einem partizipativen Verfahren vorschlagen und festlegen. Wir bitten euch auch um Unterstützung dafür, dass wir auf europäischer Ebene mit unseren Partnerinnen und Partnern für diesen Weg werben.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das Kapitel zur organisatorischen Erneuerung umfasst erste Schritte, die wir gehen wollen. Zu den satzungsändernden, relevanten Anträgen wie zum Beispiel dazu, ob die Onlineforen ein Delegiertenrecht bekommen, ist aber zu sagen: Das wird heute als Prüfauftrag hoffentlich beschlossen, aber die Änderungen sollen dann auf einem Bundesparteitag beschlossen werden, der Ende 2018 stattfinden und Satzungsänderungen vorschlagen soll, wenn wir so weit kommen. Dann werden wir diese Diskussion noch einmal führen. Aber wir zeigen hier auf: Es gibt klare Vorstellungen, wie man die SPD erneuern kann. Es gibt einen verbindlichen Zeitplan.

Zuletzt will ich noch ansprechen: Es wird ganz viel Verantwortung für die Organisationspolitische Kommission geben. Und wir wollen diese Organisationspolitische Kommission in den nächsten Wochen breiter aufstellen, als das heute der Fall ist. Wir brauchen neben denen, die dort heute schon Verantwortung tragen, kreative Köpfe. Wir müssen unterschiedliche Generationen einbinden. Es wird eine hohe Verantwortung bei dieser Organisationspolitischen Kommission liegen.

Am Ende, das ist klar, entscheidet ein Bundesparteitag über die Frage, wie es mit dieser Partei weitergeht. Dass etwas passieren muss, liebe Genossinnen und Genossen, darüber gibt es hier eine große Einigkeit, und darüber bin ich sehr froh.

(Beifall)

ANTRAGSBERATUNG INITIATIVANTRAG IA 1 KAPITEL IV UND WEITERE ORGANISATIONSPOLITISCHE ANTRÄGE

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Lars, ganz herzlichen Dank für die Einführung.

Liebe Delegierte, liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte noch ein paar allgemeine Bemerkungen zu unserem letzten großen Antragsblock machen, in den Lars gerade eingeführt hat, nämlich die organisationspolitischen Fragen.

Das betrifft zum einen das Kapitel IV des Leitantrages IA 1. Wir haben gestern alle Inhalte besprochen, heute wollen wir den organisationspolitischen Teil besprechen. Die sich auf dieses Kapitel beziehenden Änderungsanträge ÄA170 bis ÄA226 und ÄA232 findet ihr auf den Seiten 86 ff. des Antragsbuchs zum Leitantrag.

Wir haben euch aber auch die Empfehlungen der Antragskommission noch mal als Tischvorlage vorgelegt. Wichtig ist: Bei den am Donnerstag ausgeteilten Voten hatten sich kleine redaktionelle Fehler eingeschlichen. Für den ÄA198 lautet das Votum der Antragskommission „erledigt durch Annahme des IA 1 in der Fassung der Antragskommission“.

Durch die Aufnahme der Formulierung des ÄA212 in der Fassung der Antragskommission erledigt sich der ÄA210. Durch die Aufnahme der Formulierung des ÄA171 Teil 1 in den IA 1 erledigt sich der IA188 und der ÄA171. - Ich bin total stolz, dass ich das jetzt so hingekriegt habe.

(Beifall)

Jetzt wisst ihr alle Bescheid bezüglich der unterschiedlichen Anträge zum Kapitel IV des Leitantrags. Ich erspare euch an dieser Stelle weitere Details zu den organisationspolitischen Anträgen.

Ich sage nur noch mal, nicht dass wir nachher gefragt werden: Alle organisationspolitischen Anträge werden jetzt mit aufgerufen. In der Abstimmung werden wir das nachher wieder sortieren. Aber in der Debatte werden die jetzt alle mit aufgerufen, weil ihr euch teilweise zu diesen Anträgen schon gemeldet habt.

Wenn ihr mit diesem Verfahren einverstanden seid, dann könnten wir in die organisationspolitische Debatte einsteigen. Als Erstes hätte Martin Dulig das Wort.

MARTIN DULIG, PARTEIVORSTAND:

Liebe Genossinnen und Genossen, irgendwie habe ich ein Händchen für Minderheiten: Ich bin Sozialdemokrat in Sachsen, Protestant, nicht tätowiert und im Hinblick auf die SPD gehöre ich auch noch zu den Optimisten.

(Beifall)

Und ich komme aus dem Osten. Aber wenn ich das jetzt sage, dann sage ich das ohne einen Komplex, wenn ich über Minderheiten rede. Wenn man auf den Organisationsteil in unserem Leitantrag schaut, dann steht unmittelbar vor „Ostdeutschland“ ein weiteres Kapitel: „Antworten auf regionale Schwäche“. Fast ärgere ich mich darüber, dass wir genau darunter jetzt mit aufgeführt werden; denn ich glaube, es geht gar nicht um die Frage von Schwäche, sondern es geht um die jeweiligen Besonderheiten. Es geht jeweils darum, was wir daraus machen, dass wir unterschiedliche Entwicklungen haben und die einbringen können.

Ich finde es durchaus spannend, dass wir hier auch mit einem Selbstbewusstsein über Ostdeutschland reden und eben nicht aus einem Minderwertigkeitskomplex heraus, weil wir etwas einbringen

können. Denn wir haben in Ostdeutschland Entwicklungen, die wie im Labor Dinge vorwegnehmen, die durchaus auch in Westdeutschland stattfinden, wie im Labor vielleicht durchaus auch Dinge ausprobiert werden können, die erfolgreich für alle sein können.

Mir ist das wichtig, weil wir eben nicht nur rückwärtsgewandt über den Osten reden dürfen, auch wenn es für mich ein ganz wichtiges Thema ist, dass wir die Zeit der Nachwende aufarbeiten, die Ungerechtigkeiten, die genau in dieser Zeit passiert sind. Ich denke zum Beispiel an das Thema Treuhand, wo ganz viele Ungerechtigkeiten und Demütigungen passiert sind und die Menschen darüber reden wollen, weil sie damit ihre Biografie verbinden. Das müssen wir tun.

(Beifall)

Wiederum gibt es ganze Generationen, die damit nichts anfangen können. Deshalb ist der zweite Punkt, wie wir auch die Zukunftsregion Ostdeutschland definieren, das, was ich meine mit dem Labor, das, was wir mal besonders auch einbringen können in eine Debatte, was wir zeigen können, was in Ostdeutschland anders funktioniert und wo wir vielleicht sogar lernen können, gemeinsam daraus eine Stärke zu entwickeln.

Es gibt für mich sogar noch eine dritte Gruppe, um die wir uns in Ostdeutschland kümmern müssen. Neben denen, die ihre Vergangenheit aufarbeiten müssen, denen, die vor allem nach vorne gerichtet ihre Zukunft gestalten wollen, gibt es eine Gruppe: Das sind die Westdeutschen, die in Ostdeutschland leben. Das ist auch noch einmal etwas, wo ich sehr häufig in den Gesprächen mitbekomme, dass sie sich durchaus manchmal zurückgesetzt fühlen, weil man ihnen die Heimat wegnehmen will. Man sagt ihnen: Ihr seid keine Osis. Diese Heimatlosigkeit macht es manchmal auch für die schwierig. Aber es ist auch ein ungeheures Potenzial in Ostdeutschland, das wir mitnehmen müssen und wollen in diesen Prozess, was wir aus Ostdeutschland heraus einbringen können.

Deshalb, liebe Genossinnen und Genossen: Wenn wir heute über Ostdeutschland reden, auch in diesem Leitantrag, wenn wir über eine neue Position des Ostbeauftragten reden, dann wollen wir das aus einer politischen Sicht heraus tun. Das ist eine politische Funktion. Es geht darum, denen eine Stimme zu geben, die solche Themen in diese SPD und diese Gesellschaft hineinragen wollen.

Ich möchte vor allem, dass wir diese Reflexe beiseitelassen, dass es, wenn es um bestimmte Themen geht, heißt: „Ach die schon wieder“, oder: „Ach, das schon wieder“, dass man mit einem Stöhnen das Thema aufnimmt. Nein, es geht darum, dass wir miteinander und voneinander lernen können und wollen, wenn wir ein ehrliches Interesse füreinander haben.

(Beifall)

Das ist dann auch eine Chance für die gesamte SPD; denn wir haben nun leider beides schon bewiesen, dass wir Wahlen im Osten gewonnen, aber eben auch Wahlen im Osten verloren haben für die SPD. Wir wollen gemeinsam überall Wahlen gewinnen. Dafür brauchen wir eine starke, selbstbewusste SPD, gerade in Ostdeutschland. Das ist auch eine Chance für die gesamte SPD. Glück auf!

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Martin. Das Wort hat jetzt Koba Krause. Danach würden wir ein kurzes Break machen und in die Wahl der SPE-Delegierten einsteigen. Bitte sagt euren Delegationsmitgliedern noch mal, dass sie reinkommen sollen, sofern sie nicht da sind. Wie gesagt, die Präsenz hier im Saal ist super.

KOBA KRAUSE, SAARLAND:

Liebe Genossinnen und Genossen, als Parteivorsitzende des Europa-Ortsvereins Luxemburg habe ich diesen Parteitag hier sehr positiv erfahren. Ich habe mich sehr gefreut über das Thema Europa, dass wir als Europa-Partei uns so gelobt haben, und über unsere Internationalität.

Für Parteimitglieder, die zweitweise beruflich oder privat im Ausland leben, die in Rom, Paris oder Madrid wohnen, ist es allerdings durchaus ein Problem, Parteimitglied zu sein.

Lieber Udo Bullmann, wenn deine Kinder, wie du uns gestern erzählt hast, zeitweise im Ausland leben und Mitglieder der SPD sind, werden sie dort ein Problem haben, eine Struktur zu finden, in die sie sich einbringen können. Diese heimatlosen Genossinnen und Genossen sind gebündelt als Freundeskreise und wollen nun eine Struktur, in der sie eben als Ortsvereine, als ordentliche Ortsvereine anerkannt werden.

Wir erfahren viel Unterstützung in Berlin, wo wir als Art Asylanten mittlerweile aufgenommen worden sind, aber auch dort nicht in eine Struktur, die eine SPD International ermöglicht.

Es gibt einen Parteitagsbeschluss von 2011 - das ist von vor sechs Jahren -, in dem wir bereits gefordert haben, diese SPD International einzurichten. Der Vorstand ist dem in dieser Form, so wie wir es gewünscht hatten, nicht gefolgt. Wir hatten es an der Stelle auch mit sehr vielen Geschäftsführern zu tun. Wenn ich einen Blick nach hinten werfe, dann glaube ich, gefühlt war jeder Zweite in den letzten sechs Jahren Generalsekretär oder Generalsekretärin. Das hatte zur Folge, dass wir es jeweils mit einem anderen Ansprechpartner zu tun hatten.

Deswegen hoffe ich nun, dass wir mit vereinten Kräften und auch gestärkt durch dieses europäische Gefühl des heutigen Parteitags dazu kommen, über diesen Antrag 223 gesondert abzustimmen. Darum bitte ich euch. Insbesondere der zweite Teil liegt uns sehr am Herzen, der da nämlich lautet:

„- Die innerparteiliche organisatorische Verankerung und Unterstützung der SPD International als globales Netzwerk deutscher Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Ausland weltweit sicherzustellen.“

Genau dieser Passus ist gestrichen worden und soll überwiesen werden in die Kommission, die sich befasst mit der #SPDerneuern. Aber genau das ist uns zu vage. Also, wir hätten gerne Zustimmung zu diesem Passus, und ich bitte euch, mich zu unterstützen, den Antrag 223 erneut aufzurufen und eben diesen Passus mit abzustimmen.

Ich danke euch.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Koba. Jetzt, wie gesagt, machen wir ein kurzes Break zur Wahl der SPE-Delegierten. Die Gabriele hat das Wort.

WAHL DER SPE-DELEGIERTEN

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Doris, jetzt ist das mit den Urnen auch klar; wir können loslegen.

Genossinnen und Genossen, wir wählen jetzt Delegierte zum SPE-Kongress. Da gibt es viel zu beachten. Ich bitte um eure Aufmerksamkeit, weil ich euch ein bisschen einführen will in diesen Wahlgang.

Nach § 20 Nr. 2 Organisationsstatut in Verbindung mit § 25 Abs. 5 dieses Statutes ist es so, dass der Bundesparteitag die 39 Delegierten und Ersatzdelegierten zum alle zwei Jahre stattfindenden Kon-

gress der SPE wählt. Nach unserem Statut hat der Parteivorstand ein Vorschlagsrecht, muss dabei die Geschlechterquote und den Regionalproporz beachten.

Dieses Verfahren haben wir auf dem letzten Parteitag beschlossen.

Deshalb wird jetzt die Vorschlagsliste des Parteivorstands ausgegeben, die sowohl die eben genannte Geschlechterquote als auch den Regionalproporz berücksichtigt. Dieser Wahlvorschlag wurde auch per Mail an euch versandt. Er ist also nicht neu. Der Vorschlag ist gemäß unseres Statuts aus den Vorschlägen der Bezirke erstellt, die Männer und Frauen in gleicher Anzahl entsprechend ihrer Mitgliederstärke vorgeschlagen haben.

Auf diesem Vorschlag befinden sich in alphabetischer Reihenfolge die 39 Kandidaten und Kandidatinnen, und ihr seht hinter jedem Kandidaten und jeder Kandidatin ist der Bezirk genannt, für den sie oder er vorgeschlagen wurde. Aufgeführt sind auch die vorgeschlagenen Ersatzdelegierten. Das ist also eine sehr komplizierte Liste.

Ich will euch gerne sagen, dass wir an euch appellieren, so abzustimmen, dass jeder Bezirk zumindest ein Grundmandat erhält. Hierfür haben wir euch zur Orientierung auch den Wahlvorschlag des Parteivorstands ausgeteilt. So viel zum Hintergrund.

Um bei diesem Wahlgang gewählt zu werden, ist die einfache Mehrheit ausreichend.

Wie ihr jetzt unschwer erkennen könnt, ist es so, dass es sich um eine Listenwahl handelt. Delegierte und Ersatzdelegierte müssen gemeinsam gewählt werden, und sie sind entsprechend auch alphabetisch auf dem Stimmzettel verzeichnet.

Noch einmal - und das ist mir sehr, sehr wichtig -: Der Vorschlag des Parteivorstands, denke ich, bietet eine gute Orientierung.

Jetzt zum Stimmzettel:

Die Stimmzettel sind nur gültig, wenn höchstens so viele Kandidatinnen und Kandidaten angekreuzt werden, wie insgesamt zu wählen sind, und mindestens die Hälfte der zu Wählenden aus der Vorschlagsliste angekreuzt wird. Das heißt nach Adam Riese: mindestens 20, höchstens 39.

Nein-Stimmen und Enthaltungen - das wisst ihr schon von gestern oder überhaupt - würden diesen Stimmzettel ungültig machen.

Nach § 25 Absatz 5 Organisationsstatut muss die Delegation insgesamt quotiert sein. Das heißt, bei einer Gesamtzahl von 39 Delegierten bedeutet dies, dass jeweils mindestens 16 Frauen und Männer der Delegation insgesamt angehören müssen.

Wir treten gleich in den ersten Wahlgang ein, und da ist natürlich von Bedeutung, dass ihr auch eine Kontrollmarke verwendet. In diesem Fall ist das die Kontrollmarke 11.

Habt ihr noch Fragen zum Wahlverfahren, oder gibt es jemanden, der noch keinen Stimmzettel hat? Er oder sie müsste sich jetzt melden. - Ich habe den Eindruck, dass alle einen Stimmzettel haben, sodass wir ans Werk gehen können. Wir lassen euch hinreichend Zeit, weil es ja wirklich auch eine anspruchsvolle Aufgabe ist, das hier zu machen. - Ich will euch gerne noch mal den Hinweis geben: Es müssen mindestens 20, höchstens 39 angekreuzt sein.

Genossinnen und Genossen, dürfen wir mit dem Einsammeln beginnen? - Nein, dann warten wir gerne. - Ich hoffe, dass jetzt alle genügend Zeit hatten. Dann würde ich nämlich bitten, einzusammeln. - Vielleicht könnt ihr jetzt helfen, wenn ihr noch Stimmzettel habt, indem ihr sie hochhaltet. Da gibt es ganz vorbildliche Genossinnen und Genossen, die das machen. Danke dafür. - Haben jetzt alle Gelegenheit gehabt, ihren Stimmzettel abzugeben? - Ja, das ist der Fall. Dann schließen wir diesen Wahlgang.

Jetzt gibt es einen wirklich wichtigen Hinweis von Heiko Maas.

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich bitte mal kurz um eure Aufmerksamkeit. - Hier ist ein Ehering abgegeben worden - nicht vom Inhaber, sondern vom Finder desselben.

(Heiterkeit)

MARTIN DULIG, PARTEIVORSTAND:

Mein Ehering!

(Heiterkeit und Beifall)

HEIKO MAAS, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Okay. - Lieber Martin, ein schönes Wochenende!

(Heiterkeit und Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Delegierte, ihr seht: Das Tagungspräsidium löst alle Probleme und sofort.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir würden jetzt trotzdem in der Rednerreihenfolge weitermachen wollen. - Als Nächstes hat Knut Lambertin das Wort. Ihm folgt Margit Reisewitz.

**FORTSETZUNG ANTRAGSBERATUNG INITIATIVANTRAG IA 1 KAPITEL IV
UND WEITERE ORGANISATIONSPOLITISCHE ANTRÄGE**

KNUT LAMBERTIN, BERLIN:

Guten Morgen, liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben gestern und vorgestern schon viel über ein bestimmtes Thema gesprochen, ein Thema, was uns ein bisschen betrübt, würde ich sagen. Aber ich sehe gute Hoffnung für uns. Es geht um das Thema Glaubwürdigkeit.

Wir fragen uns eigentlich seit geraumer Zeit: Warum glauben uns die Leute nicht, wenn wir für Gerechtigkeit und gute Arbeit streiten? Warum hören wir von den Leuten: „Ihr Sozen, das ist für euch eine hohle Phrase“?

Wir reden seit dem letzten ordentlichen Bundesparteitag sehr viel über gute Arbeit und die Auswirkungen sowie die Erhöhung der Tarifbindung. Unser Problem mit der Glaubwürdigkeit ist, dass unser Handeln nicht überall so ist, liebe Genossinnen und Genossen.

(Vereinzelt Beifall)

40 Prozent der Bundestagesabgeordneten sind nicht Mitglied der Tarifgemeinschaft der Abgeordneten.

(Vereinzelt Beifall)

Soweit zum Thema „Ausweitung der Tarifbindung“.

Gute Arbeit ist in vielen Bereichen mit sozialdemokratischer Personalführung gar kein Thema.

Ich will da aber mal an die ehemalige Genossin Petra Hinz erinnern, die über ihren Lebenslauf gestolpert ist. Sie ist nicht darüber gestolpert, dass sie reihenweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durchgeraucht hat - 30 etwa -, sie ist nicht darüber gestolpert, dass sie kettenweise sachgrundlose Befristungen in ihrem Abgeordnetenbüro gemacht hat, und sie ist nicht darüber gestolpert, dass sie ihre Beschäftigten ständig gedemütigt hat.

Nein, Genossinnen und Genossen, Glaubwürdigkeit fängt beim eigenen Handeln an!

(Beifall)

Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, bitte ich euch sehr dringend, die Anträge OA 39 und OA 38 hier nicht ins Nirwana und auch noch an die Bundestagsfraktion zu versenden. Nein, Genossinnen und Genossen, lasst uns ein starkes Signal für Glaubwürdigkeit und auch für Solidarität an die neue Fraktionsführung senden, die sich des Problems bestimmt annehmen wird.

Lasst uns auch die Genossin Gabi Katzmarek, die die Vorsitzende der Tarifgemeinschaft der MdBs ist, unterstützen, damit sie ihren Mitgliedern gegenüber da auch entsprechend Druck aufbauen kann. Lasst uns dieses starke Signal für Glaubwürdigkeit senden, und lasst uns diese Anträge hier beschließen.

Ich wiederhole noch mal: OA 39 und OA 38, die wir nicht nur als Kreisverband Pankow, sondern auch als Landesverband Berlin beschlossen haben! - Vielen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Margit Reisewitz, ihr folgt Kevin Kühnert!

MARGIT REISEWITZ, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte unserem neuen Generalsekretär Lars Klingbeil widersprechen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rede zum Thema „Delegiertenrechte für die Themenforen“. - Die SPD will und soll sich erneuern. Dabei ist die Beteiligung der Mitglieder ein ganz entscheidender Punkt. Hierbei wird und muss Digitalisierung eine ganz wichtige Rolle spielen. Ich begrüße das ausdrücklich. Ich spreche hier für die AG 60plus - nicht nur für meinen Ortsverein, sondern auch für den Landesverband NRW. Im Ortsverein werden wir die Digitalisierung vorantreiben, um gerade auch jüngere Mitglieder, die durch Familie und Beruf stark gebunden sind, stärker einzubeziehen. Auch die AG 60plus in NRW wendet sich nicht gegen Digitalisierung oder gegen die Themenplattformen. Was uns aber beunruhigt ist die Aussicht, dass diese Themenplattformen Delegiertenrechte erhalten sollen.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist kein Schritt zur Partizipation, das ist nicht inklusiv, sondern das baut Barrieren auf, das führt zu einem Gegensatz zwischen Ortsverein und Onlinebereich, zwischen analoger und digitaler Welt. Das darf nicht sein und widerspricht dem Anliegen des Leitantrags.

(Beifall)

Darf ich daran erinnern, dass es eine Vielzahl von Arbeitsgemeinschaften in der SPD gibt, die alle keine Delegiertenrechte haben?

(Beifall)

Wo bleiben die Jusos? Wo bleibt die ASF?

(Beifall)

Und wo bleibt die größte Arbeitsgemeinschaft der SPD, die AG 60plus? Wenn man Delegiertenrechte vergeben will, sollte man zuerst an die Arbeitsgemeinschaften und nicht an Themenplattformen denken.

(Beifall)

Diese Themenplattformen gibt es ja noch gar nicht, und sie konnten noch gar nicht beweisen, ob sie überhaupt funktionieren.

Wir wollen also nicht Delegiertenrechte für die Themenplattformen. Das heißt nämlich, den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen.

(Beifall)

Wir sind nicht gegen Digitalisierung, aber wir möchten, dass die Themenplattformen keine Delegiertenrechte bekommen. Deshalb unterstützt unseren Antrag 197! - Danke schön.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Kevin Kühnert! Ihm folgt Jessica Rosenthal.

(Beifall)

KEVIN KÜHNERT, BUNDESVORSITZENDER DER JUSOS:

Die Uhr läuft hier noch weiter. Ich bin jetzt schon bei 6:30 Minuten. Das nur, damit mich gleich niemand wegklingelt. - Liebe Genossinnen und Genossen! Als wir Jusos uns den ursprünglichen Entwurf zum Arbeitsprogramm angesehen haben, gab es keinen Absatz darin, der sich im engeren Sinne mit jungen Menschen in unserer Partei oder ganz explizit mit uns Jusos beschäftigt hat. Das haben wir im Hinblick auf das Thema Zielgruppenansprache für nicht angemessen gehalten. Ich glaube, wir können da auch mit ein bisschen Selbstbewusstsein sagen: Das war auch nicht angemessen im Hinblick auf die Rolle, die wir in dieser Partei spielen.

(Beifall)

Die Diskussion hat sich in den letzten Wochen glücklicherweise schon ein bisschen weiterentwickelt. Wir haben Änderungsanträge gestellt. Es gibt zu ein paar Sachen auch schon Einigungen. Die Rolle von jungen Menschen in der SPD ist jetzt schon deutlich gestärkt worden.

Ich möchte noch einmal eines klarmachen: Wenn junge Menschen in die SPD eintreten – das tun sie im Moment in großer Zahl: Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, junge Beschäftigte, Studierende, wer auch immer – und wenn sie sich für ihre Anliegen und für die Anliegen ihrer Generation einsetzen wollen, dann gibt es dafür einen Ort in unserer Partei, nämlich die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten.

(Beifall)

Wir Jusos sind nicht erst seit diesem Jahr ein wachsender Verband. Wir sind mittlerweile über 75.000 Mitglieder.

(Beifall)

Fast 50 Prozent der Eintritte, die unsere Partei in diesem Jahr zu verzeichnen hatte, sind im Juso-Alter. Zum Vergleich: Bei den Bestandsmitgliedern stellen die Jusos etwa 10 bis 11 Prozent. Man kann also ein bisschen erkennen, wohin die Reise geht.

Aber leider muss ich festhalten, dass sich das organisationspolitisch noch nicht in der Rolle niederschlägt, die wir spielen. Wir Jusos wissen von den Rückmeldungen aus unseren Unterbezirken und Kreisverbänden, dass viele unserer Strukturen gänzlich ohne Budgets auskommen müssen, dass sie für jeden Flyer, für jedes Referentengeschenk, für jede Kekspackung für eine Versammlung einzeln Anmeldungen beim örtlichen Kassierer oder der örtlichen KassiererIn machen müssen. Dort findet eine Behinderung unserer Arbeit statt. Hier werden junge Menschen in unserer Partei ausgebremst.

(Beifall)

Wir wissen, dass wir ganze Landesverbände der Jusos mit mehreren Tausend Mitgliedern haben, deren hauptamtliche Struktur zum Teil in einer 10-, 12- oder 15-Stunden-Stelle besteht, die von einer studentischen Mitarbeiterin oder einem studentischen Mitarbeiter besetzt wird. Das steht in keinem Verhältnis zu der Schlagfähigkeit dieses Verbandes.

(Beifall)

Es gibt Jusos, die keinen Zugang zu den örtlichen Parteiräumlichkeiten bekommen, und viel zu häufig bekommen wir auch keinen Zugriff auf die Mitgliederdaten. Wir haben zum Teil gar keine Möglichkeit, direkt, unmittelbar und vor allem auch unzensuriert mit unseren eigenen Mitgliedern zu kommunizieren. Ich glaube, das ist nicht mehr zeitgemäß. Das muss ein Bestandteil der Erneuerung der SPD sein.

(Beifall)

Wir Jusos tragen das durften wir dieses Jahr sehen und im Nachgang auch hören häufig die Wahlkämpfe vor Ort. Ohne Jusos so hat es Martin gesagt, und so könnt ihr das häufig von vor Ort bestätigen sind schlagkräftige Kampagnen der SPD faktisch nicht denkbar. Aber so, wie wir den Wahlkampf tragen, so tragen wir leider nicht Verantwortung in dieser Partei. Ich möchte euch ein paar Kennzahlen geben: In unserer neuen Bundestagsfraktion sind von den 152 Mitgliedern ganze zwölf unter 35. Am Ende der Legislaturperiode werden es noch drei sein. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist zu wenig, weil hier die Lebenswirklichkeit und die Sichtweisen einer ganzen Generation, streng genommen eigentlich sogar schon zweier Generationen, keine Berücksichtigung finden. Das ist für uns absolut kein Zustand, den wir weiter so akzeptieren können.

(Beifall)

Ähnlich sieht es in vielen unserer Vorstände aus. In den Kreistagen, in den Unterbezirks- und Landesvorständen sind häufig unter 5 Prozent junge Menschen und damit auch Jusos in Verantwortung.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können uns über den Weg streiten, wie wir dieses Problem angehen. Ich selbst bin sehr skeptisch, was Quotenregelungen angeht. Ich bin in dieser Partei damit groß geworden, dass wir hier eine Quote aus guten Gründen haben, nämlich die Geschlechterquote.

(Beifall)

Deswegen lautet die Forderung der Jusos auch nicht das ist fälschlicherweise so dargestellt worden auf eine Jugendquote, die wir einführen wollen. Aber was wir wollen, ist eine verbindliche Regelung, um hinzubekommen, dass Jusos in geschäftsführenden Vorständen, dort, wo die Entscheidungen getroffen werden, dort, wo die politischen Richtlinien festgelegt werden, verbindlich vertreten sind. Das ist unsere Forderung, die sich im Änderungsantrag 219 findet, den ich hiermit nachher zur separaten Abstimmung beantrage. Das ist ein sehr umfangreicher Änderungsantrag. Vieles davon haben wir in Zusammenarbeit mit der Antragskommission schon zu einer Einigung bringen können. Aber diese Frage ist offen. Entgegen dem, wie Lars es vorhin dargestellt hat, ist aktuell in der Kompromissfas-

sung, die wir gefunden haben, auch kein Arbeits- oder Prüfauftrag hinsichtlich unseres Kompassprozesses vorgesehen. Dieser Punkt ist offen.

Ich bitte euch inständig, uns – nicht für uns Jusos, damit wir in den geschäftsführenden Vorständen mitdabeisitzen können, sondern im Interesse von uns allen, im Interesse einer starken Volkspartei, die in der Lage ist, breite gesellschaftliche Schichten abzubilden – in unserer Forderung zu unterstützen, Jusos in die Vorstände vom Parteivorstand bis zum Ortsverein zu bringen. Wir werden alle miteinander davon profitieren. Das verspreche ich euch.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Lieber Kevin, vielen Dank. Wir haben nach fünf Minuten ganz schüchtern und dezent geklingelt - nicht weil wir dich abwürgen wollten, sondern weil wir inzwischen schon über 30 Wortmeldungen haben. Ich möchte euch das nur zur Orientierung sagen. Deswegen die Bitte, sich an die Redezeit zu halten.

Ich gebe jetzt Jessica Rosenthal aus NRW das Wort. Bereitmachen darf sich Torsten Warnecke.

(Beifall)

JESSICA ROSENTHAL, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte noch einmal das Thema Onlineforen auf die Tagesordnung setzen. Lars hat sehr prominent für diese Delegiertenrechte geworben. Ich glaube, Margit hat eben schon ganz gut dargestellt, wie viele Punkte eigentlich dagegen sprechen.

Wenn man sich das Antragsbuch der Änderungsanträge ansieht, dann sieht man von Ost nach West, von Süd nach Nord gibt extrem viele Änderungsanträge, die sich genau auf diesen Punkt beziehen und genau diese Delegiertenrechte herausstellen wollen.

Wir haben auch schon gehört, dass immer wieder Sachen in den Erneuerungsprozess verschoben werden. Ich frage mich, wenn das so die Lage ist, wieso wird dieser Punkt nicht in die Erneuerungsdebatte verschoben, sondern soll heute hier abgestimmt werden.

(Beifall)

Und anders als dargestellt ist das nicht nur ein Prüfauftrag, sondern wir sagen hier, dass wir die wollen und nur noch einmal schauen, wie die umgesetzt werden sollen. Das ist nicht richtig. Wir haben Arbeitsgemeinschaften. Das sind etablierte Strukturen. Die haben keine Delegiertenrechte. Aber Themenforen, von denen wir noch nicht einmal wissen, wer eigentlich dazu gehört, wie man das genau einrichtet, die sollen Delegiertenrechte bekommen. Ich bitte euch inständig, dass wir das an dieser Stelle nicht machen.

(Beifall)

Auch hier will ich noch einmal ganz klar sagen: Natürlich ist es richtig, diese Themenforen einzurichten, weil wir auch online eine breite Debatte brauchen. Es ist auch richtig, dass sie hier Antragsrecht haben. Sie sollen nämlich ihre Themen hier einbringen können. Das ist extrem wichtig. Aber das heißt eben nicht, dass die Delegiertenrechte bekommen, weil ich auch glaube, dass wir es uns damit zu einfach machen.

Es wird immer wieder von Familienfreundlichkeit gesprochen, Frauen mehr einzubeziehen. Aber ich glaube nicht, dass man, indem man Onlineforen Delegiertenrechte gibt, hier plötzlich eine junge

Mutter sitzen hat, die nur den Samstag zwei Stunden Zeit hat. Was glaubt ihr denn, wie die Debatte in diesen Onlineforen gerade um so eine Machtfrage laufen wird. Wird dann die Mutter, die sich vielleicht zwei Stunden in zwei Wochen einbringen und mitdiskutieren kann, hierher delegiert werden? Das glaube ich nicht.

(Beifall)

Wir müssen richtig anfangen und gucken, wie wir unsere Strukturen familienfreundlich gestalten können, wie wir wirklich partizipativ herangehen können.

(Beifall)

Wir sollten nicht einfach sagen, wir schaffen ein paar Onlineforen und die bekommen Delegiertenrechte und dann richtet sich das schon.

Ich bitte euch also wirklich inständig, dass wir das nicht machen und auch nicht, wenn Lars hier gleich noch einmal dafürspricht. Bitte stimmt diesem Änderungsantrag entweder aus NRW oder der Jusos - Nr. 200 in dem Fall - anders ab, als das die Antragskommission vorschlägt. - Vielen lieben Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Ich glaube, die Botschaft ist klar herübergekommen. Jetzt hat Torsten Warnecke das Wort. Bereit machen darf sich Delara Burkhardt.

TORSTEN WARNECKE, HESSEN-NORD:

Liebe Genossinnen und Genossen, Satzungsfragen sind Machtfragen, wie wir wissen. Uns treibt schon seit Jahren ein Antrag um, der insbesondere bei der Änderung unserer entsprechenden Satzungsfragen eine Rolle spielt. Ein Parteivorstand - wir haben das nicht selten erlebt - hat viele kritische Punkte in einen Gesamtantrag eingefügt und hat nicht über die einzelnen Sachen mit Zweidrittelmehrheit abstimmen lassen, sondern nur mit einfacher Mehrheit, um zu sagen, es wird am Ende geheilt durch die Schlussabstimmung.

Wir sind der Auffassung, wenn wir Satzungsänderungen diskutieren, muss für jeden Punkt, der strittig gestellt wird, eine Zweidrittelmehrheit stehen.

(Beifall)

Und, liebe Genossinnen und Genossen, damit wir uns nicht falsch verstehen: Es steht hier so lapidar, die Zweidrittelmehrheit steht ja in der Satzung. Wir haben leider diese Erfahrung nicht gemacht. Ihr seht im Antragsbuch, dass dieser Antrag schon zweimal gestellt worden ist und dass wir diesen Antrag zuvor schon einmal eingebracht hatten mit der Bitte an den Parteivorstand, sich über eine Satzungsänderung dergestalt Gedanken zu machen. Deshalb halten wir es für enorm wichtig, heute zu entscheiden, dass wir fürderhin Satzungen immer mit einer Zweidrittelmehrheit machen müssen.

Warum sage ich das? Wir haben in Hessen, dem Land, das die älteste Verfassung der Bundesrepublik Deutschland ausweist, demnächst mit der Landtagswahl, die wir gewinnen wollen, auch vor, die hessische Verfassung zu ändern. Derjenige, der die ändert, ist nicht der Landtag, auch nicht mit Zweidrittelmehrheit, sondern ist allein das Volk. Die dürfen nicht en bloc abstimmen über die 15 Änderungen, die im Moment in Rede stehen, sondern selbstverständlich sowohl im Block über alles, wenn sie zustimmen oder ablehnen, wie auch über die einzelnen Änderungen. Es bedarf dort nicht der Zweidrittelmehrheit - das ist logisch -, sondern der einfachen Mehrheit, aber der bedarf es in jedem Falle.

So sollten wir analog sagen, wenn es eine Zweidrittelmehrheit in unserer Satzung geben muss, dann muss die auch für die Einzelentscheidungen gegeben sein. Denn sonst, liebe Genossinnen und Genossen, läuft manchmal etwas durch, und wir können das am Ende auch nicht aufhalten, weil das wichtige Argument, nach Bundeswahlgesetz sind wir gezwungen, die Satzung zu ändern, und schon stimmt natürlich eine Zweidrittelmehrheit zu - wo wären wir auch -, und damit hat man durch die Hintertür wieder das eine oder andere eingeführt.

Ein letztes Argument für diesen Satzungsänderungsantrag. Es wird darauf verwiesen, dass auf Bundesebene angeblich klar ist, dass man natürlich eine Zweidrittelmehrheit für alles braucht. Aber weil es nicht in der Satzung steht, gibt es auch subalterne Gremien, wo, wenn diese Frage diskutiert wird, von mir auf Bezirks-, auf Unterbezirksebene, die Interpretation, die ich zunächst gegeben habe, doch durchaus fröhliche Urständ feiert. Man kann da nicht eben mal eine Justiziarin anrufen, dann ist das Kind in den Brunnen gefallen. Anschließend wiederum zu streiten, ob das, was dann das Justizariat im Sinne dessen, was ich gerade ausformuliert haben, uns weitergibt, ist ein bisschen spät. Denn dann haben wir eine Satzungsänderung beschlossen, und eigentlich ging es um den Inhalt, und es wird gefragt, warum haben wir es nicht gleich gemacht. Deshalb diese Klarstellung, um die wir herzlich bitten und die, glaube ich, auch für zukünftige Bundesparteitage klar sagt, wenn wir hier etwas ändern, Zweidrittelmehrheit. - Ich Danke für das Zuhören. Glück auf!

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. Delara Burkhardt ist die nächste. Bereit machen darf sich Stefan Engel aus Sachsen. - Delara, bitte.

DELARA BURKHARDT, SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Liebe Genossinnen und Genossen, lieber Lars Klingbeil, du hast gestern auf Twitter die gute Debatte auf diesem Parteitag gelobt und hast auch von der neuen Debattenkultur geschwärmt. Das sehen wir als Jusos genauso. Kontrovers zu diskutieren - das wurde auch in vielen Debattenbeiträgen gesagt - ist zentral, wenn wir darüber reden, wie sich die Partei erneuern soll. Debatten sind da der Schlüssel.

Ich möchte auch die Möglichkeit dieser Debatte nutzen, um auf den Ä 190 der Jusos aufmerksam zu machen. Der erste Punkt steht dort noch auf Empfehlung der Antragskommission auf ablehnen. Dieser Änderungsantrag ist aber als Beitrag zu verstehen, unsere Debattenkultur zu verbessern. Denn wenn wir hier debattieren, Pro und Kontra austauschen, wirklich gute Debatten führen, aber am Ende nicht über diese Sachfrage, die im Raum steht, abstimmen, sondern darüber, wie die Antragskommission darüber befunden hat. Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist eine Ecke im Kopf, die wir immer wieder, wenn wir jetzt wahrscheinlich 30 Wortbeiträge eine Stunde, nachdem wir diesen Änderungsantrag hier vorstellen, später nicht mehr im Kopf haben.

Deswegen wollen wir vorschlagen, dass die Delegierten auf diesem Parteitag nicht mehr darüber abstimmen, wie die Antragskommission über den Antrag entscheidet, sondern über den Antrag selbst.

(Beifall)

Gerade bei längeren Änderungsanträgen und Debatten, wie wir sie gestern hatten, ist nämlich furchtbar verwirrend. Deswegen,

Liebe Genossinnen und Genossen, stimmt diesem Antrag der Jusos zu, also stimmt praktisch gegen die Empfehlung der Antragskommission und für diesen Antrag.

Ich kann euch aus Schleswig-Holstein sagen, dass das ein ziemlich moderater Vorschlag ist. In Schleswig-Holstein haben wir nämlich die Empfehlung der Antragskommission komplett abgeschafft.

(Beifall)

Ob daraus Anarchie folgt, können wir euch beim nächsten Mal berichten. - Danke schön.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Delegierte, bevor Stefan Engel das Wort hat, wir haben hier noch gut 30 Wortmeldungen. Ich würde es so halten wollen: Wir schließen demnächst die Rednerliste. Wenn also jemand noch das ganz dringende Bedürfnis hat, sich zu melden, sollte er das jetzt tun. Ich werde es bekanntgeben, wenn wir in ein paar Minuten die Rednerliste schließen werden.

Stefan Engel. Ihm folgt Christine Negele.

STEFAN ENGEL, SACHSEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte einen kleinen Blick auf die politische Landkarte werfen. Vielleicht war der eine oder andere von euch schon einmal in der sächsischen Schweiz. Das ist ein sehr schöner Flecken Erde, sehr schönes Elbsandsteingebirge. Ja, es ist wirklich eine nette Gegend.

Es ist aber für uns als Sozialdemokratie keine ganz einfache Gegend. Bei der letzten Bundestagswahl hat die SPD im Wahlkreis Sächsische Schweiz/Ostertagebirge 7,8 % der Zweitstimmen errungen. Das ist zugleich der Wahlkreis, in dem Frauke Petry mit 34,4 % das AfD-Direktmandat, eines von dreien in Deutschland, errungen hat.

Die Sächsische Schweiz ist auch eine ehemalige NPD-Hochburg. Der eine oder andere wird das sicherlich noch im Hinterkopf haben.

Diese Gegend ist tatsächlich für uns als SPD nicht einfach. Die Strukturen sind schwach und auch unsere Mitgliederbasis ist sehr ausbaufähig. Insgesamt halten in der Sächsischen Schweiz 170 SPD-Mitglieder die Fahne noch - 170 Menschen, glaube ich, unter politischen Bedingungen und in einer Situation, die sich viele hier im Raum nur bedingt vorstellen können. Ich glaube, auch in einer Situation, in der viele nicht sein möchten. Denn die Widerstände, auf die man stößt, sind ganz andere, als es viele hier im Raum überhaupt erahnen können.

Ich bin Landesvorsitzender der Jusos in Sachsen. Trotzdem gibt es dort in diesen Regionen viele Menschen, die an die Sozialdemokratie glauben, und Leute, die Lust haben, da etwas zu bewegen. Auch im Kreisverband Sächsische Schweiz sind dieses Jahr 30 neue Leute eingetreten, in einen Kreisverband mit 170 Mitgliedern.

(Beifall)

Viele junge Menschen, die etwas machen wollen, die Lust haben, Strukturen auch zu verändern.

Das Problem ist: Die Hürden sind relativ groß, denn hauptamtliche Unterstützung ist rar gesät. Es ist schwierig, zu wirklich funktionsfähigen Strukturen zu kommen, denn 170 Mitglieder teilen sich auf immerhin sieben Ortsvereine auf. Ich glaube tatsächlich, dass wir als Jusos, dass wir als SPD andere Ansätze finden müssen und diese Leute, die dort die Demokratie noch hochhalten, stärker unterstützen müssen. Denn es gibt Potenziale. Auch in dieser Region haben schon mal fast 30 Prozent der Menschen SPD gewählt. Ich glaube, diesen Anspruch sollten wir auch vertreten, und auch die Bundes-SPD sollte sich in den kommenden zwei Jahren mehr Gedanken machen: Wie können wir die ostdeutsche Sozialdemokratie wieder ein Stück stärken? Wie können wir da neue Konzepte umsetzen? Denn viele Entwicklungen, die wir zum Beispiel in Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern haben, sind doch Entwicklungen, die auf mittlere Frist, wenn man sich unsere Mitgliederentwicklung anschaut, auch anderenorts zu beobachten. Konzepte wie der „Küchentisch“ oder ganz andere Organisationsformate, mehr Mitgliederformate sind doch Sachen, die vielerorts auch in den nächsten Jahren öfter umgesetzt werden sollen.

Deswegen würde ich dafür werben, dass auch die Bundes-SPD insgesamt öfter einen Blick auch nach Ostdeutschland richtet; denn viele der Problemlagen, mit denen wir heute dort schon konfrontiert sind, sind Problemlagen, die vielleicht in einigen Jahren auch bei Ort vor Ort anzutreffen sind. Da möchte ich einfach für eine neue Offenheit und vielleicht auch für eine gewisse Anerkennung werben, dass es dort noch Leute gibt, die die SPD auch weiterhin vertreten und ihr ein Gesicht geben. - Vielen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Stefan. - Ich hatte eben eine Wortmeldung zur Geschäftsordnung gesehen.

KATJA MAST, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Genossinnen und Genossen, ich beantrage eine Redezeitbeschränkung auf 3 Minuten - das wolltet ihr ja auch schon machen - und Schluss der Aufnahme in die Rednerliste. Ich glaube, die Argumente kann man auch in 3 Minuten auf den Punkt bringen. - Danke.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Delegierte, ich hatte eben ja schon mal angedeutet, dass wir die Redeliste schließen. Wir haben jetzt noch 30 Wortmeldung. Insofern finde ich, dass es ein sehr vernünftiger Vorschlag ist, dass wir die Redeliste schließen. Es würde sich sicherlich auch anbieten, auf 3 Minuten zu gehen. Insofern schließt sich das Tagungspräsidium diesem Wunsch an, den wir jetzt zur Abstimmung stellen würden. Wer stimmt dem Antrag zur Geschäftsordnung wie eben vorgetragen zu? - Wer ist dagegen? Bei wenigen Gegenstimmen haben wir das so beschlossen.

Dann fahren wir in der Redeliste, aber dann bitte ab sofort mit 3 Minuten. Das Wort hat Christine Negele. Ihr folgt Tobias Görtzen.

CHRISTINE NEGELE, BAYERN:

Ich hoffe, ich kriege es hin. Das war jetzt ein bisschen plötzlich.

Ja, wir haben dieses Mal tatsächlich einen Parteitag mit einer anderen Diskussionskultur, nicht nur, dass wir mehr aus den Untergliederungen reden, sondern auch, dass sich der Parteivorstand mit Immer-wieder-Dazwischengehen zurückgehalten hat, was ich sehr begrüße.

Wir hatten im Antragsbuch insgesamt 700 Anträge. Ich finde es schade, dass von der Antragskommission schon alleine 230 an unterschiedlichste Fraktionen, Kommissionen überwiesen wurden - ohne ein Votum. Ich finde, wenn wir hier etwas beschließen, dann sollten wir uns dazu verhalten und es als Material überweisen, aber nicht ohne Votum in irgendwelche Gremien, Fraktionen, Kommissionen, und dann wissen wir nicht mehr, wie ernst das genommen wird.

(Beifall)

Wir haben im Antragsbuch genau 13 Annahmen ohne Änderung, und wir haben 79, wo „Annahme entsprechend Veränderung der Antragskommission“ votiert worden ist. Bei 700 Anträgen ist das wirklich wenig.

Wir haben uns in Bayern nach den letzten Abläufen von Parteitagen und Konventen intensiv damit befasst, wie wir die Diskussionskultur und die Arbeitskultur in dieser Partei verbessern können. Deswegen steht auch als Überschrift über dem OA31 „Vorschläge zur Verbesserung der innerparteilichen Mitwirkung durch Veränderung der Regie des Parteivorstands und des Präsidiums bei Parteitagen und Konventen“. Darum geht es uns in den Anträgen.

Wir hatten auf den letzten Parteitag zunehmend - - Ganz schlimm war es dann bei einem Konvent, wo wir vier Initiativanträge hatten, die erst beim Konvent verteilt wurden, die aber überhaupt nicht initiativ waren, sondern das war das, was gerade im Regierungshandeln anstand. Darüber hat dann jedes Parteivorstandsmitglied sehr lange geredet. Die Antragskommission hat lange begründet. Bei den Parteitagen kamen dann auch noch diverse Gastredner dazu. Das heißt, es gab keine Debatte, wie wir sie jetzt hier in den letzten Tagen Gott sei Dank erleben durften.

Deswegen haben wir uns überlegt, was wir verändern können, und haben als Erstes in dem OA31 eine andere Geschäftsordnung vorgeschlagen, mit dem Ziel, das Rederecht zugunsten der gewählten Delegierten zu verschieben. Ich bitte euch, dem Antrag zuzustimmen und nicht zu verschieben. Ich finde, das können wir hier wirklich beschließen, dass wir wollen, dass wir so, wie es in den letzten Tagen war, aus diesem Gremium heraus wirklich auf Augenhöhe diskutieren können, und zwar mit derselben Redezeit, wie es die Menschen aus dem Parteivorstand machen dürfen.

(Beifall)

Dann bitte ich darum, dem OA88 zuzustimmen. Da geht es um den Leitantrag. Die Antragsfrist sollte für den Erstentwurf des Leitantrags gelten, der für alle Anträge gilt. Wie sollen denn sonst die Untergliederungen wissen, in welche Richtung es geht und was für Schwerpunkte gesetzt werden? Ich bitte darum, auch dem OA88 zuzustimmen.

Letztlich schlagen wir Quoten vor, wenn es um die Zusammensetzung von Parteitag und Konvent geht.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossin, wir - -

CHRISTINE NEGELE, BAYERN:

Ja, es wurde gerade - - Entschuldigung.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Nein, der Parteitag - nicht wir, sondern der Parteitag - hat beschlossen, dass wir auf 3 Minuten gehen. Deswegen ist meine Bitte an dich, aber auch an die nachfolgenden Rednerinnen und Redner: Wenn ihr euch -

CHRISTINE NEGELE, BAYERN:

Es ist der letzte Satz.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

- ja, ich will das kurz sagen - auf konkrete Punkte bezieht, vielleicht könnt ihr das am Anfang eures Redebeitrags machen. Dann sind die Botschaften übergekommen. Wir notieren das hier für die spätere Antragsberatung, und dann kommen alle auch noch dran. - Danke schön.

CHRISTINE NEGELE, BAYERN:

Tut mir leid, aber so ein Profi bin ich nicht, dass ich gleich um 2 Minuten spontan kürzen kann.

Also nur der letzte Satz: Ich bitte darum, dass dem Vorschlag der Antragskommission, den OA 87 und den OA91 abzulehnen, nicht gefolgt wird, sondern dass wir die auch an die Orga-Kommission über-

weisen, damit wenigstens darüber nachgedacht wird, wie wir es schaffen können, dass die Hälfte der Delegierten, und zwar wirklich nur die Hälfte, aus den Untergliederungen kommt und keine hauptamtlichen Politiker sind, weil da ein anderer Blick auf die Debatte kommt. Ich finde es wichtig, dass wir hier auf Augenhöhe über Inhalte diskutieren können. Deswegen bitte nicht der Ablehnung zustimmen, sondern einer Überweisung.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt hat Tobias Görtzen das Wort. Ihm folgt Yasemin Yilmaz.

TOBIAS GÖRTZEN, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir nennen uns selbst eine Debattenpartei. Doch auf dem letzten Parteitag, dem Dortmunder Programmparteitag, konnten wir das meiner Meinung nach nicht erfüllen. Wir hatten mal wieder ein Antragsbuch von über 1.000 Seiten. Wann haben wir es bekommen? Ein paar Tage vorher - wie immer! Dann gibt es eine Parteitagsregie mit 60 Minuten Debattenzeit. Diese Debatte war ein „Best of SPD 2017“, das halbe Präsidium. Keiner von denen hatte überhaupt einen Änderungsantrag, den er verteidigt hat. Ich wollte inhaltlich debattieren. Mein Antrag auf eine Rede - dafür war dann keine Zeit mehr.

In meinem Unterbezirk gab es einen Antrag zum Thema Riester-Rente, den ich auch verteidigen wollten, denn ich wollte auf einem Parteitag debattieren, dass wir uns als glaubwürdige Partei der gesetzlichen Rente präsentieren sollten und uns nicht weiterhin als Partei der Riester-Rente präsentieren sollten.

(Beifall)

Ich war nicht der Einzige mit dieser Forderung. 33 Forderungen - ich bin wirklich das ganze Antragsbuch durchgegangen - hatten das inhaltlich unterstützt. Kein Einziger hat eine Fortführung der Riester-Rente gefordert.

Unsere Antragskommission hat dann einen Initiativantrag austeilen lassen und hat danach noch eine Tischvorlage gegeben, auf der dann hinter jedem dieser 33 Anträge stand, hinter jedem einzelnen, dieser Antrag ist in den Initiativantrag eingeflossen. Das Ergebnis des Initiativantrags lese ich mal kurz vor: „Mit der Anhebung der Grundzulage und transparenten und verständlichen Produktinformationen erleichtert wir es, die hohe staatliche Förderung in Anspruch zu nehmen, vor der vor allem Geringverdienende und Kindererziehende profitieren.“

Dieses Ergebnis ist das komplette Gegenteil der 33 Anträge.

(Beifall)

In unseren Antragsbüchern stehen wirklich viele kluge Dinge. Und wir erwecken dadurch auch Hoffnungen an der Basis, die wir so nicht erfüllen können.

Liebe Genossinnen und Genossen, das können wir besser, und das müssen wir besser hinbekommen. Gerade und besonders auf einem Programmparteitag müssen wir als Debattenpartei der Kraft der Argumente vertrauen, und nicht der Inszenierung.

(Beifall)

Deshalb: Ein Programmparteitag darf nie wieder so eine Inszenierung sein - mit uns Delegierten als Statisten.

(Beifall - Glocke)

Ich habe noch 30 Sekunden, deshalb will ich noch eine Sache kurz ansprechen, die mich wirklich sehr geärgert hat in den letzten Wochen.

Auf den Schildern da vorne steht: „#SPDerneuern“. Dafür brauchen wir eine starke Person, die das nach vorne treibt. Und wir hatten einen klugen Vorschlag, den Martin Schulz eingebracht hat, mit Lars Klingbeil als Generalsekretär. Er hat sich dadurch hervorgetan, dass er ein Experte der Digitalisierung ist, dass er unter anderem bei D64 mitarbeitet und zum Thema Vorratsdatenspeicherung eine klare Haltung bezogen hat. Er hat seine Wahlkämpfe gewonnen in einem Wahlkreis, wo das wirklich kein Selbstläufer war. Er hat gesagt: „Schreibt mir Nachrichten über WhatsApp“, und er hat auch geantwortet - teilweise kritisch, teilweise klar. Und ich lese über diese Person ausschließlich, dass sie männlich, Niedersachsen und Seeheimer ist. Das wird ihm nicht gerecht.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ich muss dich jetzt leider an der Stelle unterbrechen, weil die drei Minuten abgelaufen sind, und wir haben wirklich noch ganz viele Wortmeldungen.

TOBIAS GÖRTZEN, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Verstehe ich. - Ich hätte mich einfach gefreut, wenn dieser Parteitag dieser Person den Rücken klarer gestärkt hätte. Das ärgert mich, und das wollte ich hier noch mal kurz loswerden.

Danke schön.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt kommt Yasemin Yilmaz. Ihr folgt Klaus Barthel.

YASEMIN YILMAZ, BAYERN:

Danke für die Geduld während des kurzen Umbaus. Es ist aber auch klasse, dass wir hier so ein barrierefreies Pult haben - das nur als Anmerkung. Das finde ich echt stark.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben hier schon ganz viel über unsere Debattenkultur gesprochen. Ich finde, auch das spricht für uns, dass wir das reflektieren und uns hier besser machen wollen, dass wir uns darüber unterhalten, wie wir reden wollen, wie wir gestalten wollen. Das finde ich sehr gut, dass wir uns heute dafür die Zeit nehmen.

Ich möchte auch für den Änderungsantrag ÄA190, der von Delara schon angesprochen wurde, werben. Wie schon dargestellt wurde, sieht er vor, dass wir in Zukunft über die Anträge selbst und nicht über das Votum der Antragskommission abstimmen. Mir ist dieser Punkt sehr, sehr wichtig, und ich bin auch dankbar, dass die Jusos den eingebracht haben. Dabei geht es nicht nur um die Übersichtlichkeit - ja, Delara, da hast du recht, es ist manchmal nicht ganz so übersichtlich, worüber wir hier reden; das ist vielleicht aufgrund der Größe auch schwierig. Dazu vielleicht nur als Anmerkung in Klammern: Vielleicht könnte man das in Zukunft auch ein bisschen visualisieren. Wir haben hier so viele Bildschirme; vielleicht kann man einblenden, worüber wir gerade reden.

(Beifall)

Mir ist jedoch der Antrag auch noch aus einem anderen Grund sehr, sehr wichtig. Denn es geht auch darum, was wir in den Fokus unseres Handelns stellen. Und der Grund, aus dem wir uns hier drei Tage lang treffen, sind doch im Kern die Anträge. Wir wollen hier beraten und gestalten. Wir sind eine Partei, und deswegen beraten wir über Anträge. Weshalb stellen wir dann diese Anträge nicht auch in

den Vordergrund? Warum sprechen wir nicht über die Inhalte, die hart erarbeitet wurden, die mit viel Arbeit geschrieben wurden, die von uns Delegierten gelesen und diskutiert wurden? Warum sprechen wir nicht direkt darüber, sondern über das Votum der Antragskommission? Warum so indirekt? Warum nicht direkter?

(Beifall)

Ich denke, das würde vieles vereinfachen. Deshalb mein Appell in dem System, in dem wir momentan noch beraten: Bitte stimmt gegen das Votum der Antragskommission und für diesen Antrag, damit ich in Zukunft hier oben stehen und fragen kann, ob ihr für einen Antrag seid oder nicht.

Danke.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Herzlichen Dank, Yasemin. - Jetzt hat Klaus Barthel das Wort. Ihm folgt Annemarie Wolf.

KLAUS BARTHEL, BAYERN:

Ich schon wieder, liebe Genossinnen und Genossen. Ihr könnt uns die Redezeit verkürzen, so viel ihr wollt, ihr könnt uns auch nicht wählen und überstimmen, aber ich glaube, je mehr ihr das tut, desto mehr kämpfen wir für neue Mehrheiten von unten.

(Beifall)

Ich glaube, dass es keine Erneuerung dieser Partei ohne die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt. Ich stelle erst mal fest: Die Organisationskommission bekommt jetzt viele Anträge überwiesen, die, das haben wir schon gehört, im Wesentlichen auch die Arbeitsgemeinschaften betreffen. Nur hat diese Organisationskommission bis jetzt zwei Vertreterinnen bzw. Vertreter für acht Arbeitsgemeinschaften, einen für die großen und eine für die kleinen - aber ohne Stimmrecht, liebe Genossinnen und Genossen. Da wird in Kommissionen überwiesen, wo die, die es in dieser Partei betrifft, vielleicht gerade mal mitreden können, aber auch nur zum Teil, und auf keinen Fall mitentscheiden können. Das ist auch ein Stück Erneuerung, das wir brauchen: So geht es nicht!

(Beifall)

Es ist viel – damit komme ich zu unserem Arbeitsbereich – von der Entfremdung gegenüber der Arbeiterschaft die Rede gewesen. Das hat einen inhaltlichen Aspekt und einen organisatorischen. Sigmar Gabriel hat gestern in seinem fünfminütigen Statement versucht, das kulturell zu erklären, dass wir woanders wohnen und so. Das ist so. Ich hätte in der Wohnung, in der ich als junger Mensch gerne geblieben wäre, nicht bleiben können, weil das eine Sozialwohnung war; das war entsprechend gebunden.

Aber es geht nicht in erster Linie um die Kultur und darum, wo wir wohnen, sondern die Frage ist, ob wir die Interessen der Menschen repräsentieren oder ob wir auch noch von der Partei aus besser wissen wollen, was die Leute wollen, die wir vertreten wollen. Es gibt einen bemerkenswerten Aufsatz von Paul Collier am Beispiel Großbritanniens mit dem Titel „Heimat ist das Fundament der linken Mitte“. Darin wird beschrieben, wie die Arbeiterbewegung sich verändert hat von einer Selbstorganisation hin zu einem Paternalismus, zu einer Betreuungsinstitution, wo dann, wie es heißt, die Schutzherrn der Arbeiterklasse die Herrschaft übernehmen, deren Sorgen sie selbst nicht kennen. - Also Technokraten und Technokratinnen von den Bildungsaufsteigern und Eliten übernehmen sozusagen die Vormundschaft.

Genau das kann es nicht sein. Wir sind eine Partei, die die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selber und direkt organisieren muss.

(Beifall)

Dafür brauchen wir Plattformen und Organisationsformen. Da kann es eben nicht sein, dass es Jugendarbeit ohne bzw. gegen Jusos, Frauenarbeit ohne bzw. gegen die ASF und Arbeitnehmerpolitik ohne bzw. gegen die AfA gibt.

(Beifall - Glocke)

Deswegen das muss ich schon noch loswerden, weil das konkret sichtbar sein muss kann es doch nicht sein, dass es, wenn wir nicht Mandatsträgerinnen und Mandatsträger als Funktionäre dieser Arbeitsgemeinschaft sind, heißt: „Eure Reisekosten gehen, weil ihr keine Bahncard 100 habt, zulasten eurer Regionalkonferenzen und eurer politischen Arbeit“, und wir dann mehr bezahlen müssen für Reisekosten und Spesen.

Wir brauchen eine vernünftige Ausstattung der Arbeitsgemeinschaften, und wer irgendwelchen Themenforen Stimmrecht geben will, der muss erst einmal Delegierte und Antragsrecht für alle Arbeitsgemeinschaften organisieren. Das wäre der erste Ansatz für mehr Demokratie in dieser Partei.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Danke, lieber Klaus. - Jetzt gestattet mir doch eine Bemerkung seitens des Tagungspräsidiums: Erstens. Die Verkürzung der Redezeit und Schluss der Redeliste war ein Antrag von den Delegierten, den wir zur Abstimmung gestellt haben.

Ich sage jetzt auch mal dazu: Es gehört auch zur Aufgabe eines Tagungspräsidiums, diesen Parteitag zu einem Zeitpunkt zu Ende zu bringen, wo die Delegierten es eingeplant hatten, weil wir auch wissen, dass wir irgendwann dann relativ alleine hier sitzen. Ihr dürft sicher sein, das Tagungspräsidium wird bis zur letzten Minute hier sein. Ob wir das noch mit ausreichend Delegierten tun, ist die andere Frage.

Ich weise auch darauf hin, dass es viele Ausstellerinnen und Aussteller beim Dröscher-Preis gibt und dass es auch eine Form des Respektes ist, dass wir auch den Dröscher-Preis nicht vor leeren Reihen verleihen.

Ich will ein Drittes hinzufügen: Wo der eine sich über Verkürzung der Redezeit beschwert, ist es für den anderen eine Möglichkeit, auch noch reden zu können. Ich kann mich kaum an einen Parteitag erinnern, wo so viele Delegierte die Möglichkeit hatten, ihre Position einzubringen, wie auf diesem Parteitag.

Also, ich habe jetzt doch das Bedürfnis gehabt, noch mal richtigzustellen, dass wir hier oben uns als die verstehen, die den Parteitag vernünftig leiten wollen, die aber vor allen Dingen auch die Rechte der Delegierten wahren.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Annemarie Wolff. Ihr folgt Jens Zimmermann.

ANNEMARIE WOLFF, BRANDENBURG:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rede zum Änderungsantrag 219. Seit ich in die Partei eingetreten bin, höre ich immer wieder von den verschiedensten Personen und Organisationen in der SPD: Ihr,

die Jugend, seid die Zukunft unserer Partei. Diese Aussage zieht sich übrigens durch, von den Ortsvereinen über die Unterbezirke, über die Landesverbände bis hin zur Bundespartei. Diese Aussage häuft sich dann an zwei Punkten: vor den Wahlen. Denn, sind wir mal ehrlich, ohne uns junge Leute wäre der Wahlkampf gar nicht so einfach zu meistern.

(Beifall)

Ihr, die Jugend, seid die Zukunft unserer Partei. Und nach verlorenen Wahlen, wenn man merkt: Hätten wir mal etwas mehr auf die Jusos gehört. Ihr, die Jugend, seid die Zukunft unserer Partei.

Seit ich in die SPD eingetreten bin, denke ich, wow, das habt ihr gut erkannt. Denn dann werden die Jusos ja jetzt sicher richtig gut eingebunden. Die Antwort darauf ist leider meist ein klares Nein. Mir wird oft gesagt, mein Ortsverein und Unterbezirk, das wären für uns Jusos das Land, in dem Milch und Honig fließen.

Wenn man das so sieht, darf man sich dennoch ruhig fragen: Und, wie geht es an anderer Stelle weiter? Viele von uns waren schon in der Situation, um Listenplätze zu kämpfen. Und, wer bekam die guten Plätze? Aus alter Tradition die älteren weißen Männer. Ich will diesen Herren bei weitem nicht ihre Kompetenz und ihr Können absprechen; denn wir haben da draußen an der Basis viele großartige Menschen, die für uns seit Jahren und Jahrzehnten kämpfen. Aber auch die Jugend hat was drauf. Also gebt uns auch die Chance, das zu beweisen.

(Beifall)

Wenn zum Beispiel Mitglieder in Verantwortung, die selbst vor wenigen Jahren im Juso-Alter mit einem Listenplatz jenseits der 30 abgestraft wurden, nun aber nicht mal ein offenes Ohr für die im Antrag genannten Punkte haben, liebe Freunde, dann kann das doch nicht die Erneuerung sein, von der wir hier alle reden.

(Beifall)

Ich weiß, die Dinge laufen in vielen Landesverbänden genauso, und wir müssen endlich etwas tun. Daher bitte ich euch: Unterstützt den Änderungsantrag 219 in der eingebrachten Form, ein fester Juso-Platz in den geschäftsführenden Vorständen und die Berücksichtigung junger Leute bei Listenaufstellungen. Ich glaube, dass Martin und auch Lars verstanden haben, wie wichtig die Jugend in unserer Partei ist. Daher bitte ich auch euch beide: Sprecht euch für unseren Änderungsantrag aus, und lasst uns gemeinsam die Zukunft gestalten. Danke.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Herzlichen Dank. Da sieht man, wie viel man in drei Minuten unterbringen kann. - Jens Zimmermann. Ihm folgt Anneka Beck.

JENS ZIMMERMANN, HESSEN-SÜD:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, wir haben eine sehr gute organisationspolitische Debatte, die ja viele Bereiche aus unserem Alltag widerspiegelt. Wenn ich die Debatte so ein bisschen zusammenfasse, ist mein Eindruck, dass wir eigentlich alle hier das Gleiche wollen. Wir sollten uns eine Sache klarmachen: Wir sollten uns nicht gegeneinander ausspielen lassen oder uns irgendwie gegeneinander hier in Stellung bringen; denn ich glaube, das wird unserer Zielrichtung überhaupt nicht gerecht.

Lars hat vorhin die Frage mit den Themenforen eingebracht. Daran hat sich jetzt ziemlich viel Diskussion entzündet. Ich glaube, dass wir diese Diskussion einfach in eine andere Richtung kanalisieren

müssen; denn wir wollen alle mehr Beteiligung. Wir wollen, dass alle Meinungen in unserer Partei gehört werden. Und wir wollen sicherstellen, dass jede und jeder in jeder Lebenssituation sich in unsere Partei einbringen kann. Und wenn wir doch eins alle wollen, so ist das, dass vor allem auch die vielen Neumitglieder sich bei uns willkommen und gut aufgenommen fühlen.

Ich will nur mal eine Zahl nennen. Bei dieser Initiative SPD++, die ich gerne unterstützt habe, sind die Antragsvorschläge 30.000-mal heruntergeladen worden. Alleine daran kann man erkennen, wie man online heute auch Aufmerksamkeit erzeugen kann, wie man dort viele Leute erreichen kann, die vielleicht nicht die Zeit haben und vielleicht auch manchmal nicht die Lust haben, in den Ortsverein zu gehen oder auch bei den Jusos mitzumachen.

Ich finde aber, wir sind doch in einer Situation, wo wir jeden und jede, die mitmachen will, brauchen. Und wenn wir dafür unser Angebotspektrum erweitern, dann ist das doch eine gute Sache. Ich würde deswegen vorschlagen: Wir haben hier von der Antragskommission einen vernünftigen Vorschlag. Wir beschließen dort heute nichts, außer dass wir den Parteivorstand beauftragen, binnen der nächsten zwei Jahre einen Vorschlag dazu zu machen. Heute wird hier niemand mit Delegiertenrechten ausgestattet, oder es werden irgendwem welche genommen.

Ich rufe allen Arbeitsgruppen zu, das doch als Chance zu betrachten, eben genau das, was der Klaus Barthel eben hier beklagt hat, in diesen Prozess auch mit einzubringen und zu fordern. Ich glaube, das wäre ein guter Blick auf das Votum der Antragskommission. Deswegen bitte euch wirklich, dem zu folgen, damit wir hier am Ende des Parteitages mit halbvollen Reihen nicht noch irgendwie in eine chaotische Situation kommen, wo dann Anträge auch mit schwierigen Mehrheiten vielleicht dann runtergenommen werden oder raufgenommen werden. Ich finde, es ist ein guter Kompromiss, der hier vorliegt.

Und ich sage es noch mal: Wir brauchen alle, die bei uns mitmachen wollen, alle, die diese Partei mit erneuern wollen. Man sollte nicht, vielleicht aus einer sehr dogmatischen Haltung heraus, das jetzt im Keim ersticken.

Vielen Dank.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Herzlichen Dank. Anneka Beck und dann Wolfgang Schmid.

ANNEKA BECK, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Genossinnen und Genossen, gestern wurde sehr viel darüber gesprochen, dass wir innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands neue Narrative brauchen. Deswegen rufe ich euch auf, Genossinnen und Genossen: Lasst uns nicht weiter reproduzieren, was wir in den Medien lesen, was wir selbst uns immer wieder sagen, dass wir nämlich nicht weiblich genug sind, sondern lasst uns doch einfach mal zeigen, wie viele tolle Frauen wir haben, wie viele wir sind und was für ein Engagement unter Frauen wir hier vor Ort haben. Lasst uns einfach einmal laut zeigen, wie viele Frauen wir hier im Raum sind.

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, gerade hat mich ein Journalist angesprochen und hat gesagt, ihm und seinen Kolleginnen und Kollegen wäre aufgefallen, dass unheimlich viele junge Frauen hier wären, junge Frauen reden würden. Ich denke, das ist ein gutes Zeichen, das wir nach außen tragen sollten, dass diese Partei tatsächlich sehr viele Frauen zeigen und nach vorne stellen kann.

Und um vielleicht noch mal auf die Änderungsantragsdebatte einzugehen: Die SPD Münster hat in der Änderungsantragsdebatte den Antrag gestellt, die ganzen gleichstellungspolitischen Forderungen

gen der AsF in den Leitantrag zu übernehmen. Das wird jetzt in den Erneuerungsprozess überwiesen, und das ist für mich auch in Ordnung so.

Wichtig ist, dass wir das alle gemeinsam besprechen; denn der UB Münster ist ein Vorzeigemodell. Wir haben eine paritätisch besetzte Ratsfraktion. Wir haben zur letzten Kommunalwahl eine paritätisch besetzte Wahlkreisliste gehabt. Das liegt unter anderem daran, dass für uns ein Reißverschluss bei Wahlen, ein Reißverschluss bei den Redelisten ganz normal sind, dass wir auf allen Gremienebenen parteiöffentlich tagen, dass wir Mitgliederversammlungsprinzip haben statt Delegiertenprinzip auf Parteitag.

Ich glaube, diese Offenheit und diese Vielfalt sollten wir so, wie in den Unterbezirken, in denen das schon umgesetzt wird, auch für den Rest der Partei nutzen. Vielleicht können wir das im Erneuerungsprozess einfach noch mal wirken lassen. Wir sollten an dieser Stelle offen sein für alle Menschen, die bei uns mitmachen wollen, und damit auch zeigen, dass gerade auch für Frauen ein Parteitag und eine Partei ansprechender gestaltet werden, je offener und je vielfältiger wir sind.

Deswegen an dieser Stelle noch mal: Mut zur Veränderung, was die gleichstellungspolitischen Organisationsanträge angeht! Bitte nehmt die mit in eure Unterbezirke und diskutiert die in den nächsten zwei Jahren, damit wir sie in zwei Jahren auf dem Parteitag abstimmen können und nicht wieder verschieben müssen. - Danke schön.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Wir danken auch. - Wolfgang Schmid, ihm folgt Elke Ferner.

WOLFGANG SCHMID, BAYERN:

Liebe Genossinnen und Genossen! In dem Antrag steht viel von Mitgliederbeteiligung, Mitgliedermitsprache usw. Wenn wir aber als Ortsvereine, als Arbeitsgemeinschaften, als Internetforen usw. Kontakt mit unseren Delegierten aufnehmen wollen, dann müssen wir dazu die Namen haben. Als wir das offiziell von den Geschäftsstellen haben wollten, ist es uns vom Ortsverein Büchenbach verweigert worden, diese zu erhalten - mit Verweis auf die Datenschutzrichtlinie.

Ich habe dann Kontakt mit dem Datenschutzbeauftragten von Bayern aufgenommen, und die haben mir gesagt, dass es ein Urteil des Bundesgerichtshofs gibt, wonach wir als Ortsvereine das Recht haben, diese Namen und Adressen mit postalischer Anschrift zu erfahren, damit wir damit Kontakt aufnehmen können.

Das steht in dem Antrag O 41 auf der Seite 339/340.

Liebe Genossen, dann erfahren auch die Delegierten eine Rückmeldung, was die Basis will. Dann kann anderes aufeinander abgestimmt werden, und unser Antragsbuch wird vielleicht auch etwas dünner.

Schließlich wissen wir: Das Ganze ist beschränkt. Der Ortsverein - das steht auch in dem Antrag - darf die Daten nur dazu benutzen, um eben den Kontakt aufzunehmen, und er hat den Datenschutz zu gewährleisten.

Ich bitte also darum, dass dem Votum der Antragskommission, das abzulehnen, widersprochen wird und dass wir beschließen, dass wir Ortsvereine das Recht erhalten, die Namen der Delegierten zu erhalten, um mit denen Kontakt aufzunehmen. Dann wird die Basis tatsächlich gestärkt, und dann werden auch wir Delegierte gestärkt.

(Vereinzelt Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Als Nächstes hat Elke das Wort. Ihr folgt Marc Dietzschkau.

ELKE FERNER, ASF-BUNDESVORSITZENDE:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich glaube, dass die Debatte über die Fragen, wie wir in unseren Gliederungen in Zukunft weiter Politik machen und wie wir Möglichkeiten schaffen können, mehr Menschen zu beteiligen, genauso wichtig ist wie die inhaltliche Debatte, die wir gestern und vorgestern geführt haben.

Wir haben bei der ganzen Diskussion über „SPDerneuern“ immer wieder zwei Adjektive gehört: jünger und weiblicher. - Beides ist notwendig. Wir haben zu wenige junge Menschen in der Partei, die mitmachen können, und wir haben zu wenige Frauen, die Mitglieder sind. Da müssen wir attraktiver werden. Und die Frauen, die Mitglieder sind, können sich nicht in dem Umfang, wie sie gerne möchten, an der Parteiarbeit beteiligen.

Deshalb fordern wir seitens der ASF auch ganz klar - ich bin sehr froh, dass sich das in dem Leitantrag wiederfindet -, dass wir das, was wir zurecht von anderen fordern - in der Wirtschaft, in der Verwaltung -, auch in unserer eigenen Partei leben,

(Beifall)

dass Frauen mitmachen können, dass junge Frauen, aber auch Männer Beruf, Familie und Ehrenamt miteinander vereinbaren können und dass eben auch mehr Frauen in Führungspositionen gewählt werden und vertreten sind.

(Beifall)

Deshalb ist die Parität im Präsidium ein ganz wichtiger - ich füge aber auch hinzu: erster - Schritt, um hier dann auch wirklich zu einer paritätischen Beteiligung zu kommen.

Das, was für die Wirtschaft und für die Verwaltung richtig ist, das muss ja für die SPD nicht falsch sein. Die SPD könnte davon ja durchaus auch noch profitieren.

Das Zweite ist: Wir hatten auf dem letzten Parteitag einen Antrag zum Thema Doppelspitze, und wir haben jetzt wieder einen vorliegen. Wir haben uns in der Antragskommission geeinigt, dass wir das jetzt zunächst einmal auf der Ortsvereinsebene erproben wollen. Dazu wird gleich auch noch ein Antrag aus Niedersachsen kommen. Danach soll das Wort „partizipativ“ in der Fassung der Antragskommission durch das Wort „gleichberechtigt“ ersetzt werden. Ich glaube, das wird dem Anliegen auch gerechter, und ich würde euch bitten, das zu unterstützen.

(Vereinzelt Beifall)

Ich finde, wir müssen da besser werden. Wir müssen auch gucken, dass wir von dieser Dauerpräsenzkultur wegkommen, die wir auch in unseren Gremien pflegen. Wir müssen es möglich machen, dass Menschen - Männer wie Frauen - sagen können: Ja, ich bin bereit, mich für ein, zwei oder vielleicht auch drei Jahre mehr zu engagieren. Sie müssen aber genauso gut, ohne negative Konsequenzen zu haben, auch das Recht haben, sagen zu können: „Ich kann mich im nächsten halben, dreiviertel oder ganzen Jahr oder auch die nächsten zwei Jahre nicht in dem Umfang engagieren“, also trotzdem zu bestimmten Ereignissen bei Delegationen oder so etwas mit dabei sein können. Das muss auch in der SPD möglich werden.

(Vereinzelt Beifall)

Ich glaube, dass wir eines nicht vergessen dürfen: Wir haben großartigen Sachverstand in allen Arbeitsgemeinschaften, und es ist richtig, auch befristete Projekte - Themenforen usw. - zu machen.

Aber stellt sie bitte nicht in Konkurrenz zu denen, die schon da sind. Bindet das zusammen! Versucht, dann Synergieeffekte zu erzielen, den Sachverstand einzubinden, der da ist, und an der Stelle keine Konkurrenzveranstaltungen zu machen.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Elke. - Als Nächstes rufe ich Marc Dietzschkau auf, und bereitmachen darf sich Annika Klose. - Marc, bitte schön.

MARC DIETZSCHKAU, SACHSEN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich persönlich finde das Antragsrecht und auch das Delegiertenrecht für die Themenforen eine gute Idee. Da gebe ich Lars ausdrücklich recht. Wenn man Anträge in dieser Form erarbeitet, dann sollte man sie auch zum Parteitag stellen können und dazu reden und am Ende darüber abstimmen dürfen. Es gibt hier aber ein großes Problem, und zwar: Wenn das so weiterläuft wie bisher, dann macht das am Ende doch keinen wirklichen Sinn.

Denn wie läuft es denn? Die Anträge werden eingereicht. Dann trifft sich irgendwann die Antragskommission, und in unendlicher Weisheit überweist sie diese Anträge dann an die Bundestagsfraktion. Über die Anträge an sich wird auf dem Parteitag nicht gesprochen und abgestimmt. Das ist ein riesiges Problem, liebe Genossinnen und Genossen.

Wir müssen auch die Parteitage demokratisch und partizipativer gestalten. Dazu gibt es im Antragsbuch und auch im Änderungsantragsbuch ein paar Vorschläge.

Ich möchte mich jetzt hier direkt auf den Änderungsantrag 184 beziehen, den wir als Sachsen gerne ausgelöst hätten und abstimmen möchten.

Stellt euch mal vor: Wir können nämlich über Anträge und nicht über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wir brauchen niemanden, der uns Delegierten alles vor denkt. Wir können auch einen Parteitag haben, der nicht mit Massenüberweisungen an irgendwelche anderen Gremien endet. Das können wir uns alles anschauen. Darüber können wir ergebnisoffen diskutieren.

Das ist aber noch nicht ganz alles. - Es wurde auch schon erwähnt: Wir können auch bei den Abläufen der Parteitage was machen.

Ihr seht das ja: Wir haben hier ringsherum sieben große Bildschirme hängen. Der Erkenntnisgewinn ist sehr gering. Bei „Phoenix“ steht wenigstens noch der Name drauf. Was spricht denn dagegen, Redelisten zu visualisieren? Was spricht dagegen, den Antrag, der gerade beraten wird, zu visualisieren? Was spricht dagegen, Änderungsanträge zu visualisieren?

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben die Technik. Wir reden ja die ganze Zeit über Digitalisierung, aber der Parteitag läuft im Wesentlichen so ab wie vor 30 Jahren.

Dazu auch noch: Warum gibt es an diesen Delegiertenplätzen keine Steckdosen? Das ist eine Kleinigkeit.

(Beifall)

Das kann man doch hinbekommen. Dann bleiben vielleicht auch mehr Leute im Saal, weil sie nicht ständig rausrennen müssen, um ihre Handys zu laden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir brauchen hier, glaube ich, keine Revolution. Wir können an vielen Stellen Dinge ändern; Vorschläge sind da. Wir können sie ergebnisoffen diskutieren; denn eine Antragskommission ist kein Automatismus. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Ich darf dann jetzt Annika Klose aufrufen, und bereitmachen darf sich Kai Dolgner aus Schleswig-Holstein.

ANNIKA KLOSE, BERLIN:

Vielen lieben Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte noch einmal zum Änderungsantrag 219 der Jusos reden. Dabei geht es um die feste Verankerung der Jusos in SPD-Strukturen.

In den Debatten rund um die sogenannten Juso-Plätze, wie sie zum Teil despektierlich genannt werden, wurde mir oft das Argument entgegengebracht, es sei ein Gegeneinander-Ausspielen. Uns geht es aber absolut nicht um ein Gegeneinander-Ausspielen, es geht uns um ein Miteinander. Es geht nicht darum, altverdiente Genossinnen und Genossen oder ältere Genossinnen und Genossen aus den Vorständen zu verdrängen, sondern es geht uns grundlegend um ein Miteinander auf Augenhöhe. Es geht darum, ein strukturelles Problem anzugehen, das vor allem junge Leute betrifft. Es betrifft vor allem die Jusos.

Wir Jusos das wisst ihr sind nicht nur da, um im Wahlkampf zu unterstützen, Plakate zu kleben und Altersschnitte auf irgendwelchen Fotos zu senken. Auch das machen wir gerne. In die Parteiarbeit und in die Wahlkämpfe bringen wir uns, wie ihr wisst, mit sehr großer Leidenschaft ein. Hand aufs Herz - viele der Wahlkämpfe wären ohne die Jusos, gerade der letzte Wahlkampf, nicht so engagiert gewesen, sie wären oft gar nicht möglich gewesen.

(Beifall)

Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten sind aber nicht nur eine Partei Jugend, die in Wahlkämpfen hilft oder irgendeine Arbeitsgemeinschaft, sondern wir sind eine eigenständige Jugendorganisation. Wir sind ein linker Richtungsverband mit einer eigenen Kultur, mit eigenen Beschlüssen und mit einer Anstoßfähigkeit in gesellschaftliche Gruppen, die die SPD schon sehr lange nicht mehr erreicht. Wir füllen nicht nur die SPD mit Leben und stoßen Debatten an, die wichtig sind, sondern wir schaffen es auch, von der 14-jährigen Schülerin bis hin zur 34-jährigen Ingenieuren, die gerade im Berufsstart ist, einen großen Teil der gesellschaftlichen Gruppen zu integrieren.

Wir übernehmen Verantwortung auch in dieser Partei, indem wir in dieser Partei rege Debatten anstoßen und diese solidarisch-kritisch miteinander führen. Wenn es aber darum geht, dass etwas entschieden werden kann oder entschieden werden soll, dann findet diese Jugendorganisation in der Partei aber nicht die entsprechende Anerkennung. Sie wird häufig ausgeblendet. Viele von uns machen die Erfahrung, dass, wenn sie dann in die SPD-Gliederungen und Gremien gehen, ihr Juso-Engagement dort nicht entsprechend geschätzt oder gesehen wird, sondern dass diejenigen, die schon sehr lange dabei und am längsten dabei sind, meinen, sie hätten ein Erstzugriffsrecht auf entscheidende Positionen, die jungen Leute könnten ja noch ein bisschen warten, die haben ja noch Zeit und bringen diese mit.

Dieses Problem wirkt sich strukturell aus. Kevin hat vorhin sehr beeindruckende Zahlen dazu vorgestellt, was es bedeutet. Es bedeutet, dass wir viele zu wenig junge Leute in entscheidenden Positionen und in Fraktionen haben, dass sich das dort einfach nicht abbildet und unser Engagement nicht wahrgenommen wird.

Es geht uns darum, junge Leute und junge Positionen in dieser Partei sichtbar zu machen und auch etwas mitentscheiden zu können. Viele Gremien und viele Gliederungen haben dieses Problem ja auch festgestellt und sich hier mit Anträgen eingebracht.

Es geht uns auch darum: Wir wollen mit einem festen Platz verankert sein, weil wir Brücken bauen wollen. Es geht darum, Brücken für Leute zu bauen, die sich über Jahre sehr verantwortungsvoll in die Jugendorganisation eingebracht haben

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ich muss dich leider auf die Redezeit hinweisen. Sie ist auch auf dem Redepult vorne dargestellt.

ANNIKA KLOSE, BERLIN:

Versprochen: letzter Satz! - und dann, wenn sie in die SPD wechseln wollen, an eine Decke stoßen. Das ist meistens in der Zeit zwischen 25 und 35, die mit einer Familiengründung und dem Job ein Stück zusammenfällt. Das betrifft vor allem oft junge Frauen. Deswegen

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Wir müssen jetzt leider den nächsten Redner aufrufen. Es tut mir wirklich leid. Sonst kommen nicht mehr alle dran, die sich gemeldet haben.

ANNIKA KLOSE, BERLIN:

Bitte stimmt dem Änderungsantrag 219 zu! - Danke.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Kai ist der Nächste. Es folgt Ulrike Sommer.

(Beifall)

KAI DOLGNER, SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mit euch über unseren Änderungsantrag Ä177 aus Schleswig-Holstein sprechen. Es ist okay, dass fast alles abgelehnt worden ist. Aber einen Punkt möchte ich hier doch noch einmal aufrufen. Es geht um die Frage, wie wir unseren Parteikonvent so stärken, dass er die Funktion erfüllen kann, für die wir ihn gebildet haben, nämlich zwischen den Parteitagen in schwierigen Fragen so zu klären, dass auch diejenigen, die unterlegen sind, das Ergebnis akzeptieren können. Das war in der Vergangenheit leider nicht so, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Wir müssen uns auch fragen, warum wir für die eigentliche Verfahrensfrage, was nach den Sondierungen passieren soll, mehrheitlich gesagt haben: Wir wollen nicht, dass das der Konvent macht! - Warum ist das denn so, liebe Genossinnen und Genossen? - Das sind nach unserer Beobachtung zwei Punkte. Der eine Punkt ist, dass der Konvent nicht öffentlich ist. Das ist auch nach unserer Auffassung okay. Denn wir werden auch weiterhin kritische, schwierige Fragen, gerade in schwierigen Koalitions-

konstellationen, miteinander zu besprechen haben. Das sollten wir offen, fair und ehrlich tun. Deshalb können wir nicht von der Nichtöffentlichkeit herunter. Aber da die Menschen draußen und die Basis deshalb die Debatten nicht nachvollziehen können, müssen wir einen Punkt dringend beseitigen, nämlich dass der Parteivorstand jetzt mit 45 Mitgliedern 20 Prozent der Delegierten im Konvent stellt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Warum ist das ein Problem? - Es ist ein Problem, dass man, wenn man einen Beschluss wie zum Beispiel zum Thema Vorratsdatenspeicherung bekommt, nicht nachvollziehen kann, wie er zustande gekommen ist. Man vermutet dann natürlich erst einmal, weil man ja glaubt, die besseren Argumente zu haben: Das hat der Parteivorstand mit seinem Gewicht, der ja den Antrag eingebracht hat, in diese Richtung hingebogen! - Das muss gar nicht wahr sein. Es reicht völlig aus, dass man das glauben und vermuten kann. Deshalb entfaltet der Konvent nicht die Wirkung auch für die Unterlegenen, das Ergebnis akzeptieren zu können, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Ich war gegen die GroKo 2013, aber ich konnte das Ergebnis diskutieren, weil ich verstanden habe, wie es zu dem Beschluss gekommen ist. Das müssen wir mit dem Parteikonvent auch machen, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Bei dem Thema Vorratsdatenspeicherung hat mir eines unserer PV-Mitglieder, das ich gefragt habe „Dein Landesverband war fast einstimmig gegen die Vorratsdatenspeicherung, warum hast du denn im Konvent dafür gestimmt?“, richtigerweise gesagt: „Ich saß dort ja für den Parteivorstand und muss natürlich den Antrag des Parteivorstandes vertreten!“ Daran könnt ihr das Problem sehen. Auch wenn natürlich alle Vorstandsmitglieder aus den Bezirken kommen, so haben sie halt den Vorstand zu vertreten und sollten sich vor der Basis rechtfertigen können und dürfen, ohne dass sie dann selber mitstimmen.

Deshalb: Habt den Mut und, lieber Vorstand, hab den Mut, auf die Kraft eures Argumentes zu setzen und verzichtet auf die Argumentationsverstärkung, die nicht die Bezirksgrößen widerspiegelt, durch das Stimmrecht des Parteivorstandes!

Unseren Antrag ändern wir

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Du musst jetzt zum Ende kommen!

KAI DOLGNER, SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Ja, ich komme zum Ende, indem ich einfach den Antrag sage. Der ist ganz kurz.

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Nein. Leute, ich habe es euch vorhin gesagt. Ich muss das jetzt noch einmal sagen. Ihr habt eine Redezeit von drei Minuten beschlossen. Wir haben noch ganz viele Wortmeldungen. Bitte fangt mit dem Petitum an, wenn es um konkrete Punkte geht, weil wir sonst nicht zurande kommen!

(Beifall)

KAI DOLGNER, SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Dann gebe ich den redaktionellen Hinweis nicht. Uns geht es nur um das Stimmrecht des Konvents im ÄA177. Den Rest ziehen wir zurück.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Danke schön. Das ist rübergekommen. Wenn ihr noch konkrete Hinweise habt, könnt ihr diese Anträge auch hier vorne abgeben.

Jetzt hat Ulrike Sommer das Wort. Ihr folgt Florian Kolb.

ULRIKE SOMMER, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich spreche gegen den Antrag 219 der Jusos. Erstens finde ich, dass alle Mitglieder eines geschäftsführenden Vorstandes vom Parteitag gewählt werden müssen - und nicht bestätigt werden, weil sie von einer Gruppe wie den Jusos erwählt worden sind.

Zweitens haben wir Gott sei Dank noch sehr viele andere Arbeitsgemeinschaften: die Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer, Migrantinnen/Migranten, Selbstständige, Selbst Aktiv möchte auch jeden zehnten Sitz in Kommunalparlamentslisten haben, die Juristen bringen sich ein usw. Was ist, wenn es jede dieser AGs hinterher den Jusos gleichtun möchte? - Dann haben wir geschäftsführende Vorstände, in denen die Interessen nicht zusammengeführt werden, sondern aufeinanderprallen. Ein geschäftsführender Vorstand muss aber verschiedene Interessen zusammenführen. Er muss die Partei zusammenhalten.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben auch in der Gesellschaft immer wieder viele Partikularinteressen, auch und gerade in den Parlamenten. Ich bin dagegen, dass Listenplätze für einzelne Bevölkerungsgruppen bereitgehalten werden, und bitte euch in diesem Sinne, den Jusos-Antrag abzulehnen.

Ich möchte auch einen Satz zum Änderungsantrag 165 sagen, in dem es darum geht, die Onlinebeteiligung auch für Nichtmitglieder möglich zu machen. Liebe Genossinnen und Genossen, das entwertet nicht nur die Mitgliedschaft, sondern öffnet auch Kampagnenorganisationen wie Campact oder der AfD die Tür zur SPD.

Das ist dann alles andere als modern.

(Beifall)

Ich bitte euch, dafür zu sorgen, dass an dem Programmprozess nur die Mitglieder teilnehmen dürfen. Dafür zahlen sie einen Beitrag und dafür sind sie in der SPD. - Danke schön.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, auch dafür, dass du dich vorbildlich an die Redezeit gehalten hast. Jetzt kommt Florian aus Hannover. Bereit machen kann sich Anna Spaenhoff aus NRW. - Florian!

FLORIAN KOLB, HANNOVER:

Vielen lieben Dank. - Lieber Lars, liebe Genossinnen und Genossen, zuerst einmal ein ganz kleiner Hinweis. Es handelt sich hierbei nicht um einen Prüfauftrag zu den Online-Delegationsrechten. Sondern da in der aktuell vorgeschlagenen Fassung schon „berechtigt“ steht und „vor Einführung“, handelt es sich hierbei eigentlich schon um die Festlegung einer Einführung.

Onlineforen kann man positiv bewerten. Das Internet bringt sehr gute Dinge hervor, aber auch sehr schlechte. Genau deshalb müssten wir uns als Partei verschließen. Wir haben dann abgeriegelte Onlineforen, die für uns keinen Mehrwert bringen, außer der Zugangsbeschränkung, die mit dem Internet einhergeht, der Zugangsbeschränkung, monatlich für Internet zu zahlen, einen Computer zu haben und die Bedienung davon zu erlernen und zu können.

Ortsvereine müssen von uns eher ausgestattet werden, um Tagungsräume zu wählen, die vielleicht in ländlichen Räumen nicht immer die Kneipe sind, und mehr Mitglieder ansprechen, die wir eigentlich nicht ansprechen können. Denn gerade die alleinerziehenden Mütter oder sonstige berufstätige Frauen und junge Mitglieder müssen wir stärken, und das tun wir nicht, indem wir sie mit einer Digitalflut an Meinungen irgendwo im Internet überlasten oder belasten. Wir müssen unsere Systeme und Abläufe in den Ortsvereinen überdenken, statt einfach nur Online zu machen. Denn Digitalisierung heißt gerade das nicht. Digitalisierung heißt nicht einfach, online zu sein.

Der gesamte SPD-Bezirk Hannover steht auch hinter dieser Aussage. Der Ort für die Entscheidungen und Beschlüsse bleibt die Mitgliederversammlung, nicht ein Onlinesystem.

(Beifall)

Ich möchte zynisch sagen: Bei Facebook klappt das so gut, deshalb machen wir das auch, oder was?

Daher bitte ich euch, den Änderungsantrag 200 anzunehmen und gegen das Votum der Antragskommission zu stimmen. - Vielen lieben Dank.

(Beifall)

Niels Annen, Tagungspräsidium:

Vielen Dank für deinen Beitrag. Ich habe jetzt Anna Spaenhoff, die ich aufrufen darf, gefolgt von Christian Reinke aus Mecklenburg-Vorpommern.

ANNA SPAENHOFF, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, erst einmal vorweg: Ich beziehe mich gleich auf den Änderungsantrag 190 und dabei auch auf die Annahme.

Die Antragskommission leistet viel Arbeit. Dem möchte ich grundsätzlich meinen Respekt zollen. Aber in der Vorbereitung habe ich mich, gelinde gesagt, doch ein bisschen verarscht gefühlt. Da werden Anträge für erledigt erklärt, die etwa sechs konkrete Forderungen beinhalten, und da, wo es erledigt sein soll, steht ein schwammiger Satz. Die Überweisung an die Fraktion verstehe ich soundso gar nicht. Denn sorry, aber wenn wir hier Anträge beschließen, ist es doch grundsätzlich Aufgabe der Gremien, das umzusetzen.

Ich weiß, es ist eine naive Vorstellung. Aber wenn wir uns erneuern, dann sollte das wieder eine normale Einstellung werden.

(Beifall)

Der Micha hat gestern schon bewiesen und auch auf dem Parteitag in Dortmund, dass man sich gegen das Votum der Antragskommission durchsetzen kann. Darauf sollten wir als Delegierte, aber auch als Antragstellerinnen und Antragsteller einfach immer achten.

Ein erster Schritt wäre, wenn es das Votum - darauf wurde gerade mehrfach Bezug genommen - nur zur Kenntnis gegeben wird und wir letztlich über den Antrag an sich abstimmen. Darum bin ich den Jusos für den Änderungsantrag 190 dankbar und möchte hier für die Annahme werben.

(Beifall)

Letztlich könnten wir uns auch erneuern, dass nicht grundsätzlich die Antragskommission das erste, zwischendrin und vielleicht das letzte Wort hat. Denn das beeinflusst doch noch einmal sehr.

(Beifall)

Zum Abschluss noch etwas Generelles zur Kommunikation, die hier sonst sehr gelobt wird. Wenn man dann aber einen Blick auf Facebook wirft - der hat mich persönlich sehr sauer gemacht. Lieber Johannes Kahrs, wie dreckig und unfair ist es bitte, bei Facebook nach der Abstimmung am Donnerstag zu posten, wir hätten uns für das Regieren ausgesprochen. So viel zu dem Vertrauen

(Beifall)

in ergebnisoffene Gespräche und in die Worte „keine Automatismen“, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Das ist weniger „House of Kahrs“ als „The real Donald Trump“.

(Beifall)

Ich bleibe dabei, und diese Aktion bestärkt mich darin nur, keine große Koalition! -

Glück auf!

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Als nächster hat das Wort Christian Reinke aus Mecklenburg-Vorpommern. Bereit machen sich Sylvia Binkenstein aus Hannover.

CHRISTIAN REINKE, MECKLENBURG-VORPOMMERN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte zu zwei, drei Punkten etwas sagen. Das erste ist: Lars hat angesprochen, was machen wir eigentlich, wenn neue Mitglieder in die Partei kommen. Nun bin ich zufälligerweise Mitgliederbeauftragter meines Kreisverbandes. Mein erstes Problem ist, dass die Datenschutzrichtlinien der SPD verbieten, dass ich die Daten meiner Mitglieder bekomme. Ich kann nicht einmal einem 75-jährigen Jubilar zu seinem Geburtstag gratulieren, weil ich diese Daten nicht bekomme. Das hat nichts mit digitalem oder analogem Zeitalter zu tun. Wenn wir solche Grundlagen nicht herstellen. Diejenigen, die mich aus Juso-Zeiten noch kennen, wissen, dass ich keinen so schnell vom Haken gelassen habe, der in die Partei eingetreten ist. - Einige lachen; die wissen, was ich meine.

Das Zweite, das ich ansprechen will, ist das Thema Stimmrecht von Themenplattformen. In dem Antrag steht die Forderung, den Themenplattformen Delegiertenrechte zu übertragen. Das ist berechtigt. Das ist sehr kryptisch formuliert. Ich stelle die Frage: Wer hat diese Forderung aufgestellt? Das wirkt wie eine selbsterfüllende Prophezeiung. Erst ruft jemand: Irgendjemand hat etwas gefordert, anschließend sagt jemand anders, das ist berechtigt.

(Beifall)

Zu dem Punkt möchte ich zwei Sachen ansprechen. Das erste ist, wir wissen noch nicht, wie diese Themenforen aussehen sollen. Wir wissen noch nicht, wie sie gestaltet werden sollen. Wir wissen noch nicht, wie sie gesichert werden sollen, damit da wirklich SPD-Mitglieder diskutieren. Aber wir wissen schon, dass die Forderung, dass die Delegiertenrechte haben sollen, berechtigt ist. Das finde ich eigenartig. Deshalb bitte ich euch, in dem Änderungsantrag das zu streichen. Auch der Kreisverband Rostock hat einen entsprechenden Änderungsantrag gestellt. Ich bitte euch, diesen Änderungsanträgen zu folgen.

Das Zweite, was ich dazu sagen möchte, ist Folgendes: Meine Erfahrung ist, dass im Online-Bereich sich häufig männliche Selbstdarsteller tummeln, die versuchen, andere Leute vollzutrollen.

(Beifall)

Wenn wir hier auf dem Parteitag darüber reden, dass die Partei jünger und weiblicher werden soll - ich habe meinen Beitrag dazu geleistet, indem ich meine Lebensgefährtin in die Partei geholt habe und selbstverständlich bei Ortsvereinsitzungen auf das gemeinsame Kind aufpasse. Aber wenn wir die Partei jünger und weiblicher machen wollen, dann sollten wir nicht Gremien, in denen vor allem männliche Trolle ihr Selbstdarstellungsbedürfnis ausleben, noch aufwerten.

(Beifall)

Die letzte Bemerkung, die ich an der Stelle machen will, ist: Der kleinste Landesverband auf diesem Parteitag hat fünf Delegierte. Das kann nicht sein, dass irgendwelche ominösen Themenplattformen, wo wir nicht wissen, wie sie sich zusammensetzen, wie viele Mitglieder die eigentlich repräsentieren, hier zusammengenommen mehr Delegierte auf dem Parteitag haben als der kleinste Landesverband.

(Beifall)

Da die Zeit fast abgelaufen ist, möchte ich in Anlehnung an Cato schließen mit der Bemerkung: Und im Übrigen bin ich der Meinung, dass die Empfehlung der Antragskommission abgeschafft gehört!

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. Nächste Rednerin ist Sylvia. Bereit machen kann sich Erik Donner aus Rheinland-Pfalz.

SYLVIA BINKENSTEIN, HANNOVER:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich rede zu dem Änderungsantrag der ASF, dem Änderungsantrag 172. Da ist von der Antragskommission übernommen worden der Satz „Dafür werden wir eine arbeitsteilige Leitung auf Ortsvereinsebene erproben.“ Arbeitsteilige Leitung haben wir doch eh schon auf der Ortsvereinsebene. Der Vorstand sollte jedenfalls arbeitsteilig arbeiten.

Dann ist es - wir kennen es alle - bei den Ortsvereinsitzungen oder auch in den höheren Gremien so: Der Mann macht die Begrüßung, und die Frau darf vorher den ganzen Saal vorbereiten und das Fest organisieren.

Daher würden wir vorschlagen, anstatt „arbeitsteilig“ eine „gleichberechtigte“ Leitung auf der Ortsvereinsebene zu erproben. Denn dann wäre vielleicht ein kleiner Schritt in die richtige Richtung getan und wir hätten doch noch etwas geschafft. Die gleichberechtigte Leitung soll nun erst einmal nicht überall in allen Gremien durchgeführt werden, sondern sie soll nur auf der Ortsvereinsebene erst einmal erprobt werden.

Ich bitte euch daher, diesem Änderungsantrag von uns zu folgen und in der Fassung der Antragskommission das Wort „arbeitsteilige Leitung“ durch „gleichberechtigte Leitung“ zu ersetzen. - Vielen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, auch für die kompakte Darstellung deines Anliegens. Jetzt hat Erik das Wort, und bereit macht darf sich Nadia Khalaf von der AG Migration und Vielfalt

ERIK DONNER, RHEINLAND-PFALZ:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte noch mal auf das Ding mit den Online-Themenforen und mit dem Delegiertenrecht eingehen. Nicht nur nach jeder Bundestagswahl, die schlecht läuft, sondern ziemlich oft sind bei mir im Ortsverein ziemlich viele Leute in meinen öffentlichen Vorstandssitzungen. Da können also nicht nur SPD-Mitglieder, sondern jeder vorbeikommen. Die kommen

vorbei, wollen diskutieren. Es ist ihnen in der Regel absolut egal, ob sie abstimmen können oder nicht, sondern sie wollen diskutieren, sie wollen mitmachen, sie wollen, dass ihre Meinung Gehör findet. Zu meinen, Online-Themenforen - das ist ja die Argumentation - würden nicht funktionieren, wenn sie kein Delegiertenrecht haben, halte ich für abstrus.

(Beifall)

Das ist unehrlich gegenüber unseren Mitgliedern. Unsere Mitglieder wollen doch diskutieren, wollen doch mitmachen und nicht immer nur direkten Einfluss auf Entscheidungen nehmen, sondern wollen sich einbringen. Das ist doch der wesentliche Punkt.

Ein zweiter Punkt: Ich bin selber Juso, aber ich möchte für die Ablehnung des Juso-Antrags bezüglich der Quote in den geschäftsführenden Vorständen plädieren. Ich bin U30, bin seit drei Jahren Ortsvereinsvorsitzender und bin neuerdings stellvertretender Unterbezirksvorsitzender. Warum bin ich das geworden? Ich habe kandidiert. Ich habe gesagt, ich will es machen, ich will antreten und will gewählt werden. So viel Selbstbewusstsein sollen auch unsere Jusos an den Tag legen

(Beifall)

und nicht mehr oder weniger als Quoten-Jusos im Vorstand sitzen, sondern kandidieren, Mut haben, antreten und um Zustimmung des Parteitags werben. Wenn das gelingt, dann brauche ich mir auch keine Sorgen um die Jusos zu machen. Viel schlimmer sind diese Quotengeschichten. Ich glaube, wenn wir das ablehnen und wenn wir den Mut fassen, zukünftig, wenn Jusos antreten und kandidieren, sie zu wählen, dann geht es auch mit unserer Partei wieder bergauf, und dann klappt das.

Ich habe jetzt noch eine Minute, aber ich bin trotzdem fertig. - Vielen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank auch dafür. - Jetzt hat Nadja das Wort. Bereitmachen darf sich Jens Jenssen aus Rheinland-Pfalz.

NADJA KHALAF, AG MIGRATION UND VIELFALT:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Wir haben den Antrag OA47 „Vielfalt sichtbar machen - Zielvorgaben für mehr Chancengleichheit“ eingebracht. Die Empfehlung der Antragskommission hierzu ist die Überweisung an den SPD-Parteivorstand zur Aufnahme in das Arbeitsprogramm und in den #SPDerneuern-Prozess. Damit können wir gut leben, wollten aber dennoch darauf hinweisen, dass interkulturelle Öffnung in unserer Partei noch ein ganz dickes Brett ist, das es zu bohren gilt. Wir würden euch einfach bitten, dass ihr das wirklich auch in eure Landesverbände bis in die Ortsvereine tragt. Wenn wir möchten, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte uns wählen, dann müssen wir auch Menschen mit Einwanderungsgeschichte in unseren eigenen Reihen sichtbar machen.

(Beifall)

Das funktioniert nicht, indem wir sagen, wir wollen das, aber es dann nicht umsetzen.

Aziz ist gestern auch noch mal auf die Quote eingegangen. Wir haben innerhalb der Arbeitsgemeinschaft lange diskutiert: Wollen wir eine Quotenregelung einbringen oder nicht? Wir haben uns dagegen entschieden. Ich persönlich halte nicht viel von Quoten, aber manchmal hat man den Eindruck, ohne Quote funktioniert es nicht. Wir würden uns wirklich freuen, wenn wir etwas ohne Quote in unserer Partei bewegen könnten. Wir sind der Meinung, dann klappt es auch mit dem Nachbarn.

Zum Antrag der Jusos möchten wir auch noch mal kurz Stellung beziehen, weil gerade einige Statements dagegen waren. Wir als Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt sind der Meinung, wenn man junge Menschen ernst nehmen möchte und auch möchte, dass diese Partei weiterlebt und sich verjüngt, dann muss man den jungen Menschen auch besondere Rechte einräumen.

(Beifall)

Insofern unterstützen wir den Antrag der Jusos. - Vielen Dank und Glück auf.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Ich darf jetzt Jens das Wort geben. Es folgt Stella Kirgiane-Efremidou.

JENS JENSSEN, RHEINLAND-PFALZ:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir wollen heute den Startpunkt machen für einen umfassenden und tiefgreifenden Erneuerungsprozess in der SPD. Wir alle wissen - die Vorredner haben es auch schon gesagt -, das ist eben nicht nur ein inhaltlicher Erneuerungsprozess, sondern auch ein organisatorischer Erneuerungsprozess. Das gehört für mich ganz stark zusammen. Wir müssen uns organisatorisch neu aufstellen, neue Formen finden, um auch inhaltlich innovativ zu sein und auch da wieder neue Ideen zu bekommen. Wir brauchen neue Ansätze, wie man in der Partei mitarbeiten kann. Wir müssen mehr die Menschen und die Mitglieder ansprechen, wie die 80 Prozent, die sich noch nicht in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften direkt aktiv einbringen, das mehr machen können. Deswegen müssen wir diese wieder ansprechen.

Wir von SPD++ haben deswegen ganz konkret gefordert, Themenforen einzuführen, damit sich Mitglieder auch überregional einbringen, engagieren und vernetzen können, und das digital und online. Die Themenforen werden nicht die Ortsvereine, die Kreisverbände oder auch die Arbeitsgemeinschaften ersetzen, sondern sie ergänzen das Angebot. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass es eben darum geht, dass wir viele Wege finden, um besonders viele Mitglieder ansprechen zu können. Ich glaube auch, dass das gerade für die vielen Neumitglieder, die wir dieses Jahr gewinnen konnten, ein ganz wichtiger Anreiz ist, sich einzubringen und in der SPD mitzumischen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wenn wir es mit der Beteiligung ernstmeinen, dann müssen wir auch echte Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Deswegen ist es richtig, wie die Antragskommission vorgeschlagen hat, dass die Themenforen auch Antragsrecht für den Bundesparteitag bekommen, aber auch Delegierte entsenden können. Ich glaube, dass es dem Bundesparteitag auch gut zu Gesicht steht, wenn dadurch eine größere Vielfalt noch mal aus den Themenforen hinzukommt. Nach dem deutschen Parteienrecht ist es möglich, dass die Delegierten auf dem Bundesparteitag auch dem Regionalprinzip entstammen müssen. Aber ein Fünftel darf eben auch jenseits des Regionalprinzips vergeben werden. Hier ist es zum Beispiel beim Parteivorstand so, dass er qua Amt auch Delegierter auf dem Bundesparteitag ist. Wir machen momentan zu wenig Gebrauch davon. Das können wir ändern, indem wir den Themenforen und vielleicht auch den Arbeitsgemeinschaften die Möglichkeit geben, Delegierte zu entsenden.

Es geht heute eben nicht darum, eine Satzungsänderung zu beschließen, sondern es geht darum, dass wir einen Reformprozess starten. Deswegen geht es nicht darum, ob wir heute den Themenforen die Delegiertenrechte zusprechen, sondern wir wollen in den nächsten zwei Jahren darüber nachdenken, wie das möglich ist. Das wird man natürlich nur im Gesamtpaket entscheiden können, wenn wir wissen, wie Themenforen aussehen. Viele der Vorredner haben gesagt, in Themenforen trollen sich ja nur Menschen herum, die mehr Zeit haben und die andere niederreden. Natürlich darf

das nicht passieren. Wir müssen diese Themenforen intelligent aufsetzen, sodass jeder sich einbringen kann und dass nicht nur derjenige, der am lautesten in die Tasten haut und am meisten Zeit hat, dann durchkommt und die die anderen sich zurückziehen.

Deswegen, glaube ich, brauchen wir momentan Mut für den Erneuerungsprozess. Wir sollten nicht zu Ideen auf dem Weg jetzt schon Nein sagen, sondern wir sollten diese Ideen in den nächsten zwei Jahren diskutieren. Wir in Rheinland-Pfalz haben uns auf den Weg gemacht. Wir denken darüber nach, einen digitalen Parteirat zu haben, und ich denke, den Mut können wir auch hier finden. Deswegen bitte ich darum, dem Votum der Antragskommission zu folgen. - Vielen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. - Jetzt hat Stella das Wort. Bereitmachen darf ich Michael Rüter aus dem Bezirk Hannover.

STELLA KIRGIANE-EFREMIDOU, BADEN-WÜRTTEMBERG:

Liebe Genossinnen und Genossen! Auch ich möchte für die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt noch einmal für den OA42 sprechen, denn wir möchten euch das einfach noch einmal mit auf den Weg geben. Wieso gibt es denn die AG Migration und Vielfalt? Die SPD ist eine Integrationspartei. Das war sie schon immer. Doch viele von uns haben das Gefühl, dass wir gerade in dem Bereich, diese Vielfalt sichtbar zu machen, in den letzten Jahren einfach nicht vorangekommen sind. Deswegen gibt es uns. Wir sind die laute Stimme, die dafür eintritt, dass unsere Partei erst einmal die Gesellschaft widerspiegelt, in der wir uns befinden. Wir haben Bundesländer, in denen wir einen Migrationsanteil oder einen Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte von mehr als 25 Prozent haben. Wir müssen es jetzt hinbekommen, dass das auch in unserer Partei Anklang findet, dass es gesehen wird. Denn wenn unsere Mitglieder, aber auch die Wählerinnen und Wähler, die ja auch vielfältig sind, sehen, dass hier in dieser SPD viele eine Stimme haben und viele auch das Sagen haben, dann wählen sie uns auch.

Deswegen möchten wir euch das wirklich eindringlich mitgeben: Stimmt demnächst dafür, wenn es denn in diesen Erneuerungsprozess hineinkommt, und wenn wir dann darüber abstimmen, wie wir gemeinsam in diesem Bereich weitergehen, stimmt bitte dafür und bringt es auch in eure Landesverbände. Wir erwarten wirklich, dass nach diesem Erneuerungsprozess dieser Passus dann auch drinsteht, damit wir beim nächsten Mal nicht wieder hier oben stehen und dafür werben. - Danke schön.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, auch dafür, dass du in der Zeit geblieben bist. Das ist großartig. - Jetzt kommt Michael Rüter, gefolgt von Stephan Klecha, ebenfalls aus Hannover.

MICHAEL RÜTER, HANNOVER:

Herzlichen Dank. - Liebe Genossinnen und Genossen, ich finde, wir haben gestern und vor allen Dingen auch vorgestern eine sehr intensive und gute Debatte geführt, wo es im Wesentlichen darum ging - so ist meine Wahrnehmung -, dass wir uns konzentrieren, konzentrieren auf eine gute programmatische Aufstellung, auf eine neue programmatische Aufstellung. Dabei ist es wichtig - so ist zumindest unser Verständnis -, dass wir Politik nachvollziehbar formulieren und besser zuspitzen.

Das Gleiche gilt meines Erachtens aber auch für die Organisationspolitik. Da muss es darum gehen, sich mehr auf die Sachen zu konzentrieren, die wir tun wollen und tun können. Es hilft, glaube ich, nicht, die Frage, wie sich die SPD weiterentwickelt, immer breiter zu zerfleddern.

Was haben wir gestern schon beschlossen? Der Parteivorstand und der neue Generalsekretär haben jetzt ganz aktuell im Wesentlichen die Aufgabe, die SPD zu erneuern - Aufgabe 1.

Der Parteivorstand, der Parteivorsitzende und der Generalsekretär haben die Aufgabe, die Sondierungsgespräche seriös, vernünftig und strategisch klug zu begleiten und umzusetzen - Aufgabe 2.

Wir haben auch beschlossen, dass wir dringend einen neuen Grundsatzprogrammprozess auf den Weg bringen müssen, der ab dem nächsten Parteitag eingeleitet werden soll - Aufgabe 3.

Und wir haben auch beschlossen das muss meines Erachtens eine Konsequenz der letzten Bundestagswahl sein, dass wir permanent kampagnenfähig sein wollen und müssen - egal, wann gewählt wird, ob die Wahl in ein, zwei oder drei Jahren oder wann auch immer ansteht - Aufgabe 4.

Das sind wichtige Aufgaben, die der Parteivorstand und der Generalsekretär gut erledigen müssen.

Bei den Änderungsanträgen, die wir bisher diskutiert haben, habe ich manchmal den Eindruck, dass es nicht um Konzentration geht, sondern eher eine Verwaberung stattfindet, also so ein manchmal klassischer Sowohl-als-auch-Weg. Von daher würden wir zum Änderungsantrag ÄA190 anregen wollen Antragskommissionen sind eine lästige Sache; sie sind aber wichtig, um Parteitage wie diese ordentlich durchführen zu können, dabei zu bleiben, dass die Voten der Antragskommission abgestimmt werden.

Zweitens. Die Frage, wo und wie Entscheidungen getroffen werden, ist, glaube ich, eine ganz zentrale für das Engagement von Mitgliedern. Von daher müssen Entscheidungen in Mitgliederversammlungen oder Parteitagen getroffen werden. Es ist gut, wenn Themenforen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise, von mir aus auch Initiativen von außerhalb Ideen in Parteitage einbringen. Aber die Entscheidung muss in den Händen der Delegierten bleiben. Von daher würde sich unser Bezirk auch dem Änderungsantrag ÄA197 aus NRW anschließen wollen.

Jetzt habe ich noch wenige Sekunden übrig, in denen ich gerne noch etwas ansprechen möchte: Manche Instrumente, die wir einführen, sind, glauben wir, neu. Hausbesuche waren zum Beispiel ein neues Instrument. Ich mag daran erinnern: Schon 1950 hat der Bezirk WW in seinen organisationspolitischen Beschlüssen zur Hausagitation beschlossen: Möglichst regelmäßig machen, dieselben Genossen gehen zu denselben Leuten, saubere Kleidung, sauberes Aussehen, Prominenz muss mitmachen, immer Wert darauf legen, dass man in die Wohnung kommt und mit den Leuten redet.

In diesem Sinne: Manches, was gut war, sollte auch gut bleiben.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Michael. - Jetzt kommt Stephan Klecha. Bereitmachen darf sich Dana Frohwieser aus Sachsen.

STEPHAN KLECHA, HANNOVER:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können viel über Organisationsveränderungen und Strukturen in der Partei reden. Ich glaube aber, das ist nicht alles; denn Strukturen sind ja auch kein Selbstzweck. Wir müssen – und das muss an erster Stelle stehen – in dieser Partei ein Stück weit auch einen Kulturwandel hinkriegen. Und den kriegen wir nicht mit Organisationsbeschlüssen alleine hin.

Wir müssen es erreichen, dass die Führung mehr miteinander und weniger übereinander redet. Und wir müssen bei der Frage von Personalentwicklung – und da geht es nicht nur um die Hauptamtli-

chen, sondern auch um die Ehrenamtlichen in dieser Partei – damit Schluss machen, was Personalentwicklung in dieser Partei bedeutet: Wir mobben die, die an vorderster Spitze stehen, und gucken, ob ein neuer alles besser kann. - Damit müssen wir aufhören, und das kriegen wir nicht alleine über Organisationsfragen geregelt.

(Beifall)

Zweitens. Organisation müssen wir aber trotzdem entwickeln. Dazu gehört, dass wir Entscheidungswege in dieser Partei einerseits straffen, andererseits aber auch verbreitern. Das bedeutet: Wer in der Führung dieser Partei ist, muss auch Verantwortung für das große Ganze haben und nicht nur für sein Spezialinteresse. Das muss ein Teil des Führungsverständnisses dieser Partei werden, unabhängig von Organisationsbeschlüssen.

Drittens - das hängt damit zusammen -: Wir müssen uns darüber Gedanken machen, wie wir die Entscheidungen, die wir auf der Bundesebene treffen, besser mit den Landesverbänden und Bezirken koppeln. Ich weiß nicht, ob man Ende wieder so etwas wie einen Parteirat einrichten sollte. Aber hier ist schon darauf hingewiesen worden, dass es offensichtlich Schwierigkeiten gibt in der Frage, ob der Konvent das leisten kann, was man sich von ihm erwartet hat. Da würde ich mir eine ergebnisoffene Diskussion erhoffen. Ich halte es aber durchaus für ein Problem, dass wir diese Sachen nicht miteinander zusammenkriegen.

Dazu gehört dann schließlich auch, dass wir uns darüber klar werden müssen, dass der entscheidende Ort letztlich die Parteitage sind. Darauf müssen wir uns konzentrieren. Und dann muss auch allen in dieser Partei klar werden: Erstens. Wie werde ich Delegierter? - Zweitens. Wie kommen Entscheidungen dieser Partei zustande?

Wir müssen aufpassen, wenn wir Beteiligung ausweiten, was sinnvoll ist, dass wir dadurch nicht gleichzeitig eine Kakophonie und Vielfalt in dieser Partei erzeugen, die zur Folge hat, dass niemand mehr weiß, auf welchen Ort, auf welche Verhandlung, auf welche Diskussion er sich zentral konzentrieren soll. Das ist auch eine ganz zentrale Aufgabe.

Deswegen ist es auch wichtig, dass bei den Delegiertenwahlen klar ist, wo man wie Delegierter werden kann, und dass nicht derjenige, der trickreich ist und 20 Optionen hat, sich dann einmal durchsetzt gegenüber dem, der nur eine hat und diese nicht nutzt. Das spricht sehr für den Änderungsantrag der Jusos bzw. von Nordrhein-Westfalen.

(Beifall)

Letzter Punkt. Wenn es darum geht, wo wir unsere organisatorischen Schwerpunkte setzen müssen: Ich glaube, wenn das Willy-Brandt-Haus, das alleine aus finanziellen Gründen umorganisiert werden muss, die Entscheidung zu treffen hat, wo die Ressourcen hingegeben werden, dann ist der entscheidende Punkt: Wir müssen die Ressourcen des Willy-Brandt-Hauses und auch der Bezirke in erster Linie darauf konzentrieren, dass wir mehr Mitglieder werden können. Das heißt, die Mitgliederwerbung muss an erster Stelle in der Frage der Organisationsentwicklung stehen. Das ist wichtiger als die Frage, welches Gremium wir zusätzlich schaffen oder abschaffen.

In diesem Sinne: Das wird kein einfacher Prozess, aber wenn es einfach wäre, könnte es ja jeder.

Vielen Dank.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. Das war fast eine Punktlandung. Ich danke dir dafür. - Dana hat jetzt das Wort. Und bereitmachen darf sich Philip Raillon aus NRW.

DANA FROHWIESER, SACHSEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich möchte zunächst vorwegschicken, wie begeistert ich darüber bin, dass wir heute den Raum haben, hier auf dem Bundesparteitag diese Debatte zu führen.

Ich möchte noch einmal zum Thema Jugendquote und zum Änderungsantrag 219 der Jusos sprechen. Es gibt in diesem dicken Antragsbuch von sieben oder acht Untergliederungen den Antrag zu dieser Jugendquote. Wir haben als Landesverband dieses Thema im Rahmen eines Änderungsantrags eingebracht. Ich möchte mich bei den Initiatoren und Initiatorinnen von SPD++ dafür ausdrücklich bedanken, dass sie dieses Thema in die Diskussion gebracht haben.

Ich komme aus dem Unterbezirk Dresden. Vor zwei Jahren tat das innerlich ziemlich weh, das zu sagen. Aber, ich glaube, mittlerweile können wir wieder mit Stolz sprechen. Wir sind diejenigen, die durchaus jede Woche damit konfrontiert werden, wie wichtig es ist, dass auch wir als SPD über uns selbst, über unser Handeln und über unsere Politik kritisch nachdenken. Unser Unterbezirk hat 40 Prozent seiner Mitglieder im Juso-Alter. Unser Unterbezirk hat ein durchschnittliches Mitgliederalter von 42 Jahren.

(Beifall)

Es mag Zufall sein, dass ich genau dieses Durchschnittsalter habe und hier vorne stehe.

Unsere Stadt ist die Wiege von Pegida, aber gleichzeitig haben wir als SPD in Dresden alleine seit Anfang dieses Jahres 16 Prozent Mitgliederzuwachs. Das macht mir Mut.

(Beifall)

Mehr als die Hälfte meiner Delegation aus Sachsen ist im Juso-Alter. In der Diskussion habe ich manchmal das Gefühl, wir wollen jünger und weiblicher werden, indem wir über junge Frauen sprechen. Darum geht es aber überhaupt nicht. Es geht darum, dass es junge Menschen in unserer Partei gibt - egal welchen Geschlechts. Das ist die Zukunft unserer Partei, das ist die Zukunft unseres Landes. Und es gibt Frauen in dieser Partei, egal welchen Alters, die mitwirken können sollen, die sichtbar sein sollen.

(Beifall)

Wir möchten unseren Änderungsantrag 217 nicht aus der Debatte herauslösen, sondern ausdrücklich dafür werben, den Änderungsantrag 219 der Jusos zu unterstützen. Diese Debatte, die wir hier geführt haben, die auch durch SPD++ losgetreten wurde, zeigt ja, wie wichtig das ist. Auch die Jusos haben sich in diese Debatte eingebracht, und ich denke, wir sollten ihrem Antrag folgen. Es ist wichtig, dass Vertreterinnen und Vertreter der Jusos in allen Vorständen beteiligt sind.

Ich möchte abschließend noch einmal Danke an uns alle hier dafür sagen, dass wir einen Parteivorstand gewählt haben, der aus 23 Männern und 22 Frauen besteht. Vielen Dank noch einmal dafür, und bitte unterstützt den Änderungsantrag der Jusos.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen herzlichen Dank. Auch das war fast eine Punktlandung. Das nehmen wir hier mit großer Zufriedenheit zur Kenntnis. - Philip hat jetzt das Wort. Und bereitmachen darf sich Amina Yousaf aus Hannover.

PHILIP RAILLON, NORDRHEIN-WESTFALEN:

Liebe Genossinnen und Genossen, ich glaube, die Kraft, die uns wieder rausholen kann aus dem 20-Prozent-Tief, sind unsere Mitglieder. Das sind die 30.000 neuen Mitglieder, und das sind auch die vielen, vielen Tausend langjährigen Mitglieder mit ihrer Erfahrung.

Das sind unsere Expertinnen und Experten, die uns helfen können.

Trotzdem engagiert sich von all diesen Mitgliedern nur ein kleiner Bruchteil. Wenn ich mir in meinen Ortsverein in Witten-Bommern anschau, wie viele sich von den knapp 100 Mitgliedern engagieren, so kommen keine zehn regelmäßig zu den Sitzungen. Warum ist das so? Gerade die Jungen fehlen dort. Das liegt daran, dass es einfach sehr, sehr nervig ist, dass man nur solange willkommen ist, bis man den Mund aufmacht. Es kann nicht sein, dass man, sobald man mal eine Forderung sagt, die nicht so ganz mit den Älteren geht, hört: Das haben wir vor 20 Jahren schon mal ausprobiert. Das klappt doch nicht. Das ist alles Mist. Das geht nicht.

(Beifall)

Deswegen engagieren sich gerade die jungen Leute vor allem bei in Jusos in den AGs oder themenbezogen. Da können sie mitwirken. Da können sie ihr Wissen und ihre Expertise einbringen. Deswegen müssen wir das auch unterstützen. Ich halte es deswegen für sehr, sehr wichtig, dass wir dem Juso-Antrag 219 hier heute zustimmen, dass es auf allen Ebenen ein festes Vorschlagsrecht für Jusos gibt; denn nur so können wir sie auch reinholen in die Vorstände und nicht über die Ortsvereine, wie es bisher funktioniert, dass dort die Posten vergeben werden.

(Beifall)

Zweites Thema: Themenplattform. Wir haben heute schon viel darüber gesprochen. Ich finde, es ist Zeit, dass wir hier nicht nur Lippenbekenntnisse formulieren, sondern den Erneuerungsprozess auch wirklich starten, das heißt, auch Fakten ein Stück weit schaffen.

Das bedeutet auch, dass Themenplattformen nicht nur mit einem Antragsrecht ausgestattet werden, sondern auch mit einem Delegiertenrecht, und zwar nicht mit einer festen Zusage, ihr kriegt soundso viele Delegierte, damit stellt ihr soundso viel Prozent. Alles, was in dem Vorschlag der Antragskommission steht, ist ein reiner Prüfauftrag.

Wir haben uns vorgestern mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen - nicht zur Freude aller, gerade der Jüngeren hier -, jetzt erst einmal zu sondieren und dann zu entscheiden. Genau diese Richtung schlägt auch der Vorschlag der Antragskommission ein, nämlich erst mal zu prüfen und zu beraten und dann sich zu entscheiden. Ich glaube, das ist genau der richtige Weg, den wir wählen sollten, um zu schauen, ob wir nicht vielleicht doch andere Wege gehen können als bislang, dass nicht mehr nur die Ortsvereine und Unterbezirke die Möglichkeiten sind, sich einzubringen und Delegierte zu entsenden, sondern eben auch dort eine Stelle schaffen, wo sich unsere Expertinnen und Experten, unsere Mitglieder einbringen können. Deswegen bitte ich euch: Folgt dem Antrag und Vorschlag der Antragskommission.

Danke schön.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Es folgt Amina Yousaf aus Hannover, und bereit macht sich Farhad Dilmaghani aus Berlin.

AMINA YOUSAF, HANNOVER:

Liebe Genossinnen und Genossen, wir wissen, dass Politik von Menschen gemacht wird, und sie wird für Menschen gemacht. Wenn die Menschen nicht repräsentiert werden in der Entscheidungsfindung, dann wird die Politik auch nicht für sie gemacht, weil sie sich gar nicht wiederfinden. Deshalb ist es enorm wichtig, dass wir dazu kommen, dass auch junge Menschen in unseren Strukturen so repräsentiert werden, dass sie sich auch angesprochen fühlen.

Die größte Gruppe an Jungwählerinnen und Jungwählern ist zur FDP gegangen. Warum sind sie zur FDP gegangen? Weil die mit jungen Menschen antreten, weil die mit jungen Themen antreten. Wenn wir es nicht schaffen, unsere Genossinnen und Genossen dahin zu bringen, dass wir junge Menschen auch dazu befähigen, in Gremien mitzuarbeiten, dann haben wir ein Problem. Deswegen bin ich sehr stark dafür, dass der Antrag der Jusos unterstützt wird.

Ein zweites Thema, das mir besonders wichtig ist, ist die Digitalität. Ich bin 2015 zum Bundesparteitag delegiert worden, weil es der große Digitalisierungsparteitag werden sollte. Mit #DigitalLeben wurde ein Aufschlag gemacht, dass die Partei einen ersten Schritt macht und sagt: Okay, Digitalität ist wichtig, und wir müssen Strukturen und Möglichkeiten finden, dass auch als sozialdemokratisches Thema zu definieren.

Aber was machen wir jetzt damit? Wir haben #DigitalLeben beschlossen. Es wird aber nicht ausreichen, Tools zur Verfügung zu stellen und zu sagen, ja, wir machen eine App, und am Ende passiert damit nichts.

Ich möchte trotzdem klarstellen: Für mich ist es nicht der richtige Weg zu sagen, die Menschen, die sich online einbringen, bekommen hier direkt ein Delegiertenmandat. Es geht aber darum, dass die Inhalte, die online diskutiert werden, hier auch wiedergefunden werden. Wenn wir uns online einbringen, wie es bei #DigitalLeben auch der Fall war, wie wir es bei #DigitalLeben machen konnten mit den Änderungsanträgen, diese sich aber gar nicht in den Anträgen wiederfinden, dann haben wir ein Problem mit dem, was wir sagen.

Das war 2015 so. Ich habe Änderungsanträge eingebracht, die nicht übernommen worden sind. Als Delegierte konnte ich die hier noch einmal einbringen, und sie wurden übernommen. Was soll das denn sein? Also, wenn wir sagen, wir machen online-Beteiligung, dann muss die online-Beteiligung sich auch wiederfinden.

Deswegen bin ich der Meinung, dass der Antrag der Jusos unterstützt werden sollte, dass wir sagen, wir brauchen Digitalität, aber wir brauchen kein Delegiertenmandat, weil wir als Partei es schaffen müssen, dass Digitalität für uns zum Alltag gehört und wir es hier mit einarbeiten.

Danke.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank. Farhad hat jetzt das Wort. Danach kommt Vito Cecere.

Ich will euch sagen, wir haben noch - Farhad, gleich bist du an der Reihe - drei Wortmeldungen, und ich habe die herzliche Bitte, weil es dann um die Abstimmung geht, dass wirklich alle Delegierten jetzt die Chance nutzen, zurück zum Plenum zu kommen; denn wir kommen dann in einen wirklich sehr wichtigen Abstimmungsprozess.

So, Farhad, jetzt geht es los.

FARHAD DILMAGHANI, BERLIN:

Vielen Dank. - Im März dieses Jahres gab es ein historisches Ereignis, das an der Mehrheit der Bevölkerung komplett vorbeigegangen ist, und zwar ist Frankfurt die erste Majority-Minority-City in Deutschland. Was bedeutet das? Das ist ein Phänomen, das wir sonst nur aus den USA kennen. 50 Prozent der Wohnbevölkerung in Frankfurt haben mittlerweile einen sogenannten Migrationshintergrund. Das ist aber nicht nur ein Phänomen, das wir aus Frankfurt kennen, sondern eigentlich in allen westdeutschen Städten ist die Entwicklung genauso.

Ich möchte nicht, dass die SPD diese Entwicklung verschläft und verpasst; denn wir bezeichnen uns immer als Metropolenpartei. Wenn wir Metropolenpartei sind, dann müssen wir das, was wir immer wieder sagen, nämlich die SPD muss weiblicher und jünger werden, ergänzen zu einem Dreiklang: Die SPD muss weiblicher, jünger und vielfältiger werden.

(Beifall)

Es ist für uns auch eine große Chance darin; denn die gute Nachricht ist: Die SPD ist die führende Partei bei Menschen mit Migrationsgeschichte, wenn es darum geht, gewählt zu werden. In Deutschland sind mittlerweile 12 Prozent der Menschen mit Migrationshintergrund wahlberechtigt. In den großen Flächenländern wie Nordrhein-Westfalen sind es fast 20 Prozent, und in den größeren Städten sind es deutlich über 20 Prozent. Das heißt, es ist eine große Chance für die SPD, wenn wir diesen Dreiklang ganz fest miteinander verabreden, dass wir nicht nur darüber sprechen, die SPD muss jünger und weiblicher werden, sondern dass wir immer den Dreiklang sagen: jünger, weiblicher und vielfältiger. Ich möchte nicht, dass dieses Thema unter den Tisch fällt, liebe Genossinnen und Genossen.

(Beifall)

Noch eine weitere Sache. Es sind in diesem Antrag gute Ansätze dafür da, die die interkulturelle Öffnung der Partei nach vorne bringen können. Ich würde mich freuen, wenn wir das in dem weiteren Erneuerungsprozess miteinander konkretisieren könnten. Dafür gibt es sehr gute Ansätze, gerade in Berlin. Wir haben mittlerweile eine große Kampagne ins Leben gerufen, um Neumitglieder zu werben, aber auch um die Partei selber interkulturell zu öffnen. Wer mehr darüber erfahren will, kann gerne auf mich zukommen, liebe Genossinnen und Genossen: weiblicher, jünger und vielfältiger.

Danke.

(Beifall)

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Mein Aufruf, ins Plenum zu kommen, gilt auch den Mitgliedern des Parteivorstands; denn ich glaube, Sie haben auch Stimmrechte, und ich fände es nett, sie würden so langsam eintrudeln.

(Beifall)

Das Wort hat Vito Cecere. Ihm folgt dann als letzter Redner Thorsten Schäfer-Gümbel.

VITO CECERE, BERLIN:

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist schön, als vorletzter Redner reden zu dürfen, weil mir eine Sache ganz wichtig ist in dieser Debatte, die wir heute geführt haben, nämlich ein zentraler Begriff, der für jede Erneuerung unserer Partei zentral stehen sollte, nämlich der Begriff der Mitgliederpartei. Ich möchte noch einmal dafür plädieren, dass wir diesen Begriff der Mitgliederpartei als Leitbild nehmen für unseren Erneuerungsprozess.

Ich glaube in der Tat, Politik ist Organisation. Aber Organisation ist kein Selbstzweck, und das Leitbild, nach dem wir unsere Organisationserneuerung gestalten sollten, ist das Leitbild der Mitgliederpartei. Das ist eben mehr, als dass wir nur darüber sprechen, wie wir Strukturen verändern können. Das bedeutet, dass wir neue Wege finden müssen, wie wir die Mitglieder unserer Partei in diesen Erneuerungsprozess einbeziehen können.

Dann macht aus meiner Sicht Digitalisierung auch Sinn; denn Digitalisierung der Partei ist mehr als nur die Elektronifizierung unserer bisherigen Strukturen. Digitalisierung der Partei bedeutet, dass wir unsere Prozesse überprüfen müssen, dass wir dazu kommen müssen, das Verhältnis zwischen Mitgliedschaft und gewählten Gremien, das Verhältnis zwischen Mitgliedschaft und Führung auf den jeweiligen Ebenen neu zu gestalten.

Deswegen bin ich sehr dafür, dass wir dem Vorschlag der Antragskommission folgen, auch über Themenplattformen und Themenforen diese Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen. Das heißt nicht, dass wir über ein Entweder-Oder diskutieren. Das bedeutet, dass wir neben den traditionellen Strukturen unserer Arbeit in der Partei neue Formen der Zusammenarbeit setzen müssen. Dazu zähle ich durchaus die Digitalisierung der Partei.

Ich habe große Hoffnung, dass wir mit unserem neuen Generalsekretär dort auch einen großen Schritt vorankommen werden.

Deswegen ein klares Ja zu Themenplattformen!

Ich finde es auch gut, dass wir einen Prüfauftrag aussprechen, inwiefern man aus diesen Plattformen heraus auch bestimmte parteiinterne Rechte oder auch Pflichten ableiten kann. Ich würde davor warnen, dass wir uns in der Diskussion an der Stelle jetzt schon beschränken.

Und ich möchte hinzufügen, dass wir darüber hinaus versuchen müssen, auch über andere Wege die Mitgliedschaft in diesen Erneuerungsprozess einzubinden. Warum sollte man nicht auch darüber nachdenken, dass man im Rahmen von „Kompass 2018“ mitgliederoffene Konvente organisiert, die dazu führen können, dass wir auch im realen Bereich, im nichtvirtuellen Bereich, Möglichkeiten schaffen, Mitglieder mit einzubeziehen?

Liebe Genossinnen und Genossen, auch im Anschluss an das, was Farhad eben gesagt hat: Wir haben eine aktive Mitgliedschaft in der SPD. Wir haben eine Partei, die mitdiskutieren möchte. Ich erlebe das auch in meinem Bereich hier in Berlin, in meiner Abteilung - die Ortsvereine heißen so. Gerade auch nach einem Ereignis wie der Bundestagswahl ist in der Mitgliedschaft das Bedürfnis groß, mitzudiskutieren und am Kurs der Partei und am Erneuerungsprozess der Partei teilzuhaben. Wir haben vor Kurzem eine Mitgliederversammlung gehabt, in der sich fast ein Viertel unserer Mitgliedschaft beteiligt hat. Ich finde, das ist sehr ermutigend.

Und deswegen glaube ich: Erneuerung braucht klare Zielbeschreibungen, einen verbindlichen Fahrplan, eine klare Aufgabenzuweisung, aber eben auch die Einbeziehung unserer aktiven Mitgliedschaft, und dafür möchte ich nachhaltig plädieren. - Vielen Dank.

GABRIELE LÖSEKRUG-MÖLLER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Vito. - Jetzt hat Thorsten Schäfer-Gümbel das Wort.

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL, STELLVERTRETENDER PARTEIVORSITZENDER:

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir haben vor zwei Tagen Helga Grebing im Rahmen der Totenehrung geehrt. Sie hat mal den denkwürdigen Satz gesagt: „Wenn wir so weiterdiskutieren wie jetzt, kommt der Sozialismus nie“.

Gott sei Dank haben wir jetzt am Rande des Parteitags und auch auf dem Parteitag mehr miteinander diskutiert. Deswegen würde ich gerne in Abstimmung mit Veith Lemmen für Nordrhein-Westfalen, mit Kevin für die Jusos und mit Lars Klingbeil, der das im Wesentlichen mit vorbereitet hat, folgenden Kompromissvorschlag für den Bereich „Delegiertenrechte und Themenformen“ einbringen wollen - so, wie er hier heute diskutiert wurde.

Danach würden wir vorschlagen, dass auf Seite 19 - Zeilen 39 bis 41 - der Satz wie folgt neu heißen sollte: „Die Forderung der Arbeitsgemeinschaften und Themenforen, Delegiertenrechte zu übertragen, wird von der organisationspolitischen Kommission geprüft“.

Dies würde zwei Dinge miteinander verbinden, nämlich erstens den Wunsch, dass in diese Überprüfung die Arbeitsgemeinschaften mit einbezogen werden, und zweitens, dass eben keine inhaltliche Festlegung im Sinne von „Wir begrüßen“ erfolgt. Das heißt, das ist eine ergebnisoffene Prüfung. Aber

es ist dann eben auch eine ergebnisoffene Prüfung, wie wir auf diesem Parteitag ja schon die eine oder andere beschlossen haben.

Ich glaube, dass das ein tragfähiger Kompromiss für diesen Konflikt wäre.

(Vereinzelt Beifall)

Für den anderen Konflikt, zu dem ich etwas sagen möchte, habe ich leider keine Kompromissformel, sondern dazu will ich eine sehr klare und eindeutige Position beziehen. Da geht es um die Frage der Rolle der Antragskommission. Auch das will ich, wie in der Debatte um die Aussprache zur Regierungsbildung, dechiffrieren.

In der Debatte um die Antragskommission schweben zwei völlig unterschiedliche Punkte im Raum:

Das eine ist der Eindruck bei vielen Delegierten, Arbeitsgemeinschaften, dass über das Instrument der Antragskommission Positionen kleingehäckselt werden, dass sie entschärft werden, dass sie weicher werden, um sozusagen bei den allgemeinen Umständen irgendwie passförmiger zu werden, was am Ende mit zu Profillosigkeit beiträgt.

Das ist der Vorhalt von vielen, und deswegen will man jetzt - sozusagen als Synonym dafür, dass zu viel Kompromiss in manchen Positionen ist - das Instrument der Antragskommission abräumen.

Auf der anderen Seite steht, dass wir auf Parteitagen regelmäßig bis zu 1.200 Anträge auf dem Tisch haben - aus Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften, Unterbezirken, Landesverbänden, Bezirken -, die irgendwie handwerklich bearbeitet werden müssen, damit wir überhaupt eine Chance haben, auf einem solchen Parteitag durch ein solches Paket zu kommen.

(Vereinzelt Beifall)

Diese beiden Punkte sind nicht gut miteinander verträglich. Wir werden ohne die Antragskommission in der Art und Weise, wie sie heute organisiert ist - mit langen Klausuren, die vor einem solchen Parteitag stattfinden, die praktisch kleine Parteitage im Vorfeld sind -, handwerklich überhaupt nicht in der Lage sind, solche Pakete in Zukunft zu bearbeiten.

Es gibt andere Möglichkeiten, die man sich für solche Parteitage überlegen kann. Mein Landesverband hat beispielsweise auf dem vorletzten Landesparteitag entschieden - ein halbes Jahr vorher -, dass es nur zwei Schwerpunktthemen gibt. Er hat die Organisation aufgefordert, ausdrücklich zu diesen Punkten zu diskutieren und Initiativen einzubringen. Das hat geholfen, die Partei in Hessen insgesamt auf zwei Schwerpunktthemen auszurichten.

Das ist für einen Bundesparteitag deutlich schwieriger.

Ich bitte all diejenigen, die jetzt so vehement - überwiegend wegen des ersten Motivs - gegen die Antragskommission gesprochen haben, nicht zu vergessen, was daraus wird, wenn man solche Pakete anschließend völlig frei miteinander berät.

Die Piratenpartei - ich will das einfach einmal erwähnen; ich komme zum Schluss - war über viele Jahre und Parteitage nicht in der Lage, überhaupt zu Regierungsprogrammen zu kommen, weil sie immer wieder an solchen Punkten der Nichtorganisation gescheitert ist.

Deswegen ist meine herzliche Bitte, den ersten Punkt vom zweiten zu trennen.

Meinetwegen kann das politische Gewicht in der Antragskommission gestärkt werden, aber am Ende sollte dafür gesorgt werden, dass wir auch auf unseren Parteitagen noch handlungsfähig sind. - Dankeschön.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Damit sind wir am Ende der Debatte, und wir kämen in den Abstimmungsprozess.

Ich habe hier eine Liste vor mir liegen, und ich will an der Stelle mal Olaf danken, aber vor allen Dingen auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Willy-Brandt-Haus, die bei jedem Tagesordnungspunkt hier sitzen und versuchen, wirklich alles in der Debatte mitzubekommen, und uns dann helfen, in ein vernünftiges Abstimmungsverfahren zu kommen. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall)

Ich würde jetzt erst einmal die Anträge verlesen wollen, von denen wir hier oben aus der Debatte aufgenommen haben, dass es eine Einzelabstimmung geben soll. Dann würde ich fragen, ob ich alle erfasst habe oder ob es einen weiteren Antrag gibt, der zu einer Einzelabstimmung aufgerufen wird. Dann würden wir die Anträge jeweils aufrufen.

Olaf würde dann das Votum der Antragskommission abgeben, und wir würden über den Antrag abstimmen, um dann ganz am Schluss über den Rest abzustimmen, der nicht einzeln aufgerufen worden ist. Dabei geht es um die Anträge aus dem Kapitel IV des Erneuerungsantrages plus die Organisationanträge - sowohl die satzungsändernden als auch die anderen. Bei den satzungsändernden Anträgen würden wir euch jeweils auch darauf aufmerksam machen, wenn es sich um einen solchen handelt.

Jetzt erst einmal die Anträge, von denen wir hier wahrgenommen haben, dass Einzelabstimmung gewünscht ist:

Das ist der ÄA 223, das ist der OA 38, das ist der OA 39, das ist der ÄA 197, das ist der ÄA 200, das ist der ÄA 219, das ist der O 41, das ist der OA 95 in Verbindung mit dem O 68, das ist der ÄA 177, das ist der OA 87, das ist der ÄA 190, und das ist der ÄA 172.

Ihr habt gemerkt, es war kein IA dabei.

(Vereinzelt Beifall)

Ich frage jetzt erst mal, ob damit alle Anträge erfasst sind, die einer Einzelabstimmung zugeführt werden sollen. - Hier wird gerade korrigiert, dass der ÄA 177 nur zum Punkt 5 einzeln abgestimmt werden soll. Okay.

Ansonsten? - Neu wird jetzt hier noch der ÄA 184, 2. Absatz angemeldet; das kommt vom Unterbezirk Dresden. Da müsstest ihr jetzt noch mal schnell gucken. ÄA 184, 2. Absatz!

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen,

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Warte bitte noch! - Wir arbeiten uns jetzt noch mit vier weiteren vor. Olaf, wir versuchen, dir das gleich nachzureichen. Wir fangen mit dem ÄA 223 an.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen! Es liegt ein Änderungsantrag der Internationalen wenn man das so sagen will vor, dass sie das, was gegenwärtig ohnehin als Prozess stattfindet, nämlich dass wir die Partizipationsmöglichkeiten unserer internationalen Arbeitsgruppen und Ortsvereine verbessern wollen – darüber gibt es Verabredungen und Absprachen –, im Text sichtbarer wiederfinden wollen. Sie haben letztendlich einen Satz beantragt, der ja nur programmatisch ist: „Die innerparteiliche organisatorische Verankerung und Unterstützung der SPD International als globales Netzwerk deut-

scher Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Ausland und als lokaler Transmissionsriemen zu Schwesterparteien weltweit sicherzustellen“.

Im Sinne einer geordneten Antragsberatung werde ich an dieser Stelle wie auch an weiteren Stellen immer versuchen, das, was man sich irgendwie zueigen machen kann und übernehmen kann, aus der Sicht der Antragskommission zu übernehmen, damit wir den Überblick nicht komplett verlieren.

In diesem Sinne schlage ich auch hier vor, dass wir das übernehmen. Die Antragskommission macht sich das zueigen. Wir müssen nicht darüber abstimmen.

(Beifall)

Dann ist hier mit einem Antrag, der dazu vorliegt, oder mit zwei Anträgen, die das ausdrücken sollen, daran appelliert worden, dass wir gewissermaßen noch einmal darauf hinweisen, dass es für Abgeordnete der SPD gut ist, wenn sie in der Tarifgemeinschaft sind, die dazu von den SPD-Bundestagsabgeordneten gebildet worden ist. Das haben wir schon oft beschlossen. Das will ich ausdrücklich dazu sagen. Das wird nach meiner Kenntnis von den allermeisten Abgeordneten so gemacht.

Ich schlage aber vor, dass wir jetzt nicht diesen langen Text, der vorgetragen worden ist, beschließen, sondern dass wir es darauf beschränken, das noch einmal zu beschließen, was wir dazu zu sagen haben. Die Antragskommission hatte ursprünglich vorgeschlagen, das an die Fraktion zu überweisen wegen der Achtung der Tarifautonomie und der Unabhängigkeit des Mandats. Aber dem Appell sollte sich der Parteitag nicht verwehren, weil er ihn auch schon sehr oft beschlossen hat.

(Beifall)

Deshalb ist es mein Vorschlag, dass die Antragskommission einen Satz übernimmt, der aus dem Antrag kommt, etwas abgewandelt: Alle SPD-Bundestagsabgeordneten werden aufgefordert, Mitglied der Tarifgemeinschaft der Abgeordneten des Deutschen Bundestages zu werden und, falls sie es noch nicht getan haben, ihr umgehend beizutreten. - Wenn wir das übernehmen, fände ich es gut, wenn der Antragsteller sagen würde, dass er dann auf eine weitere Abstimmung verzichtet. - Das hört sich durch Nichtäußerung so an.

(Zurufe: Nein!)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Nein, es wird immer noch Abstimmung gewünscht. - Dann stimmen wir über die Empfehlung der Antragskommission ab, die Olaf jetzt vorgeschlagen hat. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit. Dann ist so beschlossen.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Wir haben dann lange über die Themenplattformen und über Delegiertenrechte für bestimmte Arbeitsgemeinschaften oder Arbeitsgruppen diskutiert. In der Diskussion ist immer wieder gesagt worden: Wenn man das in unserem Organisationsprozess diskutieren will, kann man nicht schon vorher sagen, wie es ausgehen soll. Deshalb ist am Ende von Thorsten Schäfer-Gümbel der Vorschlag gemacht worden, auf den sich verschiedene Änderungsantragsteller verständigt haben, nämlich dass wir sagen: Die Forderung, der Themenplattform und an Arbeitsgemeinschaften Delegiertenrechte zu übertragen, wird von der organisationspolitischen Kommission geprüft. - Ich beziehe mich da auf die Formulierung, die Thorsten vorhin vorgelesen hat. Das würde sich die Antragskommission zueigen machen, sodass wir darüber nicht mehr abstimmen müssen.

(Beifall)

Es gibt dann immer wieder eine lange Diskussion über die Frage der Verstärkung der Beteiligung zum Beispiel der Jungsozialisten, aber auch anderer. Dazu liegt der Änderungsantrag 219 vor, der hier auch in vielen Redebeiträgen in Bezug genommen worden ist, in dem in Bezug auf die Jugend etwas vorgeschlagen wird.

Nur damit es für diejenigen, die jetzt den vielen Texten nicht gefolgt sind, noch einmal sichtbar ist: Wir haben von diesem Antrag, den die Jusos im Wesentlichen in die Debatte eingebracht haben, fast jeden Satz übernommen. Er steht schon in dem veränderten Antrag, den wir heute beraten. Für diejenigen, die nachgucken wollen: Das sind praktisch alle Zeilen bis Zeile 35. Das ist dort wiederzufinden. Das ist längst Teil des Textes.

Was wir nicht übernommen haben, ist, dass wir gewissermaßen vorschlagen, dass es eine satzungrechtliche Regelung geben soll, die darauf hinausläuft, dass die Jusos Vorschlagsrechte für die verschiedenen Funktionen in den Vorständen haben. Die Argumente, die dagegensprechen, sich das zueigen zu machen, sind hier verschiedentlich genannt worden. Die SPD muss noch eine Partei sein, die gewissermaßen zwischen denjenigen auswählen kann, die für die verschiedenen Vorstände und Gremien kandidieren. Wenn immer mehr Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsgruppen und Teilstrukturen der Partei gewissermaßen eigenständige Benennungsrechte haben, dann führt das nicht dazu, dass wir die Partei zusammenhalten und zusammenführen können.

(Beifall)

Weil das Anliegen aber richtig ist, haben wir in diesem Antrag, den wir schon als geänderte Fassung der Antragskommission haben – darauf will ich hinweisen –, noch einmal zusätzlich gesagt, dass wir wollen, dass verschiedene Altersschichten, junge und alte Menschen, gleichberechtigt in den Diskussionsprozessen und Arbeitsgemeinschaften vertreten sein sollen. Wie gesagt, auch der andere Teil des Jusos-Antrags ist übernommen, nur dieser Teil nicht, den ich eben geschildert habe, aus den Gründen, die ich eben genannt habe.

Die Antragskommission bleibt bei ihrem Votum, diesen einen zusätzlichen Satz, den die Jusos vorgeschlagen haben, abzulehnen, weil das nicht dazu führt, dass die Partei so zusammenbleibt, wie es sein sollte. Deshalb schlagen wir Ablehnung vor.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Dann stimmen wir über das Votum der Antragskommission ab. Ich bitte um das Kartenzeichen, wer dem zustimmt. - Wer stimmt dagegen?

(Zuruf: Mehrheit!)

- Nein, eine Mehrheit kann man nicht durch Ausrufen erreichen. Wenn das angezweifelt wird, stimmen wir gerne noch einmal ab. Hier oben war es ziemlich eindeutig, dass das Erste die Mehrheit war. Wir machen das aber gerne noch einmal.

Wer stimmt dem Votum der Antragskommission zu? - Wer stimmt dagegen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Dann kommen wir zu dem Antrag 41. Darin ging es um innerparteiliche Demokratie und verschiedene Vorschläge, die dazu gemacht worden sind. Das ist ein bayerischer Antrag. Es geht um die Herausgabe von Kontaktdaten. Die Antragskommission hat bisher Ablehnung vorgeschlagen aus einem Grund, der übrigens unverändert richtig ist: Das ist rechtswidrig, verstößt gegen die Gesetze der Bundesrepublik Deutschland und sollte die SPD nicht beschließen. Deshalb haben wir Ablehnung votiert.

Wir finden aber, dass man das Anliegen dahinter, nämlich dass man sich irgendwie an die Mitglieder wenden kann und dass es offenbar in der Praxis der Untergliederungen ganz unterschiedliche Realitäten gibt – einige, die das ganz vernünftig und pragmatisch handhaben und die Gesetze beachten, und andere, die die Gesetze auch beachten, aber irgendwie so, dass man gar nichts mehr hinkriegt – , miteinander diskutieren kann. Deshalb würden wir, um das Anliegen aufzugreifen, aber nicht etwas Rechtswidriges zu beschließen, vorschlagen: Überweisung in diesen Prozess, den wir sowieso haben, sodass man im Hinblick auf die Praxis vielleicht noch einmal die ganzen Richtlinien, die wir dazu verfasst haben, anschauen kann. Aber Gesetze sollten wir beachten wollen. Mit diesem Überweisungsantrag können vielleicht auch die Antragsteller einverstanden sein. - Ich habe gesehen, sie sind einverstanden.

Wir kommen zum nächsten Antrag, zu der Frage der Satzungsänderung. Da steht bisher, dass dafür Zweidrittelmehrheiten erforderlich sind. Das ist unverändert auch heute der Fall. Die heutige Lage unseres Statuts in § 37 heißt: Das Statut der Partei kann nur von einem Parteitag mit Zweidrittelmehrheit geändert werden. Anträge auf Abänderung des Statuts können nur beraten werden, wenn sie sechs Wochen vor Beginn des Parteitages veröffentlicht wurden. Abweichungen von dieser Regel müssen auf dem Parteitag mit Dreiviertelmehrheit beschlossen werden. - Das soll nun durch einen Antrag ersetzt werden, der hier erläutert wurde und den wir auch schon mehrfach abgelehnt haben, wie der Antragsteller selber dargestellt hat.

Satzungsänderungsanträge, über die abgestimmt wird, bedürfen in jedem Fall einer Zweidrittelmehrheit, um angenommen zu werden. Satzungsänderungsanträge, über die keine Einzelabstimmung verlangt wird, gehen in der Schlussabstimmung auf, für die ebenfalls eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist.

Alle von uns, die versucht haben, das zu überprüfen, was das bedeuten soll und wie rechtlich gehen soll, haben gesagt, so kann man das nicht machen. Ich habe immer interpretiert, dass die Antragsteller damit eigentlich eine Sache anders handhaben wollen, nämlich dass gewissermaßen im Beratungsprozess auch Abstimmungen stattfinden müssen und dass das irgendwie geregelt werden muss.

Ich glaube aber, dass alle, die uns gesagt haben, dass diese Regelung, die sich überall sonst auch, in allen Vereinssatzungen, in allen Parteistatuten anderer Parteien, findet, die wir heute haben, die richtige ist. Deshalb votiert die Antragskommission wie bei allen vorangegangenen Malen auch dieses Mal für Ablehnung. Ich bitte euch, dem zu folgen. Dafür brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit, wenn das anders abgestimmt werden soll, als die Antragskommission vorschlägt.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem Votum folgt, den bitte ich um das Kartenzeichnen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Das erste war eindeutig die Mehrheit.

Olaf, kannst du noch einmal gucken. Du hast den ÄA 219, glaube ich, übersprungen.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Das habe ich, glaube ich, nicht. Aber er kommt vielleicht noch einmal nach vorne. Dann müsst ihr ihn mir geben. - 219 haben wir schon behandelt; alles gut.

Dann gibt es noch den Antrag in Bezug auf den Konvent, nicht als satzungsändernder Antrag eingebracht, muss ich ausdrücklich sagen. Deshalb ist das hier nur eine Meinungsäußerung. „Zudem dürfen zukünftig nur gewählte Delegierte stimmberechtigt sein und keine Person qua Amt.“ Das bezieht sich auf den Parteikonvent.

Da empfiehlt die Antragskommission unverändert Ablehnung. Wir sollten das als eine Statutregelung so machen, wie wir das bisher gehandhabt haben. Wir können das natürlich immer im Organisationsprozess diskutieren, wie man das machen möchte. Aber ich glaube, dass es zur Praxis unserer Partei gehört, dass wir auch den Versammlungen diese Parteivorstandsmitglieder und andere als Delegierte haben. Das ist auf diesem Parteitag so und das ist auf dem Parteikonvent so.

Das Argument, das dafürspricht, will ich ausdrücklich nennen. Es ist nicht nur, dass es eine bewährte Praxis ist, mit der die SPD seit Jahrzehnten, ich glaube sogar, seit 150 Jahren gut fährt. Sondern ich glaube, dass es auch so ist, dass es nicht sinnvoll ist, den Parteikonvent, der ja ein kleiner Parteitag sein soll, anders zu strukturieren als den Parteitag. Deshalb empfiehlt die Antragskommission Ablehnung.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Auch hier bitte ich um Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das zweite war die Mehrheit.

(Anhaltender Beifall)

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, das ist ein Antrag, der so beschlossen worden ist. Das ist jetzt so, glaube ich. Ich kann das von hier aus nicht sehen.

(Heiterkeit)

Nein, ich kann das von hier aus nicht sehen, aber ich habe das eben gehört. Ich will dazu sagen, das hat einen Arbeitsauftrag zur Folge für diejenigen, die sich jetzt mit der Satzung beschäftigen. Denn eine Satzungsänderung ist hier nicht beantragt worden, die ist ein eigenständiger Vorgang. Das werden wir auf dem nächsten Parteitag zu verhandeln haben.

(Beifall)

Das nächste ist der Antrag, dass wir eine Statutenänderung durchführen und bei den Regelungen zum Parteitag vorschreiben, dass die Bezirke aufgefordert sind, dafür zu sorgen, dass mindestens 50 Prozent der Delegierten keine Landtags-, Bundestags- oder Europaabgeordnete sind.

Wir glauben, dass diese Frage eine Sache ist, die die Bezirke selber regeln sollten, und zwar so, wie sie das selber richtig finden. Ich glaube, dass das auch sehr unterschiedlich zu betrachten ist aus der Perspektive des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen oder eines Landesverbandes mit vier oder fünf Delegierten, was auch vorkommt. Es gibt deshalb Wahrheiten und Richtigkeiten, die bei dem einen Landesverband so und bei dem anderen so sind.

Deshalb ist unser Vorschlag als Antragskommission, das als Satzungsänderung abzulehnen - die bräuchte eine Zweidrittelmehrheit -, damit die Landesverbände das selbst in ihrer eigenen Satzungshoheit so regeln können, wie das für sie richtig ist.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Dann lasse ich über dieses Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dem Votum der Antragskommission gefolgt worden.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, es gibt dann einen Antrag, über den hier auch schon gesprochen worden ist, dass nämlich bei den Verhandlungen, die wir haben, nicht über das Votum der Antragskommission abgestimmt werden soll.

Dazu möchte ich als Vorsitzender der Antragskommission auch etwas sagen. Das ist in unserer Sache, aber das liegt mir schon ein wenig am Herzen. In dieser Antragskommission arbeiten seit vielen Jahren unglaublich viele von euren Genossinnen und Genossen mit. Da entsteht über viele Jahre eine ganz enge Zusammenarbeit. Das sind alles Männer und Frauen aus all den Bezirken der SPD, die wirklich Stunden und manchmal mehrere Sitzungen damit zubringen, diesen Parteitag handlungsfähig zu erhalten.

(Beifall)

Wir haben, was ich richtig finde und was, glaube ich, auch alle Mitglieder der Antragskommission sehr unterstützen und richtig finden, die Zahl derjenigen, die hier Anträge stellen können, immer weiter ausgeweitet. Das ist gut für die Partizipationskultur, auch für die Einbeziehung gesellschaftlicher Gruppen. Wir haben befreundeten Organisationen das Recht gegeben, hier Anträge zu stellen, die davon auch Gebrauch machen, und vielen anderen.

Das kann aber nicht funktionieren, wenn wir dann nicht mit 1 200 oder - das gab es auch einmal - 2 000 Anträgen plus vielen mündlich hier auf dem Parteitag jeweils noch gestellten Änderungsanträgen über einen Fahrplan hinwegkommen, der es uns möglich macht, dass das dann geht.

Deshalb will ich einmal sagen: Das, was die Antragskommission versucht, ist in der Regel, möglichst viel zu übernehmen, das Gegenteil von dem, was der eine oder andere denkt, damit wir uns auf die wirklichen politischen Kontroversen auf diesem Parteitag konzentrieren können.

(Beifall)

Was sie versucht hinzubekommen, ist, dass wir damit umgehen können, dass bei einer so lebendigen Partei hunderte, tausende Untergliederungen das Gleiche beantragen und alle mit einer ganz singulär, total intelligenten Formulierung. Aber trotzdem kann man nicht tausendmal das Gleiche sagen.

Dann gibt es natürlich auch eine Realität, die was mit zeitversetzten Debatten zu tun hat und die dazu führt zum Beispiel, dass Dinge, die wir eben beschlossen haben, noch einmal ganz neu von dem Ortsverein dort oder von dem Bezirk dort beschlossen werden und erneut zur Abstimmung gestellt werden.

Wir müssen, wenn wir uns selber ernst nehmen wollen als Partei, die dieses Land regiert, ein Verfahren haben, wie wir ohne uns in Permanenz zu versammeln wie der Deutsche Bundestag, trotzdem als Delegierte, die hier auch ehrenamtlich ankommen, in wenigen Tagen das bewältigen können.

(Beifall)

Deshalb bittet euch die Antragskommission sehr, es bei dem heutigen Verfahren zu belassen.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Delegierte, ich lasse auch hierzu über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das erste war die Mehrheit.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Dann haben wir bei der Frage der Struktur, die wir haben, haben wir eine Formulierung heute - das ist auch aus den Änderungsanträge, die die Antragskommission sehr sorgfältig diskutiert hat, übrigens

auch zusammen mit Elke Ferner, die da immer eine großartige Arbeit leistet und uns da sehr weit vorangebracht hat -, die lautet: Dafür werden wir eine arbeitsteilige Leitung auf Ortsvereinsebene erproben.

Der Vorschlag, der jetzt hier in der Versammlung gekommen ist, ist, das noch einmal zu ändern, indem wir statt „arbeitsteilig“ „gleichberechtigt“ sagen. Das möchte die Antragskommission übernehmen,

(Beifall)

sodass wir darüber nicht mehr abstimmen müssen.

Ich habe jetzt keine weiteren Anträge mehr, über die jetzt noch abzustimmen wäre.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Doch, wir haben hier jetzt noch weitere.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Ach, ihr habt noch welche gekriegt.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Mein Vorschlag wäre, Olaf, dass du mal gerade hier gucken kannst, was noch an weiteren da ist, und wir werden in der Zeit einmal die SPE-Delegierten verlesen und dann in der Abstimmung weitermachen. Einverstanden? Dann wäre jetzt mal gerade eben das Ergebnis zu erlesen. Janne Herzog, bitte.

(Beifall)

ERGEBNIS WAHL DER SPE-DELEGIERTEN

JANNE HERZOG, MANDATSPRÜFUNGS- UND ZÄHLKOMMISSION:

Liebe Genossinnen und Genossen, bevor ich jetzt zum 14. und letzten Mal auf diesem Parteitag ein Wahlergebnis verkünden darf, möchte ich mich einmal bedanken, und zwar bei den anderen Mitgliedern der MPZK, die im Hintergrund eine tolle Arbeit geleistet haben. Die haben schnell ausgezählt. Es war ein tolles Team. Danke!

(Beifall)

Aber auch bei den Mitarbeiterinnen des Willy-Brandt-Hauses, die uns da hervorragend unterstützt haben.

(Beifall)

Jetzt komme ich zum Ergebnis für die SPE. Insgesamt wurden 488 Stimmzettel abgegeben. 17 waren ungültig, 471 gültig.

Ich gebe euch jetzt die Namen der gewählten Delegierten zum SPD-Kongress in alphabetischer Reihenfolge bekannt:

Deniz Alkan, Andrea Arcais, Sylvia Binkenstein, Luisa Boos, Robert Buhse, Udo Bullmann, Matthias Ecke, Marietta Eder, Kirsten Eink, Rica Eller, Elke Ferner, Knut Fleckenstein, Evelyne Gebhardt, Stefan Gran, Antonia Hemberger, Ulrike Hiller, Christina Kampmann, Enrico Kreft, Constanze Krehl, Sylvia Kunze, Bernd Lange, Jo Leinen, Arne Lietz, Anja Möbus, Hanna Naber, Norbert Neuser, Maria Noichl, Heike Raab, Ulrike Rodust, Enrico Schäfer, Birgit Sippel, Norbert Spinrath, Daniel Stich, Franka Strehse, Johanna Uekermann, Claudia Walther, Marina Werner, Viola Weyer und Tiemo Wölken.

(Beifall)

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit. Alle Übrigen sind Ersatzdelegierte. - Vielen Dank und auf Wiedersehen.

(Beifall)

NIELS ANNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Janne, vielen herzlichen Dank. Ich möchte auch noch mal - ich glaube, das kann ich in euer aller Namen sagen -, weil das jetzt ja der mutmaßlich letzte Auftritt hier gewesen ist, den für die MPZK absolviert hat, dir und all deinen Genossinnen und Genossen ganz herzlichen danken, dass ihr diese großartige Arbeit hier geleistet habt.

(Beifall)

Wir wollen noch mal danke sagen.

(Lebhafter Beifall)

Ich würde jetzt, bevor wir gleich in der Antragsberatung weitermachen, noch einmal ganz kurz unserem Schatzmeister das Wort geben, weil wir bei euch Geld für den Marie-Schlei-Verein gesammelt haben. Auch dort gibt es zwar kein Wahlergebnis, aber ein Ergebnis.

DIETMAR NIETAN, SCHATZMEISTER:

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich möchte mich auch im Namen von Christa Randzio-Platz ganz herzlich bedanken. Ihr habt insgesamt 1.927,37 Euro für wunderbare Arbeit des Marie-Schlei-Vereins gesammelt. Herzlichen Dank noch einmal dafür.

(Beifall)

Erlaubt mir noch einen letzten Hinweis. Wir haben ja beschlossen, dass es irgendwann Anfang des kommenden Jahres einen Parteitag gibt. Ich will jetzt als Schatzmeister nicht darüber lamentieren, was der kostet, sondern ich will auf etwas anderes hinweisen. Die Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus haben in diesem Jahr drei Parteitage organisiert. Die Kolleginnen und Kollegen, die mit der Organisation dieser drei Parteitage - normalerweise gibt es einen im Jahr - beschäftigt waren, haben einen Wahlkampf organisiert, und insbesondere die Kolleginnen und Kollegen, wie es neu-deutsch so schön heißt, im Event-Management haben nicht nur diese Parteitage organisiert, sondern eine Kandidatentour unseres Bundeskanzlerkandidaten Martin Schulz, der als Kandidat so viele Termine gemacht hat wie kein Kandidat vor ihm.

(Beifall)

Das hat bedeutet, dass ganz, ganz viele Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus schon vor diesem Parteitag in diesem Jahr ein Arbeitsvolumen geleistet haben, das wir ihnen als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eigentlich gar nicht zumuten dürfen.

Und jetzt gibt es einen weiteren Parteitag, innerhalb von zwölf Monaten den vierten. Die Kolleginnen und Kollegen haben keinen Urlaub. Die haben eine Überstundenliste, die von der Erde zum Mond und zurück geht. Deshalb möchte ich euch um eines bitten. Ich gehe davon aus, dass ihr es alle so seht, dass für diesen nächsten Parteitag das Wort Solidarität gilt und dass alle Bezirke und Landesverbände mit Ehrenamtlichen und Hauptamtlichen mithelfen werden, dass wir diese Kolleginnen und Kollegen unterstützen und dass noch einmal deutlich wird, weil ich ja weiß, wie auch über das Willy-Brandt-Haus geredet wird: Wenn es diese Kolleginnen und Kollegen nicht gibt, die wirklich bis zur physischen und psychischen Erschöpfung gearbeitet haben, dann könnten wir hier über gar nichts diskutieren,

und dann könnten wir vieles überhaupt nicht mehr hinkriegen.

(Beifall)

Deshalb möchte ich darauf einfach noch mal aufmerksam machen.

(Lebhafter Beifall)

Ich freue mich, dass der Applaus ein einhelliges Votum aus allen Bezirken und Landesverbänden ergeben hat. Vielen Dank, und noch mal vielen Dank an die wirklich tollen Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall)

FORTSETZUNG ABSTIMMUNG INITIATIVANTRAG IA 1 KAPITEL IV UND WEITERE ORGANISATIONSPOLITISCHE ANTRÄGE

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Jetzt hat Olaf noch mal ergänzend alles durchgesehen, was hier an Meldungen eingegangen ist. Ihr müsst jetzt aufmerksam zuhören, weil wir danach davon ausgehen, dass dann auch alle Wünsche auf Einzelabstimmung erledigt sind.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Es gibt jetzt verschiedene Vorschläge, die noch mal gekommen sind. Einer bezieht sich auf den Änderungsantrag OA 70. Da steht jetzt drin „Erledigt durch Überweisung OA69“, der überwiesen worden ist. Beide Anträge handeln von der Art, wie die Ortsvereine arbeiten sollen. Offenbar sind sie getragen von der Vorstellung, die sicherlich an vielen Stellen auch stimmt, dass es an einigen Stellen nicht so doll läuft und dass es ein bisschen schwierig ist, dabei mitzumachen. Allerdings sollen jetzt den Mitgliedern, die die Ortsvereine, die die Abteilungen, die die Distrikte in Deutschland organisieren, sehr genaue Vorschriften für Sitzungspläne, Sitzungen und sonst etwas gemacht werden. Wir fanden, dass das jetzt als Beschluss des Parteitags gegenüber der manchmal sehr mühseligen Arbeit von Ortsvereinen, die es ja auch gibt, mit acht oder zwölf Mitgliedern in einigen Gegenden etwas übergriffig ist. Darum haben wir gesagt, trotzdem ist es jetzt nicht so, dass man sich damit nicht beschäftigen muss - denn das ist ja ein Thema -, und haben bei OA69 Überweisung in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern empfohlen und haben bei OA70 empfohlen, das sei dadurch erledigt.

Damit es jetzt hilft, möchte ich das Votum der Antragskommission in der Weise ändern, dass wir auch den OA70 in diesen Prozess überweisen und es dort besprechen, aber hier jetzt nicht über die Sitzungsreihenfolge von Ortsvereinen und Ähnliches Parteitagbeschlüsse fassen. Ich glaube, das wäre nicht angemessen.

In diesem Sinne bitte ich die Antragsteller, vielleicht damit zufrieden zu sein, dass die Anträge auch überwiesen. Wenn nicht, würde ich bitte, dass wir darüber abstimmen.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Wird Abstimmung gewünscht? - Das scheint nicht der Fall zu sein. Prima.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Gut. - Dann haben den OA31, der noch aufgerufen worden ist und der sich ganz detailliert damit beschäftigt, wann wer sprechen darf und wie das im Einzelnen geht. Dazu ist unser Vorschlag, dass man das jetzt nicht aus dem Gremium heraus mit all der Detailliertheit machen kann und sollte, aber

dass wir selbstverständlich diese Frage besprechen sollen. Deshalb ist das Votum der Antragskommission „Überweisung an Parteivorstand und in den Arbeitsprogrammprozess #SPDerneuern“, und bei diesem Votum wollen wir auch bleiben.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Wird darüber Abstimmung gewünscht? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

(Zurufe: Doch!)

- Doch, da hinten.

Dann stimmen wir ab. Wer folgt dem Votum der Antragskommission? - Wer stimmt dagegen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Dann gibt es hier den Antrag OA88.

Da wird über die Einberufung des ordentlichen Parteitags geredet, darüber, wie das heute geregelt ist. Im Übrigen geht es darum, dass bestimmte Fristen, die für alle Anträge gelten, auch für die Leitträge gelten sollen, die der Parteivorstand beantragt.

(Beifall)

Ich möchte dafür werben, dass wir dem nicht folgen. Ich will das auch ausdrücklich begründen: Der Parteivorstand ist ein Führungsgremium dieser Partei. Und es muss seine Aufgabe sein, nach einer sehr sorgfältigen Debatte, die die Partei geführt hat, rechtzeitig zum Parteitag, aber unter Aufgreifen dieser Diskussion, auch noch zeitlich aktuell einen orientierenden Antrag zu schreiben. Und er muss dafür um eine Mehrheit werben. Der Parteivorstand, der jetzt 45 Mitglieder hat, muss die Möglichkeit haben, in dieser Weise seine Aufgabe als Vorstand wahrzunehmen. Alles andere wäre eine unglaubliche Entpolitisierung unserer Partei. Deshalb werbe ich dafür, dass wir das nicht machen.

(Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Ich lasse auch hier über das Votum der Antragskommission abstimmen. Ich mache aber vorher darauf aufmerksam: Wenn man dem Votum nicht folgt, wäre das ein satzungsändernder Antrag, und dann brauchen wir eine Zweidrittelmehrheit.

Ich lasse aber jetzt erst mal über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Das Erste war eindeutig die Mehrheit.

OLAF SCHOLZ, ANTRAGSKOMMISSION:

Ich habe noch zwei Hinweise auf Anträge, von denen ich aber glaube, dass wir sie schon verhandelt haben mit den Abstimmungen, die wir eben durchgeführt haben. Das ist einmal der Antrag 184, in dem es um die Rolle der Antragskommission geht. Das ist das, was wir eben besprochen und beschlossen haben, nämlich dass es beim bisherigen Verfahren bleibt. Der Antrag besagt, dass es andersherum sein soll. Deswegen haben wir darüber eben abgestimmt.

Das Gleiche gilt für den Antrag, der noch eine andere Aufforderung beinhaltet, was die Zusammensetzung der Delegierten betrifft. Wir haben darüber abgestimmt, dass das Sache der Landesverbände und Bezirke bleiben soll.

Deshalb glaube ich, dass diese beiden Anträge mit den Entscheidungen von eben schon verhandelt sind.

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Vielen Dank, Olaf. - Ich frage: Gibt es noch etwas, was aus eurer Sicht nicht bearbeitet ist, was eine Einzelabstimmung erfordert? - Ich glaube, wir haben hier wirklich versucht, das sorgfältig abzuarbeiten. Ich will an der Stelle ganz herzlich Olaf und der gesamten Antragskommission für die viele Arbeit danken.

(Beifall)

Liebe Delegierte, wir kämen damit jetzt zur Endabstimmung über alle Anträge aus dem Bereich Organisation, sowohl zu Kapitel IV des Erneuerungsantrages als auch zu den sonstigen Empfehlungen zu satzungsändernden Anträgen sowie zu sonstigen Empfehlungen zur Organisationspolitik. Alles, was in Einzelabstimmungen abzuhandeln war, haben wir erledigt. Ich darf abschließend darum bitten, dass ihr ansonsten, so, wie es euch vorliegt, den Voten der Antragskommission zustimmt.

Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das Erste war die große Mehrheit.

Damit sind wir am Ende der organisationspolitischen Debatte.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Es gibt jetzt noch eine persönliche Erklärung von Delara Burkhardt.

DELARA BURKHARDT, SCHLESWIG-HOLSTEIN:

Liebe Genossinnen und Genossen, als Delegierte des Parteitages habe ich höchsten Respekt vor den Entscheidungen, die wir hier treffen. Was ich aber nicht in Ordnung finde, ist, dass Änderungsanträge in der Debatte von der Antragskommission vor der Abstimmung falsch eingebracht werden, wie es beim ÄA190 von den Jusos passiert ist.

(Beifall)

Es ging nämlich nicht um die Abschaffung der Voten der Antragskommission, sondern um die veränderte Abstimmungsform. Das Vorgehen ist nicht in Ordnung.

In der Geschäftsordnung ist außerdem vorgesehen, dass die Antragskommission nicht inhaltlich begründet, wenn sie Änderungsanträge einbringt.

(Beifall)

Sie ist nur dazu befugt, das Abstimmungsverhalten der Antragskommission darzustellen. Und danach ist eigentlich vorgesehen, dass die Debatte eröffnet wird, wenn sich die Person inhaltlich äußert.

Liebe Genossinnen und Genossen, da sollte der Parteitag nächstes Mal wacher sein und die Möglichkeiten der Erwidern und der Eröffnung der Debatte, die laut der Geschäftsordnung vorgesehen sind, nutzen.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall)

DORIS AHNEN, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Delegierte, ich gebe weiter an Anke Rehlinger.

VERLEIHUNG WILHELM-DRÖSCHER-PREISES

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen und Genossen, ihr habt es vielleicht gesehen: Während wir in der Abstimmung waren, sind schon ganz viele liebe Menschen zu uns in die Halle gekommen. Den einen oder anderen haben wir schon unten in den Hallen gesehen, jedenfalls diejenigen, die an den Ständen waren, um zu gucken, was uns alles im Rahmen der Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises präsentiert worden ist.

Ich will sie alle hier oben bei uns in der Halle herzlich begrüßen. Ein herzliches Willkommen denjenigen, die unten die Ausstellung so toll organisiert haben!

(Beifall)

Das ist ja mittlerweile eine lieb gewonnene Tradition. In diesem Jahr haben wir aber ein besonderes Augenmerk; denn in diesem Jahr ist der 40. Todestag von Wilhelm Dröscher, dem wir gedenken. Seit 35 Jahren wird dieser Preis des ehemaligen Schatzmeisters und rheinland-pfälzischen Landesvorsitzenden verliehen. Bei diesem Preis geht es darum, in besonderem Maße Dialog und Bürgernähe zum Ausdruck zu bringen und den einzelnen Menschen im Mittelpunkt der jeweiligen ehrenamtlichen Arbeit zu sehen. Ich glaube, wir haben unten in den Hallen ganz, ganz viele sehr gelungene Beispiele dafür gesehen, auf welcher unterschiedlichen Art und Weise das jeden Tag aufs Neue gelingen kann, wenn man sich die Lebenslage des Einzelnen anguckt und darüber nachdenkt, in welcher Art und Weise man behilflich sein kann.

Wir wollen jetzt alle zu uns auf die Bühne bitten. Wir wollen diejenigen, die das vielleicht in besonderer Art und Weise dargestellt haben, auszeichnen. Und wir sind stolz darauf, dass das so viele sind, in den Organisationen, in unserer Partei. Noch mal ein herzliches Willkommen!

Dazu wird uns jetzt Heidemarie Wieczorek-Zeul noch ein paar Worte sagen. Liebe Heidemarie, du hast das Wort.

(Beifall - Die Preisträger kommen auf die Bühne)

HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL, KURATORIUMSVORSITZENDE WILHELM-DRÖSCHER-PREIS:

Liebe Genossinnen und Genossen, die Ausstellung zum Wilhelm-Dröscher-Preis würdigt die Kraft, die Vielfalt und die Innovationsfähigkeit des ehrenamtlichen Engagements in der Gesellschaft und in der SPD. Und die 35 Initiativen, die heute hier sind, sind nur ein Ausschnitt aus dieser Vielfalt von bestehenden Initiativen. Diese 35 Initiativen, die hier auf unserem Parteitag waren und sind, haben nachhaltiges Engagement in schwierigen Zeiten gezeigt, sich praktisch vor Ort um Gerechtigkeit und Demokratie bemüht und sich für die vielen neuen Mitglieder engagiert. Sie stehen entschlossen gegen Hetze, Rassismus und Ausgrenzung.

(Beifall)

Und man kann mit Fug und Recht sagen: Ohne diese Basis könnte die SPD nicht als die Volkspartei existieren, auf die so viele Menschen hoffen.

(Beifall)

Mit diesem Preis erinnern wir an Wilhelm Dröscher - Anke hat es vorhin gesagt -, den aktiven bürger-nahen, aber auch visionären Amtsbürgermeister, Abgeordneten des Rheinland-Pfälzischen Landtags, des Bundestages und Präsidenten der Europäischen Sozialisten. In seinem früheren Wahlkreis in Kirn haben die Menschen an seinem Todestag im November mit großer Anteilnahme Seiner gedacht. Das zeigt: Wilhelm Dröschers Wirken zeigt noch heute über Jahrzehnte hinweg langfristige Auswirkungen. Ein Dank an ihn und die Arbeit, die er geleistet hat.

(Beifall)

Seine beiden Söhne Peter Dröscher und Michael Dröscher sind hier und werden die Urkunden verleihen.

(Beifall)

Die Auswahl bei den Preisen fiel uns auch dieses Jahr unendlich schwer, weil eigentlich alle Projekte und Initiativen einen Preis verdienen und übrigens weil sie alle die neuen Medien in ganz souveräner Art und Weise eingesetzt haben. Das ist toll.

Ich möchte an der Stelle vor allen Dingen denjenigen danken, die die Arbeit organisiert haben, und das ist eine große Arbeit: dem Robert Stübner und der Laura Giannini.

(Beifall)

Bevor wir an die formellen Preise kommen, wollen wir ohne formellen Preis eine Reihe von Projekten lobend hervorheben, die zum Beispiel internationale Unterstützung und praktische Hilfe leisten:

Die Initiative „Pskow“, die in Zusammenarbeit mit russischen Partnern in 26 Jahren ein umfassendes Netz für sozial Benachteiligte und Behinderte in zehn russischen Städten hat aufbauen helfen und deren Anliegen es gerade heute ist, dass wir in Deutschland und Westeuropa die Situation der Menschen in Russland im Auge haben und nicht nur die politischen Konflikte, die existieren.

(Beifall)

Wir loben den Förderverein „Hero’s Academy“ in Stuttgart. Er leistet Hilfe zur Selbsthilfe für die Kinder aus dem Dorf Shanzu in Kenia. Die Initiative leistet schon dauerhaft finanziellen Beistand; denn sonst könnte diese „Hero’s Academy“, Shanzu, überhaupt nicht nachhaltig die Kinder von der Straße in dieser Region holen. Also, ein Lob auch an diese Initiative.

(Beifall)

Interessanterweise gab es diesmal eine ganze Menge Initiativen und Projekte, die für grenzüberschreitende Arbeit in Europa stehen. Der SPD-Ortsverein Kleve und der Ortsverein Kranenburg praktizieren, was sie „praktischen Internationalismus im 21. Jahrhundert“ nennen. Zusammen mit den benachbarten PvdA-Abteilungen, die unsere Schwesterpartei in Nimwegen hat, greifen sie Themen auf, die den Menschen grenzüberschreitend auf den Nägeln brennen, und versuchen, gemeinsame Lösungen zu finden. Ein wirkliches Projekt praktischer europäischer Zusammenarbeit! Wir loben das.

(Beifall)

Und noch ein Lob: Der SPD-Ortsverein Insel Usedom hat sich am Europa-Tag, und er setzt das fort, ganz klar positioniert. Da sind sie!

(Beifall)

Er hat Flagge für Europa gezeigt, für diejenigen, die aufgestanden sind gegen die nationalistischen, europafeindlichen Hetzer auf der deutschen Seite, aber auch mit polnischen Partnern auf der polnischen Seite. Sie setzen das fort. Sie haben alle unsere Unterstützung verdient. Das ist so eine wichtige Arbeit.

(Beifall)

Noch ein Lob: Die Seliger-Gemeinde arbeitet mit den tschechischen Nachbarn daran, die Beziehungen zu verbessern und engagiert sich für demokratische und freiheitliche Neugestaltung Europas. Auch hier ein Lob!

(Beifall)

Ein Lob auch für eine Initiative, die vielleicht der eine oder andere ungewöhnlich fand. Aber ich muss sagen, wir fanden es alle hochinteressant. Und zwar die Initiative „Protestonaut“, die die Auswirkungen der Austeritätspolitik auf Europa am Beispiel der Erfahrungen der Menschen in Griechenland auch für uns Deutsche dokumentiert hat. Eine tolle Initiative, vielen Dank, ein Lob!

(Beifall)

Und noch ein Lob: Die Initiative des Lebenshilfswerks Kreis Herzogtum Lauenburg, die mit ihrem Angebot - wir haben das heute auch zum Teil in der Diskussion hier angesprochen - „Capito“ barrierefreie Podcasts, wie sie es nennen, in leichter Sprache produziert haben und dies auch eingesetzt haben sowohl im Schleswig-Holsteinischen Wahlkampf für Torsten Albig als auch im Wahlkampf in Niedersachsen. Ein tolles Beispiel dafür, dass alle Menschen Zugang und Verständnis für die politischen Zusammenhänge haben sollen. Herzlichen Dank auch dafür!

(Beifall)

So, und jetzt nähern wir uns den Preisen. Einen 3. Preis erhält die AG Migration und Vielfalt SPD, Kreis Olpe, für ihr „Café International“,

(Beifall)

das monatlich wechselnd in den Städten und Gemeinden des Landkreises stattfindet und für Zusammenhalt einsteht. - Peter, du hast das Wort.

PETER DRÖSCHER:

Ich überreiche euch die Urkunde mit diesem 3. Preis. Für hervorragende Vertrauensarbeit wird „Café International“, Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt SPD, Kreis Olpe, der 3. Preis beim Wilhelm-Dröscher-Preis überreicht.

(Beifall)

Unterschrieben haben diese Preise alle heute Morgen noch der Parteivorsitzende - herzlichen Dank dafür - und Heidi Wiczorek-Zeul als Kuratoriumsvorsitzende und jemand von uns aus der Jury. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL, KURATORIUMSVORSITZENDE WILHELM-DRÖSCHER-PREIS:

So. Einen 3. Preis verleihen wir an Basement e. V., „Nachhilfe mit Herz“. Glückwunsch!

(Beifall)

Das ist ein rein studentisch, aber eben als Initiative organisierter Verein, der in Erfurt kostenloses Mentoring für Kinder und Jugendliche betreibt und der über die letzten sechs Jahre mit 40 Ehrenamtlichen vielen, vielen Kindern und Jugendlichen zur Seite gestanden hat und dafür sorgt, dass sie in diesem Leben eine Chance haben. Ganz toll!

(Beifall)

Einen weiteren 3. Preis - wir haben mehrere, wie ihr seht; aber so ist das - erhält die SPD Eimsbüttel-Nord für „70 Jahre Im Blickpunkt“. Die monatliche Mitgliederzeitung wird als Stadtteilzeitung herausgegeben - und das seit 70 Jahren und jeden Monat. Damit wird Vertrauensarbeit im Viertel geleistet.

(Beifall)

Ihr wisst, ich bin eine Anhängerin der Nachhaltigkeit. Über 70 Jahre so eine Leistung zu erbringen, immer wieder aktuell zu sein und im Viertel immer wieder mit jungen und neuen Leuten präsent zu sein, ist eine tolle Leistung. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Einen 3. Preis erhält auch die ASF im SPD-Ortsverein Wenden für ihren Babyempfang.

(Beifall)

Die Genossinnen haben ein Babybegleitbuch herausgegeben, das wichtige Informationen für die Menschen enthält, die sich diese Informationen oft nicht selbst besorgen können. Seit 2011 gibt es sogar einen Babyempfang mit Frühstück für die Familien. Bei diesen liefern die Institutionen wichtige Informationen; denn die Überzeugung der Genossinnen ist: Es soll von Anfang an Chancengleichheit für Kinder entstehen, und dazu tragt ihr wichtige Arbeit bei. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Einen 2. Preis verleihen wir an die Stadtwerkschaft aus München für „Wir schaffen Wohnraum“.

(Beifall)

Ihr habt das zum Teil sicher auch unten gesehen: Die Initiative heißt „Wir schaffen Wohnraum“. Sie ist aus dem Konzernbetriebsrat der Stadtwerke München entstanden, ist aber eine private Genossenschaft, und Genossenschaften sind ja Dinge, die gerade der Sozialdemokratie nahe sind.

Mit ihrem Wohnungsbauprojekt will sie ein Signal für bezahlbaren Wohnraum in München auch für Menschen mit niedrigem Einkommen setzen und damit positiv in die Stadtviertel wirken. Herzlichen Glückwunsch für diese beispielgebende Initiative!

(Beifall)

Auch die Bauministerin gratuliert. - Wie gesagt: Das ist auch eine Initiative, die vielleicht bei den einen oder anderen vor Ort als Anregung aufgegriffen werden kann.

Einen 2. Preis erhält die SPD-Abteilung Wilmersdorf-Nord für ihre Stadtrundgangsbroschüre „GEGEN DAS VERGESSEN“.

(Beifall)

Die Genossinnen und Genossen haben eine lebendige Erinnerungskultur vor Ort und vor allen Dingen auch Sensibilität gegen Intoleranz und Rassismus geschaffen. Sie sind bekannt und auch anerkannt für geführte Rundgänge, die uns das immer wieder in Erinnerung rufen. Herzlichen Glückwunsch zu diesem 2. Preis!

(Beifall)

Einen 2. Preis erhält auch der SPD-Ortsverein Loxstedt für seine Idee „Politik mit dem Bierdeckel“.

(Beifall)

Das ist jetzt ein anderer Bierdeckel als der, den wir sonst kennen.

Er ist angelehnt an das - so haben es die Genossen geschrieben -, was Ina Müller in ihrer Talkshow macht. Es ist der Versuch, ohne die Schwelle, die man ja immer überschreiten muss, wenn man mit jemandem aus der Politik Kontakt aufnehmen will, entsprechende Kontakte zu ermöglichen. Das überwindet einfach Scheu und führt dazu, dass auch auf Facebook alle möglichen Fragen ganz unkonventionell gestellt werden können und dann auch beantwortet werden. Auch einen herzlichen Glückwunsch an euch!

(Beifall)

Einen 2. Preis vergeben wir auch an den SPD-Ortsverein Ammerndorf für „Die Basis macht's!“

(Beifall)

Ihr habt es unten mit den Genossen vielleicht auch besprechen können: Das Stichwort „Die Basis macht's!“ zeigt, wie es ein Ortsverein im ländlichen Raum nach einer kommunalen Niederlage geschafft hat, wieder Tritt zu fassen und einen Mitgliederzuwachs von 25 Prozent zu verzeichnen. Herzlichen Glückwunsch, das habt ihr toll gemacht!

(Beifall)

Ich habe gerade gehört: Hier auf der Bühne stand jetzt auch eine Bürgermeisterkandidatin für 2020 - ganz im Sinne von: Die SPD muss weiblicher und vielfältiger werden.

(Beifall)

Jetzt kommen wir zum 1. Preis. Hier sollte ich erklären: Weil es drei Kategorien waren, haben wir diesmal auch für jede Kategorie einen 1. Preis verliehen. Das waren die Kategorien „Zeit für mehr Gerechtigkeit“, „Die Demokratie verteidigen“ und natürlich „Aktive SPD vor Ort und neue Mitglieder“.

Der 1. Preis in der Kategorie „Zeit für mehr Gerechtigkeit“ erhält die ASF-Leipzig für ihre interaktive Postkartenaktion „Finde den Fehler!“

(Beifall)

Ich habe das natürlich auch mit den Genossinnen und Genossen besprochen. Wir haben durchaus viele Initiativen, die die Frage Gleichberechtigung aufgreifen. Diese Initiative macht es durch ihre interaktive Postkartenserie leicht, an Ständen über Fragen der Gleichberechtigung von Mann und Frau - über Lohngerechtigkeit, Geschlechterklischees usw. - interaktiv und mit Spaß zu sprechen.

Das ist eine wunderbare Aktion, die übrigens jeder Ortsverein auf seiner Ebene und jede ASF auf ihrer Ebene auch umsetzen kann. Das, was hier vorgelegt worden ist, kann auch an jedem anderen Ort überzeugen und eingesetzt werden.

(Beifall)

Der 1. Preis in der Kategorie „Zeit, sich für Demokratie aktiv einzubringen“ geht an den SPD-Kreisverband Rostock, Projektgruppe „Kriegsgräber“ der Europaschule Rövershagen.

(Beifall)

Auch das war eindrucksvoll, sich das vor Ort schildern zu lassen. Das haben wir alle gemacht. Sie versuchen, Geschichte für die Zukunft wirksam zu machen. Was wurde erreicht? - Sie haben den Dialog zwischen Jugendlichen und Opfern der Shoah in Israel und an der Europaschule Rövershagen und zum Beispiel auch Treffen mit Nachfahren von Tätern und Opfern der Nazidiktatur gestaltet. Das war das, was uns beeindruckt hat. Wir finden es beispielhaft, wie wir heute für die Zeit Gedenken erhalten können und wie der Prozess der Weltoffenheit und Völkerverständigung weitergetragen werden kann.

(Beifall)

Der 1. Preis in der Kategorie „Aktive SPD vor Ort, neue Mitglieder“ geht an die Jusos Neukölln: „Jugend erreichen. Jugend bewegen!“

(Beifall)

Die Jusos haben sich an die Schulen in Neukölln gewandt und haben gefragt: Welches sind die Punkte, die euch auf den Nägeln brennen? - Sie haben 450 Rückmeldungen von jungen Leuten aus Neukölln erhalten und haben dann mit der nächsten Aktion „Karla sagt“ begonnen. Sie haben über ihr Katzenmaskottchen „Karla“ direkt mit der Zielgruppe von Jugendlichen kommuniziert. Neben dieser Veränderung gibt es auch wichtige andere Veränderungen: Im Jahr 2016, also bereits bevor die große Eintrittswelle stattfand, hat es über 50 Neueintritte gegeben. Viele Neumitglieder waren Schüler und Auszubildende. Toll!

(Beifall)

Der eine oder andere hat vielleicht den Publikumspreis, also den Sonderpreis der Delegierten und Gäste, vermisst. Der kommt jetzt am Schluss. Das habt ihr, die Delegierten und Gäste, so entschieden. Er geht an die Jusos Oldenburg-Land „Austausch am Grillrad“, wo aktiv für die Mitmachpartei der SPD geworben wird.

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir sagen noch einmal allen, die sich beteiligt haben, mit oder ohne Preis oder mit unserem besonderen Lob, ein Dankeschön für die Arbeit, die ihr leistet. Das kann gar nicht hoch genug anerkannt werden. Das ist so, so wichtig! Wir versprechen euch, dass wir das weiter unterstützen werden.

(Beifall)

ANKE REHLINGER, TAGUNGSPRÄSIDIUM:

Liebe Genossinnen, liebe Genossen! Liebe Heidemarie! Lieber Michael! Lieber Peter! Ein ganz herzliches Dankeschön auch euch für die sehr wertschätzende Preisverleihung, aber vor allem natürlich ein herzliches Dankeschön noch einmal an diejenigen, die in den Initiativen tätig sind. Ihr habt unseren Parteitag bereichert, aber ich finde, ihr bereichert vor allem unsere Gesellschaft. Ein herzliches Dankeschön dafür! Lasst nicht nach, sondern begeistert möglichst auch noch andere dafür!

(Beifall)

Wir sind damit fast am Ende unseres Parteitages angelangt. Aber es gibt zwei Dinge, die man tun muss, um einen Parteitag beenden zu können. Das Erste ist, dem Parteivorsitzenden noch einmal das Wort für das Schlusswort zu geben. Das Zweite ist, anschließend quasi uns allen das Wort für das Schlusslied zu erteilen. Dafür hat sich der Chor schon aufgestellt.

Weil dann alle sehr schnell weg sein werden, möchte ich noch den wichtigen Hinweis geben, dass sich der neu gewählte Parteivorstand etwa eine halbe Stunde nach dem Ende unseres Parteitages zu seiner konstituierenden Sitzung treffen wird. Das wird wohl gegen 14 Uhr, 14.15 Uhr sein. Die Sitzung findet im Raum M 1 Level 3 statt. Das ist dort, wo die Antragskommission immer getagt hat.

Ich darf mich an dieser Stelle schon einmal ganz herzlich bei euch allen im Namen des Präsidiums bedanken. Ich finde, wir haben gemeinsam einen nicht ganz einfachen Parteitag trotzdem in sehr respektvoller Art und Weise und im vernünftigen Umgang miteinander absolvieren können. Insofern im Namen der Antragskommission, im Namen der Mandatsprüfungskommission, aber vor allem auch im Namen des Präsidiums ein herzliches Dankeschön an euch, an die Delegierten!

Zum Schlusswort gebe ich das Wort an unseren Parteivorsitzenden. Herzlichen Dank und Glück auf!

(Beifall)

SCHLUSSWORT PARTEIVORSITZENDER

MARTIN SCHULZ, PARTEIVORSITZENDER:

Vielen Dank, Anke. - Liebe Genossinnen und Genossen! Unser Parteitag neigt sich dem Ende entgegen. Lasst mich nach der Verleihung des Wilhelm-Dröscher-Preises auch einen Dank an Heidemarie Wiczorek-Zeul sagen. Sie hat zehn Jahre lang den Dröscher-Preis verliehen. Heidi, das war heute zum letzten Mal so. Vielen Dank für deinen Einsatz!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, am Ende eines Parteitags gilt es, eine Menge Dank zu sagen. Anke Rehlinger hat sich gerade im Namen des Präsidiums dieses Parteitags bei allen bedankt. Ich darf mich einmal in euer aller Namen bei unserem hervorragenden Parteitagspräsidium bedanken. Vielen Dank, liebe Genossinnen und Genossen! Ihr habt das super gemacht!

(Beifall)

Ein solcher Parteitag ist nicht denkbar ohne die unzähligen Helferinnen und Helfer, die das möglich machen. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Willy-Brandt-Hauses hat Dietmar Nietan mit wirklich beeindruckenden Worten gedankt. Ich will mich dem anschließen. Liebe Genossinnen und Genossen, die hauptamtlichen Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses, aber auch an diejenigen, die aus den Landesverbänden, aus den Bezirken und Unterbezirken hier sind, ein herzliches Dankeschön!

(Beifall)

Genossinnen und Genossen, eine solche Einrichtung wie der CityCube – Dietmar hat denen schon gedankt – hat auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit Tagen von den frühen Morgenstunden bis in den späten Abend hinein für uns unterwegs sind. Die seht ihr gar nicht. Das sind viele, viele Männer und Frauen. Zu denen gehören nicht nur die Angestellten des CityCubes, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Infrastruktur, die hier für uns sorgen, sondern auch die Männer und Frauen des Sicherheitsdienstes, die hier manchmal unter sehr, sehr schwierigen Bedingungen arbeiten müssen. Euch allen und ihnen allen ein herzliches Dankeschön für ihre Arbeit!

(Beifall)

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben in diesen drei Tagen den Grundstein für die Erneuerung der Partei gelegt. Wir haben ein neues Arbeitsprogramm beschlossen, das uns viel Arbeit machen wird. Wir werden die SPD gemeinsam erneuern.

Schon jetzt, glaube ich, ist ein sichtbarer Teil dieser Erneuerung die Zusammensetzung des neuen Parteivorstandes, in den 23 Männer und 22 Frauen gewählt worden sind.

Wir haben fast die Parität erreicht. Bei einer ungeraden Zahl - das haben wir auch beschlossen - darf es nur einer mehr aus dem jeweils anderen Geschlecht sein. Den ersten Schritt zur Erneuerung haben wir also mit der Zusammensetzung des neuen Parteivorstands gemacht.

Ich bin froh, dass wir heute eine lebhaftige Organisationsdebatte hatten. Ich war nicht mit jedem Punkt der Organisationsdebatte glücklich und einverstanden. Das werden wir im Verlauf des Jahres noch ein bisschen diskutieren müssen. Aber so ist das halt auf Parteitag.

Ich bin dankbar, dass ihr Lars Klingbeil gestern das Vertrauen ausgesprochen habt, damit er als Generalsekretär diesen Erneuerungsprozess anpackt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben gestritten auf diesem Parteitag über unseren gemeinsamen Weg. Wir haben kontrovers gestritten, über Flucht und Migration diskutiert. Wir haben über die Digitalisierung und die Zukunft der Arbeitswelt diskutiert. Wir haben über Zusammenhalt und Demokratie diskutiert, und wir haben über Europa diskutiert.

Ich habe viele Kommentare darüber gelesen. Ein Kommentar besagt, ich sei ein Europaradikaler.

(Beifall)

Das hat Herr Dobrindt von der CSU gesagt. Lasst mich deshalb an dieser Stelle, von diesem Parteitag aus auch etwas antworten, wenn man schon solche öffentlichen Botschaften bekommt. - Ja, Herr Dobrindt, nicht nur ich, sondern meine ganze Partei sowie ich als Vorsitzende, wir sind radikale Proeuropäer.

(Lebhafter Beifall - Zurufe: Bravo!)

Liebe Genossinnen und Genossen, die anderen Parteien haben unser Land in eine schwierige Situation manövriert. Wir werden ergebnisoffene Gespräche führen und dabei ausloten, welche Möglichkeiten es gibt, dieses Land aus dieser schwierigen Lage herauszubringen. Ich sage das deshalb noch einmal auf diesem Parteitag, weil es einem manchmal schon auf den Keks geht, dass andere dieses Land in eine Sackgasse bringen, was die Regierungsbildung angeht, und wir nicht zum ersten Mal in der Geschichte dieses Landes die Verantwortung übernehmen müssen. Aber wie wir sie übernehmen, das entscheidet die SPD selbst, dazu lassen wir uns keine Lektionen von anderen erteilen.

(Beifall)

Wir werden mit unserem Beschluss „Unser Weg: Modern und gerecht“ - wir haben ihn auf diesem Parteitag beschlossen - in den Mittelpunkt stellen, welche Ziele, welche Inhalte über unser Wahlprogramm hinausgehend wir für erforderlich halten, um sie zu diskutieren, sie durchzusetzen und damit unser Land besser zu machen.

Ja, ich wiederhole: Wir müssen nicht um jeden Preis regieren, Genossinnen und Genossen. Wir dürfen aber auch nicht um jeden Preis nicht regieren wollen. Es kommt nicht darauf an, was die äußere Form ist, was die Mechanismen sind. Die entscheidende Frage ist, wie wir das Leben der Menschen in diesem Lande besser machen können.

(Beifall)

Was unsere Aufgabe ist, das ist auf diesem Parteitag klar geworden. Wenn wir die Chance haben, Altersarmut zu verhindern, dann müssen wir sie ergreifen und durchsetzen. Wenn wir die Chance haben, die Pflege in diesem Land zu verbessern, dann müssen wir sie ergreifen. Die Preisträger der Genossenschaft, die in den Wohnungsbau investieren, was machen die denn? Das sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die eines der virulentesten Probleme unserer Gesellschaft anpacken, und zwar in einer wunderbaren neuen und zugleich total alten, traditionellen Form, in der Genossenschaftsform, die mit dazu beitragen, dass etwas verwirklicht wird, das ein elementares Grundrecht in unserer Gesellschaft sein muss: bezahlbares Wohnen.

(Beifall)

Wohnen darf kein Luxusprojekt in diesem Land sein. Wenn wir das verbessern können, wenn wir Europa besser machen können, dann müssen wir diese Chancen ergreifen und durchsetzen.

Die Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht, ist: Die SPD ist eine streitbare Partei, ja, eine moderne und eine lebendige Partei, wie wir hier sehen können. Sie ist die Europapartei in Deutschland und sie macht Deutschland zum proeuropäischen Land, das die Europäische Union nach vorne bringt

(Beifall)

und durch eine demokratische Europäische Union das Leben besser macht.

Die Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht, ist: Wir drücken uns nicht davor, Verantwortung zu übernehmen, wie es andere in diesem Land tun.

(Beifall)

Deshalb noch einmal einen Satz zu all den Kommentatoren. Die SPD solle, hat da einer von den Schlawmeiern bei der CSU gesagt, aus ihrer Schmollecke herauskommen. - Wir sitzen nicht in einer Schmollecke. Aber ihr habt den Karren an die Wand gefahren. Das ist der Unterschied zwischen euch und uns.

Die Botschaft, die von diesem Parteitag ausgeht, ist: Wir drücken uns nicht davor, Verantwortung zu übernehmen, wie es andere tun.

Aber alle müssen wissen, liebe Genossinnen und Genossen: Politik ist für uns kein Selbstzweck. Sie ist auch keine Inszenierung. Wir machen die Politik mit Herz und Verstand und mit Leidenschaft für die Menschen in unserem Lande. Unsere Überzeugung ist, dass nur echte sozialdemokratische Politik unser Land besser machen kann, dass nur echte sozialdemokratische Politik das Leben für die Menschen, die uns brauchen, die einen starken Staat brauchen, die den Schutz des Staates und der Gesellschaft bei der Absicherung ihrer Lebensrisiken brauchen, für die machen wir Politik.

Die Würde jedes einzelnen Menschen in diesem Land, einer jeden Frau, eines jeden Mannes, eines jeden Kindes, einer jeder Familie, unabhängig vom Geschlecht, von der Hautfarbe, von der Religion, vom Familiennamen, vom Wohnort, die Würde eines jeden einzelnen Menschen in diesem Lande - das ist die Grundbotschaft unserer wunderbaren Verfassung, des Grundgesetzes -, die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie steht im Mittelpunkt der sozialdemokratischen Politik.

(Beifall)

Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist der Geist dieses Parteitages gewesen. In diesem Sinne: Glück auf! Und kommt gut nach Hause. - Vielen Dank.

(Beifall)

SCHLUSSLIED „WANN WIR SCHREITEN SEIT‘ AN SEIT“

ENDE DES PARTEITAGES: 13:45 UHR.

Anhang zum Protokoll

DES ORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAGS DER SPD

**VOM 7. BIS 9. DEZEMBER 2017
IN BERLIN**

FINANZBERICHT DES SCHATZMEISTERS 2015/2016

VORWORT

1. Einnahmeentwicklung

- 1.1 Die Einnahmen aus Beiträgen
- 1.2 Die staatliche Teilfinanzierung
- 1.3 Die Einnahmen aus Spenden
- 1.4 Die Einnahmen aus Sponsoring
- 1.5 Die Einnahmen aus Vermögen
- 1.6 Parteiinterner Finanzausgleich

2. Mittelbewirtschaftung und Haushaltsentwicklung

3. Strukturhilfen für die ostdeutschen Landesverbände

4. Der Unternehmensbereich

- 4.1 Immobilienbereich: Konzentration GmbH,
Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH
- 4.2 Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH

5. Finanzen der Gesamtpartei im Vergleich

VORWORT

Liebe Genossinnen und Genossen,

die langfristige Bewahrung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt für mich nach wie vor den Maßstab meiner Arbeit als Schatzmeister dar.

Kein Schatzmeister und keine Schatzmeisterin der Partei wird je behauptet haben, dass seine oder ihre Arbeit durch die Entwicklungen der vergangenen Jahre einfacher geworden oder die Finanzlage der Partei rosiger geworden sei – so etwas verbietet sich schon qua Amt. Wenn ich in diesem Finanzbericht aber feststellen muss, dass wir vor großen Herausforderungen stehen, dann erklärt sich die Ernsthaftigkeit dieser Herausforderungen im Wesentlichen aus den massiven Stimmenverlusten der SPD bei einigen Landtagswahlen und insbesondere der Bundestagswahl 2017. Diese wirken sich auf die Verteilung der staatlichen Mittel erheblich aus und engen die finanziellen Spielräume der Partei mindestens für die Zeit der laufenden Legislaturperiode spürbar ein.

Auf diese Tatsache müssen wir eine politische Antwort finden, die nicht Mangel verwaltet, sondern die Partei so weiterentwickelt, dass diese im digitalen Zeitalter erfolgreich kommunizieren und ihre Mitglieder aktivieren und beteiligen kann, dabei jederzeit kampagnenfähig ist und überzeugende Antworten auf die drängenden Fragen der Zeit entwickelt.

Es ist ein Grund zur Freude und Zuversicht, dass unsere Partei seit Anfang 2017 mehr als 26.000 neue Mitglieder aufnehmen konnte. Dieser Zuwachs ist eine große Chance und zugleich eine große Verpflichtung für uns: Wenn wir unsere Mitglieder langfristig für eine aktive Arbeit gewinnen wollen, dann müssen wir heute unsere Partei verändern. Hierbei wird es auch darum gehen, wie wir unsere finanziellen Ressourcen am besten einsetzen.

Vor diesem Hintergrund ist es eine unabdingbare Notwendigkeit, die bisherige Ausgabenpolitik des SPD-Parteivorstandes einer gründlichen Neubewertung und einer daraus hervorgehenden Prioritätensetzung zu unterziehen. Nur so kann die politische und finanzielle Handlungsfähigkeit der SPD auch in Zukunft sichergestellt werden.

Und wenn wir von Ausgaben reden, müssen wir vor allem auf die großen Kostenblöcke schauen: Wahlkämpfe und Personalkosten. Wir werden die Aufgabe zu meistern haben, mit geringeren Mitteln erfolgreiche Wahlkämpfe zu organisieren und mit weniger Personal trotzdem die ehrenamtlichen Strukturen in der Fläche zu entlasten. Dies wird nur funktionieren, wenn wir unsere vorhandenen Ressourcen mit großem Bedacht einsetzen.

Wenn wir als Folge der Bundestagswahl-Niederlage 2017 jetzt die SPD wirklich konsequent erneuern wollen, müssen wir unsere Bemühungen, das Willy-Brandt-Haus noch mehr als bisher zu einer Serviceeinrichtung für alle Gliederungen weiter zu entwickeln, verstärken. Es geht darum, am Ende die Dienstleistungen zu erbringen, die die Gliederungen auch wirklich brauchen. Ziel muss es außerdem sein, administrative Abläufe so zu vereinfachen, dass vor Ort wieder mehr Zeit dafür vorhanden ist, Politik zu machen.

Es gibt gute Beispiele dafür, wie z. B. durch die Bündelung von administrativen Aufgaben in regionalen Service-Centern unnötige Kosten vermieden und zugleich auch aktive Mitglieder und hauptamtliche Mitarbeiter vor Ort von Verwaltungsarbeit entlastet werden können. Dies wird nur mit einer abgestimmten Personalentwicklung für die Gesamtpartei gelingen.

In guten Gesprächen mit den Verantwortlichen aus Landesverbänden und Bezirken konnte die Schatzmeisterei die Vorarbeiten für neue Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden bzw. Bezirken abschließen. Nach dem ordentlichen Parteitag 2017 sollen in ersten Modellprojekten diese neuen Kooperationsformen in der Praxis verankert werden. Es ist das Ziel in den Bereichen Administration, Organisations- und Personalentwicklung sowie der Kampagnenfähigkeit zu Kooperationen zu kommen, die die Gesamtpartei sowohl finanziell, als auch vom Arbeitsaufwand her spürbar entlasten. Dazu werden wir mit den Landesverbänden bzw. Bezirken gemeinsame Zielvereinbarungen erarbeiten, um verlässliche und ergebnisorientierte Arbeitsstrukturen zu schaffen.

Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung im Juli diesen Jahres beschlossen, in den nächsten Jahren auf allen Ebenen



Dietmar Nietan MdB, Schatzmeister der SPD. Foto: Susie Knoll

der Partei erhebliche Investitionen in den Bereichen der EDV-Ausstattung, moderner Informations- und Kommunikationsplattformen sowie eines professionellen Datenmanagements für erfolgreiche Wahl- und Kommunikationskampagnen auf den Weg zu bringen. Nur so können wir unter den Rahmenbedingungen des „Digitalen Zeitalters“ überhaupt noch kampagnen- und kommunikationsfähig bleiben. In der Nutzung digitaler Möglichkeiten liegt auch eine große Chance, mehr Räume für politische Arbeit zu öffnen, Mitglieder zu aktivieren, administrative Abläufe zu vereinfachen und auf mittlere Sicht Geld zu sparen. Der Weg dorthin wird ein Kraftakt, für den PV und die Bezirke bzw. Landesverbände, aber einer der sich lohnt. Er wird gelingen, wenn wir in Zukunft nicht nur enger zusammenarbeiten, sondern auch unsere jeweiligen Ressourcen gut aufeinander abgestimmt einsetzen.

Einen nicht unerheblichen Teil unseres Vermögens machen unsere Immobilien aus. Um dieses Immobilienvermögen gut zu verwalten, instand zu halten und nach Möglichkeit weiterentwickeln zu können, habe ich als Treuhänder den

Geschäftsführer der Konzentration GmbH Anfang 2014 mit einer grundlegenden Restrukturierung dieses Bereichs beauftragt. Im Ergebnis konnte die Werthaltigkeit und die Liquidität unseres Immobilienbereichs deutlich verbessert werden. Ich verweise hier auf das Kapitel 4.1 dieses Finanzberichtes.

Es ist mir eine große Freude, dass es uns nach vielen mühevollen Anläufen in diesem Jahr endlich gelungen ist, zusammen mit unseren Partnern, der Arbeiterwohlfahrt Sachsen, der sächsischen SPD und der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung mit dem Bau des „Herbert-Wehner-Hauses“ in Dresden zu beginnen. Dies ist ein wichtiges Zeichen für die Sozialdemokratie, sicherlich nicht nur in Sachsen! Wir gehen davon aus, zum Jahresbeginn 2019 den Bau vollenden zu können. Die SPD wird dann auch in der sächsischen Landeshauptstadt mit einer eigenen attraktiven Immobilie an einer städtebaulich markanten Stelle vertreten sein. In diesem Zusammenhang möchte ich allen danken, die mich bei meinem Bemühen, das Herbert-Wehner-Haus doch noch Wirklichkeit werden zu lassen, so großartig unterstützt haben. Namentlich sei hier stellvertretend für alle anderen Genossinnen und Genossen Jürgen Schmude genannt.

Die in der ddvg gebündelten Beteiligungen bilden zusammen mit dem Immobilienbereich den Kern des heutigen Parteivermögens. Diese Beteiligungen leisten seit vielen Jahren einen stabilen Beitrag zur Finanzierung der Partei und sichern zugleich die Existenz parteinaher Dienstleistungsunternehmen ab.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal daran erinnern, dass dieses heutige Vermögen der Partei auf der großen Tradition des Kampfes für Freiheit und Emanzipation beruht. Die Bewahrung und Weiterentwicklung dieses Vermögens muss dieser Entstehungsgeschichte Rechnung tragen. Es gibt eine historische Verpflichtung gegenüber den Generationen von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die mit ihrem „Arbeitergroschen“ der SPD eigene Druckereien und Zeitungen im Kampf gegen die Unterdrückung ermöglicht haben. Diese unter oft entbehrungsreichen Umständen geschaffenen Werte sind heute zum größten Teil in Form von Beteiligungen an Printmedien in der ddvg organisiert. Dieses Vermögen darf nicht

kurzfristigen Finanzbegehrlichkeiten der Partei untergeordnet werden, sondern muss durch eine umsichtige Unternehmenspolitik auch zukünftig einen spürbaren Beitrag zur finanziellen Unabhängigkeit der SPD leisten!

Ich habe deshalb als Treuhänder der ddvg unseren Unternehmensbereich in umfassender Weise extern begutachten lassen, um aus den Erkenntnissen dieser Gutachten die ddvg so weiter zu entwickeln, dass sie auch weiterhin mit einem modernen und nachhaltigen Geschäftsmodell für die Zukunft gut aufgestellt ist.

Im Jahre 2016 hat der SPD Parteivorstand auf meinen Vorschlag hin einen neuen verjüngten Treuhandaufsichtsrat berufen, der nicht nur mehr „digitale“ Kompetenz beinhaltet, sondern bei seiner Berufung auch zum ersten Mal hinsichtlich der beiden Geschlechter quotiert war.

Ich freue mich, dass unser Unternehmensbereich auch weiterhin mit stabilen Ergebnissen zu den Einnahmen bei der SPD beitragen konnte. Das Unternehmensergebnis der ddvg zeigt seit 2013 ein stabil positives Bild.

Ich habe oben über die Geschichte des Unternehmensbereichs und die daraus resultierende Verantwortung gesprochen. Diese Verantwortung endet nicht beim Erhalt und der Entwicklung der reinen Vermögenswerte, sondern wir haben auch einen politischen Anspruch dahingehend, was wir tun und wie wir es tun. Die Medien sind in den vergangenen Jahren unter ökonomischen und zuletzt auch unter politischen Druck gekommen. Wenn es salonfähig wird, Worte wie „Lügenpresse“ zu verwenden, dann steckt hierin ein Angriff auf die freie Presse und das freie Wort. Aufgrund unserer historischen Wurzeln sehe ich unsere Unternehmen in einer besonderen Verantwortung, den Feinden der Freiheit, die zurzeit Morgenluft wittern, entschieden entgegen zutreten: Gegenüber Intoleranz, Rassismus, Nationalismus und Demokratiefeindlichkeit gibt es keine Neutralität.

Die ddvg hat sich hierzu bereits klar positioniert und wird dies auch weiter tun.

Wichtig bleibt es aber auch, die ökonomischen Herausforderungen der Digitalisierung zu meistern. Neben Innovation wird es vor allem darauf ankommen, einen qualitativ hochwertigen Journalismus zu bieten. Schon in den vergangenen Finanzberichten wurde geschildert, dass die Tarifstruktur in den Verlagen erodiert. Es versteht sich von

selbst, dass wir dies mit Sorge sehen und hoffen, dass die Tarifparteien sich auf neue Tarifmodelle verständigen können, die geeignet sind, dem Wandel in der Medienbranche Rechnung zu tragen.

Da die Medienstrukturkrise die oben genannten politischen und ökonomischen Herausforderungen bietet, ist es angemessen, die Anforderungen, die wir an das Handeln unseres Unternehmensbereichs haben, offen zu diskutieren und auch in einem „Code of Conduct“ oder vergleichbarem Regelwerk zu fassen.

Nachdem die „Sponsoring-Praxis“ sogenannter „Vorwärtsgespräche“ unserer damaligen Agentur Network Media (NWMD) dem Ansehen dieser Agentur und der SPD selbst großen Schaden zugefügt hat, habe ich als Treuhänder sofort entsprechende Konsequenzen gezogen. Das erwähnte Veranstaltungsformat wurde unmittelbar eingestellt. Nach einer umfangreichen Untersuchung wurden sämtliche gesponserten Vorwärtsgespräche des betroffenen Zeitraums mit den Namen der Sponsoren und der exakten Summe des gesponserten Geldbetrages veröffentlicht. Auch wenn Gesetzesverstöße nicht festgestellt werden konnten, ist deutlich geworden, dass die Agentur einen Neuanfang brauchte. Die Agentur wurde umgebaut und arbeitet jetzt mit neuer Führung unter dem Namen „Agentur für strategische Kommunikation“ (ASK) mit einem neuen Portfolio, welches sich deutlicher an den Bedarfen der Partei und den betriebswirtschaftlichen Gegebenheiten orientiert.

Jetzt, wo sich die SEB aus dem Geschäftskundensegment, zu welchem auch die SPD zählte, zurückgezogen hat, zeigt es sich, wie richtig unsere Entscheidung war, die Berliner Sparkasse als neue „Hausbank“ des SPD Parteivorstandes zu gewinnen. Die Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse bezieht auch den gesamten Unternehmensbereich mit ein, sodass wir die Voraussetzungen für ein gemeinsames „Liquiditätsmonitoring“ des PV und seiner Unternehmen geschaffen haben. Darüber hinaus sehen wir unsere Zusammenarbeit mit der Berliner Sparkasse auch noch einmal als ein politisches Zeichen der Sozialdemokratie für den Sparkassensektor.

Seit meinem Amtsantritt setze ich mich als Schatzmeister für mehr Transparenz bei der Parteienfinanzierung ein.

Deshalb hat es mich sehr gefreut, dass es uns gelungen ist, unter der Federführung meiner geschätzten Bundestagskollegin Eva Högl einen neuen Gesetzesvorschlag zur Änderung des Parteiengesetzes vorzulegen, der Sponsoring als eigene Einnahmeposition den Transparenzregeln des Parteiengesetzes unterwirft. Mit dem bisherigen Koalitionspartner CDU/CSU waren aber bessere Transparenzregeln hinsichtlich des Sponsorings im Parteiengesetz nicht umsetzbar.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand im Dezember 2016 auf meinen Vorschlag hin durch einen entsprechenden Beschluss seine Sponsoring-Richtlinie um eine Transparenzregel ergänzt, die vorsieht, dass ab dem 1. Januar 2017 jede einzelne Einnahme von allen gesponserten Veranstaltungen mit Namen des werbenden Unternehmens und gezahlter Summe auf unserer Homepage im Bereich Finanzen ausgewiesen wird. Nur wer diesem Verfahren zustimmt, wird als Sponsor zugelassen.

Ebenso habe ich sehr gerne den Vorschlag der Kontrollkommission für die Erarbeitung neuer moderner „Verhaltensregeln für die Wahrnehmung von Ämtern, Funktionen und Mandaten“ in die Tat umgesetzt.

Auf meinen Vorschlag hin hat der Parteivorstand am 17. Juli 2017 neue Verhaltensregeln beschlossen, die die alten Verhaltensregeln von 1995 abgelöst haben. Auch hier haben wir das Thema Sponsoring nunmehr klar geregelt. So empfehlen wir darin den Landesverbänden und Bezirken ihre Sponsoringeinnahmen entsprechend zu veröffentlichen. Diese Transparenz erwarten die neuen Verhaltensregeln auch von politischen Zusammenschlüssen, die sich auf die Sozialdemokratie berufen, aber nicht dem Statut der SPD unterliegen. Gleiches gilt für die Unternehmen, die zu 100 Prozent im Eigentum der SPD sind. Nunmehr gibt es in den neuen Verhaltensregeln auch eine Regelung zu möglichen Sanktionen. Jetzt fällt der Kontrollkommission die Aufgabe zu, über die Umstände eines möglichen Verstoßes zu beraten und darüber hinaus bei Verstößen mögliche Sanktionen zu prüfen.

Abschließend möchte ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen im Willy-Brandt-Haus, die mich bei meiner Arbeit als Schatzmeister unterstützt haben, herzlich bedanken. Ebenso danke ich der Schatzmeister- und Kassierer-Konferenz sowie der Kontrollkommission für die kritisch-konstruktive, stets kollegiale Zusammenarbeit.

Ein ganz großes Dankeschön möchte ich aber allen ehrenamtlichen Kassiererinnen und Kassierern für ihre so unschätzbare wichtige Arbeit vor Ort sagen!

Euer



Dietmar Nietan

1. EINNAHME- ENTWICKLUNG

1.1 DIE EINNAHMEN AUS BEITRÄGEN

Weiterhin stellen die Mitgliedsbeiträge und die Mandatsträgerbeiträge mit etwa 47,8 Prozent (2015) bzw. 47,7 Prozent (2016) die wichtigste Einnahmequelle der Partei dar. In 2015 konnte die SPD Beitragseinnahmen in Höhe von 75,0 Mio. EUR und in 2016 in Höhe von 74,9 Mio. EUR verzeichnen. Diese verteilten sich wie folgt.

(in EUR)	2015	2016
Mitgliedsbeiträge	49,59 Mio.	49,26 Mio.
Mandatsträgerbeiträge	25,42 Mio.	25,61 Mio.

In der SPD waren im Jahr 2015 442.814 Menschen Mitglied, im Jahr 2016 waren es 432.706. Dies bedeutet einen Rückgang von 2,3 Prozent.

Die Mitglieder zahlten im Durchschnitt einen Betrag von 9,33 EUR (2015) bzw. 9,48 EUR (2016).

Bisher konnten die Beitragseinnahmen trotz sinkender Mitgliederzahlen leicht erhöht werden. Dies ist in diesem Berichtszeitraum das erste Mal nicht mehr der Fall.

Allerdings werden wir im Jahre 2017 wieder einen Mitgliederzuwachs verzeichnen können. Ob dieser sich langfristig positiv auf unserer Einnahmenseite auswirken kann, wird auch vom Erfolg unserer Bemühungen, die Partei zu erneuern und für Neumitglieder attraktiv zu gestalten, abhängen.

Eine zuverlässige Konstante zur Finanzierung unserer Partei ist nach wie vor die jährlich stattfindende Beitragsanpassung gemäß § 1 Absatz 7 der Finanzordnung. Diese orientiert sich an der nominalen Steigerung des durchschnittlichen Nettoeinkommens, ermittelt durch das Bundesamt für Statistik. Von der Anpassung ausgenommen sind Beiträge von Mitgliedern ohne oder mit geringfügigem Einkommen, die 2,50 EUR pro Monat zahlen. Die Erhöhungen betragen im Jahr 2015 1,6 Prozent bzw. 1,9 Prozent in 2016.

Der Großteil der Mitglieder hat diese Erhöhungen akzeptiert, nur wenige legten Widerspruch ein.

85 Cent pro Beitragseuro verbleiben, nach Abzug der Anteile für die Strukturhilfe, den Innovationsfonds und den Anteil für den „vorwärts“, bei den Landesverbänden und Bezirken, sowie den nachgeordneten Gebietsverbänden, für die die kontinuierliche Anpassung der Beiträge für die Finanzierung der Politik vor Ort von großer Wichtigkeit ist. Der Parteivorstand erhält die restlichen 15 Prozent.

Einen weiteren wichtigen Finanzierungsbeitrag zu unserer politischen Arbeit, insbesondere vor Ort, leisteten mit 25,42 Mio. EUR in 2015 und 25,61 Mio. EUR in 2016 unsere Mandatsträgerinnen und Mandatsträger.

Diese machten somit 16,34 Prozent (2015) bzw. 16,21 Prozent (2016) der Gesamteinnahmen aus. Für die Jahre 2018 ff. wird sich der Rückgang der Zahl unserer Bundestagsmandate von 193 auf 153 mit Verlusten bei den Einnahmen für die Bundespartei auswirken.

Anteil der Spenden an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998 – 2015

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	CDU/CSU	B90/ Grüne	in %	FDP*	in %	Linke	in %
1998	18.836	12,10	33.762	26,22	12.536	37,39	46.298	5.847	20,07	11.178	44,29	3.784	19,16
1999	17.236	11,01	33.368	25,20	7.806	23,94	41.174	5.140	19,57	9.741	41,49	3.839	18,43
2000	12.631	8,46	28.512	21,79	6.935	24,74	35.447	4.311	18,37	7.989	35,59	3.486	17,33
2001	16.528	10,33	25.459	19,43	10.887	31,48	36.346	5.121	21,48	10.799	41,98	3.699	18,05
2002	17.334	10,92	30.453	21,50	18.872	40,95	49.325	5.282	20,06	13.745	43,58	3.750	17,12
2003	10.445	5,81	17.397	12,45	9.717	20,49	27.114	3.434	13,12	7.351	26,50	1.753	7,91
2004	13.144	7,72	27.684	18,27	6.278	15,76	33.962	3.637	14,32	8.725	29,70	2.001	9,51
2005	14.165	8,38	35.585	22,35	9.353	22,53	44.938	4.430	16,65	11.752	36,20	2.231	9,92
2006	12.292	7,36	22.866	15,61	6.072	15,85	28.938	3.447	13,28	8.055	27,08	1.638	7,24
2007	10.569	6,73	19.079	13,40	10.671	24,55	29.750	3.212	12,29	7.073	22,33	1.545	6,89
2008	12.996	7,76	21.113	14,27	17.510	34,66	38.623	3.909	14,28	9.131	28,60	2.258	8,96
2009	18.762	10,82	41.120	25,27	9.071	21,61	50.191	5.445	17,82	16.185	37,42	2.878	10,56
2010	9.556	6,49	17.616	12,76	5.464	15,61	23.080	4.043	12,95	5.991	17,44	2.093	7,52
2011	12.105	7,77	21.819	15,48	5.870	15,85	27.689	4.850	13,17	6.609	19,27	1.935	6,73
2012	10.507	6,94	18.200	13,28	5.666	16,36	23.866	3.929	10,24	5.864	17,20	1.924	6,47
2013	14.960	9,10	30.805	20,29	14.639	30,74	45.444	4.980	12,41	10.902	32,71	2.571	9,32
2014	15.108	9,34	25.920	17,62	13.623	29,13	39.543	4.747	11,97	7.804	28,95	2.289	8,43
2015	9.826	6,27	19.809	13,75	5.968	10,11	25.777	4.193	10,48	7.155	27,74	1.903	6,81
1998– 2015	247.000		470.567		176.939		647.505	79.956		166.048		45.576	
Ø		8,52		18,27		23,99			15,14		31,00		10,91

Angaben in Tausend Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien
FDP*: Die Partei ist seit der BTW 2013 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

1.2 DIE STAATLICHE TEILFINANZIERUNG

Die Höhe der staatlichen Parteienfinanzierung wird von folgenden Faktoren bestimmt:

- Anzahl der Wählerstimmen, die bei den jeweils letzten Landtags-, Bundestags- und Europawahlen erzielt wurden
- Summe der Zuwendungen von natürlichen Personen (maximal 3.300 EUR je Person), hierzu zählen die Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge, sowie die Spenden.

Sowohl die Wählerstimmen, als auch die Beiträge und Spenden können als Maßstab für den Grad der Verwurzelung der Partei in der Bevölkerung angesehen werden. Der Anteil an den staatlichen Mitteln erhöht sich, je stärker also eine Partei von Mitgliedern, Bürgerinnen und Bürgern finanziell unterstützt wird und je mehr Wählerstimmen sie auf sich vereinigen kann.

Der Gesamtbetrag der staatlichen Mittel für alle Parteien betrug seit 2002 unverändert 133,0 Mio. EUR, er erhöhte sich erst mit der Novellierung des Parteiengesetzes am 23. August 2011. Gemäß § 18 Abs. 2 Satz 2 PartG wird seit dem Jahr 2013 die absolute Obergrenze jährlich entsprechend der Veränderung des Parteien-Index im Vorjahr erhöht. Die Ermittlung erfolgt durch das Statistische Bundesamt. Der Anspruchsbetrag für alle Parteien belief sich im Jahr 2015 auf 159,25 Mio. EUR, der Anteil der SPD lag hier bei rund 50 Mio. EUR.

Im Jahr 2016 betrug die absolute Obergrenze 160,52 Mio. EUR, die SPD erhielt hiervon 50,78 Mio. EUR.

Der Anteil der staatlichen Mittel machte somit 31,93 Prozent in 2015 und 32,39 Prozent in 2016 aus.

Die Landesverbände und Bezirke erhalten im Rahmen des Parteiinternen Finanzausgleiches ein Drittel der für die SPD festgesetzten Mittel zzgl. eines Zuschusses für die Spendenerfassung in Höhe von 80.000 EUR (siehe 1.6).

Anteil der Spenden jur. Personen an den Gesamteinnahmen der im Bundestag vertretenen Parteien 1998–2015

Jahr	SPD	in %	CDU	in %	CSU	in %	B90/ Grüne	in %	FDP*	in %	Linke	in %
1998	3.868	2,48	10.867	8,44	4.838	14,43	166	0,57	3.362	13,32	57	0,29
1999	3.184	2,03	9.093	6,87	3.089	9,48	200	0,76	1.617	6,89	67	0,32
2000	1.746	1,17	5.310	4,06	2.666	9,51	175	0,75	1.500	6,53	23	0,12
2001	3.194	2,00	7.093	5,41	3.438	9,94	591	2,48	2.190	8,51	63	0,31
2002	3.440	2,17	9.606	6,78	7.280	15,80	1.055	4,01	3.142	9,96	52	0,24
2003	1.650	0,92	4.612	3,30	3.462	7,30	279	1,07	1.165	4,20	28	0,13
2004	2.039	1,19	7.938	5,24	2.172	5,45	371	1,46	1.707	5,80	44	0,21
2005	3.282	1,94	15.008	9,43	4.255	10,25	948	3,56	3.920	12,10	35	0,16
2006	2.472	1,48	7.461	5,09	2.290	5,98	413	1,59	2.065	6,94	31	0,14
2007	2.095	1,33	6.661	4,68	3.318	7,63	383	1,47	1.878	5,93	20	0,09
2008	2.668	1,59	7.527	5,09	6.390	12,65	492	1,80	2.688	8,42	109	0,43
2009	4.217	2,43	14.949	9,19	4.114	9,80	919	3,01	5.797	13,40	178	0,65
2010	1.749	1,19	6.121	4,43	2.035	5,81	539	1,73	1.793	5,22	21	0,08
2011	2.450	1,60	7.276	5,15	2.281	6,16	860	2,34	1.738	5,07	29	0,10
2012	1.951	1,29	6.050	4,41	2.601	6,82	520	1,36	1.636	4,80	34	0,12
2013	2.905	1,77	10.744	7,11	6.080	12,77	697	1,74	3.699	11,10	85	0,31
2014	2.532	1,57	7.910	5,38	3.891	8,32	657	1,66	1.967	7,30	25	0,13
2015	1.796	1,15	6.389	4,46	2.190	3,71	580	1,45	1.880	7,29	2	0,01
1998– 2015	47.237		150.615		66.390		9.845		43.744		904	
Ø		1,63		5,81		8,99		1,82		7,93		0,21

Angaben in Tausend Euro (gerundet) | in %: Anteil an den Gesamteinnahmen | Quelle: Öffentl. Rechenschaftsberichte der Parteien
FDP*: Die Partei ist seit der BTW 2013 nicht im Bundestag vertreten, die Zahlen werden hier dennoch fortgeschrieben.

1.3 DIE EINNAHMEN AUS SPENDEN

Die Spendeneinnahmen der Parteien sinken in der Regel in den Jahren zwischen den Bundestagswahlen ab. Allerdings zeigten sich im Jahr 2015 sowohl bei der SPD aber auch bei CDU und CSU außergewöhnlich deutlich gesunkene Spendeneinnahmen im Vergleich zu den beiden Vorjahren. Eine Rolle mag dabei gespielt haben, dass sich das – auch finanzielle – Engagement vieler Menschen im Jahr 2015 auf die Unterstützung der vor allem aus dem Bürgerkriegsland Syrien nach Deutschland geflüchteten Menschen konzentrierte. Der Schatzmeister der SPD hat daher auch im Jahr 2015 entschieden, auf größere Spendenaktionen zu verzichten. Auch dies spiegelt sich selbstverständlich in den Zahlen der Gesamtpartei für 2015 wieder.

Im Jahr 2016 konnte die Partei dann wieder eine leichte Steigerung der Einnahmen verzeichnen. Die Spendeneinnahmen betragen im Jahr 2015 insgesamt 9,83 Mio. EUR, im Jahr 2016 waren es 11,1 Mio. EUR.

Auch die Wirtschafts- bzw. Unternehmensspenden an die SPD sanken von – traditionell geringem – Niveau noch einmal ab. So waren es wieder die Mitglieder der SPD, die den größten Teil der Spenden an die Partei aufbrachten. Mitglieder also, die ihre Partei zusätzlich zu ihren Beitragszahlungen finanziell unterstützen. Dies ist, ebenfalls unverändert, bei den Unionsparteien und der FDP anders, die deutlich größere Teile ihrer Gesamteinnahmen den Spenden und hierbei auch den Spenden von Unternehmen verdanken.

So vergrößert sich der Abstand insgesamt weiter: Seit 1998 haben die Unionsparteien insgesamt über 400 Millionen EUR mehr an Spenden eingenommen als die SPD.

1.4 DIE EINNAHMEN AUS SPONSORING

Unsere mehrtägigen Bundesparteitage sind für Aussteller und Sponsoren aufgrund der großen Zahl der politisch interessierten Gäste und dem Medieninteresse eine attraktive Werbepattform. Im Berichtszeitraum erzielten wir mit dem ordentlichen Parteitag 2015 in Berlin die größte Einnahme im Bereich Sponsoring.

Obgleich Sponsoring nicht ausdrücklich im Parteiengesetz geregelt ist, bewegen wir uns trotz der Kritik an der Sponsoringpraxis der Parteien nicht in einem rechtsfreien Raum. Jedes Sponsoring wird vertraglich festgehalten. Es zählt zum wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Partei, wird versteuert und fließt im Rechenschaftsbericht ein in den Sammelposten „Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeiten“.

Die SPD war und ist hier immer um Transparenz bemüht. So werden bereits seit 2011 auf unserer Homepage die Namen

der Aussteller und Sponsoren der Parteitage veröffentlicht. Im Finanzbericht wurden zudem die gesamten Sponsoringeinnahmen auf Bundesebene seit 2001 fortlaufend dokumentiert (siehe Abb.).

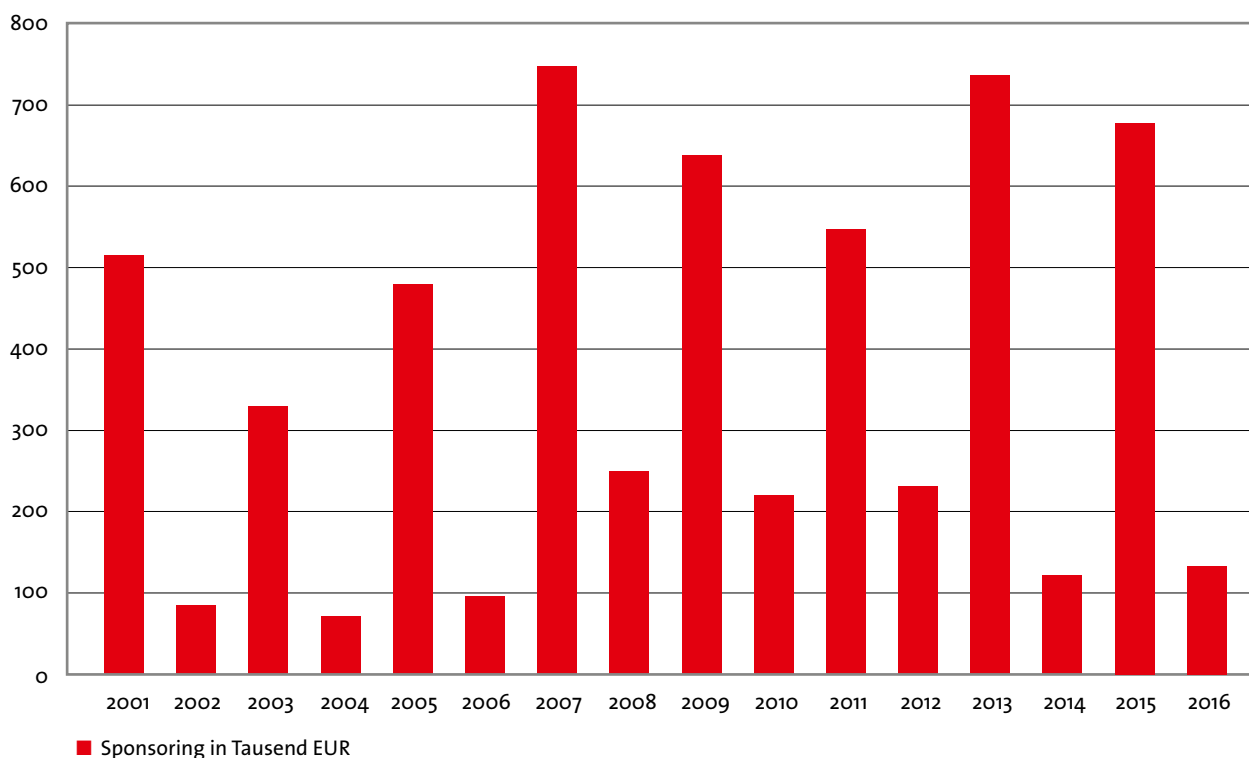
Solange jedoch eine gesetzliche Transparenzvorgabe fehlt, wird die Kritik nicht abreißen. Es fehlt an einer verbindlichen Definition und einer gesonderten Einnahmeposition im Rechenschaftsbericht. Sie würde in unserem Fall den relativ geringen finanziellen Anteil im Vergleich zu den anderen Einnahmen belegen. Dies allein könnte helfen, die Diskussion zu versachlichen.

Die SPD hat sich immer für mehr Transparenz im Parteiengesetz im Bereich des Sponsorings eingesetzt. Zuletzt hat die SPD-Bundestagsfraktion noch einmal Mitte 2017 in enger Zusammenarbeit mit dem Schatzmeister einen neuen Gesetzesvorschlag zur Änderung des Parteiengesetzes vorgelegt. Mit dem bisherigen Koalitionspartner CDU/CSU waren aber bessere Transparenzregeln hinsichtlich des Sponsorings im Parteiengesetz nicht möglich.



Standbesuch bei der ddvg, Bundesparteitag 2015. Dietmar Nietan und ddvg Geschäftsführer Jens Berendsen. Foto: photothek

Einnahmen des Parteivorstandes aus Sponsoring und Vermietung von Standflächen in Tausend EUR



Auf Initiative des Schatzmeisters und der Kontrollkommission hat die SPD ihre Bemühungen über die Vorgaben des Parteiengesetzes hinaus Transparenz im Bereich des Sponsorings herzustellen noch einmal verstärkt: In diesem Sinne hat der Parteivorstand im Dezember 2016 durch einen entsprechenden Beschluss seine Sponsoring-Richtlinie um eine Transparenzregel ergänzt, die vorsieht, dass ab dem 1. Januar 2017 jede einzelne Einnahme von allen gesponserten Veranstaltungen mit Namen des werbenden Unternehmens und gezahlter Summe auf unserer Homepage im Bereich Finanzen ausgewiesen wird. Nur wer diesem Verfahren zustimmt, wird als Sponsor zugelassen.

Wir empfehlen in den 2017 verabschiedeten überarbeiteten „Verhaltensregeln der SPD“, den Landesverbänden und Bezirken, ihre Sponsoringeinnahmen entsprechend zu veröffentlichen. Diese Transparenz erwarten die neuen Verhaltensregeln auch von politischen Zusammenschlüssen, die sich auf die Sozialdemokratie berufen, aber nicht dem Statut der SPD unterliegen. Gleiches gilt für die Unternehmen, die zu 100 Prozent im Eigentum der SPD sind.

1.5 DIE EINNAHMEN AUS VERMÖGEN

Einnahmen aus Vermögen erzielt die Partei insbesondere aus der jährlichen Ausschüttung der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft mbH (ddvg).

Im Vergleich zu der Ausschüttung in der vorangegangenen Berichtsperiode (2013/2014 8,7 Mio. EUR) wurden in den Jahren 2015/2016 rund 8,2 Mio. EUR ausgeschüttet. Dies beinhaltet auch Sondertilgungen der ddvg in Höhe von 3,5 Mio. EUR (alle Angaben jeweils netto).

Die Hälfte des Geldes diente der Reduzierung der Finanzierungsraten für das Willy-Brandt-Haus. Der verbleibende Betrag der Finanzierung der auf die Bruttoausschüttung entfallenen Steuer und der Parteiarbeit.

1.6 PARTEIINTERNER FINANZAUSGLEICH

Seit 1994 gibt es den Parteiinternen Finanzausgleich zwischen dem Parteivorstand und den Landesverbänden/Bezirken, da ab diesem Jahr die staatliche Parteienfinanzierung von der Wahlkampfkostenerstattung auf allgemeine staatliche Zuschüsse umgestellt wurde.

Als Basis für die Verteilung der staatlichen Mittel dienen neben den erzielten Wählerstimmen auch die Zuwendungen.

Die Einbeziehung der Zuwendungen führte zu Verschiebungen gegenüber der früher nur auf dem Wähleranteil basierenden staatlichen Finanzierung. Besonders die Bundesländer mit großer Mitgliederdichte waren deutlich im Vorteil. Diese Ungleichgewichte müssen ausgeglichen werden.

Die Verteilung der staatlichen Mittel zwischen Landesverbänden und Parteivorstand hat sich seit 1991 entsprechend der Tabelle zur Verteilung der staatlichen Mittel entwickelt. Während bis 1993 die staatlichen Mittel für die SPD zu 30 Prozent an die Landesverbände und zu 70 Prozent an den Parteivorstand gingen, beträgt dieses Verhältnis inzwischen 31 Prozent für die Landesverbände und 69 Prozent für den Parteivorstand. Der Zuwachs an staatlichen Mitteln wird über den parteiinternen Finanzausgleich überwiegend an die Landesverbände weitergegeben.

Seit 1994 erfolgt eine Festlegung der Verteilung der staatlichen Mittel auf ein Drittel zu zwei Dritteln. Dem steht die Beitragsverteilung von 85 Prozent zu 15 Prozent zugunsten der Gliederungen gegenüber.

Übersicht Staatliche Mittel 1991–2016

	1991 – 1993		1994 – 2001		2002 – 2010		2011 – 2012		2013 – 2014		2015 – 2016		Veränderung gegenüber 1991 – 1993	
	Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr		Ø pro Jahr			
	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%	Tsd. EUR	%
Landesverbände														
von den Landtagen	13.302		7.403		5.450		5.008		5.407		5.336			
aus Finanzausgleich	0		8.141		8.923		9.738		9.765		10.637			
LV-Gesamt	13.302	30	15.544	33	14.373	34	14.746	33	15.172	31	15.973	35	2.671	20,1
Parteivorstand	30.996	70	31.541	67	28.459	66	30.233	67	33.101	69	30.202	65	-794	-2,6
SPD-Gesamt	44.298	100	47.085	100	42.832	100	44.979	100	48.273	100	46.175	100	1.877	4,2

Die Gesamtsumme der staatlichen Mittel für alle Parteien ist durch eine absolute Obergrenze begrenzt; von 1991 bis 1997 auf 117,59 Mio. EUR (= 230 Mio. DM), von 1998 bis 2001 auf 125,27 Mio. EUR (= 245 Mio. DM), von 2002 bis 2010 auf 133 Mio. EUR; 2011, 141,9 Mio. EUR; 2012, 150,8 Mio. EUR; 2013, 154,1 Mio. EUR; 2014, 156,7 Mio. EUR; 2015, 159,2 Mio. EUR; 2016, 160,5 Mio. EUR

2. MITTELBE- WIRTSCHAFTUNG UND HAUSHALTS- ENTWICKLUNG

Im Berichtszeitraum konnten durch die Einnahmen die Ausgaben gedeckt werden. Für die Bundestagswahl im Jahr 2017 konnten die notwendigen Rücklagen gebildet werden. Nach wie vor stellen für den Parteivorstand die Einnahmen aus Spenden, die Beitragsanteile sowie der Anteil an den staatlichen Mitteln die wichtigsten Einnahmequellen dar.

Gemessen an den Gesamteinnahmen betrug der Anteil der Beitragseinnahmen im Berichtszeitraum 20,4 Prozent (2013/2014: 18,2 Prozent), der Anteil der staatlichen Mittel betrug 70 Prozent (2013/2014: 56,9 Prozent). Insgesamt sind die Einnahmen leicht rückläufig.

Der Aufwand für politische Arbeit inklusive Öffentlichkeitsarbeit entsprach einem Anteil von 23,2 Prozent gegenüber 2013/2014 einem Anteil von 26,5 Prozent.

Die Aufwendungen für den Geschäftsbetrieb inkl. EDV und der Restrukturierung des Unternehmensbereiches entsprachen 2013/2014 einem Anteil von 27,3 Prozent und im Berichtszeitraum 32,1 Prozent.

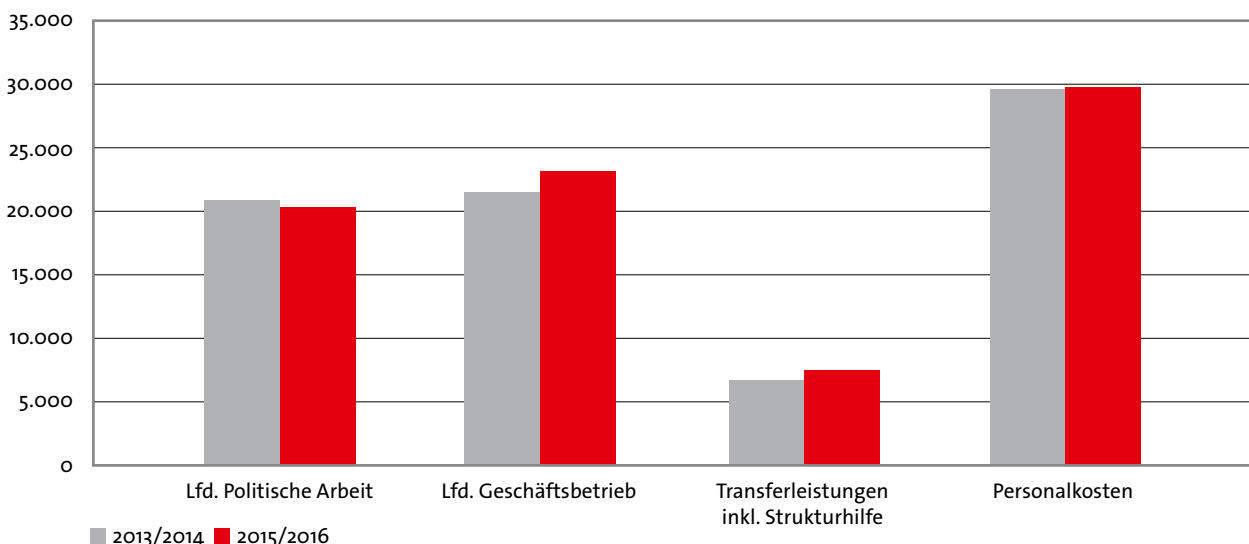
Der Anteil der Transferleistungen an den Gesamtausgaben betrug im Berichtszeitraum 8,2 Prozent (2013/2014: 8,3 Prozent).

Für den Vorwahlkampf zur Bundestagswahl wurden in 2016 bereits rund 2 Mio. EUR aufgewendet. Ebenfalls wurde in 2016 bereits Personal für den bevorstehenden Wahlkampf eingestellt. Der Anteil der Personalkosten an den Gesamtausgaben lag bei 34,1 Prozent. In 2013/2014 betrug der Anteil 37,7 Prozent.

Die Ausgabenpolitik des Parteivorstandes orientiert sich strikt an den tatsächlich erzielten Einnahmen. Durch das schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl 2017 ist trotz der Novellierung des Parteiengesetzes in Zukunft mit spürbar niedrigeren Einnahmen zu rechnen. Daher müssen sich die Ausgaben analog zu den Einnahmen entwickeln und ein vernünftiges Verhältnis der Ausgaben für Politische Arbeit, Geschäftsbetrieb und Personalkosten gewahrt bleiben.

Die Mittelbewirtschaftung des Parteivorstandes der Jahre 2015 und 2016 wurde regelmäßig unterjährig durch die Kontrollkommission geprüft und nicht beanstandet. Ebenso erfolgte eine Prüfung und Testierung nach den Vorschriften des Parteiengesetzes durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, diese ergab ebenfalls keine Beanstandungen.

Ausgaben im Vergleich in Tausend EUR



3. STRUKTUR- HILFEN FÜR DIE OSTDEUTSCHEN LANDES- VERBÄNDE

Die Strukturhilfe für die ostdeutschen Landesverbände wurde 1990 auf dem Berliner Parteitag beschlossen. Die Strukturhilfe dient der Sicherung einer handlungsfähigen Organisation und wird durch die Mitglieder aller Bundesländer getragen. Von jedem Mitgliedsbeitrag werden seither 0,26 EUR je Monatsbeitrag einbehalten.

Die ostdeutschen Landesverbände erhielten insgesamt in den Jahren 2015 und 2016 hieraus zusammen 2,8 Mio. EUR.

Darüber hinaus hat der Parteivorstand aus seinem Betriebshaushalt eine ergänzende Strukturhilfe in Höhe von insgesamt 825 TEUR geleistet, wobei auf das Jahr 2015 450 TEUR und 375 TEUR auf 2016 entfallen.

Im Jahr 2015 macht das einen Gesamtbetrag von 1,86 Mio. EUR und im Jahr 2016 von 1,77 Mio. EUR aus.

Über die Strukturhilfen hinaus wird es für die Zukunft unserer Partei als Volkspartei von entscheidender Bedeutung sein, wie es uns als Parteivorstand gemeinsam mit den ostdeutschen Landesverbänden gelingt, die Verankerung der SPD in der Fläche in den neuen Ländern wieder voran zu bringen.



Einweihung der Gedenktafel am „Volkspark“ in Halle im Dezember 2016. Foto: privat

4. DER UNTERNEHMENSBEREICH

4.1 IMMOBILIENBEREICH

Dem Immobilienbereich der Partei ist die Konzentration GmbH und die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH (für das Willy-Brandt-Haus Berlin) als Obergesellschaften zugeordnet. Daneben ist die Konzentration GmbH an regionalen Grundstücksbesitz- und –verwaltungsgesellschaften der Partei beteiligt.

Die Konzentration GmbH verwaltet neben eigenen Immobilien, die sie in ihrem Betriebsvermögen hält, das Immobilienvermögen der Partei treuhänderisch. Sie nimmt dabei die Eigentumsrechte der Partei wahr und berät regionale Gliederungen auf deren Wunsch bei der Verwaltung des örtlichen Immobilienbesitzes.

Wie bereits im letzten Finanzbericht des Schatzmeisters erläutert, setzen die Konzentration GmbH und die Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin („Willy-Brandt-Haus“) das im Sommer 2014 vom Schatzmeister freigegebene Restrukturierungskonzept für den Immobilienbereich der

Partei weiter um. Inzwischen sind die Fortschritte so weit gediehen, dass bereits mit dem Ende des Geschäftsjahres 2017 der sich aus diesem Konzept ergebende Arbeitsplan abgearbeitet sein wird – ein Jahr früher als ursprünglich geplant.

Die Maßnahmen greifen, wie aus den Jahresabschlüssen zunehmend ersichtlich wird. So konnte der bilanzielle Verschuldungsgrad des Treuhandvermögens „Immo“ (ohne „Willy-Brandt-Haus“) von 71,8 v.H. (2012) auf unter 60 v.H. gesenkt werden. Mittelfristiges Ziel bleibt ein Verschuldungsgrad von um 50 v.H., um auch in Zukunft mögliche Zinsänderungsrisiken abfangen zu können und den Immobilienbesitz der Partei nachhaltig zu bewirtschaften und ausreichende finanzielle Mittel für Instandhaltungen und Modernisierungen aufbringen zu können.



Bauprojekt „Herbert-Wehner-Haus“ Dresden. Foto: Konzentration GmbH



Bauprojekt „Herbert-Wehner-Haus“ Dresden. Foto: Konzentration GmbH

Das Anlagevermögen des Treuhandvermögens „Immo“ sank im Zuge der Restrukturierung aufgrund von Verkäufen und insbesondere erheblichen Abschreibungen auf Gebäudewerte von 51,1 Mio. EUR (2012) auf 43,9 Mio. EUR. Aufgrund gezielter Investitionen in „starke“ Objekte und der abnehmenden Schuldenlast stieg jedoch das Reinvermögen (Vermögen abzgl. Schulden) von 32,1 Mio. EUR (2012) auf 35,9 Mio. EUR (2016).

Die Konzentration GmbH selbst war 2012 aufgrund einer erheblichen Schuldenlast in ihrer unternehmerischen Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt. Der Verschuldungsgrad betrug hier fast 127 v.H. (2012). Durch die bereits im letzten Finanzbericht angekündigte Restrukturierung der gesamten Fremdfinanzierung der Konzentration GmbH, die inzwischen abgeschlossen ist, gelang es, den Verschuldungsgrad auf 121 v.H. (2016) zu senken – weniger, aber langfristig immer noch zu hoch. Die weitere Reduzierung der Schulden bleibt auf der Agenda für die nächsten Jahre.

Zugleich wurden gezielt Investitionen in neue Objekte getätigt, die nicht der Parteiarbeit dienen, sondern unter Renditegesichtspunkten erworben wurden, um die Schuldentragfähigkeit insgesamt zu erhöhen. In kontrolliertem Ausmaß wurden daher „alte“ Schulden auch durch „neue“ Schulden bekämpft, was nur aufgrund des derzeit sehr niedrigen Zinsniveaus möglich war. Im Ergebnis hat sich der Schuldenstand daher nominal sogar erhöht, aufgrund der mit diesen Investitionen erfolgten Umsatzausweitung der Konzentration GmbH von 1,3 Mio. EUR (2012) auf 2,1 Mio. EUR (2016) ist die Belastung aus fälligen Zinszahlungen jedoch deutlich gesunken: Mussten 2012 von jedem verdienten Euro noch knapp 30 Cent an Zinsaufwendungen geleistet werden, sind es heute noch 16 Cent.

Schritt für Schritt ergeben sich damit neue unternehmerische Handlungsspielräume. Wir möchten auch in den kommenden Jahren auf diesem Weg weiter voranschreiten, wobei Tempo und Umfang der Neuinvestitionen tendenziell abnehmen werden, um die Bilanz nicht erneut zu überdehnen.

Zum Jahreswechsel 2016/2017 hat sich die Konzentration von ihrer Tochtergesellschaft Mikropress GmbH getrennt. Die Zahlen des Unternehmens, das im Bereich Mikroverfilmung tätig ist, einem Markt, der durch eine stagnative Entwicklung und zunehmende (europaweite) Konzentration sowie einen intensiven Wettbewerb gekennzeichnet ist, verschlechterten sich in den Vorjahren dramatisch. Über ein Management-Buy-Out gelang hier der Ausstieg, so dass die Konzentration sich in Zukunft auf ihre Kernkompetenzen im Bereich der Immobilienwirtschaft konzentrieren kann.

Im letzten Finanzbericht haben wir berichtet, dass wir in zentraler Lage in Dresden ein Grundstück erwerben konnten, das wir zusammen mit unseren Partnern, der Arbeiterwohlfahrt Sachsen, der Sächsischen SPD und der Herbert-und-Greta-Wehner-Stiftung mit dem zukünftigen „Herbert-Wehner-Haus“ bebauen wollen. Inzwischen hat der Bau begonnen und wir gehen davon aus, zum Jahresbeginn 2019 den Bau vollenden zu können. Die SPD wird dann auch in der sächsischen Landeshauptstadt mit einer eigenen Immobilie vertreten sein.



Dietmar Nietan eröffnet die World Press Photo 16-Ausstellung, Berlin 2016. Foto: Holger Biermann



Dietmar Nietan eröffnet die World Press Photo 16-Ausstellung, Berlin 2016. Foto: Holger Biermann

Das Willy-Brandt-Haus hat wirtschaftlich eine erfreuliche Entwicklung genommen. Das bilanzielle Reinvermögen (Vermögen abzgl. Schulden) stieg von 31,3 Mio. EUR (2012) auf 42,2 Mio. EUR (2016). Das ist insbesondere der fortschreitenden Tilgung der noch aus der Bauphase resultierenden Darlehen zu verdanken, für die Ausschüttungen der ddvg herangezogen werden.

Das Haus selbst ist nicht nur Sitz des Parteivorstands der SPD, sondern längst auch ein gesellschaftspolitischer und kultureller Anlaufpunkt ersten Ranges in Berlin geworden. Das ist nicht zuletzt der Zusammenarbeit der Verwaltungsgesellschaft mit dem Freundeskreis WBH e.V. zu verdanken. Die Partner haben zur weiteren Vertiefung dieser Zusammenarbeit eine neue vertragliche Grundlage geschaffen.

Auch in Zukunft bleibt es das vornehmliche Ziel des Immobilienbereichs, „Quartiermeister“ der Partei zu bleiben, die bauliche Infrastruktur für die Parteiarbeit vor Ort zu entwickeln und das sozialdemokratische Erbe der historischen Parteihäuser zu pflegen. Daneben soll der Immobilienbereich – soweit er nicht der unmittelbaren Parteiarbeit dient – jedoch auch Bestandteil der Vermögensverwaltung der Partei sein und Immobilieninvestitionen aus Renditegründen tätigen, um langfristig zusätzliche Einnahmen zu generieren.

Weitere Informationen:
www.willy-brandt-haus.de
www.konzentration.de

4.2 DEUTSCHE DRUCK- UND VERLAGSGESELLSCHAFT MBH

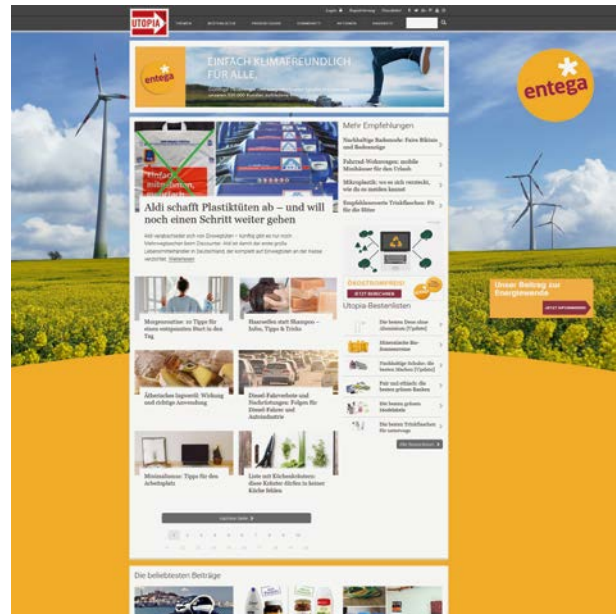
Verstetigung des digitalen Engagements

Im vergangenen Berichtszeitraum (2013/2014) hat die ddivg ihre digitale Strategie stärker konturiert und mit der Gründung der Green Lifestyle GmbH und der 2 Welten Investment GmbH die entsprechenden Strukturen hierfür geschaffen. In den Jahren 2015 und 2016 konnten hierauf aufbauend die entsprechenden Beteiligungen weiterentwickelt und auch neue Engagements eingegangen werden.

a) **Green Lifestyle GmbH, GLG** (100%; Aktivitäten im Themenfeld „Nachhaltigkeit“).

- Nachdem die ddivg 2015 ihre Beteiligung an der **Utopia GmbH** auf 100% ausgebaut hatte, wurde eine neue Reichweitenstrategie entwickelt, die im Jahr 2016 ein Wachstum über alle Kanäle von rund 90% erzielt hat. Utopia konnte damit die Position als reichweitenstärkste Plattform für nachhaltigen Lebensstil weiter ausbauen.
- Auch **Avocadostore** konnte seinen Erfolgskurs fortsetzen und den getätigten Außenumsatz im Jahr 2016 gegenüber 2015 um mehr als rund 75% steigern. Die gute Entwicklung des Unternehmens ließ es zu, dass die ddivg über die GLG im Jahr 2016 den Anteilsbesitz an Avocadostore auf 70% aufstocken und mittlerweile sämtliche Anteile übernehmen konnte.

b) In der **2 Welten Investment GmbH, 2WI** (88%) bündelt die ddivg Unternehmungen, die digitale Angebote für solche lokalen und regionalen Bedürfnisse entwickeln, die traditionell früher von Zeitungen bedient wurden.



Utopia: Plattform für nachhaltigen Lebensstil. Foto: Utopia GmbH

- Seit dem Jahr 2015 ist die 2Welten Investment am Berliner Startup **Locafox** beteiligt. Mit dem Eintritt eines neuen strategischen Investors hat sich die Beteiligungsquote von 15,2% auf 12% reduziert. In einem wesentlichen Schritt konnte Locafox im Jahr 2016 ein tabletgestütztes all-in-one Kassensystem für den kleineren Einzelhandel in den Markt bringen. Mit dem darin integrierten Warenwirtschaftssystem ist den Nutzern nun ohne große Hürden möglich, ihr Warenangebot im Web sichtbar und verfügbar zu machen.
- Die Investition in eine zunächst Minderheits- und mittlerweile Mehrheitsbeteiligung an der **Lokalportal GmbH** (50,16%) verfolgt das Ziel, den Regionalverlagen einen Weg zu eröffnen, sublokale Informationen im Netz zu gewinnen und zu verbreiten. Als sublokale Plattform verbindet „Lokalportal“ Akteure aus der Nachbarschaft miteinander, vermittelt nutzwertige Informationen und Nachrichten rund um das jeweilige lokale Umfeld und lädt zum aktiven Mitmachen und Austauschen ein. Die Angebote befinden sich derzeit noch in der Pilotphase.



Avocadostore: Die Website für nachhaltigen Konsum. Foto: Avocado Store GmbH

Darüber hinaus hat sich die ddvg am Hamburger Medien-Standortprojekt **Next Media Accelerator (NMA)** beteiligt. Damit ist die ddvg Teil eines Netzwerks, das innovative Geschäftsideen im Bereich rund um Werbung, Inhalte, Technologie und Services bündelt und fördert.

Das 2015 in der VR China freigeschaltete unabhängige Verbraucherportal Okoer.com hat in den vergangenen Jahren zunächst eine Reichweitenstrategie verfolgt: Ende 2016 hatte Okoer eine Reichweite von mehr als 45 Mio. monatlichen Nutzern (Unique Visitors) erreicht. Daran anknüpfend wurden verschiedene Monetarisierungsstrategien entwickelt. Die ersten entsprechenden Produkte befinden sich seit Anfang/Mitte 2017 in der Vermarktung. Ob diese Angebote hinreichend angenommen werden, wird nicht vor Ende 2017/Anfang 2018 absehbar sein.

Wichtige Entwicklungen im Kernportfolio

Die Beschreibungen der Situation im Mediensektor in den vorhergehenden Finanzberichten bleiben aktuell. Insofern waren die damals genannten Herausforderungen für das Kernportfolio der ddvg, verschiedene Beteiligungen an regionalen Zeitungsverlagen, auch für den jetzigen Berichtszeitraum prägend. Die Aktivitäten der ddvg in den vergangenen Jahren sind Antworten auf diese Herausforderungen und stellen insbesondere Schritte zur Schaffung innovationskräftiger und überlebensfähiger Einheiten und Kooperationen dar.

Neben die ökonomischen Herausforderungen des Strukturwandels im Tageszeitungssegment traten in den vergangenen Jahren rechtsradikale Angriffe auf die Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland. Insbesondere die Redakteure und andere Mitarbeiter der Dresdner Medien (MoPo, Sächsische Zeitung, Dresdner Neueste Nachrichten) waren und sind tagtäglich durch die demokratiefeindliche und

rassistische Melange aus PEGIDA und AfD öffentlicher Hetze und Anfeindung bis hin zu Todesdrohungen und physischen Attacken ausgesetzt. Es gehört zum Kernverständnis der ddvg den betroffenen Redaktionen den Rücken zu stärken und klar zu signalisieren, dass wir Angriffe auf das freie Wort nicht zulassen werden. Die ddvg bekennt sich zu ihrer gesellschaftlichen Verantwortung und sieht sich in der Pflicht, ihre Verlagsbeteiligungen in einer klaren Haltung für die Pressefreiheit und die Demokratie zu unterstützen.

Zum 1. Januar 2016 hat die ddvg ihre Beteiligung am Ostwestfälischen Medienhaus **Neue Westfälische** (Bielefeld) um weitere 42,5% auf 100% der Anteile aufgestockt. Gemeinsam mit der Geschäftsführung der Neuen Westfälischen wurden die Kooperationen mit Nachbarverlagen in Ostwestfalen-Lippe intensiviert. Außerdem haben NW und ddvg gemeinsam eine Reihe digitaler Pilotprojekte gestartet:

So wurden erste Netzwerke durch Lokalportal aufgebaut, die Angebote von Locafox im Ostwestfälischen Markt vertrieben und in Kooperation mit dem Dresdner Medienhaus DDV eine ostwestfälische Ausgabe des digitalen Boulevard-Portals Tag24.de ins Leben gerufen. Diese Kooperation ist Teil eines gesteigerten Austauschs beider Verlagshäuser über Themen des herkömmlichen Verlagsgeschäfts, aber auch der Entwicklung von neuen Geschäftsfeldern und insbesondere über Digitalisierungsschritte. Nicht zuletzt sind beide Unternehmen Mitgesellschafter der oben erwähnten 2Welten GmbH.

Die **DDV Mediengruppe** (Dresden) hat mit dem neugegründeten Tochterunternehmen „Die Mehrwertmacher“ ein neues Kompetenzzentrum für technische Verlagsdienstleistungen und Strategieentwicklung etabliert. Im wichtigen Geschäftsfeld Brieflogistik konnte im Jahr 2016 ein neues Sortierzentrum in Betrieb genommen werden, in dem täglich rund 360.000 Sendungen verarbeitet werden können. Dies war ein wichtiger Schritt des weiteren Ausbaus von Wachstumfeldern jenseits des klassischen Zeitungsgeschäfts.



Pressefreiheit und Qualitätsjournalismus sind wichtige Anliegen der ddvg. Darüber sprach Dietmar Nietan mit dem türkischen Journalisten Can Dündar am Rande des Bundesparteitages in Dortmund 2017. Foto: privat.

Im Jahr 2016 ist es gelungen, den **Nordbayerischen Kurier** (Bayreuth) an den Verbund der **Mediengruppe Hof, Coburg, Suhl (HCS)** heranzuführen. Die Eigenständigkeit der Bayreuther Redaktion wurde hierbei verbindlich vereinbart. Die ddivg bleibt über ihre Beteiligung an der Frankenpost (Hof) mittelbare Gesellschafterin des Nordbayerischen Kurier. Mit der Frankenpost als 65%igem Mehrheitsgesellschafter wurden klare Strukturen geschaffen, die dem Unternehmen im Verbund mit der Mediengruppe eine neue Entwicklungsperspektive bieten. Auch die Mediengruppe HCS selbst ist durch den Erwerb der Mehrheit am Nordbayerischen Kurier erheblich gestärkt worden.

Über die schwierige Entscheidung im Jahr 2015, die Zeitungsdruckerei der **Madsack Mediengruppe** in Hannover zu schließen, hat bereits der letzte Finanzbericht informiert. Letztlich konnte im Jahr 2016 ein Sozialplan vereinbart werden, von dem auch die Arbeitnehmerseite sagt, dass „die Verlagsgesellschaft Madsack ihrer sozialen Verantwortung nach (gekommen ist)“.

Mittlerweile ist das Restrukturierungsprogramm der Madsack Mediengruppe unter dem Namen Madsack 2018 in nahezu vollem Umfang abgearbeitet. Das Unternehmen bleibt stabil in der Gewinnzone und hat z.B. mit der Akquisition in heinekingmedia (Digital Out-of-Home Produkte) weitere wichtige Schritte hin zu digitalen Geschäftsmodellen unternommen.

Positive Ergebnisse der ddivg

Das Betriebsergebnis der ddivg zeigt mit 4,6 Mio. EUR (2015) und 7,5 Mio. EUR (2016) ein durchgängig positives Bild. Hierzu hat beigetragen, dass 2016 nach längerer Pause aufgrund von Restrukturierungen wieder erste Gewinnausschüttungen aus der Verlagsgesellschaft Madsack vereinbart werden konnten.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit in Höhe von 9,8 Mio. EUR (2015) bzw. 10,3 Mio. EUR (2016) spiegelt die robuste Verfassung der ddivg wider.

Der Schwerpunkt des Portfolios der ddivg war, wie oben erwähnt, auch im Berichtszeitraum das regionale Verlagssegment. Die Beteiligungsergebnisse aus den Medienbeteiligungen beliefen sich auf 8,8 Mio. Euro (2015) bzw. 11,0 Mio. Euro (2016). Auf die Ergebnisse haben sich unter anderem auch die mit der Einführung des Mindestlohns verbundenen Kosten (nicht zuletzt die Administrationsaufwendungen) ausgewirkt. Im Übrigen haben sich auch die Mehraufwendungen für die Pensionsrückstellungen einiger Unternehmen bedingt durch die anhaltende Niedrigzinssituation fortgesetzt.

Weitere Geschäftsbereiche

Das Tourismusgeschäft hat sich deutlich erholt. Der SPD-Reiseservice konzentriert sich auf sein Kerngeschäft mit weiter wachsendem Zuspruch aus Mitgliedschaft und Umfeld der Partei.

Die Serviceangebote für die SPD und deren Mitglieder konnten im Jahr 2016 deutlich erweitert werden: Zum 1. Januar 2016 hat die IMAGE Ident Marketing GmbH sämtliche Aktivitäten des bisherigen internen SPD-Shops und des IMAGE-Shops unter einem Dach zusammengeführt.

5. FINANZEN DER GESAMTPARTEI FÜR DAS JAHR 2015 IM VERGLEICH

Die SPD konnte im Jahr 2015 Gesamteinnahmen in Höhe von insgesamt 156,8 Mio. EUR verzeichnen. CDU und CSU zusammen verzeichneten Einnahmen in Höhe 202,4 Mio. EUR.

Neben den Einnahmen aus der staatlichen Teilfinanzierung bleiben für die SPD die Zahlungen der Mitglieder die wichtigste Einnahmequelle. Der Anteil durch Beitragszahlungen belief sich auf 31,6 Prozent. Rechnet man die Anteile der Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge zusammen, finanziert sich die SPD zu 47,8 Prozent, die CDU zu 39,7 Prozent und die CSU zu 22,7 Prozent aus Beiträgen.

Im Vergleich zu den Unionsparteien erhält die SPD sehr viel weniger Spenden. Das betrifft vor allem die Großspenden aus der Wirtschaft und von vermögenden Privatpersonen. Spenden machen somit nur einen kleinen Teil unserer Einnahmen aus.

In absoluten Zahlen haben CDU und CSU zusammen 25,7 Mio. EUR an Spenden erhalten, die SPD hat im Jahr 2015 9,8 Mio. EUR Spenden erhalten.

Einerseits bedeutet dies, dass die SPD über ein hohes Maß an Unabhängigkeit verfügt, es bedeutet aber auch, dass der Finanzbedarf durch andere Quellen bestritten werden muss. Auch im Jahr 2015 profitiert die SPD vom Unternehmensbereich und dem Vermögen, dass sie sich in ihrer über 150jährigen Geschichte aufgebaut hat. Die Einnahmen aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen sowie aus sonstigem Vermögen betragen rund 9 Mio. EUR.

Die Ausgaben der Gesamtpartei beliefen sich im Jahr 2015 auf 133,7 Mio. EUR, CDU und CSU zusammen gaben 166,1 Mio. EUR aus.

Für Personal und den laufenden Geschäftsbetrieb wendete die SPD 57,4 Prozent ihrer Ausgaben auf.

Ende 2015 betrug das Reinvermögen der SPD 202,1 Mio. EUR. Die Unionsparteien hatten zusammen ein Reinvermögen von 186,2 Mio. EUR.

Es werden die Daten aus den Rechenschaftsberichten des Jahres 2015 zugrunde gelegt, da die Rechenschaftsberichte für das Jahr 2016 noch nicht veröffentlicht sind.

Rechenschaftsberichte der im Bundestag vertretenen Parteien im Vergleich für das Jahr 2015

	SPD		CDU		CSU	
	EUR	%	EUR	%	EUR	%
Einnahmen						
Mitgliedsbeiträge	49.594.159	31,62	38.229.329	26,67	9.790.889	16,57
Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge	25.424.510	16,21	18.635.491	13,00	3.612.382	6,11
Spenden von nat. Pers.	8.029.565	5,12	13.319.551	9,29	3.778.862	6,40
Spenden von jur. Pers.	1.796.228	1,15	6.389.356	4,46	2.189.582	3,71
Einn. aus Unternehmens- tätigkeit u. Beteiligungen	2.184.004	1,39	0	0,00	0	0,00
Einn. aus sonst. Vermögen	6.804.817	4,34	4.211.830	2,94	18.680.575	31,62
Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.	12.346.752	7,87	12.343.249	8,61	6.429.115	10,88
Staatliche Mittel	50.081.284	31,93	49.256.341	34,36	13.416.265	22,71
Sonstige Einnahmen	579.809	0,37	977.134	0,68	1.178.764	2,00
Gesamt	156.841.127	100,00	143.362.282	100,00	59.076.434	100,00
Ausgaben						
Personalausgaben	48.806.677	36,50	43.064.806	35,44	10.904.014	24,44
Lauf. Geschäftsbetrieb	27.966.840	20,92	27.622.153	22,73	8.172.226	18,32
Allg. politische Arbeit	33.876.156	25,34	32.697.898	26,91	14.979.692	33,58
Wahlkämpfe	12.536.753	9,38	13.319.474	10,96	424.437	0,95
Vermögensverwaltg. einschl. sich hieraus ergebend. Zinsen	10.293.836	7,70	2.888.011	2,38	9.686.318	21,71
sonstige Zinsen	144.593	0,11	273.312	0,22	254.404	0,57
sonstige Ausgaben	83.749	0,06	1.649.506	1,36	189.664	0,43
Gesamt	133.708.603	100,00	121.515.161	100,00	44.610.755	100,00
Überschuss/Defizit	23.132.524		21.847.122		14.465.680	
Reinvermögen	202.128.198		149.231.882		36.938.372	

CDU/CSU		Grüne		Die Linke		
EUR	%	EUR	%	EUR	%	
						Einnahmen
48.020.218	23,72	8.861.012	22,15	9.353.020	33,47	Mitgliedsbeiträge
22.247.873	10,99	9.631.746	24,08	4.438.884	15,88	Mandatsträgerbeiträge & ähnl. regelm. Beiträge
17.098.413	8,45	3.613.285	9,03	1.900.934	6,80	Spenden von nat. Pers.
8.578.937	4,24	580.652	1,45	1.723	0,01	Spenden von jur. Pers.
0	0,00	915	0,00	0	0,00	Einn. aus Unternehmertätigkeit u. Beteiligungen
22.892.405	11,31	123.743	0,31	117.924	0,42	Einn. aus sonst. Vermögen
18.772.364	9,27	650.966	1,63	251.547	0,90	Einn. aus Veranstalt., Vertrieb von Druckschr. etc.
62.672.607	30,96	15.098.450	37,75	10.959.391	39,22	Staatliche Mittel
2.155.899	1,06	1.436.884	3,59	922.269	3,30	Sonstige Einnahmen
202.438.716	100,00	39.997.653	100,00	27.945.692	100,00	Gesamt
						Ausgaben
53.968.820	32,49	14.334.737	46,19	10.088.599	45,02	Personalausgaben
35.794.379	21,55	6.206.492	20,00	4.737.416	21,14	Lauf. Geschäftsbetrieb
47.677.590	28,70	7.492.778	24,14	6.326.687	28,23	Allg. politische Arbeit
13.743.911	8,27	2.588.673	8,34	1.195.943	5,34	Wahlkämpfe
12.574.329	7,57	284.834	0,92	16.915	0,08	Vermögensverwaltg. einschl. sich hieraus ergebend. Zinsen
527.716	0,32	785	0,00	3.984	0,02	sonstige Zinsen
1.839.170	1,11	127.736	0,41	42.037	0,19	sonstige Ausgaben
166.125.915	100,00	31.036.034	100,00	22.411.581	100,00	Gesamt
36.312.801		8.961.619		5.534.110		Überschuss/Defizit
186.170.254		42.836.581		29.118.366		Reinvermögen

**BERICHT DER
SPD-GENERALSEKRETÄRIN KATARINA BARLEY UND DES
SPD-GENERALSEKRETÄRS HUBERTUS HEIL
2016-2017**

1. Vorwort

2. Politische Projekte und Schwerpunkte 2016/2017

Die Arbeitnehmerinitiative – Gemeinsame Geschichte fortschreiben

Kampagne „Meine Stimme für Vernunft“

Politische Begleitung der Handelsabkommen TTIP und CETA

Sozialdemokratische Zusammenarbeit in Europa und Progressive Allianz

Frauenpolitische Projekte

Projekte der Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften

3. Kampagne zur Bundestagswahl

3.1 Der Perspektiv-Prozess 2016 – der Weg zum Regierungsprogramm

3.2 Die organisatorischen Vorbereitungen zum Wahlkampf

Gründung und Aufbau der digitalen Kommunikation und Kampagnenführung

Projekt „Klare Sprache“

Internationaler Erfahrungsaustausch zu Wahlkampfverfahren der Schwesterparteien

3.3 Durchführung der Kampagne zur Bundestagswahl

Inhaltliche Schwerpunkte im Wahlkampf

Agentur/Produktion

Onlinewahlkampf

Unterstützerwahlkampf

Forschung/Konkurrenz

Mobilisierung

Regionale Koordinierung

Datenbasierter Wahlkampf

Veranstaltungsformate und -organisation

Direktkommunikation

Jugendkampagne

4. Parteientwicklung und Parteiorganisation

EDV-Projekt wird zur Stabstelle IT

Parteientwicklung

Mitgliederwerbung und -entwicklung

Innovationsfonds

Parteischule

Arbeitsgemeinschaften/Themenforen

1. VORWORT

Liebe Delegierte des ordentlichen Bundesparteitags in Berlin, liebe Genossinnen, liebe Genossen, wir blicken zurück auf zwei ereignisreiche Jahre, die einerseits durch beunruhigende Entwicklungen geprägt waren: Terror, Rechtspopulisten, Brexit und Trump haben die deutsche und die internationale Politik erschüttert. Andererseits haben wir wichtige sozialdemokratische Anliegen in der Großen Koalition durchsetzen können und nie waren in Deutschland mehr Menschen in Beschäftigung dank einer boomenden Wirtschaft. Dennoch mussten wir bei der Bundestagswahl ein niederschmetterndes Ergebnis einstecken.

In der SPD haben wir in den letzten zwei Jahren intensiv auf die Bundestagswahl 2017 hingearbeitet und zudem wichtige Projekte vorangebracht. Wir haben uns auf den Weg gemacht, besser und verständlicher zu kommunizieren, professioneller Daten zu nutzen und in angespannten Zeiten klare Kante gegen Rechts zu zeigen. Die SPD hat die Zusammenarbeit mit verschiedenen gesellschaftlichen Multiplikatoren und Gewerkschaften verstärkt und das Thema Gerechtigkeit wieder als zentrales Thema in die politische Diskussion gebracht. Wir haben unsere Veranstaltungsformate überarbeitet, sie offener und moderner gestaltet.

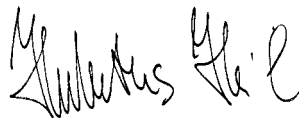
In diesem Bericht stellen wir die Projekte vor, die wir in den vergangenen zwei Jahren neben dem „Alltagsgeschäft“ im Willy-Brandt-Haus vorangetrieben und umgesetzt haben. Darüber hinaus zeigt der Bericht, wie wir den Wahlkampf vorbereitet und durchgeführt haben. Bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im WBH bedanken wir uns herzlich für den engagierten Einsatz und die gute Zusammenarbeit!

Über die Arbeit der Abteilung Finanzen berichtet der Schatzmeister in seinem Bericht. Die Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften, Arbeitsgruppen, Foren und Kommissionen sind im Jahrbuch einzeln abgebildet und werden deshalb in diesem Bericht nicht aufgeführt.

Wir wünschen Euch eine informative Lektüre – und uns allen einen spannenden Bundesparteitag.



Katarina Barley



Hubertus Heil

2. POLITISCHE PROJEKTE UND SCHWERPUNKTE 2016/2017

Die letzten zwei Jahre waren geprägt von der Vorbereitung und der Durchführung der Kampagne zur Bundestagswahl. Einige Initiativen und Projekte, die auf aktuelle politische Entwicklungen reagieren oder längerfristige Ziele im Blick haben, werden im Folgenden genannt:

DIE ARBEITNEHMERINITIATIVE – GEMEINSAME GESCHICHTE FORTSCHREIBEN

Für die SPD ist die Nähe zu den Gewerkschaften und gewählten betrieblichen Interessenvertretungen von zentraler Bedeutung. Sie ist Teil unserer politischen Tradition und Identität. Ende 2015 startete der Parteivorstand die

„Arbeitnehmerinitiative“, um die Zusammenarbeit zwischen der SPD, den DGB- Mitgliedsgewerkschaften und den betrieblichen Interessenvertretungen wieder auf allen Ebenen zu stärken. Ziel ist es, effektive und nachhaltige Kommunikationsstrukturen für einen systematischen (Wieder-)Aufbau sozialdemokratischer Durchsetzungsfähigkeit zu entwickeln.

Im Juni 2016 fand das erste Betriebsrätegespräch statt, u.a. mit dem DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann, Sigmar Gabriel, Katarina Barley und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles. Vereinbart wurde, Betriebsrätegespräche künftig regelmäßig stattfinden zu lassen. Das Format wurde im Mai 2017 mit Martin Schulz wiederholt. Darüber hinaus gibt es seit Mai 2016 einen strategischen **Kreis junger sozialdemokratischer Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter**, der sich regelmäßig vernetzt. Um die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in engem Austausch mit der SPD zu halten, wurden dafür Treffen initiiert, um direkt mit der Parteiführung in das Gespräch zu kommen und die speziellen Bedürfnisse dieser Zielgruppe gemeinsam zu besprechen. Dazu veranstaltete die Arbeitnehmerinitiative u.a. im Dezember 2016 einen **Jugendgewerkschaftstag „Jugend-Politik-Betrieb“**. Junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter diskutierten mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, Generalsekretärin Katarina Barley und Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles über sozialdemokratische Gewerkschafts- und Beschäftigungspolitik. Aus diesem Kreis wurde zum Beispiel der **Wahlaufruf „Junge Beschäftigte und Auszubildende in der SPD für Martin Schulz“** **anlässlich der Bundestagswahl 2017** initiiert.

Größte mediale Aufmerksamkeit bekam im Februar 2017 die **Arbeitnehmerkonferenz in Bielefeld**. Hier diskutierte Martin Schulz als Kanzlerkandidat mit Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern über guten Arbeitsbedingungen, gerechte Löhne, Mitbestimmung auf Augenhöhe und soziale Gerechtigkeit.

2017 konzipierte die Arbeitnehmerinitiative zudem die **Qualifizierungsreihe „Jugend- Politik-Kommune“**, die auch dem Ziel des Austausches und der Vernetzung von jungen sozialdemokratischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern dienen soll.

Die Arbeitnehmerinitiative hat eine klare Zielstellung, die sie mit konkreten Maßnahmen unterfüttert. Die Bindung zwischen SPD und jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wurde intensiviert und für die Umsetzung der Ziele viele Grundsteine gelegt.

KAMPAGNE „MEINE STIMME FÜR VERNUNFT“

Unter dem Motto „Meine Stimme für Vernunft“ startete die SPD im Februar 2016 eine Kampagne gegen rechtspopulistische und rechtsextreme Hetze.

Seit der Zuwanderung vieler Schutzsuchender in den Jahren 2015/2016 äußerten sich rechte Hetzer immer lauter zu Wort. Auch die Gewalt nahm dramatisch zu. Dies war Anlass für die SPD, ihre klare Haltung für ein tolerantes Miteinander und eine offene Gesellschaft mit der Kampagne „Meine Stim-

me für Vernunft“ zu demonstrieren. Mit der Kampagne hat die SPD ein starkes Zeichen gegen eine zunehmende Spaltung unseres Landes und für die Verteidigung unserer Demokratie gesetzt. Unterstützt wurde die Kampagne von zahlreichen Prominenten, unter anderem von Iris Berben, Clemens Schick, Sibel Kekilli, Jan Josef Liefers, Senta Berger, Klaas Heufer-Umlauf, Udo Lindenberg, Natalia Wörner und Mo Asumang. Insgesamt haben 160 prominente Unterstützer aus Kultur, Wissenschaft, Gewerkschaft, Politik und Wirtschaft den Aufruf unterzeichnet.

Die Kampagne war so angelegt, dass sie zwar von der SPD initiiert, aber von der Zivilgesellschaft getragen wurde. Mit einer klaren Botschaft und einer positiven Vorstellung von unserer Gesellschaft hat sie einerseits eine klare Haltung vermittelt. Andererseits lieferte sie handfeste Argumente gegen die Polemik von AfD und Pegida.

Zu Beginn der Kampagne wurden über 10.000 Plakate in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Hessen geklebt. Zusätzlich warb ein übergroßes Autobahnbanner für „Meine Stimme für Vernunft“. Begleitet wurde dies u.a. durch diverse Aktionen mit den prominenten Unterstützerinnen und Unterstützern: Online-Kommunikation, Pressekonferenzen, Lesungen im Rahmen der Leipziger Buchmesse sowie eine Town-Hall Veranstaltung mit dem Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel in Sachsen-Anhalt.

Im weiteren Verlauf der Kampagne wurde gezielt zu einer stärkeren Individualisierung und Regionalisierung übergegangen. Das Motto dafür: Jeder kann seine „Stimme für Vernunft“ abgeben. Hierzu wurde den Gliederungen (Sachsen, Saarland, Bayern, Rheinland-Pfalz) Kampagnenwerkzeuge zur Verfügung gestellt, beispielsweise Werbemittel, um in Eigenregie die Kampagne umzusetzen.

Um dem Vorwurf einer möglichen parteipolitischen Instrumentalisierung im Bundestagswahlkampf zu begegnen, ruht die Kampagne seit Anfang 2017.

POLITISCHE BEGLEITUNG DER HANDELSABKOMMEN TTIP UND CETA

Die SPD hat sich wie keine andere Partei intensiv mit den kritischen Fragen zu den Handelsabkommen TTIP und CETA befasst und das auf den unterschiedlichen Ebenen:

der Partei – im Parteivorstand, der Bundestagsfraktion, im Europäischen Parlament sowie in den Gliederungen der Partei, oft auch im engen Austausch mit den Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft. Diese innerparteilichen und öffentlichen Diskussionen führten zur Positionierung auf dem Bundesparteitag 2015. Auf einem Sonderparteitag in Wolfsburg im September 2016 wurde schließlich auf dieser programmatischen Basis ein Beschluss gefasst, der argumentiert, dass das CETA-Abkommen in sehr vielen Bereichen fortschrittliche Standards und Regeln setzt.

Zugleich stellt der Konventsbeschluss an einigen Stellen noch offene Fragen fest und fordert rechtsverbindliche Klarstellungen ein.

Um diese Ziele und Forderungen umzusetzen, gelang es im Herbst 2016, auf wesentliche Initiative von Sigmar Gabriel im Rahmen der Beratungen im EU-Ministerrat sowie mit der kanadischen Regierung rechtsverbindliche Erklärungen zum CETA-Abkommen zu vereinbaren. Diese Erklärungen stellten wichtige Punkte klar, etwa beim Schutz der Arbeitnehmerrechte, dem Schutz vor Privatisierungen, dem Schutz der Verbraucherstandards und des Vorsorgeprinzips sowie auch in dem wichtigen Bereich des Investitionsschutzes. Die Diskussion über das CETA-Abkommen wurde in diesem Lichte im Europäischen Parlament fortgeführt, das seinerseits mittlerweile das Abkommen ratifiziert hat. Die abschließende Diskussion und Ratifizierung im Deutschen Bundestag stehen noch aus.

Während es bei CETA gelungen ist, viele fortschrittliche Standards zu vereinbaren, ist beim Abkommen mit den USA (TTIP) deutlich geworden, dass kein Abschluss möglich ist, der zu ähnlich ambitionierten Ergebnissen führt. Grundsätzlich bleibt die Debatte über die EU-Handelsabkommen und eine faire Handelspolitik der Zukunft ein wichtiger politischer Schwerpunkt für die SPD.

SOZIALDEMOKRATISCHE ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA UND PROGRESSIVE ALLIANZ

Die SPD hat sich in der Bundesregierung sowie über die Zusammenarbeit mit unseren europäischen Schwesterparteien und in der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) vielfach für ein demokratischeres, solidarischeres und gerechteres Europa eingesetzt. In einer Zeit der besonderen Herausforderungen für den europäischen Zusammenhalt hat sich die SPD in Europa für mehr Wachstums- und Investitionsimpulse, für eine stärkere Zusammenarbeit insbesondere in der Wirtschafts- und Währungsunion, für mehr Beschäftigung insbesondere von jungen Menschen, für eine soziale Ausgestaltung des Binnenmarktes und gestärkte Arbeitnehmerrechte und für die Stärkung der europäischen Demokratie eingesetzt. Die SPD hat sich – innerhalb der Bundesregierung sowie in den EU-Institutionen – auch für solidarische Lösungen bei der Überwindung der Krise in der Eurozone stark gemacht, so etwa gegenüber Griechenland.

Zugleich lag ein wichtiger politischer Schwerpunkt in der Arbeit des Parteivorstandes darauf, die Koordinierung sozialdemokratischer Europapolitik zu verstärken, insbesondere unter den sozialdemokratischen Regierungschefs in Europa, um gemeinsam Verbesserungen für mehr Wachstum und mehr Gerechtigkeit in Europa zu erreichen. Hierzu fanden im Rahmen der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) Treffen der sozialdemokratischen Regierungschefs und Parteivorsitzenden statt, an denen Sigmar Gabriel und Martin Schulz teilnahmen. Das Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2017 hat die europapolitische Programmatik der SPD und die Ausrichtung als Europapartei weiter gestärkt. Ebenso hat der von Martin Schulz als Kanzlerkandidat im Juli 2017 vorgelegte Zukunftsplan einen wichtigen Schwerpunkt auf die Zukunftsperspektiven Europas und die Vertiefung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion gelegt. Trotz der erreichten Fortschritte steht Europa weiterhin vor enormen Herausforderungen. Umso mehr bleibt es Aufgabe und Verpflichtung der SPD, für ein starkes, demokratischeres und gerechteres Europa mit aller Kraft weiter einzutreten.

Vor vier Jahren gründete sich das globale Netzwerk sozialdemokratischer, progressiver und sozialistischer Parteien und Organisationen: die Progressive Allianz (PA).

Mittlerweile umfasst die PA über 130 Parteien und Organisationen aus allen Weltregionen und arbeitet eng zusammen mit IUSY, mit der SPE und der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, dem Netzwerk Sozialdemokratie in Asien (SocDem Asia), dem Arabischen Sozialdemokratischen Forum (ASDF) sowie der Zentralafrikanischen Progressiven Alliance (CAPA). Die Progressive Allianz macht Veranstaltungen in allen Weltregionen, insbesondere zu drei Schwerpunkten: Programmatischer Austausch, Seminare zu Wahlkampagnen und internationale Solidaritäts-Arbeit.

Im März 2017 fand im Willy-Brandt-Haus der Konvent der PA statt, bei dem die Institutionalisierung der PA durch die Wahl eines Vorstands, Verabschiedung von Statuten und eines politischen Arbeitsprogramms entscheidend voran gebracht wurde. Gleichzeitig stand der Konvent auch für die programmatische Weiterentwicklung. Es wurde die „Charta für progressive Politik“ verabschiedet und der umfassende Bericht „Unsere Zukunft gestalten – Für eine globale soziale und ökologische Transformation“ vorgestellt, an dem u. a. Martin Schulz, Sigmar Gabriel und Pascal Lamy mitgewirkt haben. Der Konvent fand im Umfeld eines weltweit wachsenden Rechts-Populismus statt. Darauf antwortete die internationale Sozialdemokratie organisatorisch und programmatisch mit einem stärkeren Zusammenschluss in der Progressiven Allianz. Dabei ist die SPD in Absprache mit ihren Partnern weiterhin die treibende Kraft.

FRAUENPOLITISCHE PROJEKTE

Bei der Jahresauftaktklausur 2016 setzte der Parteivorstand ein starkes Zeichen für die Frauen. Der Beschluss „**Mehr Respekt – Mehr Gerechtigkeit – Mehr Unterstützung. 2016 – Ein Jahr für die Frauen**“ machte deutlich: In den vergangenen zwei Jahren war es der SPD in der Bundesregierung gelun-

gen, einen politischen Perspektivwechsel zu erreichen und die Belange der Frauen in den Mittelpunkt zu rücken.

Die Aktion „**Tür auf – Schutzräume für alle gewaltbetroffenen Frauen**“ (November 2016) verlieh der Forderung nach Schutzräumen für gewaltbetroffene Frauen und Mädchen Nachdruck (Katarina Barley, Elke Ferner und Mitarbeiterinnen des Parteivorstandes).

Zum Internationalen **Frauentag im März 2017** lud der Parteivorstand ins Willy-Brandt- Haus zu einem „Roten Frauensalon“. Gäste waren engagierte Frauen aus Politik, Gesellschaft, Kultur, Medien, Vereinen und Verbänden, Unternehmen und Wissenschaft. Kanzlerkandidat Martin Schulz, Parteivize Manuela Schwesig und Generalsekretärin Katarina Barley nutzten die Gelegenheit, um ein starkes Zeichen gegen Rechts zu setzen. „WIR SIND DIE DEMOKRATIE“, unter diesem Titel stand auch eine Resolution zum Frauentag, die von tausendenden Menschen unterzeichnet wurde. Ebenfalls im März 2017 beging die SPD den Equal Pay Day zum zehnten Mal.

In der Bundestagsfraktion beträgt der Frauenanteil rund 42 Prozent. Dies ist vor allem den alternierend aufgestellten Landeslisten („Reißverschluss“) zu verdanken.

PROJEKTE DER ZUSAMMENARBEIT MIT RELIGIONSGEMEINSCHAFTEN

Die SPD war auf dem **35. Deutschen Evangelischen Kirchentag 2015** in Stuttgart sehr gut vertreten. Zum traditionellem Jour Fixe Empfang kamen über 400 Gäste. Redner waren in diesem Jahr Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig sowie der Ratsvorsitzende der EKD, Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm. Höhepunkt der Veranstaltung war die tief beeindruckende Rede von Erhard Eppler.

Auch auf dem **100. Deutsche Katholikentag 2016** in Leipzig war die SPD präsent. 300 Gäste kamen zum Empfang des Parteivorstandes. Sie hörten Reden von Wolfgang Thierse, Katarina Barley, Martin Dulig und des Leipziger Oberbürgermeisters Burkhard Jung. Auch Andrea Nahles nahm an der Veranstaltung teil.

2016 wurde auf dem „**Kulturabend Ramadan**“ im WBH ein interreligiöser Dialog geführt.

3. KAMPAGNE ZUR BUNDESTAGSWAHL

Die ersten Vorbereitungen der Kampagne zur Bundestagswahl begannen bereits vor Beginn des Berichtszeitraums, organisatorisch sowie inhaltlich. Im Folgenden werden zunächst die vorbereitenden Maßnahmen beschrieben. Im Anschluss wird die Durchführung der Kampagne erläutert.

3.1 DER PERSPEKTIV-PROZESS 2016 – DER WEG ZUM REGIERUNGSPROGRAMM

Der Parteivorstand startete Mitte 2015 mit der Perspektivdebatte in die programmatische Vorbereitung für das Regierungsprogramm 2017. Auf ein Impulspapier des Parteivorstandes folgten die Befragung der Mitglieder sowie der Perspektivkongress in Mainz. Die Ergebnisse des Dialogprozesses flossen in den Leitantrag des Parteivorstandes „Wir schreiben Deutschlands Zukunft“ ein, der auf dem Bundesparteitag 2015 in Berlin beschlossen wurde.

Auf der Klausur des Parteivorstandes Anfang 2016 wurde für die Vorbereitung des Regierungsprogramms die **Programmkommission** eingesetzt. Manuela Schwesig, Katarina Barley und Thomas Oppermann wurde der Auftrag erteilt, die programmatische Arbeit zu koordinieren. Für die konkrete inhaltliche Zuarbeit wurden **sieben Perspektiv-Arbeitsgruppen** eingerichtet, die von stellvertretenden Parteivorsitzenden, Präsidiums-, Parteivorstands- und Regierungsmitgliedern geleitet wurden.

2016 wurde die Perspektivdebatte durch **vier thematische Programmkonferenzen** („Arbeit“, „Europa“, „Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Integration“ und „Familie“) fortgesetzt, um den Dialog weiter zu fördern und Anregungen aufzunehmen. Vor allem in den jeweils parallel stattfindenden drei Workshops wurden durch neue Formate die Beteiligungsmöglichkeiten der Teilnehmenden deutlich verbessert.

Abgeschlossen wurde der Perspektiv-Prozess mit dem **Zukunftskongress #openspd** am 30. Oktober 2016 im Willy-Brandt-Haus. Die Parteizentrale präsentierte sich als moderner Ort für lebendige Diskussion und Fachgespräche. Am Ende des Tages veröffentlichte der Parteivorstand seine **20 Thesen für die Zukunft Deutschlands** „Wir schreiben Zukunft - Die Kräfte des Landes bündeln, Orientierung geben, Vertrauen schaffen.“

Auf der Grundlage dieser Thesen formulierte die Programmkommission das Impulspapier **„Fortschritt und Gerechtigkeit – Chancen für alle“**. Dieses Papier wurde in der Folge im Rahmen von thematischen Fachgesprächen mit Verbänden und Organisationen von November 2016 bis Januar 2017 diskutiert.

Die Programmkommission erarbeitete auf Grundlage aller Anmerkungen, Vorschläge und Forderungen einen Entwurf für ein Regierungsprogramm 2017. Dieser wurde am 16. Mai in den Parteivorstand eingebracht und schließlich am 22. Mai vom Parteivorstand einstimmig beschlossen. Diese Fassung wurde an die Mitglieder der SPD verschickt, damit sich auch die Gliederungen der Partei zum Entwurf äußern können. Diese wurden auf dem Sonderparteitag am 25. Juni in Dortmund diskutiert und das Programm im Anschluss einstimmig von den Delegierten beschlossen.

3.2 DIE ORGANISATORISCHEN VORBEREITUNGEN ZUM WAHLKAMPF

GRÜNDUNG UND AUFBAU DER DIGITALEN KOMMUNIKATION UND KAMPAGNENFÜHRUNG

Zur Stärkung der Kampagnenfähigkeit wurde im April 2016 der **Newsroom** als integrierte Onlinekommunikationseinheit eingerichtet. Durch den Newsroom wurden die zentralen Kompetenzen digitaler Kommunikation (Social Media, Betreuung und Weiterentwicklung digitaler Tools und Plattformen sowie digitales Marketing) gebündelt. Die strukturelle Nähe zur Pressestelle sorgte für enger koordinierte Kommunikation und schnellere Absprachen. Zudem hat das Team die wahlkämpfenden Landesverbände beratend und operativ unterstützt. Mit diesem Auftrag wurde das Projekt Newsroom bis Oktober 2018 verlängert, um in den Landtagswahlkämpfen in Hessen und Bayern unterstützend mitzuwirken.

Zudem wurden Vorbereitungen getroffen, um eine **datenbasierte Kampagnenführung** sicherzustellen (s.u.).

PROJEKT „KLARE SPRACHE“

Die SPD nutzt in vielen Veröffentlichungen eine sehr technokratische und verschachtelte Sprache. Mit dem Ziel, die Kommunikation nach innen und außen zu verbessern, wurde im Oktober 2016 das Projekt „Klare Sprache“ gestartet. Im Zentrum standen Schulungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Willy-Brandt-Hauses, insbesondere der Textredaktion. In einem zweiten Schritt ging es darum, die Erkenntnisse möglichst breit in der Partei zu streuen.

Der erste Workshop befasste sich mit dem Thema Framing, d.h. dem Deutungs- bzw. Denkraum politischer Kommunikation. Linguist Prof. Anatol Stefanowitsch sensibilisierte die Arbeitsgruppe für die Bedeutung von Sprache und Bildern in der politischen Kommunikation. Im zweiten Workshop widmete sich die Arbeitsgruppe zusammen mit dem Journalisten Hannes Külz aktuellen Kernthemen der SPD aus sprachlicher Sicht.

Erste Arbeitsergebnisse wurden verdichtet in einen Leitfaden „Klare Sprache“, der bereits der gesamten Partei öffentlich zur Verfügung steht. Dazu wurden im Willy-Brandt-Haus vier Workshops angeboten, die den Mitarbeiterinnen für die verstärkte Kommunikation nach außen im Bundestagswahlkampf zusätzlich sprachliche Instrumente an die Hand gaben. Zusätzlich erarbeitete die Textredaktion in Zusammenarbeit mit Fachreferentinnen und Fachreferenten Themenblätter („Auf den Punkt“) zu Kernthemen sozialdemokratischer Politik, um die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort in ihrer Argumentation zu unterstützen.

INTERNATIONALER ERFAHRUNGSUSTAUSCH ZU WAHLKAMPFERFAHRUNGEN DER SCHWESTERPARTeien

Ein wichtiger praktischer Schwerpunkt in der internationalen Arbeit lag im Berichtszeitraum und mit Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl auf einem Erfahrungsaustausch zu moderner Wahlkampfführung mit befreundeten Parteien und Organisationen. Hierzu fanden Treffen und Seminare in unterschiedlichen Formaten statt. SPD-Generalsekretärin Barley nahm im Juli 2016 am **Nominierungsparteitag der US-Demokraten** teil und führte Gespräche mit politisch Verantwortlichen, Wahlkampfmanagern und Think Tanks. Im September 2016 veranstaltete die SPD ein zweitägiges **Treffen mit Kampagnenmanagern und Generalsekretären von internationalen Schwesterparteien**, bei dem insbesondere auch Strategien zum Umgang mit einem erstarkenden Populismus diskutiert wurden. Im November 2016 organisierte die SPD eine **Konferenz der Generalsekretäre** auf Einladung von SPD-Generalsekretär Achim Post in Berlin. Im laufenden Wahlkampf kamen im Juli 2017 Vertreter der SPD-Schwesterparteien zu einem **internationalen Kampagnenbesuch ins Willy-Brandt-Haus**, um sich auf Experten-Ebene über Techniken der Kampagnenführung auszutauschen.

3.3 DURCHFÜHRUNG DER KAMPAGNE ZUR BUNDESTAGSWAHL

INHALTLICHE SCHWERPUNKTE IM WAHLKAMPF

Die Kampagne stand unter dem Claim „Zeit für mehr Gerechtigkeit“. Denn die Menschen in Deutschland haben mehr verdient: mehr Respekt vor ihrer Leistung, mehr Mut zur Gestaltung und vor allem mehr Gerechtigkeit. In einem umfassenden Regierungsprogramm wurde erläutert, wie die SPD eine gerechtere Gesellschaft erreichen will.

Um einige Ideen des Regierungsprogramms noch stärker zu untermauern, wurden im Wahlkampf die Themen Rente, Steuern/Investitionen und Bildung mit konkreten Konzepten hinterlegt. Zudem hat Martin Schulz seinen Zukunftsplan vorgelegt mit einer klaren Vorstellung, wie er sich das moderne Deutschland vorstellt und was wir dazu brauchen.

Das Rentenkonzept gab eine Antwort darauf, welche Rahmenbedingungen geändert werden müssen, um den Wert der Arbeit und die Würde im Alter zu sichern. Zentrale Elemente dieses „neuen Generationenvertrages“ sind die Stabilisierung des Rentenniveaus und der Beiträge bis 2030 sowie eine gesetzliche Solidarrente.

Im **Steuer- und Finanzkonzept** ging es vor allem um Vorfahrt für Investitionen, um Steuergerechtigkeit und darum, mittlere und kleine Einkommen und besonders Familien zu entlasten.

Aufbauend auf dem Regierungsprogramm legte Martin Schulz einen **Zukunftsplan für ein modernes und gerechtes Deutschland** vor, der Vorstellungen und Maßnahmen umfasste, die zum Teil über die nächste Wahlperiode hinausreichten. Dazu gehörten beispielsweise die Ergänzung der Schuldenbremse um eine staatliche Investitionsverpflichtung oder die Einrichtung eines persönlichen Chancenkontos für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mit dem Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, aber auch Gründungen und der Schritt in die Selbständigkeit finanziert werden

könnten.

Gemeinsam mit sieben SPD-Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten stellte Martin Schulz zudem Eckpunkte für eine „**Nationale Bildungsallianz**“ vor. Diese sah unter anderem vor, Gebührenfreiheit für Bildung von der Kita bis zum Meister herzustellen, das Kooperationsverbot endgültig und für alle Schulen abzuschaffen, mehr Geld in Bildung zu investieren, Schulgebäude zu modernisieren und Bildungsstandards zu harmonisieren.

Gerade bei diesen übergeordneten Themen erfüllte der Planungsstab beim Generalsekretär eine koordinierende Funktion, um die Vorhaben gemeinsam mit den Abteilungen des Willy-Brandt-Hauses inhaltlich und organisatorisch umzusetzen.

AGENTUR/PRODUKTION

Im Dezember 2016 nahm die Hamburger Kreativagentur KNSK ihre Arbeit für die Kampagne zur Bundestagswahl auf. Die Mediaplanung übernahm die Agentur MediaPlus Regio.

Start war die Entwicklung einer Kampagnenlinie für die **Materialien der Bundestagskandidatinnen und Bundestagskandidaten**. Im März 2017 fand das zehntägige zentrale Fotoshooting für die 299 Kandidatinnen und Kandidaten im Willy-Brandt-Haus statt. Erstmals konnte der Parteivorstand in diesem Rahmen auch einen Videodreh anbieten für Kandidatenvideos, die in den sozialen Medien genutzt wurden.

Die Individualisierung und **Bestellung des Kandidatenmaterials** erfolgte über das Gestaltungsportal. Auflagestärkstes Produkt war der Kandidatenflyer mit über 21 Millionen Stück.

Parallel entwickelte KNSK die **bundesweite Kampagne**, ausgehend von dem Claim „**Zeit für mehr Gerechtigkeit**“. Im Mittelpunkt standen die durch die entsprechende Marktforschung identifizierten Themen „Arbeit / Lohngerechtigkeit“, „Familie“, „Rente“, „Bildung“ und „Fortschritt“. Hierfür – und auch für die Linie des Kanzlerkandidaten – fanden zum Ende des ersten Quartals und Anfang des zweiten Quartals 2017 mehrere Fotoshootings statt (Fotograf Uwe Düttmann).

Die erste Welle der **Großflächenplakate** („Wesselmänner“) transportierte ab der ersten Augushälfte die festgelegten fünf Schwerpunktthemen. Ab Ende August fokussierte die Kampagne zunehmend auf den Spitzenkandidaten mit drei Motiven und den übergeordneten Themen „Zukunft“, „Gerechtigkeit“ und „Europa“. In der dritten Welle erfolgte die finale Zuspitzung auf den Kanzlerkandidaten mit dem Abschlussmotiv „Es ist Zeit“.

Insgesamt brachte die „OOH-Kampagne“/Außenwerbung rund 10.000 mobile Großflächen (Wesselmänner) auf die Straße, zusätzlich zu den rund 10.000 kommerziellen Werbeflächen (verteilt auf drei Dekaden).

Anders als gewöhnlich wurden 2017 **zwei TV-Spots** produziert. Der Spot „Kinder“ lief ab Ende August, um das Thema „Gerechtigkeit“ zu fokussieren. Der Spot „Brille“ wurde in den letzten zwei Wochen geschaltet zu den Schwerpunktthemen der Kampagne.

Zudem wurde in Printanzeigen und Radiospots investiert sowie in Medientrainings vor dem TV-Duell. Die Anzeige mit dem handgeschriebenen Brief an die Bürgerinnen und Bürger von Martin Schulz stach bei den Anzeigen heraus.

ONLINEWAHLKAMPF

Der Onlinewahlkampf wurde auf den Kandidaten Martin Schulz abgestimmt – als kantiger Kämpfer für Demokratie und Gerechtigkeit. Dabei gab es enge Abstimmungen in den Bereichen Social Media,

Marketing, Homepage und Produktion.

Die Social Media Kanäle wurden von Beginn an in hoher Frequenz mit Inhalten bespielt. Dabei wurde darauf geachtet, dass die unterschiedlichen Plattformen und die dort aktiven Communities spezifisch bedient werden. Gerade mit Video-Inhalten wurde eine hohe Verbreitung erreicht (z.B. Video zum Thema „Ehe für Alle“ erreichte 7,5 Millionen Menschen).

Das TV-Duell und das Wahlwochenende wurden intensiv vorbereitet und mit Marketing- und Second-Screen-Maßnahmen im Netz begleitet und die Botschaften der SPD verstärkt und gezielt gestreut. Während der letzten 48 Stunden des Wahlkampffinales konnten 24 Millionen Menschen erreicht und 1,2 Millionen Interaktionen erzeugt werden.

UNTERSTÜTZERWAHLKAMPF

Wie in zurückliegenden Wahlkämpfen hat die SPD auch in diesem Wahlkampf breite Unterstützung aus unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft erfahren. Zahlreiche Kunst- und Kulturschaffende, Betriebsräte und Arbeitnehmer, Unternehmer, Start-up-Gründer oder Sportler haben die SPD und Kanzlerkandidat Martin Schulz unterstützt. Sie sprachen sich in Videostatements für die SPD aus, nahmen an Kundgebungen und Wahlkampf-Aktivitäten der SPD teil, unterstützten Wahlaufrufe und Anzeigen für die SPD und Martin Schulz, waren selbst über die sozialen Medien aktiv oder übernahmen z.B. zeitweilig den Instagram-Kanal der SPD, begleiteten den Kanzlerkandidaten etwa beim TV-Duell oder nahmen in Interviews oder Talkshows für die SPD Stellung.

Im Arbeitsbereich „Unterstützerwahlkampf“ wurden diese Aktivitäten koordiniert und organisiert, in Abstimmung und Zusammenarbeit mit den anderen relevanten Arbeitsbereichen der Kampagne.

Auf der **Website** von Martin Schulz sowie über die sozialen Medien wurden Videos zur Unterstützung von Martin Schulz und der SPD ausgespielt, darunter Videos von Kunst- und Kulturschaffenden, u.a. von den Iris Berben, Natalia Wörner, Leonard Lansink, und Videos und Statements der Konzernbetriebsratsvorsitzenden Wilhelm Segerath und Thomas Koczelnik, von Unternehmensgründern wie Manouchehr Shamsrizi und Verena Hubertz oder von Sportlern wie Jan Fitschen und Verena Bentele. Aus den einzelnen Statements wurde letztlich auch ein Best-of-Video erstellt, das über die sozialen Medien ausgespielt wurde.

Darüber hinaus unterstützten etliche Kunst- und Kulturschaffende einen von Klaus Staeck und Johano Strasser über die „Aktion für mehr Demokratie“ initiierten Wahlaufruf für die SPD, so etwa Klaas Heufer-Umlauf, Hans-Werner Meyer, Günter Wallraff, Eva Menasse, Clemens Schick, Katja Ebstein und etliche mehr. Der Aufruf wurde auch als Anzeige geschaltet.

Zudem hat die SPD für ihre Themen und Inhalte Unterstützung durch Wahlaufrufe aus unterschiedlichen Teilen der Gesellschaft erfahren. Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz wurden diese Aufrufe im Willy-Brandt-Haus präsentiert, die teils auch als Anzeige oder über das Internet weiter verbreitet wurden:

- „Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer für soziale Demokratie“
- „Gleichstellung ist wählbar!“
- „Städte, Gemeinden und Kreise stärken – Zukunft schaffen! Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker für Martin Schulz!“
- „Lesben, Schwule, Trans*, Inter, Queers für die SPD mit Martin Schulz – Gerechtigkeit durch eine moderne Familien- und Gesellschaftspolitik.“
- „Das Chancenkonto – neue Perspektiven für Gründerinnen und Gründer!“
- „Unternehmerinnen und Unternehmer: Deutschland kann mehr!“
- „Mit starker Wissenschaft und Forschung in die Zukunft“

- „Der Zukunft eine Stimme geben – Auszubildende und junge Beschäftigte für die SPD“

FORSCHUNG/KONKURRENZ

Das Team Forschung und Konkurrenz hat während des Wahlkampfes die Kampagne durch die Auswertung von Forschungsergebnissen unterstützt und darüber hinaus die Aktivitäten des politischen Wettbewerbs beobachtet und analysiert.

Im Bereich Forschung bildeten sowohl eigene Forschung wie auch öffentlich zugängliche quantitative und qualitative Forschungsergebnisse die Grundlage. Es wurden regelmäßig die wichtigsten Themen nachverfolgt, Layouts und Slogans der Kampagne getestet sowie Zielgruppen- und Themenschwerpunkte identifiziert. Es wurden Empfehlungen an das Kommunikationsteam und die Onlinekampagne formuliert und nachverfolgt, ob und inwieweit die SPD mit den gesetzten Themen medial durchdringt.

Im Bereich Konkurrenzbeobachtung wurden die Wahlprogramme und Strategien der gegnerischen Parteien ausgewertet und aufbereitet. Auf Basis unterschiedlicher Analyse-Formate wurden Fakten-Checks erstellt, Online-Aktivitäten beobachtet, Zitatensammlungen angelegt sowie Auftritte der Konkurrenz beobachtet und analytisch begleitet.

MOBILISIERUNG

Der Arbeitsbereich Mobilisierung war in der KAMPA17 zuständig für die Unterstützung der 299 Wahlkreise sowie für das Gewinnen und Aktivieren der Freiwilligen.

Im Rahmen der **Tür-zu-Tür-Kampagne** hat die SPD insgesamt an 3,5 Millionen Türen geklopft. Die KAMPA17 hat die Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer mit zahlreichen Handreichungen, Tutorial-Videos und Materialien unterstützt. Zusätzlich bot die Parteizentrale Online-Konferenzen und Seminare an. In einer eigens entwickelten App konnten die Ergebnisse der Besuche festgehalten und auf einer eigenen Ergebnisseite und mit dem Mobilisierungsplaner ausgewertet werden.

Während der Kampagne wurden ca. 3 Millionen **E-Mails** versendet. Neben Informationen für Wahlkreis-teams, wie im wöchentlichen KAMPA-Brief, ging es vor allem um die Aktivierung unserer Freiwilligen zu aktuellen Themen. Zahlreiche Mitglieder und Nichtmitglieder konnten sich so zu verschiedenen Themen einbringen und die SPD direkt und einfach unterstützen. Dabei wurden auch zahlreiche neue Interessierte gewonnen, die uns in der Kampagne unterstützten. Die Anzahl der E-Mail und Handy-Kontakte wurden dabei ausgeweitet und über den Easymailer auch den lokalen Teams zu Verfügung gestellt.

Die SPD hat erstmalig für **Kleinspender** über E-Mail-Marketing geworben. Im Vergleich zu 2013 führte das zu einer Verfünfachung der Spender und der Verdreifachung des Betrags.

Die SPD hat sogenannte **Gerechtigkeitsboxen** (Materialien und Ideen für Einzelkämpfer) im Wahlkampf angeboten. Dieses Angebot richtete sich an Nichtmitglieder und Mitglieder ohne große Partei-Struktur vor Ort und wurde sehr gut abgefragt. Auch die 3.200 Endspurtpakete an aktive Freiwillige in der letzten Wahlkampfwoche waren innerhalb weniger Stunden vergriffen.

Die **Onlineplattform KAMPA17** bot für verschiedene Zielgruppen unterschiedliche Informationen und Aktionsideen an, um Teil der Kampagne zu sein. Kandidierende und ihre Teams fanden hier Zugang zu allen wichtigen Tools. Freiwillige konnten dort in Kontakt zu ihrem lokalen Wahlkampfteam treten.

REGIONALE KOORDINIERUNG

Der Arbeitsbereich Regionale Koordinierung kümmerte sich in der KAMPA17 vor allem um die Zusammenarbeit mit den Bezirken und Landesverbänden (z.B. Texte/Strategie/Aktionsideen). Durch eine enge Zusammenarbeit und ein ausgebautes Serviceangebot seitens des Parteivorstandes sollte die

Reichweite der Werbemaßnahmen erhöht werden.

Rund zwei Drittel der Wahlkreise nutzen so genannte „**Mobilisierungspakete**“, bei denen sich die Kandidaten zwischen einem Direct Mailing (individualisiertes Anschreiben per Brief) und der professionellen Plakatierung entscheiden konnten. Ein größerer Anteil entschied sich für das angebotene Direct Mailing.

Der Arbeitsbereich Regionale Koordinierung verantwortete zudem die Konzeption und Durchführung von **fünf Regionalkonferenzen** in Lübeck, Leipzig, Würzburg, Worms und Kamen, bei denen sich Martin Schulz als Kanzlerkandidat vorstellte und mit insgesamt mehreren tausend Teilnehmenden in den Dialog trat. Die Veranstaltungsreihe beinhaltete auch verschiedene Beteiligungsinstrumente, mit denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Wahlkampf und am Programmprozess beteiligen konnten.

Der Veranstaltungsreihe schloss sich eine Reihe **regionaler Wahlkampfwerkstätten** für Neumitglieder an, die das Team Regionale Koordinierung schwerpunktmäßig in ostdeutschen Landesverbänden umsetzte. Der Parteivorstand organisierte zudem Freiwilligenaktionen, in denen beispielsweise Berliner Genossinnen und Genossen beim Tür-zu-Tür Wahlkampf in anderen ostdeutschen Wahlkreisen unterstützt haben.

Zur Vorbereitung von Aktionen im Wahlkampf-Finale („72 Stunden“) wurde ein Ideenwettbewerb mit Neumitgliedern durchgeführt. Die besten Aktionsideen wurden im Rahmen der „72 Stunden-Aktionen“ in einigen Städten umgesetzt.

DATENBASIERTER WAHLKAMPF

Im Wahlkampf 2017 wurde die datenbasierte Kampagnenführung weiter vorangetrieben. Dadurch konnten vor allem die Kandidatinnen und Kandidaten in den Wahlkreisen dabei unterstützt werden, ihren Wahlkampf effektiv zu planen und nachzusteuern.

Eine zentrale Säule war dabei der Mobilisierungsplaner – eine interaktive Kartenanwendung, die schon seit 2013 im Parteivorstand selbst konzeptioniert und entwickelt wird.

Zudem gab es in diesem Wahlkampf eine weitere Premiere: Mit der **Tür-zu-Tür-App** als zweiter Säule der lokalen, datenbasierten Kampagne haben wir es möglich gemacht, einen echten digitalen Wahlkampf zu führen. Denn an der Tür konnten die Ergebnisse der Tür-zu-Tür-Befragungen sowie Kontaktinformationen direkt aufgenommen und gespeichert werden.

Diese Ergebnisse wurden anschließend automatisch im Mobilisierungsplaner visualisiert, sodass den Kandidierenden Informationen zur Nachsteuerung ihrer Kampagne vorlagen. So wussten sie z.B. genau, wo viele unentschlossene Wählerinnen und Wähler leben.

VERANSTALTUNGSFORMATE UND -ORGANISATION

Gemeinsam mit dem Referat Veranstaltungsorganisation wurden im Berichtszeitraum die Veranstaltungskonzepte grundlegend überdacht. Moderner in der Anmutung des Auftritts, offener und mutiger in Sachen Partizipation, Kommunikation und Dialog – auf unterschiedliche Weise ist die SPD moderne Wege gegangen und hat neues ausprobiert.

Neben den bereits benannten Programmkonferenzen und der Modernisierungskonferenz #openspd (siehe 3.1) wurden 2016 über 50 Zielgruppenveranstaltungen sowie die Auftritte der Parteispitze in den **Landtagswahlen** vermittelt und organisiert.

Mit der Nominierung des Kanzlerkandidaten wurden weitere Formate umgesetzt, um Martin Schulz und seine Ideen bekannter zu machen. Dazu gehörte eine Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus und

eine anschließende Veranstaltungsreihe mit dem Claim „**Martin Schulz vor Ort**“ sowie die Arbeitnehmerkonferenz in Bielefeld (siehe Arbeitnehmerinitiative) und weitere Veranstaltungen im ganzen Land.

Nach der Nominierung sind Campaign-Camps, Pressereisen sowie über 300 Termine des Vorsitzenden und der Generalsekretärin / des Generalsekretärs organisiert worden. Parallel zur Unterstützung der drei Landtagswahlen im Saarland, NRW und am Ende des Jahres in Niedersachsen haben über 60 Zielgruppenveranstaltungen und Themenkonferenzen wie die Veranstaltung zum „Zukunftsplan“ stattgefunden.

Ein besonderes Highlight hierbei war der erste Hackathon in der KAMPA17. 40 netzaffine Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben 24 Stunden lang neue Wahlkampftools programmiert und anschließend durch eine Jury bewerten lassen – begleitet durch eine gute mediale Berichterstattung.

Auch die **Parteitage** wurden viel moderner in Anmutung und Bühnenaufbau gestaltet. Der Parteitag in Dortmund hatte über 6.000 Besucherinnen und Besucher.

Die **Tour des Kanzlerkandidaten** startete im August in Bremen und endete mit der Schlusskundgebung in Berlin. Eine transparente Bühne und ein Rednerpodest mitten im Publikum unterstützte die positive Stimmung vor Ort. Über 65.000 Besucherinnen und Besucher haben an den 41 Auftritten teilgenommen.

DIREKTKOMMUNIKATION

Das Referat Direktkommunikation ist die zentrale Anlaufstelle für alle Anfragen und Anliegen an die SPD – ob per Brief, Fax, E-Mail oder am Telefon. Für Genossinnen und Genossen, für Bürgerinnen und Bürger, für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Gliederungen und Abgeordnetenbüros. Damit prägt es die Außendarstellung des Parteivorstandes mit und ist gleichzeitig wichtiges politisches „Stimmungsbarometer“.

Im Wahlkampf nahmen die Anfragen stark zu. 2015 und 2016 wurden je ca. **30.000 Mails** beantwortet. Im Jahr 2017 liefen bis Ende September knapp 110.000 Mails ein. Durch eine neue Email-Beantwortungs-Software konnte die Zahl der Antworten erheblich gesteigert werden.

Über das **Servicetelefon** erreichten uns aus der Partei und insbesondere von interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Jahr 2017 (Stichtag: 1.10.17) über 33.000 Anrufe, was eine Verdreifachung zu den Vorjahren bedeutete.

Ein wichtiger Schwerpunkt blieb der **persönliche Kontakt im Besucherforum** mit den zahlreichen Besuchergruppen, vielen Ausstellungsbesuchern oder individuellen Gästen. Bei der Anzahl der Besuchergruppen (2016: 410, 2017: 375) und den entsprechenden Teilnehmerzahlen (21.200, 16.391) sind nur geringe Steigerungen möglich, da die Kapazitätsgrenze fast erreicht ist.

Rückblickend erreichte das Team der Direktkommunikation, auch dank der neuen Email-Software, neue Antwort-Rekordzahlen. Gleichzeitig führt die zunehmende Digitalisierung auch zu einem weiter rasant steigenden Mailaufkommen, verknüpft mit der Erwartung – insbesondere aus den Reihen der Genossinnen und Genossen – auf noch schnellere, individuellere und ausführlichere Beantwortung der an ihre „Dienstleistungszentrale WBH“ gerichteten Forderungen, Kritiken und Appelle.

JUGENDKAMPAGNE

Wie schon zur Bundestagswahl 2013 haben die Jusos gemeinsam mit den Juso- Hochschulgruppen die Planung und Durchführung der Jugendkampagne der SPD übernommen. Um eine zielgruppen-

gerechte und innovative Kampagne kostengünstig und unter breiter Einbeziehung der Gliederungen realisieren zu können, wurde bereits im Jahr 2016 mit den Planungen der Kampagne begonnen. Im Zuge dessen wurden auch Fokusgruppenbefragungen durchgeführt.

Die Jugendkampagne firmierte unter dem Claim #gerechtist. Die Idee der Jugendkampagne war, das Wort Gerechtigkeit mit Leben zu füllen und kreativ und nah an der Alltagsrealität von jungen Menschen zu erklären, was nach Auffassung der SPD und der Jusos „gerecht ist“.

Gemeinsam mit der Berliner Designagentur basics09 entwickelten die Jusos eine Kampagne in moderner und teils bewusst kontroverser und provozierender Gestaltung, die Erkenntnissen der Zielgruppenforschung sowie relevanten jugendpolitischen Studien Rechnung getragen hat. Inhaltlich fokussierte sich die Kampagne auf folgende Themen: Investitionen in Bildung und Wohnraum, Abschaffung grundlos befristeter Arbeitsverträge, Mindestvergütung für Auszubildende, Gleichstellung zwischen den Geschlechtern und Europa.

Die Kampagne wurde aus der Juso-KAMPA mit Zugang zur Straße gestaltet. Hier wurden Besucher, Juso-Wahlkämpferinnen und -wahlkämpfer oder auch die Presse empfangen, Material gestaltet und Aktionen vorbereitet.

Ein großer Bestandteil der Jugendkampagne war die Onlinearbeit. Neben eigens produzierten Werbespots, die jeweils für die Plattformen Facebook, Instagram und Twitter optimiert waren, bekamen die Gliederungen Content-Vorlagen zur Verfügung gestellt. Im Zuge der Wahlkampagne verzeichneten die Accounts der Jusos auf allen Plattformen starke Reichweitenzuwächse.

Der zweite Hauptbestandteil der Kampagne war die Unterstützung des Juso- Wahlkampfes vor Ort. Dazu wurden Printmaterialien und Give-Aways im Kampagnendesign hergestellt. Außerdem waren die Jusos mit einem Kleinbus unterwegs und haben im Sommer zahlreiche große und kleine Festivals bundesweit angefahren, was auch mediale Aufmerksamkeit erregte.

4. PARTEIENTWICKLUNG UND PARTEIORGANISATION

Die Parteizentrale hat sich im Berichtszeitraum noch stärker als Dienstleister für die ganze Partei entwickelt. An einigen ausgewählten Projekten lässt sich dies verdeutlichen. Im Weiteren wird auf die Mitgliederentwicklung eingegangen.

EDV-PROJEKT WIRD ZUR STABSTELLE IT

Um die neuen digitalen Möglichkeiten auch in der Parteiorganisation zu nutzen, wurde 2017 eine IT-Stabstelle bei der Bundesgeschäftsführung angesiedelt, um die vorhandenen personellen und finanziellen Ressourcen besser zu bündeln und eine klare Kompetenz- und Entscheidungsstruktur zu etablieren.

Dadurch konnte die Datenhaltung aus mehreren Einzeldatenbanken zusammengeführt und mit dem Easy-Mailer ein **datenschutzkonformer E-Mail Versand** bereitgestellt werden. Mit der **Analysedatenbank, dem Mobilisierungsplaner und der Tür-zu-Tür-App** kann die SPD Kampagnen datenbasierter als in der Vergangenheit planen und steuern und die klassischen Wahlkampfinstrumente durch zentrale Datenauswertungen unterstützen.

Für die Zukunft müssen die bisher temporär für Wahlkämpfe aufgebauten Strukturen und das Wissen dauerhaft gesichert und etabliert werden. Es bleibt eine Herausforderung, den gestiegenen Anforderungen an eine umfassende Datensicherheit und den Datenschutz gerecht zu werden.

PARTEIENTWICKLUNG

Menschen engagieren sich heute anders und vielfältiger. Viele haben dabei bestimmte Themen im Blick und brauchen eine stärkere Unabhängigkeit von Zeit und Ort. Die SPD nutzt deshalb die Möglichkeiten der Digitalisierung auch für mehr Beteiligung von Mitgliedern, die nicht regelmäßig in Ortsvereinen präsent sein können oder wollen. Um möglichst viele Genossinnen und Genossen an Abstimmungen beteiligen zu können, entwickelte der Parteivorstand ein **Abstimmungstool**, das den Anforderungen an Online-Abstimmung gerecht wird. Zukünftige Mitgliederbegehren und -entscheide können damit auch online umgesetzt werden.

Die Parteizentrale hat darüber hinaus in den letzten zwei Jahren ihre **Serviceangebote** ausgebaut, die sich an die gesamte Parteistruktur richten. So ist beispielsweise die Rechtsstelle und der Arbeitsbereich Vertragsmanagement (Zivil- und Vertragsrecht) beim Parteivorstand beratend für die Gliederungen tätig. Mit dem Arbeitsstab Landtagswahlen kann die Parteizentrale die Landtagswahlkämpfe aktiv unterstützen.

Weiterhin werden durch die Betreuung der Bundesschiedskommission sowie der Antragskommission zu Parteitag und Parteikonventen wichtige Dienstleistungen zur Sicherstellung und Entwicklung der innerparteilichen Demokratie und organisationspolitischen Verfasstheit der deutschen Sozialdemokratie erbracht.

MITGLIEDERWERBUNG UND -ENTWICKLUNG

Das Jahr 2017 ist ein historisches Jahr mit Blick auf die Mitgliederentwicklung. Die SPD hat im Oktober erstmals wieder mit 443.707 Mitgliedern einen höheren Mitgliederbestand als in den Vorjahren. Seit dem 1. Januar bis zum 31.10.2017 sind

28.436 Mitglieder eingetreten. Die Mitgliederzahlen stiegen insbesondere im zeitlichen Zusammenhang mit dem Brexit, der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA sowie dem Erstarken der Rechtspopulisten. Der Höhepunkt wurde gleichwohl nach der Nominierung von Martin Schulz als Kanzlerkandidaten erreicht. Ein Großteil der Eintritte hat online stattgefunden.

Den Neumitgliedern werden nach ihrem Eintritt Fragebögen zugeschickt. Die Ergebnisse werden den Ortsvereinen von der Parteizentrale zur Verfügung gestellt. Die Rückmeldungen zeigen, dass sich der überwiegende Teil unserer Neumitglieder in der Partei wohl und gut aufgenommen fühlt. Viele wollen oder können sich allerdings nur mit wenig Zeit engagieren. Auch für diese Mitglieder Angebote in der täglichen Parteiarbeit zu entwickeln, bleibt eine der zentralen Herausforderungen.

Seit 2015 finden Neumitgliedertalks in Form von Online-Konferenzen statt.

INNOVATIONSFONDS

Seit 2012 fördert der Parteivorstand mit dem Innovationsfonds Projekte von Unterbezirken und Kreisverbänden mit bis zu 5.000 Euro. Gesucht werden Projekte, die die SPD als Dialogpartei stärken oder die gesellschaftliche Verankerung und Vernetzungsarbeit in den Nachbarschaften vorantreiben.

Über die Förderung entscheidet der Parteivorstand auf Vorschlag der Organisationspolitischen Kommission. 2016 wurden 26 Projekte mit insgesamt 102.050 Euro gefördert. Im Bundestagswahljahr 2017 wurden 60 Projekte mit 214.537 Euro ermöglicht.

PARTEISCHULE

Die Parteischule führte neben den betrieblichen Weiterbildungsangeboten für die Beschäftigten der

SPD bundesweit und im Willy-Brandt-Haus folgende **Bildungsmaßnahmen** durch: die Nachwuchsförderung mit der Sozialdemokratischen Kommunal-Akademie, die Lehrgänge „Frauen an die Macht“ sowie die Führungsakademie der sozialen Demokratie.

In Bezug auf die Bundestagswahl unterstützte die Parteischule mit folgenden Maßnahmen: Kandidaten-Camps, Drehbuchseminare, Regionale Campaign Camps sowie die Ausbildung des Moderatoren-Pools für die Martin-Schulz-Tour.

Darüber hinaus bietet das **Netzwerk Politische Bildung** vielfältige dezentrale Seminare. Es wird autonom verantwortet von 30 Bildungswerken und Stiftungen. Sie alle sehen sich den Grundwerten der sozialen Demokratie verpflichtet.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN/THEMENFOREN

Die Parteizentrale organisierte für die Arbeitsgemeinschaften 2016 und 2017 je einen **Tag der Arbeitsgemeinschaften**, zu dem alle Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften zusammengekommen sind, um sich auszutauschen und mit der Hausspitze den Wahlkampf vorzubereiten. Zudem stellt der Parteivorstand die Möglichkeit von „Webex-Konferenzen“ (Online-Meeting) zur Verfügung – mit und für die AGs.

Die AG-Webseiten wurden 2016 neu gestaltet, in dem sie an das spd.de-Design angepasst wurden und vom Referat Arbeitsgemeinschaften betreut werden.

Die Arbeitsgemeinschaften haben sich in den Prozess zum Wahlprogramm und im Wahlkampf mit ihren Perspektiven eingebracht. Zudem wurden eigene Aktivitäten im Wahlkampf entfaltet. Diese reichten von Veranstaltungen, Argumentationskarten, Flugblättern, Give-Aways und Online-Kampagnen bis hin zu Videos.

Alle weiteren Informationen zu den Arbeitsgruppen und Themenforen finden sich im Jahrbuch abgebildet und werden deshalb in diesem Bericht nicht detailliert aufgeführt.

BERICHT ÜBER DEN STAND DER AFA - UND BETRIEBSORGANISATION + UMFRAGE

1. BERICHT ÜBER DEN STAND DER AFA - UND BETRIEBSORGANISATION

Nach dem Beschluss des Bundesparteitages München 1982 - „Richtlinien für die politische Betriebsarbeit der SPD“ - ist der Parteivorstand verpflichtet, auf jedem Ordentlichen Bundesparteitag einen Bericht über den Stand der Beteiligung betriebstätiger Arbeitnehmer/Arbeitnehmerinnen an der Parteiarbeit vorzulegen.

Der letzte Bericht über den Stand der Betriebsorganisation wurde dem Bundesparteitag 2015 in Berlin vorgelegt. Dem nächsten Ordentlichen Bundesparteitag 2017 in Berlin ist ein weiterer Bericht vorzulegen. Zu diesem Zweck wurde eine Umfrage bei allen Landesverbänden und Bezirken vorgenommen.

2. ERGEBNISSE DER UMFRAGE

A) GEGENSTAND DER UMFRAGE

Die Umfrage erstreckte sich auf folgende Fragen:

- Anzahl der SPD-Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen auf der Ebene der Unterbezirke/Kreisverbände
- Anzahl der Betriebsgruppen innerhalb des Landesverbandes/Bezirk
- Anzahl der Betriebsvertrauensleute innerhalb des Landesverbandes/Bezirk

B) ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ARBEITNEHMERFRAGEN IN DEN UNTERBEZIRKEN

Aus den Antworten der Landesverbände/Bezirke ergibt sich, dass in 227 von 376 Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen bestehen. In einzelnen Landesverbänden ist die Differenz zwischen der Anzahl der Unterbezirke und der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen weiterhin groß. Eine der wesentlichen organisatorischen Aufgaben besteht deshalb darin, die Organisationsstruktur der AfA so auszubauen, dass in sämtlichen Unterbezirken/Kreisverbänden Arbeitnehmerstrukturen als Bindeglied zwischen Partei/Gewerkschaften/Betrieb bestehen. Es ist jedoch erfreulich, dass seit 2013 bundesweit in 10 Unterbezirken/Kreisverbänden neue Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen gegründet wurden.

C) BETRIEBSGRUPPEN

Die Landesverbände/Bezirke haben die Frage nach der Anzahl der bestehenden SPD-Betriebsgruppen dahingehend beantwortet, dass insgesamt 232 Betriebsgruppen bestehen. Dies sind 47 weniger, als vor zwei Jahren angegeben wurden. Hinzu kommen 80 Betriebsgruppen im Bereich Eisenbahn, die vom zentralen Betriebsgruppenausschuss Eisenbahn betreut und koordiniert werden. Auf Bundesebene gibt es neben den Eisenbahnern zentrale Betriebsgruppenausschüsse im Bereich der Bauwirt-

schaft, für den Bereich der Telekommunikation, im Bereich der Deutschen Post und eine bundesweite Betriebsgruppe der Schwerbehindertenvertreter in Betrieben.

D) BETRIEBSVERTRAUENSLEUTE

Die Anzahl der Betriebsvertrauensleute wird von den Landesverbänden und Bezirken mit insgesamt 937 angegeben.

**UMFRAGEERGEBNISSE,
GEGLIEDERT NACH SPD-LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN**
Stand: 14. November 2017

LANDESVERBAND/ BEZIRK	ZAHL DER SPD-UB/KV	GESAMTZAHL DER BETRIEBSGRUPPEN IM LV/BEZIRK	GESAMTZAHL DER BETRIEBSVERTRAU- ENSLEUTE IM LV/BEZIRK
LV Schleswig-Holstein	15	--	--
LO Hamburg	7	7	8
LO Bremen	3	11	20
Bez. Nord-Niedersachsen	6	--	--
Bez. Weser-Ems	17	2	5
Bez. Hannover	13	--	300
Bez. Braunschweig	8	2	30
LV Nordrhein-Westfalen	54	167	199
Bez. Hessen-Nord	8	12	34
Bez. Hessen-Süd	18	3	291
LV Baden-Württemberg	43	10	20
LV Bayern	62	10	30
LV Rheinland-Pfalz	27	3	--
LV Saar	7	1	--
LV Berlin	12	4	--
LV Mecklenburg-Vorpomm.	8	--	--
LV Brandenburg	18	--	--
LV Sachsen-Anhalt	14	--	--
LV Thüringen	23	--	--
LV Sachsen	13	--	--
GESAMT	376	232	937

GLEICHSTELLUNGSBERICHT

Berichterstatterin: Elke Ferner

Bundvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

1 EINLEITUNG ELKE FERNER,

Bundvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

2 DIE SPD AUF BUNDESEBENE

- 2.1 Mitgliederentwicklung/Neumitglieder im Jahr 2017
- 2.2 Parteivorstand, Präsidium
- 2.3 Weibliche Delegierte auf den Bundesparteitagen 2001 bis 2013
- 2.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag Dezember 2015..
- 2.5 Weibliche Delegierte auf den außerordentlichen Bundesparteitagen 2017
- 2.6 Weibliche Delegierte auf den SPD-Parteikonventen 2016
- 2.7 Kommissionen und Beiräte des Parteivorstandes
- 2.8 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften
- 2.9 Arbeitskreise, Foren, Projektgruppen, Gesprächskreise und sonstige Gremien des Parteivorstandes
- 2.10 Perspektiv-Arbeitsgruppen

3 DIE SPD AUF LANDESVERBANDS , BEZIRKS , UNTERBEZIRKS UND ORTSVEREINSEBENE

- 3.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 2013 bis 2016
- 3.2 Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken
- 3.3 Vorstände der Landesverbände und Bezirke 2017
- 3.4 Vorsitzende und Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände
- 3.5 Vorsitzende und Vorstände der Ortsvereine

4 PARLAMENTE / FRAKTIONEN / REGIERUNGEN

- 4.1 Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament
- 4.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag
 - 4.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949
 - 4.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion
 - 4.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand (erweitert) der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949
 - 4.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, Sprecher/innen
- 4.3 Bundesregierung
- 4.4 SPD-Fraktionen der Länderparlamente
 - 4.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen

4.4.2 Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder

4.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und Ausschussvorsitzenden

4.5 Landesregierungen

4.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

5 BERICHT DER BUNDES-SGK

5.1 Frauenanteil der SPD-Ratsmitglieder in Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern

5.2 Weibliche Vorsitzende der SPD-Großstadt- und Kreistagsfraktionen

5.3 Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene

5.4 Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs

6 HAUPTAMTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

6.1 SPD-Parteivorstand

6.2 SPD-Landesverbände, -Bezirke und -Unterbezirke, Regionalgeschäftsstellen und Kreisverbände

6.3 Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

6.4 Unternehmensbereich der SPD

1 EINLEITUNG

Mit diesem Gleichstellungsbericht berichten wir über die Gleichstellung in Ämtern, Funktionen und Mandaten. Der Berichtszeitraum umfasst die letzten zwei Jahre seit dem ordentlichen Parteitag im Dezember 2015 bis Oktober 2017.

MITGLIEDERENTWICKLUNG

Der rückläufige Trend bei den Mitgliederzahlen konnte 2016 gestoppt werden. Über 25.000 Neueintritte seit der Wahl in den USA und vor allem seit der Nominierung von Martin Schulz zum Kanzlerkandidaten bescherten der Partei einen Mitgliederzuwachs. Dieser Trend setzte sich auch nach der verlorenen Bundestagswahl am 24.09.2017 fort. Unter den neuen Mitgliedern sind viele junge Menschen und zu rund einem Drittel Frauen. Der Frauenanteil in der Mitgliedschaft ist im Vergleich zu 2015 wieder leicht angestiegen, auf nunmehr 32,3 Prozent. Die Frauenanteile in der Mitgliedschaft der Landesverbände und Bezirke sind weiterhin sehr unterschiedlich (siehe Tabelle 3.1.)

PARTEIVORSTAND, PRÄSIDIUM, DELEGIERTE AUF PARTEITAGEN

Dem 2015 gewählten 35-köpfigen Parteivorstand gehörten 14 Frauen an, was einer Quote von 40 Prozent entsprach. Die Mindestabsicherung wurde damit erfüllt. In der 10-köpfigen engeren Parteiführung betrug der Frauenanteil 40 Prozent, im 13-köpfigen Präsidium, das nach dem ordentlichen Parteitag 2015 gewählt wurde, 46,2 Prozent.

Mit Katarina Barley wurde auf dem ordentlichen Bundesparteitag 2015 erneut eine Frau zur Generalsekretärin gewählt. 2017 gab es mehrere Veränderungen an der Parteispitze. Martin Schulz folgte Sigmar Gabriel als Parteivorsitzender, Hannelore Kraft trat als stellvertretende Parteivorsitzende zurück und Katarina Barley schied als Generalsekretärin aus und wurde Bundesministerin. Kommissarischer Generalsekretär wurde Hubertus Heil. Zum Ende der Vorstandsperiode beträgt der Frauenanteil im Parteivorstand 35,2 Prozent, im Präsidium 33 Prozent, der der engeren Parteiführung nur noch 22,2 Prozent.

Auf den ordentlichen Bundesparteitagen liegt der Frauenanteil unter den Delegierten regelmäßig über 40 Prozent. Beim Parteitag 2015 betrug der Frauenanteil bei den 600 Delegierten 42,9 Prozent. Dies ist besonders den großen Delegationen aus Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern zu verdanken, die über dem Durchschnitt lagen. Allerdings gibt es auch Delegationen, in denen die Mindestquote von 40 Prozent nicht erfüllt wird.

ARBEITSGEMEINSCHAFTEN, KOMMISSIONEN, FOREN USW.

Bei den Arbeitsgemeinschaften, Foren, Kommissionen, Arbeitskreisen und Projektgruppen ist die Spannweite beim Frauenanteil sehr groß. Wegen des hohen Frauenanteils in der Besetzung der Gremien sind der Vorstand der AG Migration und Vielfalt (57,1 Prozent), die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) mit 53,8 Prozent, der Bundesvorstand der Jusos (50,0 Prozent) und der SPDqueer (50,0 Prozent) besonders zu erwähnen. Allerdings gibt es auch Gremien, die noch unter einer Quote von 25 Prozent liegen, hier besteht Nachholbedarf.

Der Parteivorstand sollte daher auch künftig darauf achten, dass bei der Besetzung oder Nachbesetzung von Kommissionen, (Themen)Foren, Projektgruppen usw. die Mindestquotierung von mindestens 40 Prozent bei den Vorsitzenden und Mitgliedern eingehalten wird. Das Ziel bleibt die

paritätische Besetzung. Bei Vorlagen, über die der Parteivorstand zu entscheiden hat, sollte daher der Geschlechteranteil in dem Gremium standardmäßig vermerkt sein, auch bei Nachbenennungen. Nur so ist Transparenz möglich.

VORSTÄNDE AUF LANDES-, BEZIRKS- UND ÖRTLICHER EBENE

In allen Landes- und Bezirksvorständen ist die Mindestquote von 40 Prozent erreicht.

In sechs Landesverbänden und Bezirken liegt der Frauenanteil bei oder sogar über 50 Prozent und mehr. Nur fünf der Landesverbände und Bezirke werden von Frauen geführt. Ausgeschieden sind in Nordrhein-Westfalen Hannelore Kraft und in Sachsen-Anhalt Katrin Budde, die männliche Nachfolger als Landesvorsitzende bekamen. Unverändert sind Nord-Niedersachsen mit Petra Tiemann und Weser-Ems mit Johanne Modder. Hinzu kamen zwei große Landesverbände, Baden-Württemberg mit Leni Breymaier und Bayern mit Natascha Kohnen, und die Landesorganisation Bremen mit ihrer Vorsitzenden Sascha Karolin Aulepp.

Nicht einmal jeder vierte Unterbezirk bzw. Kreisverband hat eine weibliche Vorsitzende (etwa 22 Prozent). Dies blieb im Berichtszeitraum unverändert. In den Vorständen dieser Gliederungsebenen beträgt der Frauenanteil im Durchschnitt etwas mehr als 38 Prozent. Ebenfalls unverändert steht etwa jedem fünften Ortsverein eine weibliche Vorsitzende vor, in den Vorständen der Ortsvereine haben Frauen etwa 31 Prozent der Ämter inne.

SPD-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Seit der Europawahl 2014 gehören der deutschen SPD-Gruppe 14 Männer und 13 Frauen an, der Frauenanteil beträgt 48 Prozent. Dies ist der höchste Wert seit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979. Dazu tragen insbesondere das Europawahlrecht (reine Listenwahl) und die Anwendung des „Reißverschlusses“ (alternierend) bei.

SPD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat bei der Wahl am 24. September 2017 massive Verluste hinnehmen müssen. Die Zahl der Mandate sank von 193 auf 153. Zum zweiten Mal gelang es, zu Beginn einer Wahlperiode einen Frauenanteil von mehr als 40 Prozent zu erreichen (64 Frauen von 153 Mitgliedern entspricht 42 Prozent) – allerdings niedriger als 2013. Erstmals hat die SPD-Bundestagsfraktion mit Andrea Nahles eine weibliche Fraktionsvorsitzende.

Die weitere Besetzung der Fraktionsspitze und der Gremien des Bundestages kann in diesem Bericht noch nicht berücksichtigt werden.

BUNDESREGIERUNG

In der Bundesregierung aus CDU, CSU und SPD war die SPD bis zur Bundestagswahl 2017 mit vier Ministerinnen und zwei Ministern vertreten – so viele Frauen wie noch nie.

SPD-LANDTAGSFRAKTIONEN / LANDESREGIERUNGEN

Der Berichtszeitraum war durch Wahlerfolge, aber auch durch schwere Wahlniederlagen auf Landesebene geprägt. Malu Dreyer verteidigte ihr Amt als Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz. Ihrer Lan-

desregierung gehören sieben Frauen und fünf Männer an. Bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen verlor die SPD deutlich und musste in die Opposition gehen. Eine der beiden sozialdemokratischen Ministerpräsidentinnen, Hannelore Kraft, verlor ihr Amt.

In Mecklenburg-Vorpommern wiederum folgte Manuela Schwesig dem erkrankten Erwin Sellering als Ministerpräsidentin.

In den SPD-Landtagsfraktionen erreicht Thüringen einen Spitzenwert mit einem Frauenanteil von 58,3 Prozent, gefolgt von Brandenburg mit 50 Prozent, sowie Bayern, Hamburg, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein, die alle über 40 Prozent liegen. Im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen sind es 34,8 Prozent. In fünf Landtagsfraktionen liegt der Anteil der weiblichen Abgeordneten unter bzw. knapp über 30 Prozent, in Baden-Württemberg bei nur 10,5 Prozent.

KOMMUNALE EBENE

In den Kommunalvertretungen beträgt der Frauenanteil unter den SPD-Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern 29,5 Prozent. Dieser Wert schwankt jedoch erheblich je nach Größe der Kommune: In Millionenstädten liegt der Wert des Frauenanteils bei 42,5 Prozent. In Städten von 500.000 bis 1.000.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bei 39,3 Prozent. Je kleiner die Kommune, desto geringer ist der Frauenanteil unter SPD-Ratsmitgliedern. Bei den Spitzenpositionen wie Oberbürgermeisterinnen, Bürgermeisterinnen in größeren Städten und Landrätinnen gingen die Zahlen leicht zurück. Es gibt nur noch 8 Oberbürgermeisterinnen (Anteil 7,3 Prozent), 6 Bürgermeisterinnen in Städten über 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern (20,7 Prozent) und 7 Landrätinnen (9,7 Prozent). Noch immer ist nur jede 10. dieser von der SPD eingenommenen Spitzenpositionen mit einer Frau besetzt (21 von 211).

HAUPTAMTLICH BESCHÄFTIGTE DER PARTEI

Beim Parteivorstand waren laut Stellenplan 59 Prozent Frauen und 41 Prozent Männer beschäftigt. Laut Statistik sind die Abteilungsleitungen im Willy-Brandt-Haus nunmehr paritätisch mit 2 Frauen und 2 Männern besetzt (zum Vergleich 2015 3 Frauen, 2 Männer). Bei den Referatsleitungen ist nur jede 4. Position mit einer Frau besetzt (wie 2015). Ausgewogen – wie auch 2015 – ist die Zahl der Referentinnen und Referenten. Unter den Sachbearbeiter*innen sind über 60 Prozent Frauen, im Sekretariat über 90 Prozent. Das zeigt, dass es keine nennenswerten Veränderungen in den letzten zwei Jahren gegeben hat, weder in die eine noch in die andere Richtung.

In den Landesverbänden und Bezirken sind fünf der 19 leitenden Geschäftsführer*innen weiblich (Vergleich 2015: 1) - ein bemerkenswerter Zuwachs, jedoch von Parität weit entfernt. Unter 22 Landes- bzw. Bezirksgeschäftsführern gibt es sieben Frauen (Vergleich 2015: 6 Frauen).

Im Unternehmensbereich sind die vier Geschäftsführer der verschiedenen Unternehmen alle männlich.

LISTENAUFSTELLUNGEN ZUR BUNDESTAGSWAHL, LANDTAGSWAHL, KOMMUNALWAHL

Nahezu bei jeder Listenaufstellung gibt es Bestrebungen, die in der Satzung und Wahlordnung festgeschriebene Regelung zu umgehen. Teilweise entsprachen schon die Vorschläge der zuständigen Vorstände nicht den satzungsmäßigen Vorgaben, teilweise wurden Wahlen nicht satzungskonform durchgeführt. Immer wieder wird in Frage gestellt, dass bei Listenaufstellung zur Kommunalwahl das Verfahren zur Aufstellung der Landeslisten für die Bundestagswahl gilt. Zwar können abweichende Satzungsregelungen beschlossen werden, allerdings müssen diese die in § xy des Organisationsstatuts festgeschriebene Mindestquote von 40 Prozent erfüllen, egal wo die Liste abbricht. Die alte 5er-

Pack Regelung stellt dies nicht in jedem Fall sicher. Deshalb müssen die entsprechenden Satzungsregelungen geändert werden.

FAZIT UND AUSBLICK

Auch im Jahre 2017, fast 30 Jahre nach dem Quotenbeschluss von Münster, ist die Mindestquote von 40 Prozent in der SPD immer noch nicht überall erreicht.

Es ist Aufgabe und Verpflichtung der Vorstände aller Ebenen der Partei, die Quotierung einzuhalten und durchzusetzen. Und sie sind es, die aktiv dafür sorgen müssen, dass ausreichend Frauen für Funktionen, Mandate, Kommissionen usw. zur Verfügung stehen und zwar rechtzeitig vor den Listenaufstellungen. Gezielte Schulungs- und Bildungsmaßnahmen und Mentoringprojekte leisten hierzu einen wichtigen Beitrag, reichen aber nicht aus.

Die unterschiedlichen Frauenanteile in den Landtagsfraktionen, aber auch auf der kommunalen Ebene zeigen, dass die konsequente Anwendung des Reißverschlusses allein die Mindestquote von 40 Prozent nicht sicherstellt. Das Wahlrecht hat insbesondere dann, wenn es sich nicht um eine reine Listenwahl handelt, einen entscheidenden Einfluss auf die Repräsentanz von Frauen. 2018 feiern wir 100 Jahre Frauenwahlrecht, aber die Repräsentanz von Frauen in den Parlamenten geht wieder zurück. Bei anstehenden Wahlrechtsreformen auf der Bundesebene, aber auch in den Ländern muss analog zu anderen Ländern in Europa sichergestellt werden, dass Frauen in Zukunft entsprechend ihrem Anteil in der Bevölkerung in den Parlamenten vertreten sind.

Die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Mandat sowie Parteiämtern muss verbessert werden. Die SPD muss familienfreundlicher werden und ihre Strukturen besser auf die Bedürfnisse der vielen Ehrenamtlichen ausrichten, insbesondere derer, die neben dem Beruf noch familiäre Verpflichtungen zu erfüllen haben.

Wenn wir wollen, dass Frauen und Männer der mittleren Generation, neben Beruf und Familie, Führungsaufgaben in der SPD übernehmen und sich mehr Menschen auch zeitlich begrenzt in die Parteiarbeit einbringen können, müssen wir unsere Strukturen für Führung im Team und mehr Projektarbeit öffnen. Dazu gehören auch Änderungen des Organisationsstatuts, um eine Doppelspitze dort, wo es gewünscht wird, zu ermöglichen. Nur so können wir unsere Potentiale nutzen um auch in der Zukunft ausreichend Menschen zu gewinnen, die bereit sind, Führungsämter in der Partei auf allen Ebenen zu übernehmen – eben auch mit geteilter Verantwortung an der Spitze.

Jetzt, nach der schweren Niederlage bei der Bundestagswahl 2017, müssen die Weichen für mehr Gleichstellung in der SPD gestellt werden. Denn ganz sicher ist: wir müssen Frauen gewinnen und wir können nur mit Frauen gewinnen, wenn wir Mehrheiten erreichen wollen. Das Jahr 2018 wird von zwei für die SPD herausragenden Ereignissen geprägt sein: dem 30. Geburtstag der Quote und dem 100. Jubiläum des Frauenwahlrechts.

Beides sind für uns Herausforderung und Verpflichtung, auch für die Zukunft, das frauenpolitische Profil unserer Partei ernst zu nehmen und zu schärfen, da wo es verblasst oder von Rechtspopulisten in Frage gestellt wird.

Elke Ferner

Berlin, November 2017

2 DIE SPD AUF BUNDESEBENE

2.1 MITGLIEDERENTWICKLUNG

Jahr	Anzahl der Mitglieder gesamt	Anzahl der weiblichen Mit- glieder	Frauenanteil in %
1988	911.916	240.325	26,35
1990	919.129	250.906	27,30
31.12.1995	817.650	230.952	28,25
31.12.2000	734.667	215.633	29,35
31.12.2005	590.485	179.530	30,40
31.12.2010	502.062	156.948	31,26
31.12.2015	442.814	141.920	32,05
31.12.2016	432.706	139.528	32,25

Neumitglieder im Jahr 2017

Jahr	Anzahl der NEU-Mit- glieder gesamt	Anzahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in %
01.01.2017 bis 30.09.2017	25.661	8.518	33,19

2.2 PARTEIVORSTAND, PRÄSIDIUM

	1999	2001	2003	2005	2007	2009	2011 ¹	2013	2015 ²
Parteivorstand									
insgesamt	45	45	45	45	45	45	35 ³	35	35
davon Frauen	21	19	19	18	18	19	15	14	14
Frauenanteil in %	46,7	42,4	42,4	40	40	42,2	42,9	40,0	40,0
Präsidium									
insgesamt	13	13	13	13	17	17	./ ⁴	13 ⁵	13
davon Frauen	6	7	6	6	8	7		6	6
Frauenanteil in %	46,2	53,8	46,2	46,2	47	41,1		46,2	46,2

1 Auf dem Parteitag im Dezember 2011:
Reform der Parteigremien mit dem Beschluss
„Partei in Bewegung – Organisationspolitisches Grundsatzprogramm der SPD - Demokratie im Wandel“

2 Mai 2017: Hannelore Kraft ist ausgeschieden.
Juni 2017: Hubertus Heil, bisher bereits Mitglied des Parteivorstandes
wurde kommissarischer Generalsekretär als Nachfolger von Katarina Barley.

3 Mit Beschluss des Parteitages vom Dezember 2011 wird der Parteivorstand auf 35 Personen verkleinert.

4 Mit Beschluss des Parteitages vom Dezember 2011 wurden die Gremien Präsidium sowie Parteirat abgeschafft.

5 Mit Beschluss des Parteitages vom November 2013 wurde das Gremien Präsidium wieder eingesetzt.

2.3 WEIBLICHE DELEGIERTE AUF DEN BUNDESPARTEITAGEN 2001 BIS 2013

	Anzahl der Gesamtdelegierten⁶	Anzahl der weiblichen Delegierten⁷	Frauenanteil in Prozent
2001	480	229	47,7
2003	480	217	45,2
2005	480	201	41,9
2007	480	202	42,1
2009	480	211	44,0
2011	480	201	41,9
2013	600 ⁸	253	42,7
2015	600	247	42,9

⁶ Ohne Mitglieder des Parteivorstandes

⁷ Summe ohne Parteivorstand

⁸ Auf Beschluss des Bundesparteitages 2011, Änderung des Organisationsstatutes (um die Gliederungen zu stärken wurde die Zahl der Delegierten von 480 auf 600 erhöht)

2.4 DELEGIERTE AUF DEM ORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAG DEZEMBER 2015

Landesverband / Bezirk	Anzahl mögliche Delegierte	Anwesende Delegierte	davon weiblich	% -Frauen
Baden-Württemberg	47	47	21	44,68
Bayern	79	74	36	48,65
Berlin	22	21	11	52,38
Brandenburg	9	7	4	57,14
Braunschweig	15	14	6	42,86
Bremen	8	8	4	50,00
Hamburg	15	13	8	61,54
Hannover	34	34	16	47,06
Hessen-Nord	26	25	8	32,00
Hessen-Süd	45	39	16	41,03
Mecklenburg-Vorpommern	6	6	2	33,33
Nord-Niedersachsen	9	9	4	44,44
Nordrhein-Westfalen	146	146	64	43,84
Rheinland-Pfalz	49	45	12	26,67
Saar	24	24	11	45,83
Sachsen	7	7	2	28,57
Sachsen-Anhalt	7	6	2	33,33
Schleswig-Holstein	24	24	10	41,67
Thüringen	7	6	2	33,33
Weser-Ems	21	21	8	38,10
	600	576	247	42,88

2.5 WEIBLICHE DELEGIERTE AUF DEN AUßERORDENTLICHEN BUNDESPARTEITAGEN 2017

Bezirk/LV	Mandate gesamt	a.o. BPT 19. März 2017			a.o. BPT 25. Juni 2017		
		Anwe- sende Dele- gierte	davon weib- lich	in %	Anwe- sende Dele- gierte	davon weib- lich	in %
Baden-Württemberg	47	47	20	42,55	47	22	46,81
Bayern	79	79	38	48,10	75	32	42,67
Berlin	22	22	12	54,55	22	12	54,55
Brandenburg	9	9	4	44,44	8	4	50,00
Braunschweig	15	15	9	60,00	14	7	50,00
Bremen	8	8	4	50,00	6	3	50,00
Hamburg	15	14	6	42,86	15	8	53,33
Hannover	34	34	16	47,06	34	15	44,12
Hessen-Nord	26	26	12	46,15	26	12	46,15
Hessen-Süd	45	44	19	43,18	44	18	40,91
Mecklenburg-Vorpommern	6	4	1	25,00	6	3	50,00
Nord-Niedersachsen	9	9	5	55,56	8	3	37,50
Nordrhein-Westfalen	146	142	60	42,25	145	70	48,28
Rheinland-Pfalz	49	49	20	40,82	47	19	40,43
Saar	24	24	11	45,83	24	12	50,00
Sachsen	7	7	3	42,86	7	3	42,86
Sachsen-Anhalt	7	7	3	42,86	7	3	42,86
Schleswig-Holstein	24	24	10	41,67	24	10	41,67
Thüringen	7	7	3	42,86	7	4	57,14
Weser-Ems	21	21	8	38,10	20	8	40,00
	600	592	264	44,59	586	268	45,73

WEIBLICHE DELEGIERTE AUF DEN SPD-PARTEIKONVENTEN 2016Delegierte gesamt: 200⁹

Bezirk/LV	Mandate gesamt	Parteikonvent 05.06.2016		
		Anwe- sende Dele- gierte	davon weib- lich	in %
Baden-Württemberg	15	15	6	40,00
Bayern	26	24	12	50,00
Berlin	7	7	3	42,86
Brandenburg	3	3	1	33,33
Braunschweig	5	5	1	20,00
Bremen	3	2	1	50,00
Hamburg	5	5	3	60,00
Hannover	12	7	4	57,14
Hessen-Nord	9	7	5	71,43
Hessen-Süd	15	14	4	28,57
Mecklenburg-Vorpommern	2	2	1	50,00
Nord-Niedersachsen	3	3	1	33,33
Nordrhein-Westfalen	47	46	18	39,13
Rheinland-Pfalz	16	16	7	43,75
Saar	8	8	4	50,00
Sachsen	3	3	1	33,33
Sachsen-Anhalt	3	3	1	33,33
Schleswig-Holstein	8	8	4	50,00
Thüringen	3	3	1	33,33
Weser-Ems	7	6	2	33,33
	200	187	80	42,78

Parteikonvent 19.09.2016		
Anwe- sende Dele- gierte	davon weib- lich	in %
15	6	40,00
26	10	38,46
6	3	50,00
3	2	66,67
5	2	40,00
3	1	33,33
5	3	60,00
12	5	41,67
9	4	44,44
15	6	40,00
1	0	0,00
3	1	33,33
47	11	23,40
16	7	43,75
8	3	37,50
3	2	66,67
2	1	50,00
8	4	50,00
2	1	50,00
6	1	16,67
195	73	37,44

⁹ Summe ohne Parteivorstand

2.7 KOMMISSIONEN UND BEIRÄTE DES PARTEIVORSTANDES

	Vorsitzende		Weitere (Vorstands-) Mitglieder einschl. Stellvertr.		Frauenanteil gesamt
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	in %
Kuratorium Wilhelm-Dröscher-Preis	0	1	11	5	50,0
Gustav-Heinemann-Bürgerpreis	1	0	12	4	30,8
Jury Regine-Hildebrandt-Preis	0	1	10	6	63,6
<u>KOMMISSIONEN</u>					
Bundesschiedskommission	0	1	6	2	42,9
Europapol. Kommission (Vorstand) ¹⁰	2	0	/	/	0
Grundwertekommission	0	1	33	9	29,4
Historische Kommission	2	1	23	4	19,2
Kommission Internationale Politik (Vorstand) ¹¹	2	0	/	/	0
Kontrollkommission	0	1	8	4	44,4
Medien- und netzpolitische Kommission	1	0	110	29	26,1
Organisationspolitische Kommission	0	0	23	9	39,1
Programmkommission ¹²	1	2	9	3 ¹³	41,7
<u>BEIRÄTE</u>					
Beirat der Parteischule	1	0	15	9	56,2
Beirat Juso-Hochschulgruppen	0	0	11	6	54,5
Kommunalbeirat	1	0	24	3	12,0

10 Die Kommission besteht aus 169 Mitgliedern

11 Die Kommission besteht aus 96 Mitgliedern

12 Anfang 2015 wurde vom Parteivorstand die Programmkommission eingesetzt.

13 Der Frauenanteil auf Arbeitsebenen betrug zu Beginn 5 Frauen (das war im gesamten Gremium ein Frauenanteil von 7 Frauen = 58,3 %), wurde aber im Laufe des Prozesses durch personellen Wechsel auf 3 Frauen reduziert.

2.8 BUNDESVORSTÄNDE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Name der Arbeitsgemeinschaft	Vorsitzende		Weitere (Vorstands-) Mitglieder einschl. Stellvertr.		Frauenanteil gesamt
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	in %
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	0	1	20	20	100,0
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus	1	0	9	4	40,0
Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) ¹⁴	0	1	9 ¹⁵	4	50,0
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	1	0	11	5	41,7
Bundesausschuss der Juso-Hochschulgruppen ¹⁶	0	0	7	3	42,9
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	1	0	6	3	42,9
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	1	0	12	7	53,8
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD (AGS)	1	0	12	5	38,5
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	1	0	20	9	42,9
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv	1	0	10	5	45,4
SPD queer	0	1	13	6	50,0
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt	1	0	13	8	57,1
Gesamt	8	3	142	79	54,7

14 Zuzüglich vier kooptierte Mitglieder, davon drei Frauen

15 Acht Stellvertreter*innen und eine gewählten Geschäftsführerin

16 Es gibt keinen Vorsitz.

2.9 ARBEITSKREISE, FOREN, PROJEKTGRUPPEN, GESPRÄCHSKREISE UND SONSTIGE GREMIEN DES PARTEIVORSTANDES

	Vorsitzende		Weitere Mitglieder des Gremiums einschl. Stellvertr.		Frauenanteil gesamt
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	in %
<u>ARBEITSKREISE / ARBEITSGRUPPEN</u>					
Arbeitskreis Christinnen und Christen in der SPD (AKC)	1	1	8 ¹⁷	3	40,0
Arbeitskreis Jüdische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	2	3	0	0	60,0
Arbeitskreis Muslimische Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	3	2	0	0	40,0
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten (AvS) ¹⁸	1	0	2	0	0
Arbeitsgruppe Demokratie stärken	1	2	22	10	48,0
<u>FOREN</u>					
Forum Eine Welt (Vorstand) ¹⁹	0	1	2	1	66,6
Forum Innenpolitik	1	0	53	10	18,5
Forum Kulturpolitik / Kulturforum	1	0	16	7	41,2

¹⁷ Einschl. einer Geschäftsführerin und einem Delegierten für die Parteitage

¹⁸ Nur dem Namen nach eine AG, ist aber ein Arbeitskreis

¹⁹ Das Forum besteht aus 185 Mitgliedern.

	Vorsitzende		Weitere Mitglieder des Gremiums einschl. Stellvertr.		Frauenanteil gesamt
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	in %
Forum ländliche Räume	1	2	37	13	37,5
Forum Metropolenpolitik	1	0	34	6	17,1
Forum Ostdeutschland	0	1	8	5	55,6
Forum Sicherheits- und Verteidigungspolitik (Vorstand) ²⁰	2	0	/	/	0
Forum Sport	1	0	26	9	33,3
Themenforum Verbraucherpolitik ²¹	0	2	0	0	100,0
Wissenschaftsforum Steuerungsgruppe	1	0	5	2	33,3
<u>GESPRÄCHSKREISE</u>					
Gesprächskreis Jugend	1	0	44	22	48,9
Gesprächskreis Menschenrechte (Vorstand) ²²	0	1	1	0	50,0

²⁰ Das Forum besteht aus 196 Mitgliedern.

²¹ Das Themenforum besteht nur aus den beiden gewählten Sprecherinnen und einem nichtgewählten Beirat.

²² Der Gesprächskreis besteht aus 261 Mitgliedern.

2.10 PERSPEKTIV-ARBEITSGRUPPEN

Die **Programmkommission** – unter der Leitung von Katarina Barley, Thomas Oppermann und Manuela Schwesig – verantworteten im SPD-Parteivorstand die Erstellung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl 2017.

Anfang 2015 hat der Parteivorstand sieben parteiinterne **Perspektiv-Arbeitsgruppen** eingerichtet. In den Perspektiv-Arbeitsgruppen arbeiteten Mitglieder des Parteivorstandes, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter aus den Ländern, Kommunen und der europäischen Ebene zusammen an Vorschlägen für das Wahlprogramm. Auch Expertinnen und Experten von Gewerkschaften, Wissenschaft und Fachorganisationen waren beteiligt. Bis zum Herbst 2016 haben sie programmatische Impulse und konkrete Ideen entwickelt.

Die 7 Perspektiv-Arbeitsgruppen

Name der Perspektiv-Arbeitsgruppe	Mitglieder (mit Leitung) ²³	Frauenanteil	Frauenanteil in %
Wirtschaft, Bildung, Investitionen, und Finanzen Leitung: Hubertus Heil und Thorsten Schäfer-Gümbel	18	7	38,9
Arbeit, Digitales, Aus- und Weiterbildung und Rente Leitung: Lars Klingbeil und Andrea Nahles	15	7	46,7
Leben und Familie Leitung: Sören Bartol und Carola Reimann	13	6	46,2
Frieden und Europa Leitung: Martin Schulz und Frank-Walter Steinmeier	17	6	35,3
Neue Gerechtigkeit und Zukunft des Sozialstaats Leitung: Karl Lauterbach und Ralf Stegner	13	8	61,6
Umwelt, Klimaschutz und Verbraucherschutz Leitung: Barbara Hendricks und Ute Vogt	12	5	41,7
Recht, Demokratie und Teilhabe Leitung: Heiko Maas und Aydan Özoguz	13	6	46,2

²³ Ohne beratende Mitglieder

3 DIE SPD AUF LANDESVERBANDS-, BEZIRKS-, UNTERBEZIRKS- UND ORTSVEREINSEBENE

3.1 MITGLIEDERENTWICKLUNG IN DEN LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN 2013 BIS 2016

Landesverbände/ Bezirke	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Neu- mitglieder 01.01. - 30.09.2017
Baden-Württemberg ²⁴	36.513 11.660	35.835 11.567	34.711 11.291	34.138 11.153	2.439 792
Bayern	63.703 20.476	62.133 20.144	59.872 19.510	58.296 19.161	2.939 967
Berlin	17.121 5.724	17.038 5.747	16.895 5.744	17.145 5.873	2.282 806
Brandenburg	6.257 1.794	6.230 1.810	6.007 1.747	5.995 1.758	435 148
Braunschweig	11.462 3.379	11.140 3.305	9.814 2.994	9.571 2.969	396 135
Bremen	4.577 1.545	4.437 1.510	4.308 1.461	4.140 1.412	287 103
Hamburg	10.973 3.705	10.802 3.636	10.439 3.514	10.405 3.483	1.011 339
Hannover	27.851 8.552	26.925 8.286	26.961 8.335	26.544 8.265	1.244 411
Hessen-Nord	20.136 5.549	19.323 5.360	18.723 5.258	17.940 5.098	652 228
Hessen-Süd	37.563 11.126	36.060 10.772	34.939 10.539	34.067 10.396	1.747 559
Mecklenburg-Vorpommern	2.854 877	2.767 864	2.709 862	2.721 859	217 72

24 1. Zeile: gesamt, 2. Zeile: weiblich

Landesverbände/ Bezirke	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2016	Neu- mitglieder 01.01. - 30.09.2017
Nord- Niedersachsen	6.021 1.840	5.882 1.812	5.635 1.759	5.571 1.739	275 91
Nordrhein-Westfalen	121.947 40.533	117.756 39.258	111.756 37.442	108.205 36.421	6.603 2.197
Rheinland-Pfalz	39.361 11.910	38.527 11.762	37.241 11.482	36.308 11.276	1.632 538
Saar	19.720 6.388	19.192 6.260	18.640 6.116	18.131 5.988	676 263
Sachsen	4.486 1.108	4.416 1.092	4.268 1.053	4.295 1.066	528 140
Sachsen-Anhalt	3.750 1.008	3.578 963	3.449 929	3.397 913	222 48
Schleswig- Holstein	18.442 6.476	17.841 6.291	17.282 6.118	16.911 5.971	1.024 355
Thüringen	4.382 1.198	4.112 1.132	3.891 1.074	3.726 1.038	218 68
Weser-Ems	16.543 5.028	15.908 4.870	15.274 4.692	15.200 4.689	834 258
SPD gesamt	473.662	459.902	442.814	432.706	25.661
Männer	323.786	313.461	300.893	293.178	17.143
Frauen	149.876	146.441	141.920	139.528	8.518
Frauenanteil in %	31,64	31,84	32,05	32,25	33,19

3.2. WEIBLICHE MITGLIEDER IN DEN LANDESVERBÄNDEN UND BEZIRKEN

(Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent, Stand: 31.12.2016)

Landesverbände/ Bezirke	gesamt	weiblich	Frauenanteil in %
SPD-LV Schleswig-Holstein	16.911	5.971	35,31
SPD-Landesverband Berlin	17.145	5.873	34,25
SPD-Landesorganisation Bremen	4.140	1.412	34,11
SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen	108.205	36.421	33,66
SPD-Landesorganisation Hamburg	10.405	3.483	33,47
SPD-Landesverband Saar	18.131	5.988	33,03
SPD-Landesverband Bayern	58.296	19.161	32,87
SPD-Landesverband Ba-Wü	34.138	11.153	32,67
SPD-LV Mecklenburg Vorpommern	2.721	859	31,57
SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen	5.571	1.739	31,22
SPD-Bezirk Hannover	26.544	8.265	31,14
SPD-LV Rheinland-Pfalz	36.308	11.276	31,06
SPD-Bezirk Braunschweig	9.571	2.969	31,02
SPD-Bezirk Weser-Ems	15.200	4.689	30,85
SPD-Bezirk Hessen-Süd	34.067	10.396	30,52
SPD-Landesverband Brandenburg	5.995	1.758	29,32
SPD-Bezirk Hessen-Nord	17.940	5.098	28,42
SPD-LV Thüringen	3.726	1.038	27,86
SPD-LV Sachsen-Anhalt	3.397	913	26,88
SPD-LV Sachsen	4.295	1.066	24,82

3.3 VORSTÄNDE DER LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE 2017²⁵ (MIT VERGLEICHSAHLEN VON 2015 UND 2013)

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes- / Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände		
			gesamt / davon Frauen	2017 Gesamt / Frauen Anteil in %	2015 (Angaben zum Vergleich)
Baden-Württemberg	ja	4 / 2	26 / 13 50,0 %	28 / 13 46,4 %	34 / 15 44,1 %
Bayern	ja	3 / 2	35 / 15 42,9 %	36 / 17 47,2 %	38 / 17 44,7 %
Berlin	nein	4 / 2	18 / 8 44,4 %	14 / 7 50,0 %	14 / 8 57,1 %
Brandenburg	nein	2 / 1	14 / 7 50,0 %	14 / 7 50,0 %	13 / 7 53,8 %
Braunschweig	nein	4 / 2	21 / 11 52,4 %	22 / 10 45,4 %	19 / 9 47,4 %
Bremen	ja	2 / 1	17 / 10 58,8 %	17 / 9 52,9 %	17 / 9 52,9 %
Hamburg	nein	3 / 2	21 / 12 57,1 %	21 / 11 52,4 %	21 / 8 38,1 %
Hannover	nein	2 / 1	27 / 11 40,7 %	24 / 12 50,0 %	25 / 12 48,0 %
Hessen-Nord	nein	2 / 1	19 / 9 47,4 %	19 / 10 52,6 %	19 / 9 47,4 %
Hessen-Süd	nein	2 / 1	20 / 9 45,0 %	20 / 9 45,0 %	20 / 9 45,0 %
Mecklenburg-Vorpommern	nein	3 / 2	16 / 7 43,8 %	16 / 7 43,8 %	16 / 7 43,8 %
Nord-Niedersachsen	ja	4 / 1	16 / 7 43,8 %	16 / 7 43,8 %	17 / 8 47,1 %
Nordrhein-Westfalen	nein	4 / 2	36 / 15 41,9 %	35 / 16 45,7 %	37 / 17 45,9 %
Rheinland-Pfalz	nein	3 / 1	22 / 10 45,5 %	22 / 8 36,4 %	21 / 9 42,9 %
Saar	nein	4 / 2	21 / 9 42,9 %	21 / 9 42,9 %	23 / 10 43,5 %
Sachsen	nein	2 / 1	21 / 9 42,9 %	20 / 9 45,0 %	21 / 10 47,6 %
Sachsen-Anhalt	nein	3 / 1	16 / 7 43,8 %	16 / 7 43,8 %	17 / 8 47,1 %
Schleswig-Holstein	nein	2 / 2	11 / 5 45,5 %	11 / 6 54,5 %	11 / 5 45,5 %
Thüringen	nein	4 / 2	24 / 11 45,8 %	24 / 13 54,2 %	24 / 11 45,8 %
Weser-Ems	ja	3 / 1	17 / 7 41,2 %	17 / 8 47,1 %	18 / 8 44,4 %

25 Quelle: MAVIS

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes- / Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände		
			2017 Gesamt / Frauen Anteil in %	2015 (Angaben zum Vergleich)	2013 (Angaben zum Vergleich)
		gesamt / davon Frauen			
Gesamt	5	60 / 30 50 %	418 / 192 45,9 %	413 / 195 47,2 %	425 / 196 46,1 %

Vorstände der Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes- / Bezirksvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landes-/Bezirksvorstände		
			2017 Gesamt / Frauen Anteil in %	2015 (Angaben zum Vergleich)	2013 (Angaben zum Vergleich)
		gesamt / davon Frauen			
Niedersachsen	nein	5 / 3	26 / 15 57,7 %	25 / 14 56 %	26 / 11 42,3 %
Hessen	nein	3 / 1	19 / 7 36,8 %	19 / 9 47,4 %	20 / 8 40,0 %
Gesamt	0	8 / 4 50 %	45 / 22 48,9 %	44 / 23 52,3 %	46 / 19 41,3 %

3.4 VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER UNTERBEZIRKE / KREISVERBÄNDE²⁶

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Unterbezirke / Kreisverbände			Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände		
	Anzahl der Vorsitzenden	davon Frauen	Frauenanteil in %	Anzahl der Vorstandsmitglieder	davon Frauen	Frauenanteil in %
Baden-Württemberg	43	11	25,6	572	223	39,0
Bayern	62	18	29,0	1078	382	35,4
Berlin	12	2	16,7	221	108	48,9
Brandenburg	18	4	22,2	211	75	35,5
Braunschweig	8	2	25,0	110	45	40,9
Bremen	3	2	66,7	31	15	48,4
Hamburg	7	0	0	150	72	48,0
Hannover	13	4	30,8	225	92	40,9
Hessen-Nord	8	2	25,0	127	53	41,7
Hessen-Süd	18	3	16,7	363	153	42,1
Mecklenburg-Vorpommern	8	3	37,5	94	39	41,5
Nord-Niedersachsen	6	2	33,3	80	27	33,8
Nordrhein-Westfalen	54	10	18,5	965	385	39,9
Rheinland-Pfalz	27	2	7,4	491	193	39,3
Saar	7	1	14,3	201	62	30,8
Sachsen	13	2	15,4	140	49	35,0
Sachsen-Anhalt	14	0	0	151	52	34,4
Schleswig-Holstein	15	3	20,0	198	77	38,9
Thüringen	23	6	26,1	225	76	33,8
Weser-Ems	17	7	41,2	262	92	35,1
Gesamt	376	84	22,3	5895	2270	38,5

26 UB-Vorstand = Vorsitzende/r, stellv. Vorsitzende/r, Kassierer/in, stellvertretender Kassierer/in, Schriftführer/in, stellvertretende/r Schriftführer/in, Beisitzer/innen. Quelle MAVIS

3.5 VORSITZENDE UND VORSTÄNDE DER ORTSVEREINE²⁷

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Ortsvereine			Vorstände der Ortsvereine		
	Anzahl der Vorsitzen- den	davon Frauen	Frauenan- teil in %	Anzahl der Vorstands- mitglieder	davon Frauen	Frauenan- teil in %
Baden-Württemberg	800	194	24,3	5401	1786	33,1
Bayern	1494	329	22,0	11140	3582	32,2
Berlin	119	27	22,7	1433	605	42,2
Brandenburg	183	39	21,3	933	283	30,3
Braunschweig	147	19	12,9	1146	356	31,1
Bremen	44	11	25,0	424	165	38,9
Hamburg	73	17	23,3	792	313	39,5
Hannover	290	65	22,4	2588	827	32,0
Hessen-Nord	462	73	15,8	2892	709	24,5
Hessen-Süd	389	89	22,9	4025	1206	30,0
Mecklenburg-Vorpommern	90	24	26,7	411	144	35,0
Nord-Niedersachsen	62	11	17,7	601	185	30,8
Nordrhein-Westfalen	1243	236	19,0	11680	3743	32,0
Rheinland-Pfalz	875	182	20,8	6519	1824	28,0
Saar	305	48	15,7	2810	870	31,0
Sachsen	117	27	23,1	575	149	25,9
Sachsen-Anhalt	136	25	18,4	610	168	27,5
Schleswig-Holstein	456	102	22,4	2548	819	32,1
Thüringen	163	30	18,4	625	183	29,3
Weser-Ems	276	54	19,6	2176	602	27,7
Gesamt	7724	1602	20,7	59329	18519	31,2

²⁷ Ortsvereins-Vorstand = Vorsitzender, stellv. Vorsitzender, Kassierer, stellvertretende/r Kassierer/in, Schriftführer/in, stellvertretende/r Schriftführer/in, Beisitzer/innen. Quelle: MAVIS

4 PARLAMENTE / FRAKTIONEN / REGIERUNGEN

4.1 SOZIALDEMOKRATISCHE FRAKTION IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT²⁸

Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1984 bis 2015

	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014	2017
Anzahl der weiblichen SPD-Europaabgeordneten	8	12	17	14	9	10	10	13
Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten in %	25,0	38,7	42,5	42,4	39,1	43,5	43,5	48,1

Der Frauenanteil innerhalb der deutschen Gruppe der SPD-Abgeordneten stieg seit der ersten Direktwahl 1979 auf über 40 Prozent. Seit der Europawahl 2014 gehören der deutschen SPD-Gruppe 27 Abgeordnete an, davon sind 14 Männer und 13 Frauen. Der Frauenanteil beträgt 48,1 Prozent.

Das Bestreben nach Gleichberechtigung spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Europäischen Parlaments, das in der Vergangenheit schrittweise "weiblicher" geworden ist. In der laufenden Legislaturperiode sind 36 % der Abgeordneten im Europäischen Parlament Frauen. Von den nun nur noch 96 (bis 2014 waren es 99) deutschen Abgeordneten sind derzeit 35 weiblich (36,5%).

In der **Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D)** liegt der Anteil weiblicher Abgeordneter bei 43,7 % Prozent. Von den 190 Abgeordneten sind 83 Frauen²⁹. Somit ist dieser Frauenanteil etwas niedriger dem Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten.

²⁸ Quellen: Internetseiten des Europäischen Parlamentes und der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (S&D)

²⁹ Stand Redaktionsschluss Okt. 2017

4.2 SPD-FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

4.2.1 WEIBLICHE ABGEORDNETE IN DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION SEIT 1949

Jahr der Bundestagswahl	Weibl. Abgeordnete <u>zu Beginn</u> der Legislaturperiode (in %)	Weibl. Abgeordnete <u>am Ende</u> der Legislaturperiode (in %)
1949	13 (9,5 %)	16 (11,5 %)
1953	21 (12,9 %)	22 (13,4 %)
1957	22 (12,2 %)	22 (12,2 %)
1961	21 (10,3 %)	23 (11,1 %)
1965	19 (8,7 %)	19 (8,7 %)
1969	18 (5,9 %)	17 (7,3 %)
1972	13 (5,4 %)	15 (6,2 %)
1976	15 (8,5 %)	17 (9,4 %)
1980	19 (8,3 %)	20 (8,9 %)
1983	21 (10,4 %)	23 (11,4 %)
1987	31 (16,1 %)	38 (16,8 %)
1990	65 (27,2 %)	65 (27,2 %)
1994	86 (34,1 %)	88 (35,1 %)
1998	105 (35,2 %)	108 (36,9 %)
2002	95 (37,8 %)	98 (39,5 %)
2005	80 (36,0 %)	83 (37,6 %)
2009	56 (38,4 %)	59 (40,4 %)
2013	81 (42,0 %)	86 (44,6 %)
2017³⁰	64 (41,8%)	

³⁰ 153 Abgeordnete gesamt (Wahl am 24.09.2017 / vorher waren es 193 Abgeordnete)

4.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Erstmals hat die SPD-Bundestagsfraktion mit Andrea Nahles eine weibliche Fraktionsvorsitzende. Die weitere Besetzung des Fraktionsvorstandes der SPD-Bundestagsfraktion ist zum Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Daten aus der 18. Wahlperiode enthält der Gleichstellungsbericht 2015.

4.2.3 FRAUEN IM FRAKTIONSVORSTAND (ERWEITERT) DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION SEIT 1949

	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in %
1. Wahlperiode 1949-1953	1	5,2
2. Wahlperiode 1953-1957	3	14,2
3. Wahlperiode 1957-1961	2	8,6
4. Wahlperiode 1961-1965	2	8,3
5. Wahlperiode 1965-1967	2	7,6
6. Wahlperiode 1969-1972	3	10,0
7. Wahlperiode 1972-1976	4	13,3
8. Wahlperiode 1976-1980	3	10,0
9. Wahlperiode 1980-1983	4	12,5
10. Wahlperiode 1983-1987	6	14,2
11. Wahlperiode 1987-1990	11	27,5
12. Wahlperiode 1990-1994	14	29,2
13. Wahlperiode 1994-1998	18	40,0
14. Wahlperiode 1998-2002	22	46,8
15. Wahlperiode 2002-2005	19	42,2
16. Wahlperiode 2005-2009	19	40,4
17. Wahlperiode 2009-2013	18	45,0
18. Wahlperiode 2013-2017	21	50,0
19. Wahlperiode ab 2017 ³¹		

³¹ Zum Redaktionsschluss stand der Fraktionsvorstand in seiner Besetzung nach der Bundestagswahl im September 2017 noch nicht fest.

4.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen, Sprecher/innen

Die Konstituierung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen ist zum Redaktionsschluss noch nicht abgeschlossen. Daten aus der 18. Wahlperiode enthält der Gleichstellungsbericht 2015.

4.3 BUNDESREGIERUNG

Nach der Bundestagswahl am 24. September 2017 ist die Bildung der neuen Bundesregierung bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. Die Daten aus der 18. Wahlperiode enthält der Gleichstellungsbericht 2015.

4.4 SPD-FRAKTIONEN DER LÄNDERPARLAMENTE

4.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen

Bundesland	SPD-Mandate gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in %	letzte Wahlen am
Baden-Württemberg	19	2	10,5	13.03.2016
Bayern	42	19	45,2	15.09.2013
Berlin	38	15	39,5	18.09.2016
Brandenburg	30	15	50,0	14.09.2014
Bremen ³²	30	10	33,3	10.05.2015
Hamburg	58	25	43,1	15.02.2015
Hessen	37	14	37,8	22.09.2013
Mecklenburg-Vorpommern	26	6	23,1	04.09.2016
Niedersachsen ³³	55	19	34,5	15.10.2017
Nordrhein-Westfalen	69	24	34,8	14.05.2017
Rheinland-Pfalz	39	13	33,3	13.03.2016
Saarland	17	8	47,1	26.03.2017
Sachsen	18	8	44,4	31.08.2014
Sachsen-Anhalt	11	5	45,5	13.03.2016
Schleswig-Holstein	21	10	47,6	07.05.2017
Thüringen	12	7	58,3	14.09.2014
gesamt	522	200	38,3	

³² Incl. eines Parteilosen

³³ Quelle: Internetseite Landtagsfraktion Niedersachsen

4.4.2 FUNKTIONSVERTeilUNG IN DEN SPD-FRAKTIONEN DER LÄNDER

Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen

	Fraktionsvorsitz	stellvertretende Fraktionsvorsitzende / davon Frauen	weitere Mitglieder/ Beisitzer/ innen des Fraktionsvorstandes / davon Frauen	Frauenanteil im Fraktionsvorstand in %
Baden-Württemberg	Mann	4 / 1	2 / 1	28,6
Bayern	Mann	3 / 2	2 / 2	66,7
Berlin	Mann	5 / 3	10 / 4	43,8
Brandenburg	Mann	5 / 2	3 / 2	44,4
Bremen	Mann	2 / 2	7 / 2	40,0
Hamburg	Mann	3 / 3	16 / 6	45,0
Hessen	Mann	6 / 4	2 / 1	55,6
Mecklenburg-Vorpommern	Mann	4 / 2	2 / 2	57,1
Niedersachsen ³⁴	Frau			
Nordrhein-Westfalen	Mann	8 / 4	1 / 0	40,0
Rheinland-Pfalz	Mann	4 / 2	22 / 8	37,0
Saarland	Mann	4 / 1	4 / 3	44,4
Sachsen	Mann	4 / 2	1 / 0 ³⁵	33,3
Sachsen-Anhalt	Frau	2 / 1	1 / 0	50,0
Schleswig-Holstein	Mann	3 / 2	7 / 5	63,6
Thüringen	Mann	2 / 1	2 / 2	60,0

34 Die Zusammensetzung des Fraktionsvorstandes war nach der Wahl am 15.10.2017 zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

35 Ein Ausschussvorsitzender ist ein kooptiertes Mitglied im Vorstand.

4.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und Ausschussvorsitzenden

	Arbeitskreise der SPD-Fraktionen		Ausschüsse der Parlamente	
	Arbeitskreisvorsitzende insgesamt / davon Frauen		SPD-Ausschussvorsitzende ins- gesamt / davon Frauen	
Baden-Württemberg	11	2	4	1
Bayern	17	6	3	1
Berlin	9	4	4	2
Brandenburg	5	2	8	3
Bremen³⁶	0	0	8	2
Hamburg	21	9	14	3
Hessen	15	5	5	3
Mecklenburg-Vorpommern	11	2	6	2
Niedersachsen³⁷				
Nordrhein-Westfalen	22	4	8	2
Rheinland-Pfalz	15	7	6	1
Saarland	13	7	5	2
Sachsen	3	1	1	0
Sachsen-Anhalt	0	0	1	0
Schleswig-Holstein	7	4	3	0
Thüringen	9	./. ³⁸	2	2

36 Im Land Bremen gibt es neben den Parlamentsausschüssen noch Deputationen, die hier noch genannt werden dürfen. Die SPD hat in drei Deputationen den Vorsitz inne, davon gibt es eine weibliche Vorsitzende.

37 Die Zusammensetzung der Arbeitskreise und Ausschüsse nach der Wahl am 15.10.2017 war zum Redaktionsschluss noch nicht bekannt.

38 Die Arbeitskreise der SPD-Fraktion sind aufgrund der geringen Abgeordnetenzahl sehr klein, weshalb es innerhalb der Arbeitskreise keine Hierarchien gibt und somit keinen AK-Vorsitz.

4.5 LANDESREGIERUNGEN³⁹

4.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

Bundesland	Zahl ⁴⁰ der Regie- rungsmit- glieder insgesamt	davon so- zialdemo- kratische Regie- rungsmit- glieder	weibliche Regierungs- mitglieder ins- gesamt und nach Partei- zugehörigkeit	Frauenanteil in der Landes- regierung insgesamt in %	Frauenanteil unter den sozialdemokr. Regierungs- mitgliedern in %
Berlin SPD/ Die Linke / B'90 / Grüne-Koalition	11	5	6 SPD: 2 Die Linke: 2 Parteilos: 1 B'90 / Grüne: 1	54,5	40,0
Brandenburg SPD / Die Linke-Koalition	10	7	4 SPD: 3 Die Linke: 1	40,0	42,9
Bremen ⁴¹ SPD / B'90 / Grüne-Koalition	9	6	5 SPD: 3 B'90 / Grüne: 2	55,6	50,0
Hamburg SPD / B'90 / Grüne-Koalition	12	8	4 SPD: 3 B'90 / Grüne: 1	33,3	37,5
Mecklenburg- Vorpommern SPD / CDU-Koalition	9	6	4 SPD: 3 CDU: 1	44,4	50,0
Niedersachsen ⁴²					
Rheinland-Pfalz ⁴³ SPD / B'90 / Grüne-Koalition	12	8	7 SPD: 5 B'90 / Grüne: 2	58,3	66,6
Saarland ⁴⁴ CDU / SPD-Koalition	9	4	3 SPD: 1 CDU: 2	33,3	25,0
Sachsen CDU / SPD-Koalition	11	3	4 SPD: 2 CDU: 2	36,7	66,7
Sachsen-Anhalt ⁴⁵ CDU / SPD-Koalition / B'90 / Grüne-Koalition	10	2	3 SPD: 1 CDU: 1 B'90 / Grüne: 1	30,0	50,0
Thüringen Linke / SPD / B'90 / Grüne-Koalition	10	3	4 Linke: 2 SPD: 1 B'90 / Grüne: 1	40,0	33,3
Gesamt	103	52	44 SPD: 24	42,7	46,2

In den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein ist die SPD nicht an der Landesregierung beteiligt.

³⁹ Internetseiten des Bundesrates (www.bundesrat.de)

⁴⁰ einschließlich des/der Ministerpräsident*in bzw. des Regierenden Bürgermeisters

⁴¹ Einschl. weiteres Mitglied des Senats gem. Art. 107 Brem. LV

⁴² Zum Redaktionsschluss war die Kabinettsbildung nach der Landtagswahl am 15.10.2017 noch nicht abgeschlossen

⁴³ Einschl. der Bevollmächtigten des Landes beim Bund und in der Europ. Union und dem Chef der Staatskanzlei

⁴⁴ Einschl. Chef der Staatskanzlei und einem Staatssekretär im Kabinettsrang

⁴⁵ Einschl. Chef der Staatskanzlei im Staatsministerium

5. BERICHT DER BUNDES-SGK

5.1 FRAUENANTEIL DER SPD-RATSMITGLIEDER IN GEMEINDEN MIT 10.000 UND MEHR EINWOHNERN (STAND: 01.01.2013)

Der Gleichstellungsbericht der Bundes-SGK konnte diesmal leider nicht in dem bisherigen Umfang erstellt werden, da hierfür die erforderlichen Daten nicht systematisch vorliegen. Der Deutsche Städtetag hat die Ratsmitglieder der Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern (auch nach Parteizugehörigkeit) zum letzten Mal für das Jahr 2012 zum 1.1.2013 erfasst. Seitdem liegt keine systematische statistische Erfassung der Zahl der Mitglieder in den Vertretungskörperschaften im Hinblick auf ihren Frauenanteil und ihre Parteizugehörigkeit vor. Die Statistischen Landesämter oder das Statistische Bundesamt nehmen keine entsprechenden Auswertungen der Kommunalwahlergebnisse vor. Auch der Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder liegen keine entsprechenden Daten vor. Im Gleichstellungsatlas des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind Daten über den Frauenanteil nur unabhängig von der Parteizugehörigkeit für die kommunalen Vertretungskörperschaften in den Kreisen und kreisfreien Städten aus dem Jahr 2015 veröffentlicht:

<https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/service/gleichstellungsatlas>

In der nachfolgenden Tabelle sind noch einmal die letzten verfügbaren Daten mit Stand vom 1. Januar 2013 dargestellt.

Einwohnerzahl	SPD-Ratsmitglieder	davon Frauen		zum Vergleich 1.1.2012 in v. H.
		absolut	in v. H.	
1.000.000 und mehr*	167	71	42,5%	41,9%
500.000 - 1.000.000*	229	90	39,3%	38,4%
200.000 - 500.000	468	160	34,2%	33,3%
100.000 - 200.000	637	219	34,4%	35,0%
50.000 - 100.000	1.417	445	31,4%	31,4%
20.000 - 50.000	3.987	1.197	30,0%	29,8%
10.000 – 20.000	5.106	1.360	26,6%	27,0%
Insgesamt	12.011	3.542	29,5%	29,5%

Quelle: Deutscher Städtetag, Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 2013, Ratsmitglieder der Gemeinden mit 10.000 und mehr Einwohnern; eigene Berechnungen.* Für die Stadtstaaten wurden das Berliner Abgeordnetenhaus, die Hamburgische Bürgerschaft sowie die Bremische Bürgerschaft berücksichtigt.

5.2 WEIBLICHE VORSITZENDE DER SPD-GROßSTADT- UND KREISTAGSFRAKTIONEN

(Stand: 01.08.2017)

Fraktionsvorsitzende	Anzahl insgesamt	davon Frauen	In v. H. 1.8.2017	in v. H. 1.8.2015
in Städten 100.000 und mehr EW ⁴⁶	92	14	15,2 %	15,8 %
in Kreisen	289	40	13,8 %	15,0 %
Insgesamt	381	54	14,2 %	15,2 %

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

5.3 VON SOZIALDEMOKRATISCHEN FRAUEN BESETZTE FÜHRUNGSPPOSITIONEN IM VERGLEICH ZU ALLEN VON DER SPD BESETZTEN FÜHRUNGSPPOSITIONEN AUF KOMMUNALER EBENE

(Stand: 01.08.2017)

Anzahl	Anzahl von allen sozialdemokratischen Amtsinhaber/innen	In v.H. 2017	In v.H. 2015
Oberbürgermeisterinnen ⁴⁷	8 von 110	7,3 %	9,0 %
Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 EW ⁴⁸	6 von 29	20,7 %	14,6 %
Landrätinnen	7 von 72	9,7 %	10,3 %

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

46 Einwohnerzahlen auf Basis der Auskunft des Statistischen Bundesamtes (Stand 31.12.2015); unter Berücksichtigung der 12 Bezirksverordnetenversammlungen der Berliner Bezirke

47 Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der Bürgermeister den Titel „Oberbürgermeister“ führt: In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 Einwohnern vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeistertitel mit dem kreisfreien Status der Stadt einher.

48 Zu den Bürgermeisterinnen wurden die Bezirksbürgermeisterinnen in Berlin mit hinzugerechnet.

5.4 FRAUEN IM VORSTAND DER BUNDES-SGK UND IN DEN VORSTÄNDEN DER LANDES-SGKS

(Stand: 01.08.2017)

Vorstände	ordentliche Mitglieder	davon Frauen	In v.H. 2015	In v.H. 2013
Bundes-SGK	30	9	30,0 %	35,5 %
SGK Baden-Württemberg	24	9	37,5 %	43,5 %
SGK Bayern	25	7	28,0 %	28,6 %
SGK Berlin	28	8	28,6 %	33,3 %
SGK Brandenburg	15	5	33,3 %	42,9 %
SGK Bremen	9	2	22,2 %	20,0 %
SGK Hamburg	12	1	8,3 %	16,7 %
SGK Hessen	25	10	40,0 %	37,5 %
SGK Mecklenburg-Vorpommern	15	7	46,7 %	46,7 %
SGK Niedersachsen	30	6	20,0 %	23,3 %
SGK Nordrhein-Westfalen	30	9	30,0 %	30,0 %
SGK Rheinland-Pfalz	17	6	35,3 %	25,0 %
SGK Saarland	14	2	14,3 %	18,8 %
SGK Sachsen	9	3	33,3 %	33,3 %
SGK Sachsen-Anhalt	7	1	14,3 %	30,0 %
SGK Schleswig-Holstein	11	4	36,4 %	18,2 %
SGK Thüringen	11	4	36,4 %	27,3 %

Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

6 HAUPTAMTLICHE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

6.1 SPD- PARTEIVORSTAND ⁴⁹

	Frauen		Männer	
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent
Abteilungsleiterinnen/ Abteilungsleiter	2	50,0	2	50,0
Pressesprecherin/ Pressesprecher/stellv. Pressesprecherin	1	25,0	3	75,0
Leiterinnen / Leiter bzw. Referentinnen / Referenten und persönliche Referentinnen und Referenten in Vorstandsbüros	3	37,5	5	62,5
Referatsleiterinnen/ Referatsleiter	3	25,0	9	75,0
Referentinnen/ Referenten	43	49,4	44	50,6
Sachbearbeiterinnen/ Sachbearbeiter	26	61,9	16	38,1
Sekretärinnen/ Sekretäre	48	94,1	3	5,9
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im technischen und Bürobereich	3	27,3	8	72,7
Auszubildende	5	62,5	3	37,5
Gesamt	134	59,0	93	41,0

⁴⁹ Quelle: Stellenplan 2017, Stand November 2017

6.2 SPD-LANDESVERBÄNDE, -BEZIRKE UND -UNTERBEZIRKE, REGIONALGESCHÄFTSSTELLEN UND KREISVERBÄNDE

LV / Bezirk	Leitende Landes/ Bezirksgeschäftsführer/-innen		Landes-/ Bezirksgeschäftsführer/-innen		Referent/ innen auf Landes- und Bezirksebene	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Baden-Württemberg	1	0	1	1	8	4
Bayern	1	0	2	0	8	3
Berlin	1	1	0	0	6	3
Brandenburg	2	0	0	0	2	1
Braunschweig	1	0	1	0	1	0
Bremen	1	0	1	0	0	0
Hamburg	1	0	0	0	0	0
Hannover	1	0	3	2	1	0
Hessen-Nord	1	0	1	1	1	1
Hessen-Süd	1	1	0	0	0	0
Mecklenburg-Vorpommern	1	1	3	1	1	0
Nord-Niedersachsen	1	0	0	0	0	0
Nordrhein-Westfalen	0	0	1	0	21	10
Rheinland-Pfalz	1	0	0	0	10	6
Saarland	1	1	0	0	2	1
Sachsen	1	0	0	0	4	2
Sachsen-Anhalt	1	1	2	1	0	0
Schleswig- Holstein	1	0	1	1	2	1
Thüringen	0	0	1	0	6 ⁵⁰	1
Weser-Ems	1	0	5	0	0	0
Gesamt	19	5	22	7	73	33

6.3 LANDESVERBÄNDE, DIE NICHT DEN STATUS VON BEZIRKEN HABEN

LV / Bezirk	Leitende Landesge- schäftsführer/-innen		Landesgeschäfts- führer/-innen		Referent/-innen auf Landesebene	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Hessen	1	0	0	0	5	2
Niedersachsen	2	0	0	0	8	2
Gesamt	3	0	0	0	13	4

50 einschl. zwei GF für Finanzen und Organisation

6.4 UNTERNEHMENSBEREICH DER SPD ⁵¹

Unternehmen	Frauen	Männer
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH		
Geschäftsführer	0	2
MitarbeiterInnen im Beteiligungsmanagement	2	2
Projektleiterin	1	0
Sekretärin	1	0
Konzentration GmbH		
Geschäftsführer	0	1
Büroleitung	1	0
Immobilienkauffrau/-mann	1	1
Kauffrauen für Bürokommunikation, Controlling	3	0
Kauffrau für Grundstücks- und Wohnungswirtschaft/Bilanzbuchhaltung	1	0
Azubi Immobilienkauffrau	2	0
Verwaltungsgesellschaft Bürohaus Berlin mbH		
Geschäftsführer	0	1
Generalbevollmächtigter	0	1
Prokuristin	1	0
MitarbeiterInnen im Veranstaltungsmanagement	1	2
Gremien-Veranstaltungen PV / Aufträge PV Innere Dienste	0	1
Techn. Gebäudemanagement B Sc	1	0
Sekretariat	1,5	0
Sachbearbeiterin	1	0
Service-Center (Poststelle)	2	2
Betriebsrat + Papierablage 5 Stunden wöchentlich	0	1

51 Quelle: Schatzmeisterei des SPD-Parteivorstandes. Der Bericht bezieht sich auf die unmittelbaren Beteiligungen des Parteivorstandes, ohne Solidarität GmbH, die kein Personal beschäftigt.

Fortschrittsbericht zur interkulturellen Öffnung der SPD

I. GREMIEN DER SPD

1. Parteivorstand
2. Landesverbände und Bezirke
3. Arbeitsgemeinschaften Migration und Vielfalt

II. PARLAMENTE

1. Bundestag
2. Landtage

III. ANGEBOTE DER PARTEISCHULE (BERICHT DER PARTEISCHULE)

IV. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Im organisationspolitischen Grundsatzprogramm der SPD, beschlossen durch den Berliner Parteitag vom 4. bis 6. Dezember 2011, heißt es:

„VIELFALT GESTALTEN“

DIE SPD SETZT SICH FÜR SOZIALE GERECHTIGKEIT IN EINER OFFENEN UND SOLIDARISCHEN GESELLSCHAFT EIN. DAS BEDEUTET, ALLEN MENSCHEN, DIE IN UNSEREM LAND LEBEN, GLEICHE CHANCEN ZU GEBEN, UNABHÄNGIG VON IHRER HERKUNFT. DAS IST UNSER HISTORISCHES SELBSTVERSTÄNDNIS UND UNSER AUFTRAG FÜR DIE ZUKUNFT. ALS PARTEI GEHEN WIR MIT GUTEM BEISPIEL VORAN. IN EINER ZEIT, IN DER IMMER MEHR MENSCHEN UNTERSCHIEDLICHER HERKUNFT, RELIGION UND WELTANSCHAUUNG IN UNSEREM LAND ZUSAMMENLEBEN, MÜSSEN WIR VIELFÄLTIGER WERDEN, UM VOLKSPARTEI ZU BLEIBEN. WIR ERÖFFNEN DESHALB MENSCHEN, DIE ODER DEREN VORFAHREN NACH DEUTSCHLAND EINGEWANDERT SIND, BESSERE CHANCEN DENN JE, IN UNSERE PARTEI EINZUSTEIGEN UND IN IHR AUFZUSTEIGEN. DIE SPD SETZT SICH DAS ZIEL, DASS IN ALLEN FÜHRUNGSGREMIEN DER BUNDESPARTEI ZUKÜNFTIG 15 PROZENT DER MITGLIEDER ÜBER EINE MIGRATIONSGESCHICHTE VERFÜGEN. ALLE ANDEREN PARTEIGLIEDERUNGEN SOLLEN, AUF IHRE KONKRETE SITUATION BEZOGEN, EIGENE ZIELE ABSTECKEN. DER SPD PARTEIVORSTAND BENENNT ZUKÜNFTIG AUS SEINEN REIHEN EINE/EINEN VERANTWORTLICHE/N FÜR DIE INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER PARTEI, DIE/DER DEN GREMIEN REGELMÄßIG ÜBER DIE FORTSCHRITTE IN DIESEM BEREICH INFORMIERT UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR DIE WEITERE ÖFFNUNG GIBT. VOR ORT ÜBERNEHMEN DIE MITGLIEDERBEAUFTRAGTEN EINE BESONDERE VERANTWORTUNG FÜR DIE INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER PARTEI. UM DAS ZU UNTERSTÜTZEN, WIRD DIE PARTEISCHULE ENTSPRECHENDE SCHULUNGSANGEBOTE FÜR HAUPT- UND EHRENAMTLICHE ENTWICKELN. DARÜBER HINAUS QUALIFIZIEREN WIR MIGRANT/INNEN UND AUSSIEDLER/INNEN, UM IHRE AUFSTIEGSCHANCEN IN DER PARTEI ZU ERHÖHEN. WIR VERTIEFEN AUßERDEM DEN DIALOG MIT MIGRANTENSELBSTORGANISATIONEN UND WEITEREN BÜNDNISPARTNERN IN DIESEM BEREICH.“

VORBEMERKUNG:

Eine Einwanderungsgeschichte bzw. Migrationshintergrund haben (gemäß der Definition des Statistischen Bundesamtes) Einwohnerinnen und Einwohner, die nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zugezogen sind, alle in Deutschland geborenen Ausländer/-innen und alle in Deutschland mit deutscher Staatsangehörigkeit Geborene mit zumindest einem zugezogenen oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil.

Den tatsächlichen Anteil der Genossinnen und Genossen mit familiären Einwanderungsgeschichten statistisch auszuwerten, ist auch weiterhin nicht möglich. Zwar wird die Staatsangehörigkeit unserer Mitglieder abgefragt und erfasst, ein möglicher

Migrationshintergrund jedoch nicht. Insofern liegen dem vorliegenden Bericht keine statistisch belastbaren Zahlen zugrunde. Zwar wird die Staatsangehörigkeit unserer Mitglieder abgefragt und erfasst, ein möglicher Migrationshintergrund jedoch nicht. Insofern liegen dem vorliegenden Bericht keine statistisch belastbaren Zahlen zugrunde. Ersatzweise müssen wir zwischenzeitlich mit den Angaben und Rückmeldungen aus den jeweiligen Landesorganisationen arbeiten. Gleichwohl bleibt es dabei, dass es gesellschaftspolitisch und aus partizipatorischer Sicht wünschenswert wäre, in Zukunft auf die Kategorie Migrationshintergrund gänzlich zu verzichten.

Erkennbar ist, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Mitgliedern mit Migrationshintergrund in unserer Partei nicht automatisch stattfindet, regional sehr unterschiedlich verläuft und der weiteren Förderung bedarf. Auch deshalb ist es notwendig, die bisherigen Entwicklungen darzustellen, zumal die Kennzahlen zur Vielfalt innerhalb der Partei auch medial immer wieder aufgegriffen werden. Der vorliegende Fortschrittsbericht zeigt anhand aktuell vorliegender Informationen die Entwicklung der interkulturellen Öffnung der SPD.

Die SPD muss gerade in diesen Zeiten noch stärker für gleichberechtigte Teilhabe und interkulturelle Öffnung in einem vielfältigen Land kämpfen. Der Einzug der AfD in den Bundestag bedeutet für uns, sehr klar Stellung zu beziehen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Menschen mit familiären Einwanderungsgeschichten pauschal angegriffen, ihr Deutschsein in Frage gestellt oder sie herabgewürdigt werden. Hier bedarf es einer starken Solidarität und klaren Haltung, die auch in der interkulturellen Öffnung unserer Partei Ausdruck finden muss.

I. GREMIEN DER SPD

1. PARTEIVORSTAND

Von den derzeit 32 Mitgliedern des aktuellen SPD-Parteivorstandes stammen drei (9,4%) Genossinnen und Genossen aus einer Familie mit Einwanderungsgeschichte; im zurzeit 12-köpfigen Präsidium ist es eine Genossin (8,3%).

2. LANDESVERBÄNDE UND BEZIRKE

Bis zum Jahr 2015 wurden in den Landesverbänden und Bezirken keine konkreten Ziele für die Beteiligung von Mitgliedern mit familiären Einwanderungsgeschichten in den Vorständen formuliert. Die Gründe dafür waren verschieden und reichten vom geringen Anteil an Parteimitgliedern mit Migrati-

onshintergrund in den östlichen Bundesländern über die Skepsis gegenüber einer vom Parteivorstand empfohlenen Zielvorgabe als weitere - neben der Geschlechterquote - zu erfüllende „Quote“ bis hin zu der Feststellung, dass die Mitarbeit von „vielfältigen“ Menschen selbstverständlich sei und einer festen Quote nicht bedürfe.

Im Zeitraum 2015 bis 2017 wurde keine Befragung der Landesverbände und Bezirke durch den Parteivorstand durchgeführt.

3. ARBEITSGEMEINSCHAFTEN MIGRATION UND VIELFALT

Die Gründung der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt auf Bundesebene im Juni 2013 war ein wichtiger Schritt zur Interessenvertretung von Mitgliedern mit familiären Einwanderungsgeschichten innerhalb der SPD.

Bis zum Jahr 2015 wurden in folgenden Landesverbänden und Bezirken Arbeitsgemeinschaften Migration und Vielfalt gegründet:

Berlin, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg, Saarland, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Bayern, Hessen Nord, Hessen Süd, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern (zunächst als Arbeitskreis gegründet) und Braunschweig.

Bis 2017 gab es eine weitere Gründung in Hannover (auf UB-Ebene). Für 2018 ist die Gründung einer AG im Landesverband Brandenburg geplant. Weiterhin ohne Landes-AG sind Thüringen und Nord-Niedersachsen.

Die AG-Gründungen waren wichtig zur weiteren interkulturellen Öffnung der Partei. Die AGen richten eigene Veranstaltungen und Diskussionsforen aus, machen Öffentlichkeitsarbeit und sie leisten bei Landes- und Bundesparteitagen mit eigenen Anträgen einen Beitrag zur programmatischen Weiterentwicklung unserer Partei. Regionale Unterschiede haben bisher gezeigt, dass ein zukünftiges Gesamtkonzept sehr breit angelegt werden muss, um sowohl Ziele, Inhalte als auch Werkzeuge zur Zielgruppenansprache auf allen Gliederungsebenen aufeinander abstimmen zu können. Allerdings sind dafür auch die politischen Rahmenbedingungen zu beachten: Die letzten zwei Jahre haben uns im Dialog mit Türkeistämmigen als auch mit Russischstämmigen in unserem Land, auch innerhalb der Partei herausgefordert. Die schlimmen Entwicklungen in der Türkei und die Propaganda aus Russland haben es insgesamt schwieriger gemacht, einfache Empfehlungen zur Zielgruppenansprache, z. B. für Wahlkämpfe, zu geben. Manche Kontakte zu Vereinen oder Organisationen werden nur zögerlich, manche gar nicht mehr weitergeführt.

Hinzu kommt, dass die Flüchtlingssituation auch unter einst Eingewanderten zu Verunsicherungen geführt hat. Diskussionsforen mit verschiedenen Gruppen (bspw. UnternehmerInnen, MandatsträgerInnen, Studierenden etc.) haben sich als hilfreich erwiesen, um auch in schwierigen Zeiten eine Anbindung an unsere Partei zu schaffen.

II. PARLAMENTE

1. BUNDESTAG:

Die SPD ist im 19. Deutschen Bundestag mit 15 Parlamentarierinnen und Parlamentariern mit familiären Einwanderungsgeschichten vertreten. Bei 153 Abgeordneten der Fraktion entspricht das einem Anteil von 9,8 Prozent. Das ist eine Steigerung gegenüber der 18. Legislaturperiode, zu deren Ende der Anteil 6,3 Prozent betrug (12 von 192 Abgeordneten).

2. LANDTAGE:

Eine kurzfristige Abfrage der Landtags-, Abgeordnetenhaus- und Bürgerschaftsfraktionen auf freiwilliger Basis ergab folgendes Bild:

	Anzahl SPD-Abgeordnete insgesamt	mit familiären Einwanderungs- geschichten	Anteil in Prozent
Baden-Württemberg:	19	1	5,3%
Bayern:	42	3	7,15% (*)
Berlin:	38	7	18,42%
Brandenburg:	30	0	0% (*)
Bremen:	30	9	30% (*)
Hamburg:	58	5	8,62% (*)
Hessen:	37	3	8,1% (*)
Mecklenburg-Vorpommern:	26	0	0%
Nordrhein-Westfalen:	69	5	7,25%
Niedersachsen:	55	4	7,27%
Rheinland-Pfalz:	39	1	2,56%
Saarland:	17	0	0%
Sachsen:	18	0	0% (*)
Sachsen-Anhalt:	11	0	0%
Schleswig-Holstein:	21	2	9,52%
Thüringen:	12	0	0% (*)

(*) unverändert seit 2015, da seither keine Wahlen stattgefunden haben

Diese Ergebnisse erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, da es keine systematische Befragung der einzelnen Abgeordneten in den Fraktionen gab und einige Angaben auf Schätzungen der Fraktionsgeschäftsstellen beruhen. Ebenso sind die jeweiligen Mitglieder- und Bevölkerungsstrukturen vor Ort und die regional unterschiedlich hohen Einwanderungszahlen der letzten Jahrzehnte zu berücksichtigen.

III. ANGEBOTE DER PARTEISCHULE (BERICHT DER PARTEISCHULE)

In keinem Bewerbungs- und Anmeldeverfahren zur Parteischule erfragt der SPD-Parteivorstand den Familienstatus, die Herkunft, die Nationalität, die Religion oder die sexuelle Orientierung.

Alle Angebote der „Parteischule im Willy-Brandt-Haus“ werden sehr aktiv genutzt von SPD-Mitgliedern aus aller Herren Länder. Das gilt für die betriebliche Weiterbildung der Hauptamtlichen ebenso wie für die „Sozialdemokratische Kommunal-Akademie“, die Kurse „Frauen an die Macht“, die „Train-the-Trainer“-Lehrgänge sowie die „Führungsakademie der sozialen Demokratie“. Mitglieder mit Migrationshintergrund, darunter auch AussiedlerInnen, haben in großer Zahl an den verschiedenen Kursen erfolgreich teilgenommen. Erkennbar haben sie ihre politische Wirkung steigern können und auch ihren Weg innerhalb der Gremien und Parlamente beschritten.

Zusätzlich hat die Parteischule Handreichungen mit Erfolgsfaktoren, aber auch Stolpersteinen zur kulturellen Vielfalt publiziert und im Parteischul-Wiki als „Pluspunkte“ veröffentlicht.

IV. HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Im Dezember 2011 wurde von den Delegierten des Bundestages in Berlin die interkulturelle Öffnung der SPD erstmals im Parteiprogramm verankert. Ziel war und ist es, die SPD zu einer erkennbar vielfältigen Volkspartei zu machen. Gleichberechtigte Teilhabe und Chancengleichheit von Einwanderinnen und Einwanderern sowie ihrer Kinder sind notwendiger Bestandteil gelingender Integration in unserem Land – und in unserer Partei. Das muss für alle Organisationsbereiche auf allen politischen Ebenen der SPD ebenso gelten wie in den Parlamenten.

Nach dem erschütternden Ergebnis bei der Bundestagswahl 2017 müssen wir den Mut haben, unsere Politik und die Herangehensweise an gesellschaftspolitische Fragen unserer Zeit schonungslos kritisch zu hinterfragen. Bei der interkulturellen Öffnung der SPD geht es zum einen um Chancengleichheit in unserer vielfältigen Partei, es geht aber auch um die Zukunftsfähigkeit der Sozialdemokratie.

Auch wenn sich der Anteil an Genossinnen und Genossen mit Migrationshintergrund in der SPD-Bundestagsfraktion erhöht hat, sind wir von dem angestrebten 15-prozentigen Anteil in den Führungsgremien der Partei offensichtlich immer noch weit entfernt. Die Anstrengungen seitens des Parteivorstandes und aller anderen Organisations- und

Struktureinheiten der Partei, Mitglieder mit familiären Einwanderungsgeschichten gleichberechtigt und wirksam in den innerparteilichen Gestaltungs- und Mitbestimmungsprozess einzubinden, müssen intensiviert werden. Dabei kann die gezieltere Ansprache und Einbindung von Jüngeren helfen, denn bei ihnen ist der Anteil derjenigen mit familiären Einwanderungsgeschichten überdurchschnittlich hoch. Befragungen auf verschiedenen Organisationsebenen der Partei zum Migrationshintergrund, z.B. bei Landtags- und BundestagskandidatInnen, MitarbeiterInnen des Willy-Brandt-Hauses sowie in den Landesverbänden und Bezirken, sollten zukünftig ergänzend und systematisch vorgenommen werden.

Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt leistet sowohl auf Bundes- als auch auf Länderebene einen wertvollen Beitrag zur systematischen Vernetzung innerhalb der Partei und in die kulturelle Vielfalt unserer Gesellschaft hinein. Die von der Arbeitsgemeinschaft aufgestellten Forderungen, u.a. nach einem Fachkongress zur Interkulturellen Öffnung der SPD, einem Mentoringprogramm für Mitglieder mit familiären Einwanderungsgeschichten und einem Beirat für Vielfalt gilt es zu unterstützen.

Bericht des Kommunalbeirates der SPD

Im Kommunalbeirat der SPD erörtert die SPD-Spitze mit ehren- und hauptamtlichen SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politiker aus den Führungsgremien der Kommunalen Spitzenverbände und der Bundes-SGK kommunalpolitische Initiativen und trifft Verabredungen über die entsprechende Positionierung der SPD. Im Berichtszeitraum vom Januar 2016 bis zum Dezember 2017 tagte der Kommunalbeirat zweimal.

In der Sitzung am 14. November 2016 spielte das Thema Zuwanderung und Integration eine große Rolle. Diskutiert wurden außerdem die Bund-Länder-Vereinbarungen vom 14. Oktober 2016 sowie das Bundesteilhabegesetz und das Pflegestärkungsgesetz III. Der Kommunalbeirat wies dabei darauf hin, dass durch Leistungsverbesserungen und -ausweitungen im Bundesteilhabegesetz erhebliche Mehrkosten für die Träger der Eingliederungshilfe zu erwarten seien. Hier sei eine Evaluation notwendig, um die tatsächlichen Kostensteigerungen nach Inkrafttreten zu ermitteln und durch eine Revisionsklausel strukturelle Mehrbelastungen dem Bund zuzuordnen zu können.

In der Sitzung des Kommunalbeirates am 24. November 2017 hat sich der Kommunalbeirat mit den Ergebnissen der Bundestagswahl vom 24. September 2017 und der aktuellen Lage im Hinblick auf eine Regierungsbildung befasst. Von kommunaler Seite wurden inhaltliche Forderungen an die künftige Bundespolitik vorgestellt und die Beteiligung der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu wichtigen Fragen der Politik eingefordert. SPD und SGK vereinbarten im Erneuerungsprozess der SPD eng zusammen zu arbeiten.

MITGLIEDER DES SPD-KOMMUNALBEIRATES (Stand: 01.12.2017)

MARTIN SCHULZ, MDB
VORSITZENDER DER SPD

FRANK BARANOWSKI,
OBERBÜRGERMEISTER DER STADT GELSENKIRCHEN, VORSITZENDER DER BUNDES-SGK,
VORSITZENDER DER SGK NORDRHEIN-WESTFALEN

THOMAS BEYER,
STELLV. VORSITZENDER DER BUNDES-SGK, BÜRGERMEISTER DER HANSESTADT WISMAR, VORSITZENDER DER SGK MECKLENBURG-VORPOMMERN

CHARLOTTE BRITZ,
OBERBÜRGERMEISTERIN DER STADT SAARBRÜCKEN, SPRECHERIN DER SPD-GRUPPEN IM DEUTSCHEN STÄDTETAG

KARL-LUDWIG BÖTTCHER,
SPRECHER DER SPD-GRUPPEN IM DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUND, GESCHÄFTSFÜHRER DES STÄDTE- UND GEMEINDEBUND BRANDENBURG

ROLF CHRISTIANSEN,
LANDRAT DES LANDKREISES LUDWIGSLUST-PARCHIM, VIZEPRÄSIDENT DES DEUTSCHEN LANDKREISTAGES

BERNHARD DALDRUP, MDB
KOMMUNALPOLITISCHER SPRECHER, SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

HELMUT DEDY,

HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN STÄDTETAGES

MICHAEL EBLING,

OBERBÜRGERMEISTER DER LANDESHAUPTSTADT MAINZ
STELLV. VORSITZENDER DER BUNDES-SGK, VORSITZENDER DER SGK RHEINLAND-PFALZ,
PRÄSIDENT DES VERBANDES KOMMUNALER UNTERNEHMEN (VKU)

JÖRG FREESE,

BEIGEORDNETER DES DEUTSCHEN LANDKREISTAGES

HUBERTUS HEIL, MDB

AMTIERENDER GENERALSEKRETÄR DER SPD

BARBARA LUDWIG,

OBERBÜRGERMEISTERIN DER STADT CHEMNITZ

DR. ULRICH MALY,

OBERBÜRGERMEISTER DER STADT NÜRNBERG, VIZEPRÄSIDENT DES DEUTSCHEN STÄDTETAGES

MICHAEL MÜLLER,

REGIERENDER BÜRGERMEISTER VON BERLIN

ANDREA NAHLES, MDB,

VORSITZENDE DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

SILVIA NIEBER,

BÜRGERMEISTERIN DER HANSESTADT STADE, STELLV. VORSITZENDE DER BUNDES-SGK

BERNHARD REUTER,

LANDRAT DES LANDKREISES GÖTTINGEN, VIZEPRÄSIDENT DES DEUTSCHEN LANDKREISTAGES

ANNETTE SAWADE, MDB,

STELLV. VORSITZENDE DER BUNDES-SGK, STELLV. VORSITZENDE DER SGK BADEN-WÜRTTEMBERG

ROLAND SCHÄFER,

BÜRGERMEISTER DER STADT BERGKAMEN, PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDE-
BUNDES

MANFRED SCHAUB,

BÜRGERMEISTER DER STADT BAUNATAL

CARSTEN SCHNEIDER, MDB,

ERSTER PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

DR. MANFRED STERNBERG,

GESCHÄFTSFÜHRER DER BUNDES-SGK

UWE ZIMMERMANN,

STELLV. HAUPTGESCHÄFTSFÜHRER DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES

Delegierte

BADEN-WÜRTTEMBERG

Arnold, Rainer
Baehrens, Heike
Bender, Julien
Boos, Luisa
Breymaier, Leni
Brütting, Frederick
Cademartori, Isabel
Castellucci, Lars
Drakul, Petar
Elser, Sonja
Esken, Saskia
Fechner, Johannes
Gebhardt, Evelyne
Harsch, Daniela
Herrera Torrez, Markus
Hoffmann, Jonas
Hostert, Jasmina
Hummel, Rebecca
Juratovic, Josip
Karaahmetoglu, Macit
Katzmarek, Wolfgang
Kirgiane-Efremidou, Stella
Könnecke, Birte
Köpfle, Benjamin
Lange, Christian
Lutz, Udo
Marvi, Judith
Marvi, Parsa
Mast, Katja
Mattheis, Hilde
Rolland, Gabi
Rosemann, Martin
Roth, Jeannette
Sawade, Annette
Schaaf, Anton
Schiele, Andrea
Schmid, Nils
Schwarzelühr-Sutter, Rita
Seitzl, Lina
Simon, Peter
Spörkel, Ralf
Stoch, Andreas
Utz, Thomas
Weber, Jonas
Wölflle, Sabine
Wulff, Annkathrin
Yildirim, Nezaket

BAYERN

Afsali, Tobias
Agha, Munib
Arnold, Horst
Aures, Inge
Bachmann, Brigitte
Bahr, Ulrike
Bante, Bernd
Barthel, Klaus
Baumann, Martina
Baur, Hannelore
Bauske, Thomas
Bergmann, Uwe
Blöhm, Bettina
Brehm, Thorsten
Brunner, Karl Heinz
Brütting, Dominik
Burger, Simone
Burkert, Martin
Corongiu, Enrico
Deppisch, Eva-Maria
Dietz, Anno
Drechsel, Mirjam
Eder, Marietta
Egerer, Lutz
Erdogan, Abuzar
Ertug, Ismail
Fehlner, Martina
Fick, Marion
Fiorentino, Isabella
Fischer, Roland
Flisek, Christian
Gerdes, Christa
Gottschalk, Sven
Grötsch, Uli
Güller, Harald
Hagl-Kehl, Rita
Heidrich, Annette
Höllein, Carsten
Hümpfer, Markus
Jabs, Ingeborg
Jazdzewski, Daniel
Karl, Annette
Kick, Michael
Kofler, Bärbel
Krammer, Stefanie
Kubsch, Florian

Laurien, Marlen
Maier, Tanja
Merzbacher, Jonas
Metzger, Petra
Müller, Ruth
Negele, Christine
Nürnberger, Jörg
Pappler, Anette
Petersen, Johannes
Poggenpohl, Marko
Raab-Wasse, Helga
Rasehorn, Anna
Rauscher, Doris
Ritter, Florian
Roloff, Sebastian
Rösch, Christoph
Rothmayer, Julia
Sauer, Maria
Schmid, Christoph
Schmid, Wolfgang
Schmitt, Gisela
Schrader, Katharina
Schrock, Christine
Schröder, Ulf
Schrodi, Michael
Schwarz, Andreas
Stvrtecky, Anna
Tausend, Claudia
Träger, Carsten
Tremel, Michaela
Unfried, Harald
van Eckert, René
Vilsmeier, Bernd
Wein, Peter
Weitzel, Katja
Wengatz, Micky
Wiedemann, Leo
Yilmaz, Yasemin
Zuber, Christian

BERLIN

Blumenthal, Mirjam
Boermann, Frank
Bozkurt, Aziz
Cecere, Vito
Drewnicki, Robert
Giffey, Franziska
Haß, Christian
Hönicke, Kevin
Kannenberg, Mathilde
Klose, Annika

König, Barbara
Kühnert, Kevin
Lambertin, Knut
Monteiro, Birgit
Nowacki, Petra
Poethke, Jennifer
Rothe, Julie
Scheffer, Barbara
Schermer, Gerlinde
Schmidt, Matthias
Siebert, Ingo
Sommer, Ulrike
Stüwe, Ruppert

BRANDENBURG

Biesterfeld, Dietlind
Geywitz, Klara
Gordjy, Christopher
Hackenschmidt, Barbara
Holzschuher, Ralf
Kunath, Alexander
Stohn, Erik
Tischendorf, Sabine
Wendland, Lars
Wolff, Annemarie
Zierke, Stefan

BRAUNSCHWEIG

Bader, Nils
Bosse, Marcus
Busse, Frank
Dick, Charlotte Rosa
Kreiser, Dunja
Manke, Nicole
Mohrs, Falko
Niemann, Margrit
Perik, Muzaffer
Riedel-Kielhorn, Miriam
Schneider, Julius
Schwarz, Jan
Thiel, Stephanie
Witt, Erika

BREMEN

Aulepp, Sascha Karolin
Böhrnsen, Sören
Bronke, Karl
Herzog, Janne
Ryglewski, Sarah
Schmidt, Uwe
Schuster, Joachim
Schwellach, Gisela

HAMBURG

Ackmann, Petra
Bernzen, Christian
Damerau, Inka
Dräger, Gesine
Dressel, Andreas
Friederichs, Martina
Holster, Lars
Kahrs, Johannes
Pein, Milan Wilhelm
Petersen, Mathias
Richter, Frank
Schaal, Monika
Schmager, Ronja
Stapelfeldt, Dorothee
Steppat, Sabine
Tschentscher, Peter
Veit, Carola Alexandra
Weiland, Nils Gustav

HANNOVER

Abend, Theresa
Ahmetovic, Adis
Andres, Katharina
Auditor, Matthias
Biewener, Marcus
Binkenstein, Sylvia
Blankenburg, Jakob
Duda, Melissa
Eilers, Mathias
Fahncke, Barbara
Fischer, Natalie
Freudenberger, Larissa
Friedemann, Waltraud
Grambow, Thomas
Hansmann, Silke
Kahle, Matthias
Klecha, Stephan
Kolb, Florian W.
Kramer, Anja
Kratzke, Marlo
Le Butt, Philip
Maiwald, Horst
Meyer, Marek
Niedenzu, Anja
Oetke, Monika
Rüter, Michael
Schmalstieg, Philipp
Schraps, Johannes
Schröder-Köpf, Doris Maria
Schüßler, Claudia

Stadler, Svenja
Tack, Kerstin
Tonne, Grant Hendrik
van der Zanden, Lisa
Vann, Sylvia
Watermann, Ulrich
Wieduwilt, Sven Björn
Yousaf, Amina

HESSEN-NORD

Angerhausen, Christa
Bartol, Sören
Dilcher, Esther
Fehr, Manfred
Fiedler, Sebastian
Gerken, Johannes
Gremmels, Timon
Großberndt, Angelika
Hartdegen, Tanja
Heinemann, Uwe
Holstein, Ilona
Kalveram, Esther
Klitsch, Marcel
Kranz, Gretel
Lappöhn, Silke
Martinson, Tina
Montag, Karl
Özkan, Ertan
Riemenschneider-Wickert, Bettina
Risch, Tracy
Schäfer, Enrico
Schlitzberger, Udo
Simonsky, Georg
Stadtler, Karl-Heinz
Vaupel, Monika
Warnecke, Torsten
Zülch, Hartmut

HESSEN-SÜD

Alex, Ulrike
Bastian, Swen
Bailey, Vinzenz Jan
Boukayeo, Sanaa
Costanzo, Vivien
Degen, Christoph
Dittmar, Ansgar
Eck, Patricia
Eckert, Tobias
Faeser, Nancy
Geier, Catrin
Geis, Kerstin

Gnagl, Lisa
Gniza, Tobias
Grobeis, Oliver
Grüger, Stephan
Grumbach, Gernot
Hofmann, Heike
Josef, Mike
Kaffenberger, Bijan
Kavai, André
Kourtoglou, Filippas
Kunert, Ralf
Kunz, Cirsten
Kunze, Sylvia
Lambrecht, Christine
Langwasser, Elisabeth Rebekka
Mansoori, Kaweh
Nissen, Ulli
Ostrowicki, Julia
Pawlik, Natalie
Polat, Murat
Rabanus, Martin
Rottloff, Simon
Schabedoth, Hans-Joachim
Schecker, Sebastian
Schmitt, Norbert
Seewald, Ilja-Kristin
Simmler, Susanne
Spiegelberg- Kamens, Viktoria
Stang, Gisela
Strank, Oliver
Volk-Borowski, Dennis
Wade, David
Wieczorek-Zeul, Heidemarie
Yüksel, Turgut
Zimmermann, Jens
Zypries, Brigitte

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Haak, Jana
Hoffmann, Iris
Julitz, Nadine
Junge, Frank
Krüger, Thomas
Reinke, Christian

NORD-NIEDERSACHSEN

Brandt, Doris
Jantz-Herrmann, Christina
Johannßen, Claus
Kempf, Uwe
Klingbeil, Lars

Michallik, Bernd
Paatsch, Alexander
Puvogel, Susanne
Schorling, Jonathan
Tiemann, Petra

NORDRHEIN-WESTFALEN

Arshad, Shamaail
Axourgos, Dimitrios
Bach, Andreas
Bähr-Losse, Bettina
Baran, Volkan-Tevfik
Bas, Bärbel
Beck, Anneka
Becker-Lettow, Christa
Bell, Alexa Silke
Bennarend, Jens
Besler, Thomas
Bischof, Arno
Blask, Inge
Blienert, Burkhard
Börner, Frank
Börschel, Martin
Brüggemann, Reinhard
Brüggendorst, Ute
Buhre, Michael
Bunse, Maximilian
Buttkereit, Elke
Cikoglu, Atilla
Claßen, Anne
Coße, Jürgen
Depta, Silke
Dos Santos Herrmann, Susana
Duscha, Peter
Eggert, Romina
Eicker, Sigrid
Esdar, Wiebke
Feuß, Hans
Fragemann, Heiner
Gebhard, Heike
Geier, Jens
Geyer, Jens
Gnade, Jenny
Görtzen, Tobias
Gottschlich, Simone
Groeger, Bernd
Groß, Michael
Hammelrath, Gabriele
Hartmann, Sebastian
Heinrichs, Falk
Heinrichs, Felix

Heitkamp, Micha	Ramers, Markus
Herter, Marc	Rampe, Carsten
Hilgers, Friedhelm	Rasp, Peter
Holtey, Carolin	Razanica, Isabel
Hördemann, Julian	Reisewitz, Margit
Huxoll, Lasse	Richhardt, Elena
Jäger, Christiane	Richter, Silvia
Jäger, Ralf	Rimkus, Andreas
Janke, Oliver	Rinkert, Daniel
Jansen, Daniela	Ristau, Sigrid
Jauer, Hanna	Rode-Bosse, Petra
Joisten, Christian	Römer, Norbert
Kaczmarek, Oliver	Rosenthal, Jessica
Kapteinat, Lisa-Kristin	Rottmann, Andrea
Kettig, Suzanne	Rudolph, Karsten
Klare, Arno	Ruß, Oliver
Kleist, Janina	Schäfer, Axel
Knipps, Anna	Scherb, Angelika
Koch, Karsten	Schilling, Björn
Kohmann, Ann-Kathrin	Schimmels, Karin
Konzelmann, Thorsten	Schmeltzer, Rainer
Kopp-Herr, Regina	Schmitz, Ute
Korkmaz, Elvan	Schrötter, Dennis
Krampe- Reinermann, Julia	Schug, Jennifer
Kreutz, Marcel	Schultheis, Karl
Kuiper, Manfred	Schwartze, Stefan
Kumpf, Wolfgang	Sieger, Harald
Kunze, Gabriel	Sierau, Ullrich
Küpper, Anne	Sohner, Dennis
Kutschaty, Thomas	Spaenhoff, Anna
Lange, Gudrun	Spinrath, Norbert
Lippelt, Stefanie	Stamm, Christin-Marie
Lüders, Nadja	Stock, Ellen
Ludwig, Svenja	Stotz, Marlies
Madry, Jürgen	Strack, Birgit
Mayer, Gabriele	Striepen, Karin
Moll, Claudia	Ströttchen, Caroline
Molzberger, Adhemar	Stucke, Ingo
Müller, Frank	Tacer, Philipp
Müntefering, Michelle	Tanjsek, Gerti
Mützenich, Rolf	Thews, Michael
Niedermaier, Sandra	Trenckmann, Bettina
Ott, Jochen	Ünalgan, Taner
Özdemir, Mahmut	van den Berg, Guido
Peick, Jens	Vogt, Alexander
Peters, Martin	von Olberg, Robert
Philipp, Sarah	Vöpel, Dirk
Pliete, Beate	Wandtke, Cornelia
Poß, Joachim	Wedekin, Lars
Preuß, Jürgen	Weller, Jürgen
Raillon, Philip	Wiertz, Sven

Wietheger, Karin
Wittebur, Klemens
Zorlu, Sara

PARTEIVORSTAND

Ahnen, Doris
Annen, Niels
Budde, Katrin
Bullmann, Udo
Crone, Petra
Helge, Martin
Engelmeier, Michaela
Ferner, Elke
Friedrich, Peter
Griese, Kerstin
Groschek, Michael
Heil, Hubertus
Kohnen, Natascha
Lösekrug-Möller, Gabriele
Maas, Heiko-Josef
Matschie, Christoph
Miersch, Matthias
Nietan, Dietmar
Özoguz, Aydan
Pronold, Florian
Schäfer-Gümbel, Thorsten
Schmidt, Dagmar
Scholz, Olaf
Schulz, Martin
Schwesig, Manuela
Sieling, Carsten
Stegner, Ralf
Stinka, Andre
Stöß, Jan
Vogt, Sascha
Vogt, Ute
Woidke, Dietmar

RHEINLAND-PFALZ

Baldy, Daniel
Barbaro, Salvatore
Barley, Katarina
Barnett, Doris
Bätzing- Lichtenthäler, Sabine
Biehl, Christopher
Bleicher, Marc-Antonin
Brüchert, Johannes
Brück, Bettina
Butz-Cronauer, Cordula
Conrad, Jürgen
Diedenhofen, Martin

Donner, Erik
Dreyer, Malu
Fuhr, Alexander
Geis, Manfred
Glöckner, Angelika
Gorges, Johannes
Gros, Anna
Hartloff, Jochen
Held, Marcus
Herbst, Corinne
Hering, Hendrik
Hitschler, Thomas
Jenssen, Jens
Jung, Michael
Kazungu-Haß, Giorgina
Klinkel, Nina
Kloos, Stephanie
Küsel, Karin
Lewentz, Roger
Mackensen, Isabel
Nahles, Andrea
Neuser, Norbert
Noss, Hans Jürgen
Oster, Benedikt
Pilger, Detlev
Porz, Sandra
Rauschkolb, Jaqueline
Reich, Beate
Reske, Ingrid
Ruland, Marc
Schäfer, Roland
Schmitt, Astrid
Schöllner, Erik
Schweitzer, Alexander
Simon, Michael
Stich, Daniel
Teuber, Sven
Troubal, Julia
Winter, Friedrich

SAARLAND

Albrecht, Timo
Barke, Jürgen
Berg, Petra
Britz, Charlotte
Clivot, Michael
Commerçon, Ulrich
Fischer, Sabine
Henkel, Sandra
Hiry, Johannes
Jung, Magnus

Klein, Denise
Krause, Koba
Krutten, Stefan
Kurtz, Hans-Peter
Lindemann, David Alexander
Meyer, Steffen-Werner
Morsch, Anke
Pauluhn, Stefan
Petry, Christian
Rehlinger, Anke
Ries, Isolde
Waluga, Günter
Yliniva-Hoffmann, Anne
Zieder-Ripplinger, Margriet

SACHSEN

Dietzschkau, Marc
Engel, Stefan
Frohwiesser, Dana
Homann, Henning
Kolbe, Daniela
Köpping, Petra
Rüthrich, Susann
Zabel, Benjamin

SACHSEN-ANHALT

Diaby, Karamba
Grube, Falko
Lietz, Arne
Möbbeck, Susi
Pähle, Katja
Reifgerste, Carlo

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Awad, Tarek
Baasch, Wolfgang
Bolln, Stefan
Buhl, Christiane
Burkhardt, Delara
Danhier, Susanne
Daude, Ulf
Dolgner, Kai
Dürbrook, Niclas
Eickhoff-Weber, Kirsten
Habersaat, Martin
Hagedorn, Bettina
Klein, Melanie Sabine
Klüssendorf, Tim
Kreft, Enrico
Ludwig, Katja
Nägele, Frank

Rix, Sönke
Rodust, Ulrike
Schalnat, Lars
Scheer, Nina
Schiebe, Sophia
Schmidt, Christopher Keiichi
Stein, Mathias
Thissen, Karin
Ünsal, Özlem
Wagner, Alexander

THÜRINGEN

Becker, Dagmar
Heß, Petra
Lemme, Steffen-Claudio
Liebscher, Lutz
Luckert, Martin
Marx, Dorothea
Shevchenko, Oleg

WESER-EMS

Ambrosy, Sven
Börgmann, Johann
de Boer, Dirk
De Ridder, Daniela
Eiben, Florian
Emons, Eva Maresa
Forster, Hans
Goldenstein, Andre
Harms, Meike
Hüser, Geert
Kruse, Laura
Kunde, Sebastian
Langer, Nora
Mandel, Roswita
Mandel, Sören
Mehlmann, Timo
Moormann, Yannick
Peters, Cornelius
Peters, Gero
Pott, Guido
Schulte-Schoh, Antje
Ulferts-Dirksen, Sophia

Delegierte mit beratender Stimme

Allroggen-Bedel, Agnes
Baumann-Hasske, Harald
Bergmann, Christine
Binding, Lothar
Brunn, Anke
Brusis, Ilse
Chaudhuri, Shantha
Daldrup, Bernhard
Dejcman, Daniel
Diller, Karl
Drewke, Renate
Ehrenberg, Herbert
Eichel, Hans
Ellenberger, Irene
Finke, Karl
Fleckenstein, Knut Wilhelm
Fronzek, Brigitte
Fuchs, Anke
Gerdes, Michael
Gloser, Günter
Götte, Rose
Graeber, Otto
Graf, Angelika
Hänsch, Klaus
Hansen, Annegret
Hellmich, Wolfgang
Herrmann, Jana
Hildebrandt, Frauke
Hoffmann, Reiner
Jensen, Meike
Jobs, Thorsten
Jones, Mark Terence
Junker, Karin
Kaufmann, Sylvia-Yvonne
Kelber, Ulrich
Keler, Sigrid
Keßler, Kristin
Khalaf, Nadia
Kiziltepe, Cansel
Kleen, Alma
Köbele, Bruno
Köck, Tobias
Kocks, Mathias
Kohl, Hannelore
Kolbow, Walter
Kompe, Gerhard
Krehl, Constanze
Kuppe, Gerlinde
Lindh, Helge
Lischka, Burkhard
Lühmann, Kirsten
Mahrenholz, Ernst-Gottfried
Marks, Caren
Mascher, Ulrike
Matthäus-Maier, Ingrid
Mehren, Klaus
Meinhold, Walter
Merk, Heidrun
Mühlstein, Marko
Müller, Michael
Müntefering, Franz
Nofal, Lydia
Notzke, Thomas
Platzbecker, Arne
Poschmann, Sabine
Randzio-Plath, Christa
Reckmann, Brigitte
Rehbock-Zureich, Karin
Risse, Johannes
Rixecker, Roland
Roth, Michael
Rudolph-Kokot, Irena
Schiefner, Udo
Schmalstieg, Herbert
Schmidt, Wilhelm
Schmude, Jürgen
Schnoor, Herbert
Schwabe, Frank
Seifert, Peter
Simon, Wilma
Stadler, Wolfgang
Steffen, Sonja
Stiegler, Ludwig
Stolpe, Manfred
Straub, Alexander
Thierse, Wolfgang
Velter, Boris
Weber-Schuerholz, Beate
Weinbrecht, Ralph
Weiss, Cornelius
Wernstedt, Rolf
Wettig-Danielmeier, Inge
Wieczorek, Norbert
Wiefelspütz, Dieter
Winter, Marion C.
Yüksel, Gülistan
Zur-Panzer, Vered Rosa

Internationale Gäste

AUSTRIA

SOCIAL DEMOCRATIC PARTY OF AUSTRIA (SPÖ)
Carmen Fischer

BELGIUM

SOCIALIST PARTY (PS)
Jan de Bock

BULGARIA

BULGARIAN SOCIAL DEMOCRATIC PARTY
Georgi Kadiev
Deniza Zlateva

CHILE

PARTY FOR DEMOCRACY (PPD)
Tomás De Rementeria Venegas

SOCIALIST PARTY OF CHILE (PS)
Pablo Velozo

CHINA

KPCh
Xuanmin Gao

Xueyong Wang
Meng Jiang
Wie Lin
Shouliang Sun
Shen Li

CZECH REPUBLIC

Czech Social Democratic Party (CSSD)
Jan Hamacek
Kristian Malina
Stanislav Maly

DR CONGO

UNION FOR DEM.AND SOCIAL PROGRESS (UDPS)
Audrey Bemba

FINLAND

FINNISH SOCIAL DEMOCRATIC PARTY (SDP)
Tero Shemeikka

FRANCE

SOCIALIST PARTY (PS)
Elisabeth Humbert-Dorf Müller

GREAT BRITAIN

LABOUR PARTY UK
Jo Greening

HUNGARY

HUNGARIAN SOCIALIST PARTY (MSZP)
Vilmos Szabó

INDIA

SOCIALIST (SAMAJWADI) PARTY
Abhishek Mishra
Swati Mishra

IRAN

KOMALA PARTY OF IRANIAN KURDISTAN (KPIK)
Nahid Bahmani
Keywan Faramarzi
Foad Karimi

IRAQ

KSDP
Muhammed Doulashi
Ali Fadhil Ganj
Erin Mohammed Mahmud
Omar Salam
Mohammad Tamine Kakasur

PATRIOTIC UNION OF KURDISTAN (PUK)
Muhammad Mahmoud Muhammad

ISRAEL

MERETZ
Ilan Baruch
Ofir Katz

ITALY

DEMOCRATIC PARTY (PD)
Piero Fassino
Laura Garavini
Federico Quadrelli
Luciano Vecchi

PARTITO SOCIALISTA ITALIANO
Pia Locatelli

SOCIALIST PARTY
Leonardo Scimmi

KONGO

CONVERGENCE CITOYENNE (CC KONGO)
Bonaventure Mbaya

LATVIA

CONCORD SOCIAL DEMOCRATIC PARTY (SDPS)
Iveta Sers
Iveta Strautina-Usakova
Nils Usakovs

MACEDONIA

SOCIAL DEMOCRATIC UNION OF MACEDONIA (SDUM)
Emir Hasanovikj
Vladimir Mirceski
Radmila Sekerinska
Katerina Stavreska

MONGOLIA

MONGOLIAN PEOPLE'S PARTY (MPP)
Deshzegve Amarbayasgalan
Gantulga Dorjdugar
Batsumber Munkhjin
Bat-Enkh Tsogt

NETHERLANDS

LABOUR PARTY (PVDA)
Kirsten Meijer

NICARAGUA

THE SANDINISTA RENOVATION MOVEMENT PARTY (MRS)
Hector Ernesto Mairena Zepeda

NORWAY

NORWEGIAN LABOUR PARTY (DNA)
Sverren Myrli
Jonas Gahr Store

PALESTINE

FATAH
Amjad Shaath

PHILIPPINES

CITIZENS' ACTION PARTY (AKBAYAN)
Marie Chris Cabrerros

POLAND (SLD)

DEMOCRATIC LEFT ALLIANCE SLD
Wlodzimierz Czarzasty
Marcin Kulasek
Piotr Kusznierek
Andrzej Szejna

SERBIA

SOCIAL DEMOCRATIC PARTY (SDS)
Alexandr Ivkovac

SPAIN

SPANISH SOCIALIST WORKERS' PARTY (PSOE)
Laura Ballarin Cereza

SYRIA

SYRIAN DEMOCRATIC PEOPLE'S PARTY
Mohammad Al-Turk
George Sabra

TURKEY

REPUBLICAN PEOPLE'S PARTY (CHP)
Kader Sevinc

PEOPLES' DEMOCRATIC PARTY (HDP)

Tugba Hezer Öztürk
Leyla Imret
Sinan Önal
Mithat Sancar

VENEZUELA

Victor Alvarez

WESTERN SAHARA

Frente Polisario (West-Sahara)
Nadjet Hamdi
Aliyen Kentaoui

BOTSCHAFT AUSTRALIEN

KANZLEI DER BOTSCHAFT VON AUSTRALIEN
Angus Acton Cavanough

BOTSCHAFT FRANKREICH

KANZLEI DER BOTSCHAFT DER REPUBLIK
Charles Malinas

BOTSCHAFT FRANKREICH

KANZLEI DER BOTSCHAFT DER REPUBLIK
Rémy Queney

BOTSCHAFT IRLAND

KANZLEI DER BOTSCHAFT VON IRLAND
Denise McQuade

BOTSCHAFT IRLAND

KANZLEI DER BOTSCHAFT VON IRLAND
Rebecca Stock

BOTSCHAFT ITALIEN

KANZLEI DER BOTSCHAFT DER ITALIENISCHEN
Pietro Benassi

BOTSCHAFT ITALIEN

KANZLEI DER BOTSCHAFT DER ITALIENISCHEN
Alessandro Gaudiano

BOTSCHAFT ITALIEN

KANZLEI DER BOTSCHAFT DER ITALIENISCHEN
Andrea Vitolo

BOTSCHAFT PERU

KANZLEI DER BOTSCHAFT DER REPUBLIK PERU
Anamaria Pomar

BOTSCHAFT SPANIEN

KANZLEI DER BOTSCHAFT DES KÖNIGREICHS
Antonio Santamaría

EMPLOYEES OF INTERNATIONAL GUESTS ÜBERSE

EMPLOYEES OF INTERNATIONAL GUESTS
Renars Koris

EMPLOYEES OF INTERNATIONAL GUESTS ÜBERSE

EMPLOYEES OF INTERNATIONAL GUESTS
Erin Mahmud

EUROPÄISCHES PARLAMENT

Angelika Pentsi
Hildegard Persch
Paul Tang

FOUNDATION FOR EUROPEAN PROGRESSIVE STUDIES

FEPS
Ernst Stetter

KURDISTAN DEMOCRATIC PARTY

Dilshad Barzani

PES PARTY OF EUROPEAN SOCIALISTS

Konrad Golota
Matthieu Hornung
Gerrit Krause
Marije Laffeber
Maria Joao Rodrigues
Christophe Rouillon
Sergei Stanishev

S&D GROUP

Tanja Fajon
Malte Markert

SCHWESTERGEWERKSCHAFT CSA

CONFEDERACIÓN DE TRABAJADORES (CSA)
V́ctor Antonio Báez Mosqueira

SOCIAL DEMOCRATIC PARTY OF CROATIA

Davor Bernardić

SOCIALIST INTERNATIONAL WOMEN

Christie Morreale

SOLIDAR

SOLIDAR BRÜSSEL
Conny Reuter

SP.A -

DE VLAAMSE SOCIALISTISCHE PARTIJ ANDERS
JanCornillie

BOTSCHAFTER A.D. ITALIEN

Michele Valensise

Rednerinnen und Redner

A

Agha, Munib	68
Ahnen, Doris	133ff., 173, 177, 187, 190, 245ff., 252, 262f., 291, 307, 324, 348ff., 356ff.
Alizadeh, Armin	40
Annen, Niels	117, 121, 128, 130, 132, 146, 181, 183, 203f., 277, 291, 297, 300, 302f., 355
Aulepp, Sascha Karolin	217

B

Barley, Katarina	60, 250
Barthel, Klaus	123f., 210, 225, 323
Beck, Anneka	193, 326
Beeko, Markus	269
Bender, Julien	227
van den Berg, Guido	218
Binding, Lothar	222
Binkenstein, Sylvia	336
Bozkurt, Aziz	235, 281
Breymaier, Leni	85
Brüggemann, Reinhard	217
Brunner, Karl Heinz	169
Bullmann, Udo	149, 187, 205
Burger, Simone	100, 255
Burkhardt, Delara	72, 317, 358

C

Castellucci, Lars	292
Cecere, Vito	345
Conradi, Erik	237

D

Daude, Ulf	42
De Ridder, Daniela	114
Dietzschkau, Marc	329
Dilmaghani, Farhad	254, 344
Dolgener, Kai	331
Donner, Erik	336
Drewnicki, Robert	125, 211
Dreyer, Malu	51, 137, 152, 244
Dröscher, Peter	361
Dulig, Martin	96, 258, 307, 311

E

Eichel, Hans	115
Engel, Stefan	318

F

Ferner, Elke	82, 251, 328
Finke, Karl	88
Flisek, Christian	98
Froh Wieser, Dana	342

G

Gabriel, Sigmar	273, 285
Gebhard, Heike	109
Gebhardt, Evelyne	191
Geier, Jens	184
Görtzen, Tobias	321
Groschek, Mike	65
Grötsch, Uli	100
Grüger, Stephan	195, 226

H

Haß, Christian	56
Heil, Hubertus	86, 207, 245ff., 170f., 192, 280
Heitkamp, Micha	170f., 192, 280
Hendricks, Barbara	93
Herzog, Janne	130, 136, 151, 159, 173, 187, 205, 232, 264, 277, 291, 297, 304, 354
Hoffmann, Jonas	223
Hoffmann, Reiner	78
Hummel, Rebekka	293

J

Jenssen, Jens	338
Jung, Michael	125, 221

K

Katzmarek, Wolfgang	302
Khalaf, Nadia	106, 337
Kirgiane-Efremidou, Stella	198, 339
Klare, Arno	218
Klecha, Stephan	340
Kleist, Janina	116
Klingbeil, Lars	160, 164, 173, 304

Rednerinnen und Redner

noch **K**

Klose, Annika	58, 330
Kohnen, Natascha	104, 138, 152
Kolb, Florian	333
Kolbe, Daniela	99
König, Barbara	77, 228f.
Kourtoglou, Filipus	224
Krammer, Stefanie	41, 258
Krause, Koba	309
Kubsch, Florian	84
Kühnert, Kevin	45, 121, 313
Kunze, Gabriel	190, 216
Kunze, Sylvia	64

L

Lambertin, Knut	59, 311
Lindh, Helge	171, 282
Lösekrug-Möller, Gabriele	83, 92, 159f., 165, 265, 267, 298, 304, 309
Lutz, Udo	220

M

Maas, Heiko	78, 137, 145, 150f., 166, 168, 170, 173, 177, 207, 211f.
Mansoori, Kaweh	103
Mast, Katja	319
Mattheis, Hilde	102, 221
Miersch, Matthias	76
Minkmar, Nils	178
Möbbeck, Susi	271
Mohrs, Falko	105
Moll, Claudia	219
Müller, Michael (Berlin)	18
Müller, Michael (Naturfreunde)	167, 213

N

Nägele, Frank	257
Nahles, Andrea	66, 154
Negele, Christine	215, 319
Nietan, Dietmar	148, 174, 187, 355
Nissen, Ulli	87, 253

O

von Olberg, Robert	256
Ott, Jochen	215
Özoğuz, Aydan	11, 278

P

Pähle, Katja	107
Pawlik, Natalie	97
Petersen, Johannes	257
Petry, Christian	193
Post, Achim	101

R

Raillon, Philip	342
Ramers, Markus	94
Randzio-Plath, Christa	301
Reckmann, Brigitte	130
Rehlinger, Anke	154, 250f., 268, 276, 290, 359, 364
Reinke, Christian	335
Reisewitz, Margit	212, 312
Reuter, Conny	196
Römer, Norbert	73
Rosenthal, Jessica	69, 315
Roth, Michael	113, 185
Rothe, Julie	231
Ruß, Oliver	49
Rüter, Michael	339
Ryglewski, Sarah	95

S

Schaaf, Anton	240
Schäfer, Axel	57, 287
Schäfer-Gümbel, Thorsten	91, 140, 153, 294, 346
Scheer, Nina	239
Schermer, Gerlinde	243
Schiele, Andrea	105, 164, 195
Schmid, Wolfgang	327
Schmidt, Dagmar	242
Schöllner, Erik	238
Scholz, Olaf	53, 118, 141, 153, 166, 204, 260ff., 296, 348ff., 356f.

Rednerinnen und Redner

noch **S**

Schulz, Martin	21, 126, 133, 136, 201, 265, 365
Schulze, Svenja	48
Schwabe, Frank	110, 145, 288
Schwan, Gesine	43, 181
Schwesig, Manuela	17, 21, 39, 74, 106, 142, 153, 205, 235f., 249
Shevchenko, Oleg	237
Sieling, Carsten	230
Simon, Peter	199
Sommer, Ulrike	333
Spaenhoff, Anna	334
Spiegelberg-Kamens, Viktoria	90, 284
Spinrath, Norbert	242
Stadtler, Karl-Heinz	284
Stegner, Ralf	108, 143, 153
Stiegler, Ludwig	63
Stüwe, Ruppert	111, 229

U

Uekermann, Johanna	52
Ünalgan, Taner	253

W

Wade, David	112
Warnecke, Torsten	316
Watermann, Ulrich	295
Weil, Stephan	70
Wieczorek-Zeul, Heidemarie	359ff.
Wolff, Annemarie	324
Wölken, Tiemo	197

Y

Yilmaz, Yasemin	322
Yousaf, Amina	55, 343
Yüksel, Turgut	150

Z

Zimmermann, Jens	325
------------------	-----